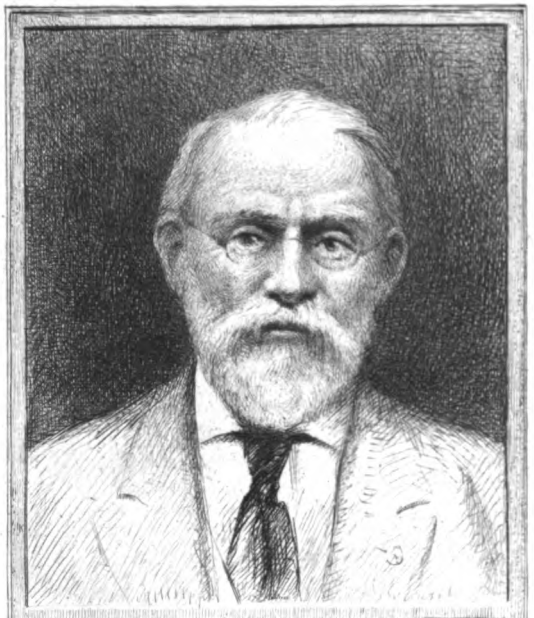
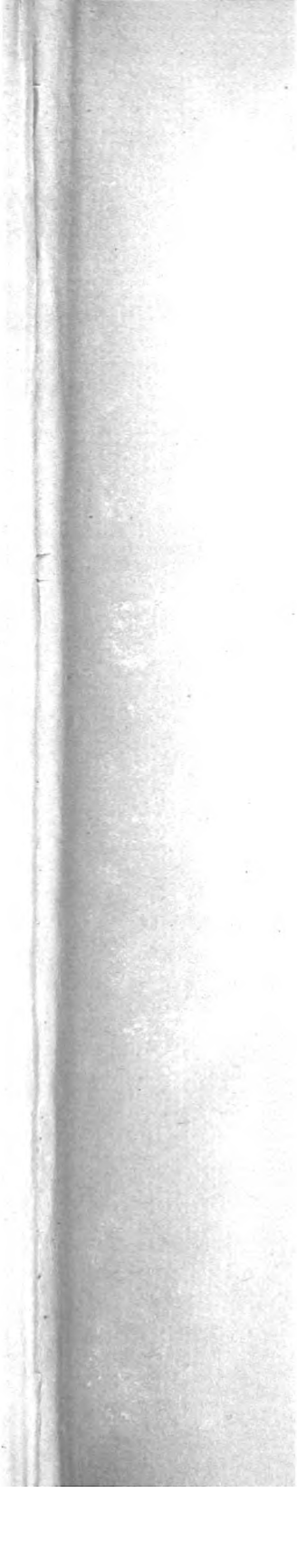
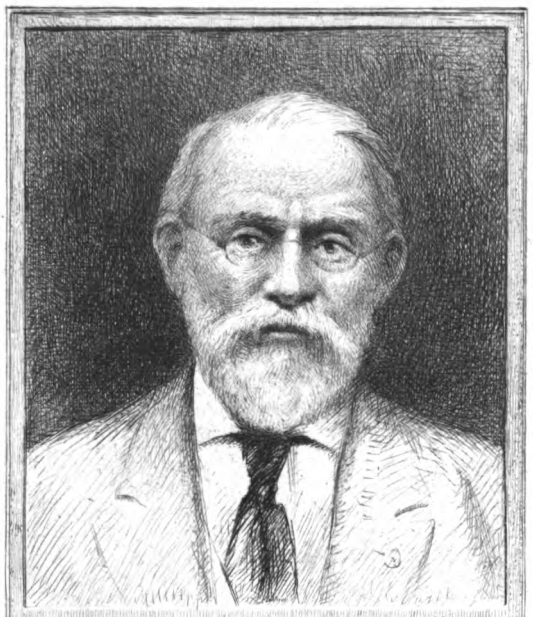
B 1,024,549



SILAS WRIGHT DUNNING
BEQUEST
UNIVERSITY OF MICHIGAN
GENERAL LIBRARY





SILAS WRIGHT DUNNING
BEQUEST
UNIVERSITY OF MICHIGAN
GENERAL LIBRARY

HX
6
.A67

Printed in Germany

Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung

In Verbindung mit einer Reihe namhafter Fachmänner aller Länder

herausgegeben von

Carl Grünberg

Zehnter Jahrgang

Verlag von C. L. Hirschfeld · Leipzig · 1922

Inhalt des zehnten Bandes.

I. Abhandlungen.

Seite

Bull, Edvard, Die Entwicklung der Arbeiterbewegung in den drei skandinavischen Ländern 269
Gerloff, Wilhelm, Steuerwirtschaft und Sozialismus 269
Jászi, Oscar, Erwin Szabó und sein Werk 22
Knief, Johann †, Lassalle 1
Sass, Andreas, Marx' Beziehungen zu Bartholomäus von Szemere . 38
Szende, Paul, Verhüllung und Enthüllung. Der Kampf der Ideologien in der Geschichte 183
Wiznitzer, A., Marx und die irische Frage 49

II. Urkundliche Mitteilungen.

Adler, Friedrich, Ein Brief von Engels an Marx 413
Drahn, Ernst, Ein Aufruf Julius Vahlteichs aus dem Jahre 1863 . . 392
Mayer, Gustav, Neue Beiträge zur Biographie von Karl Marx . . . 54
— — , Ein Spitzelbericht Lassalles über sich selbst 398
Nettlau, Max, Londoner deutsche kommunistische Diskussionen 1845 . 362
Zlocisti, Theodor, Ein Brief von Moses Heß an Berthold Auerbach über Karl Marx 411

III. Literatur.

Adler, Die Erneuerung der Internationale (**C. Grünberg**) 436
— , Nach zwei Jahren (**C. Grünberg**) 436
Almanacco socialista italiano, 1917—1920 (**C. Grünberg**) . 121
Andersen, s. Wijnblad.
Brügel, Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie (**C. Grünberg**) 462
— , Soziale Gesetzgebung in Österreich, 1848—1918 (**C. Grünberg**) 462
Blüher, Moderne Utopien (**Jak. Rappaport**) 444
Bunzel, Die Anfänge der modernen Arbeiterbewegung in der Steiermark (**C. Grünberg**) 117
— , Die erste Lassallebewegung in Österreich (**C. Grünberg**) . . 117
Cassel, Theoretische Sozialökonomie (**Ludwig Mises**) 89

Dunning-
hyst.
4-16-40
40399

Seite

Cunow, Die Marxsche Geschichts-, Gesellschafts- und Staatstheorie (**L. v. Bortkiewicz**) 416
Diehl, Theoretische Nationalökonomie, I. (**Ludwig Misses**) 89
Drahn u. Leonhardt, Unterirdische Literatur im revolutionären Deutschland während des Krieges (**C. Grünberg**) 121
Eildermann, Urkommunismus und Urreligion (**Heinrich Cunow**) . . 428
Gelesnoff, Grundzüge der Volkswirtschaftslehre (**Ludwig Mises**) . . 89
Gide et Rist, Histoire des doctrines économiques (**Manuel Saitzew**) . 126
— , Geschichte der volkswirtschaftlichen Lehrmeinungen. Deutsche Ausgabe von Oppenheimer (**Manuel Saitzew**) . 126
Goldschmidt, Die Wirtschaftsorganisation Sowjet-Rußlands (**Jakob Rappaport**) 111
— , Moskau (**Jak. Rappaport**) 111
Graf, Die Landkarte Europas gestern und morgen (**Eug. Oberhummer**) 124
Hainisch, Ist der Kapitalzins berechtigt? (**L. v. Bortkiewicz**) . . . 67
Herkner, Die Arbeiterfrage. VII. Aufl. (**C. Grünberg**) 464
Huard, L'évolution de la Bourgeoisie Allemande (**Alfons Dopsch**) . . 105
Jászi, Magyar kálvária (**Paul Szende**) 97
Jugend-Internationale (**C. Grünberg**) 436
Kaplun-Kagan, Russisches Wirtschaftsleben seit der Herrschaft der Bolschewiki (**Jak. Rappaport**) 112
Klibanski, Die Gesetzgebung der Bolschewiki (**Jak. Rappaport**) . . 111
Lenin und Sinowjew, Gegen den Strom (**C. Grünberg**) 441
Lenz, Staat und Marxismus (**Hans Kelsen**) 446
Leonhardt, s. **Drahn.**
Liebknecht, Briefe aus dem Felde usw. (**C. Grünberg**) 436
— , Das Zuchthausurteil (**C. Grünberg**) 436
— , Klasssenkampf gegen den Krieg (**C. Grünberg**) . . . 436
— , Militarismus und Antimilitarismus (**C. Grünberg**) . . . 436
Liefmann, Die kommunistischen Gemeinden in Nordamerika (**Jakob Rappaport**) 444
Miljutin, Die Organisation der Volkswirtschaft in Rußland (**Jakob Rappaport**) 111
Moellendorff, s. **Wissel.**
Neudörfer, Grundlagen des Genossenschaftswesens (**C. Grünberg**) . 119
Nötzel, Das Verbrechen als soziale Erscheinung (**W. Gleispach**) . . 445
Oppenheimer, Kapitalismus, Kommunismus, Wirtschaftlicher Sozialismus (**Lydia Eger**) 73
Rist, s. **Gide.**
Salin, Platon und die griechische Utopie (**Jak. Rappaport**) 444
Scalia, Il materialismo storico e il socialismo. (**Achille Loria**) . . . 134
Schmitt-Dorotič, Die Diktatur, von den Anfängen des modernen Souveränitätsgedankens bis zum proletar. Klassenkampf (**Ad. Menzel**) 444
Sinowjew, s. **Lenin.**
Spann, Fundament der Volkswirtschaftslehre (**Ernst Seidler**) . . . 76
— , Vom Geist der Volkswirtschaftslehre (**Ernst Seidler**) . . . 87

Seite
Spartakus-Briefe (C. Grünberg) 436
Tirazian, Zur Kritik der Böhm-Bawerkschen Kapitaltheorie (L. v. Bortkiewicz) 71
Tugan-Baranowsky, Die kommunistischen Gemeinwesen der Neuzeit (Jak. Rappaport) 444
Vogel, Die Theorie des volkswirtschaftlichen Entwicklungsprozesses (Hans Honegger) 454
Wijnblad u. Andersen, Det danske Socialdemokratis Historie (Peder Nörgaard) 460
Winter, Der Sozialismus in der Natur (Paul Kammerer) 122
Wissel u. Moellendorf, Wirtschaftliche Selbstverwaltung (Lydia Eger) 75
— , Der Aufbau der Gemeinwirtschaft (Lydia Eger) 75
Wissel, Praktische Wirtschaftspolitik (Lydia Eger) 75
Zielenzieger, Die alten deutschen Kamalisten (Louise Sommer) . . 449

IV. Bibliographie 140

Lassalle [1]).

Von

† Johann Knief (Bremen).

Man ist gewöhnt, LASSALLE und MARX [2]) als die Väter der modernen Arbeiterbewegung zu betrachten. Der erste Blick in das Wesen und Wirken

1) Die nachfolgenden analytisch-kritischen Ausführungen stammen aus dem literarischen Nachlasse des am 17. April 1919 in Bremen verstorbenen Herausgebers der international-kommunistischen Bremer Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus „Arbeiterpolitik". Während seiner Schutzhaft im Sommer und Frühherbst 1918 entstanden, sind sie Fragment geblieben. Denn KN. wurde unmittelbar nach Ausbruch der Revolution, Anfang November 1918, aus der Haft entlassen und war dann außerstande, seine begonnene Arbeit fortzusetzen und zu vollenden. Ihr Ziel war eine Gegenüberstellung der grundsätzlichen und taktischen Anschauungen von MARX und LASSALLE und damit die Gewinnung von Gesichtspunkten für eine Entwicklungsgeschichte der — in ihren ersten Keimen in die Mitte des 19. Jahrhunderts zurückreichenden — Parteigegensätze und Spaltungen innerhalb der sozialistischen Arbeiterbewegung auf deutschem Boden bis zur Begründung der Kommunistischen Partei. Darum allein schon erscheint das Fragment, das mir durch die Freundin und Mitarbeiterin KN.S, Frau LOTTE STÜCKE-KORNFELD in Worpswede, übermittelt worden ist, der Veröffentlichung wert: es kommt ihm in gewissem Sinne dokumentarischer Wert zu.

Es umfaßt vier Abschnitte, deren letzter, „Die Assisenrede von 1849" behandelnder, nicht publikationsreif erscheint. Er ist dem Nachweis gewidmet, daß LASSALLE bereits in seiner Verteidigung gegen die Anklage: durch seine am 21. November 1849 in Neuß gehaltene Rede die Bürger zur Bewaffnung gegen die königliche Gewalt aufgereizt zu haben, den revolutionären Boden aufgegeben und sich auf den des reinformalen, antirevolutionären Legalitätsprinzips zurückgezogen habe. „Der Politiker wurde so — schließt KN. — zum Juristen, der Revolutionär zum Apologeten des Rechts. Der Rechtsbodenstandpunkt machte den Revolutionär ‚aus innerer Überzeugung' zum Moralisten, Illusionisten und Konterrevolutionär, (der) im Bürgerkrieg das Entsetzen sah, wo nur der Bürgerkrieg die Revolution retten konnte, ... Verbrechen, wo es sich um historische Notwendigkeiten handelte, ... Betrug, wo offene Machtäußerungen vorlagen, ... Widersinn und Unsinn, wo sich die historische Dialektik in glänzendster Weise durchsetzte."

Noch sei bemerkt, daß die Anmerkungen von mir herrühren.

CARL GRÜNBERG.

2) Die Namen LASSALLE und MARX sind im folgenden in L. und M. gekürzt. Die LASSALLE-Zitate erfolgen nach der BERNSTEINschen Gesamtausgabe: Ferd. Lassalles Reden und Schriften, 3 Bde. Berlin 1892/93.

beider Männer belehrt jedoch über die zwischen ihnen vorhandenen Gegensätze. Reichen nun diese nicht am Ende so tief, daß man nicht beider Führung folgen kann, sondern sich bloß für einen von ihnen, M. oder L. entscheiden muß?[2]). Jede Untersuchung dieser Frage hat mit der Analyse der Theorie und Praxis L.s zu beginnen.

I. Lassalles Geschichtsphilosophie.

L. hat seine Geschichtsphilosophie in der u. d. T. „Arbeiterprogramm" vor deutschen Handwerkern gehaltenen Rede entwickelt. In dem Prozeß, der sich an diese Rede schloß, hat er sie im einzelnen interpretiert und schärfer formuliert. L. hielt seine Rede am 22. April 1862. Ein halbes Menschenalter zuvor war das Kommunistische Manifest, 1859 die „Kritik der politischen Ökonomie" von M. erschienen. Beide Schriften entwickelten die von M. begründete materialistische Geschichtsauffassung, die, neben der Wertlehre, den einen Eckpfeiler des wissenschaftlichen Sozialismus bildet. M. unterscheidet sehr scharf zwischen den mit Naturnotwendigkeit wirkenden Kräften der materiellen Entwicklung, die sich unabhängig vom Willen der Menschen vollzieht, und der gesellschaftlichen Entwicklung, die gerade das Produkt des durch objektive Verhältnisse determinierten menschlichen Willens ist. Jene unterliegt den Gesetzen der Natur, diese den Gesetzen der Gesellschaft; jene ist organisch, diese dialektisch: „In der Betrachtung solcher Umwälzungen muß man stets unterscheiden zwischen der materiellen, naturwissenschaftlich treu zu konstatierenden Umwälzung in den ökonomischen Produktionsbedingungen und den juristischen, politischen, religiösen, künstlerischen oder philosophischen, kurz ideologischen Formen, worin sich die Menschen dieses Konfliktes bewußt werden und ihn austragen[1])." Auf diesen Unterschied weist M. hin mit Bezug auf jene Umwälzungen, die eintreten, sobald die materiellen Bedingungen der Gesellschaft in Widerspruch geraten zu den herrschenden Produktions- oder Eigentumsverhältnissen. Und gerade diesen Punkt gilt es bei der Analyse von L.s Geschichtsphilosophie hervorzuheben.

L. nämlich erläutert seine Geschichtsphilosophie gerade an solchen historischen Momenten, welche jenen Widerspruch zwischen materiellen und gesellschaftlichen Verhältnissen darstellen: die feudale Epoche, der durch die Entwicklung der Produktivkräfte die materielle Basis entzogen wurde, und die bürgerliche Epoche, deren entwickelte Produktivkräfte in Widerspruch mit den herrschenden Eigentumsverhältnissen geraten sind.

Obenhin gesehen, erscheint L. hier als Dialektiker des Materialismus, als gelehriger Schüler von M. Das Eigentümliche der feudalen Epoche erblickt er in der Art, wie in ihr das Prinzip des Grundbesitzes in die Erscheinung trat: „Zuerst die durch ihn gegebene Organisation der öffentlichen Macht, oder die Lehnsverfassung." Dieses „zuerst" verrät, daß L. in dieser Erscheinung

1) MARX, Zur Kritik der politischen Ökonomie. II. Aufl. Stuttgart 1897. S. XI. Arbeiter-Programm, a. a. O. II, S. 11.

die wichtigste Äußerung des feudalistischen Prinzips erblickte. Es ist aber klar, daß er sich hier bereits auf der Oberfläche der Gesellschaft, in ihrem ideologischen Überbau bewegt, das er die materiellen Bedingungen als außerhalb des Prinzips des Grundbesitzes liegend ansieht, also jene den Gesetzen der Natur unterworfenen Grundlagen der Gesellschaft. Gleich die erste Erscheinung ist somit eine gesellschaftliche, die nach den Lehren des wissenschaftlichen Sozialismus nicht natürlichen, sondern gesellschaftlichen Gesetzen unterliegt, deren Entwicklung nicht organisch, sondern dialektisch vor sich geht, deren Veränderungen nicht willenlos, sondern unter dem Willen der Menschen erfolgen.

In den folgenden Erscheinungen des feudalen Prinzips entfernt sich L. folgerichtig immer weiter von den materiellen Grundlagen des Feudalismus. Er nennt[1]) „die Organisation des öffentlichen Rechts oder die Lehensverfassung" — was eine allgemeine gesellschaftliche Kategorie, „die Steuerfreiheit des großen Grundbesitzes" — was eine spezielle gesellschaftliche Kategorie, endlich „die soziale Geringschätzung, welche auf jeder anderen Arbeit, als etwa auf der Beschäftigung mit dem Grund und Boden lastete" — was eine ethische Kategorie ist.

In all dem tritt zunächst nichts anderes als die Eigenschaft des Grundbesitzes als herrschenden Prinzips hervor. „Der Grund (aber) davon, daß der Grundbesitz das herrschende Prinzip jener Zeit ist — sagt L. — sei ein sehr einfacher. Er liegt — wenigstens kann uns hier dieser Grund völlig genügen — in der ökonomischen, wirtschaftlichen Beschaffenheit des Mittelalters[2])." Hier also glaubt L. auf dem Grund des Grundbesitzes zu sein, indem er bei den ökonomischen Verhältnissen anlangte. Allein ihm genügt nicht, von ökonomischen Verhältnissen zu reden; er interpretiert sie als wirtschaftliche Verhältnisse. Wirtschaftliche Verhältnisse aber sind gesellschaftliche Verhältnisse, solche also, die das Werk der Menschen sind. Es leuchtet ein, daß L. auch in den ökonomischen Verhältnissen des Feudalismus noch nicht auf jenen materiellen Untergrund der Gesellschaft gestoßen ist, von welchem M. als von den Produktionsverhältnissen spricht, welche die reale Basis, die ökonomische Struktur der Gesellschaft bilden und die die Menschen notwendig, von ihrem Willen unabhängig eingehen. So verliert L. denn auch kein Wort über die Produktionsverhältnisse. Vielmehr wendet er sich sogleich der Frage des Reichtums, des Besitzes, also Kategorien des juristischen Überbaues zu. Man sieht: jene materiellen Bedingungen, in denen sich die gesellschaftliche Produktion des Lebens vollzieht, bleiben von L. unberührt, jene einzige Seite des gesellschaftlichen Daseins, in der der menschliche Wille nicht zu Hause ist. Alles andere aber, was L. in den Bereich seiner geschichtsphilosophischen Betrachtung zieht: die Eigentums-, Reichtums-, Rechtsverhältnisse, die Fragen der Verfassung, der Steuern, der Ethik, gehören nach den Lehren des wissenschaftlichen Sozialismus durchaus den gesellschaftlichen Formen an, in denen sich die Menschen des Konfliktes zwischen dem materiellen, ökonomischen Unterbau und den Produktions-

1) Ebenda, S. 12. 2) Ebenda, S. 10.

verhältnissen bewußt werden und ihn ausfechten. D. h. dieser ganze, von L. hervorgehobene Komplex liegt im Bereich des menschlichen Willens. Er gehört, ganz ausnahmslos, der Geschichte an, von der M. sagt, daß die Menschen sie machen. Er gehört dem Teil des gesellschaftlichen Körpers an, dessen Funktionen sich nach den Gesetzen der Dialektik, nicht nach den Gesetzen des organischen Lebens vollziehen. Solange L. diesen gesellschaftlichen Komplex nicht anders behandeln würde, wäre zwischen ihm und M. noch kein prinzipieller Unterschied. Man konnte jenen tiefsten Grund der menschlichen Gesellschaft, den M. in der ökonomischen Struktur aufgedeckt hatte, bei L. vermissen; aber man brauchte in dem, was L. aus der Gedankenwelt des Sozialismus übernommen, noch keinen Gegensatz zwischen ihm und M. zu sehen. Dieser Gegensatz wäre erst vorhanden, wenn L. jenen von ihm übernommenen Komplex, statt ihn dialektisch zu behandeln, nach den Gesetzen des organischen Lebens behandelte und in ihm, statt dem sich in Gegensätzen vollziehenden menschlichen Wirken nachzuspüren, eine naturnotwendige Entwicklung erblickte. In diesem Augenblicke würde er an die Stelle der historischen Dialektik die Auffassung des flachsten Materialismus setzen, der den Menschen zum willenlosen Werkzeug, zur Maschine macht, ihm jede Verantwortung für das historische Handeln nimmt.

L. betrachtet nun jene wichtige Epoche, in der die Produktionsverhältnisse des Feudalismus mit den Eigentumsverhältnissen in Widerspruch gerieten, jene Epoche einer Umwälzung, in der gerade man, M. zufolge, unterscheiden muß zwischen dem materiellen, naturwissenschaftlich treu zu konstatierenden Umwälzungsprozeß in den ökonomischen Produktionsbedingungen und den ideologischen Formen, in denen sich die Menschen dieses Konfliktes bewußt werden und ihn ausfechten, also zwischen den ohne dem Willen der Menschen sich vollziehenden Umwälzungen in den objektiven Verhältnissen und jenen, deren Umwälzung das Produkt des menschlichen Willens ist.

Wenden wir uns nun der Epoche der Bourgeoisie zu, wie L. sie darstellt.

Die Revolutionierung [illegible] nicht der Gesellschaft, sondern der ökonomischen Verhältnisse [illegible] war noch unter dem Regime des Feudalismus erfolgt. Als revolutionärer Faktor war die moderne Industrie aufgetreten. Die französische Revolution erzwang dem bereits objektiv Bestehenden nur die rechtliche Anerkennung. L. legt auch hier ein besonderes Gewicht auf die Betonung des Übergewichts der vom Willen der Menschen unabhängigen Vorgänge. „Man kann nie eine Revolution machen; man kann immer nur einer Revolution, die schon in den tatsächlichen Verhältnissen einer Gesellschaft eingetreten ist, auch äußere rechtliche Anerkennung und konsequente Durchführung geben. Eine Revolution machen wollen, ist die Torheit unreifer Menschen, die von den Gesetzen der Geschichte keine Ahnung haben. Ebendeshalb ist es ebenso unreif und ebenso kindisch, eine Revolution, die sich bereits einmal in den Eingeweiden einer Gesellschaft vollzogen hat, zurückdämmen und sich ihrer rechtlichen Anerkennung widersetzen, oder einer solchen Gesellschaft oder einzelnen, die sich bei diesem Hebammendienst beteiligen, den Vorwurf machen zu wollen, daß sie revolutionär seien. Ist die Revolution drin in der

[illegible] Verhältnissen, so muß sie [illegible] nicht [illegible] in die Gesetzsammlung [illegible].

[illegible] Auffassung der Revolution [illegible] unsere [illegible] zu [illegible].

[illegible] Auffassung [illegible] die [illegible] Kräfte, die mit [illegible] Verhältnissen wirken, in der menschlichen Gesellschaft [illegible] menschlichen Willen und Handeln [illegible] Kräfte wirksam, die im Grunde [illegible] Menschen [illegible]. [illegible] vollkommen [illegible] Willen [illegible] Menschen [illegible], so [illegible] Zeit zu Zeit [illegible] Revolutionen.

[illegible] diese Elementargewalten im Innern der Gesellschaft [illegible] Bedeutung haben, als sie gerade [illegible] Revolutionen kommen. Solange sie unterirdisch wirken, [illegible] Entwicklung [illegible] Gegenstand naturwissenschaftlicher [illegible] Historie [illegible] eine dominierende Stellung [illegible] Entwicklung [illegible] Verhältnisse [illegible] Revolutionen [illegible] Revolution [illegible] Revolution [illegible] Revolutionsdrama [illegible] mit dem Auftreten [illegible] Kräfte [illegible] Naturgeschehens [illegible] Naturwissenschaftliche [illegible] Gesellschaft. [illegible] Revolutionen [illegible] Willens [illegible] Menschen [illegible] gesellschaftlichen Erscheinungen [illegible] Kriegen. [illegible] warum sollten Revolutionen vor Kriegen [illegible] Kräfte [illegible] Kriege müssen im Innern [illegible] Kriege [illegible] Kriege [illegible] Ursachen, Vorbereitungen, [illegible] gesellschaftlichen Geschehens [illegible] gewinnen sie für [illegible] Interesse. [illegible] Eigenschaft der Magnetnadel, immer die [illegible] Naturwissenschaftler, die Tatsache

---

[illegible] Programm [illegible]

verhältnissen bewußt werden und ihn ausfechten. D. h. dieser ganze, von L. hervorgehobene Komplex liegt im Bereich des menschlichen Willens. Er gehört, ganz ausnahmslos, der Geschichte an, von der M. sagt, daß die Menschen sie machen. Er gehört dem Teil des gesellschaftlichen Körpers an, dessen Funktionen sich nach den Gesetzen der Dialektik, nicht nach den Gesetzen des organischen Lebens vollziehen. Solange L. diesen gesellschaftlichen Komplex nicht anders behandeln würde, wäre zwischen ihm und M. noch kein prinzipieller Unterschied. Man könnte jenen tiefsten Grund der menschlichen Gesellschaft, den M. in der ökonomischen Struktur aufgedeckt hatte, bei L. vermissen; aber man brauchte in dem, was L. aus der Gedankenwelt des Sozialismus übernommen, noch keinen Gegensatz zwischen ihm und M. zu sehen. Dieser Gegensatz wäre erst vorhanden, wenn L. jenen von ihm übernommenen Komplex, statt ihn dialektisch zu behandeln, nach den Gesetzen des organischen Lebens behandelte und in ihm, statt dem sich in Gegensätzen vollziehenden menschlichen Wirken nachzuspüren, eine naturnotwendige Entwicklung erblickte. In diesem Augenblicke würde er an die Stelle der historischen Dialektik die Auffassung des flachsten Materialismus setzen, der den Menschen zum willenlosen Werkzeug, zur Maschine macht, ihm jede Verantwortung für das historische Handeln nimmt.

L. betrachtet nun jene wichtige Epoche, in der die Produktionsverhältnisse des Feudalismus mit den Eigentumsverhältnissen in Widerspruch geraten, jene Epoche einer Umwälzung, in der gerade man, M. zufolge, unterscheiden muß zwischen dem materiellen, naturwissenschaftlich treu zu konstatierenden Umwälzungsprozeß in den ökonomischen Produktionsbedingungen und den ideologischen Formen, in denen sich die Menschen dieses Konfliktes bewußt werden und ihn ausfechten, also zwischen den ohne dem Willen der Menschen sich vollziehenden Umwälzungen in den objektiven Verhältnissen und jenen, deren Umwälzung das Produkt des menschlichen Willens ist.

Wenden wir uns nun der Epoche der Bourgeosie zu, wie L. sie darstellt.

Die Revolutionierung — nicht der Gesellschaft, sondern der ökonomischen Verhältnisse — war noch unter dem Regime des Feudalismus erfolgt. Als revolutionärer Faktor war die moderne Industrie aufgetreten. Die französische Revolution erzwang dem bereits objektiv Bestehenden nur die rechtliche Anerkennung. L. legt auch hier ein besonderes Gewicht auf die Betonung des Übergewichts der vom Willen der Menschen unabhängigen Vorgänge. „Man kann nie eine Revolution machen; man kann immer nur einer Revolution, die schon in den tatsächlichen Verhältnissen einer Gesellschaft eingetreten ist, auch äußere rechtliche Anerkennung und konsequente Durchführung geben. Eine Revolution machen wollen, ist die Torheit unreifer Menschen, die von den Gesetzen der Geschichte keine Ahnung haben. Ebendeshalb ist es ebenso unreif und ebenso kindisch, eine Revolution, die sich bereits einmal in den Eingeweiden einer Gesellschaft vollzogen hat, zurückdämmen und sich ihrer rechtlichen Anerkennung widersetzen, oder einer solchen Gesellschaft oder einzelnen, die sich bei diesem Hebammendienst beteiligen, den Vorwurf machen zu wollen, daß sie revolutionär seien. Ist die Revolution drin in der

Gesellschaft, in ihren tatsächlichen Verhältnissen, so muß sie, da hilft nichts, auch herauskommen und in die Gesetzsammlung übergehen[1])."

In diesen Sätzen hat L. seine prinzipielle Auffassung der Revolution niedergelegt. Es ist unsere Aufgabe, sie zu zergliedern.

Zweierlei tritt auch in dieser Auffassung klar hervor: 1. die ausschlaggebende Rolle der im stillen wirkenden objektiven Kräfte, die mit der Gewalt von Naturelementen wirken: in der menschlichen Gesellschaft sind unheimliche, jeglichem menschlichen Wollen und Handeln entrückte, der Sphäre des Naturgeschehens zugehörige Kräfte wirksam, die im Grunde das Handeln der Menschen bestimmen. Wie vulkanische Ausbrüche vollkommen unabhängig vom Willen des Menschen erfolgen, so auch von Zeit zu Zeit im Innern der Gesellschaft Revolutionen.

Nun ist klar, daß diese Elementargewalten im Innern der Gesellschaft zwar vorhanden sind, aber nur insoweit Bedeutung haben, als sie gerade dem Menschen zum Bewußtsein kommen. Solange sie unterirdisch wirken, sind sie für die historische Entwicklung ganz belanglos, weil nicht im Bereich des historischen Geschehens. Bis dahin sind sie Gegenstand naturwissenschaftlicher Forschung, nicht aber der Historie; ihnen eine dominierende Stellung einräumen, heißt nichts anderes, als die historische Entwicklung auf naturwissenschaftlichem Wege erklären. Tatsächlich wirkt übrigens jede Veränderung in der ökonomischen Struktur der Gesellschaft unverzüglich auf die gesellschaftlichen Verhältnisse zurück. Betrachtet man aber jene unbewußten Kräfte als die eigentlichen Revolutionäre, so muß man konsequenterweise die gesellschaftliche Revolution von dem Moment an datieren, in denen sie auf die Gesellschaft zu wirken beginnen. Die eigentliche Revolution ist dann nur der letzte Akt des Revolutionsdramas, dessen erster mit dem Auftreten jener inneren Kräfte einsetzte. Das bedeutet aber, daß man die gesellschaftliche Entwicklung unter die Gesetze des Naturgeschehens bringt. Die Auffassung L.s mündet also immer wieder ein in die naturwissenschaftliche Betrachtung der Gesellschaft. Was M. in heißem Bemühen gerade aus der Geschichtswissenschaft entfernt hatte, das kultiviert L. mit unermüdlichem Fleiße.

Verfolgen wir aber L.s Gedankengang weiter. Revolutionen können nicht gemacht werden, d. h. sie entstehen außerhalb des Willens der Menschen. Das gleiche gilt aber auch von allen anderen gesellschaftlichen Erscheinungen, z. B. auch von den Kriegen. Oder warum sollten Revolutionen vor Kriegen einen besonderen Vorzug genießen? Haben jene ihre Ursachen in unterirdischen Kräften, so doch auch diese. Auch Kriege müssen im Innern der Gesellschaft vorbereitet sein. Aber welches Interesse bietet das? Erst in dem Augenblick, da die Kriege in ihren Ursachen, Vorbereitungen, Anlässen in den Bereich des gesellschaftlichen Geschehens rücken, gewinnen sie für die Historie Interesse. Nicht anders steht es um die großen Entdeckungen und Erfindungen. Die Eigenschaft der Magnetnadel, immer die Nord-Südrichtung einzunehmen, interessiert den Naturwissenschaftler, die Tatsache

1) Arbeiter-Programm, a. a. O. S. 22/23.

aber, daß mit Hilfe dieser natürlichen Eigenschaft der Magnetnadel der moderne Weltverkehr möglich wurde, den Historiker. Die Entdeckung, daß eine bestimmte Mischung von Schwefel, Kohle und Phosphor explosive Wirkungen hervorbringt, interessiert den Naturwissenschaftler, die Tatsache aber, daß solchen Mischungen gegenüber die besten Rüstungen und die festesten Stadtmauern versagen, den Historiker. Die Erscheinung, daß Wasser bei 100° C zum Sieden gebracht wird und Dampf entwickelt, interessiert den Naturwissenschaftler, den Historiker aber wieder, daß mit Hilfe dieses Dampfes Räder in Bewegung gesetzt werden, die Menschenhände überflüssig machen. Immer wenn die betreffende Naturerscheinung zu einer gesellschaftlichen Macht wird, rückt sie aus dem Interessenkreise des Naturforschers und wird Gegenstand der historischen Forschung, während umgekehrt für diese der naturwissenschaftliche Hintergrund einer gesellschaftlichen Erscheinung keinerlei Interesse hat. Den Historiker kümmern nicht die Gesetze der Natur. Er erforscht die Gesetze der Gesellschaft. Indem L. mit äußerster Prägnanz und immer wieder in seinen Schriften und Plädoyers den Naturkräften im Innern der Gesellschaft die dominierende Stellung einräumt, macht er die Menschen zu Maschinen, deren Motoren eben jene Naturkräfte sind. In ihm feiert La Mettrie seine Auferstehung.

Aber weiter! Es ist töricht, Revolutionen machen, nicht minder töricht aber auch, sie verhindern zu wollen, wenn sie einmal im Innern der Gesellschaft sind. Mit dieser Gegenüberstellung hebt L. noch einmal hervor, daß die Menschen nur Werkzeuge einer durch unterirdische Gewalten in Bewegung gesetzten Entwicklung sind. Aber wie nun? Es kann ihm nicht in den Sinn kommen, das Handeln der Menschen zu leugnen. Eine Revolution stecke, wie eine schwere Krankheit, in den Eingeweiden der Gesellschaft. Dies muss doch eines Tages offenbar werden, d. h. sie muß sich doch irgendwie äußern! Nicht alle erkennen sie gleich. Aber die Männer der Wissenschaft müssen sie als erste erkennen, denn ihre Aufgabe ist es, den gesellschaftlichen Körper in seinen Funktionen, seinen Lebensäußerungen zu studieren. Ihnen kann das Rumoren der Revolution in den Eingeweiden der Gesellschaft unmöglich verborgen bleiben. Haben sie aber erst einmal die Diagnose auf Revolution gestellt, so ist es ihre Pflicht, ihre Entdeckung den Menschen zum Bewußtsein zu bringen. Dann haben die Menschen nach L. vernünftigerweise nichts Eiligeres zu tun, als die einwandfrei festgestellte Revolution auch schleunigst zum Durchbruch zu bringen, also ihr rechtliche Geltung zu verschaffen. „Unreif und kindisch" ist es, sich diesem Prozeß entgegenzuwerfen! Da man aber solch unreifes Gebaren immer nur von einem sehr geringen Bruchteil der erwachsenen Menschheit voraussetzen kann, so müssen sich nach L. selbstverständlich nahezu alle, ob arm oder reich, ob hoch oder niedrig, am Werke der Revolution beteiligen. Man sieht, zu welchen kuriosen Konsequenzen L.s Geschichtsphilosophie führt. Statt in den Revolutionen Klassenkämpfe zu sehen und sie als solche den Arbeitern verständlich zu machen, spannt er Arbeiter und Besitzende, soweit sie nicht unreif und kindisch sind, gemeinsam vor den Wagen der Revolution.

L. ist ein Mann der Wissenschaft. Immer wieder hat er dies nachdrücklichst betont und den Ruf als Wissenschaftler hätte er um alles in der Welt nicht preisgeben mögen. Dann mußte er aber erkennen und sogar in allen Einzelheiten wissen, ob auch in der Gegenwart wieder eine Revolution in den Eingeweiden der Gesellschaft steckte, die ans Licht der Weltgeschichte drängte. Er mußte jede leiseste Zuckung des gesellschaftlichen Körpers genau studieren und feststellen, ob sie nicht etwa Symptom für eine innere Revolution sei. Er mußte mit einer Fülle von Tatsachen ausgerüstet sein, die sämtlich auf das Vorhandensein einer Revolution hindeuteten. Das Vorhandensein solcher Tatsachen war ja auch schon mehr als ein Jahrzehnt vor ihm ans Licht gezogen worden. Das Kommunistische Manifest steckte voll von ihnen. L. aber, der Mann der Wissenschaft, der Revolutionär aus innerer Überzeugung, äußert sich über diesen wichtigsten Punkt des gesellschaftlichen Lebens foldendermaßen: „Und so mag es, wenn ich nicht sehr irre, auch heute sein, daß bereits mehrfache Erscheinungen existieren, welche einen neuen Zustand der Dinge in sich tragen und ihn mit Notwendigkeit aus sich entwickeln müssen[1])." Es mag sein! Wenn ich nicht sehr irre! Mehrfache Erscheinungen! Das Kommunistische Manifest aber hatte bereits ausgesprochen, daß in der bürgerlichen Gesellschaft alle Vorbedingungen der sozialen Revolution vorhanden seien. Daß L. diese Dinge nicht sah, hatte seine besonderen Gründe. Sie hängen mit seiner Geschichtsphilosophie auf das engste zusammen und bestimmten seine praktische Wirksamkeit.

Ist es die Pflicht der Männer der Wissenschaft, die Lebensäußerungen des sozialen Körpers zu erforschen, so des Politikers, die Menschen in ihrem politischen, auf die Veränderungen der gesellschaftlichen Verhältnisse gerichteten Willen und Handeln zu bestärken und voranzutreiben. Die Rolle des revolutionären Politikers aber besteht darin, den äußeren Durchbruch der im Innern der Gesellschaft tätigen Kräfte zu beschleunigen und so den neuen Zustand der Dinge so schnell wie möglich schaffen zu helfen. Da er dies als einzelner nicht leisten kann, so wendet er sich an denjenigen Teil der Gesellschaft, der zur Durchführung der Revolution historisch berufen ist. Er muß die Errungenschaften der Wissenschaft unter die Massen bringen, aber nicht als objektive Wissenschaft, sondern als Grundlage und Ausgangspunkt für seine revolutionäre Propaganda und das revolutionäre Handeln der Menschen. Indem die Wissenschaft die Grundlage des revolutionären Handelns der Massen abgibt, ist sie selbst in ihrem innersten Wesen revolutionär. Denn Wissenschaft besteht nicht im bloßen Konstatieren von Tatsachen. Ihr eigentlicher Zweck ist gerade, im Labyrinth des Tatsachenmaterials den Ariadnefaden aufzufinden, der in die geordnete Welt der gesetzmäßigen Zusammenhänge führt, aus dem Rohmaterial der Tatsachen einen wohlgefügten Bau aufzurichten. Nun sind aber die Folgerungen der Männer der Wissenschaft aus dem vorhandenen Tatsachenmaterial durchaus nicht die gleichen. Es ist kaum anzunehmen, daß das naturwissenschaftliche Tatsachenmaterial, über das DARWIN verfügte, sich quantitativ bedeutend über dasjenige erhob,

1) Arbeiter-Programm a. a. O. S. 25.

aus dem LINNÉ seine Folgerungen zog. Und doch brachte es LINNÉ nur zum Systematisieren, während DARWIN demselben Material den Pulsschlag der inneren Gesetzmäßigkeit abfühlte. So auch hat M. neues Taschenmaterial kaum zutage gefördert. Er fand alles, was er brauchte, in den Schatzkammern des Britischen Museums vor. Und doch kam er zu ganz anderen Resultaten als alle Ökonomisten vor ihm, und an der Hand seiner Quellen sah ADAM SMITH die ökonomische Welt anders als RICARDO, RICARDO anders wieder als MILL. Hieraus folgt, daß von einer objektiven Wissenschaft keine Rede sein kann. Wäre Objektivität als bloße Anhäufung von Tatsachenmaterial gemeint, so eignete sie nur dem Sammler, nicht aber dem Wissenschaftler. Wäre sie als etwas aller wissenschaftlichen Arbeit in Zeit und Raum Gemeinsames gemeint, so wäre sie eine Illusion. Freilich, etwas ist den wissenschaftlichen Arbeiten aller Zeiten dennoch gemein, nämlich das Denken. Dieses aber auch nur in seinem natürlichen Vorgange. Es ist nicht anzunehmen, daß die natürliche Funktion des Gehirns eines ARISTOTELES anders gewesen sei, als eines M., oder auch irgendeines andern Menschen sonst. Ihrer Aller Denken geht nach den naturwissenschaftlichen Gesetzen vor sich, die sich aus der Erforschung der menschlichen Denktätigkeit überhaupt entwickelt haben. Dennoch ist der Denker ARISTOTELES vom Denker M. sehr verschieden. An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen. Eine objektive Wissenschaft im Sinne einer Allgemeingültigkeit ihrer Methoden und Resultate ist eine Illusion. Oder sind die Scheiterhaufen, die man zu allen Zeiten Männern der Wissenschaft errichtet hat, sämtlich nur Ausgeburten einer wilden Phantasie gewesen? Aller Wissenschaft hat seit jeher ein glutheißer Kampfcharakter innegewohnt. Die GALILEI, KOPERNIKUS, KANT, DARWIN, MARX waren Kämpfer, und ihre Namen und Werke waren Kampfparolen. Die Objektivität der Wissenschaft stabilieren, das bedeutet gleichermaßen: der Wissenschaft ihres Wesens wegen dienen, den Zustand des menschlichen Denkens und Forschens proklamieren, der Reaktion dienen. Sehen wir nun zu, wie L. mit der Wissenschaft fertig wird. Erst dann wird uns der Charakter seiner Geschichtsphilosophie sich klar enthüllen.

In seiner Verteidigungsrede vor dem Berliner Kriminalgericht vom 16. Januar 1863[1]) setzt L. seine Auffassung von der Wissenschaft ausführlich auseinander und betont nachdrücklichst, mit wie strenger Objektivität und wie fern von aller Tendenzmacherei er verfahre. Worin zeigt sich nun diese Objektivität? Unter anderem darin, daß durch sie der Arbeiterstand mit der Herrschaft der Bourgeoisie in der Geschichte versöhnt wird; darin, daß die Arbeiter durch sie zur historischen Pietät gegen die Bourgeoisie aufgefordert werden; darin, dass ihnen die Unantastbarkeit und Heiligkeit alles einmal erworbenen Eigentums der besitzenden Klassen gepredigt wird und sie zur Achtung vor derselben ermahnt werden; darin, daß dem Worte Revolution nicht sein konkreter historischer Gehalt, sondern eine abstrakte wissenschaftliche Bedeutung gegeben wird; darin, daß gerecht zwischen den Vor- und Nachteilen der Revolution abgewogen wird; kurz, darin, daß den

1) Die Wissenschaft und die Arbeiter, a. a. O. II, S. 51 ff.

Arbeitern die Geschichte zwar auf irgendeine Weise erklärt, jede Folgerung für ihr praktisches Handeln aber sorgfältig vermieden wird. Es liegt auf der Hand, daß eine solche Objektivität der Wissenschaft gar nicht existiert. Der Oberstaatsanwalt hat L. gezwungen, den im „Arbeiterprogramm" etwa vorhandenen Spitzen, die, wenn auch verblümt, als Aufforderung zum revolutionären Handeln deutbar waren, jede Wirksamkeit zu nehmen. Die Objektivität der Wissenschaft ist nur die Hülle, unter der sich ein reaktionärer Kern verbirgt. Und die Allianz dieser Wissenschaft mit den Arbeitern wäre schlimmer als die berüchtigte Heilige Allianz historischen Angedenkens. Wie groß die Verheerung ist, die sie in den Köpfen der Arbeiter anrichten muß, wird belegt durch die zahllosen Illusionen, in die sie L. Hals über Kopf stürzt. Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei! Die Freiheit der Wissenschaft ist das Lebensinteresse und die Existenzbedingung des Staates! Am schlimmsten aber ist die praktische Wirkung dieser objektiven Wissenschaft. Sie dient L. ganz ausdrücklich als Vermittlerin der Klassengegensätze und als Sicherheitsventil gegen den Ausbruch revolutionärer Kämpfe. Und statt der Hochflut der bürgerlichen Wissenschaft den unüberwindlichen Damm der proletarischen entgegenzubauen, beruft sich L. unausgesetzt auf die bürgerlichen Schriften, um den wissenschaftlichen Charakter seiner Lehre zu erhärten und sich mit den Resultaten der bürgerlichen Wissenschaft zu solidarisieren. Statt das Klassenbewußtsein der Arbeiter zu entwickeln, ist die objektive Wissenschaft ein probates Mittel, diese Entwicklung zu hemmen.

Reaktionär wie das Schlagwort von der objektiven Wissenschaft ist L.s ganze Geschichtsphilosophie. In ihrer Starrheit schaltet sie alles bewußte Handeln der Menschen aus dem historischen Prozeß aus. „Die Bourgeoisie selbst ist nur das willenlose Produkt dieser Zustände[1])." „Unsere Bourgeoisie hat die bestehenden Zustände nicht gemacht, sie ist nicht der Produzent dieser Zustände, sondern nur ihr unwillkürliches Produkt[2])." „Es ist der Grundgedanke meines Vortrages, daß keineswegs die Besitzenden als Personen bewußt und frei, absichtlich und verantwortlich die Herrschaft der Bourgeoisie produziert haben, sondern daß umgekehrt die Bourgeois nur die unbewußten, willenlosen und darum unverantwortlichen Produkte, nicht Produzenten dieser Weltlage sind[3])."

Hören wir aber, was das Kommunistische Manifest über die Rolle der Bourgeoisie in der Geschichte zu sagen wußte: „Die Bourgeoisie hat in der Geschichte eine höchst revolutionäre Rolle gespielt . . . (Sie) hat alle bisher ehrwürdigen und mit frommer Scheu betrachteten Tätigkeiten ihres Heiligenscheins entkleidet. (Sie) hat dem Familienverhältnis seinen rührend sentimentalen Schleier abgerissen und es auf ein reines Geldverhältnis zurückgeführt . . . Erst sie hat bewiesen, was die Tätigkeit der Menschen zustande bringen kann . . . (Sie) kann nicht existieren, ohne die Produktionsinstrumente, also die Produktionsverhältnisse, also sämtliche gesellschaftlichen Verhältnisse fortwährend

1) Zur Arbeiterfrage, a. a. O. II, S. 481.
2) Arbeiterlesebuch, a. a. O. II, S. 374.
3) Die Wissenschaft und die Arbeiter, a. a. O. II, S. 90.

zu revolutionieren . . . (Sie) hat durch ihre Exploitation des Weltmarktes die Produktion und Konsumtion aller Länder kosmopolitisch gestaltet . . . (Sie) reißt durch die rasche Verbesserung aller Produktionsinstrumente, durch die unendlich erleichterten Kommunikationen alle, auch die barbarischsten Nationen, in die Zivilisation . . . (Sie) hat das Land der Herrschaft der Stadt unterworfen . . . (Sie) hebt immer mehr und mehr die Zersplitterung der Produktionsmittel, des Besitzes unter der Bevölkerung auf. Sie hat die Bevölkerung agglomeriert, die Produktionsmittel zentralisiert, und das Eigentum in wenigen Händen konzentriert . . . (Sie) hat in ihrer kaum 100jährigen Klassenherrschaft massenhaftere und kolossalere Produktionskräfte geschaffen, als alle vergangenen Generationen zusammen [1])." L. jedoch behauptet angesichts dieser Zyklopenarbeit: die Bourgeoisie selbst ist nur das willenlose Produkt dieser Zustände.

Der Gegensatz zwischen der mechanistischen Geschichtsphilosophie L s und der Dialektik des historischen Materialismus von M. ist in dieser Gegenüberstellung mit Händen zu greifen. Zugleich aber decken gerade die zitierten Stellen des Kommunistischen Manifestes die Umstände auf, unter denen die zahlreichen Veränderungen vor sich gehen, welche den Untergang der Bourgeoisie vorbereiten und den Aufstieg des Proletariats bewirken, jene Umstände, von denen L. so geheimnisvoll spricht.

Nirgends läßt sich das Verhältnis zwischen den objektiv wirkenden Kräften der gesellschaftlichen Entwicklung und dem tätigen Eingreifen, dem historischen Handeln der Menschen so klar erkennen, wie in der Rolle, welche die Maschine im Produktionsprozeß gespielt hat. Die Funktion der Maschine setzte mit der Gewalt elementarer Kräfte ein, im selben Augenblick wälzte sich der ganze gesellschaftliche Oberbau um, und zugleich begann die Bourgeoisie die revolutionäre Rolle zu spielen, von der das Kommunistische Manifest spricht. Und diese Revolution vollzog sich, obgleich sie nicht mit der blanken Waffe durchgeführt wurde, keineswegs friedlich. Blut- und schmutztriefend kam das Kapital zur Welt, schrieb nur wenige Jahre nach L. M. in seinem „Kapital".

Es ist nur natürlich, daß L. im „Arbeiterprogramm" die ganze Epoche des Klassenkampfes zwischen Bourgeoisie und Proletariat überspringt und sich sogleich behaglich in den Gefilden des Friedens niederläßt, die unter der Herrschaft des vierten Standes erblühen. Er, der in seinem Vortrage jede Andeutung des Klassenkampfes vermieden, tummelt sich um so frischer im luftleeren Raum eines Zukunftsgebildes und schildert um so beredter die grosse Versöhnung aller Menschen: „Wer also die Idee des Arbeiterstandes als das herrschende Prinzip der Gesellschaft anruft, in dem Sinn, wie ich Ihnen dies entwickelt, der stößt nicht einen die Klassen der Gesellschaft spaltenden und trennenden Schrei aus; der stößt vielmehr einen Schrei der Versöhnung aus, einen Schrei, der die ganze Gesellschaft umfaßt, einen Schrei der Ausgleichung für alle Gegensätze in den gesellschaftlichen Kreisen, einen Schrei der Einigung, in den alle einstimmen sollten, welche Bevorrechtung und Unterdrückung

1) Das Kommun. Manifest. VII. Ausgabe. Berlin 1909, S. 25/27.

des Volkes durch priviligierte Stände nicht wollen, einen Schrei der Liebe, der, seitdem er sich zum ersten Male aus dem Herzen des Volkes emporgerungen, für immer der wahre Schrei des Volkes bleiben und um seines Inhalts willen selbst dann noch ein Schrei der Liebe sein wird, wenn er als Schlachtruf des Volkes ertönt [1])."

So ist L.s Geschichtsphilosophie kein Schlachtruf im Klassenkampf des Proletariats, wie das Kommunistische Manifest, sondern eine Apologie der sozialen Versöhnung im Himmelreich der Zukunft, wie das Evangelium. „Ich predige den Text des Evangeliums," sagte er einmal zu seiner Verteidigung. Das Wort hatte einen tieferen Sinn, als L. selbst ahnen mochte.

II. Arbeiterprogramm.

„So ist der Geist in ihm sich selbst entgegen; er hat sich selbst als das wahre feindselige Hindernis seiner selbst zu überwinden; die Entwicklung, die in der Natur ein ruhiges Hervorgehen ist, ist im Geist ein harter, unendlicher Kampf gegen sich selbst. Was der Geist will, ist, seinen eigenen Begriff zu erreichen, aber er selbst verdeckt sich denselben, ist stolz und voll von Genuß in dieser Entfremdung seiner selbst. Die Entwicklung ist auf diese Weise nicht das harm- und kampflose Hervorgehen, wie die des organischen Lebens, sondern die harte unwillige Arbeit gegen sich selbst, und ferner ist sie nicht bloß das Formelle des sich Entwickelns überhaupt, sondern das Hervorgehen eines Zwecks von bestimmtem Inhalte. Diesen Zweck haben wir von Anfang an festgestellt: es ist nicht der Geist, und zwar nach seinem Wesen, dem Begriff der Freiheit. Dies ist der Grundgegenstand, und darum auch das leitende Prinzip der Entwicklung." Mit diesen Sätzen hat HEGEL, wenn auch ideologisch, die Dialektik des historischen Geschehens aufgedeckt: die historische Entwicklung als das Produkt des Kampfes der Gegensätze.

Im Kommunistischen Manifest hinwiederum wird festgestellt: „Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen." Die historische Dialektik ist damit, materialistisch, auf ihren realen Boden verlegt.

L. endlich erklärt: „Ich habe den Arbeiterstand nirgends zu der Verwirklichung der ihm innewohnenden Staatsidee aufgefordert, deren Verwirklichung ich vielmehr, meiner ganzen philosophischen Geschichtsanschauung gemäß, als sich auf objektivem Wege durch die geschichtliche Entwicklung von selbst vollbringend, überall nachweise und zu welcher subjektive Aufforderung meiner Geschichtsauffassung gemäß auch nicht das geringste beitragen könne [2])". L. hat damit die historische Dialektik auf den philosophischen Materialismus zurückgeworfen.

Im Arbeiterprogramm entwickelt er seine Geschichtsauffassung und nur von diesem Gesichtspunkt aus hat es auch heute noch eine Bedeutung. L., der bis dahin sich ausschließlich der Bourgeoisie zugewandt hatte, be-

1) Arbeiter-Programm, a. a. O. II, S. 38.

2) HEGEL, Einleitung z. Philosophie d. Geschichte.

schäftigt sich hier zum ersten Male mit dem Arbeiterstand. Und zum ersten Male durchsetzt er seine ideologische Anschauungsweise mit materialistischen Elementen. Er behandelt die Idee des Arbeiterstandes in ihrem Zusammenhange mit der gegenwärtigen Geschichtsepoche. Die Idee des Arbeiterstandes ist es, sich zur herrschenden Idee der gegenwärtigen Geschichtsepoche zu machen, so daß mit der Verwirklichung dieser Idee die Herrschaft einer Klasse über eine andere beseitigt, die Herrschaft aller durchgeführt ist.

Um die Idee des Arbeiterstandes zu erläutern, stellt L. zwei vorausgehende Geschichtsepochen dar, in denen zwar auch eine herrschende Idee bestand, jedoch so, daß sie der Ausdruck von Herrschaft über Beherrschte war: in der Zeit des Feudalismus die Idee des Großgrundbesitzes, in der Folgezeit die Idee der Bourgeoisie. Mit dem Revolutionsjahre 1848 hat die Epoche der Idee des vierten Standes eingesetzt. Wie hat sich nun der Übergang von der ersten Epoche in die zweite vollzogen? Durch Kampf der Bauern gegen ihre Unterdrücker etwa? Durch aktives Eingreifen der Beherrschten? Durch Anwendung von Gewalt? Nein, antwortet L. Die Bauernkriege, obgleich in ihren Formen revolutionär, waren in ihrem Wesen doch reaktionär. Sie repräsentierten kein neues Prinzip, da sie an der Idee des Grundbesitzes als dem herrschenden Prinzip festhielten, und zwar in einem Augenblick, in dem ihm durch die Veränderung in den materiellen Lebensbedingungen, in der Produktionsweise, bereits der Boden entzogen war. Nicht durch Gewalt wurde das Prinzip des Grundbesitzes beseitigt, sondern auf dem Wege friedlicher Entwicklung; nicht auf der Oberfläche gesellschaftlicher Kämpfe vollzog sich die Umwälzung, sondern in der Tiefe der ökonomischen Verhältnisse; nicht durch das aktive Eingreifen der Menschen, sondern durch den inneren Mechanismus objektiver Verhältnisse; nicht durch den Willen, sondern durch innere Notwendigkeiten; nicht durch die Austragung von Gegensätzen, sondern durch das organische Wirken immanenter Kräfte. Die Revolution von 1789 war nur die rechtliche Anerkennung eines Umschwungs in den materiellen Verhältnissen der Gesellschaft, der mit der Entdeckung Amerikas und des Seewegs nach Ostindien, der Erfindung des Kompasses und der Dampfmaschine, der Eröffnung des Weltmarktes, der Arbeitsteilung lange vorher eingesetzt hatte. Die Menschen, die diese Revolution durchführten, waren nur die ausführenden Organe jener durch die objektiven Verhältnisse bereits vollzogenen Revolution.

Die Revolutionäre von 1789 traten mit dem Anspruch auf, in ihrer Sache die Sache der gesamten Menschheit zu verfechten. Was sie schufen, war das Prinzip neuer Privilegienherrschaft. Es äußert sich im Zensus, in der indirekten Steuer. Es unterscheidet sich seinem Wesen nach nicht vom Prinzip des Grundbesitzes. Allein es sind bereits Erscheinungen hervorgetreten, die einen neuen Zustand der Dinge in sich tragen und mit Notwendigkeit aus sich entwickeln müssen. Erscheinungen, die selbst von den Behörden als Höhepunkte der Kultur enthusiastisch begrüßt wurden. Es sind die Erscheinungen, welche die Idee des Arbeiterstandes aus sich entwickeln, jene Idee, die nunmehr berufen ist, die herrschende der Gesellschaft zu werden.

Es fragt sich nun, wie diese Idee verwirklicht werden soll. „Das formelle Mittel (hierzu) ist das allgemeine, direkte Wahlrecht. Das Volk wird daher jederzeit das allgemeine und direkte Wahlrecht als ein unerläßliches politisches Kampfmittel, als die allerfundamentalste und wichtigste seiner Forderungen betrachten müssen [1])". Und dieses Wahlrecht ist „das einzige Mittel, welches auf die Dauer von selbst wieder die Mißgriffe ausgleicht, zu denen sein momentan irriger Gebrauch führen kann [2])."

Was den sittlichen Inhalt des neuen Gesellschaftsprinzips betrifft, so besteht er darin, daß alles persönliche Interesse mit dem Interesse aller zusammenfällt; während in den früheren Epochen persönliche und Gemeininteressen in unversöhnlichem Gegensatz standen.

Das neue Prinzip der Gesellschaft durchdringt auch den Staat mit neuem Inhalte. „Der Staat ist es, welcher die Funktion hat, diese Entwicklung der Freiheit, diese Entwicklung des Menschengeschlechts zur Freiheit zu vollbringen. Sein Zweck ist somit der, das menschliche Wesen zur positiven Entfaltung und fortschreitenden Entwicklung zu bringen, mit anderen Worten, die menschliche Bestimmung, d. h. die Kultur, deren das Menschengeschlecht fähig ist, zum wirklichen Dasein zu gestalten. Er ist die Erziehung und Entwicklung des Menschengeschlechts zur Freiheit [3])." Die Idee des Arbeiterstandes ist keine praktische, politische Forderung an die Arbeiter, sondern ein sittliches Gebot, ein Gebot zur Sittlichkeit; sie ist kein Mittel des Kampfes, sondern ein Evangelium der Freiheit.

Hat L. den Kern seiner Geschichtsphilosophie im Arbeiterprogramm noch nicht mit aller Klarheit herausgearbeitet, so ist doch immerhin genug von ihm zu erkennen, um ihn in Gegensatz zu HEGEL und M. zu zeigen. HEGEL enthüllt die Geschichte als den Selbstbewußtseinsprozeß der absoluten Idee, die in jeder historischen Erscheinung sich selbst und zugleich ihren Gegensatz hervorbringt, um in der Überwindung des letzteren eine höhere Form ihres Selbstbewußtseins zu erlangen, das aber im Augenblick seiner Existenz auch schon wieder einen neuen Gegensatz entwickelt. Und soweit HEGEL davon entfernt ist, die absolute Idee als allwaltendes Prinzip hinzustellen, das die Menschen zu willenlosen Organen seines Willens degradiert, so läßt er gerade umgekehrt das Handeln der Menschen für die historische Entwicklung ausschlaggebend sein. Und M.? Die Menschen machen ihre eigene Geschichte, sagt er, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen. Indem M. die HEGELsche Dialektik aus dem Bereich der Ideologie herabholt und sie in den Boden der materiellen Verhältnisse verpflanzt, ist er weit entfernt, diesen letzteren eine vom historischen Handeln der Menschen unabhängige, eigene dialektische Bewegung zuzuschreiben. Er weiß im Gegenteil, daß jene materiellen Verhältnisse, soweit sie Äußerungen der Natur sind, der Dialektik überhaupt nicht unterliegen, daß sie erst durch ihren Eintritt in den Kreis des gesellschaftlichen Lebens dialektische Bewegung bekommen. Erst als gesellschaftliche, als menschliche Verhältnisse er-

1) Arbeiterprogramm, a. a. O. II, S. 39 f. 2) Ebenda S. 39. 3) Ebenda S. 46.

scheinen sie im Bann der dialektischen Gesetzmäßigkeit, schaffen sie Gegensätze, die zur Austragung in höheren Formen drängen. Überall ist es das Handeln der Menschen, das den Gang der Geschichte bestimmt, überall die materiellen Verhältnisse, die dieses Handeln bedingen. Wo M. die Bedeutung der ökonomischen Verhältnisse entwickelt, geschieht es stets im Hinblick auf die historische Entwicklung, auf die Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse durch menschliches Handeln. Die materiellen Verhältnisse sind ihm nicht Grundlagen, sondern Hebel der Entwicklung, nichts Starres, sondern dialektisch Fließendes. In diesem dialektischen Fluß treten sie bereits im Kommunistischen Manifest auf, in diesem dialektischen Fluß zeigt er sie in den Riesendimensionen des „Kapital".

Ganz im Gegensatz zu ihm weist L. den materiellen Verhältnissen eine vom menschlichen Willen und Tun ganz unabhängige Eigenbewegung zu, während umgekehrt das Wollen und Handeln der Menschen in absoluter Abhängigkeit von jener Eigenbewegung steht. Diese letztere ist die eigentliche historische Entwicklung, die Menschen sind nur willen- und verantwortungslos ausführende Organe. Nach L. geschieht die Entwicklung nicht in Gegensätzen, sondern in gerader Linie.

Was im Arbeiterprogramm noch nicht in voller Klarheit hervortrat, darüber verbreiten L.s Verteidigungsreden im Prozeßverfahren, das an jenen Vortrag sich knüpfte, helles Licht.

Der Ankläger hatte in dem letzteren eine aktive Seite entdeckt, den Zweck: die besitzlosen Klassen zu Haß und Verachtung gegen die Besitzenden anzureizen. Als juristischer Akt hat die Anklage heute nur noch dadurch Bedeutung, daß sie das übermäßig entwickelte Klassenbewußtsein der herrschenden, ans Herrschen gewöhnten Klasse und ihre übergroße Empfindlichkeit gegen jede Möglichkeit eines Eingriffs in ihre Herrschaftsstellung zeigt. Wäre L. in dieser Richtung überhaupt belehrbar gewesen, er hätte aus den vielen Prozessen lernen können, was es mit dem Klassengegensatz in der bürgerlichen Gesellschaft auf sich hat. Er jedoch zog aus ihnen nur die Lehre, daß man sich den bestehenden Verhältnissen anzupassen habe. Statt den Klassengegensatz dort, wo er für Arbeiter handgreiflich hervortrat, auf dem Boden der Justiz, in seiner vollen Größe aufzuweisen, benutzte er jeden seiner Prozesse, um die Legalität seines Handelns nachzuweisen. In dem Prozeß, der sich an das Arbeiterprogramm schloß, kann er sich in diesem Bemühen gar nicht genug tun. Er ist daher genötigt, die entscheidenden Stellen seines Vortrages reinlichst herauszuschälen, und darin liegt die historische Bedeutung der gegen ihn erhobenen Anklage. Sie zwang ihn, mit Bezug auf sich selbst auszusprechen, was ist.

Zweierlei springt aus seinen Verteidigungsreden in die Augen: die krampfhafte Beteuerung einerseits seiner Legalität und anderseits der totalen Inaktivität seines Vortrages. Hier nun tritt ein für L. kennzeichnender Zug hervor. Er hält den Arbeitern einen rein wissenschaftlichen Vortrag und die reine Wissenschaft besteht, wie er darlegt, in der völligen Voraussetzungslosigkeit des Denkens. Mit dieser Wissenschaftlichkeit verträgt sich keiner-

dings die Aufforderung zum Handeln. Sie verträgt keine praktischen Konsequenzen. „Sie werden bei einigem Nachdenken vielleicht selbst einsehen, urteilen, daß alle solchen subjektiven Aufforderungen durch den Inhalt jener objektiven Lehre selbst ganz unmöglich und ausgeschlossen sind. Meine Hörer konnten nach allen meinen entwickelten Ansichten unmöglich unserer Geschichtsperiode durch ihr persönliches Wollen diesen Inhalt geben, den sie vielmehr nach mir, auch wenn ich und meine Hörer gar nicht existierten, ohnehin schon hat. Nur verstehen konnten sie ihn, und dies herbeizuführen, war die Natur und die Absicht meiner Bemühung. Ihn unterstützen und fördern, können sie nach der Lehre meines Vortrags nur durch Bildung und sittliche Hebung, und darum war dies das einzige, was ich ihnen ans Herz gelegt habe[1])."

III. Über Verfassungswesen. Was nun[2])?

Im ersten dieser Vorträge entwickelt L. den Begriff der Verfassung. Im zweiten wendet er den gewonnenen Begriff auf einen konkreten Fall des politischen Lebens der Gegenwart an.

Seinem ersten Vortrage stellt L. das Ergebnis seiner Untersuchung voran: die treibenden Kräfte bei der Gestaltung von Verfassungen sind die tatsächlichen Machtverhältnisse einer bestimmten Gesellschaft; Verfassungsfragen sind ursprünglich nicht Rechts-, sondern Machtfragen.

Gegen dieses Axiom läßt sich nichts einwenden und ist auch nie etwas eingewandt worden. Vielmehr ist es ganz besonders von denen anerkannt worden, die gerade an der Macht waren, oder doch wenigstens die Macht repräsentierten. So verzeichnet L. es in seinem zweiten Vortrag mit Genugtuung, daß die Kreuzzeitung, der Kriegsminister VON ROON und der Ministerpräsident VON BISMARCK sich zu derselben Auffassung bekennen wie er. Das will sagen, daß L., indem er diesen Satz aussprach, keineswegs etwas aussprach, wozu nur ein Revolutionär befähigt gewesen wäre. Und er konstatierte ihn mit großer Objektivität. Er appelliert ganz ausschließlich an das voraussetzungslose Denken seiner Zuhörer, und an einer entscheidenden Stelle verwahrt er sich ganz besonders dagegen, an den Willen seiner Hörerschaft appellieren zu wollen.

Welchen Sinn hatte also seine Berufung auf die Kreuzzeitung, ROON und BISMARCK? Sollte sie ihn theoretisch mit den Vertretern der Reaktion auf gleichem Boden zeigen, wenn er die Fragen des Rechts auf Macht zurückführte? Damit war niemandem gedient. L. aber mußte wissen, daß ihre Stärke gerade in dessen Anwendung bestand. Indem er es aber unterließ, in der Anwendung des Prinzips den Gegensatz zwischen sich und der Reaktion herauszuarbeiten, stiftete er nur Verwirrung. Die Tatsache, daß die Reaktion mit ihm auf grundsätzlich gleichem Boden stehe, hätte ihn sofort stutzig machen sollen. Er mußte erklären: Gewiß, die Reaktion anerkennt zwar die Tatsache, daß Rechtsfragen bloß Fragen der Macht

1) Vgl. d. Wissenschaft u. d. Arbeiter a. a. O. II. 90/92, 103/05, 110.

2) A. a. O. I, S. 471/98, 507/542.

sind. Aber nun wollen wir untersuchen, wie sie diese allgemeine Weisheit in ihrer Herrschaftspraxis betätigt. D. h. er mußte die allgemeine Anerkennung einer allgemeinen These auf ihren Klassengehalt zurückführen, sobald die herrschende Klasse sie zur Anwendung brachte, und hieraus alle Folgerungen des gegensätzlichen revolutionären Standpunktes ziehen. Er mußte dem reaktionären Gehalt dieser These in der Praxis der herrschenden Klasse ihren revolutionären Gehalt gegenüberstellen, der sich natürlich auch nur in der Praxis gewinnen ließ.

Da L. die Abgrenzung und Gegenüberstellung nicht vornahm, so strich er von der Allgemeingültigkeit seiner These das Revolutionäre weg und engte sie ganz einfach auf einen Gemeinplatz ein, dem kein Mensch widersprach. Er mußte sagen: In der allgemeinen Auffassung stimmen wir überein, aber in der Praxis stehen wir einander unversöhnlich gegenüber. Denn eben das bedeutet die Allgemeingültigkeit jener These. Er mußte der Machtpraxis der Bourgeoisie die des Proletariats gegenüberstellen und den Boden des Klassenkampfes betreten. Was aber tat er? Er putschte die Fortschrittler gegen die Regierung auf und stellte sich so, statt auf den Boden der Arbeiterklasse, auf den der Fortschrittspartei.

Unter welcher Vorraussetzung wäre also L.s These: Aussprechen, was ist, revolutionär gewesen? Doch nur, wenn er alle ihre Konsequenzen nicht nur nicht gescheut, sondern sie vielmehr provoziert hätte. Nehmen wir im gegebenen Fall an, er hätte mit seinem Appell an die Fortschrittspartei Glück gehabt, die letztere hätte der Regierung den Krieg angesagt und auch nur zum Abgeordnetenstreik gegriffen: dann kam diesem Streik doch nur ein Sinn zu, wenn er sich auf die hinter den Abgeordneten stehende Masse hätte stützen können. Mehr noch: im Augenblick, da die Fortschrittspartei sich zu einer solchen Kraftprobe aufgerafft hätte, wäre die Arbeiterschaft genötigt gewesen, sie zu unterstützen. Der Streik der Abgeordneten hätte also ein Echo auch in der Arbeiterschaft wecken müssen und hätte nur durch die Aktion der Massen Bedeutung bekommen. Das aber wäre mindestens mit der Aussicht auf ein neues 1848 gleichbedeutend gewesen. L. mußte daher, wenn es ihm mit dem Abgeordnetenstreik Ernst war, alle Konsequenzen der Massenaktionen, den Aufstand mit inbegriffen, nicht nur in den Kauf nehmen: er mußte sie sogar wollen. Da er selbst aber diese Konsequenzen ausdrücklich zurückwies, machte er von vornherein seinen eigenen Vorschlag zur Farce, die niemand, am wenigsten aber die Regierung, ernst zu nehmen brauchte.

Allein L. mußte sich von vornherein darüber klar sein, daß er von der Fortschrittspartei Unmögliches verlangte. Dieselbe Bourgeoisie, die er in seiner Düsseldorfer Assisenrede von 1849 bereits als kampfunfähig bezeichnet hatte, konnte jetzt, nachdem ihr selbst die Früchte der Konterrevolution zu reifen begannen, unmöglich ein neues, verschärftes 1848 heraufbeschwören, ohne die größte Gefahr zu laufen, sofort unter die Räder dieser Bewegung zu geraten. Das aber gerade wäre L.s Aufgabe gewesen: grundsätzlich die revolutionäre Abdankung des äußersten linken Flügels der Bourgeoisie nach-

zuweisen und dadurch die Bahn für den Klassenkampf des Proletariats zu ebnen. Er durfte nicht an das Bürgertum appellieren und dadurch Illusionen wecken, sondern gerade umgekehrt die Kampfunfähigkeit des Bürgertums dadurch ins Licht rücken, daß er die Fortschrittspartei zwang, nicht ihre Front gegen die Regierung sondern gerade gegen das Proletariat zu kehren.

Im Vortrage über das Verfassungswesen ist L. der Nachkomme der Philosophen, indem er, wenn auch nicht die ganze Welt, so doch wenigstens einen ihrer Teile interpretiert, ohne auch nur den Versuch zu machen, sie verändern zu helfen. Darauf hatte er in seiner Düsseldorfer Assisenrede von 1849 schon verzichtet. Darauf verzichtete er 1862 immer noch. In beiden Fällen will er sogar ganz ausdrücklich jede Veränderung verhindern. Denn in beiden Fällen verteidigt er lediglich den Boden der Verfassung, der bestehenden oder einer früheren. Nicht Veränderung, sondern Verteidigung, das ist nach wie vor seine Losung. Der Vortrag „Was nun?", der die Anwendung seiner Verfassungsweisheit auf einen bestimmten Fall bringt, muß sofort den Geist L.s enthüllen. Denn nun kommt es nicht mehr allein auf das Wissen an, nun entscheidet das Können.

Ein Jahr nach dem Erscheinen des Kommunistischen Manifests, das die bürgerliche Gesellschaft als von den Klassengegensätzen zwischen Bourgeoisie und Proletariat und von dem diesem Gegensatz entspringenden Klassenkampf erfüllt aufwies, setzte die bürgerliche Revolution ein, die den Charakter der bürgerlichen Gesellschaft Deutschlands sofort offenbarte. Die Neue Rheinische Zeitung tat das übrige, um das Wesen dieses Klassenkampfes ins hellste Licht zu rücken. Die Revolution von 1848, mochte sie nun beschaffen sein und verlaufen wie immer, gab das Signal für den einzigen entscheidenden Kampf, der sich aus dem Schoße der bürgerlichen Gesellschaft loszuringen begann. Wer jetzt noch in großem historischen Sinne wirken wollte, mußte sich für das Hüben oder Drüben entscheiden, mußte sein Wirken auf den Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat einstellen und ihn dadurch verschärfen helfen, daß er Klarheit über ihn verbreitete. Wollte also L. in großem Stile politisch auftreten, so blieb ihm nur der eine Weg: den arbeiterfeindlichen Charakter der durch die Revolution geschaffenen, in der Reaktion modifizierten Konstitution zu enthüllen. Tat er das?

Der Verfassungskonflikt war dadurch entstanden, daß die Regierung in der Militärfrage das Budgetverweigerungsrecht des Parlaments ignorierte. Es war ein Konflikt innerhalb des Bürgertums, der also seinem Wesen nach den grundlegenden Gegensatz der bürgerlichen Gesellschaft nicht hervortreten ließ, ihn viel eher verwischte. An ihm wollte L. die Richtigkeit seines Verfassungsaxioms demonstrieren. Das war jedoch nur unter einer Voraussetzung möglich: daß nämlich der Gegensatz innerhalb des Bürgertums so tief war, daß es auf Biegen oder Brechen ankam. Erst dann konnte es zu einer tatsächlichen Machtprobe kommen, erst dann sich offenbaren, daß Verfassungs- Machtfragen sind. Allein von einem solchen Gegensatz war keine Rede. Die Militärpolitik der Regierung entsprach viel zu sehr den Interessen der Bourgeoisie, sie lag viel zu sehr auf dem Wege der nationalen

Einigung, als daß sich aus ihr ein prinzipieller Gegensatz hätte herausbilden können. War demnach schon das Objekt, das sich L. wählte, untauglich, so erst recht seine Methode.

Die Frage, auf die es für L. ankommt, ist: Wie ist die durch die Regierung verletzte Konstitution zu schützen, d. h. welche Machtmittel haben der durch den Verfassungsbruch verletzte Teil des Volkes und dessen Vertretung zur Verfügung, um die Machtmittel der Regierung zu überwinden?

L. mußte, wenn er seinem Axiom von der Verfassung treu bleiben wollte, den tatsächlichen Machtverhältnissen der Regierung, die ihr die Verletzung der Konstitution gestattet und ermöglicht hatten, andere entgegenstellen; er mußte den Verfassungskonflikt aus der Sphäre des Rechts in die der Macht, aus der Region des Räsonnements in die des Kampfes bringen. Vermochte er, den Regimentern der Krone noch keine Arbeiterregimenter entgegenzuwerfen, so hätte er, um als Revolutionär aufzutreten, Situationen vorbereiten können, die das Wesen des augenblicklichen Verfassungskonfliktes als Wesensbestandteil der gegenwärtigen Gesellschaft enthüllen mußten. Was aber tat er? Er appellierte an einen Teil der Macht, die es als Ganzes zu überwinden galt. Er wollte den linken Arm des Bürgertums gegen den rechten hetzen, anstatt dem Gesamtkörper der Bourgeoisie den Gesamtkörper des Proletariats entgegenzustellen. Indem er noch 1862 Teile des Bürgertums für zum Kampf gegen ihre eigene Klasse fähig hielt, weckte er in den Proletariermassen Illusionen, statt sie von solchen zu befreien. Er lenkte die Aufmerksamkeit der Proletarier auf ein Gebiet, das niemals sein Hauptkampfplatz werden konnte: auf den Parlamentarismus. Auf diese Weise hemmte er die Entwicklung der einzigen Macht, die er gegen die Bourgeoisie hätte mobil machen sollen. Er mußte den nebensächlichen Gegensatz innerhalb der Bourgeoisie, statt ihn aufzubauschen, so schnell wie möglich beseitigen helfen, um dadurch den hauptsächlichen Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat um so schärfer zu beleuchten. Und er konnte das nur, indem er nicht an einen zurückgebliebenen Teil der Bourgeoisie appellierte, sondern an den vorgeschrittensten Teil des Proletariats, der Verfassungskonfusion der Bourgeoisie die Klassenforderungen des Proletariats entgegenstellte, statt den Krähwinkler Landsturm der Bourgeoisie zu Heldentaten anzustacheln, die Arbeitermassen um die Fahne des Sozialismus scharte. Dann erst, aber auch nur dann, hätte er im Geiste des Kommunistischen Manifestes gehandelt, das gerade für den vorliegenden Fall das Verhalten der revolutionären Arbeiterschaft klar vorgezeichnet hatte —, ein halbes Menschenalter bevor L. seine erschütternde Entdeckung von den tatsächlichen Machtverhältnissen machte. Er mußte den Taten der Verletzenden mit denen der Verletzten begegnen und die Mittel angeben, die der Ausdruck einer tatsächlichen Macht waren.

Nun hatte er ein Mittel gefunden, und er pries es als unfehlbar und als unter allen Umständen Sieg verbürgend an: „Die Kammer muß aussprechen, was ist[1])!“ Notabene hatte er es sich von FICHTE verschreiben lassen. Er

1) Was nun! a. a. O. S. 522.

wußte also den Taten der Regierung nichts als ein Wort, der tatsächlichen Macht nichts als die Phrase entgegenzusetzen. Denn das Wort: Aussprechen was ist, ist als solches nichts als eine inhaltlose Phrase. Soll es Bedeutung gewinnen, so muß ihm ein Inhalt gegeben werden, soll es eine revolutionäre Bedeutung gewinnen, so muß ihm ein revolutionärer Inhalt gegeben werden. Und der Revolutionär kann nicht dabei stehenbleiben, ihm einen teilweisen Inhalt zu geben, er muß ihm einen ganzen Inhalt geben, den Inhalt nämlich, der das geschichtliche Merkmal der ganzen gegenwärtigen Geschichtsepoche ausmacht. Der Satz, Aussprechen, was ist, konnte Sinn nur gewinnen durch Verbreitung von Klarheit über den Klassengegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Indem L. bei einer rudimentären Erscheinung, beim augenblicklichen Gegensatz zwischen Krone, Junkertum und Großbourgeoisie auf der einen sowie Kleinbürgertum auf der anderen Seite stehenbleibt, betont er Nebensächliches auf Kosten der Hauptsache, verwischt er das Wesentliche um des Unwesentlichen willen und läßt selbst unausgesprochen, was ist, weil er dies nicht vermag. Oder aber: er spricht nur Unwesentliches aus, was eher verwirren als klären muß und der Reaktion statt der Revolution dient. So dokumentiert er jedem offensichtlich die Phrasenhaftigkeit seines Axioms. Es konstatiert nur einen Status quo. Nicht was ist aber bildet den Gegenstand historischer Kämpfe, sondern was sein soll. Alle politische Tätigkeit richtet sich auf die Zukunft.

L. stabiliert einen doppelten Status quo. Einmal im Gegenstand, als welcher die verletzte Verfassung, zum andern in der Methode, als welche ein nichtssagender Satz erscheint. Dennoch machte er einen positiven Vorschlag. Nachdem er die Steuerverweigerung als untaugliches Kampfmittel verworfen hat, da sie folgerichtig zur Revolution führen müßte, proklamiert er den Abgeordnetenstreik. Abgesehen nun davon, daß die Regierung mit einigem Geschick wohl hätte die streikenden Abgeordneten zur Minderheit im Parlament machen und sie in den Augen der Bevölkerung arg diskreditieren können: es handelte sich aber doch um Ausgaben für das Heer. Es bedurfte also nur der Heraufbeschwörung einer Kriegsgefahr, um die streikenden Abgeordneten in die denkbar ungünstigste Position zu bringen. Doch denken wir L.s Plan in allen seinen Konsequenzen zu Ende! Angesichts der Streiks der Abgeordneten steht die Regierung vor der Alternative, entweder zu Kreuze zu kriechen oder den Kampf aufzunehmen und ohne Parlament zu regieren. Bleiben wir beim zweiten Fall, den L. selbst wünschen muß, damit ausgesprochen werde, was ist, nämlich der Schein des Konstitutionalismus. Der Absolutismus tritt also in nackter Gestalt wieder hervor. Auf die Dauer? Unmöglich! sagt L. „Der Absolutismus, wie ungebärdig er sich auch stelle, hat durchaus kein Wohlgefallen an der prekären Existenz, sich in einem ausgesprochenen und erklärten Widerspruche mit den gesellschaftlichen Machtverhältnissen zu befinden und daher jeden Augenblick zu riskieren, daß ihm diese wie eine Lawine auf die Brust fallen und ihn zerschmettere[1])." Mit anderen Worten, es ist für den Absolutismus

1) A. a. O. I, S. 525.

schon gar nicht mehr möglich, zu existieren. Der absolute Absolutismus ist eine absolute Unmöglichkeit geworden, und zwar nach L.s eigener, sehr eindringender Beweisführung. Ist aber der Absolutismus historisch unmöglich, so ist L.s Vorschlag, ihn wieder erstehen zu lassen, klärlich eine Utopie. Eines nur ist möglich: entweder ist L.s Plan historisch möglich — dann ist es auch der Absolutismus; oder aber der Absolutismus ist historisch unmöglich, dann gilt dies auch von L.s Vorschlag. Warum der Absolutismus in Reinkultur nicht wieder erstehen wird? Weil selbst die Scheinkonstitution, mit der er sich zu umgeben gewußt hat, immerhin eine Konstitution ist. Weil es eine Utopie L.s ist, zu glauben, er könne das Parlament zu einer einheitlichen Aktion in seinem Sinne bewegen. Schon die Ignorierung der Konstitution durch die Regierung stützte sich auf die Zustimmung eines Teiles des Parlaments. Mit einem Rumpfparlament also konnte die Regierung immer noch hervortreten.

Nehmen wir jedoch, L.s gründlicher und unanfechtbarer Beweisführung zum Trotz, dennoch an, die Regierung etablierte den absoluten Absolutismus. L. steht dann vor der Frage: Was tun? Warten, bis die Regierung nicht mehr weiter kann? Nein! Es muß zum Kampfe kommen. Die Regierung macht ihre Regimenter mobil! Wen aber will L. mobilisieren, nachdem nun ausgesprochen worden, was ist, und der Schleier vom Scheinkonstitutionalismus heruntergerissen worden ist? Er muß abermals aussprechen, was ist: nämlich die Revolution, den Aufstand. „Aber hieran . . ., an eine Insurrektion wird unter den jetzigen Umständen hoffentlich wohl niemand denken", erklärt L.[1]), bleibt also auf halbem Wege stehen! Wenn nun die Regierung, nachdem L. sie darüber beruhigt hat, daß sie eine Revolution nicht zu fürchten braucht, ganz ruhig wartet, bis die Abgeordneten sich eines Besseren besonnen haben? Man sieht: L.s Methode hat gründlich Schiffbruch gelitten. Er kann den Scheinkonstitutionalismus nicht enthüllen, weil der Reinabsolutismus nicht mehr herzustellen ist; und er kann den Scheinkonstitutionalismus nicht überwinden, weil er die Revolution verabschiedet hat. Objekt und Methode seiner Untersuchung sind gleich wertlos. Was er vorschlägt, ist ein Versuch am untauglichen Objekt.

Die Fortschrittspartei ist auch darauf nicht hineingefallen. Sie besaß immerhin noch so viel richtigen Instinkt für ihre realen Interessen, daß sie sich mit dem Scheinkonstitutionalismus je länger desto besser abfand. Nicht oder doch nicht allein die Tatsache des Scheinkonstitutionalismus festzustellen, war die Aufgabe eines Revolutionärs, sondern diese Tatsache als notwendigen Bestandteil der Herrschaft der Bourgeoisie, als Instrument der Klassenherrschaft und ihre Wirkung aufzudecken. Nicht den augenblicklichen Gegensatz innerhalb der Bourgeoisie hätte L. zum Demonstrationsbeispiel wählen müssen, sondern den dahinterstehenden historischen Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Nicht an die Bourgeoisie mußte er sich wenden, sondern an die Arbeiter, um durch diesen Appell nicht nur das Wesen des Scheinkonstitutionalismus, sondern zugleich auch der gesamten Bourgeoisie und der großen historischen Klassengegensätze zu enthüllen.

1) Ebenda S. 522.

Wie er aber die Dinge formulierte, mutete er sonderbarerweise den Fortschrittlern zu, sich bei lebendigem Leibe umzubringen, während er die Arbeiter, die den Kampf um Leben und Tod mit der bürgerlichen Gesellschaft zu führen berufen sind, entweder nicht kannte, oder sie, soweit er sie kannte, vom Kampfe fernhielt.

Es gehört mit zur Charakteristik L.s, wenn er als Revolutionär aus innerer Überzeugung bei jeder sich nur bietenden Gelegenheit sich der Polizei gegenüber den Rücken deckt. So, wenn er in seinem ersten Vortrag nachdrücklichst hervorhebt, rein wissenschaftlich verfahren und ausschließlich an das Denken seiner Zuhörer appellieren zu wollen. So auch, wenn er im zweiten „alle (Zuhörer) und ganz besonders die anwesenden Vertreter der Polizeigewalt darauf aufmerksam macht, daß (er sich) auf einem von allen obersten Behörden im Staat anerkannten und durchaus ungreifbarem Boden befinde[1])." Gleich kennzeichnend ist es, daß er, der 1849 auf dem konstitutionellen Boden der Nationalversammlung gefußt hatte, 1862 den konstitutionellen Boden der Bundesversammlung verteidigt, sowie daß er in seiner Beweisführung, statt von den Grundsätzen des Kommunistischen Manifestes auszugehen, die Verfassung Englands der preußischen als mustergültig, als wahrhaft demokratisch, als in Wahrheit parlamentarisch gegenüberstellt und also statt den Klassenkampf zu organisieren, den Teufel des preußischen Scheinkonstitutionalismus durch den Beelzebub des englischen parlamentarischen Regimes auszutreiben sucht. Nicht minder charakteristisch endlich ist seine ganz ausdrückliche Verwahrung gegen ein unpatriotisches Räsonnement und daß er folgende Sätze unmittelbar aneinander reiht: 1. „Alle politische Kleingeisterei besteht in dem Verschweigen und Bemänteln dessen, was ist." 2. „In der Tat, meine Herren, könnte und müßte ich fast hier schwere politische Anklagen erheben, wenn ich sie nicht der Einigkeit zuliebe, soweit es irgend möglich ist, lieber unterdrücken wollte[2])."

Und so läßt L. in der Tat unausgesprochen, was ist: nämlich, daß es sich bei dem ganzen Verfassungskonflikt durchaus um keine parlamentarische Bagatelle handelte, sondern um die Festigung der durch die ökonomische Entwicklung bereits in den Sattel gehobenen Schichten der Bourgeoisie gegenüber den ökonomisch noch zurückgebliebenen, in letzter Linie aber gegenüber der Arbeiterklasse, deren Bedeutung im Produktionsprozeß immer klarer hervortrat. Aufgabe eines revolutionären Agitators war nicht die Aufputschung der Kleinbourgeoisie gegen die große und das Junkertum, sondern der Nachweis, daß die Militärpolitik der Krone in letzter Linie auch den Interessen des Kleinbürgertums diente. Den Arbeitern war das Wesen dieses Verfassungskonfliktes darzulegen, und zwar als eines notwendigen Bestandteiles des Klassenkampfes zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Aber noch 1862 glaubt L., den linken Flügel der Bourgeoisie vorantreiben zu können, genau so, wie er später meinte, Bismarck auf dem Wege zum allgemeinen Wahlrecht vorantreiben zu können.

1) Ebenda S. 513. 2) Ebenda S. 531.

Erwin Szabó und sein Werk.

Ein Wort der Erinnerung.

Von

Oskar Jászi (Wien) [1][2].

Das Schicksal hat es so gewollt, daß als Sz. seine letzte wissenschaftliche Arbeit vollendete, jenes Siechtum, das ihn kaum zwei Monate später hinraffen sollte, ihn bereits völlig zermürbt hatte. Um nicht die Frucht jahrelanger Forschung als Torso zurückzulassen, mußte er mit dem Tode einen wahrhaft heroischen Kampf — in voller Kenntnis von dessen unvermeidlichem Ausgang — führen und ein ergreifendes Zeugnis desselben bilden die Worte, die er unter das abgeschlossene Manuskript setzte: „Vollendet den 21. Juli 1918, Sonntag abends, um 7 Uhr 51 Minuten, nachdem ich drei Tage lang fiebernd das Bett habe hüten müssen. Gott verzeihe meine Sünde." Es ist vollkommen verständlich, daß ihm in seinem durch Leiden und Überarbeitung gequälten Nervenzustand Zweifel an der gedanklichen Einheit, der innerlichen Geschlossenheit und der formalen Abrundung des Buches aufstiegen. Dieses Gefühl der Unsicherheit erhielt noch weitere Nahrung durch die Begleitumstände des Werdeprozesses. Sz. hat zur Abfassung seiner letzten Schrift mehrere Jahre gebraucht und wurde in ihr immer wieder durch Krankheit gestört. Ursprünglich hatte er sie als Essay für Professor GRÜNBERGs Archiv geplant. Das sich häufende Quellenmaterial hatte jedoch den abgesteckten Rahmen bald gesprengt. Dazu kamen noch spezielle technische Schwierigkeiten. Die ersten acht Kapitel wurden deutsch geschrieben und zum Teil von Professor GRÜNBERG und Dr. JULIUS BUNZEL (Graz) vornehmlich unter stilistischem Gesichtspunkt revidiert. Von beiden wurden aber auch andere kleinere Korrekturen angeregt. Manchen dieser Änderungen hat Sz. zugestimmt, andere hat er abgelehnt oder überhaupt zu ihnen keine Stellung genommen, wobei er sich aber, den Tod vor Augen, bewußt war, daß er zu endgültiger Feststellung des Texts und Prüfung der Anmerkungen nicht mehr werde gelangen können. So hat er denn diese Aufgabe

1) Die nachstehende Abhandlung bildet die — vollständig umgearbeitete — Einleitung zu SZABÓS demnächst in magyarischer Sprache erscheinendem Buche „Aus den Partei- und Klassenkämpfen in der ungarischen Revolution von 1848" (Wien, Bécsi Magyar Kiadó), von dem den Lesern des Archivs (VIII, 258/307) bereits ein Teil bekannt ist.

Ins Deutsche wurde der Artikel übersetzt von Hochschulprofessor Dr. ANDREAS SASS, derzeit in Wien.

2) Der Name SZABÓ ist im folgenden in Sz. abgekürzt.

Freunden überlassen müssen und letztwillig mich mit der Herausgabe seines Werkes betraut. Ich meinerseits habe jedoch, von belanglosen Modifikationen des Satzbaus abgesehen, am Manuskript nichts geändert. Nicht aus Pietät allein. Mehr noch haben mich zu vollster Zurückhaltung die soziale und politische Aktualität von Sz.s Schrift bestimmt. Sie enthält zahlreiche Lehren für Gegenwart und Zukunft. Sz.s gedanken- und gefühlsmäßige Akzente durften daher m. E. auch keine noch so geringe Abtönung erfahren. In unserer mißtrauensschwangeren Atmosphäre soll niemand sagen dürfen, daß ich unter der Maske meines dahingeschiedenen Freundes eigene Anschauungen und eigene Gefühle vertrete.

Was mich persönlich an dem Buche nicht befriedigt, ist: daß Sz. hier und da strikte Anwendung der Methode des historischen Materialismus mit Maßstäben des ethischen, ja sogar des sozialen Idealismus verbindet. Erklärt, kritisiert, wertet er manchmal die handelnden Personen unter pedantischer Hervorhebung des Klassengesichtspunkts, so kehrt er zu anderen Malen ein Ideal hervor, das ich als Entwicklungswahrheit der Gesellschaft bezeichnen möchte. Das ist an sich sehr schätzenswert, birgt aber die Gefahr in sich, daß entweder die Klassendeterminiertheit den tatsächlich viel reicheren, farbigeren und freieren gesellschaftlichen Erscheinungen aufgezwungen wird, oder daß an die handelnden Personen Wertmaßstäbe angelegt werden, die an sich zwar, jedoch nicht auch unter dem Gesichtspunkt der Klassenkampflehre berechtigt erscheinen. Mitunter begeht Sz. beide Fehler, indem er die gleichen Personen und die gleichen historischen Situationen abwechselnd unter den verschiedenen Gesichtspunkten betrachtet und würdigt, so daß beide Weltanschauungen, deren jede auf ihrer eigenen Ebene berechtigt und wegweisend ist, störend ineinanderfließen und daß manchmal die Farben und Schattierungen der Bilder eine hell-dunkle Stimmung aufweisen. Das Urteil wird dann ungerecht. Dies gilt m. E. insbesondere der schwungvollen, freien und künstlerischen Persönlichkeit LUDWIG KOSSUTHS gegenüber. Meiner Wertschätzung von Sz. tut jedoch dieser Vorbehalt — der vielleicht nur auf Abweichungen in Temperament und Weltanschauung beruht — keinen Eintrag. Ich bin vielmehr überzeugt, daß die ungarischen Partei- und Klassenkämpfe der Revolution von 1848/1849 von Sz. mit einer in unserer ganzen historischen Literatur beispiellosen Gründlichkeit und Kraft analysiert wurden, daß er die Hauptereignisse und führenden Gestalten jener Epoche in ganz neue, wahrhaftere und suggestivere Beleuchtung bringt, daß er zu ihrem sozialen und psychologischen Verständnis gewaltig beiträgt, und daß er sich würdig an die Seite von ACSÁDY und GRÜNWALD stellt.

Rasche Veröffentlichung der letzten Arbeit Sz.s schien daher wie anderen aus seinem Freundeskreise auch mir geboten. Gegen ihre von manchen gewünschte Verschiebung, bis sie auf heimatlichem Boden erfolgen könne, sprachen nicht bloß die Ungewißheit über die Wiederkehr geordneter Zustände in Ungarn: Sz. selbst und seine Lebensarbeit hängen so eng mit den Oktober- und Märzrevolutionen von 1918/19 zusammen, sie gehören so ganz uns, der Emigration, an, diese und die ganze ungarische öffentliche

Meinung bedarf so dringend der Belehrung durch die Erfahrungen der Vergangenheit und einer Orientierung, welche den Klassenstandpunkt mit den höheren und umfassenderen Interessen der Entwicklungswahrheit vereinigt, daß sich jedes Zögern verbot. Nicht nur wir, die wir heute das bittere Brot der Verbannung essen, können hoffen, daß das letzte Aufflammen der Seele unseres Freundes in erster Reihe unsere verwüsteten Herde beleuchten werde: auch dem Ungartum des Mutterlandes als Ganzem kann es nur nützen, wenn Sz.s Gedanken und Lehren erstmals von der öffentlichen Meinung der Emigration und der abgetrennten Gebiete beherzigt werden. Eine begeisterte Gemeinde wird so entstehen, die dereinst heimgekehrt, Sz.s Überzeugungen verbreiten und verlebendigen wird.

Diesem Ziel soll auch der nachfolgende Versuch dienen, ein Bild von Sz.s Leben, der Entwicklung seiner Persönlichkeit, der wissenschaftlichen und moralischen Grundlagen seines Lebenswerks zu entwerfen. Im Exil unternommen, muß es notwendig skizzenhaft bleiben, wenngleich es in mir selbst vollkommen lebendig ist, da in den letzten zwanzig Jahren kaum eine Woche, ja, lange Zeit hindurch kaum ein Tag vergangen ist, an dem wir nicht in ausführlichem Gedankenaustausch über alle bedeutsamen Ereignisse des öffentlichen und des privaten Lebens gestanden wären.

ERWIN SZ. wurde 1877 als das jüngste von sieben Geschwistern zu Szenice, im oberungarischen Komitat Arva geboren. Sein Vater wurde ihm früh durch einen tragischen Tod entrissen. Auch sonst waren in seiner Familie Nervenleiden, die das entwickelte jüdische Seelenleben häufiger zu begleiten scheinen, nicht selten und er selbst hatte ein äußerst sensibles Nervensystem geerbt, das seinen kranken Leib oft den schwersten Belastungsproben aussetzte. Man kann sagen, daß Sz. während seines ganzen Lebens keinen einzigen Tag in völliger Gesundheit verbracht hat. Besonders der Anfang seines Mannesalters war voll von Leiden und Prüfungen und namentlich hat ihn eine hartnäckige Augenkrankheit mit entsetzlichen Kopfschmerzen gequält. Erst als er sein krankes Auge verloren hatte, wurde, von sorgfältiger Lebensökonomie unterstützt, sein Gesundheitszustand besser.

Die körperlichen Krankheiten wurden noch durch Schwierigkeiten materieller Art gesteigert. Von frühester Jugend an hat Sz. sich selbst erhalten. Nach des Vaters Tode übersiedelte seine Mutter nach Ungvár und in den Mauern der kleinen Provinzstadt mußte sie mit ihrer großen Familie einen harten Kampf um ihre Existenz führen. Körperlich schwach, aber von strahlender Intelligenz kam Sz. schon im zwölften Jahre der Mutter dadurch zu Hilfe, daß er Mitschülern Nachhilfestunden erteilte. Seine geistige Entwicklung war aber, dem kränkelnden Körper und der allzu frühen Brotarbeit zum Trotz so schnell und überraschend, daß er bald der Liebling seiner Lehrer wurde. Von dieser vielversprechenden, aber düsteren Kindheit an haben die materiellen Sorgen nie aufgehört und seine Lebenshaltung blieb außerordentlich dürftig, auch als ihm — verhältnismäßig früh — die Vorteile einer sogenannten guten und bequemen Stellung zuteil wurden. Denn von da ab bedrückten ihn nicht bloß, wie früher schon, familiäre Lasten, sondern

auch eine Bürgschaftsschuld für zwei Freunde, die angeblich epochale Entdeckungen auf dem Gebiete der Flugmotortechnik gemacht hatten, deren Erfolg aber ausgeblieben war. Sz. war viele Jahre hindurch gezwungen, verhältnismäßig hohe Tilgungslasten zu tragen, so daß er sich dauernd sozusagen bis auf das kulturelle Existenzminimum heruntergedrückt sah.

All dem zu Trotz hielt er ohne Zagen und ohne Kompromisse seinen selbstgewählten Weg ein. Aus seinem gebrechlich-mageren Körper, seinem blassen, verquälten Gesicht glänzte feurig das eine noch heile, dunkle Auge, das große Tiefen ahnen ließ, in ungemein differenzierter Skala der Gefühle von kindlichem Mutwillen bis zu haßerfüllter Erbitterung. Sz. hat nicht umsonst eine tiefe Seelenverwandtschaft mit NIETZSCHE empfunden, dem auch seine Gesichtszüge frappant ähnlich waren, und dessen hochmütige Übermenschmoral ihm ein ästhetisches Stimulans von größter Bedeutung den kleinlichen, traurigen und schmerzvollen Tatsachen der Wirklichkeit gegenüber darbot. NIETZSCHES Schopenhauer als Erzieher war eines der durchgreifendsten Erlebnisse seiner Universitätsjahre.

Auf diese, vor allem auf das Jahr 1897, das er in Wien verbrachte, hat Sz auch sonst immer mit heiterer Freude zurückgeblickt. Ich vermute, daß seine Gesellschaft in Wien vor allem seine Lebensrichtung bestimmte. Hier ist er mit einigen russischen Emigranten in intim-freundschaftliche Beziehungen getreten und aus diesem Kreise hat hauptsächlich die äußerst suggestive und hochgebildete Persönlichkeit SAMUEL KLATSCHKOS, in dessen gastfreundlichem Hause alle Schattierungen der russischen Revolutionäre sich fanden, auf ihn dauernd weiterwirkenden Einfluß ausgeübt. Oft und mit Wärme gedachte er auch eines anderen russischen Emigranten, PAUL TEPLOW, der ihn hauptsächlich mit der großangelegten Initiative zur russischen Feldarbeiterbewegung bekanntmachte. In dieser russischen Atmosphäre ist er zum Revolutionär und Marxisten geworden. Aus dem Marxismus hat er in erster Reihe die ökonomische Entwicklungstheorie angenommen, von den Russen und den französischen Revolutionären jenen Gedanken der révolte: daß die neue Gesellschaft nur das Ergebnis einer gewaltsamen Erhebung der zum Klassenbewußtsein erwachten, wohlorganisierten Arbeiterschaft sein könne — eine Auffassung, die, wie wir noch sehen werden, im Laufe der Zeit Mäßigung erfuhr. Den russischen Revolutionären hat er nicht nur zahlreiche Ideen und taktische Gesichtspunkte entlehnt: er hat bei ihnen auch irgendwie die Kunst der Beeinflussung der Jugend erlernt, die etwas mysteriöse Technik der nächtlichen Zusammenkünfte, der geheimen Vorbereitungen und Organisationen. Er widmete solchem streng vertraulichen Ideenaustausch mit den jüngsten Anhängern der sozialistischen Opposition außerordentlich viel Zeit und Energie. Die links-revolutionäre — später während der ungarländischen kommunistischen Revolution tätige — Gruppe der Sozialdemokraten hat in ihm in der Tat immer ihren Führer verehrt.

1897 aus dem Auslande in die Heimat zurückgekehrt, beteiligte sich Sz. lebhaft an der Jugend- und Arbeiterbewegung, weil sein revolutionärer Bekenntnisdrang immer stärker war, als seine wissenschaftlichen Bestrebungen. Die

wissenschaftlichen Wahrheiten liebte er zwar und vermochte sie sehr zu genießen, doch erachtete er sie eher für eine Art geistiger Munition im Freiheitskampfe der Menschheit. Daher seine Vorliebe für die Denker des Pragmatismus. Leitstern seiner Studien war immer: durch seine Tätigkeit für den Klassenkampf der Arbeiterschaft neue Waffen zu liefern.

Sozusagen jede einzelne seiner Schriften dient diesem Geist des Kampfes. Meines Wissens war seine erste größere Arbeit eine Flugschrift aus Anlaß eines in Budapest geplanten internationalen Studentenkongresses und er hat darin die reaktionäre Jugend Ungarns mit Flammenworten gegeißelt. Zur Zeit, da noch die Népszava (Volksstimme) ein schwaches, wöchentlich zwei- bis dreimal erscheinendes Blatt war, arbeitete er als stellvertretender Redakteur umsonst und anonym an dessen Kräftigung, und mehr als einer seiner Artikel hat auch in bürgerlichen Kreisen Aufsehen erregt. So z. B. seine Aufsätze über die Nationalitätenfrage, die im Chor der ungarischen Publizistik eine ganz ungewohnte Stimme vernehmen ließen. In jener Aschenbrödel-Periode der Arbeiterbewegung redigierte er den „Kalender der Volksstimme" und entfaltete für dessen Hebung und Erfüllung mit revolutionärem Geiste außerordentlichen Fleiß und eine seltene Erfindungsgabe. Die Flugschrift- und Pamphlet-Literatur hat er übrigens bis zuletzt hoch eingeschätzt. Er erblickte in ihr das Hauptwerkzeug zur Revolutionierung der Seelen und es war eine seiner ständigen Klagen der sozialdemokratischen Parteileitung gegenüber, daß sie die tagespolitischen und gewerkschaftlichen Bewegungen überschätze, die Ideenpropaganda dagegen nicht genügend nachdrücklich treibe.

Zu Sz.s ersten publizistischen Versuchen gehörte auch eine fulminante Flugschrift gegen die interessierten kapitalistischen Kreise und gegen die korrupte Presse aus Anlaß des Budapester großen Straßenbahnerstreiks. Und auch der letzte literarische Plan seines Lebens war propagandistischer und popularisierender Tendenz. Als er infolge der durch den Krieg hervorgerufenen schweren finanziellen Krise den Plan jenes grandiosen Bibliotheksbaues scheitern sah, in dem er eine Hauptaufgabe seines Lebens erblickte und der in den Leitern der Budapester Stadtverwaltung STEFAN BÁRCZY, FRANZ HARRER und EDMUND WILDNER verständnisvoll wohlwollende Förderer hatte, beschloss er, sich endgültig vom Bibliothekswesen zurückzuziehen und sich ausschließlich der wissenschaftlichen und publizistischen Tätigkeit, auch der popularisierenden und propagandistischen Literatur zu widmen. In Ausführung dieses Entschlusses schuf er in den Spalten der Világ (Die Welt) eine besondere Feuilletonrubrik, welche die neuesten wissenschaftlichen und philosophischen Bestrebungen dem ungarischen Publikum näherbringen sollte. Daß er als exponierter revolutionärer Marxist die Spalten eines „bürgerlichen" Blattes für diesen Zweck wählte, bezeugt am meisten den in ihm lebendigen hohen Geist der Unabhängigkeit und der Klassenüberlegenheit.

Über der vielseitigen politischen und publizistischen Tätigkeit hat Sz. seine theoretischen Studien und die geistige Weiterbildung seiner Persönlichkeit keineswegs vernachlässigt. In dieser Hinsicht saß er in der Tat

immer an der Quelle, da er nicht nur die Wissenschaft liebte, sondern auch die Technik der Bibliographie selbst. Erst Praktikant an der Bibliothek des Abgeordnetenhauses, sodann als Bibliothekar der Budapester Handels- und Gewerbekammer und seit 1904 der städtischen Bibliothek, deren Direktor er 1911 wurde, hat er sozusagen sein ganzes Leben in Bibliotheken verbracht. Er hat jedoch diese Stellungen, ungleich seinen meisten gelehrten Berufsgenossen, nie als bloße Sinekure betrachtet. Er hat vielmehr das Buch nicht nur mit dessen Inhalt, sondern auch mit den äußeren Schönheiten geliebt. Der edle Druck, der geschmackvolle Einband, die feine Illustration konnten ihn begeistern. Eifrigst war er um die Entwicklung der Bibliothekstechnik bemüht und seine einschlägige Wirksamkeit wurde auch von ausländischen Fachleuten hoch geschätzt. Seine beinahe sportartige Liebe zum Buch machte ihn allem gegenüber, was zum Gegenstand seiner Neigung Beziehung hatte, höchst pedantisch. Er war ein unerbittlich strenger Bibliograph, sowohl im Anordnen von Bibliotheken wie in der Organisation des Dienstes der Beamten, in der Anlegung von Katalogen, in der Drucklegung eines Buches. Und es steckte etwas von bizarrem Widerspruch, beinahe von rührender Komik darin, daß dieser Vollblutrevolutionär, dieser auf soziale Umwälzungen lauernde Prophet, dieser Propagandist der „unmittelbaren Aktion" mit der strengen Exaktheit eines kopierenden mittelalterlichen Mönches nach Druckfehlern und falschen Interpunktionen jagte, zugleich aber über die Angestellten seiner Bibliothek schärfste Kontrolle ausübte. Hat er ja auf dem Arbeitsgebiet geistiger Arbeiter, seiner Beamten, als erster mit dem Taylorsystem sich versucht. Einst mochte ich diese scheinbaren Widersprüche in Sz.s Wesen belächeln, heute könnte ich es nicht. Denn die Ereignisse unserer Tage haben Sz.s Verhalten durchaus gerechtfertigt: die scharfe und pedante Kleinlichkeit gehört tatsächlich zum Wesen des marxistischen Revolutionärs, die Realisierung des marxistischen Gesellschaftsideals hat eiserne Zucht, alleindringende Kontrolle und härteste Pflichterfüllung nicht weniger zur Voraussetzung, als revolutionären Schwung der zum Bewußtsein erwachten Massen ihren Ausbeutern gegenüber.

Aber nicht bloß wissenschaftliche und ästhetische Gesichtspunkte machten Sz. zu einem Enthusiasten des Buchs. Ich kenne kaum einen zweiten, der an die Kraft der Ideen so sehr geglaubt hätte, wie dieser Adept des historischen Materialismus. Er sah in jedem guten Buch eine fetischartige Gewalt zur Eroberung der Welt, zur Umknetung der menschlichen Seelen, zu ihrer Anfeuerung zu revolutionären Aktionen. In seiner Bibliothek ging er mit gleichen Gefühlen umher wie ein General zur Kriegszeit in einer wohl funktionierenden Munitionsfabrik. Die Atmosphäre der Bibliotheken spürt man in allen Werken Sz.s. Seine umfassende literarische Orientiertheit verlieh jeder seiner Schriften eine Art edlen und liberalen Eklektizismus, trotzdem er in allen wesentlichen Fragen seine marxistische Grundanschauung festhielt.

Bevor ich jedoch seine publizistische Tätigkeit zu kennzeichnen versuche, möchte ich kurz auf jene geistigen Einflüsse aus seiner Umgebung hinweisen, welche ihn als Schriftsteller bleibend bestimmt haben.

Der Einwirkung der russisch-französischen Revolutionäre wie auch jener stetig sich erneuernden Eindrücke aus Sz.s Teilnahme an der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung habe ich bereits gedacht. Neben ihnen aber übte der Kreis des Huszadik Század (Das zwanzigste Jahrhundert) und der Társadalomtudományi Társaság (Die Soziologische Gesellschaft) dauerndsten und durchgreifendsten Einfluß auf seine schriftstellerische und menschliche Entwicklung. Durch diesen Kreis ist er mit sämtlichen wahrhaft fortschrittlichen Strömungen des jungen Ungarn in unmittelbare Berührung gelangt und mit den verschiedenen Schulen der modernen Soziologie, sowie mit zahlreichen führenden literarischen und philosophischen Anschauungen eingehend bekannt geworden. Diese gemeinsame Arbeit während zweier Jahrzehnte hat Sz. vor orthodoxem Dogmatismus mancher Marxisten bewahrt, seinen Geist biegsamer, sein Urteil objektiver, seine moralische Sensibilität freier gestaltet. Ich kann versichern, daß ihm als einem der führenden Mitarbeiter des Huszadik Század, sowie als Vizepräsidenten der Soziologischen Gesellschaft das Schicksal und die Entwicklung dieser Institutionen nicht weniger am Herzen lag als die Sache der Arbeiterbewegung. Er freute sich, daß jede freie und aufrichtige soziale Meinung auf diesen Foren zu Worte kommen durfte. Andererseits war er — in voller Übereinstimmung mit mir — eifersüchtig darauf bedacht, ihre völlige moralische und geistige Unabhängigkeit vor den beiden Gefahren zu schützen, welche zeitweilig unsere Tätigkeit von seiten einiger jüngerer Intellektueller bedrohten, die sich aus der sozialdemokratischen Partei und der gewerkschaftlichen Bewegung her unseren Bestrebungen angeschlossen hatten oder aus kapitalistischen Interessenkreisen her zu uns gekommen waren: die Gefahr einerseits einer Bindung der freien Forschung durch den Fibelsozialismus und andererseits des Pseudoliberalismus, der pfaffenfresserischen libre pensée des Finanzkapitals und dessen der Bankokratie auf Kosten des Grundbesitzes hofierender Sozialpolitik.

Natürlich wird gerade diese Seite an Sz.s Tätigkeit von jenen kritisiert, denen nur die unmittelbaren Partei- und Klasseninteressen am Herzen liegen. So konnte man oft — hauptsächlich aus den Reihen der Kommunisten streng marxistischer Observanz — hören: die Tätigkeit der Soziologischen Gesellschaft habe auf die Arbeiterbewegung schädlichen Einfluß geübt, weil ohne sie Sz. ein Parteimann und Klassenkämpfer härterer Prägung geblieben wäre und eine beträchtliche Anzahl ausgezeichneter Köpfe und moralischer Kräfte des Landes statt zu soziologischen Studien und sozialpolitischen Bestrebungen ausschließlich in den Dienst der ungarischen Arbeiterbewegung geführt hätte. Ich halte aber beide Anklagen für ungerechtfertigt; beide entspringen dogmatischer Beschränktheit. Sz.s fortwährend sich erweiternde Geistigkeit und die wachsende Empfindlichkeit seines Gewissens haben der ungarischen Arbeiterschaft, die an Dogmatikern und hochtrabenden „Revolutionären" eben genug hatte, um so größeren Nutzen gebracht. Was sie zumeist brauchte, war gerade die Gruppe der soziologischen Reformer. Denn ohne die ideologische Auflösung der altungarischen historischen Gesellschaft und einzig durch Ver-

kündung des starren Dogmas vom Klassenkampf wäre es niemals möglich geworden, die Ideen des Sozialismus so erfolgreich zu verbreiten, und noch weniger, die viri boni unter der Fahne einer Erneuerung Ungarns zu sammeln.

Neben den Soziologen und zeitlich vor ihnen war Sz. mit einer anderen literarischen Gruppe in regerer Verbindung, die auf die Entwicklung seiner Ideen ebenfalls nicht ohne Einfluß geblieben ist. Diese Gruppe gehörte zu EUGEN SCHMITTS philosophischem Kreis, und durch kurze Zeit war ihr Organ die Zeitschrift Társadalmi Forradalom (Die soziale Revolution). Innerhalb dieser Gruppe stand Sz. dem Grafen ERWIN BATTHYÁNY am nächsten, mit dem er in der hohen Wertschätzung KRAPOTKINS, BAKUNINS, PROUDHONS, STIRNERS und TOLSTOIS übereinstimmte. Die freundschaftlichen Beziehungen zu diesem Kreise haben wahrscheinlich nicht wenig dazu beigetragen, Sz.s Mißtrauen gegen den Staatssozialismus und die Bureaukratie zu wecken.

Als Frucht seiner Freundschaft mit BATTHYÁNY entstand die Reformschule zu Bögöte, an deren Entwurf sich Sz. lebhaft beteiligte. Die schöne Unternehmung, welche die Kinder der Bauern mit neuen und fruchtbaren Ideen sättigen sollte, ging leider bald zugrunde, teils infolge des übertriebenen Utopismus ihrer Begründer, teils infolge behördlicher Intoleranz und Verfolgungen. BATTHYÁNY verlor bald alle Lust, sich mit sozialen Reformen zu befassen, übersiedelte nach England und flüchtete sich gänzlich in das Reich des poetischen Anarchismus. Aber seine Freundschaft zu Sz. blieb beinahe bis zum Weltkrieg die alte und BATTHYÁNY war es hauptsächlich, der es zur Zeit der schwersten Krankheitskrise ermöglichte, daß der von den Ärzten beinahe aufgegebene junge Schriftsteller im gesegneten Klima Süd-Italiens und Afrikas Heilung suchen konnte. Diese Fahrt nach dem Süden, wie auch die damalige günstige Wendung seiner Krankheit haben Sz. tatsächlich dem Rachen eines Todes in früher Jugend entrissen und ihm noch ein fruchtbarstes Jahrzehnt gerettet.

Diese flüchtige Skizze von Sz.s geistiger Umwelt bedarf jedoch noch wenigstens zweier ergänzender Schattierungen. Im Gegensatz zu den meisten Marxisten war Sz. durch innige Bande mit den Bauern und dem Dorf verknüpft. Instinktiv fühlte er die morbide und sündige Natur der Großstädte und in seinen Gedanken, wenigstens in deren gefühlsmäßiger Unterbewußtheit, blieb der Erde eine weit größere Rolle beschieden, als bei den meisten den Städten entstammenden Sozialisten. Seine moralische und ästhetische Stimmung der Bauernschaft gegenüber wich völlig von der des Alltagskommunisten ab. Auch unter der bäuerlichen Hülle des „Konservatismus" und der „Rückständigkeit" wußte er jene reichere und wärmere Atmosphäre der Instinktmäßigkeit und des Allgemeinmenschlichen zu genießen, welche für die Kinder der Erde der rationalistischen und mechanistischen Kultur der Städte gegenüber charakteristisch ist. Er hat seine Freunde auf dem Lande oft und mit großer Freude besucht, und jedem fiel jene Zwanglosigkeit, jenes unmittelbare Interesse und jene verständnisvolle Einfühlung auf, die ihm auch das Vertrauen des einfachen Landmannes erwarb. Ich irre kaum in der Annahme, daß Sz.s stetig sich steigernde Bewertung der wirtschaftlichen

Freiheit und des auf ihr aufgebauten Genossenschaftswesens, sowie der freien, vom Staat unabhängigen Schule in dieser Gefühlswelt wurzelte.

In diesem Zusammenhang sei auch der bedeutenden Rolle gedacht, die Literatur und Kunst in Sz.s Leben gespielt haben. Er hat sogar in den leidvollsten Abschnitten seines Lebens den Kult des Schönen nie aufgegeben. Anfangs stand er jener Auffassung nahe, welche die Kunst bewußt und mit Absicht in den Dienst der sozialen Entwicklung stellen möchte, und er hat hocherfreuten Herzens ALEXANDER NAGYS Bilder und ALEXANDER CSIZMADIAS Gedichte revolutionärer Tendenz begrüßt. Seiner feinen ästhetischen Intuition drängte sich jedoch bald die Empfindung auf, daß sich diese Verbindung von Kunst und sozialer Entwicklung weder erzwingen noch dirigieren lasse, daß das Soziale in der Kunst nur dann als wahrer Wert hervortrete, wenn es ganz spontan und tief durchgefühlt ist, daß sogar ein antisozialer Künstler der Sache der Arbeiterbefreiung einen größeren Dienst leiste, wenn er nur ein wahrhafter Künstler, d. h. ein echter Interpret der menschlichen Seele ist, als der höchst sozial deklamierende und philosophierende, der jedoch schöpferischer Kraft, Phantasie und Innerlichkeit entbehrt. Sz. liebte trotzdem die der sozialen Weltanschauung entstammende Kunst mehr, als die individualistische und DOSTOJEWSKIS, TOLSTOIS, ZOLAS, GORKIS, FRANCES Zeit- und Gesellschaftsschilderungen standen seinem Herzen am nächsten. Von den ungarischen waren seine Lieblingsdichter: PETÖFI und ADY. Selten habe ich Sz. bewegter gesehen, als an jenem Abend, da der Komponist ADALBERT REINITZ die von ihm vertonten ADY-Lieder erstmals in intimem Freundeskreis vortrug. Sz. befand sich während dieser Stunden in förmlicher Extase, und seine Augen leuchteten vor Glück. Diese Atmosphäre der Schönheit und Kunst bewahrte er übrigens auch in den alltäglichen Dingen seiner Umgebung. Sein Schreibtisch war selten ohne Blumen; trotz seiner dürftigen materiellen Lage erschien jedes Möbelstück seiner bescheidenen Wohnung lieb und intim; seine Studierstube war voll von guten Reproduktionen, Radierungen und äußerst sorgfältig gebundenen Büchern. Die zärtlichen Hände der Mutter und seiner Freundinnen sorgten dafür, daß an Feier- und Erinnerungstagen liebe Andenken in sein Arbeitszimmer geraten, aus dessen Fenstern man sich an gewaltigen Perspektiven erfreuen konnte. In der Tat, seine Kunstliebe wurde nur durch seine Naturschwärmerei übertroffen. Kein Feiertag, Sommers oder im Winter, den er nicht in den Ofner Bergen verbrachte. Er liebte es, auf diesen Spaziergängen sich mit jungen Männern und Mädchen zu umgeben und wenn ihn seine Kopfschmerzen nicht quälten, so war jeder von seiner überströmenden guten Laune und seinen scherzhaften Einfällen überrascht.

Bei solchen geistigen und moralischen Eigenschaften haben natürlich in Sz.s Leben Freundschaft und Liebe eine sehr große Rolle gespielt. Wen er näher an sich herankommen ließ, hat er erst strenger Beurteilung unterworfen. Ebendeshalb aber bedeutete ihm Verwandtschaft nur dann etwas, wenn sie mit seelischer Sympathie sich paarte. Ebendeshalb untersagte er, der mit zärtlicher Liebe an seiner Mutter hing und mit mehreren seiner Ver-

wandten in inniger Freundschaft verbunden war, letztwillig die Versendung von Anzeigen von seinem Tode.

In dieser Umgebung, mit solchen geistigen und moralischen Anlagen hat er ständig und bewußt an der Entwicklung seiner Persönlichkeit gearbeitet. Unter fortwährender strenger Selbstkritik war er bemüht — wie es einem begeisterten und konsequenten Jünger NIETZSCHES ziemt — möglichst vollkommene Herrschaft über Körper und Geist zu erlangen. In den gesünderen Jahren der Jugend hat er die Hochtouristik leidenschaftlich kultiviert. Seine Geduld und seine Zähigkeit schienen unerschöpflich und er brachte es tatsächlich so weit, daß er, der ursprünglich nur stotternd sprach, es zu leidlich fließender Vortragsweise brachte; und ähnlich hat er seinen schwerfälligen und unklaren Stil im Laufe der Zeit zu einem solchen voll Kraft und Adel gestaltet. Besonders bedacht aber war er auf die Wahrung seiner seelischen Freiheit. Er wußte, daß zwischen dem öffentlichen und Privatleben des echten Mannes volle Harmonie obwalten müsse, und er hat darin die wahre sozialistische Moral erblickt. Er empfand und verkündete, daß es ohne tiefgreifende innere Reform keine grundlegende soziale gebe. Er lebte immer der Überzeugung, daß sich die aufrichtige sozialistische Weltanschauung auf alle Angelegenheiten des Lebens erstrecken müsse, daß die Schaffung einer neuen Gesellschaft, bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der kapitalistischen Hedonik unmöglich sei. Besonders lebhaft verabscheute er drei Typen des Alltagssozialisten: jene, die den Klassenkampf predigen, dabei aber als Anwälte von Kapitalisten, oder als Geschäftemacher sich betätigen; nicht minder die „Internationalisten", die mit zügellosem Chauvinismus die Unterjochung der Nationalitäten verteidigten; schließlich die „Freidenker", die nichtsdestoweniger an den religiösen Übungen festhalten. Und da er nicht nur diesem letzten Typus, sondern auch den beiden anderen hauptsächlich im Kreise der jüdischen Anhänger der Fortschrittsbewegung begegnete, so stand er kritisch und mit einer gewissen Antipathie der Betätigung von Juden im öffentlichen Leben gegenüber — mit einer Antipathie, die durch den übergroßen Anteil der ungarischen Juden an Wucher und an den ärgsten kapitalistischen Mißbräuchen noch gesteigert wurde. Mit aus dieser Antipathie heraus mag er frühzeitig aus dem Judentum ausgetreten und zum Protestantismus übergetreten sein. Er hat denn auch sowohl in Privatgesprächen wie auch in seiner öffentlichen Tätigkeit den Ernst der Judenfrage in Ungarn ständig betont, und als ich ein der Judenfrage gewidmetes Sonderheft des Huszadik Század herausgab, war er der einzige in unserer Redaktion, der mein Unternehmen vorbehaltslos billigte und unterstützte; und auch darin waren wir eins, daß dieses sich stetig schärfer zuspitzende Problem nur durch die Lösung der Agrarfrage und durch den Aufstieg der Bauernklasse gedeihliche Lösung finden könne. Lebhaft erinnere ich mich der Genugtuung, mit der mir Sz. einmal einen Almanach zeigte, aus dem hervorging, daß eine wohlorganisierte und weitverzweigte Bewegung katholischer Richtung im Entstehen sei; und indem er auf die Bilder der Mitarbeiter hinwies, meinte er: „Schau doch diese Gesichter an! Lauter Bauern-

blut! Ich weiß wohl, daß diese Bewegung vorläufig von den Jesuiten gemacht wird und daß sie rückschrittlich ist. Aber das tut nichts. Das ist auch nur ein Zeichen der beginnenden Gärung der Erde und der Zerstörung des jüdisch-kapitalistischen Pressemonopols."

Sz. hat jedoch nicht nur in diesen ernsten prinzipiellen Dingen eine streng sozialistische Moral verkündet; er hat auch in den weniger wichtigen Angelegenheiten des Privatlebens Selbstzucht und Reinheit gefordert. Unbescheidenheit und vorlautes Wesen, Unmäßigkeit im Essen und Trinken, Kleiderluxus haben ihn geradezu körperlich angewidert — am meisten natürlich bei jenen, die sich in der Schilderung des Elends, in dem das Proletariat vegetiert, nicht genug tun konnten.

Obzwar Sz. den größten Teil seines Lebens hindurch der hauptsächlich von DARWIN und SPENCER begründeten materialistisch-evolutionistischen Weltanschauung und der monistischen Ethik nahestand, verhielt er sich dem vulgären Freidenkertum gegenüber jederzeit ablehnend. Und zwar nicht allein, weil er in ihm den Pseudoidealismus der kapitalistischen Bourgeoisie zu erblicken wähnte, sondern auch, weil er die wissenschaftliche Ausrüstung dieser ganzen Richtung als ärmlich und intolerant-dogmatisch empfand. Diese Empfindung hat sich in seinen letzten Lebensjahren noch vertieft und es war unmöglich zu übersehen, daß Sz. nach neuen Lösungen der ihn bedrängenden Probleme suchte. Er begann nicht nur die großen idealistischen Denker und die Religionssysteme zu studieren; auch okkultistische und spiritistische Probleme erweckten sein Interesse. Er faßte sie als einen Tatsachenkreis auf, den man nicht als Beute dem Aberglauben überlassen dürfe, sondern der wissenschaftlich objektiv behandelt werden müsse. Ebenso hat das Problem der praktischen Moral ihn ständig beschäftigt und er versuchte sich einmal an der Abfassung eines sein Gewissen befriedigenden Moralkatechismus zu Unterrichtszwecken.

Als der Kreis um GEORG LUKÁCS geisteswissenschaftliche Vorträge mit dem Ziele veranstaltete, unter Bekämpfung des Materialismus hauptsächlich die Lehren des deutschen Idealismus zu erneuern und weiterzubilden, begleitete sie Sz. mit Sympathie und vollem Interesse und er sprach oft von dem moralischen Bankrott des vulgären Materialismus. In der von der Soziologischen Gesellschaft veranstalteten Diskussion über den ethischen Idealismus machte er dem Gedanken des Idealismus so weitgehende Konzessionen, wie sie wohl keiner der Kardinäle des Marxismus gewährt hätte. Offenbar hat auch die schreckliche moralische Krise des Krieges zu dieser Evolution beigetragen, die an ihrer Ausreifung leider der Tod verhindert hat.

Was die literarische Wirksamkeit Sz.s anbelangt, so lassen sich in ihr drei Perioden unterscheiden. Die erste läßt sich am besten als die dogmatische bezeichnen. In ihr stand er vorbehaltslos auf dem Boden des historischen Materialismus. In sie fällt hauptsächlich seine meisterhafte für die berühmte Diskussion der Soziologischen Gesellschaft verfaßte Abhandlung über die Richtung der sozialen Entwicklung[1]), sowie seine An-

1) A Socializmus. Budapest 1906.

merkungen und Kommentare zu der zweibändigen Auswahl aus den Werken von MARX und ENGELS [1])[2]), ferner zahlreiche Artikel und Kritiken. Der Dogmatismus eines so feinen Gemütes und eines so gebildeten Kopfes hat natürlich nichts mit knechtischer Einseitigkeit und mit der Engstirnigkeit der MARX-Talmudisten zu tun — das Wort „dogmatisch" will nur, beim Mangel eines geeigneten anderen, feststellen, daß Sz. damals fast völlig unter dem Einflusse des Marxismus stand.

Die zweite Periode seines Schaffens war von dem Streben nach einer Revision der sozialistischen Politik und Taktik erfüllt. Grundsätzlich verharrte er zwar noch nach wie vor durchaus auf marxistischem Boden, gerade im Namen des Meisters jedoch forderte er eine fundamentale Umgestaltung der sozialistischen Aktion. Es waren mehr praktische als theoretische Bedürfnisse, die ihn hierbei leiteten. Einerseits beunruhigten ihn die kleinlichen, oft unsauberen Kompromisse der sozialistischen Parlamentspraxis, anderseits die Angst vor Verstaatlichung und Verbureaukratisierung des Sozialismus. Er fürchtete: die Arbeiterbewegung werde so mehr und mehr in einen kleinbürgerlichen Reformismus umschlagen, ihre revolutionäre Glut einbüßen und die Entstehung einer von den Massen gesonderten und ihnen schädlichen privilegierten Arbeiteraristokratie zeitigen. Unter dem Druck dieser Bedenken wurde Sz. gleichzeitig mit dem Auftreten der französischen und italienischen revolutionären Sozialisten und in ständiger Verbindung mit den Schriftstellern, die sich um HUBERT LAGARDELLES Mouvement Socialiste scharten, sowie mit den Leuten von der Bourse de Travail zu einem der Begründer des modernen Syndikalismus. In zahlreichen Studien, deren grundlegendste „Syndikalismus und Sozialdemokratie" [3]) ist, und in mehreren Abschnitten seines Buches „Der Kampf zwischen Arbeit und Kapital" [4]) hat er aus verschiedenen Gesichtspunkten die Probleme der revolutionären sozialistischen Politik, als eine Politik des Antiparlamentarismus, der Staatsgegnerschaft und des Antimilitarismus beleuchtet. Er hat im vollsten Maße die grundlegende Funktion des Militarismus innerhalb des kapitalistischen Gesellschaftssystems erkannt und GUSTAVE HERVÉS „Leur patrie" hat ihm einen so starken Eindruck gemacht, daß er sich einmal mit Hilfe einer Freundin zu einer Übersetzung des genialen Pamphlets anschickte.

All das richtete sich gegen die behutsame, opportunistische, versöhnliche Taktik der sozialistischen Politiker und Gewerkschaftsbeamten in den führen-

1) Marx és Engels Válogatott müvel. 2 Bde. Budapest 1905/1909. (Vgl. hierüber G. KOVÁCS, in diesem Archiv I, 218/220.)

2) Ein Stück aus diesen Anmerkungen u. d. T. „Die ungarische Revolution von 1848. Zu ENGELS' Art. über Ungarn i. d. VI. Rhein. Ztg.", in D. Neue Zeit XXIII/1 (1905), 782/87, 811/18.

3) Szindikalizmus és szociáldemokrácia. Budapest 1908.

4) A töke és a munka harca. Budapest. II. Aufl. 1911. (Vgl. hierüber KOVÁCS in diesem Archiv II, 187/188.)

den kapitalistischen Staaten. Doch ist er über Kritik nicht hinausgekommen, und zu einem geschlossenen, bis zum Ende durchdachten, konstruktiven System nicht gelangt. Jene Probleme, die zu einer endgültigen Beantwortung geführt hätten, wurden von ihm noch nicht aufgeworfen. Denn es genügt nicht, das Überwuchern der Staatsgewalt anzugreifen, die dominante Bedeutung des Klassenkampfs und des Klassenbewußtseins zu betonen oder für die Zerstörung von Parlamentarismus und Militarismus einzutreten, solange wir nicht wissen, was den Staat, die Klassen und den Militarismus ablösen soll; vor allem aber, bevor wir wissen, wie sich die MARXischen Forderungen, nach Ausschaltung des freien Marktes, nach bindender Feststellung von Preis und Arbeitslohn, nach völliger Gleichstellung manueller und geistiger Arbeit und nach Arbeitszwang mit dem in Sz.s Seele lebendigen Ideal von Freiheit, persönlicher Verantwortung und selbsttätiger Kooperation vereinigen lassen.

Diese Probleme hat sich Sz. systematisch und konstruktiv vielleicht nicht gestellt, obzwar sie ihn offenbar ständig beschäftigten. Diese Zweifel beunruhigten ihn auch schon in seiner Abhandlung über den Sozialismus. Er begnügte sich jedoch mit der rein formalen Lösung, daß jedes Zeitalter sein eigenes Freiheitsideal besitze und daß Freiheit jenen Zustand bedeute, in dem der Mensch seine fundamentalen Bedürfnisse befriedigen kann. Mit fortschreitendem Alter, inmitten sich stetig vertiefender Studien und unter dem Einflusse der Erfahrungen der Zeitgeschichte hat er es jedoch immer deutlicher empfunden, daß dieser soziologische Relativismus eine Lösung der wahrhaften Probleme der menschlichen Persönlichkeit nicht zuläßt; und genau besehen hat ihn die Individualität ebenso interessiert wie die Gesellschaft und er fühlte, daß eine tiefere philosophische, hauptsächlich ethische Grundlegung vonnöten sei. Dieses brennende Bedürfnis und dieser Zweifel beherrschten die dritte Periode seiner Tätigkeit, die ich als ethische bezeichnen will.

Diese seine ethische Neigung steigerte sich durch den Weltkrieg und durch die revolutionäre Zersetzung in dessen Gefolge noch mehr und wurde durch das bolschewistische Experiment bis zum Äußersten gespannt. Der Rausch nämlich und die jauchzende Begeisterung, die in Sz. der scheinbare Sieg des marxistischen Sozialismus in Rußland hervorriefen, wurden bald von Angst, Zweifel und Kritik abgelöst. In Sz. begann die Erkenntnis zu dämmern, daß äußerster Klassenkampf, gänzliche Eroberung der Staatsgewalt und noch so bewußte proletarische Politik für sich allein noch keine Lösung bringen, solange das Wichtigste fehlt: der schöpferische Geist einer hohen Sittlichkeit und Weltanschauung; und vielleicht auch drängte sich ihm die Einsicht auf, daß zwischen einer solchen und verkappter staatlicher Allgewalt, sowie dem Zwangsmechanismus des MARXischen Entwicklungsschemas in entscheidenden Beziehungen ein Widerspruch klafft.

Mag nun auch Sz. diese Problematik der sozialen Frage nicht vollkommen scharf erfaßt haben, mögen auch seine Zweifel und Besorgnisse größtenteils unterhalb der Bewußtsseinschwelle geblieben sein: zweifellos ist jedenfalls,

daß seine ethische Orientierung immer entschiedener hervortrat. Wie oft hat er im Freundeskreis betont, daß die wahre Revolution nur aus tiefer wissenschaftlicher Überzeugung oder aus religiösem Glauben entsprießen, die soziale Erbitterung oder der hungrige Magen allein aber nie den sicheren Grund für die Umgestaltung der Gesellschaft abgeben könne. Die Lehren des liberalen Sozialismus zogen ihn je länger je mehr an: HENRY GEORGES Name wurde von ihm immer häufiger erwähnt; OPPENHEIMERS KAUTSKY-Kritik nahm er in die Reihe der ersten Hefte der von ihm herausgegebenen Sammlung „Natur und Gesellschaft" auf; den Gedankengängen der Anarchisten, vor allem KRAPOTKINS maß er wachsende Bedeutung bei; das Ansehen der Theoretiker der englischen klassischen Nationalökonomie wuchs ständig in seinen Augen. In seiner Studie über Freihandel und Imperialismus[1]) verteidigt er die Freihandelslehre mit einer Wärme, die von den herben Kritiken der marxistischen Schule über diesen Gegenstand stark absticht; und zugleich legte er in derselben Studie, sowie in mehreren anderen Artikeln der inneren Reformarbeit der menschlichen Seele derartig ausschlaggebendes Gewicht bei, daß einer seiner Kritiker, der Marxist EUGEN VARGA, die Frage aufwerfen konnte: ob Sz. denn noch immer auf marxistischem Boden stehe? Sz.s schöne Formel „Mit reinen Mitteln für reine Zwecke kämpfen!" bringt das heiße ethische Wegesuchen seiner letzten Jahre in präzisester Weise zum Ausdruck — wie ja in seinem letzten Werke die Gesichtspunkte des Klassen- und des Allgemeininteresses sich kreuzen.

Die schriftstellerische Tätigkeit Sz.s für sich allein gibt freilich noch kein ausreichendes Bild von seiner reichen Persönlichkeit. Ebensoviel und noch mehr vielleicht hat er durch seine suggestiv fördernde und ermutigende Kraft auf alle gewirkt, die ihm im Leben nahetraten. Hat ja auch sein kranker Körper Sz. verhindert, sich literarisch so auszuleben, wie er es gewünscht und auch dank seinen Gaben vermocht hätte; und besonders zu bedauern ist, daß ein von ihm geplantes und durch mehrere Jahre vorbereitetes großes Werk über die Theorie des Klassenkampfes nicht einmal zu einem Essay gediehen ist. Aber nochmals: die ihm so durch seinen Körper gezogenen Schranken überschritt er weit durch den fast magischen Einfluß, den er namentlich auf die dem Idealismus ergebene Jugend und auf die Frauen übte. Schon zu seinen Lebzeiten wob sich so eine Legende um ihn und die Geschichtschreibung wird ihn sicherlich zu den vier bis fünf großen Gestalten der beiden revolutionären Umwälzungen von 1918/19 zählen. Nicht minder als sein ungarischer Freundes- und Bekanntenkreis unterlagen auch die zahlreichen Freunde und Bekannten, die Sz. außerhalb seiner eigenen Heimat zählte, seiner faszinierenden Persönlichkeit — auch sie in weit stärkerem Maße, als Sz.s in deutschen, französischen und russischen Zeitschriften veröffentlichte Artikel an sich erklären. Er gehörte denn auch zu den im Ausland meistbekannten und geschätzten Gestalten des neuen Ungarn. In der sozialistischen Literatur wurde er immer unter den hervorragendsten

1) Graz und Leipzig 1918; Imperializmus és tartós béke (Imperialismus und Dauerfriede). Budapest 1918.

Marxisten genannt und die Moskauer Sozialistische Akademie Sowjetrußlands hat ihn mit unter den ersten zu ihrem Mitglied gewählt.

Wie wir aber Sz.s Lebenswerk mehr auf das Fragen, Forschen und Kämpfen als auf Beantwortung und Lösung eingestellt sehen, so steckt auch in seinem Einfluß auf die Zeitereignisse etwas Rätselhaftes, Widerspruchvolles und Zweifelerregendes. Trefflich wird dies durch jene Fügung symbolisiert, die diesen fanatischen und etwas dogmatischen Revolutionär unmittelbar vor dem Ausbruch der beiden Revolutionen aus dem Leben abrief, als ob der Tod die ideologische und ethische Kraft Sz.s vor etwaigen Entgleisungen unter dem Zwang zu Tat und bestimmter Stellungnahme hätte bewahren wollen. Diese Symbolik des Todes vertieft sich noch dadurch, daß er als Sterbender in den letzten Wochen vor der Revolution mit seinen Mitarbeitern ständig in Verbindung stand, und voll fieberischen Interesses die Vorzeichen des herannahenden Sturmes verfolgte, denen gegenüber er auf Zusammenfassung sämtlicher Kräfte des fortschrittlichen Ungarns drängte. Und als er am 2. Oktober 1918 unter allgemeinster Trauer bestattet wurde, unter dem Geleite von Vertretungen sämtlicher Gewerkschaften und der sozialistischen Partei, ruhte in allen Budapester Betrieben ihm zu Ehren die Arbeit und aus den Reden an seinem Grabe, die ihn als Lehrer der ungarischen Arbeiterpartei feierten, hörte man bereits das Brausen der Revolution heraus.

Was Sz. in dieser gewollt und geleistet hätte, darüber vermöchte auch, wer seinem unmittelbarsten Freundeskreise angehörte, keine sichere Auskunft zu geben. Die Meinungen hierüber gehen stark auseinander und strittig ist vornehmlich die Frage, was in den beiden Revolutionen dem gelehrten und publizistischen Testament Sz.s mehr entsprochen hätte. Hätte er sich zur kommunistischen Revolution bekannt und wäre er bereit gewesen, sich mit an die Spitze der ungarländischen zweiten und einigermaßen parodierten Auflage der russischen Proletarierdiktatur zu stellen? Diejenigen, die diese Frage bejahen, berufen sich auf sein heftiges und unnachgiebig revolutionäres Wesen, sowie auf seine von Klassenbewußtsein getragenen Lehren, die den Klassenkampf, die Action directe und den Antiparlamentarismus verkündeten und glorifizierten. Nicht minder berufen sie sich auf Sz.s Mißtrauen und auf seine offene Antipathie gegen die sozialdemokratische Parteileitung — eine Gegnerschaft, die in einer von ihm gegen die Népszava in den Spalten der Világ abgeführten Polemik zum Ausdruck gekommen war und die ihn in einer gegen Kriegsende gehaltenen Massenversammlung der Budapester Arbeiterschaft zusammen mit seinem engeren Freundeskreis den heftigsten Rednern der äußersten Opposition ostentativ Beifall spenden ließ. Andere seiner Freunde wieder leugnen, daß Sz. sich entschlossen hätte, an der Diktatur teilzunehmen. Moralische und ästhetische Skrupel, meinen sie, hätten ihn davon abgehalten; und sie zitieren zum Beweis eine Äußerung von ihm, in der er im Hinblick auf die Ergreifung der Macht durch den russischen Bolschewismus betonte, daß auf der gegebenen moralischen und geistigen Entwicklungsstufe des ungarischen Proletariats die Diktatur

die größten und folgenschwersten Gefahren heraufbeschwören würde. Hat er ja auch damals im engsten Freundeskreis die moralischen Mängel des russischen Bolschewismus bitter getadelt.

Trotz dieser seiner Bedenken, die sich bis zum Widerwillen steigerten, hätte jedoch meiner festen Überzeugung nach Sz., wenn er noch länger am Leben geblieben wäre, nicht nur keinen Augenblick gezögert, seinen Anteil an der Vaterschaft zum kommunistischen Experiment auf sich zu nehmen: er hätte auch die Verantwortung für dessen Durchführung nicht abgelehnt. War er ja ein echter Kommunist und hat er ja immer dem Proletariat die gewaltsame Revolution empfohlen! Und wenn er auch vielleicht versucht hätte, die Diktatur abzuwenden: der Verantwortung für die einmal ausgerufene hätte er sich, trotz seiner Einsicht in die Unvermeidlichkeit ihres tragischen Zusammenbruchs, aus seinem tiefen moralischen Pflichtgefühl heraus keinesfalls entzogen und vielmehr sein Teil an dem Leid und der Gefahr derjenigen reklamiert, die seinen Lehren folgten. Natürlich hätte auch Sz.s Beteiligung die Rätediktatur nicht vor ihrem unvermeidlichen Sturz bewahrt, man darf aber wohl annehmen, daß sein edles und reines Wesen, sowie sein großes Prestige den Ablauf des Experiments nach Inhalt und Form bedeutend modifiziert hätten: in jenen hätte Sz. mehr Einsicht, Mäßigung und Menschlichkeit gebracht, in diesen mehr Würde und Pathos, in den Zusammenbruch endlich mehr Größe und Tragik.

Wie dem nun aber immer sei, jedenfalls war es ein Glück, daß Sz. früher starb: und zwar gleichermaßen vom Gesichtspunkt Sz.s selbst wie aus dem der Bewegung. Ihm selbst blieb die Gräßlichkeit und Tragik erspart, die der Sturz der Rätediktatur zeitigte. Die Bewegung aber hat für die Zukunft in ihm nicht einen Märtyrer, sondern einen Propheten. Nichts von dem Mißerfolg und der Enttäuschung haftet an ihm. Sein Name ist mit keiner der kommunistischen Verirrungen und Entgleisungen verknüpft; und seine Anhänger haben es in ihrer Hand, für die Nachwelt aus den Gedanken des Meisters die lebensfähigsten, reinsten und schwungvollsten herauszuheben und festzustellen, jene, die uns wirklich der Gesellschaft ohne Herren und Knechte näherbringen [1]).

1) Außer den bereits zitierten und zahlreichen kleineren und größeren Artikeln und Referaten in den Zeitschriften „Huszadik Század", „Socializmus", „D. Neue Zeit", „Le mouvement socialiste" und in diesem Archiv seien von Sz.s Schriften noch genannt: A munkásmozgalom 1903—ban (Die Arbeiterbewegung i. J. 1903). Budapest 1904. Visszapillantás az 1912 évi munkásmozgalomra (Rückblick auf die Arbeiterbewegung i. J. 1912). Ebenda 1913. Az ipari munkásság hullámzása (Die Fluktuation d. industriellen Arbeiterbevölkerung). Ebenda 1913. Gazdasági szervezet es haboru. Ebenda 1915 (Auch deutsch u. d. T. Krieg u. Wirtschaftsverfassung, i. Archiv f. Sozialwiss. u. Sozialpolitik XXXIX, 643/688). Psychologisches zur Frage der Freiheit in der sozialistischen Gesellschaft, in D. Neue Zeit XXII/2 1904), 4:4/16. Die Agrarfrage in Ungarn. Ebenda XXVI/2 (1908), 58/63.

Marx' Beziehungen zu Bartholomäus von Szemere [1]).

Von

Andreas Sass (Wien).

In M.s gegen WILLICH gerichteter Flugschrift „Der Ritter vom edelmütigen Bewußtsein" (1853) wird ein Wort des letzteren zitiert, wonach „. . . feststeht, daß SZEMERE, der Freund von MARX, die Krone Ungarns an die österreichische Regierung verraten [2])" hat. Es handelt sich in dieser Anklage um die Auffindung der nach Világos durch die flüchtigen Revolutionäre in der Nähe von Orsova vergrabenen Stefanskrone und M. widerspricht der gegen Sz. (1812—1869) erhobenen Beschuldigung. Er sah jedoch keinen Anlaß, die behaupteten freundschaftlichen Beziehungen zu diesem Politiker der ungarischen 48/49er Revolution in Abrede zu stellen, und sie bestehen tatsächlich während der ganzen Dauer der fünfziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts als eine Art politischer und publizistischer Waffenbrüderschaft. Wie kam diese zustande? Was für soziale und persönliche Umstände ließen ihre Beziehungen so ständig werden? Wie konnte eine führende Persönlichkeit der bürgerlichen Demokratie mit dem unerschütterlichen Parteigänger des proletarischen Klassenkampfes Hand in Hand gehen?

Auf M.s Seite haben da gewiß Erlebnisse und Reminiszenzen aus der Revolutionszeit mitgespielt. Er begleitete in der Neuen Rheinischen Zeitung die großartigen Erfolge der — von Debrecen aus Anfang und gegen Mitte 1849 organisierten — ungarischen Armee mit fieberhaftem Interesse [3]). Und Sz. war der Chef des in Debrecen nach der am 14. April erfolgten Unabhängigkeitserklärung gebildeten Ministeriums [4]). Die Permanenz und Schlagkraft der ungarischen Erhebung, die M. so sehr bewunderte, hatte Sz. viel zu verdanken. Er bekannte sich zur Diktatur [5]) und übte sie auch aus. Er

1) Die Namen sind in folgendem in M. und Sz. abgekürzt.

2) MARX, Der Ritter vom edelmütigen Bewußtsein. 1853. S. 9. Die Einsicht in diese äußerst seltene Schrift verdanke ich Herrn Dr. THEODOR MAUTHNER in Wien.

3) Liter. Nachlaß von MARX, ENGELS und LASSALLE, hrsg. v. MEHRING. Stuttgart 1902. III, 75.

4) WURZBACH, Biographisches Lexikon. XLII, 58—59.

5) „Ich preise die Humanität unserer Revolution, ich halte sie jedoch nicht für eine Tugend, sondern für eine Schwäche. Nur der Terrorismus oder richtiger die Strenge, aber nur eine entschiedene, konsequente Strenge kann uns retten . . ." (Aus einem Briefe Sz.s vom Juli 1849. Vgl. SZEMERE, Levelek. (Briefe) 1849—62. Pest 1870. S. 24). — „Die Diktatur hat zwar viele schlechte Seiten, sie scheint, wenn auch für die Dauer einiger Tage,

war Republikaner reinsten Schlags und proklamierte die Volkssouveränität zu einer Zeit, da die monarchistische Reaktion in ganz Europa Siege feierte.

Während M. von Köln aus die Revolution in Ungarn durch eine idealisierende Brille betrachtet hatte, trat von London aus eine Ernüchterung in deren Beurteilung ein. M. gewann mehr Einsicht in ihren sozialen Inhalt, sowie in die Struktur ihrer Klassenkämpfe und ENGELS' Äußerung, daß die ungarische Revolution eigentlich kein Muster für den Westen abgebe[6]), kann auch als M.s Meinung gelten. Es spielte nämlich in ihr das bürgerliche Element eine verschwindend geringe, das Proletariat aber fast gar keine Rolle. Der mittlere und der kleine Adel machte sich die bürgerlich-demokratische Ideologie zu eigen und bildete eine nationale Front gegen den Hofabsolutismus und die mit ihm verbündete Aristokratie. Sz., der Sproß einer altadeligen Familie, gehörte zu den wenigen bewußt bürgerlichen Elementen der Bewegung und er mußte schon deswegen als besonders radikal gelten. Von Köln aus sah M. in KOSSUTH ein Stück DANTON und CARNOT und seine Reden tönten ihm wie „Äolsharfen, durch die ein Volksorkan braust[7])." In der Emigration aber nahm er an den Widersprüchen und taktischen Schwenkungen seiner realpolitischen Tätigkeit Anstoß und nicht minder daran, daß er sich als gewesenes Staatsoberhaupt einer Republik prätendentenhaft benahm; als in der Türkei Internierter PALMERSTON verurteilte, in Southampton aber ihn lobpries; in Marseille der Arbeiterschaft huldigte, in England aber sich von den Chartisten zurückzog; heute von Stadt zu Stadt reiste, um gegen den Volksfeind BONAPARTE Vorträge zu halten, und morgen sich bei ihm zur Audienz und zur Bündnisschließung meldete. Man muß nicht eben auf proletarischem Boden stehen, um diese Einwände zu erheben, und Sz. nahm aus denselben Gründen eine scharf oppositionelle Stellung gegen KOSSUTHS Emigrationstätigkeit ein. Er blieb auch im Exil entschiedener Republikaner und dem Opportunismus abgeneigter Demokrat. Er führte gewissermaßen den Klassenkampf des Kleinadels innerhalb der Emigration weiter. Es gab in dieser — wie aus allen Memoiren[8])

---

die Autokratie zu rechtfertigen, ich neige jedoch zu dieser Macht. Sie haben diese tatsächlich ausgeübt, deshalb haben wir Erfolge gehabt." (Denkschrift an KOSSUTH vom Juli 1849, ebenda S. 23). — „Warum haben wir keine Waffen? Weil wir es nicht wagten, alle Geld- und Silbermünzen für Staatszwecke in Anspruch zu nehmen, nicht zu erwähnen, daß wir die Bankiers geschont haben. Wir haben alles, Menschen, Kirchen geschont, nur die Zukunft der Nation nicht. Es ist unmöglich, eine Revolution ohne revolutionäre Maßregeln auszufechten. Wir gehen zu Grunde, da wir das Gegenteil glauben, statt für Guillotine für Amnestie sorgen." (Ebenda S. 21.)

6) Vgl. MEHRING, Marx. Leipzig 1918. S. 248. (ENGELS' Äußerung aus 1851.)

7) MARX, Herr Vogt. 1860. S. 128.

8) FRANZ PULSZKY, Életem és korom (Mein Leben und meine Zeit). Budapest 1884. II, 14; DANIEL KÁSZONYI, Ungarns vier Zeitalter. Leipzig 1868. II, 32; KLAPKA, Aus meinen Erinnerungen. Zürich 1887. S. 241.

hervorgeht — eine niedere Schicht, der das exklusive Treiben der hochherrschaftlich lebenden Aristokraten und das Gebaren der engeren Umgebung KOSSUTHS gar nicht gefiel. M. war ein Gegner der überschwenglichen demokratischen Parolen überhaupt und Sz. seinerseits hielt sich abseits von den offiziellen Führern der Emigrantengruppe seiner Landsleute. Er gehörte zu jenen Wenigen unter den Demokraten, die weitblickend genug waren, um einzusehen, daß zur Erneuerung der Revolution eine entsprechende günstige ökonomische und weltpolitische Lage erforderlich sei, daß die bloße Vorbereitung von Verschwörungen, der Wille zur Revolution an sich, die in Emigrantenkreisen kolportierten Gerüchte über bevorstehende Erhebungen wenig zu besagen hatten. Hierin stimmte Sz. vollständig mit M. überein. Zwischen dem General KLAPKA und Sz. bestand in dieser Beziehung ungefähr der gleiche Gegensatz wie zwischen dem Freischarenführer WILLICH und M. Und zusammenfassend läßt sich sagen, daß der gegenseitige Anschluß von M. und Sz. die Kooperation des Proletariers mit einem linksstehenden Flügelmann der Demokraten bedeutet.

Als vielseitig gebildeter Geist und als geistvoller Schriftsteller war Sz. würdig mit M. zusammenzugehen. Er kannte und schätzte die wissenschaftliche und publizistische Tätigkeit des letzteren und dieser wieder ließ keine Gelegenheit vorübergehen, um Sz.s in den fünfziger Jahre erschienene politische Studien in der Presse zu würdigen. Der eine lebte in London, der andere in Paris, doch standen sie in ständiger Verbindung. Sie fühlten sich einander einigermaßen verwandt, da beide sozusagen Emigranten außerhalb der Emigration waren.

Sz. wie M. gehören zu den frühesten Ankömmlingen unter den aus verschiedenen Ländern nach dem Westen strömenden Emigranten. M. weilt im Sommer 1849 in Paris, wird ausgewiesen und zieht nach London. Sz. erreicht im Oktober darauf, von Griechenland kommend, Marseille [9]) und trifft bald in Paris ein. Er wünscht ständig hier zu bleiben. Graf LADISLAUS TELEKY, der Pariser Botschafter des revolutionären Ungarn, hat hier manche Beziehungen und kann die Aufenthaltsbewilligung erwirken. Im übrigen war es Sz. eine Qual, dem Gang der französischen Konterrevolution als Zeuge beizuwohnen. Man kann sagen, daß er die Periode von der Republik zum Kaisertum aus unmittelbarer Nähe mit denselben Gefühlen begleitete, die M.ens in London verfaßte Schrift über den bonapartistischen Staatsstreich inspirierten. Sz. trat bald in der politischen Presse mit Verwahrungen gegen KOSSUTH hervor. Er erklärte, die Urkunde, welche GÖRGEY die Diktatur übertrug, nicht unterzeichnet zu haben und kritisierte KOSSUTHS Benehmen, der sich, trotz seiner Abdankung, als Gouverneur bezeichnete. Bei KOSSUTHS Ankunft in England nahm eine Gruppe bedeutender Persönlichkeiten der ungarischen Revolution wegen des diktatorischen Auftretens des gewesenen Staatsoberhauptes gegen ihn Stellung. Während aber die meisten der Unzufriedenen, teils nach KOSSUTHS amerikanischen Erfolgen (1851/52), teils

9) SZEMERE, Naplóm (Mein Tagebuch). Pest 1869. I, 14.

nach seinem Eingreifen in den französisch-österreichischen Konflikt (1859) sich ihm wieder näherten, blieb Sz.s Gegnerschaft unverändert die gleiche.

In London schritten M. und ENGELS zur Wiederaufrichtung des Bundes der Kommunisten. In der Ansprache der Zentralbehörde vom Juni 1850 wird mitgeteilt, daß diese „durch einige hierzu delegierte Mitglieder in Verbindung steht mit der entschieden revolutionären Partei der Franzosen, Engländer und Ungarn[10])". Von den Franzosen sind die Blanquisten, von den Engländern der linke, unbeugsame Flügel der Chartisten gemeint. „Zu gleicher Zeit — heißt es in der Ansprache weiter — steht die Zentralbehörde in Verbindung mit der fortgeschrittensten Partei der ungarischen Emigration. Diese Partei ist wichtig, weil sie viele ausgezeichnete Militärs enthält, die bei einer Revolution dem Bunde zur Verfügung stehen werden." Unter dieser fortgeschrittensten Partei war wahrscheinlich eine Gruppe aus Komorn kommender Offiziere zu verstehen, die mit dem Bewußtsein der Unbesiegtheit in London angelangt waren. Oberst JOHANN BANGYA, DANIEL KÁSZONYI, ein gewisser MYSKOVSKI[11]) und STEFAN TÜRR. M. erwähnt, daß er im Jahre 1850 BANGYA und TÜRR kennen gelernt hatte. Jener war Polizeichef der Emigration, dieser verließ als Leutnant RADETZKYs italienische Armee im Jahre 1849 und nahm unter SIGEL am Badener Aufstand als Major teil. Die zitierte Ansprache der Zentralbehörde ist die letzte Äußerung von M., die noch Hoffnung auf eine Erneuerung der Revolution verrät. Schon im Laufe des Sommers jedoch kamen er und ENGELS zur Überzeugung, daß die revolutionären Möglichkeiten zu Ende wären. Im September folgte dann der Bruch mit der WILLICH-SCHAPERschen Fraktion im Bunde. Diese wollte M.s Prognose, daß die anwachsende ökonomische Prosperität vorläufig der Revolution den Boden völlig entziehe, nicht gelten lassen. Sie näherte sich vielmehr dem träumerischen Putschismus. WILLICH verbündete sich dann mit KINKEL und ging mit ihm in KOSSUTHS Spuren nach Amerika, um eine Revolutionsanleihe zustande zu bringen. KINKEL war mit KOSSUTHS Generalbevollmächtigten und Pressechef, FRANZ PULSZKY, befreundet, und schon aus diesem Grunde konnte es zwischen M. und KOSSUTH-PULSZKY zu keiner wie immer gearteten Beziehung kommen. Gewiß verkehrte aber M. mit jener verelendeten Schicht der aufs Pflaster geworfenen Ungarn, aus deren Munde er — wie wir in Herr VOGT[12]) lesen — manche bittere Klagen gegen KOSSUTH vernahm und aus deren Kreis ein Verzweifelter den in den Salons englischer Parlamentarier und Aristokraten so heimischen PULSZKY öffentlich insultierte. M. kannte auch aus dem Bunde der Kommunisten einige nach London verschlagene ungarische Arbeiter. Dem Namen nach ist einer von diesen, MICHAEL CSIHÁLYI[13]), bekannt, der zwischen London und der in Köln

10) WERMUTH-STIEBER, Die Kommunistenverschwörungen des XIX. Jahrhunderts. 1853. I, 265.

11) Sekundant SCHRAMMs, eines Freundes von M. in einem Duell mit WILLICH (1850). Vgl. MARX, Der Ritter vom edelmütigen Bewußtsein. S. 8.

12) A. a. O. S. 127.

13) WERMUTH-STIEBER a. a O. I, 122, 308; II, 38.

neu errichteten Zentralbehörde der MARX-ENGELS Fraktion Kurierdienste leistete. Er wurde in Hamburg gefangen genommen und erlitt eine Gefängnisstrafe.

1852 löste sich der Bund der Kommunisten auf und M. zog sich vom Emigrantentreiben ganz zurück. Die Demokraten und ihr ewiges Pläneschmieden kamen ihm wie „unzurechnungsfähig“ [14]) vor. Nach Sz. spielten MAZZINI, KOSSUTH, LEDRU-ROLLIN ein Don Quichote-Spiel, dessen man sich schämen müsse [15]). Er und M. vertieften sich nun in wissenschaftliche Studien und wollten als freie Schriftsteller tätig sein. M. trieb politische Ökonomie und Sz. Geschichte. M. sah sich vom erwähnten Jahre an veranlaßt, sich mehr für Ungarn zu interessieren, da er Korrespondent der New York Tribune geworden war. Im Frühling 1852 stand Sz. mit ihm in so intimem Verkehr, daß er ihm die Manuskripte einiger Studien zuschickte, um sie durch WEYDEMEYER in Amerika verlegen und zugleich die englische Übersetzung besorgen zu lassen [16]). Obzwar M. als Korrespondent keine eigentlichen Reports schrieb, stand die ungarische Frage doch so sehr im Mittelpunkte des politischen Interesses, daß er auf sie immer wieder Bezug nehmen mußte, zumal da, wie RJASANOFF [17]) ausführt, eben die amerikanischen Erfolge KOSSUTHS die Mitarbeit von M. an der Tribune aktuell machten. KOSSUTH hatte — wir werden sehen, durch wessen Feder — auf die New York Tribune einen großen Einfluß gewonnen. Diesem galt es das Gleichgewicht zu halten. Um aber in den Ungarn betreffenden Fragen richtig urteilen zu können, brauchte M. einen zuverlässigen Gewährsmann. Als solcher diente ihm Sz., dessen Republikanismus und offenherzige Kritik ihm mehr zusagten, als KOSSUTHS schöne, aber vieldeutige Rhetorik. M. rühmte sich, als Redakteur der Neuen Rheinischen Zeitung viel zur Popularität der ungarischen Sache beigetragen zu haben, und auch jetzt wollte er diesem schwer geprüften Volk nach bester Überzeugung, durch die Erfahrungen der Vergangenheit belehrt, dienen. ENGELS, der ihn in seiner Journalistentätigkeit mit aufopfernder Hilfsbereitschaft unterstützte, studierte die Kriegsgeschichte des ungarischen Feldzuges. Er bereitete sich, da man von M. in Amerika kriegswissenschaftliche Artikel verlangte, auf eine Studie über GÖRGEYS Feldherrntätigkeit vor und bedauerte, zu diesem Zwecke KOSSUTHS Közlöny (Amtsblatt) nicht zur Hand zu haben [18]).

KOSSUTH weilte vom November 1851 bis Juli 1852 in Amerika. Über die Sklavenfrage sprach er — wie M. in Herr Vogt hervorhebt — je nach dem Geschmack seiner Hörer. Im März des letzteren Jahres berichtet M. an

14) MARX, Enthüllungen über den Kölner Kommunistenprozeß. II. Aufl. 1875. Einleitung.

15) SZEMERE, Naplóm. I, 349. Diese Äußerung stammt vom Ende 1855.

16) ENGELS-MARX, Briefwechsel. Hrsg. v. BEBEL und BERNSTEIN. Stuttgart 1919. I, 311.

17) Gesammelte Schriften von MARX und ENGELS von 1852—62. Hrsg. v. RJASANOFF. I, XVIII.

18) MARX-ENGELS' Briefwechsel II, 27; I, 166—7; I, 325—6.

ENGELS, daß „KOSSUTH durch SZEMERE in Amerika bloßgestellt wurde“ [19]). Aus Sz.s verstümmelt ediertem Tagebuche erfahren wir, daß M. sich anbot, Sz.s Pressekampf gegen KOSSUTH zu unterstützen. (M.s Name kommt in der Ausgabe des Tagebuches manchmal voll ausgeschrieben, manchmal nur mit dem Anfangsbuchstaben angedeutet vor.) KOSSUTH seinerseits sorgte in Amerika für die Verbreitung des Gerüchts, daß Sz. den Fundort der Stefanskrone an Wien verraten habe. Dieser vermerkt im Jahre 1853: „Ein deutscher Emigrant, der berühmte Marx, schrieb mir aus London, daß auch amerikanische Zeitungen die Nachricht des Soldatenfreund übernahmen und daß die unter KOSSUTHS Einfluß stehenden Blätter noch so manches hinzugefügt haben. Dieser selbst erzählt in der New York Tribune unter der Chiffre A. P. C., wie er die Krone zu verbergen suchte, wie er mit ihr nach Mehadia, dann gegen Ada Kaleh fuhr, um sie zu verstecken — dies alles ist jedoch eine Erfindung; er wußte nur so viel, daß ich die Krone aus Ofen holen ließ ... M. machte sich erbötig, meine Artikel in den betreffenden Blättern unterzubringen, ich hatte jedoch unterdessen schon nach New York geschrieben“ [20]).

Der von Sz. erwähnte A. P. C. ist keineswegs KOSSUTH, da der hinter diesem Zeichen stehende Schriftsteller von 1853 an zehn Jahre hindurch als Londoner Korrespondent ständig und viel für die Tribune gearbeitet hat. RJASANOFF [21]) konnte in der Einleitung zu den Tribune-Artikeln von M. seine Identität nicht feststellen. Er nennt A. P. C. einen vorzüglichen Berichterstatter, der schnell und ausführlich das Allerneueste mitzuteilen wußte. In der Tat stand dieser — nach seinen Korrespondenzen zu urteilen — in engster Berührung mit den englischen Radikalen und mit den Mitgliedern der französischen und ungarischen Emigration. Zwischen ihm und M. entwickelte sich eine Art Arbeitsteilung, immerhin zum Vorteile des ersteren, da A. P. C. für den Geschmack des Zeitungslesers Passenderes bot, als der immer tiefschürfende M. Dieser versuchte niemals die Bekanntschaft seines Kollegen zu machen. Er ahnte in ihm einen Yankee. In Wirklichkeit war dieser A. P. C. FRANZ PULSZKY, der 1853 in KOSSUTHS Auftrag nach Amerika ging [22]) und von dem Eigentümer der Tribune, HORACE GREELEY, den Auftrag erhielt, regelmäßig mitzuarbeiten. Auf PULSZKY treffen alle Kennzeichen zu, die RJASANOFF aufzählt. Er besaß vorzügliche Verbindungen, war mit dem Radikalen COBDEN und mit den Franzosen LOUIS BLANC und LEDRU-ROLLIN befreundet. Er war das Sprachrohr KOSSUTHS und Sz. irrte sich nur insofern, daß hinter A. P. C. nicht KOSSUTH, sondern einer seiner intimsten Mitarbeiter stand. PULSZKY schrieb ein tadelloses Englisch, war ein sehr reger Geist und besaß eine manchmal übermäßige Anpassungsfähigkeit. Es ist auffallend, daß M.s Name in PULSZKYS großem Memoirenwerk und der Name des letzteren im Briefwechsel von M. und ENGELS nie vorkommt.

19) Ebenda I, 308.

20) SZEMERE, Naplóm. I, 216.

21) A. a. O. I, XXVI.

22) PULSZKY, Életem és korom. II, 119—21.

PULSZKYS Verhältnis zur Tribune war günstiger als das von M., da dieser nur einen Redakteur des Blattes, DANA, kannte und DANA von GREELEY als gewöhnlicher Lohnarbeiter behandelt wurde. So ist es denn verständlich, daß es bei dem in Amerika erweckten leidenschaftlichen Interesse für Ungarn A. P. C. leicht wurde, das Blatt für die ungarische Emigration, speziell für KOSSUTH zu stimmen. M. verwob in seine Korrespondenzen einzelne herbtrockene Bemerkungen über KOSSUTHS Tätigkeit, so über die unglückselige Hainburger Expedition (1852) und über seine Mitwirkung am Mailänder Aufstand (1853). Dann führte M. eine immer offenere Sprache und wurde in seinen Angriffen heftiger. Sein Kronenzeuge war ständig Sz. „B. SZEMERE, Exminister von Ungarn, protesiert in einem an den Herausgeber des Morning Chronicle gerichteten Brief dagegen, daß ‚KOSSUTH illegitimer Weise den Namen Ungarns usurpiere'. Er sagt: „Wer sich ein Urteil über ihn als Staatsmann bilden wolle, der möge nur die Geschichte der letzten ungarischen Revolution aufmerksam studieren und wer seine Geschicklichkeit als Verschwörer kennen lernen wolle, der werfe nur einen Rückblick auf die vorjährige unglückselige Hainburger Expedition“ [23]). Dieses Urteil von Sz. teilt M. im Februar 1853 dem amerikanischen Lesepublikum mit. Im folgenden Monat rügt er schon im eigenen Namen KOSSUTH im Zusammenhange mit der Mailänder Revolution und wirft ihm schwankende Schwächlichkeit, sowie unentwirrbare Widersprüche und Doppelzüngigkeit vor: „KOSSUTH ist ein großer Künstler im Wortedrechseln. Ich empfehle allen jenen, die sich nicht dem Volksaberglauben beugen, SZEMERES kürzlich veröffentlichte Biographien von L. BATTHYÁNYI, ARTUR GÖRGEY und LUDWIG KOSSUTH“ [24]). M. las diese Biographien im Manuskript und sie sollten durch seine Vermittelung in Amerika deutsch erscheinen, dann in ENGELS' englischer Übertragung in Europa. Sie kamen aber 1853 in Hamburg heraus.

Jetzt folgt sowohl in Sz.s Tagebuch, wie im MARX-ENGELSschen Briefwechsel eine Pause von sechs Jahren, während welcher sich beide gegenseitig nicht erwähnen. Die zweite Hälfte des August 1859 verbrachte Sz. in London. „Ich traf — schreibt er — auch mit dem berühmten Schriftsteller und Emigranten MARX zusammen. Obzwar mit dem preußischen Minister a. D. Graf WESTPHALEN verschwägert, wurde er aus seinem Vaterlande vor 1848, unter LOUIS PHILIPPE sogar aus Paris vertrieben. Im Jahre 1848 begründete er die hervorragende Rheinische Zeitung. 1849 war er zu Flucht gezwungen, NAPOLEON wies ihn noch im Jahre 1850 aus Paris aus. Er ist das Haupt der deutschen Sozialisten, das Orakel der arbeitenden, aber vernünftelnden Volksklasse; er schrieb ein glänzendes Werk über den coup d'état von 1851. Als dieses von KOSSUTH gelesen wurde, ließ er MARX sagen, er möge ihn besuchen, da KOSSUTH niemanden zu besuchen pflegt. Worauf MARX antwortete: hier ist meine Adresse, kommt er zu mir, so sehe ich ihn gerne. KOSSUTH ist aber nicht gekommen.“ „M. erzählt mir — fährt Sz. fort —, daß URQUHART jene Briefe, die KOSSUTH aus Kutahia in untertänigem und

23) RJASANOFF a. a. O. I, 101.

24) Ebenda I, 118.

schmeichelndem Tone an ihn gerichtet hat, drucken ließ. URQUHART ist nämlich ein Konservativer, ein Tory; in dieser Tonart schrieb ihm auch KOSSUTH, später ist aber dieser als Demokrat aufgetreten und deshalb ist die Publizierung geschehen. Dieses Buch läßt mir MARX zukommen" [25]).

Aus dieser Aufzeichnung ersehen wir, daß Sz. M.s Laufbahn und seine Rolle in der Arbeiterbewegung vollständig kannte. Als fortschrittlicher Bürger hatte er Sinn für die Forderungen des Proletariats. Gegen ihn hätte der englische Arbeiterführer ERNEST JONES nicht den gegen KOSSUTH erhobenen Einwand wiederholt, daß er für den sozialen Sinn der 1848er Bewegungen — die Heerfahrt der Arbeit gegen das Kapital — wenig Verständnis habe, weil die ungarische Revolution ein Kampf gegen Feudalismus und Mittelalter war [26]). Sz. spricht einmal über den antibürgerlichen Geist der GÖRGEYschen Armee und bekennt: „Die soziale Basis (er meint die bürgerlich ausgesprochene Tendenz der Revolution) hat uns immer gefehlt, unsere politischen Bestrebungen hingen teilweise immer in der Luft" [27]). (Bürgerliche Revolution ohne Bürgertum.) Schon während seiner ersten Reise im Westen (1836) studiert Sz. das Fabrikwesen. Im Paris NAPOLEONS III. ist er darüber entrüstet, daß, während das Land eine große Börse voll von Betrügern ist, PROUDHON seinen Namen auf wissenschaftliche Werke nicht setzen dürfe [28]). Er enthüllt die Saint-Simonistischen Allüren des Kaisers. „Um die Arbeiterviertel herum ist weder genügende noch reine Luft, das Trinkwasser ist schlecht und teuer, es gibt keine Promenaden, die Gassen sind dort eng und schmutzig, aber der Kaiser gießt Wasser ins Meer, die breiten Gassen läßt er breiter machen, vermehrt die Annehmlichkeiten des reichen Stadtviertels . . ." [29]).

Was das Lob des 18. Brumaire von M. seitens KOSSUTHS anbelangt, so bildet das einen kleinen Beitrag der Geschichte der literarischen Wirkung von M. Sz. steht in seinem Tagebuche außer den persönlichen Erfahrungen scheinbar auch unter dem Einflusse von M., so oft er das widerwärtige politische und soziale System des Kaisertums bespricht. Da taucht auch M.s berühmter Gedanke von den welthistorischen Totenbeschwörungen in Epochen revolutionärer Krisen auf. Sz. nennt das zweite bonapartistische Imperium ein Bühnenstück, das nicht einmal als Nachahmung des Empire gelten dürfe, da es „eine bloße Parodie" darstelle [30]). Das sind fast dieselben Ausdrücke, die M. im 18. Brumaire gebraucht. Ekel und Abscheu erfüllen ihn dem lügenhaft Theatralischen dieser Zeit gegenüber. Er brandmarkt die Orgien der Börse, die Käuflichkeit der jüdischen Bankierpresse, die Treibjagd gegen alle freiheitlichen Elemente, das mit einer papiernen Verfassung kaum verhüllte Gendarmerieregime. Er begrüßt NAPOLEON im Namen der Freiheit.

25) SZEMERE, Naplóm. II, 168.
26) MEHRING, Marx. S. 248.
27) SZEMERE, Levelek. 1849—62. S. 57.
28) SZEMERE, Naplóm. II, 68.
29) Ebenda II, 69.
30) Ebenda II, 158.

M. hofft auch, daß die Bekämpfung eines solchen Gegners die Umsturzparteien zu wirklich revolutionären Faktoren heranreifen lassen werde.

In London sprachen M. und Sz. über DAVID URQUHART. Dieser Diplomat und Publizist stand sowohl mit KOSSUTH als mit M. in Verbindung. Er widmete seine Tätigkeit der Bekämpfung der zaristischen Expansion und warb überall Freunde für die durch die russischen Expansionspläne bedrohte Türkei. Als M. im Jahre 1853 auf Grund eingehender Studien PALMERSTON angriff und auf dessen verkappte Liebesdienste (auch während der ungarischen Revolution) zugunsten Rußlands hinwies, da suchte URQUHART M.s Bekanntschaft und von da an sah er dessen Artikel in seinem Blatte, der Free Press, gern. M. lüftete in dieser Zeitung den Schleier über KOSSUTHS Audienz bei NAPOLEON III. an der Schwelle des italienischen Feldzugs, über seine Zustimmung zum abenteuerlichen Plan der Einsetzung eines russischen Großfürsten als ungarischen Königs, der angeblich von Prinz JERÔME und einigen ungarischen Emigranten in Genf ausgeheckt wurde. „In der Free Press – berichtet M.[31]) im September 1859 an ENGELS – sind die Notizen über KOSSUTH von mir. (Für die Tribune habe ich daraus zwei Artikel gemacht, werden sehen, ob sie sie nimmt.) Ich habe sie teils mündlich, teils schriftlich von Sz. erhalten. Sz. war hier vor ein paar Wochen." Dieser Angriff wird dann in Herr Vogt wiederholt. Vogt, der einstige 48er Parlamentarier und Demokrat, wird der Freundschaft mit der Weltreserve der Reaktion, Rußland, beschuldigt. Zur Bekräftigung dieser Anklage werden die ungarischen Freunde VOGTS, darunter KOSSUTH, herangezogen, die sich angeblich durch NAPOLEON mit dem russischen Imperialismus verbanden. Aus dem Gesichtspunkte des Ungartums hält M. einen neuerlichen russischen Angriff für fatal. Denn die österreichische Politik habe zwar die Nationalitäten gegeneinander mißbraucht, erhalte sie aber auch. Eine russische Herrschaft hingegen würde alle nichtungarischen Nationalitäten zu einem übermächtigen slawischen Block gegen die Ungarn vereinigen. Der nordische Bär sei also gefährlicher als der Doppeladler[32]).

Was die Streitschrift Herr Vogt (1860) im Abschnitt „Patrone und Miststrolche" und an verschiedenen anderen Stellen[33]) über KOSSUTHS, GÖRGEYS, KLAPKAS Tätigkeit in und nach der Revolution bringt, das beruht fast zur Gänze auf Sz.s Informationen. Außer diesen hat General MORIZ PERCZEL — ein Gegner KOSSUTHS — M. brieflich manches mitgeteilt.

Aber in diesem Buch kündigt sich schon zwischen M. und Sz. eine Divergenz in den politischen Anschauungen an. M. bespricht die leitenden Gedanken von Sz.s Pamphlet „Hungary 1848—1860" (erschienen 1860). Viele von diesen haben ihn befremdet. Offenherzig, ohne Bitterkeit und Ironie gibt er seiner Enttäuschung Ausdruck. General KLAPKA hält ein Zusammenwirken mit NAPOLEON III. in Ungarns Interesse für annehmbar, da die bonapartistische Militärmacht die Ungarn unterstützen, aber schon aus geo-

31) Briefwechsel. II, 351.

32) MARX, Herr Vogt. S. 80.

33) Ebenda S. 10. 35. 58. 63. 71—2. 90. 91. 105. 121—30. 190—91.

graphischen Gründen nie gefährden könne. „Obgleich ich — schreibt M. in einer Note von Herr Vogt — einen solchen Standpunkt von KLAPKA verstehe, befremdete es mich, Annäherndes zu finden in der oben zitierten Schrift Sz.s, und habe ich ihm in dieser Beziehung meine Ansicht offen mitgeteilt. Noch weniger verstehe ich seine letzte Erklärung über die österreichische Konzession. Ich weiß, daß Sz. in öffentlichen Dingen nie durch Privatmotive sich bestimmen läßt und sehr wichtige Gründe für seine Erklärung hatte: daß die Ungarn mit dem, was von Wien gegeben, alles in Pest holen können, daß jede Insurrektion Ungarns von außen, namentlich mit französischem Beistand, eine russische Intervention in Ungarn für oder gegen Österreich notwendig nachzieht; daß endlich die Autonomie, die Transsylvanien, Slavonien und Croatien, sowie der Woiwodina verliehen ist, dem Wiener Kabinet in diesem Augenblick jene „Nationalitäten" ganz so gegen die Magyaren sichern würde, wie 1848—49. Alles das ist richtig, konnte aber gesagt werden ohne den Schein, die ungarische Konstitution in der Wiener verstümmelten Ausgabe in ‚usum delphini' anzuerkennen[34])."

Es handelt sich hier um das Oktoberdiplom, das Sz. mit großer Befriedigung und Zuversicht aufnahm[35]). Der plötzliche Stimmungswechsel und der Wandel in Sz.s Ansichten ist auch in seinem Tagebuch auffallend. Es gab auch andere Emigranten, die das Oktoberdiplom günstig gestimmt hat, aber diese hatten immer auf dem Pfade der Mittelwege suchenden Politik gewandelt. Bei Sz., dem Radikalen strengster Observanz, aber erschien der Umschwung schwer begreiflich. M. schreibt denn auch an ENGELS im Mai 1860, daß er den brieflichen Verkehr mit Sz. unterbrochen habe, weil dieser in seiner Broschüre „Hungary 1848—1860" in auffälliger Weise NAPOLEON und PALMERSTON den Hof machte. Dann kommen weitere Inkonsequenzen hinzu. Sz. sucht Dezember 1860 in Manchester ENGELS auf, der ihn „einen ganz netten Kerl" nennt. Doch kommt ihm sonderbar vor, daß dieser jetzt ganz abgeklärte Mann einst in revolutionären Zeiten so entschieden und energisch handeln konnte. „Komisch ist, daß er, der doch in seiner Broschüre bonapartistisch auftrat, jetzt wieder ganz umgeschlagen ist. Er machte mir unter anderem folgenden Vorschlag zur Güte: Was ich davon hielte, wenn es dahin kommen sollte, daß die Habsburger bei dem Zerfall des Kaiserstaates nur noch Könige von Ungarn bleiben und Deutsch-Österreich an Deutschland zurückfiele? Worauf ich ihm natürlich erklärte, daß eine solche Lösung uns ganz recht sein könne und wir den Ungarn die ganze Räuberbande mit Vergnügen zum Präsent machen würden"[36]).

Über dieses Datum hinaus fehlen jede Belege eines weiteren Verkehrs zwischen MARX-ENGELS und Sz. Letzterer begann nun in der ungarischen Presse die zum Ausgleich führenden Wege zu ebnen. Der Vorkämpfer der Unabhängigkeit lobte den im Oktoberdiplom verkörperten, zentralistisch gefärbten Halbabsolutismus; der Republikaner war bereit, auf einen Vergleich

34) Ebenda S. 128.

35) SZEMERE, Naplóm. II, 262.

36) MARX-ENGELS' Briefwechsel. II, 424—25.

mit dem Monarchismus einzugehen, und auch sein klar umschriebener Standpunkt hinsichtlich einer demokratischen Nationalitätenpolitik wurde immer verschwommener. Sein Tagebuch aus den fünfziger Jahren und sein Briefwechsel betrachteten es als großen Fehler der Zeit vor 1848, daß die Ungarn mit Wiens Hilfe eine Beherrschung der Nationalitäten anstrebten, und er schrieb es der Revolution zur Last, daß sie nicht geschickt genug gewesen sei, die slawischen Nationalitäten in den Schoß ihrer Demokratie aufzunehmen. Nun aber vergaß Sz. die Forderung einer föderativen und demokratischen Nationalitätenpolitik. Er gab sich vielmehr damit zufrieden, daß das Ungartum eine ähnliche Position wiedererlangte, wie im Vormärz, da die Slawen, während der Konterrevolution, Stützen der Habsburger, durch die absolutistische und germanisierende Tendenz der BACH-Periode enttäuscht, sich dem Banner des Ungartums näherten. Es verschlug ihm nichts, daß die ungarische Hegemonie um den Preis des Ausgleiches mit Wien gekauft und befestigt wurde.

Alles wendete sich also zum Guten in der politischen Konstellation. Sz.s Optimismus hat in seinem persönlichen Falle traurige psychologische Gründe, höchstwahrscheinlich steckt darin eine krankhafte Euphorie. Er war sehr müde und brauchte Ruhe, Entspannung. Das Jahrzehnt der Emigration hatte seine geistigen und körperlichen Kräfte aufgerieben. Er lebte in Paris mit einer sich stets vermehrenden Familie, die Frau war kränklich, geliebte Kinder starben dahin und zuletzt unterschlug ein gewissenloser Industrieritter sein bescheidenes Vermögen. M. lebte freilich vielfach unter ähnlichen und noch größeren Schwierigkeiten, ihm war aber die physische Kraft des Durchhaltens und die moralische Stärke einer heroischen Konsequenz beschieden. Als ENGELS und M. 1860 sich so enttäuscht über Sz. äußerten, stand dieser schon an der Schwelle eines schweren Nervenleidens. Ohne dieses organische Gebrechen wäre er kaum drei Jahre später durch seine Frau in die Heimat zurückgeführt worden, um dann 1869 sein Leben in Pest verdüsterten Geistes zu beenden.

1852 schrieb Sz. in einem Brief aus Paris, daß die ungarische Emigration die Weltsympathie für die nationale Sache dadurch sichern könne, daß sie diese unauflöslich an jene Ideen binde, die eine Zukunft haben[37]). Gewiß hat Sz. in M., dessen Namen er nie ohne das Epitethon „rühmlich bekannt" niederschrieb, den Vertreter einer zukünftigen großen Idee erblickt. Ihr gemeinsames Wirken jedoch war nicht von tiefgehender Bedeutung, sondern mehr eine Episode in ihren Lebensläufen. Immerhin gereicht die Verbindung beiden zur Ehre. Der Scharfblick M.s hat in Sz. einen charaktervollen, gebildeten und passenden Waffenbruder aus dem Kreise der ungarischen Emigranten herausgefunden und die Persönlichkeit des letzteren gewinnt einen nicht alltäglichen Glanz dadurch, daß er vorurteilslos genug war, um mit dem gefürchteten und gehaßten Gesellschaftskritiker Verkehr zu pflegen, und daß er Verständnis bezeugte für den, der in seiner Londoner Einsamkeit die bewegenden Ideen einer ferneren Zukunft hellsehend antizipierte.

37) SZEMERE, Levelek. S. 71.

Marx und die irische Frage[1]).

Von

A. Wiznitzer (Turnau).

Irland besaß seit 1800 kein eigenes Parlament mehr und war zur Union mit England genötigt worden. Wie fast in keinem Lande sonst liefen hier die ökonomischen Interessen des Volkes parallel mit seiner nationalen Ideologie. Die große Masse der Iren bestand aus armen Landarbeitern und verkommenen Pächtern, die in schmählicher Abhängigkeit waren von den puritanischen Landlords. Da die Ausbeuter gleichzeitig fremdnational und andersgläubig waren, wurde ihr Joch um so schwerer getragen. Lange versuchte das unglückliche Volk, besonders unter Führung O'Connells, mit friedlichen Mitteln bei der englischen Regierung die Auflösung der Union durchzusetzen. Ihr Streben blieb erfolglos. So kam es denn, wie es kommen mußte. Die ärmste Schicht, die hungernden Landarbeiter und das städtische Proletariat, konnten und wollten nicht mehr weiter auf gefälliges Entgegenkommen warten und in den 40er Jahren des 19. Jahrhunderts setzt eine Bewegung ein, die jede friedliche Taktik und ganz besonders das Paktieren mit den englischen bürgerlichen Parteien und den katholischen Priestern Irlands, deren Günstling O'Connell war, entschieden verwirft. Diese Bewegung führte zur Entstehung der Partei: Jung-Irland. In seiner Gesamtheit aber wurde das Irenvolk erst durch die tückische Kartoffelkrankheit in den Jahren 1845/47 auf die revolutionäre Bahn gedrängt. Während in dieser katastrophalen Zeit nahezu eine Million Iren verhungerte, da ihnen das Hauptnahrungsmittel, die Kartoffel, fehlte, verließen große Mengen von Getreide und Vieh ihr Land. Sie waren wie üblich von den Großgrundbesitzern nach England verkauft worden. Ein großer Teil der Überlebenden griff zum Wanderstab und ging nach Amerika. Die Zurückgebliebenen aber waren entschlossen, ihre Freiheit mit Gewalt zu erzwingen, und bereiteten sich für

1) Literatur: Marx und Engels, Gesammelte Schriften 1852—1862. Hrsg. v. N. Rjasanoff. 2 Bde. Stuttgart 1917. — Der Briefwechsel zwischen Engels und Marx 1844—1883. Hrsg. v. A. Bebel und Ed. Bernstein. 4 Bde. Ebenda 1913. — Marx, Das Kapital. I. — Marx, Briefe an Kugelmann, in D. Neue Zeit. XX/2 (1902). — Der Vorbote von Joh. Ph. Becker. Genf 1868. — Die Londoner Times von 1867. — Fr. Althaus, Irland und die Fenier, in Englische Charakterbilder. Berlin 1869. — Molesworth, The history of England. II. Bd. London 1874. — M. Beer, Geschichte des Sozialismus in England. Stuttgart 1913. — Franz Mehring, Karl Marx. Leipzig 1918.

eine Revolution vor. Indes kam die englische Regierung solchen Plänen zuvor und unterdrückte durch scharfe Maßnahmen — Verhaftung der Führer, Verbot der Zeitungen, Verhängung des Belagerungszustandes über das ganze Land — die revolutionäre Bewegung auf Jahre hinaus.

In jener Zeit vollzog sich in Irland eine bedeutsame ökonomische Umwälzung: der Übergang vom Kleinpachtsystem zum System der Großpacht. Diese Erscheinung war es, die in erster Linie die Aufmerksamkeit von KARL MARX erregte. Schon 1855 beschäftigt er sich gelegentlich mit den irischen Verhältnissen und sucht die Hauptursache der ökonomischen Umwälzung in der Abwanderung, der verfehlten Insurrektion von 1848, dem Parlamentsakt, der die Güter des verschuldeten irischen Adels der Exekution preisgab und damit die Eigentümer von Grund und Boden ebenso verjagte, wie der Hungertod die Pächter, Unterpächter und Häusler[1]). In späteren Jahren weist aber MARX besonders auf die Aufhebung der seit 1815 bestehenden Korngesetze hin, die dem irischen Getreide das Monopol auf Einfuhr nach England nahm. Dieses Ereignis allein schon — meint er — hätte hingereicht, die Verwandlung von Ackerland in Viehweide, sowie die Konzentration des Bodens in den Händen weniger herbeizuführen. MARX bespricht auch die Folgen dieser Umwälzung: die immer fortschreitende Proletarisierung der Massen und ihr Versinken in namenloses Elend[2]).

Viele Jahre hindurch maß er dem irischen Problem bloß eine nebensächliche Rolle zu. Er erwartete die vollständige Lösung dieser Frage, wie so vieler anderer, erst vom Siege einer proletarischen Revolution in England. Dieser Ansicht huldigte er noch 1867, als in Irland eine neue, mächtige revolutionäre Volksbewegung zutage trat. Ihre eigentlichen Urheber waren die Iren in Amerika. Im Dezember 1866 hatte ein Meeting der Fenier in New York beschlossen, für das folgende Jahr einen großen Irenaufstand in England und Irland vorzubereiten. Dieser brach tatsächlich im März 1867 in Dublin und mehreren Orten des Südens los. Aber die englische Regierung blieb überall Herrin der Lage. Zahlreiche Aufständische wurden verhaftet und abgeurteilt. In ihrer Verzweiflung über das Mißlingen der Revolution waren viele Fenier zu isolierten Gewaltstreichen auf englischem Boden entschlossen und so wurde das Jahr 1867 eine Zeit des Fenierschreckens für Regierung und Bevölkerung Großbritanniens. Einige bei einem solchen Streich im September in Manchester verhaftete Fenier wurden zum Tode verurteilt. Als man aber mit der Hinrichtung Ernst machen wollte, erhob sich in ganz England ein Sturm der Entrüstung, besonders von seiten des Proletariats. Der Generalrat der Internationalen Arbeiterassoziation arran-

1) Vgl. Gesammelte Schriften. II, 181/184.

2) Kapital I, 733/736. — Schon 1856 berichtete ENGELS (Briefwechsel II, 117) von einer Reise durch Irland: „... Ganze Dörfer sind verödet, und dazwischen die prächtigen Parks der kleinen Landlords, fast der einzigen dann, die dort wohnen. Hungersnot, Auswanderung und Clearances zusammen haben das fertiggebracht. Dabei nicht einmal Vieh auf den Feldern. Das flache Land ist komplette Wüste, die niemand haben will."

gierte mehrere Meetings und richtete eine Petition an die englische Regierung, in der die bevorstehende Hinrichtung der drei Manchester-Märtyrer als Justizmord bezeichnet wurde[1]). Unmittelbar vor der Hinrichtung fand nochmals ein vom Generalrat einberufenes Meeting statt, in dem Angehörige verschiedener Nationalitäten — JUNG, LESSNER, DUPONT, MORGAN, LUCRAFT, WESTON und PARKS — das Wort ergriffen[2]). Man wies darauf hin, daß die Iren über kein anderes Mittel als Gewaltanwendung verfügten, daß es also ein sinnloser Widerspruch sei, einerseits die Fenier als Mörder hinzustellen, andererseits aber GARIBALDI, der zahllose Menschenleben seinen Idealen opferte, als großem Patrioten zu huldigen[3]). Hätten die irischen Revolutionäre nicht die Unvorsichtigkeit begangen, sich den bei den Engländern verrufenen Namen „Fenier" beizulegen, sondern sich einfach Republikaner genannt — alles wäre enthusiasmiert. Die Engländer sähen nur die Splitter in den Augen der anderen Staaten — aber nicht den Balken im eigenen. Der Internationale läge die irische Frage nicht mehr noch weniger am Herzen als eine andere nationale Frage. Indes verbinde jedoch den englischen Arbeiter mit dem irischen der gemeinsame Feind, die Landaristokratie und das Kapital[4]).

Die Reden der Mitglieder des Generalrates beweisen, wie groß der Einfluß MARXens auf ihr Denken war. Fast sämtliche Argumente sind seiner Rüstkammer entnommen. Wohl nahm auch er persönlich an den Meetings teil — er ergriff aber niemals das Wort. Der Grund hierfür ist wohl auch darin zu suchen, daß ihm die Führer der irischen Bewegung (ENGELS bezeichnete sie als eine Sekte von meist Eseln und teilweise Exploiteurs) nicht sympathisch waren und er sich vor allem mit ihren unbesonnenen impulsiven Handlungen nicht identifizieren wollte. ENGELS gab ihm darin recht und meinte, man könne sich nicht „für die in jeder Verschwörung vorfallenden Eseleien ... (diese kommen aber sicher) verantwortlich machen[5])." M. E. nach liegt aber das Motiv für die damalige Reserve MARXens viel tiefer. MARX konnte um diese Zeit der ganzen irischen Frage noch keine besonders große Bedeutung für die internationale Sache der Arbeiterklasse beimessen, wie er es etwa bei der Polenfrage tat[6]). Er sprach ihr lediglich lokale Bedeutung zu und vertrat folgende Ansicht: Die ökonomische Notlage Irlands erheische dringendst eine agrarische Revolution und Schutzzölle gegen England, wozu aber die vorhergehende Eroberung der politischen Macht, also Selbstregierung und Unabhängigkeit unerläßlich sei. Irland würde dann, wie Canada und Australien, durch den Protektionismus seiner Industrie, die schon

1) Vgl. Der Vorbote, 1868, S. 136.

2) Vgl. den Bericht in den Times vom 21. XI. 1867.

3) MR. JUNG: „The Irish have the same right to revolte as the Italians, and the Italians have not exhibited greater courage than the Irish".

4) DUPONT: „The English workingmen who blame the Fenians commit more than a fault, for the cause of both people is the same; they have the same enemy to defect the territorial aristocracy and the capitalists."

5) Briefwechsel. III, 431, 433. — 6) Briefwechsel. III, 434.

1783—1801 unter dem Schutze von Zöllen in allen Zweigen aufgeblüht und erst seit der Union mit England der überlegenen Konkurrenz erlegen war, wieder aufleben und das unglückliche Volk zu Wohlstand gelangen können.

Wir sehen also, daß MARX die irischen Aspirationen für vollauf berechtigt hielt, und können auch feststellen, daß für ihn der Fenianismus „durch sozialistische Tendenz und als lower orders movement" charakterisiert war[1]). Indes dünkte ihn die ganze Sache um 1867 vom Interessenstandpunkt des internationalen Proletariats aus nicht so wichtig, um die englischen Arbeiter zu veranlassen, sich zu exponieren. Er riet ihnen daher, nicht die vollständige Trennung Irlands von England als eine ihrer Forderungen an die Regierung aufzustellen, sondern nur die Aufhebung der Union zu verlangen: „Den Witz von 1783, nur demokratisiert und den Zeitumständen angepaßt." „Die Erfahrung muß später zeigen", — schrieb er am 30. XI. 1867 — „ob die bloße Personalunion zwischen den zwei Ländern fortexistieren könnte. Ich glaube es halb, wenn es zurzeit geschieht[2])."

Die Ereignisse des Jahres 1867 haben dann MARX zu eingehendem, gründlichem Studium der irischen Frage angeregt und dessen Ergebnis war eine völlige Änderung seiner Ansichten über das ganze Problem und naturgemäß dann auch seiner Taktik. MARX gelangte nämlich zur Überzeugung, daß die irische Frage weit bedeutsamer für die Sache des Weltproletariats sei, als er früher angenommen hatte. Ja, er hielt nun die Befreiung Irlands für die erste Vorbedingung zur Emanzipation der englischen Arbeiterklasse! Diese Ansicht wird damit begründet, daß der Sturz der englischen Bodenoligarchie — die einer Emanzipation der arbeitenden Klasse in England vorausgehen müsse — erst eintreten könnte nach ihrer Besiegung in Irland, wo sich ihr am stärksen verschanzter Vorposten befindet. Bekäme aber das irische Volk die Autonomie und damit die Möglichkeit selbständiger Wahrung seiner Lebensinteressen, so werde es nicht lange mit der Beseitigung der Landlords zögern, zumal in Irland die ökonomischen Interessen der Masse mit ihren nationalen und religiösen Ideologien ganz parallel laufen[3]). Allerdings hat auch die Erwägung, daß — infolge des verschiedenen Temperaments beider Völker — von den Iren ein gründliches Reinemachen eher zu erwarten war als von den Engländern, MARX zweifelsohne beeinflußt. Spricht er doch selbst (am 20. XI. 1869) von dem „revolutionären Feuer des keltischen Arbeiters" im Gegensatz zur kraftvollen, aber langsamen Art des Angelsachsen.

Im Sinne dieser Erkenntnis richtete er nun seine Taktik ein. Er wollte die englischen Arbeiter dahin bringen, mit den Iren gemeinsame Sache zu machen, und suchte ihnen klarzumachen, daß dies in ihrem ureigensten Interesse gelegen sei und daß es sich da nicht um eine Sympathiebekundung handle. Denn solange das irische Elend bestehe, verschaffe sich die englische Bourgeoisie von dort billige Arbeitskräfte und handhabe diese Waffe gegen die autochthonen Arbeiter. Das „wahre Geheimnis" der Macht der

1) Ebenda III, 13. — 2) Briefwechsel. III, 435.

3) MARX, Briefe an Kugelmann. Vgl. D. Neue Zeit. XX/2, 414.

englischen Bourgeoisie liege ferner in dem von ihr künstlich genährten Gegensatz und Haß zwischen den englischen und irischen Arbeitern, die einander als Konkurrenten gegenüberstehen [1]).

Diese Behauptungen MARXens waren objektiv richtig und vor allem ein ganz vorzügliches taktisches Mittel, um die Masse der englischen Arbeiter für die Sache Irlands zu gewinnen. Aber wie aus den vorstehenden Ausführungen hervorgeht, handelte es sich für MARX weniger um Verschaffung höherer Löhne für die englischen Arbeiter als vielmehr um die Beschleunigung der sozialen Revolution überhaupt. „Die English Working Class — schrieb er am 10. XII. 1869 — wird nie was ausrichten, before it has got rid of Ireland. Der Hebel muß in Irland angelegt werden. Dadurch ist die irische Frage so wichtig für die soziale Bewegung überhaupt." Und diese Gründe konnte er „teilweise den englischen Arbeitern selbst nicht mitteilen" [2]).

Zur Amnestiebewegung der Iren im Winter 1869 nahm der Generalrat der I. A.A. eine sehr wohlwollende Stellung ein. MARX schlug eine Resolution vor, die GLADSTONEs Verhalten zur Amnestiefrage aufs schärfste verurteilte und für die mutige und feste Art, in der das irische Volk die Amnestiebewegung betrieb, Bewunderung ausdrückte [3]). Als im Februar 1870 das englische Parlament eine Landbill für Irland beschloß, die den Pächtern durch Vorschüsse aus dem Staatssäckel den Ankauf von Boden ermöglichen und jene, die ein Gut verlassen mußten, für ihre aufgewendeten Meliorationen entschädigen sollte, beruhigte sich die Öffentlichkeit auf lange Zeit, obgleich durch diese Maßnahmen die irische Frage natürlich nicht aus der Welt geschaft wurde, und auch die Aufmerksamkeit MARXens wurde durch die bedeutsamen Ereignisse von 1870 auf dem Gebiete der großen Politik von dem irischen Problem abgelenkt.

---

1) Der Generalrat der I. A.A. an den Föderalrat der romanischen Schweiz in Genf. 1./I. 1870. Vgl. Neue Zeit. XX/2, 478.

2) Briefwechsel. IV, 226.

3) In seiner Marxbiographie übergeht MEHRING die ursprüngliche Bedenken gegen die Feniertaktik und nimmt die Anschauungen über die irische Frage, die in ihm erst 1869 reiften, als auch schon für 1867 gegeben — wie gezeigt wurde — zu Unrecht.

Neue Beiträge zur Biographie von Karl Marx.

Von

Gustav Mayer (Berlin).

I. Im Londoner Exil.

Männer von enzyklopädischer Weite und Größe finden später als andere den Biographen, der sich zumuten kann, in den Rahmen seines Bildes all das Starke und Pulsierende, das Neue und Umfassende, das Aufpeitschende und Fortzeugende einzuspannen, das in jenen lebte und durch das Medium des Schaffenden in die Nachwelt einströmte. Bei GOETHE hat es sich gezeigt, und ein gleiches zeigt sich heute bei MARX. Von LEWES über BIELSCHOWSKY zu SIMMEL und GUNDOLF waren Wege, die durch das Erleben dreier Generationen hindurchführten. Und ist es nicht ebenfalls ein klarer, unbestreitbarer Aufstieg von dem unzulänglichen Versuch des Amerikaners SPARGO zu dem Alterswerk FRANZ MEHRINGS? In diesem bedeutenden Historiographen des Kommunismus wohnte neben aller kämpferischen Schärfe echte Bescheidenheit, und so hat er sich selbst sicherlich niemals verheimlicht, daß auch sein Buch nur eine Etappe bedeutete auf dem Wege zu jener MARX-Biographie, die dereinst den bahnbrechenden Soziologen, den einflußreichen Geschichtsdeuter, den großen Ökonomen mit dem trotzige Kämpfer, dem gewaltigen Revolutionär, dem vom Schicksal hart geschmiedeten Dulder zu einem einheitlichen mächtigen Bilde wird zusammenfügen müssen. Wie HERMANN ONCKEN, der es auf dem Titelblatt gesteht, mit seinem LASSALLE, so wollte MEHRING mit seinem MARX nur eine politische Biographie schreiben. Den Denker, den Gelehrten läßt er hinter dem Revolutionär in den Schatten treten. Mag nun der endgültige MARX-Biograph schon unter uns wandeln oder erst geboren werden, es bleibt schon heute die Pflicht aller, die ihr wissenschaftlicher Weg durch Lande führt, in denen ungenutzte Bausteine zu dessen großer und schwerer Aufgabe lagern, für ihn das Material, das sie finden, bereitzustellen. Welcher Platz aber wäre geeigneter, es für die Forschung sicherer aufzubewahren, als dieses Archiv, das schon so reiches und wertvolles Material für die Geschichte der Arbeiterbewegung und des Sozialismus gesammelt hat?

Was hier an erster Stelle beigesteuert wird, ist eine, wie uns dünkt, ungewöhnlich anschauliche Schilderung der Persönlichkeit, der Häuslichkeit und der politischen Wirksamkeit MARXens aus den ersten Jahren seines Londoner Exils, die zugleich die Jahre seiner schlimmsten wirtschaftlichen Bedrängnis bedeuteten. Unzweifelhaft war es dem Polizeiagenten, den wir hier zu hören bekommen, trotz des sprichwörtlichen Mißtrauens des großen Verbannten gelungen, sich in sein Heim Eintritt zu verschaffen und vertraute und sichere Einblicke in seine Lebensführung zu gewinnen. Man fühlt, wie

der Mensch sich bemüht, seinen Auftraggebern in Berlin zu verbergen, einen wie mächtigen Eindruck auf ihn der Hofhalt dieses proletarischen roi en exil machte, den er dort in dem dunklen Viertel Londons arm an Schätzen, aber reich an Geist und vielleicht noch reicher an Glauben inmitten seines zerlumpten Hausrats thronen sah. Erging es ihm nicht beinahe wie Bileam, dem Sohn des Beor, den weiland König Balak holen ließ, Israel zu fluchen, und der, allen Geschenken, die ihm geboten wurden, zum Trotz, vom Geist bezwungen, es preisen mußte? Bisher gibt es nur wenige Dokumente, aus denen die majestätische Größe des Mannes gleich unmittelbar auf uns zutritt, wie aus diesem Bericht des Gewährsmanns des Herrn von HINCKELDEY [1]). Über dessen Persönlichkeit wagen wir nicht Bestimmtes auszusagen. Wo er eigene politische Ansichten durchschimmern läßt, singt er — wie sollte er auch anders? — das Lied dessen, dessen Brot er aß. Die scharfe visuelle Begabung, die er verrät, und gewisse stilistische Wendungen — das Wort „agitieren" gebraucht er transitiv so wie das französische „agiter" — könnten auf einen Franzosen schließen lassen. Aber diese Vermutung verblaßt, sobald man sich vergegenwärtigt, wie genau vertraut er mit deutschen Verhältnissen ist. Besonders gut Bescheid weiß er über die Einzelheiten, die sich auf den Kölner Kommunistenprozeß von 1852 beziehen, und dieser Umstand läßt vielleicht auf einen jener aus dem Rheinland gebürtigen Dunkelmänner raten, die der preußischen Regierung behilflich gewesen waren, dem Überrest des Kommunistenbunds das Lebenslicht auszublasen. Er könnte mit dem Polizeileutnant GREIFF in Verbindung gestanden haben, der von STIEBER nach London geschickt worden war, um zu verhindern, daß der Kölner Prozess zu einem Fiasko der preußischen Polizei führte [2]).

Weniger Worte bedarf es nur über die hinlänglich bekannten politischen Verhältnisse, die in dem Schriftstück erwähnt werden; auf die einzelnen Persönlichkeiten, soweit sie nicht allgemein bekannt sind, finden sich in Anmerkungen kurze Hinweise. Der Berichterstatter, mag er auch manches schief sehen, ist auch hier nicht übel im Bilde. Ein Irrtum, der zutage liegt, war es, daß er in dem bereits dem Tode entgegensiechenden HEINRICH HEINE einen der Leiter des Kommunistenbundes vermutete. Auch mit der Behauptung hatte er nicht recht, daß MARX GOTTFRIED KINKEL und dessen Clique, die er verachtete, als die ihm „gefährlichste Partei" innerhalb der deutschen Emigration ansah. Wichtiger war für ihn doch wohl, mit jener Fraktion innerhalb der kommunistischen Parteigruppe selbst fertig zu werden, die darauf hinarbeitete, in nächster Zeit wieder loszuschlagen, und damit auch die von ihm geleitete Bewegung mit ins Verderben reißen konnte. Näher braucht auf den Gegensatz der Gruppe MARX zu der Gruppe WILLICH-SCHAPPER hier nicht eingegangen zu werden [3]). Daß, wie alle Fraktionen

1) Akten des kgl. Polizeipräsidiums zu Berlin, betreffend die neuerdings bemerkbar werdenden Bestrebungen der Kommunisten 1853. (Pr. Br. Rep. 30. Berlin C. Pol.Präs. Tit. 94, Geheime Präsidial-Registratur Lit. C. Nr. 286).

2) Vgl. u. a. MARX an ENGELS, 10. Nov. 1852; Briefwechsel Bd. I. 373.

3) Am bequemsten orientiert man sich bei MEHRING, KARL MARX etc.

der Emigration, auch die kleine MARXsche gern auf die Gelder, die von deutschen Demokraten in Amerika mobilgemacht wurden, die Hand gelegt hätte, wird niemand ihr verargen, der die Finanzmisere kennt, unter der diese Flüchtlingsgruppen damals litten. Seit seiner phantastischen Befreiung aus dem Spandauer Zuchthaus war GOTTFRIED KINKEL in den Augen seiner Landsleute jenseits des großen Teiches diejenige Persönlichkeit, in der sich die von den reaktionären Mächten niedergeschlagene deutsche Demokratie am sichtbarsten verkörperte. Schon im Sommer 1851 erhielt er aus New Orleans 160 Pfd. Sterl. mit der Bestimmung übersandt: er möge sich wegen der Verwendung mit WILLICH, AMAND GOEGG, TECHOW, SIGEL und auch mit FRIEDRICH ENGELS beraten. MARX schrieb am 25. August über dies Geld dem Freunde: „Unsere Partei braucht es notwendig. Sie ist die einzige aktive, die einzige direkt mit Bundestag und Gott und Teufel im Kampf stehende, und es fehlt uns alles Geld für Agitation. Andererseits muß Geld geschaffen werden für unsere Eingekerkerten, die zum großen Teil durchaus ohne Mittel sind." Damit meinte MARX natürlich die zu Festungshaft verurteilten Opfer des Kommunistenprozesses, für die zu sorgen um jene Zeit in Deutschland selbst niemand so eifrig bemüht war, wie LASSALLE. Nun ist bekannt, daß Ende 1851 bis 1852 KINKEL, vom Nimbus seines romantischen Schicksals umstrahlt, und nachher AUGUST LADENDORFF in den Vereinigten Staaten von Ort zu Ort zogen und dort in den deutschen Kolonien erfolgreich den Klingelbeutel rührten. Doch war der Revolutionsfonds, richtiger die Revolutionsanleihe, die so zustande kam, nicht für die Versorgung notleidender Flüchtlinge, sondern für die erste Finanzierung der künftigen deutschen Revolution bestimmt, an deren Nähe man damals vielleicht noch glauben konnte. Es wäre nicht ohne Reiz, einmal die Geschichte dieses Revolutionsfonds zu schreiben, der hernach im jungen deutschen Reichtag so manchesmal gegen die Sozialdemokratie ins Treffen geführt wurde [1]). Hier genügt es, darauf hinzuweisen, daß am Ende, weil in Deutschland eine wirkliche bürgerliche Demokratie zu bestehen aufgehört hatte, dieser von bürgerlichen Demokraten gesammelte Fonds doch noch für die sozialdemokratische Partei (MARXscher Observanz) Verwendung gefunden hat.

Die Kommunisten.

Der Chef dieser Partei ist Karl Marx; die Unterchefs sind: Engels in Manchester, wo es Tausende von deutschen Arbeitern gibt; Freiligrath [2])

Vgl. dort die Abschnitte: Die Spaltung des Kommunistenbundes und Der Kölner Kommunistenprozeß.

1) Vgl. die Erklärungen von LADENDORFF und AMAND GOEGG im LIEBKNECHTschen Demokratischen Wochenblatt vom 1. Sept. 1869. Neu abgedruckt im Leipziger Hochverratsprozeß S. 821 f. Im Verlauf dieses Prozesses machte BEBEL ausführliche Mitteilungen über die Subventionen, die bis zu jener Zeit aus diesem Fonds an sozialdemokratische und radikal demokratische Blätter gezahlt worden waren. Vgl. ebenda S. 201, 204.

2) Vgl. MEHRING, Freiligrath und Marx in ihrem Briefwechsel (Ergänzungshefte z. Neuen Zeit, XII. 1912).

und Wolff[1]) (Lupus genannt) in London; Heine in Paris, Weydemeyer[2]) und Cluß[3]) in Amerika; Bürgers[4]) und Daniels[5]) waren es in Köln; Weerth[6]) war es in Hamburg. Alle, außer diesen, sind nur einfache Mitglieder. Der schaffende und handelnde Geist, die eigentliche Seele der Partei ist aber Marx; darum will ich Sie auch mit seiner Persönlichkeit näher bekanntmachen.

Marx ist von mittlerer Statur, 34 Jahre alt; trotz seines besten Alters werden seine Haare schon grau; seine Gestalt ist kräftig; seine Gesichtszüge mahnen sehr an Szemere[7]), nur ist sein Teint mehr braun, sein Haar und Bart ganz schwarz; letzteren rasiert er gar nicht; sein großes, durchdringend feurig schwarzes Auge hat etwas dämonisch Unheimliches; man sieht ihm übrigens auf den ersten Blick den Mann von Genie und Energie an; seine Geistesüberlegenheit übt eine unwiderstehliche Gewalt auf seine Umgebung aus. Im Privatleben ist er ein höchst unordentlicher, zynischer Mensch, ein schlechter Wirt; er führt ein wahres Zigeunerleben (il mène une vie à la bohémien de l'intelligence). Waschen, Kämmen, Wäschewechseln gehört bei ihm zu den Seltenheiten; er berauscht sich gern. Oft faulenzt er tagelang, hat er aber viel Arbeit, dann arbeitet er Tag und Nacht mit unermüdlicher Ausdauer fort; eine bestimmte Zeit zum Schlafen und Wachen gibt es bei ihm nicht; sehr oft bleibt er ganze Nächte auf, dann legt er sich

1) Über Wilhelm Wolff (1809—1864) vgl. seine Biographie von Friedrich Engels, jetzt neu abgedruckt von Mehring in Gesammelte Schriften von Wilhelm Wolff (Sozialist. Neudrucke III). Berlin 1909.

2) Über den ehemaligen Artillerieleutnant Joseph Weydemeyer († 1866), den engen Gesinnungsgenossen von Marx, der 1851 nach Amerika übersiedelte und Deputy-Surveyor im Staate Iowa wurde, vgl. Mehring, Aus d. liter. Nachlaß von Marx, Engels etc. II, 333, 364 ff., und Neue Beiträge zur Biographie von Karl Marx und Friedrich Engels, i. Neue Zeit. XXV/2, S. 15 f.

3) Cluss war von 1852/54 Marx' wichtigster Korrespondent in Amerika. Er wirkte von Washington aus als Journalist.

4) Heinrich Bürgers, der bekannte rheinische Politiker, gehörte der Kölner Zentralbehörde des Kommunistenbundes an; er wurde am 12. Nov. 1852 von den Geschworenen zu sechs Jahren Festung verurteilt.

5) Dr. Roland Daniels, Arzt in Köln, Freund von Marx, ebenfalls im Kommunistenprozeß angeklagt, wurde von den Geschworenen freigesprochen. Er starb 1855. Daß sein Nachlaß, wie ich feststellen konnte, vernichtet wurde, ist sehr zu bedauern.

6) Der rheinische Dichter Georg Weerth, in der Revolution Mitredakteur an der Neuen Rheinischen Zeitung, später Geschäftsreisender, naher Freund von Marx und Engels. Als er 1856 starb, fühlte Marx sich „furchtbar affiziert". (An Engels 22. IX. 56.)

7) Bartholomeus von Szemere (1812—69), in der ungarischen Revolution einer der hervorragendsten Mitarbeiter Kossuths, später im Exil dessen Gegner. Seine Gesammelten Schriften, darin auch die „Erinnerungen" und die „Gedanken eines Emigranten", erschienen nach seinem Tode in Budapest.

wieder mittags, ganz angekleidet, aufs Kanapee und schläft bis abends, unbekümmert um die ganze Welt, die bei ihm frei aus- und eingeht.

Seine Gattin ist die Schwester des preußischen Ministers von Westphalen, eine gebildete und angenehme Frau, die aus Liebe zu ihrem Mann sich an dieses Zigeunerleben gewöhnt hat und sich in diesem Elende nun ganz heimisch fühlt; sie hat zwei Mädchen und einen Knaben; alle drei Kinder sind recht hübsch und haben die intelligenten Augen ihres Vaters. — Als Gatte und Familienvater ist Marx, trotz seines sonst unruhigen und wilden Charakters, der zarteste und zahmste Mensch. Marx wohnt in einem der schlechtesten, folglich auch billigsten Quartiere von London. Er bewohnt zwei Zimmer; das eine mit der Aussicht auf die Straße ist der Salon, rückwärts das Schlafzimmer; in der ganzen Wohnung ist nicht ein reines und gutes Stück Möbel zu finden: alles ist zerbrochen, zerfetzt und zerlumpt; überall klebt fingerdicker Staub, überall die größte Unordnung; in der Mitte des Salons steht ein altväterlicher großer Tisch, mit Wachsleinwand behangen; auf diesem liegen seine Manuskripte, Bücher, Zeitungen, dann die Spielereien der Kinder; das Fetzenwerk des Nähzeugs der Frau, daneben einige Teetassen mit abgebrochenen Rändern, schmutzige Löffel, Messer, Gabeln, Leuchter, Tintenfaß, Trinkgläser, holländische Tonpfeifen, Tabakasche, mit einem Wort alles Graffelwerk darunter- und darübergehäuft, und alles dies auf dem einzigen Tisch; eine Trödlerbude müßte vor diesem merkwürdigen Ensemble beschämt zurückweichen. Wenn man bei Marx eintritt, werden die Augen vor dem Steinkohlen- und Tabaksqualm derart umflort, daß man im ersten Augenblick wie in einer Höhle herumtappt, bis sich der Blick mit diesen Dünsten allmählich befreundet und man wie im Nebel einige Gegenstände ausnimmt[1]*. Alles ist schmutzig, alles voll Staub; mit dem Niedersitzen ist es eine wahrhaft gefährliche Sache. Da steht ein Stuhl nur auf drei Füßen, dort spielen die Kinder und machen ihre Küche auf einem andern Stuhl, der zufällig noch ganz ist; richtig den trägt man dem Besucher an, aber die Kinderküche wird nicht weggeputzt: setzen Sie sich, so riskieren Sie ein Paar Beinkleider. Alles dies aber bringt Marx und seine Gattin durchaus in keine Verlegenheit; man empfängt auf das freundlichste, man trägt Pfeife, Tabak und was eben da ist mit Herzlichkeit an; eine geistreiche, angenehme Konversation ersetzt endlich teilweise die häuslichen Mängel, macht das Ungemach erst erträglich; dann söhnt man sich mit der Gesellschaft sogar aus, findet diesen Zirkel interessant, sogar originell. Das ist das getreue Bild von dem Familienleben des Kommunistenchefs Marx. Nun wollen wir ihn als Politiker und Chef einer Konspiration besprechen.*

Als Haupt und Leiter einer Verschwörung ist Marx nach Mazzini unstreitbar der fähigste und geeignetste Mensch, als Intrigant aber ist er wenigstens ein ebenbürtiger Rivale des kleinen Römers. Marx ist außerordentlich schlau, verschlagen und verschlossen; er ist nur schwer zugänglich; andrerseits wieder dem, [dem] er einmal sein Vertrauen geschenkt, für den steht er auch überall ein, den verteidigt er auf Leben und Tod; er will

1) Dies Wort ist nicht ganz deutlich zu lesen.

es nicht zugeben, daß er sich in einem Menschen, den er geprüft hat, täuschen könne. Auf seine Autorität als Parteichef ist Marx eifersüchtig, gegen seine politischen Rivalen und Gegner ist er rachgierig und unerbittlich; er ruht nicht, bis er sie zugrunde gerichtet hat; seine vorherrschende Eigenschaft ist eine grenzenlose Ambition und Herrschsucht. Trotz der kommunistischen Gleichheit, die er im Schilde führt, ist er der absolute Beherrscher seiner Partei; es ist wahr, er macht alles selber, aber er kommandiert auch nur selber und da duldet er keinen Widerspruch. Dies alles bezieht sich aber nur auf die geheime Wirksamkeit und auf seine geheimen Sektionen; in den öffentlichen Parteiversammlungen dahingegen ist [er] unter allen der Liberalste und Populärste.

Seine größte, ja fast ausschließliche Aufgabe war bis jetzt, seine deutschen Rivalen zu stürzen, ihre Partei zu zersprengen. Ihm war und ist ja jedes Mittel gut; bald intrigiert er im geheimen, bald macht er die andern Parteiführer lächerlich und verächtlich, indem er ihre Fehler und Schwächen öffentlich recht ironisch bespricht, bald wieder hetzt er die Mitglieder einer und derselben Fraktion gegeneinander und zersplittert sie auf diese Weise untereinander selbst, dann sucht er wieder Leute aus seiner geheimen Gesellschaft in die vertraulichen Kreise seiner Gegner einzuschmuggeln; diese müssen ihm alle Pläne der Gegner mitteilen, die er erst auf geheimen Wegen durchkreust, dann aber, nachdem sie mißlungen, noch öffentlich mit der Geißel seiner furchtbaren Satire zusammenpeitscht.

Die gefährlichste Partei war für ihn die deutsche Revolutionsanlehnspartei, denn sie dachte daran, sich Geld zu verschaffen; die Idee war ziemlich populär, und Marx weiß, daß mit Geld sich alles machen, folglich auch ein großer Anhang gewinnen läßt. Darum war auch sein Haß, seine ganzen Verfolgungen gegen diese Partei gerichtet; der Zufall wollte, daß er in der Person Kinkels einen sehr eingebildeten, eitlen Narren und schwachen Gegner fand; und das Resultat zeigt es nun, auf welche Weise Kinkel samt seiner Partei zugrunde gerichtet, ihren eigentlichen Stützpunkt und Lebensnerv, nämlich die Anleihe, anulliert hat.

Die Partei Ruges und der Revolutionsbund in Amerika schien ihm nie gefährlich, darum behandelte er sie auch stets mit Verachtung. Eines ernsten Kampfes hält er sie nicht wert und macht sie höchstens hier und da derart lächerlich, daß die meisten Anhänger sich mit Beschämung von dem Bunde lossagen. Marx hat mit diesen Manövern einen doppelten Zweck im Auge: 1. rächt er sich an seinen Rivalen und stürzt sie, 2. während er ihre Parteien auflöst, zerstreut, zieht er von denselben alle brauchbaren Elemente an sich und stärkt dadurch seine Partei. Mit einem Wort, der eigentliche geheime Zweck seiner Bestrebungen geht stets dahin, daß er ohne Rivalität, ganz allein als einziger deutscher Revolutionschef von Bedeutung, dasteht. Dieses hat er nun so ziemlich erreicht, denn eine eigentliche kompakte und gut organisierte Partei gibt es in Deutschland außer der Marxistischen kommunistischen nicht.

Die sogenannten Parlamentarier, die einfachen Republikaner, die dok-

trinären oder Wasserdemokraten, die Sozialisten, Abolitionisten, die Revolutions- und Totenbündler sind nur noch zerstreute Schafe, die hie und da kleine Koterien bilden, aber ohne Zusammenhang und ohne eigentliche systematische Organisation stehen. Da gibt es vielleicht mehrere hundert kleiner Chefs, deren jeder mit drei, fünf, sieben Individuen auf eigene Faust wühlt, weil die Konspirationswut eben Mode ist; diese suchen freilich nach allen Seiten Verbindungen zu unterhalten und sind im eigentlichen Sinn des Wortes die Guerillabanden der Revolution; im Grunde genommen sind sie in Wirklichkeit nichts anderes als die Satelliten Kossuths oder Mazzinis. Eigene Unabhängigkeit haben sie nicht und scheinen solche auch nicht zu wollen. Gefährlich sind diese Fraktionen aber insofern, weil ihre Zahl gar zu groß ist und sie sich über den ganzen Kontinent erstreckt, weil sie das Volk agitieren und weil sie bei der ersten günstigen Gelegenheit doch nur wieder die Reihen der Revolutionäre verstärken.

Über die geheime Organisation, über das zentrale Komitee, über die auswärtigen Sektionen und Verbindungen der Kommunistenpartei bedarf es keiner weitläufigen Abhandlung. Der Kölner Kommunistenprozeß[1] *hat den Schleier gelüftet; die dabei vorgekommenen Anklagen wurden zwar von den Angeklagten allgemein geleugnet, aber sie sind buchstäblich wahr; jeder also, der die Verhandlungen mit Aufmerksamkeit las, wird es einsehen, wie weit diese verderblichen Lehren verbreitet und wie sehr die böse Saat bereits Wurzel gefaßt hat. Keiner wird es leugnen, daß der Kommunismus nach der Marxschen Theorie für den Bestand der Staaten und der bürgerlichen Gesellschaft von der höchsten Gefahr ist, denn er trägt im Keime den Kampf auf Leben und Tod des besitzlosen Proletariats gegen die besitzenden Kreise, mit einem Wort, es ist dies die Lehre des Raubrechts, des Faustrechts, nur ist sie mit der raffiniertesten Feinheit, mit dem Mantel des Humanismus und des gleichen Rechtes aller auf Besitz und Verdienst umhüllt. Und trotz dieser augenscheinlichen Gefahr wußte das Kölner Schwurgericht, welches doch aus lauter angesehenen Männern bestand, die durch den Kommunismus alles zu verlieren haben, über diese Lehre kaum das Schuldig auszusprechen, so sehr waren die Juryrichter durch die öffentlichen Meinungen der Massen in ihrem freien Urteile beherrscht; — ein solches Hesitieren*[2] *war von den Massen nur zugunsten der Angeklagten gedeutet. Es gehörte viel dazu, um nur wenigstens den Triumph des Kommunismus zu verhindern: Aber trotz dieser Maßregeln mußte der ursprüngliche Hochverratsprozeß zu einem einfachen Tendenzprozeß herabsinken, und selbst da noch stimmten die Juryrichter derart, daß erst das Tribunal eine Entscheidung bringen mußte.*

Während dieses Prozesses gab übrigens Marx unwiderlegbarste Beweise seiner Genialität, denn er leitete die ganze Verteidigung; er gab den Angeklagten und ihren Verteidigern alle Mittel und Instruktionen an die Hand; er war es ganz allein, der durch seinen Rat den Hochverratsprozeß erst zu einem Tendenzprozeß drehte.

---

1) Für den Kölner Kommunistenprozeß von 1852 vgl. MEHRING, Marx a. a. O. S. 222 ff. 2) hésiter = zögern.

Von den Verhafteten hatte eigentlich nur Bürgers als Vertreter von Marx und als Mann von großen Fähigkeiten für die Partei eine Wichtigkeit; Becker[1] *aber hatte zwar viel Popularität, jedoch in der Partei selbst spielte er eine sekundäre Rolle und war von den Kommunisten stets mit Mißtrauen betrachtet, weil er mit allen Parteien kokettierte und große Lust zeigte, auf eigene Faust als Parteichef aufzutreten.*

Die Kommunistenpartei hatte ihren Zentralsitz in London. Der geheime leitende Ausschuß besteht aus drei Personen, nämlich Marx, Engels, Freiligrath, diese drei haben die Leitung aller Parteigeschäfte und der Zentralsektion berichten sie dann bloß über jene Angelegenheiten, über welche es sie für gut finden. Aus wieviel Mitgliedern diese Zentralsektion besteht, ist aber schwer zu ermitteln, denn beinahe in jeder geheimen Wochenversammlung sieht man unbekannte Gesichter; doch soviel kann mit Gewißheit gesagt werden, daß in der Londoner geheimen Zentralsektion nebst den Deutschen auch die Franzosen, Italiener und Engländer vertreten sind. In den geheimen Sitzungen sieht man beinahe immer folgende bekannte Personen: Marx als Präsident, Wolff-Lupus als Vizepräsident, Freiligrath, Wolff[2] *der Rote, Liebknecht*[3]*, Pieper*[4]*, Dronke*[5]*, Imandt*[6]*, Schily*[7]*, in letzterer Zeit Weerth von Hamburg und Bauer*[8] *von Altona; Engels, wenn er zufällig in London ist; von den Franzosen Crépu*[9]*, Schölcher*[10]*; von den Italienern Cesarini*[11] *und noch einige*

1) HERMANN BECKER, Mitglied der Zentralbehörde des Kommunistenbundes, im Kommunistenprozeß zu 5 Jahren Festung verurteilt, später Oberbürgermeister von Köln und Mitglied des preußischen Herrenhauses.

2) FERDINAND WOLFF, zur Unterscheidung von WILHELM WOLFF (LUPUS) „der Rote" benamst, war 1848 Redakteur an der „Neuen Rheinischen Zeitung" und lebte nachher als Flüchtling in Paris und London.

3) WILHELM LIEBKNECHT.

4) Der Philologe PIEPER, auch TUPMAN genannt, in London mit MARX befreundet und Hausfreund der Familie.

5) ERNST DRONKE, der Verfasser des bekannten Buchs über das vormärzliche Berlin, Redakteur der „Neuen Rheinischen Zeitung" von 1848/49, Freund von MARX und ENGELS.

6) Der Lehrer IMANDT aus Krefeld, im Exil Sprachlehrer, war während der rheinischen Revolution, in der er mit SCHILY das Zeughaus in Prüm erstürmte, und nachher in London ein treuer Anhänger von MARX.

7) SCHILY, ein Advokat aus Trier, später Advokat in Paris, hatte an der rheinischen Revolution und am badischen Aufstand teilgenommen und stand dauernd in freundschaftlichen Beziehungen zu MARX.

8) Gemeint ist wohl der früher in Paris wohnhaft gewesene und später nach London übersiedelte Schneidergesell BAUER. Vgl. WERMUTH-STIEBER II, 23.

9) Gemeint ist doch wohl ALEXANDRE-MARIE CRÉPU (1796—1862) der französische liberale, später demokratische Parlamentarier, 1848/49 Mitglied der konstituierenden Nationalversammlung. Nach dem Staatsstreich LOUIS

mir unbekannte Personen. Nur der zentrale Ausschuß hat das Recht, neue Mitglieder aufzunehmen oder auswärtige Mitglieder in die Versammlung einzuführen. Die Namen der auswärtigen Mitglieder werden oft vor der Versammlung geheimgehalten, es kommt sogar vor, daß man auswärtige Mitglieder ganz vermummt eintreten sieht, in welchem Falle bloß der Leitende erklärt, daß der maskierte Bürger aus Rücksichten, die der Ausschuß billigt, unbekannt zu bleiben wünscht. In den geheimen Sitzungen, die jeden Mittwoch, abends 9 Uhr stattfinden, werden keine Protokolle geführt, bloß der Vizepräsident schreibt für den leitenden Ausschuß die Namen der Anwesenden zusammen. Wichtige Pläne werden der Versammlung nicht mitgeteilt, bloß die Resultate sagt der Präsident seinerzeit. Marx macht fast alles, was wichtig ist, entweder ganz allein auf eigene Faust ab, oder er teilt es höchstens Engels und Freiligrath mit. In Manchester ist auch eine geheime Sektion, deren Präsident Engels ist. Die jetzigen Pläne und Bestrebungen der Kommunisten sind hauptsächlich dahin gerichtet, ihre Lehre überall zu verbreiten und möglichst viel geheime Sektionen zu organisieren. Die deutschen, französischen und italienischen Kommunisten arbeiten zusammen und stehen mit den englischen Chartisten in der engsten Verbindung. Die Initiative einer Revolution wollen sie nicht ergreifen; ihre Instruktionen nach auswärts lauten stets in diesem Sinn; an einer Bewegung wollen sich die Kommunisten nur dann beteiligen, wenn dieselbe in Frankreich ausbricht, und auch in diesem Falle erst dann auftreten, wenn das Volk die bestehende Macht bereits gestürzt hat. Bis dahin predigen sie stets Ruhe und Geduld. Im Falle eines Volkssieges wollen sie den Augenblick der allgemeinen Aufregung, wo die Revolution noch planlos ist, benutzen, um sich in diesem Wirrwar der Leitung zu bemächtigen und in die Weiterführung derselben ihr System hineinzubringen. Mit einem Wort, sie wollen die siegreiche Revolution überraschen, denn sie sagen: das siegreiche Volk wird lieber denen folgen, die weiter vorgehen und größere Vorteile bieten, als jenen, die Ruhe und Mäßigung predigen werden; sie meinen, daß das Proletariat, der Erlebnisse vom Jahre 1848 eingedenk, sich durch die gemäßigten Revolutionäre nicht wieder um die errungenen Vorteile wird bringen lassen.

Die Partei wird mit der Guillotine anfangen und mit einer tabula rasa enden. Sie ist für den Staat wie für die Familie und gesellschaftliche Ordnung so außergewöhnlich gefährlich, daß alle Regierungen und jeder einzelne Bürger sich gegen diesen unsichtbaren lauernden Feind verbinden sollen

---

BONEPARTES zog er sich aus dem öffentlichen Leben zurück. Vgl. auch A. VERMOREL, Les hommes de 1848. Paris 1869. S. 49.

10) VICTOR SCHÖLCHER (1804—1893), radikaler französischer Republikaner, der schon unter der Restauration und unter dem Bürgerkönigtum sich an Geheimbünden beteiligt hatte und seit dem Staatsstreich LOUIS BONAPARTES in England im Exil lebte.

11) LORENZO CESARINI, seit 1861 Senator, Vater des Obersten „patriotta soldato e politico" SFORZA CESARINI DUCA DI SEGNI (1841—1899). Vgl. Dizionario biografico universale. II. 1791.

und schon aus Selbsterhaltungstrieb nicht eher ruhen dürfen, bis sie diesen Krebsschaden mit Feuer und Schwert bis in die letzte Faser ausgerottet haben.

II. Autobiographisches.

Aus „Herr Vogt" kennt man den Verleumdungsprozeß, den MARX 1860 gegen den Redakteur der National-Zeitung Dr. FRIEDRICH ZABEL anstrengte, ohne daß es ihm dabei gelang, sich sein Recht zu erkämpfen. Nun fand ich kürzlich im Nachlaß LASSALLES, mit dessen Herausgabe ich begonnen habe[1]), die Handakten von MARXens damaligem Berliner Anwalt, des Justizrats WEBER. Es ist das ein Fund, auf den in einem der folgenden Hefte des Archivs eingehender zurückzukommen sein wird. Denn bei diesen Akten fanden sich außer den Originalen einer Reihe von zum Teil im Herrn Vogt gedruckten, zum Teil noch ungedruckten Briefen an MARX aus den Federn LELEWELS, FLOCONS, ERNEST JONES', DAVID URQUHARTS, CYPLES, JOTTRANDS, eine Anzahl von Briefen und weitschichtigen Aufzeichnungen, die MARX selbst an seinen Anwalt schickte und denen für das Stoffgebiet, das kurz danach die Kampfschrift gegen Vogt bearbeitete, eine erhebliche Bedeutung zukommt. Hier wird aus einer „Nachträglichen Information", die MARX seinem Brief an WEBER vom 3. März 18.. hinzufügte, bloß dasjenige vorwegnommen, was der Klient dem Anwalt über seine eigene Persönlichkeit mitzuteilen für notwendig erachtete. Nicht nur, wie MARX hier seine öffentliche Wirksamkeit von 1842 bis 1860 darstellt, ist bedeutsam, sondern wir erfahren auch mancherlei bisher unbekannte Einzelheiten aus seiner Biographie.

Da ich selbst der Sohn eines Advokaten (des verstorbenen Justizrats Heinrich Marx zu Trier, der lange bâtonnier des dortigen barreaus und ebenso durch die Reinheit seines Charakters wie seine juristischen Talente ausgezeichnet war), so weiß ich, wie wichtig es für einen gewissenhaften Rechtsanwalt ist, über den Charakter seines Klienten ganz klar zu sein....

1842 (damals 24 Jahre alt) ward ich Hauptredakteur der alten „Rheinischen Zeitung", die, erst unter einfache, dann unter doppelte Zensur gestellt, schließlich gewaltsam (Frühling 1843) von der preußischen Regierung unterdrückt ward. Einer der Männer, mit denen ich damals zusammen arbeitete, war Herr Camphausen, nach der Märzrevolution Ministerpräsident in Preußen. Die alte „Rheinische Zeitung" hat unbedingt die Macht der Zensur in Preußen gebrochen[2]) *(ich bemerke kon-*

1) FERDINAND LASSALLE, Nachgelassene Briefe und Schriften. Band I. Briefe von und an Lassalle bis 1848. Stuttgart und Berlin, Deutsche Verlagsanstalt und Julius Springer 1921.

2) Alle Unterstreichungen rühren von MARX her. Zu den Kämpfen der Rheinischen Zeitung mit der Zensur vgl. jetzt das reiche Aktenmaterial in der bedeutsamen Publikation JOSEPH HANSENS: Rheinische Briefe und Akten zur Geschichte der politischen Bewegung. 1830—50. Bd. I 1830—45. Essen 1919. Vgl. auch GUSTAV MAYER, Die Anfänge des politischen Radikalismus in Preußen. Zeitschr. f. Politik VI.

fidentiell, natürlich nicht zu öffentlichem Gebrauch: Nach der Unterdrückung der „Rheinischen Zeitung" ließ mir die preußische Regierung Offerten machen durch den Geheimen Revisionsrat Esser, einen Freund meines Vaters. Esser befand sich nämlich mit mir im Bad zu Kreuznach, wo ich meine jetzige Frau heiratete[1]*). Nach dieser Mitteilung verließ ich Preußen und ging nach Paris).*

Zu Paris gab ich die Deutsch-Französischen Jahrbücher heraus zusammen mit Friedrich Engels, Georg Herwegh, Heinrich Heine und Arnold Ruge. (Mit Herwegh und Ruge brach ich später.) Ende 1844 wurde ich auf Antreiben der preußischen Gesandtschaft in Paris (durch Guizot) ausgewiesen[2]*) und ging von da nach Brüssel. Welche Stellung ich unter den französischen Radikalen während meines Pariser Aufenthalts einnahm, ergibt sich am besten aus Anlage h aus dem Schreiben Flocons vom 1. März 1848, worin er mich im Namen der provisorischen Regierung nach Frankreich zurückrief und den Ausweisungsbefehl Guizots anullierte*[3]*).*

[Konfidentiell: Im Sommer 1844 erhielt ich in Paris nach dem Bankerott des Buchhändlers (Julius Fröbel) der Deutsch-Französischen Jahrbücher einen Brief (nebst 1000 Th.) von Dr. Claessen im Namen Camphausens und der übrigen Aktionäre der Rheinischen Zeitung, einen Brief, worin meine Verdienste hyperbolisch koloriert waren und den ich schon deswegen nicht beilege[4]*).]*

In Brüssel lebte ich von Anfang 1845 bis Anfang März 1848, als ich wieder ausgewiesen ward und auf Flocons Brief hin nach Frankreich zurückkehrte. In Brüssel schrieb ich, außer Gratisbeiträgen zu verschiedenen radikalen Pariser und Brüsseler Zeitungen, „Kritik der kritischen Kritik"[5]*), zusammen mit Friedrich Engels. (Eine Schrift über Philosophie) (herausgegeben 1845 Frankfurt a. M. bei Rütten), „Misère de la Philosophie (ökonomische Schrift, 1847 herausgegeben bei Vogler in Brüssel und Franck in Paris), Discours sur le libre échange (Bruxelles 1847); ein zweibändiges Werk über neueste deutsche Philosophie und Sozialismus, erschien nicht, siehe meine Vorrede: „Zur Kritik der politischen Ökonomie" (Duncker, Berlin 1859) und viele Flugschriften. Während meines ganzen Aufenthaltes in Brüssel hielt ich Gratisvorlesungen über „Politische Ökonomie" im Deutschen Brüssler Arbeiterbildungsverein. Die Druckschrift, worin ich sie gesammelt hatte, wurde unterbrochen im Druck durch die Februarrevolution. Meine Stellung unter den Radikalen*

1) Am 19. Juni 1843 heiratete MARX JENNY VON WESTPHALEN.

2) Vgl. in diesem Archiv III: GUSTAV MAYER, Der Untergang der „Deutsch-Französischen Jahrbücher" und des Pariser „Vorwärts".

3) Abgedruckt bei MARX, Herr Vogt. London 1860. S. 187.

4) Nach JOSEPH HANSEN, Mevissen, Bd. I S. 348, schickten GEORG JUNG, Dr. CLAESSEN und MEVISSEN im März 1844 je 1000 Taler an MARX und an BRUNO BAUER. Vgl. auch MEHRING im Liter. Nachlaß von MARX usw. II, 14.

5) Bekannter unter dem Titel: Die Heilige Familie.

(sehr verschiedener Farben) in Brüssel ist dadurch bezeichnet, daß für die öffentliche société internationale ich Komiteemitglied für die Deutschen war, Lelewel (jetzt 80jähriger Greis, der Veteran der polnischen Revolution von 1830—31 und gelehrter Geschichtsforscher) für die Polen, Imbert (später Gouverneur der Pariser Tuileries) für die Franzosen und Jottrand, Brüsseler Advokat, ehemaliges Mitglied der Konstituierenden Versammlung und Chef der belgischen Radikalen, für die Belgier, präsidierte zugleich. Aus den beiden Briefen Jottrands (jetzt ein alter Herr) an mich (Anlage k1 und k2)[1]*, ebenso aus dem Brief Lelewels*[2] *(Anlage 1) ersehen Sie mein Verhältnis zu diesen Herren während meines Brüsseler Aufenthalts. Jottrands Brief*[3] *(Anlage k2) ist geschrieben nach einem Zwist, den ich mit ihm hatte auf einem öffentlichen Meeting, 22. Februar 1848, worauf ich meine Demission aus der société internationale ihm eingereicht hatte. Den zweiten Brief schrieb er mir, als ich in Köln die „Neue Rheinische Zeitung" stiftete.*

In Paris hielt ich mich wieder auf März bis Ende Mai 1848.

[Konfidentiell: Flocon bot mir und Engels für die Stiftung der „Neuen Rheinischen Zeitung" Geld an. Wir schlugen es ab, weil wir als Deutsche selbst nicht von einer befreundeten französischen Regierung Subsidien annehmen wollten.]

Mai 1848 bis Ende Mai 1849 gab ich die „Neue Rheinische Zeitung" zu Köln heraus. Aus Anlage 1[4] *ersehen Sie, daß ich als einer der drei Vorsteher der „Rheinisch-westfälischen Demokratie erwählt war.*

[Konfidentiell: bei meiner Ankunft in Köln wurde ich von einem Freund Camphausens aufgefordert, zu ihm nach Berlin zu gehen. Berücksichtigte die Insinuation nicht.]

Zu Paris von Juni 1849 bis August 1849. Ausgewiesen unter Bonapartes Präsidentschaft.

Ende 1849 bis jetzt, 1860, in London. Herausgegeben 1850 zu Hamburg „Revue der Neuen Rheinischen Zeitung", „Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte" (zu New York 1852), „Diplomatic Revelations of the 18th Century" (London 1856), „Kritik der politischen Ökonomie", 1. Heft, Duncker, Berlin, 1859 usw. Mitarbeiter der New York Tribune[5] *seit 1851 bis jetzt. Solange ich Mitglied des Deutschen Arbeitervereins (Ende 1849 bis September 1850), hielt ich*

1) Der eine Brief ist fragmentarisch abgedruckt in Herr Vogt, S. 187. Aber dort steht irrig das Datum 13. statt 19. Mai.

2) Abgedruckt Herr Vogt S. 188.

3) Vom 25. Februar 1848. JOTTRAND bat MARX, seine Demission rückgängig zu machen.

4) Am Rand des Blattes steht mit rotem Bleistift, wohl von WEBERS Hand geschrieben, das Wort: „fehlt".

5) Vgl. N. RJASANOFF, Karl Marx und die New York Tribune, in Gesammelte Schriften von Karl Marx und Friedrich Engels 1852—1862. I. Stuttgart 1917.

gratis Vorlesungen. Aus Anlage o[1]) *(sie ist konfidentiell) ersehen Sie, wie ich mit David Urquhart zusammenkam. Ich arbeitete seitdem bis jetzt mit an seiner Free Press. Ich gehe mit ihm in seiner auswärtigen Politik (Gegensatz gegen Rußland und Bonapartismus), nicht in der innern, wo ich mit der Chartistenpartei (die ihm feindlich) gehe. Für die Journale der letztern (namentlich das „Peoples Paper") habe ich während sechs Jahren gratis gearbeitet. Siehe Anlage m*[2]).

Meine 1853 in New York Tribune gegen Palmerston geschriebenen Artikel sind wiederholt in England und Schottland in Pamphletform zu 15—20000 Exemplaren abgedruckt worden.

Aus Anlage n[3]), *die von dem Sekretär eines der Urquhartschen Clubs, die sich nur mit Diplomatie beschäftigen, 1856 im Auftrag des Sheffield Clubs an mich gerichtet wurde, ersehen Sie, wie ich mit den Urquhartiten trotz der Differenz über innere Politik stehe.*

Brief in Anlage m[4]) *rührt her von Ernest Jones, Advokat (barrister at law) zu London, anerkannter Chef der Chartistenpartei, auch als Dichter anerkannt.*

Die Übersetzungen von Anlagen o, n, m befinden sich in Anlage p.

Über den von gewissen deutschen Seiten in London gegen mich verbreiteten Klatsch ist charakteristisch der Anlage g „Ritter vom edelmütigen Bewußtsein"[5]) *abgedruckte Brief (S. 14) meines Freundes Steffen (früher preußischer Leutnant und Lehrer an der Divisionsschule, jetzt in Boston).*

Ich habe nie das deutsche Publikum mit einem Wort, ungeachtet zehn Jahre fortgesetzter Angriffe, meiner Biographie belästigt. Meinem Rechtsanwalt gegenüber hielt ich es in einem Falle, wie dem gegenwärtigen, für unerläßlich.

Mit Bezug auf den italienischen Krieg muß ich noch bemerken, daß meine Ansicht darüber ganz zusammenfällt mit der, die mein Freund Fr. Engels in dem bekannten, 1859 bei F. Duncker, Berlin, erschienenen Pamphlet ausspricht: „Po und Rhein". Das Manuskript desselben ward mir vor seiner Versendung nach Berlin von Engels zugeschickt. Wir sind für ein freies und selbständiges Italien, wie wir uns 1848 in der „Neuen Rheinischen Zeitung" von allen deutschen Blättern am entschiedensten dafür aussprachen, ganz wie für Ungarn und Polen. Aber wir wollen nicht, daß Bonaparte (im geheimen Einverständnis mit Rußland) italienische Freiheit oder irgendeine andre Nationalitätsfrage zum Vorwand macht, um Deutschland zu ruinieren.

1) Der erste Brief URQUHARTS an MARX. Marx und Urquhart vgl. RJASANOFF ebenda S. 471 ff.

2) Brief von ERNEST JONES an MARX, abgedruckt in Herr Vogt, S. 188.

3) Der Brief von WM. CYPLEO, ebenda S. 185.

4) Der Brief von ERNEST JONES, ebenda S. 188.

5) Steffens Brief ist Chester 22. November 1853 datiert; er bezeugt die bodenlose Phantasterei Willichs, der vermeinte, in Köln durch Überrumpelung die kommunistische Republik ausrufen zu können.

Literaturbericht.

MICHAEL HAINISCH, Ist der Kapitalzins berechtigt? Voraussetzungen und Grenzen des Sozialismus. Leipzig u. Wien, F. Deuticke, 1919. 8°. VI u. 100 S.

Mit dem modernen Sozialismus hat der Verf. die Auffassung gemein, daß der Kapitalzins ein „rein soziales Phänomen" sei und einen Fall „arbeitslosen Einkommens" darstelle. Trotzdem unternimmt er eine Rechtfertigung des Kapitalzinses, und zwar aus volkswirtschaftlichen Erwägungen heraus, indem er eine Reihe nichtkapitalistischer Gebilde Revue passieren läßt, um zu zeigen, daß deren Leistungen hinter denen der entsprechenden kapitalistischen Unternehmungen zurückbleiben. Die Produktivgenossenschaften schneiden dabei am schlechtesten ab. Schon ihre „auffallend geringe Zahl" spräche gegen sie. Sie hätten entgegen den Hoffnungen, die MARX auf sie als Vorschule des Sozialismus setzte, die Fähigkeit der Arbeiter zu selbständiger Leitung von Betrieben in keiner Weise erwiesen. Das demokratische Prinzip in seiner Anwendung auf die Industrie hätte da Schiffbruch gelitten. Noch bedenklicher als die Disziplinlosigkeit sich selbst überlassener Arbeiter, die sich in dieser Beziehung, wie der Verf. zugibt, mit der Zeit immerhin bessern können, sei ihr sozusagen konstitutionelles Unvermögen, die in Frage kommenden kaufmännischen Aufgaben befriedigend zu lösen. Gerade insofern es sich um die Organisation des Absatzes handelt, stellt H. den Unternehmer als unersetzbar hin, ohne im übrigen dieser species des genus Mensch gegenüber in jenen Ton der Verherrlichung oder gar Anbetung zu verfallen, den man bei den Verteidigern der bestehenden Wirtschaftsordnung nicht selten zu vernehmen Gelegenheit hat. Bei weitem günstiger als die Produktivgenossenschaften beurteilt der Verf. die Konsumvereine. Doch seien, meint er, ihre Erfolge an die Voraussetzung geknüpft, daß sie relativ wenige, zumal dem Modewechsel nicht unterliegende, Artikel führen und im Fall von Eigenproduktion dem Grundsatz der Typisierung folgen. Ähnlich lägen die Dinge bei den Staatsmonopolen, der dritten und letzten Art nichtkapitalistischer Gebilde, die H. der Betrachtung unterzieht. Hier stützt er sich übrigens fast ausschließlich auf das Beispiel des Tabakmonopols in Österreich und in Ungarn, während sich seine sonstigen Darlegungen in einem weiten internationalen Rahmen bewegen. Beim Tabakmonopol erstreckt sich die staatliche Bewirtschaftung in keinem der beiden genannten Länder (und auch sonst nirgends) auf die Urproduktion. Der Bau der Tabakpflanzen geschieht vielmehr, wenn auch unter staatlicher Aufsicht, durch Private. Der Grund hierfür liegt nach den Ausführungen des Verf.s darin, „daß der Staat bisher noch nirgends mit Erfolg Landwirtschaft betrieben hat, und daß der Tabak-

bau sich schon gar nicht für den Staatsbetrieb eignet, da er ganz besondere Sorgfalt voraussetzt".

Gesicherter Absatz, uniformer Konsum, mechanisierte Produktion, so etwa könnte man im Sinne des Verf.s die Voraussetzungen des Sozialismus formulieren. Hieraus würden sich nach Ansicht von H. die Grenzen des Sozialismus ergeben: wie nämlich die Landwirtschaft mit Rücksicht auf die ihr eigentümlichen Produktionsverhältnisse, so schiede auch die Exportindustrie der für sie charakteristischen Absatzverhältnisse wegen als Objekt der Sozialisierung aus; was aber die auf den heimischen Markt angewiesenen Industrien anlangt, so würde deren Sozialisierung nur unter Verzichtleistung auf jene reiche Mannigfaltigkeit der Genußgüter und die damit verbundene „Freiheit der Bedarfswahl" möglich sein, die das Kennzeichen der kapitalistischen Produktions- und Vertriebsweise sind. „Vieles — meint H. — was heute den bemittelten Klassen das Leben verschönert, käme in Wegfall." Es wäre indessen falsch, fügt er hinzu, eine Gesellschaftsorganisation, welche eine im Vergleich zur heutigen viel einfachere und viel gleichförmigere Lebensführung bedingen würde, deshalb als kulturfeindlich zu bezeichnen. Die Frage, auf die es ankomme, sei vielmehr die: ob der in die Praxis umgesetzte Sozialismus imstande sein wird, den Ertrag der nationalen Produktion auf die erforderliche Höhe zu bringen. Es handle sich hierbei darum, ob einerseits die Arbeiter unter dem neuen Regime das gleiche wie unter dem alten leisten werden, und ob nicht andererseits, was H. für noch wichtiger hält, die Leiter der Produktion, „deren Interessen niemals so vollständig mit denen des von ihnen geleiteten Betriebs zusammenfallen, wie die Interessen des Kapitalisten mit denen seines Unternehmens", aus diesem Grunde sowie aus Scheu vor der Verantwortung gegenüber den Auftraggebern eine allzu weit gehende Zurückhaltung in bezug auf technische Neuerungen an den Tag legen werden. Sofern diese Befürchtung begründet ist, erscheint nach H. der Kapitalzins vom Standpunkt einer fortschreitenden Volkswirtschaft aus als eine Abgabe, die für den raschen, uneingeschränkten technischen Fortschritt gezahlt werden muß, während, mit Rücksicht auf das über Typisierung Gesagte, derselbe Kapitalprofit, vom Standpunkt der ruhenden Volkswirtschaft aus gesehen, einen Tribut darstellt, der für die Freiheit der Bedarfswahl zu entrichten ist.

Es leuchtet ohne weiteres ein, daß die von H. dem Sozialismus gegenüber geltend gemachten Bedenken, sofern sie schwer genug wiegen, in der Hauptsache auch auf eine Wirtschaftsverfassung mit einheitlicher Leitung, aber ungeschmälertem oder nur nach oben begrenztem Rentenbezug aus den in der Produktion angelegten Privatvermögen zutreffen würden. Über den Verdacht, die Wissellsche „Planwirtschaft" für Sozialismus zu halten, ist H. erhaben. Er hätte aber gut daran getan, den Leser nicht im unklaren darüber zu lassen, wo er den Sozialismus und wo er den wirtschaftlichen Zentralismus meint. Sollte letzterer als solcher, d. h. unabhängig davon, ob der Kapitalzins abgeschafft oder konserviert wird, der Reichhaltigkeit der Genußgüter und dem technischen Fortschritt hinderlich sein, so verlöre der Kapitalzins

den Charakter eines Lösegeldes, um welches diese beiden Vorzüge erkauft würden. Die Kongruenz zwischen den beiden Fragen nach der Berechtigung des Kapitalzinses und nach der Möglichkeit des Sozialismus ist eben keine vollständige. Zu dieser Überzeugung führt auch noch die Betrachtung einer — zum mindesten denkbaren — Wirtschaftsverfassung, in welcher der Kapitalzins nationalisiert (weggesteuert) ist, aber das Unternehmertum, somit auch (neben dem Unternehmerlohn) der Unternehmergewinn, fortbesteht und so der privaten Initiative auf dem Gebiet der Produktion ein lohnendes Betätigungsfeld offenbleibt. Der Verf. geht auf das Verhältnis zwischen Kapitalzins und Unternehmergewinn mit keinem Worte ein. Das überrascht bei ihm um so mehr, als er sonst für begriffliche Distinktionen volles Verständnis zeigt. Gehört er doch zu jenen wenigen, die neben der Wirtschafts- und Sozialpolitik die nationalökonomische Theorie pflegen und beherrschen.

Proben seines theoretischen Könnens enthält auch die vorliegende Schrift. Am eingehendsten beschäftigt sich H. hier mit den Marxschen Lehren. Er sagt manches Ausgezeichnete darüber. In einem nicht unwesentlichen Punkt aber beurteilt er Marx m. E. unrichtig. Er wirft ihm nämlich vor, den „Kostpreis", der im III. Band des „Kapital" auftritt, mit den Produktionskosten, wie sie die kapitalistischen Unternehmer und die „Vulgärökonomen" berechnen, zusammenfallen zu lassen. Hierzu ist zu bemerken: 1. daß wenn diese Identität bestünde, dies nicht gegen, sondern für Marx sprechen würde, da dieser doch nichts anderes erstrebt hat, als zu „Kostpreisen" zu gelangen, die mit den Produktionskosten der Praxis und der überlieferten Theorie übereinstimmen; und 2. daß, obzwar diese Identität in Wirklichkeit nicht besteht, weil Marx die „Kostpreise" aus den Werten in nachgewiesenermaßen verkehrter Weise ableitet, ihm nichtsdestoweniger das „in magnis voluisse" zugestanden werden muß: er hat mit Recht die herrschende Produktionskostentheorie für unbefriedigend gehalten und an deren Stelle eine besser fundierte theoretische Konstruktion zu setzen gesucht. Indessen gerade die Rechtmäßigkeit dieses Strebens bestreitet H. Die herkömmliche Produktionskostentheorie, meint er, sei nicht reformbedürftig, weil der Einwand, daß sie sich im Kreise bewege, unbegründet sei. Grundeigentümer, Kapitalisten und Arbeiter würden vom Unternehmer in der Regel gar nicht am Ertrage beteiligt, sondern mit fest vereinbarten Beträgen abgefunden; zwischen diesen Abfindungen und den Verkaufspreisen der betreffenden Produkte täte sich eine Kluft auf. Man könnte im Sinne H.s weiter sagen, es sei ein vergebliches Bemühen der Theorie, diese Kluft vermöge der Auffassung, daß der in den Preisen der Produkte sich realisierende Produktionsertrag nach einem zum Kapitalersatz bestimmten Abzug unter die Grundbesitzer, die Kapitalisten und die Arbeiter verteilt werde, zu überbrücken. Die Theorie hätte vielmehr H. zufolge die in Frage stehenden Abfindungen, ohne sie von den Preisen der Produkte irgendwie abhängig zu machen, als gegebene Größen zu betrachten, für welche man jeweils „Anknüpfungspunkte in der Vergangenheit" finde. Da möchte man zunächst bemerken, daß H. hier das Verhältnis zwischen Grundrente, Kapitalzins und Lohn auf der

einen Seite und dem Produktionsertrag, bezw. den Preisen der Produkte auf der anderen Seite mehr mit den Augen des Juristen als des Nationalökonomen betrachtet: rechtlich sind die betreffenden Einkommensansprüche von der Höhe der erzielten oder zu erzielenden Preise allerdings unabhängig, soweit nicht in besonderen Fällen das Gegenteil eigens stipuliert wird; aber wirtschaftlich bestehen hier Bindungen, die es nicht nur gestatten, sondern gebieterisch fordern, daß man in der Theorie Grundrente, Kapitalzins und Arbeitslohn als Anteile am Produktionsertrag auffasst. Sodann wäre darauf aufmerksam zu machen, daß die von H. in Schutz genommene herrschende Produktionskostentheorie doch ihrerseits die „Kluft" zwischen Abfindungen und Preisen, von der er spricht, nicht bestehen läßt, sondern nach Kräften zuzuschütten sucht. Schließlich ist folgendes zu beachten: genau ebenso wie H. die theoretische Frage nach der Höhe der Abfindungen mit einem Zurückgreifen auf die Vergangenheit beantwortet wissen will, könnte man in bezug auf das Preisproblem behaupten, daß es da mit der Feststellung der historischen Kontinuität der Preise, wie sie SCHMOLLER so überzeugend dartut, sein Bewenden haben müsse. Die Historie in Ehren, aber die Aufgabe des Theoretikers besteht vor allem darin, zu zeigen, daß und wie die Preise, die Löhne, der Kapitalzins usw. aus so oder anders determinierten Verhältnissen einer gegebenen Gegenwart hervorgehen oder richtiger: hervorgehen würden, wenn sie stets von neuem zu bestimmen wären. In diesem Sinne darf der Theoretiker für sich das Recht in Anspruch nehmen, mit der jeweiligen Vorgeschichte eines bestimmten ökonomischen Gleichgewichtszustands tabula rasa zu machen. Am reinsten haben diese Verfahrungsweise die Vertreter der mathematischen Richtung in der theoretischen Nationalökonomie ausgebildet, und sie haben es auch verstanden, der Produktionskostentheorie eine Wendung zu geben, die sie dem Vorwurf, daß sie sich im Kreise drehe, nicht mehr aussetzt. Dieses theoretische Ziel hat H. mit seiner Weisung, die Höhe der einzelnen Einkommensansprüche bis in die vorkapitalistische Zeit hinein zurückzuverfolgen, sicherlich nicht getroffen, obschon der wirtschaftsgeschichtliche Wert solcher Untersuchungen, wie er sie hier im Auge hat, gewiß außer Zweifel steht.

Ebensowenig wie dem MARXschen wird H. dem RICARDOschen System in allen Punkten gerecht. So übersieht er bei Wiedergabe und Kritik der Lehre RICARDOS von dem antagonistischen Verhältnis zwischen Lohn und Profit, daß hierbei nicht der Geldlohn (auch nicht der Reallohn!) gemeint ist; ferner geht H. mit der Behauptung, RICARDO hätte für die Gegenwart die Harmonie der Interessen gelehrt, entschieden zu weit. Als schwer verständlich erscheint es z. B. auch, wieso es gegen RICARDO sprechen soll, daß eine allgemeine Preissteigerung durch Vermehrung nicht bloß des Geldes, sondern auch der Geldsurrogate herbeigeführt werden könne (hierzu Hinweise auf WIESER und SCHUMPETER!). Als ob nicht RICARDO selbst die ausgesprochene Neigung gehabt hätte, dem Notenumlauf die gleiche Wirkung auf die Preise zuzuschreiben wie der zirkulierenden Geldmenge ... Aber derartige dogmengeschichtliche Ungenauigkeiten vermögen den Wert des Ganzen

um so weniger ernstlich zu beeinträchtigen, als es sich für den Verf. hauptsächlich um eine Auseinandersetzung mit den praktischen Forderungen des Sozialismus gehandelt hat. Die Gesichtspunkte, von denen er hierbei ausgeht, sind, einzeln genommen, nicht neu. Aber die Art, wie sie H. zueinander und zu einer Fülle von Erfahrungstatsachen in Beziehung zu setzen weiß, ist die eines selbständigen Forschers und Denkers.

L. v. Bortkiewicz (Berlin-Halensee).

Artasches Tirazian, Zur Kritik der Böhm-Bawerkschen Kapitaltheorie. Innsbruck 1920. Druck der Wagnerschen Universitätsbuchhandlung. VI und 151 S.

Es handelt sich hier um eine Auseinandersetzung nicht nur mit Böhm-Bawerk selbst, sondern auch mit seinen Widersachern, und obschon der Verf. die „eigentliche Kapitaltheorie Böhm-Bawerks", worunter er die von diesem vorgeschlagene Erklärung des Ursprunges des Kapitalzinses versteht, glatt ablehnt, nimmt er ihn doch hie und da gegen gewisse Kritiken in Schutz, so z. B. in der Frage, ob der technische Fortschritt normalerweise eine Verlängerung der Produktionsperioden mit sich bringe. Böhm, meint T., spräche von Verlängerung der Produktionsperioden im „absoluten", nicht aber im „relativen" Sinne, d. h. nicht mit Bezugnahme „auf die einzelnen aus der betreffenden Produktion hervorgehenden Güter". Er sei „nicht der Ansicht, eine ‚Verlängerung' der Produktionsperiode solle bedeuten, daß der auf die einzelnen Stückprodukte der als ergiebiger erwiesenen Produktion fallende Zeitaufwand größer sein müsse, als der, der auf die einzelnen fällt, die im Gegenteil durch ein mit einer kürzeren Produktionszeit versehenes Verfahren erzeugt werden." So soll nämlich, T. zufolge, Lexis, im Unterschied von Böhm, die Verlängerung der Produktionsperioden aufgefaßt haben, als er gegen Böhms These, daß der technische Fortschritt in der Regel die Produktionsperioden verlängere, Widerspruch erhob. Hier sei eben, meint T., eine „doppelte Betrachtungsweise" zulässig, woraus sich denn auch die ganze Kontroverse erkläre.

Dieser Schlichtungsversuch ist dem Verf. mißlungen. Davon nicht zu reden, daß er den Ausdrücken „absolut" und „relativ" im gegebenen Fall einen ganz ungewöhnlichen Sinn beilegt und daß es sich hier, entgegen seiner Formulierung, nur um den Gegensatz von Zwischenprodukt und Endprodukt, nicht aber von einem einzelnen Gut und irgendwelchem Güterkomplex handeln könnte, treffen seine Ausführungen den Kern der Sache nicht. Allerdings greift Lexis gewisse Kapitalstücke (Werkzeuge, Maschinen) heraus, erachtet aber, genau wie Böhm, als entscheidend die Produktionsperiode, welche für das jeweils als Endprodukt auftretende Gut erster Ordnung in Frage kommt. Lexis nimmt insbesondere an, daß eine bei Herstellung eines Kapitalstücks erzielte Arbeitsersparnis zu einer Verkürzung der für das betreffende Endprodukt sich ergebenden (durchschnittlichen) Produktionsperiode führen müsse. Das stimmt auch, sofern mit jener Ar-

beitsersparnis keine Verlängerung der für das Kapitalstück maßgebenden Produktionsperiode (die freilich auch für sich betrachtet werden kann) verbunden ist. LEXIS hat es leider unterlassen, letztere Bedingung ins rechte Licht zu setzen; ja, er hat nicht einmal die beiden Begriffe der (durchschnittlichen) Länge der Produktionsperiode und der Größe des Arbeitsaufwandes immer streng auseinandergehalten. Daß er sie aber durchweg zusammengeworfen hätte, behauptet auch BÖHM in seiner Replik nicht (Einige strittige Fragen, S. 19—20). Es geht also schlechterdings nicht an, die in Frage stehende Kontroverse darauf zurückzuführen, daß LEXIS unter Produktionsperiode etwas grundsätzlich anderes als BÖHM selbst verstanden hätte, und zwar, indem er sie mit dem Arbeitsaufwand identifiziert oder, wie T. will, bei Bestimmung ihrer Länge für den ganzen in Betracht kommenden Produktionsprozeß einen beliebigen Teil desselben substituiert hätte. In diesem Zusammenhang erwähnt T. eine Äußerung von mir, der zufolge LEXIS und andere gewichtige Gründe gegen den BÖHMschen Satz, daß die allgemeine Tendenz des technischen Fortschritts auf eine Verlängerung der Produktionsperioden ginge, vorgebracht hätten, und bemerkt hierzu: „In diesem Falle scheint also BORTKIEWICZ bei der Feststellung der ‚kardinalen' Fehler der BÖHMschen Kapitaltheorie mehr durch LEXIS als selbst durch BÖHM [1]) orientiert gewesen zu sein" (S. 84). Damit ist offenbar gemeint, daß auch ich, wie angeblich LEXIS, den Sinn des Terminus „Produktionsperiode" bei BÖHM mißverstanden hätte. Ich glaube, noch viel weniger als LEXIS Anlaß zu solcher Belehrung geboten zu haben. Abgesehen davon, habe ich den Ausdruck „Kardinalfehler" in Anwendung auf die BÖHM-BAWERKsche Kapitalzinstheorie nie in der Mehrzahl gebraucht und ihn auf einen ganz anderen Punkt bezogen, nämlich auf die Art, wie BÖHM die von ihm behauptete technische Überlegenheit der gegenwärtigen über die zukünftigen Güter begründet. Übrigens sucht T. auch in dieser Angelegenheit BÖHM zu verteidigen, indem er meint, man sei berechtigt, Vergleiche zwischen älteren und jüngeren Produktionsmittelmengen auf doppelte Art (entweder horizontal- oder diagonalweise) auszuführen, und da man in dem einen Fall zu einem für BÖHM günstigen, in dem anderen zu einem für ihn ungünstigen Ergebnis gelange, so hätten gewissermaßen BÖHM und die Kritik beide recht.

Was nun mich anlangt, so trifft es gar nicht zu, daß ich von den beiden in Frage kommenden Vergleichsarten willkürlich nur die eine ins Auge gefaßt hätte. Es sei noch bemerkt, daß in seinen Darlegungen über diesen Punkt T. meinem Namen denjenigen JRVING FISHERS fast immer voranstellt, obschon meine Kritik 1906 und die FISHERsche 1907 erschienen ist. Die mit der angeblichen technischen Überlegenheit der gegenwärtigen über die zukünftigen Güter eng zusammenhängende Frage der zeitlichen Koexistenz von Produktionsmethoden, die einen verschiedenen Ergiebigkeitsgrad aufweisen, stellt T. im Gegensatz zu der Auffassung, die BÖHM selbst, STOLZMANN und auch ich in dieser Beziehung vertreten, als belanglos hin (S. 87—88). Vielleicht revidiert er diese Ansicht, wenn er von dem Meinungsaustausch

1) Soll wohl heißen: als durch BÖHM selbst.

darüber zwischen H. Oswalt und mir (Schmollers Jahrbuch 1907) Kenntnis nimmt.

Noch in einer Reihe anderer Punkte vermag ich dem Verf. nicht beizupflichten. Aber auch dort, wo man mit ihm sachlich übereinstimmt, kann man sich mit vielen seiner Formulierungen schwer befreunden. Seine Darstellung geht vielfach sehr in die Breite. Immer wieder wird der Leser an das Frühere erinnert, auf das Spätere vorbereitet, über die Absichten des Verf.s unterrichtet ... Direkte Verstöße gegen die deutsche Sprache sind auch nicht selten. Zum Teil handelt es sich da um Russizismen, so namentlich bei der auffallenden Unsicherheit im Gebrauch der Präpositionen (z. B. S. 9, wo von einer „Scheidung der Volkswirtschaft auf Statik und Dynamik", oder S. 142, wo von der Mengerschen „Teilung der Güter auf erste, zweite und weitere Ordnungen" die Rede ist), zum Teil steckt aber eine gewisse Unklarheit des Gedankens oder der Vorstellung dahinter. Da ist z. B. auf S. 119 zu lesen: „Nirgends daher scheint Böhm mit seiner Überzeugung von der ‚natürlichen-ökonomischen' Natur seiner Zinsfaktoren so durchdrungen zu sein, wie gerade an der Stelle seines Werkes, wo er der sozialistischen Gemeinwirtschaft den ‚Mehrwert als echten Zins' in die Tasche schieben läßt." Es entsteht die Frage, wer hier der Schiebende im Sinne des Verf.s ist. Soll es die ‚sozialistische Gemeinwirtschaft' sein, so müßte diese im Akkusativ und nicht im Dativ stehen; ist hingegen Böhm gemeint, so müßte es heißen: „schiebt", nicht „schieben läßt".

Subjektiv genommen, ist die Arbeit gewiß eine Leistung: sie zeugt nicht nur von dem Interesse des Verf.s für sehr abstrakte theoretische Fragen, sondern auch von seiner Fähigkeit, schwierigen Gedankengängen ohne viele Abirrungen zu folgen. Wenn man aber den objektiven Wert der Arbeit nicht allzu hoch veranschlagen kann, so liegt es vornehmlich daran, daß in den dreißig Jahren, die seit dem erstmaligen Erscheinen des 2. Bandes von Böhm-Bawerks Hauptwerk verstrichen sind, sich Nationalökonomen der verschiedensten Richtungen mit der darin enthaltenen Theorie des Kapitalzinses zu eingehend und ausgiebig beschäftigt haben, um irgendwelche Möglichkeiten einer wesentlichen Bereicherung der Diskussion durch unverbrauchte Ideen übrigzulassen.

L. v. Bortkiewicz (Berlin-Halensee).

Franz Oppenheimer, Kapitalismus, Kommunismus, Wissenschaftlicher Sozialismus. Berlin und Leipzig, Vereinigung wissenschaftl. Verleger 1919. 226 S. (10 Mk.)

Wer O.s frühere Arbeiten genauer kennt, wird rein theoretisch-wissenschaftlich nicht allzuviel Neues in diesem — die früheren zusammenfassenden und ausbauenden — Buch finden. Wirklich neu und vor allem hinreißend, daher besonders wertvoll jedoch ist der stärker denn je betonte „bergeversetzende Glaube", von dem O. in der Einleitung spricht, die wie kaum ein anderer Abschnitt all seiner Schriften sein Wollen und Streben darlegt. Dem-

jenigen aber, der O.s Schriften — insbesondere die „Theorie der reinen und politischen Ökonomie", „Wert und Kapitalprofit", „Die soziale Frage und der Sozialismus", sowie „David Ricardos Grundrententheorie", „Das Grundgesetz der Marxschen Gesellschaftslehre" noch nicht kennt, dem bietet die vorliegende Schrift die Möglichkeit, zusammenfassend und bis zum letzten Schlußstein durchgeführt, dabei befreit von allem Nebensächlichen, O.s Sozialismus kennen zu lernen.

Als streng logischer Theoretiker legt O. zunächst die Methode fest. Er wendet ebenso wie die früheren sozialistischen Schriftsteller, vor allem Marx, die Deduktion an. Von den beiden Prämissen, welche die klassische Nationalökonomie ihrer logischen Folgerung als wahr unterstellte, übernimmt er die des Prinzips des kleinsten Mittels, deren Richtigkeit er gegenüber den Angriffen der historischen Schule, insbesondere gegenüber deren Einwand einer Kreuzung der Motive, nachweist. Dagegen lehnt er die Prämisse der ursprünglichen Akkumulation ab. An die Stelle des Satzes: Die Klassenscheidung beruht auf der geschichtlichen Tatsache der nach dem Naturrecht legitimierten Okkupation des Landes durch selbstwirtschaftende Bauern auf Grund ihrer Qualifikation, setzt er die den geschichtlichen Tatsachen mehr entsprechende Prämisse: Die Klassenscheidung hat ihren Grund in der Okkupation des größten Teils der Nutzfläche des Bodens durch wenige Großbesitzer nach dem Recht der Eroberung. Eine außerökonomische politische Tatsache tritt damit an die Stelle einer vermeintlich historischen Erscheinung.

Die streng logische Kritik, in der wohl kaum jemand O. gleichkommt, findet Raum in den Abschnitten über den utopischen und den wissenschaftlichen Sozialismus. Durch Heranziehung der verschiedenartigsten Gegengründe bringt er eine wohl restlos zu nennende Widerlegung aller kommunistischen Utopie; in exakter Kleinarbeit, die an seine früheren Schriften anknüpft, zerlegt er die marxistische Theorie, und unter immer neuer Betonung des Marxschen Verdienstes (Kennzeichnung des Wertes als gesellschaftliche Beziehung zwischen Personen, vermittelt durch Sachen; Aufdeckung des Kapitalverhältnisses als eines Klassenverhältnisses) deckt er M.s Irrtum auf, nämlich die Nichtbeachtung monopolistischer Macht bei der Wertbildung, das Nichterkennen des Profits als eines Monopolgewinns auf Grund des Bodenbesitzes. Damit schafft er die Grundlage für sein eigenes theoretisches System, seinen liberalen Sozialismus. In der vorliegenden Arbeit wendet er über die schon früher gebrachte theoretische Darlegung hinaus sein System auf die praktischen Notwendigkeiten der Stunde an: Ländliche Produktivgenossenschaft als höchstes erreichbares Ideal; als zweckmäßige Zwischenstufe: die Anteilswirtschaft, d. h. Gewinnbeteiligung der ländlichen Arbeiter, und von da aus entweder Kleinbauernsiedlung oder Produktivgenossenschaft oder Mischung von beiden Formen; zur Abwendung der Arbeitslosigkeit: Ansiedlung städtischer Bauarbeiter und gelernter Landwirte auf den Staatsländereien; für die Industrie: Organisation als Vereinfachung der zersplitterten, verschwenderischen Produktion, Spezialisierung, Normalisierung, Typisierung.

wie jetzt die Schlagworte lauten; zur Stärkung der Staatseinnahmen: Monopolisierung (= Verstaatlichung) gewisser Betriebszweige, die ihrer Natur nach Übermonopole neben dem allgemeinen Kapitalmonopol darstellen; ferner Demokratisierung der Betriebe. —

„Der Manometer ist auf 99 gestiegen, und der Kessel wird zerspringen, wenn nicht in letzter Sekunde das Ventil weit geöffnet wird", schreibt O. Das Ventil ist nicht geöffnet worden, wenigstens nicht so und in dem Maße, wie er es erstrebte. Vorläufig hält der Kessel — aber wie lange noch?

Lydia Eger (Dresden).

Rudolf Wissel u. W. von Moellendorff, Wirtschaftliche Selbstverwaltung. Zwei Kundgebungen des Reichswirtschaftsamts („Deutsche Gemeinwirtschaft"; hrsg. von Erich Schaier. Heft 10). Jena, E. Diederichs 1919. 30 S. (1.50 Mk.)

Der Aufbau der Gemeinwirtschaft. Denkschrift des Reichswirtschaftsamts vom 7. Mai 1919. (Ebenda Heft 9.) 36 S. (1.50 Mk.)

Rudolf Wissel, Praktische Wirtschaftspolitik. Unterlagen zur Beurteilung einer fünfmonatlichen Wirtschaftsführung. Berlin, Verlag Gesellschaft u. Erziehung 1919. 137 S. (5 Mk.)

Trotz alles Widerspruches läßt sich nicht leugnen, daß wir in Deutschland einmal eine Periode sozialistischer Wirtschaftspolitik gehabt haben oder wenigstens den ehrlichen Anfang zu einer solchen. Freilich war sie so kurz, daß sie ohne nachhaltige Wirkung bleiben mußte. In den fünf Monaten, in denen W. und M. die Wirtschaftsleitung in Deutschland in Händen hatten, wurde erstmals ein Weg beschritten, der, nach den Erfahrungen der Kriegswirtschaft ausgewählt, zu einer positiven Überwindung unserer alten kapitalistischen Wirtschaftsweise zu führen versprach. W. erstrebte eine Planwirtschaft, d. h. eine solche, die nicht planlos produziert und infolgedessen jederzeit Krisen ausgesetzt ist, sondern deren Ziel und Richtungspunkt der Konsum sein sollte, also eine Bedarfsdeckungswirtschaft. W. wollte die einzelnen Wirtschaftszweige zu Selbstverwaltungskörpern zusammenfassen, die teils räumlich, teils fachlich gegliedert und in einem Reichswirtschaftsrat zusammengefaßt werden sollten. Für die räumlich gegliederten Selbstverwaltungskörper war durch die Betriebs- und Bezirksarbeiter- und -unternehmerräte die Erfüllung der sozialpolitischen Aufgaben vorgesehen, den Fachorganisationen sollte die Wirtschaftsleitung in ihrem Erwerbszweig obliegen. Um diesen Kristallisationspunkt einer neuen Wirtschaftsorganisation herum sollten sich andere Einrichtungen gruppieren, die dieser Wirtschaftspolitik dienen sollten, vor allem eine Reichsvermögensbank.

In dem an dritter Stelle genannten Buch nun legt W. Rechenschaft darüber ab, was er während seiner Wirtschaftsführung erstrebte und durchzusetzen versuchte, indem er eine Reihe von Vorträgen sowie Gesetzentwürfen nebst Begründungen zusammenfaßt. Ein äußerst instruktives Buch, das die gesamte W.sche Politik, im Gegensatz zu unserer sonstigen heutzutage, unter

durchaus einheitlichen Gesichtspunkten geleitet zeigt und auch erklärt, warum sie nicht fortgesetzt werden und zu keinem wirklichen Abschluß in einem Wirtschaftszweig kommen konnte. Die parlamentarischen Widerstände waren zu groß, und innerpolitische Erwägungen siegten über die wirtschaftlichen Notwendigkeiten und Ziele.

LYDIA EGER (Dresden).

OTHMAR SPANN, Fundament der Volkswirtschaftslehre. Jena, Gustav Fischer 1918. 8°. 292 S.

Derselbe, Vom Geist der Volkswirtschaftslehre. Ebenda 1919. 8°. 48 S.

SP.s erstgenannte Schrift gehört zu den methodologischen Arbeiten, die die moderne Wissenschaft in ihren Prinzipien mit den Mitteln der klassischen deutschen Philosophie erfassen will. Sie verdient deshalb schon Beachtung, weil sie das Faktum der Volkswirtschaftslehre, wie es die Grenznutzenschule ausgebildet hat, in den Zusammenhang der Geistes- oder Kulturwissenschaft eingliedern und nicht, wie die am Neukantianismus orientierten STAMMLER und DIEHL, Wirtschaft als Erfüllung der von der Rechtsordnung im Rechtssatze statuierten Zwecke, als „Materie" der „rechtlichen Form", erweisen will.

Mit Recht erklärt SP. (S. 13) die Diehlsche Definition der Nationalökonomie als einer auf Bedürfnisbefriedigung gerichteten Tätigkeit, die in „Gemeinschaftsform" von sich gehen müsse, als Flickwerk, weil sie die Begriffsbestimmung MENGERS, die vom Gut in seiner Bedeutung für die menschliche Bedürfnisbefriedigung ausgeht, und diejenige STAMMLERS, für den Wirtschaft der Inhalt sozialer Normen ist, unorganisch zu vereinigen sucht. Der dieser Richtung immanente Widerspruch läßt sich schon bei STAMMLER aufzeigen, wird aber bei dessen Schüler DIEHL förmlich greifbar, wenn dieser von der Einzelwirtschaft aus, der doch offenbar „soziale Regelung" noch fremd ist, die Sozialwirtschaft erklärt.

Gelegentlich der Behandlung der Kapitalleistung höherer Ordnung (S. 93f.), d. h. der Schaffung allgemeiner Voraussetzungen als Mittel für wirtschaftliche Leistungen, führt SP. aus: „Staat", „Gemeinde" u. dgl. kämen wirtschaftlich in Betracht nur, wenn ihre Organisation nicht dem Rechtszweck untersteht, sondern ihr Bewirkungsmechanismus als Hilfe in den Zusammenhang der Mittel eingestellt wird. Diese Bestimmung kann sich erst aus SP.s Auffassung der Wirtschaft näher klären und wird vorläufig nur zur positiven Beleuchtung der Differenz zwischen ihm und STAMMLER, die derzeit fast alle Darstellungen der Volkswirtschaftslehre als Kulturwissenschaft beherrscht, erwähnt.

Diese Klärung ist wichtig, weil auch SP. im teleologischen Verhältnis von Zweck und Mittel die für die Geistes- oder Kulturwissenschaften grundlegende Kategorie sieht. Der Inhalt der Zwecke oder Ziele stellt sich ihm im Faktum der Kulturzusammenhänge oder der „Objektivationssysteme" von Recht, Religion, Ethik usw. dar, die insgesamt das gesellschaftliche Leben

bestimmen, indem ihre Erfüllung zum Ziel des einzelnen wird, ohne daß eines dieser Zwecksysteme als die schlechthin „gesellschaftliche Form" herausgebildet werden darf. Das Kennzeichen der Wirtschaft ist nun nach Sp. (S. 23), daß ihr allein der Wert im Sinne des Selbstzwecks fehlt, daß sie „ein Inbegriff von Mitteln für Ziele ist". Von der Richtigkeit dieser Definition hängt das Urteil über Sp.s Grundlegung ab. Ihre gedanklichen Voraussetzungen und Folgen müssen daher scharf umschrieben werden.

Die letzten, das ganze menschliche Leben beherrschenden Ziele zerfallen nach Sp. (S. 28 ff.) in zwei Gruppen: 1. Das vom Ziel der Lebenserhaltung beherrschte System der Vitalität und 2. die höheren geistigen Lebensinhalte: Wissenschaft, Kunst, Religion, Philosophie etc. Dazu kämen noch Mischziele, die, aus vitalen und geistigen zusammengesetzt, dennoch eigene Systeme von Mitteln in Bewegung setzen, wie Sprache, Politik und Krieg. — Wirtschaft dürfe nun nicht mit diesen Zielen verwechselt und vermengt werden. Als Inbegriff von Mitteln sei sie da von ihrem jeweiligen Ziel abhängig, diesem zuzuordnen. Ihm entsprechend scheide sie sich in Unterhalts-, Kultur-, Organisations-, politische und Erziehungswirtschaft. Sie sei selbst nur Mittel, und alles, was Ziel (Befriedigung) ist, habe eine andere Stellung und Aufgabe in der menschlichen Gesellschaft als sie. — Wie von den Zielen sei Wirtschaft auch von Technik verschieden, die auf die ursächliche Bewirkung der Zielerreichung, damit auf die bloße Ursächlichkeit des Mittels, geht (S. 39). Sie gründe sich auf das „teleologische" Verhältnis von Mittel als Vor- und Endzweck. Die Ursächlichkeit der Technik sei nur als „Zugeordnetes" zu den Vorzwecken denkbar, nur als dessen Parallelismus, Unterlage, Begleitreihe (S. 41). — Widmen und Abwägen der Mittel seien die Grundbestimmungen der Wirtschaft (S. 45). — Das bloße Verhältnis von Vor- und Endzweck bedeute latente Wirtschaft — einen Zustand der „Wirtschaftslosigkeit". — Erst bei Nichterreichbarkeit aller Ziele, weil nicht für sie alle Vorzwecke, Mittel, da sind, werde der Endzweck eine ganz bestimmte Geltungsbedingung der Vorzwecke und entstehe Wirtschaft (S. 45). Die genau bestimmte und bestimmbare Geltung jener für diese stellt sich dar: 1. als Ausgleichungsgrundsatz, d. h. als Ausgleich der Vorzwecke, indem diese auf die Endzwecke nach Maß ihrer Wichtigkeit (des Geltungsgrades) aufgeteilt werden; 2. als Sparen. — Jeder nach dem Ausgleichungsgrundsatz gegebene Vorzweck sei seinem gegebenen Endzweck gegenüber vollgültig, d. h. er werde als Vorzweck voll „ausgenützt", sei „so weit als möglich" Vorzweck (S. 46). —

Trotz ihrer Verschiedenheit in Art und Wichtigkeit stehen die Ziele in durchgängigem Geltungszusammenhang. In diesem genauen Sinne sprachen wir von einem „System" der Ziele, d. h. ihrem Mit- und Zusammenbestehen. Dieser Zusammenhang bedeutet, daß kein Ziel für sich gilt, d. h. für sich vollkommen erreicht werden will, sondern daß ein Ausgleich in den Sättigungsgraden aller Ziele gefordert wird (S. 47).

Zu besserem Verständnis des Verhältnisses von Wirtschaft und den ihr übergeordneten Zwecken sowie der inneren Struktur des wirtschaftlichen Auf-

baues, wie Sp. ihn denkt, sei noch der „gesellschaftswissenschaftliche Zusatz Präformationssystem und Aktualsystem in der Wirtschaft und den anderen Bezirken der Gesellschaft" herangezogen. In den Zwecksbestimmungen der Gesellschaftswissenschaft, Kunst, Religion etc. besteht durchweg der Unterschied zwischen geistigem Erschaffen: „Präformation" und äußerer Darstellung des Erschauten, in der stofflichen und handelnden Welt: „Aktualisierung". Die letztere nun gehöre bei allen Zwecksystemen nicht mehr zu diesen selbst, sondern sei nur noch Wirtschaft und Technik, d. h. Verwirklichung durch Mittel. In der Wirtschaft dagegen seien beide Wirtschaft: sowohl die Präformation (das schöpferische Aufstellen der Rangordnung der Mittel, das „Abwägen", die „Kalkulation") wie die Aktualisierung (das leistende Widmen). Die Wirtschaft steht also in Gegensatz zu den Zwecksystemen; denn in der Kunst z. B. sei das äußere Verwirklichen nicht mehr „Kunst", sondern Technik und Wirtschaft. Der Dichter muß erschauend wissen, was seine Personen im Drama tun und sagen; das Niederschreiben ist äußere Darstellung (S. 80).

Die gesamte Wirtschaft ist als Abwägen und als Widmen ein Gebäude von Mitteln. Aber die Wertrechnung ist als „Kalkulation" an sich noch durch Rangbestimmung der Mittel präformierend, während das lebendige, dienende System der gewidmeten Mittel erst auf der Grundlage jener rangordnenden Entscheidung aufgebaut wird, darum auch ein eigenes, verselbständigtes Leben führt, und auch von den verhältnismäßig selbständigen Gesetzen der Leistungsverknüpfung (auf die wir noch zurückkommen) beherrscht wird. Daraus folgt: Die Wertrechnung verhält sich als Vormittel oder Veranschlagung (Potenzialmittel), das durch Widmungen aufgebaute leistende System als Wirk- oder Aktualmittel. Die Vormittel können wir das „Präformationssystem" oder schlechthin die „Wirtschaftsverfassung" nennen, die Wirkmittel dagegen das „Aktual-" oder „Wirksystem" (S. 80 f.).

Bei den Zwecksystemen der Gesellschaft besteht ein Gegensatz von Präformation und Objektivation nicht. In der künstlerischen Intuition z. B. kann der Mensch nur etwas erschauen, schaffen; dieses Schaffen hat bereits Objektivität. Das äußere stoffliche Darstellen des Erschaffenen, etwa des erschauten Zeuskopfes in Marmor, der Unterschied von Idee und Verwirklichung, führt nur vom geistigen Objektivationssystem in das stoffliche (oder aus Handlungen bestehende) objektive Verwirklichungssystem, von innerer in äußere Darstellung. Diese letztere besteht aber nur in der Schaffung eines Mittel-, eines leistenden Körpersystems und hat, weil bloß dienend, mit Ästhetik und den Wertqualitäten nichts mehr zu tun. Die Ideengestaltung hat ihre Gegenständlichkeit im apriorischen und im überindividuellen Zusammenhang ihrer ideellen Bestandteile und ist insofern objektiv, durch Darstellung im Stofflichen braucht sie es nicht erst zu werden. Nur in der Wirtschaft ist der Unterschied von geistiger Gestaltung und handelnder wie stofflicher Verwirklichung ein Unterschied, der im Rahmen der Wirtschaft selbst bleibt: veranschlagende Wertrechnung als Wirtschaftspräformierung und Mittelwidmung als handelnde oder stoffliche Verwirklichung der erwo-

genen Leistungen — beide sind Mittelsysteme (S. 81). Daher müssen die Ziele, um das System der Wirtschaft zu präformieren, ein Zielsystem bilden, dessen Struktur durch den Wichtigkeitsgrad der einzelnen Ziele bestimmt wird.

Es wird aus Sp.s Ausführungen nicht klar, wie, d. h. mit Hilfe welcher Verbindungsmittel er sich diesen Zusammenhang der „Ziele" hergestellt denkt. Augenscheinlich ist es nicht ein Zusammenhang logischer Natur, der streng sachlich aus den inhaltlichen Bestimmungen der einzelnen „Objektivationssysteme" der Gesellschaft folgt. Einen Zusammenhang von „Systemen", den logische Schlußfolgerung vermittelt, glaubte z. B. KANT in seiner Behauptung eines Primats der praktischen Vernunft aufzudecken. Die aus den verschiedenen Arten des Urteils logisch-analytisch gewonnenen Kategorien finden ihren Zusammenhang in der inhaltlichen Erfüllung einer Vernunftidee. Diese kann nur in der praktischen Vernunft, deren Grundlegung durch die wechselseitige Bestimmung der Ideen durcheinander geleistet wird, logisch bestimmt werden. Die der theoretischen Vernunft immanente Notwendigkeit führt nach KANT zu ihrer Begrenzung in den Ideen, die das Reich der praktischen Vernunft ausmachen. Einen derartigen Zusammenhang der Zwecksysteme hat wohl Sp. nirgends im Auge. Ihr innerer Zusammenhang, meint er (S. 47), bedeutet, daß nicht ein Ziel für sich gilt, für sich vollkommen zu Ende erreicht werden will, sondern ein Ausgleich in den Sättigungsgraden aller Ziele gefordert wird. Ist nun so ein Zusammenhang der Ziele herstellbar? Von einem Sättigungsgrad der Ziele kann man sinnvoll nur sprechen, wenn man sie als menschliche Bedürfnisse denkt.

Das Bedürfnis nach künstlerischem Genuß, nach logischer Klarheit kann bis zu einem bestimmten Sättigungsgrad befriedigt werden, nicht aber das Kunstwerk, die Wissenschaft in ihrem Sachgehalt. Das Kunstwerk ist nach dem Grad der Bedürfnisbefriedigung nicht bestimmbar; ihm dennoch einen solchen zusprechen, wäre Widersinn. Freilich ist es ebensowenig wie die Erfüllung des ethischen Ideals leblose Materie oder ein abstrakter ethischer Imperativ. Nur in der Lebendigkeit künstlerischen Schaffens oder des ihm nachlebenden Genießens besteht das Kunstwerk; sie aber — geformt von sachlicher Gesetzmäßigkeit — ist nicht das Leben eines Ich, das außerhalb des Kunstwerks verläuft, genießt und für diesen Genuß Opfer bringt, zum mindesten das Opfer des Entganges anderer Genüsse, die es sich während dieser Zeit verschaffen könnte: sie ist eins mit dem Kunstwerk und findet in ihm allein seinen Mittelpunkt. Ebenso ist das Leben des Heiligen verlebendigte Religion, nicht Erfüllung eines religiösen Bedürfnisses, neben anderen wichtigeren oder minder wichtigen. Es ist nun logisch unerfindlich, wie nach Sp.s Behauptung die Mittel zur Verwirklichung der gesellschaftlichen Ziele als Wirtschaft auf einer anderen Ebene liegen sollen als diese Ziele selbst.

Es ist die Bezeichnung „Ziel" oder „Zweck", die Sp. irreführt, denn nur die Erreichung eines solchen kann Gegenstand menschlichen Strebens und Erwägens sein, nicht aber ein von jeder psychischen Bestimmung unabhängi-

ger Sachgehalt. Die Doppelstellung des Ziels als Gegenstand zweckwissenschaftlicher Behandlung und als Richtpunkt wirtschaftlichen Verhaltens, sein Januskopf, wie Sp. diesen vermeintlichen Tatbestand gelegentlich ausdrückt, berührt um so merkwürdiger, als Sp. selbst bei der Behandlung der individualistischen und universalistischen Auffassung (S. 279) deutlich betont, daß gründliche Erwägung zum Ergebnis führt, daß die Frage nach dem Verfahren immer eine Frage nach dem Begriff des Gegenstandes einer Wissenschaft sei. Koordinieren Gegenstand und Verfahren ineinander, so kann wohl nicht „derselbe Gegenstand" von verschiedenen Wissenschaften, etwa Ästhetik und Wirtschaft, behandelt werden. Die Behauptung: den verschiedenen Verfahren entsprächen verschiedene Eigenschaften „desselben Gegenstandes", rückt die gegenständliche Einheit aus dem Wissenschaftsbereich in die Metaphysik, denn nichts berechtigt logisch die Annahme einer Instanz, wo Verschiedenheit der wissenschaftlichen Behandlung entsprechend der Verschiedenheit des sachlichen Richtmaßes vorliegt. Es entspräche auch nicht dem Tatbestand, falls er meinte, daß alle Bestimmungen außerhalb des reinen oder idealen Sachgehalts, wie wir statt des irreführenden Ausdruckes „Ziel" sagen wollen, ins Bereich der Mittel, der Wirtschaft, fielen. Der „unmögliche Gegenstand", etwa das hölzerne Eisen der Meinongschen Gegenstandslehre, der Unsinn und der Widersinn sind, wie Husserl in seinen „Logischen Untersuchungen" lehrt, rein logisch in ihrem Verhältnis zur idealen Gegenstandssphäre bestimmbar und in dieser Bestimmung nicht Ziel menschlichen Handelns.

Machen wir uns das Verhältnis der reinen Gegenstandssphäre zu den ihr „untergeordneten" Bestimmungen einmal an der Geometrie klar. Die in Lehrsätzen niedergelegten Axiome bestimmen den Grundriß der reinen Gegenständlichkeit. Jede Figur muß alle in den Axiomen ausgesprochenen Bedingungen erfüllen, sonst gehört sie nicht in die betreffende Geometrie. Die Axiome sind nur sinnvoll als systematische Voraussetzungen einer Geometrie, nicht als Abstrakta. Nicht sie, sondern der Inbegriff der aus ihnen entwickelten geometrischen Figuren bildet den idealen Sachverhalt, dessen Möglichkeit und Bestand die Axiome erst sinnvoll macht. Damit ist die allgemeine Struktur systematischer Bestimmung aufgezeigt. In der Ethik z. B. entsprechen die Imperative den Axiomen, das Leben der schönen Seele der idealen Gegenständlichkeit. Es ist, um ein räumliches Bild zu gebrauchen, möglich, alle ausgedehnten Körper, bzw. jede menschliche Handlung in ihrer Entfernung von der reinen Gegenständlichkeit nach dem Grad der Erfüllung der Axiome, bzw. der ethischen Grundsätze zu bestimmen. Es fällt also nicht jede nicht r e i n gegenständliche Bestimmung in den Bereich der Mittel, in die Wirtschaft, und die reine Gegenständlichkeit selbst ist nicht mit den Grundsätzen zu identifizieren, die ihren Aufbau festlegen.

Gewiß, die in der Präformation der Wirtschaft nach dem Wichtigkeitsgrad angeordneten „Ziele" sind nach Sp. auf die Mittel und Vorzwecke bezogen, sind als Grundlagen der Widmung nicht Abstrakta. Doch denkt sich Sp. offenbar die „Ziele" in Grundsätzen formuliert, und an die Stelle reiner Ge-

genstandssphären tritt ihm eine Anzahl von Idealvorstellungen. In den Inhalten, die die Axiome, bzw. die Idealvorstellungen menschlichen Handelns ausdrücken, bricht unüberbrückbar die Verschiedenheit zwischen reiner Gegenständlichkeit und Zielen menschlichen Strebens von neuem hervor. Wie menschliches Leben sich einem Sachgehalt einordnet, verliert es sein „Ich", seinen individuell psychischen Mittelpunkt. Der Inhalt des Sachgehalts als Ziel menschlichen Strebens verliert seine Sachlichkeit und wird zum Mittel der Bedürfnisbefriedigung. Dieser Tatbestand ist klärlich schwer zu formulieren, denn es handelt sich um eine ewige und unauflösbare Antinomie menschlichen Lebens und Denkens, die unsere sprachlichen Ausdrucksmittel eher geeignet sind zu verwischen, als sie klarzustellen.

U. E. hat Wirtschaft zum Ziel möglichst weitgehende Bedürfnisbefriedigung, die für uns in keiner Beziehung zu „Kulturzusammenhängen" oder „Objektivationssystemen" steht. Wirtschaftliches Handeln wird geleitet von der Erwägung, ob eine bestimmte, als technisch möglich erkannte Art der Güterverwendung höhere Bedürfnisbefriedigung verspricht als eine andere, oder, mit anderen Worten, ob eine Güterverwendung den Verlust aufwiegt, der durch den Verzicht auf anderweitige technisch mögliche Bedürfnisbefriedigung durch dasselbe Gut entsteht. Der Ausgangspunkt für eine derartige Überlegung ist ein bestimmter Zustand der Gesamtbefriedigung, d. h. der Güterversorgung. Von diesem aus werden nach der Variationsmethode die Konsequenzen der Veränderung einer bestimmten Güternutzung für den allgemeinen Versorgungszustand überdacht.

Daraus ergibt sich für uns wie für Sp. die Ablehnung jeder Quantifizierung in der Wirtschaft. Es genügt, von einem Zustand der Güterversorgung zu wissen, ob er einen höheren oder niedrigeren Grad von Bedürfnisbefriedigung gewährt als ein anderer mit ihm verglichener. Auch für uns ist Wirtschaft rationelles menschliches Handeln, doch legen wir die Grundlage zu dieser Rationalität anders als Sp.

Bevor wir weiter gehen, sei noch kurz Sp.s Abgrenzung der Wirtschaft von der Technik erwähnt. Technik ist für ihn rein naturwissenschaftliche Kausalität und liegt als solche jenseits der Wirtschaft. Nur durch die Vorzwecke, die mögliche Ausnützung der Technik hindurch kann die wirtschaftliche Präformation in Sp.s Sinne in Beziehung zur Natur treten. Uns scheint damit die Frage der Verbindungsmöglichkeit von Natur und Wirtschaft — eine Frage gleicher Art, wie die schon behandelte des Zusammenhangs von Wirtschaft und Sachverhalt — nicht gelöst, sondern nur um eine Stufe verschoben. Sollen Technik und Wirtschaft in Zusammenhang treten, so muß in der Tat der von Sp. (S. 44) abgelehnten Auffassung Gottls zugestimmt werden, daß Technik und Wirtschaft aus einer Wurzel entspringen. In der Tat ist der Gegenstand der Technik ein anderer als der der Naturwissenschaft. Die Physik stellt letztlich alle einzelnen Gesetze in den Zusammenhang eines Systems von mathematischen Gleichungen ein. Die einzelne Bestimmung wird zum Bild dieses Zusammenhangs und erfährt erst in ihm ihre Klärung. Die Technik ordnet den Gegenstand nicht einem systematischen

Zusammenhang ein, indem sie ihn zum Schnittpunkt allgemeiner Gesetzmäßigkeiten macht, sondern für sie wird und bleibt er ein Einzelding, das verschiedene Leistungen für die Bedürfnisbefriedigung vollbringen kann. Die Physik dient dem Techniker als Deutungsschema für das Verhalten der Sache unter verschiedenen Umständen. Im Mittelpunkt seiner Betrachtung steht nicht ein systematischer Zusammenhang, sondern ein Ding, dessen Verwendungsmöglichkeiten als Eigenschaften ausgesagt werden. Ihre Rationalisierung ist Aufgabe der Wirtschaft. Ist so die Technik für die Wirtschaft präformiert, so ergibt sich der fragliche Zusammenhang als Festsetzung und Vertiefung der in der Technik gegebenen Rationalisierungsmöglichkeiten und es entfällt die Notwendigkeit, zu logischer Ermöglichung dieses Zusammenhanges zwischen Wirtschaft und Technik ein Medium einzuschieben, das im übrigen die ihm zugedachte Aufgabe gar nicht erfüllen kann.

Wie schon bemerkt, ergibt sich aus Sp.s bisher selten konsequent durchgeführter Auffassung der Wirtschaft als eines Handelns oft eine Überlegenheit seiner theoretischen Einsicht über bisherige Auffassungen. So lehnt er folgerichtig die Einführung rein quantitativer Bestimmungen in die Wirtschaft ab, weist insbesondere (S. 46 ff.) die theoretische Unmöglichkeit einer Ableitung der Wirtschaft aus Knappheit schlechthin nach. Das Moment der Mittelmenge kommt nur in den technisch-kausalen Unterlagen der Wirtschaft vor; in der Wirtschaft selbst kommen allein die auf jener Grundlage erscheinenden Vorzweckgültigkeiten in Frage (S. 48). Auch wer in der theoretischen Grundlegung der Wirtschaft mit Sp. nicht übereinstimmt, wird seiner Polemik gegen die Richtung der Nationalökonomie, die in ihr Beschreibung der Bewegung von Güterquantitäten sieht, zustimmen können.

In diesem Zusammenhang ist auch Sp.s Stellung zum Grenznutzengesetz zu erwähnen (S. 76 ff.). Die Anknüpfung der österreichischen Schule an das Gossensche Gesetz, die sogar bis zu dessen Identifizierung mit dem Grenznutzengesetz führte, hat rein psychologisch-physiologische Bestimmungen in die Nationalökonomie eingeführt und die Wiener Schule dem Vorwurf ausgesetzt, sie behandle lediglich die Beziehung des Menschen zu gegebenen Gütermengen. Die amerikanische Richtung, vor allem Clark, hat in schärferer Erfassung der wirtschaftlichen Praxis das Grenznutzengesetz als ein Gesetz des Handelns, nicht des Genießens erkannt. Der Grenznutzen bezeichnet die Grenze, bis zu der ein bestimmtes Kostengut bei rationeller Wirtschaft zur Befriedigung eines bestimmten Bedürfnisses verwendet werden darf. Eine Verwendung des Kostenguts in gleicher Art über diese Grenze hinaus wäre irrationell, da es in anderer Verwendung größeren Nutzen zu stiften vermag. Das Gesetz des Ausgleichs der Grenznutzen bedeutet also, daß ein Kostengut in allen seinen Verwendungen, in allen durch seine Ausnützung untereinander produktionsverwandt gewordenen Wirtschaftszweigen nur in dem Maß verwendet wird, als dies nicht in einer anderen Produktion mit größerem Ertrage geschehen kann. Bei rationeller Wirtschaft sind die verschiedenen Verwendungsmöglichkeiten untereinander derart ausgeglichen, daß es in jeder den konkret größtmöglichen Nutzen stiftet, jede Verschie-

bung also irrationell wäre. Nach Sp. (S. 78) zeigt das Grenznutzengesetz, wie sich die Leistungsgrößen im wirtschaftlichen Handeln durchsetzen. Nicht alle Leistungsgrößen spielen die gleiche Rolle; nur die kleinste ist die Grundlage der Wertrechnung!

Der Nutzen des Vorrats gehört für Sp. zu den empirischen Voraussetzungen der Wirtschaft, ist eine Leistungsgröße, die erst als Moment in der Wirtschaftsrechnung zum Wert, zur Rechengröße wird. Das Grenznutzengesetz beschreibt das Verfahren, nach dem ein Vorrat gewertet wird. Gerade Sp., der die Einführung naturwissenschaftlicher und psychologischer Bestimmungen in die Nationalökonomie so erfolgreich bekämpft, wäre berufen gewesen, die Analyse noch über diesen Punkt hinauszuführen. Der Vorrat ist für die Ökonomie nicht etwas im voraus Gegebenes, sondern bildet sich erst als Resultat wirtschaftlicher Überlegung in einer konkreten wirtschaftlichen Situation zum Zweck des Überblicks über die Bedingungen wirtschaftlichen Handelns. Bei einer Veränderung des Versorgungszustands — sei es durch Verlust oder Eröffnung neuer Verwendungsmöglichkeiten — zwingt die Störung des Gleichgewichtszustandes zu anderer als der bisherigen Verwendung der Kostengüter. Entsprechend den Bedürfniscen, die ein Kostengut durch Erzeugung verschiedener Güter befriedigt oder befriedigen kann, werden diese zu Vorräten zusammengefaßt und nun untersucht, ob durch Verschiebungen in der Gütererzeugung ein höherer Grad von Bedürfnisbefriedigung erreichbar sei. Abstrakte Vorratsbildung ist wirtschaftlich sinnlos. Daß Güter das gleiche Bedürfnis befriedigen, macht sie noch nicht zu einer Einheit in ökonomischem Sinn, ist an sich wirtschaftlich irrelevant. Erst daß dasselbe Kostengut in ihre Produktion eingeht, schafft den „wirtschaftlichen Vorrat" als besondere Verwendungsart eines Kostenguts, deren Rationalität nachzuprüfen ist. Diesen Versuch einer Klärung des Grenznutzenbegriffs glauben wir deshalb hier anführen zu müssen, weil er mit Hilfe der Sp.schen Grundlegung der Wirtschaft unternommen ist und die Sp.sche Analyse in der Erkenntnis eines konkreten ökonomischen Problems weiterführt.

Entsprechend der Definition der Wirtschaft als eines Inbegriffs von Mitteln charakterisiert Sp. ihr Wesen als Leistung im Dienst des Zweckzusammenhanges. Die Leistung als solche, heißt es S. 83, ist keine Kategorie, sondern bezeichnet das Wesen der Wirtschaft selber, also eben das, dessen Begriffsmomente, Grundgestaltungen oder Kategorien bestimmt werden sollen. Sp. unterscheidet sechs Kategorien des leistungsmäßigen Aufbaues: Leistungsträger; Leistungsgröße; Leistungsarten; Leistungsabfolge; Leistungsbeeinflussung; die gesamte Bewährung oder die allgemeine Erfolgskategorie der Wirtschaft. Der II. Abschnitt des Fundaments sucht diese Kategorien zu klären.

Sp. kennt zwei Arten von Leistungsträgern: führende (aktive) und geführte (passive). Aktiv kann nur die menschliche Handlung (Arbeit) sein, passive Mittel sind zunächst alle stofflichen Dinge und Werkzeuge (S. 83 f.). Sie werden im Zusammenhang der Wirtschaft zu Produktionsfaktoren. Für Sp. sind die tatsächlichen, jeweils wirksamen (aktuellen) „wirtschaftlichen Letzten" stets nur die Arbeit, und die Güter, die passiven Elemente samt

dem Boden. Kapital schließt Sp. aus den Produktionsfaktoren im Sinne der „wirtschaftlichen Letzten" aus.

Die Kapitalleistung dient im Gegensatz zur unmittelbaren Gebrauchsleistung, die geradeswegs auf ein letztes gegebenes Ziel gerichtet ist, einem Umweg in der Zielerreichung. Sie schafft ein Hilfsmittel, das zwar selbst dem Ziel nicht dienen, aber zu seiner Erreichung mithelfen kann (S. 91). Die Kapitalleistung höherer Ordnung — worunter, wie schon erwähnt, auch die staatliche Organisation als wirtschaftliches Mittel betrachtet — hat Mittelbarkeit zweiten Grades, da sie für das Kapital wieder Hilfsmittel, Kapital, darstellt. Kapitalleistung höherer Ordnung ist jede Einteilung oder Organisierung, da sie das Zusammenwirken der Teilhandlungen und Gruppen des Arbeitsvorgangs ermöglicht. Näheres Eingehen auf Sp.s Ausführungen über die einzelnen Kategorien ist hier nicht möglich. An dieser Stelle ist vor allem ein Moment hervorzuheben, das für Sp.s Fundament prinzipiell wichtig ist und gleichzeitig zum III. Abschnitt, der die Gestaltenlehre der Leistungen schildert, überleitet.

Sp. nennt (S. 85) als tatsächliche, jeweils wirksame Letzte nur das Handeln und die Güter. Gut ist ihm leistender Bestandteil wirtschaftlicher Vorgänge. Die Ausschaltung des Kapitals aus den jeweils wirksamen Letzten ist bei ihm, seiner theoretischen Gesamtauffassung entsprechend, nicht in der technischen Reduktionsmöglichkeit der Kapitalgüter auf Leistungen von Grund und Boden und von Arbeitskraft, wie etwa bei Schumpeter, begründet. Ein „Letztes" für eine Wirtschaft kann nun offenbar nur ein Datum sein, das weiterer wirtschaftlicher Rationalisierung unzugänglich ist, dessen Verwendungsart bereits feststeht. In diesem Sinne ist es berechtigt, vom Unternehmer zu sagen, daß für ihn innerhalb des Produktionsprozesses eine bestimmte Menge und Art von Kapitalsgütern, Leistungen von Grund und Boden und von Arbeitskraft gegeben sind, daß er mit ihnen, nach Sp.s Ausdrucksweise, als mit „aktualen Letzten" zu rechnen hat, denn jede wirtschaftliche Situation hat die ihr entsprechenden Letzten. Der Unternehmer hat, solange der Produktionsprozeß selbst für ihn noch in Frage steht, er die Produktionsmittel erst zu erwerben hat, mit anderen „Letzten" zu rechnen, etwa mit dem Kaufpreis und den verschiedenen Kombinationsmöglichkeiten der in Betracht kommenden Produktionsmittel. Ist eine bestimmte Kombination gewählt, so erscheinen entsprechend der geänderten wirtschaftlichen Situation als die „Letzte" die Ausnützungsmöglichkeiten der Produktionsmittel in gegebenen Mengenverhältnissen.

Es ist sehr bedauerlich, daß Sp. die Durchführung seines auf dem Begriff der Leistung beruhenden Kategoriensystems im Plan einer Einzelwirtschaft nicht wenigstens in den Grundzügen andeutet. Die Buchhaltung jedes Betriebes würde ein Bild eines konkreten Leistungszusammenhangs bieten. In diesem würden sich auf jeder Stufe seiner Durchführung neue Produktionsfaktoren ergeben, die als Faktor in die Rechnung einzustellen sind. Daß Sp. diese Spezialisierung mangelt, ist vielleicht kein Zufall. Der Geltungszusammenhang der Zwecke präformiert ihm die Wirtschaft. Der Wichtigkeitsgrad

der einzelnen Ziele für ein bestimmtes Individuum bestimmt die besonderen Bedingungen für den Geltungszusammenhang. Die schon aufgezweigte Zwiespältigkeit der „Ziele" muß sich auch in der Durchführung des Systemes zeigen. Man könnte Sp.s Gedankengang etwa folgendermaßen weiterführen: Der Geltungszusammenhang der Zwecke ist ein sachlich logischer. Die Ordnung der Zwecke nach ihrer Wichtigkeit bestimmt die Art, in der dieser Geltungszusammenhang im individuellen Bewußtsein zum Ausdruck kommt. Wir würden einer solchen Auffassung nicht zustimmen. Sie würde die Frage, vor welche die idealistische Philosophie gestellt ist, nach dem Zusammenhang von Subjektivität und Sachgehalt nicht beantworten, aber sie würde eine Auffassung erklären, die ohne Eingehen auf eine konkrete Wirtschaftsrechnung das Wesen der wirtschaftlichen Begriffe klären will. Die allgemeinen wirtschaftlichen Kategorien entsprächen dem Geltungszusammenhang der der Zwecke, der an sich überindividuelle Geltung hat, wären durch ihn „präformiert". Die Erfüllung der Kategorien in der konkreten Wirtschaftsrechnung bestimmter Individuen hätte nur den — im Hinblick auf den reinen Geltungszusammenhang geschaffenen — Rahmen entsprechend der Individualität des wirtschaftenden Subjekts auszufüllen. Diese Aufgabe hätte dann nicht ein Fundament der Volkswirtschaftslehre, sondern eine auf seiner Basis aufbauende Individualwirtschaftslehre zu erfüllen.

Wird diese Anschauung durch Sp.s Lehre von den wirtschaftlichen Kategorien und Produktionsfaktoren erst angeregt, so drängt sie sich bei der Lektüre der Gestaltenlehre der Leistungen geradezu auf.

Die wirtschaftlichen Erscheinungen im Handlungsbereich, sei es Robinsons, sei es der eines empirischen Menschen, nennt Sp. „monogenetische" oder „einwurzelige" Wirtschaft, die darin vorkommenden Gebilde monogenetische oder einwurzelige, die diensthaften Erscheinungen und Gebilde beim Zusammenwirken vieler Wirtschaftseinheiten „verkehrswirtschaftliche", „polygenetische", „kongregale" oder „vielwurzelige".

Der Begriff des einwurzeligen Gebildes besteht in der leistungsmäßigen Verknüpfung aller um ein gleiches, verhältnismäßig selbstständiges Ziel gruppierter Handlungen und Güterverwendungen. Die Einschränkung „beziehungsweise" selbständig besagt bloß, daß jedes Ziel nicht unabhängig von anderen verfolgbar ist (S 106). Die Bestimmungsgründe im Bauplan der einwurzeligen Wirtschaft sind 1. die Leistungsarten, 2. die Leistungsstufen (in zeitlicher Abfolge), 3. die gestaltlichen Elemente der Wirtschaft (S. 112). Wirken zwei oder mehrere Wirtschaften sich ergänzend zusammen, so entsteht eine leistungsmäßige Verknüpfung, die sich von dem bisher betrachteten einwurzeligen Gebilde grundsätzlich unterscheidet. Wir nennen dies Gebilde „vielwurzelig" oder (polygenetisch), weil die in ihm verflochtenen Handlungen grundsätzlich von mehreren Wirtschaften stammen müssen; „verkehrswirtschaftlich", weil zwei in sich selbst gegründete und aufgebaute Wirtschaften miteinander in Verkehrsbeziehung treten; „kongregal", weil es nicht individueller, sondern gesellschaftlicher Art ist; „höherer Ordnung" endlich, weil es nicht unter der Bedingung eines Ziels steht und eine Aufgabe erfüllt, sondern mehreren

Wirtschaften zuzurechnen ist (S. 114). Man gibt Salz, um Waffen zu erhalten, und umgekehrt, also immer um der Ziele willen, die einem selbst angehören, nicht dem Gebilde des Tausches als solchem. Das Gebilde höherer Ordnung ist daher kein selbstgewachsenes Leistungssystem, sondern besteht nur durch die Ineinanderschachtelung von zwei solchen Leistungen, die für sich aber Glieder je eines einwurzeligen Gebildes sind (S. 115 f.).

Diese Auffassung Sp.s scheint widerspruchsvoll. Wer vom „monogenetischen Gebilde" ausgeht, kann nie zum „polygenetischen" gelangen. Betont ja Sp. selbst, daß die Leistung des polygenetischen Gebildes für jede an ihm beteiligte Einzelwirtschaft eine andere Bedeutung hat. Die „Ziele" anderer Menschen kommen für ein Wirtschaftssubjekt lediglich als Tatsachen in Betracht, die ihm die Feststellung und Deutung ökonomisch relevanter Ereignisse gestatten. Die Rationalisierung der Güterverwendungen anderer entsprechend deren Wertschätzungen fungiert nach Max Webers Ausdruck als Deutungsschema, als technisches Hilfsmittel, neben vielen anderen in seiner Wirtschaft, ohne daß diese zu einem prinzipiell andersartigen Gebilde würde. Der Unternehmer muß zur Feststellung der optimalen Erzeugungsmenge auch die Geldmengen kennen, die die verschiedenen Wirtschaftssubjekte für das Produkt zu opfern bereit sind. Jeder Preis ermöglicht einen gewissen Absatz. Der Grenzkonsument bedeutet eine Grenze in der Produktion des Unternehmers, d. h. die Möglichkeit der Fixierung eines angesichts der gegebenen Produktionsbedingungen wirtschaftlich rationellen Preises. Der schließlich fixierte Preis ist für die Wirtschaft von Unternehmer und Konsumenten nicht „derselbe", sondern hat für beide verschiedene Bedeutung. Doch auch dieser Satz, dem auch Sp. zustimmen würde, verleitet zu einem Irrtum. Der Ausdruck „verschiedene Bedeutung für verschiedene Wirtschaftssubjekte" erweckt den Eindruck, als könnte, wer von „monogenetischen Gebilden" ausgeht, „mehrere Wirtschaften" kennen. Er kennt aber stets nur eine einzige, der unter anderen Daten, die sie in ihre Rechnung einzustellen hat, auch empirisch psychologische Regelmäßigkeiten gegeben sind. Die Rationalisierung erfolgt immer nur von einem einzigen Punkt aus; die Konkretisierung der Kategorien kann nur in der Ausführung eines individuellen Wirtschaftsplanes erfolgen. Die Volkswirtschaft wird dadurch nicht zu einem Chaos, aber sie besteht nicht als „Gebilde", sondern lediglich als Gesamtüberblick, als äußere Zusammenfassung von Einzelwirtschaften, die in ihrer Struktur nur nacheinander und in vollständiger Unabhängigkeit entwickelbar sind. Für den vom „monogenetischen Gebilde" Ausgehenden besteht kein prinzipiell anders geartetes polygenetisches Gebilde sozialer Natur. Sp. steht der Philosophie Hegels und Fichtes sehr nahe. Hegel gelangte zur großen Synthese seiner Geschichts- und Gesellschaftsverfassung nur, indem er das Denken des Individuums zu einer Stufe in der Entwicklung und Offenbarung des e i n e n Weltgeistes machte. Fichtes absolutes Ich begrenzt sich selbst in der Setzung seines Gegenstands. Auch das individuelle Ich entsteht nur aus der Selbstbeschränkung des absoluten. Wird diese aufgehoben, so wird das subjektive Ich eins mit dem absoluten. Aufgabe der Forscher, welche die Rückkehr

zur klassischen Philosophie zur Vertiefung unserer erkenntnistheoretischen Einsicht für notwendig erachten, ist es, zu zeigen: wie die Wissenschaftslehre eines HEGEL und eines FICHTE für die Grundlegung der theoretischen Nationalökonomie fruchtbar gemacht werden kann. Eine Verabsolutierung des „Zusammenhangs der Zwecke", wie sie oben im Bestreben angedeutet wurde, SP.s Grundlegung im Sinn der idealistischen Philosophie weiterzuführen, hieße das Problem und seine Lösung ins Reich der Metaphysik verlegen. SP. ist es nicht gelungen, die Lehre der Grenznutzenschule, die von der Bedürfnisbefriedigung ausgeht, mit dem philosophischen Idealismus, der bei ihm im Begriff der Zwecksysteme und ihres Zusammenhanges zum Ausdruck kommt, zu vereinigen. Sein Werk ist eine ungerechtfertigte Anthropomorphisierung der Sachverhalte zu „Zielen" oder „Zwecken" menschlichen Strebens und unfähig, aus diesem Subjektivismus zu höheren sozialen Gebilden zu gelangen.

So der grundlegende Teil des SP.schen Werks. Dessen Detailausführungen müssen hier unberücksichtigt bleiben. Diese wird großenteils verwerten können, auch wer jenem nicht zustimmt. Seine Auffassung der Wirtschaft befähigt SP. zur Reinigung der Nationalökonomie von vielen, ihrem Sinn fremden Elementen, die gleichsam im Rohzustande aus Natur und Technik übernommen sind. Seine Theorie von Gut und wirtschaftlicher Fruchtbarkeit enthält wertvolle Resultate seines Kampfs gegen einen rein technisch quantitativen Reichtumsbegriff. Entsprechend den in der Volkswirtschaft bestehenden Leistungsmöglichkeiten entwickelt er ihren Bauplan. Jeder Leistungsart entspricht eine bestimmte Art der Reife. So vollzieht sich der Aufbau analog zu den monogenetischen Gebilden, nur bereichert durch das Verhältnis jeder Wirtschaftstätigkeit zum Leistungswechsel (Tausch, Verkauf), weil dieser im Drehpunkte der arbeitsteiligen Verkehrswirtschaft steht (S. 133). Die Theorie der Volkswirtschaft sucht SP. durch die Aufzeigung von Stufen, die sich aus dem Grad der Vereinheitlichung der gesellschaftlichen Wirtschaft ergeben, zu vertiefen. Wer die polygenetischen Gebilde ablehnt, kann allerdings die Volkswirtschaft in ihren Stufen höchstens als Zusammenfassung konkreter Bedingungen, mit denen das Wirtschaftsubjekt zu rechnen hat, als Typenbildung, gelten lassen. Verkehrswirtschaft, Volkwirtschaft etc. bezeichnen dann eine unter bestimmten Verhältnissen typische Art von Güterverwendung.

In seiner am 5. V. 1919 an der Universität Wien gehaltenen Antrittsvorlesung sucht SP. den Geist der Volkswirtschaftslehre unter besonderer Berücksichtigung ihrer Geschichte prägnant zum Ausdruck zu bringen. Er erklärt es als Grundirrtum der Gegenwart, daß es nur eine Volkswirtschaftslehre gebe. Solange der Widerstreit zwischen individualistischer und universalistischer Auffassung andauere, gebe es zwei Volkswirtschaftslehren (S. 7), die sich durch Verschiedenbeantwortung der Frage nach dem Ganzen der Wirtschaft unterscheiden. Der Individualismus sieht das Ganze aus seinen Teilen mechanisch zusammengesetzt; für den Universalismus geht das Ganze logisch dem Teil voran, wird dieser aus einem überindividuellen Zusammenhang begriffen.

Wie wir aus der Besprechung des Fundaments wissen, ist die Wirtschaft für Sp. ein Teilgebiet im System der Gesellschaftswissenschaften und daher sind ihm Individualismus und Universalismus gesellschaftswissenschaftliche Theorien, auf die jede wirtschaftliche Auffassung bewußt oder unbewußt zurückgeht. Die Auffassung der Volkswirtschaftslehre von Quesnay bis zu Ricardo war nach Sp. naturrechtlich-individualistisch. Quesnay hat die Grundsätze des Naturrechts auf die Volkswirtschaft übertragen. Indem jeder Mensch dem wirtschaftlichen Eigennutzen folgt, bildet sich der kausalgesetzlich von nebeneinanderwirkenden Kraftzentren bestimmte „ordre naturel".

Smith hat im Tausch diese autarken Individuen zueinander in Beziehung gesetzt, die aber bei ihm und seinen Nachfolgern eine rein äußerliche, im Eigeninteresse des Individuums begründete war. Im Tausch hat nun die Wirtschaft ihre Grundlage. Doch der Tausch wird quantifiziert. So, wie die Naturwissenschaft die Qualitäten Quantitäten zuordnet, so wird jeder einzelne Tauschakt zum Austausch gleicher Arbeitsmengen.

Im Gegensatz zur klassischen Nationalökonomie steht die romantisch-universalistische. In der Überwindung des Individualismus sieht Sp. die große Leistung Kants und Fichtes. Die Romantik, die Staat, Wirtschaft und Gesellschaft als Inhalte eines einheitlichen, von derselben Geistigkeit durchdrungenen Lebens und als Seiten des einen Lebens erfaßt, hat die Grundlage für die Volkswirtschaftslehre Adam Müllers abgegeben, der von der Staatslehre aus den Individualismus überwunden hat, den Kapitalismus als Desorganisation kritisiert, der Arbeitsteilung die Beziehung auf das Gemeinwesen gegenübergestellt, den mechanischen Reichtumsbegriff durch den universalistischen ersetzt, den Begriff der Organisation der Wirtschaft ausgebildet und so die universalistische Auffassung der Wirtschaft begründet hat.

Als weitere Leistungen der universalistischen Volkswirtschaftslehre nennt Sp. den Sozialismus, die ältere und jüngere historische Schule, die Grenznutzenschule und als die eigentlichen Nachfolger Adam Müllers Thünen und List.

Der Sozialismus hat, da Rodbertus und Marx an Ricardo anknüpfen, den Universalismus nicht ausbilden können. Lediglich in der Ersetzung der Arbeitsteilung durch die „Kooperation" sieht Sp. bei Marx eine universalistische Blickrichtung.

Bei der Besprechung des Fundaments wurde ausführlich dargelegt, wie sich Sp. eine Weiterbildung der Grenznutzenschule in universalistischem Sinn vorstellt. Im Vortrage betont er noch schärfer, daß Rechnung und Tausch des Wirtschaftssubjekts nur eine Seite der Wirtschaft sei, das wirkliche Wirtschaften aber auf den Gegenseitigkeitsverhältnissen aller Wirtschaftszweige, auf dem Gebrauch der Wirtschaftsmittel nicht nur e i n e s Wirtschaftssubjekts und e i n e s Wirtschaftskreises, sondern zuletzt auf der Mittelgesamtheit ihrer aller, d. h. auf dem Zweckzusammenhang des Gesamtgebrauchs, beruhe.

Ich verweise hierzu auf meine früheren kritischen Bemerkungen. Hier sei nur noch folgendes betont: Man mag immerhin die Auffassung der Klassiker mit Recht atomistisch nennen, insofern sie an einer Einzelerscheinung, an

Arbeitsteilung und Tausch, anknüpfte und ihre Erklärungsversuche auf sie konzentrierte. Jeder Tauschakt wäre demnach in seiner Vereinzelung als Austausch gleicher Arbeitsmengen verblieben. Allein bei RICARDO schon darf man die starken Ansatzpunkte nicht übersehen, die zu einer objektiven Preis- und Verteilungslehre auf Grund des Wertgesetzes führen und den einzelnen Tauschakt nur als Erscheinungsform dieses Gesamtzusammenhangs begreifen lassen; und erst recht unerfindlich ist es, wie SP. bei MARX als einzigen „universalistischen" Ansatzpunkt die Lehre von der Kooperation sehen kann. MARX hat selbst von sich gesagt, daß er die Lehre HEGELS in die Nationalökonomie eingeführt habe. Er hat im Wertgesetz ein gesellschaftliches Bewegungsgesetz gesehen, das Grundgesetz einer historischen Gesellschaftsordnung, des Kapitalismus. Es ist kein Zufall, daß der Grundbegriff der materialistischen Geschichtsauffassung und der Wertlehre der gleiche ist. Denn das Wertgesetz als Gesetz der kapitalistischen Epoche bringt nur die besondere Art des Verhältnisses der Menschen im Erwerbe ihres Lebensunterhaltes zueinander zu abstrakt begrifflichem Ausdruck. SP. erwähnt nicht einmal, obzwar ihm gerade seine Auffassung dies nahelegen müßte, MARXens Versuch einer Aufdeckung des Fetischcharakters der Ware, seine Gegenüberstellung der wertübertragenden und werterzeugenden Arbeit, der Arbeit in ihrer gesellschaftlichen Bedeutung und der mehrwertschaffenden Arbeit, der vom Kapitalisten als Ware gekauften Arbeitskraft. Das ganze Werk von MARX will zeigen, wie die Menschen in ihrem subjektiven Gewinnstreben eine objektiv vorgeschriebene gesellschaftliche Notwendigkeit erfüllen.

SP.s Schrift ist sicherlich die eines Sozialisten. Das Ganze ist ihm Ausgangspunkt. Dieser ist letztlich begründet im sozialen Charakter des menschlichen Denkens und Wesens. Er beruft sich (S. 22) auf FICHTES Ausspruch: „Sollen Menschen überhaupt sein, so müssen mehrere sein. Sobald man den Begriff des Menschen zu Ende denkt, kommt man vom Denken des einzelnen auf das Denken vieler." So ist es denn klar: SP. sind Einheit, Organisiertheit nicht nur ein formal logischer Begriff, sondern auch eine praktische Forderung. Um diese Idee des Zusammenhanges durch alle Zweige und Stufen menschlicher Kultur widerspruchslos durchführen zu können, wird er freilich den Universalismus zum tätigen Weltgeist metaphysisch vertiefen müssen.

ERNST SEIDLER (Wien).

1. GUSTAV CASSEL, Theoretische Sozialökonomie. (Lehrbuch d. Allgemeinen Volkswirtschaftslehre. Bearbeit. von L. POHLE und G. CASSEL. 2. Abt.) Leipzig, C. F. Winterscher Verlag, 1918. gr. 8°. XII u. 582 S.
2. KARL DIEHL, Theoretische Nationalökonomie. 1. Bd.: Einleitung in die Nationalökonomie. Jena, Gustav Fischer, 1916. gr. 8°. XII u. 500 S.
3. W. GELESNOFF, Grundzüge der Volkswirtschaftslehre. Nach einer vom Verf. f. d. deutsche Ausgabe vorgen. Bearbeitung d. russ. Originals über-

setzt von E. Altschul. Leipzig u. Berlin, B. G. Teubner, 1918. gr. 8°. XII u. 613 S.

Vor uns liegen drei neue Lehrbücher der Nationalökonomie, die besonderes Interesse beanspruchen.

Diehl entwirft ein zwar niederschmetterndes, aber leider zutreffendes Bild vom gegenwärtigen Stand der nationalökonomischen Forschung und Lehre in Deutschland. Die älteren Vertreter der historischen Nationalökonomie „waren in ihren Werken immer noch in lebhaftem Konnex mit der alten nationalökonomischen Theorie geblieben" (S. 222). Unter dem Einfluß Schmollers und Brentanos habe sich jedoch fast der gesamte wissenschaftliche Nachwuchs mit historisch-deskriptiver Spezialarbeit beschäftigt. Dabei sei zwar ein großes Material angehäuft worden, man beobachte aber „oft eine bedauerliche Unkenntnis und Unklarheit hinsichtlich der für diese Fragen grundlegenden theoretischen Gesichtspunkte". Es fänden sich „nicht nur Meinungsverschiedenheiten, sondern vor allem — was beklagenswerter ist — es ist oft ein Mangel an Fähigkeit zu beobachten, über diese Probleme klar zu urteilen, weil die Erziehung zu theoretischem Denken allzu stark vernachlässigt wurde" (S. 223). „Indem die historische Schule den engen Zusammenhang der Volkswirtschaft mit dem gesamten Kulturleben betont, ist sie der Gefahr nicht entgangen, ein bedenkliches Vielerlei zu bieten, so daß oft die Darstellung der Volkswirtschaftslehre sich wie eine allgemeine Kulturgeschichte liest." Das sei wieder besonders bei Schmoller der Fall. „Dem Studenten, der dessen Grundriß durcharbeitet, wird bei der Fülle technischen, ethnographischen, geographischen und kulturhistorischen Materials . . ., nur schwer zum Bewußtsein kommen, was eigentlich Volkswirtschaft sei" (S. 224 f.). Die historische Schule leide aber „auch an einem inneren Widerspruch. Gerade diese Richtung, die es als ihre wesentliche Aufgabe ansah, die naturrechtlich-naturgesetzliche Richtung zu bekämpfen, und stets den Relativismus der Lösungen und den historisch-nationalen Charakter aller Wirtschaftsinstitutionen hervorhebt, behauptet selbst, daß das Wirtschaftsleben eine bestimmte naturgesetzliche Entwicklung aufweise. Alle ihre Hauptvertreter haben, wenn auch in verschiedenem Grade, in offenbarem Widerspruch zu ihrer sogenannten historischen Methode von notwendigen Entwicklungsstufen gesprochen, die jede Volkswirtschaft durchmachen müsse, sprechen von natürlichen Entwicklungen des Wirtschaftslebens" (S. 225). „Trotzdem sie besonders energisch den Absolutismus der Lösungen von seiten der klassischen Ökonomie bekämpft, hat sie selbst einen neuen Absolutismus dieser Lösungen eingeführt, nur mit dem Unterschied, daß, während der Absolutismus der Lösungen bei dieser in einer möglichst freiheitlichen Wirtschaftspolitik bestand, hier eine möglichst weitgehende Einmischung des Staates in das Wirtschaftsleben gefordert wird" (S. 228).

Die historisch-ethische Richtung der Nationalökonomie herrsche aber nicht unbedingt. Sie habe verschiedene Reaktionen ausgelöst. Von Neumann und Dietzel, die an die klassische Nationalökonomie anknüpfen abgesehen, kämen

hier in erster Linie die an KARL MENGER anknüpfende Österreichische Schule in Betracht und dann die beiden Hauptvertreter „neuerer theoretischer Richtung" SCHUMPETER und LIEFMANN, „die in neuer, eigenartiger Weise eine reine Ökonomie zu begründen gesucht haben" (S. 304).

Was man an dieser Darstellung zunächst aussetzen muß, ist, daß sie der selbstgestellten Aufgabe: darzulegen „welche Arten des nationalökonomischen Denkens sich im Laufe der Entwicklung vom Beginn unserer Wissenschaft bis zur Gegenwart herausgebildet haben, welche Methoden des Forschens von besonderem Einfluß geworden sind, welche Resultate sie gezeitigt haben, welche Probleme und Richtungsverschiedenheiten sie hervorgerufen haben" (S. 145), nicht gerecht wird. D. leitet seine Darstellung der Systeme und Methoden der nationalökonomischen Forschung mit einem Überblick über die Entwicklung der klassischen Nationalökonomie und ihrer Epigonen ein. Mit der Mitte des 19. Jahrh. bricht jedoch die Besprechung der Leistungen der ausländischen Nationalökonomie ab. Man muß aus D.s Darstellung den Eindruck gewinnen, als ob die Leistungen der nichtdeutschen Nationalökonomie seit 50 Jahren überhaupt nicht zähle und daß die Führung in der Wissenschaft durchaus auf Deutschland übergegangen sei.

Nun ist es wohl richtig, daß die Deutschen sich dessen, was sie in den letzten zwei Menschenaltern vollbracht haben, nicht zu schämen brauchen. Man mag die Leistungen von JEVONS, WALRAS, PARETO, CLARK und ihren Landsleuten noch so hoch anschlagen, man wird doch zugeben müssen, daß das, was GOSSEN, KARL MENGER, WIESER und BÖHM-BAWERK geschaffen haben, mindestens ebenbürtig ist, wenn man nicht überhaupt der Ansicht ist, daß diese deutschen Denker die Führung in der modernen Entwicklung unserer Wissenschaft innehaben. Aber so ist dies von D. gar nicht gemeint Er wird GOSSEN und den Österreichern nicht im mindesten gerecht.

Es ist schon eine Verkennung der Stellung, die der österreichischen Schule in der Geschichte unserer Wissenschaft zukommt, wenn man sie als „Reaktion" gegen die historische Schule auffaßt. Die moderne subjektive Wertlehre ist vielmehr die Fortbildung der älteren — sogenannten — klassischen Nationalökonomie, auf der sie in der Methode fußt und von deren Problemstellung sie ausging. Die Nationalökonomie war freilich um die Mitte des vorigen Jahrhunderts an einem toten Punkt angelangt, über den ihr nur die Leistung erstklassiger Denker hinweghelfen konnte. Es galt die scheinbare Antinomie des Nutzwertes zu überwinden. Dieser Schritt — die Fundierung der Wichtigkeit der von einem Gut abhängigen Bedürfnisse auf der Skala der konkreten Bedürfnisregungen anstatt auf der Skala der Bedürfnisgattungen — der den Weg für die moderne wissenschaftliche Forschung freimachte, konnte freilich nur das Ergebnis der Denkarbeit genialer Männer sein. Schon das allein aber, daß er von mehreren Männern, unabhängig voneinander, in verschiedenen Ländern gemacht wurde — erst von GOSSEN, dann ungefähr gleichzeitig von MENGER, JEVONS und WALRAS — beweist, daß er auf dem Wege der theoretischen Arbeit gelegen war, daß er aus dem, was früher gedacht und geschrieben worden war, mit Notwendigkeit folgte. Die großen Bahnbrecher

der Grenznutzenschule stehen auch nicht ohne Vorläufer da. Auch in Deutschland hat es solche gegeben. Man denke etwa an THÜNEN oder MANGOLDT. Die Entwicklungslinie von RICARDO und MILL zu den Modernen wird nirgends durch die historisch-ethische Richtung unterbrochen. Auch chronologisch ist die Behauptung, die moderne Lehre wäre als eine Reaktion gegen die historische Schule entstanden, nicht aufrechtzuhalten. Die grundlegenden Arbeiten der neuen Schule erschienen 1854, 1862, 1871, 1874, mithin lange bevor die jüngere historische Schule dazu gekommen war, ihre Grundanschauungen zu formulieren. MENGERS „Untersuchungen über die Methode der Sozialwissenschaften", die eine Kritik der methodologischen, logischen und erkenntnistheoretischen Lehren der älteren historischen Schule bringen, kann man keineswegs als „Reaktion" gegen die Ansichten der Historiker klassifizieren. Sie gerade knüpfen in ihren positiven Ausführungen stärker an die Klassiker an als die anderen Lehren der Modernen.

Es geht auch nicht an, wie D. nach Art der Lehrbücher der Anhänger der historischen Schule es tut, MENGER, BÖHM und WIESER als interessante Eigenbrödler zu behandeln, die aus dem großen Zug der wissenschaftlichen Entwicklung herausfallen. Man darf doch nicht immer wieder als Wissenschaft allein das ansehen, was auf Deutschlands Kathedern gelehrt wird, und sich gegenüber dem, was die ganze übrige Welt tut, verschließen. In der Tat liegt die Sache so, daß wir heute eine große moderne Nationalökonomie haben, zu deren Fortschritten außer deutsch-österreichischen vor allem angelsächsische, französische und italienische, daneben auch niederländische, dänische und schwedische Forscher beigetragen haben, und es wäre nur zu untersuchen, warum gerade die Deutschen im Reich diese große wissenschaftliche Entwicklung nicht mitgemacht haben. D. ist weit entfernt davon, dies zu erkennen. Der Name CLARK kommt in seiner Übersicht der wissenschaftlichen Schulen nur einmal nebenbei vor; JEVONS und WALRAS werden mehrmals — immer nur flüchtig — erwähnt. Dagegen wird LIEFMANN, dessen Schriften doch nichts anderes als eine Verballhornung der österreichischen Lehren sind, mit einer seiner Bedeutung durchaus nicht angemessenen Breite behandelt. Bei der Behandlung SCHUMPETERS macht sich das Ignorieren von CLARK und WALRAS besonders fühlbar.

Dieser Mißachtung der modernen Theorie entspricht auch die Art der Kritik, die an die wegwerfenden Bemerkungen, mit denen SCHMOLLER, BRENTANO und ihre Schüler die „Österreicher" abzutun lieben, erinnert. Bedauerlich ist es, daß dabei eine Menge von Einwänden vorgebracht werden, die von den Vertretern der modernen Lehren bereits wiederholt mit Erfolg zurückgewiesen wurden. Es ist D.s gutes Recht, jeder Deduktion seiner wissenschaftlichen Gegner gegenüber auf seiner Meinung zu beharren und seinen abweichenden Standpunkt durch Antikritik zu rechtfertigen. Es muß aber mit Befremden festgestellt werden, daß er dabei den neuesten Stand der Literatur nicht berücksichtigt, so daß seine Polemik an den Argumenten der Gegner vorbeigeht. So z. B. bei der Besprechung der Schwierigkeiten, die sich aus der Tatsache der Unmöglichkeit der Messung von Gefühlsgrößen für

Preislehre ergeben (S. 297). Hier wäre auf die Ausführungen von Böhm (Kapital und Kapitalzins, 3. Aufl., II, 331—340) und meinen Versuch einer Lösung des Problems (Theorie des Geldes und der Umlaufsmittel, S. 15—24) zu verweisen.

Die Art der Kritik D.s an der Grenznutzentheorie kann am besten an einem Beispiel erläutert werden. Da heißt es S. 287: „In dem bekannten Beispiel des Kolonisten mit den fünf Säcken Getreide meint Böhm, der Kolonist schätze den Sack nach dem Grenznutzen, d. h. nach der Haltung der Papageien; dies ist ganz richtig für den Fall, daß dem Kolonisten wirklich dieses, bei rationeller Erwägung betrachtet, unwichtigste Bedürfnis auch nach seinem subjektiven Ermessen als das erscheint, welches er am ehesten entbehren würde, wenn ihm ein Sack verlorenginge; wie aber, wenn der Kolonist soviel Freude an der Haltung der Papageien fände, daß er, wenn auch irrationellerweise, lieber auf die Fleischnahrung verzichtet, als auf das Vergnügen der Papageien? Jetzt wird ihm, wenn er einen Sack verlöre, der Verlust gleich der entgangenen Fleischnahrung erscheinen, und nicht gleich der mindest wichtigen Verwendung, nicht gleich der nach dem Grenznutzen. Wir geben zu, die rationelle Überlegung und die, welche stets die ökonomisch beste Verwendung ins Auge faßt, ist auf den Grenznutzen gerichtet; wir bestreiten aber, daß sie so allgemein geübt wird, daß sie zur Voraussetzung einer allgemeinen Wertlehre genommen werden kann. Wie mancher Trinker vertrinkt sein Geld, statt es für Brot und sonstige Nahrung zu verwenden; der Einwand..., daß dies Ausnahmen seien, daß es auf den großen Durchschnitt ankäme, kann ich nicht gelten lassen, denn wenn wir die Frage erörtern, wonach die Menschen die Güter der Außenwelt schätzen, dürfen wir nicht einen rationellen Normalmenschen nehmen, sondern ... die Menschen, wie sie sind, mit ihren mannigfachen Trieben, Wünschen, Launen und Begierden. Ein guter Teil der sozialen Frage wäre gelöst, wenn die Menschen immer nach der Art wirtschafteten, die Böhm zur Voraussetzung seiner Wertlehre macht." D. übersieht hier vollkommen, daß es nicht darauf ankommt, daß der Kolonist die Bedürfnisse nach rationellen Erwägungen, die einer objektiven Kritik standhalten, ordnet. Ob und warum der Kolonist die Haltung von Papageien dem Fleischgenuß vorzieht, ob er seiner Gesundheit vielleicht besser nützte, wenn er anders handelte, ist vollkommen gleichgültig. Von Bedeutung ist allein, daß er die Bedürfnisse verschieden wertet und danach sein Handeln einrichtet. Wenn er die Haltung von Papageien der Fleischnahrung vorzieht, dann meint er eben, daß der Nutzen der Fleischnahrung geringer ist als der der Haltung von Papageien. Dann schätzt er das Vergnügen am Halten von Papageien höher ein als die Befriedigung des Hungers durch Fleischgenuß, dann ist es ihm unter den in Frage kommenden Bedürfnissen das nach Fleischnahrung das mindest wichtige. Stets ist von der modernen Schule gelehrt worden, daß die Rangordnung der Bedürfnisregelung von subjektiven Wertschätzungen der Individuen abhängig sei und daß der objektive Gebrauchswert nur indirekt, durch das Medium der subjektiven Wertschätzung hindurch, auf den Preis wirksam zu werden vermöge.

Der Grenznutzen richtet sich nicht nach der objektiv, sondern nach der subjektiv mindest wichtigen Verwendung. Wer das verkennt, hat sich wirklich nicht viel Mühe gegeben, in das Lehrgebäude der modernen Schule einzudringen.

Nun zu D.s positiven Lehren. Ihr Grundgedanke ist, „daß das ökonomische Prinzip in keiner Weise als Ausgangspunkt für volkswirtschaftliche Betrachtungen genommen werden darf. Dieses ökonomische Prinzip ist eine reine Nützlichkeitsmaxime für alle möglichen Betätigungen des Menschen, spielt im gesamten Kulturleben der Menschen eine Rolle, darf aber niemals als das entscheidende Kriterium volkswirtschaftlicher Erscheinungen aufgefaßt werden. Es ist und bleibt eine Maxime für den einzelnen Menschen, ist aber nicht die Norm, welche von der sozialen Organisation als die maßgebende betrachtet wird. Es ist ein privatwirtschaftliches und ein technisches Prinzip, aber kein volkswirtschaftliches. Für den einzelnen Wirtschafter ist es eine selbstverständliche Nützlichkeitsmaxime, daß er mit den ihm zu Gebote stehenden Mitteln möglichst haushälterisch umgehen und möglichst viel erreichen will, und ebenso ist es in der Technik ein allbekannter Grundsatz, daß mit einem möglichst geringen Kräfteaufwand ein möglichst großer Erfolg erzielt werden soll. Alles das sind aber nicht Gesichtspunkte, nach denen eine Sozialwirtschaft sich zu richten hat. Wir müssen hier immer wieder betonen, daß wir nicht den Ausgangspunkt nehmen von einzelnen Individuen und ihren Bestrebungen und Wünschen, sondern von den Normen, welche das soziale Gemeinschaftsleben regulieren“ (S. 8 f.). Nichts sei „so irreführend als der Gedanke, daß die Privatwirtschaft oder die Einzelwirtschaft die Grundlage der Volkswirtschaft sei, und kaum hat es ein schieferes Bild gegeben, als wenn man davon gesprochen hat, daß die Privatwirtschaft die „Zelle“ der ganzen Volkswirtschaft wäre. Gerade umgekehrt liegt der Fall. Die Einzelwirtschaft oder die Privatwirtschaft ist nur ein dienendes Glied in der sozialen Gesamtorganisation, die wir Volkswirtschaft nennen, und erst durch die volkswirtschaftliche Gesamtorganisation wird den einzelnen Privatwirtschaften Art, Maß und Tempo ihrer Betätigung vorgeschrieben“ (S. 9).

Die sozialrechtliche Richtung der Nationalökonomie, wie D. seine Forschungsmethode bezeichnet, bedeute „Ablehnung jeder Art von Aufstellung sogenannter wirtschaftlicher Gesetze. Diese ‚Gesetze‘ sind deshalb unmöglich, weil es überhaupt keine dauernden, immer sich gleichbleibenden wirtschaftlichen Erscheinungen gibt; diese wechseln je nach der Gesellschaftsform, die gerade untersucht wird. Was wirklich allen ökonomischen Gesellschaftsformen gemeinsam ist, wie z. B. gewisse natürliche Schranken der wirtschaftlichen Produktion, hat ‚natürlichen‘ Charakter an sich, gehört zu den naturwissenschaftlichen und nicht zu den sozialwissenschaftlichen Erkenntnissen. Es können immer nur gewisse Regelmäßigkeiten und Entwicklungstendenzen innerhalb einzelner Gesellschaftsformen aufgestellt werden, nie allgemeine Wirtschaftsgesetze. Wenn solche Wirtschaftsgesetze aufgestellt wurden, waren sie irreführenderweise aus gewissen psychologischen oder physischen Eigentümlichkeiten der Menschen abgeleitet“ (S. 400). Die sozialrechtliche Richtung bedeute „eine Wirtschaftstheorie in concreto an Stelle der vielfach früher

üblichen Wirtschaftstheorien in abstracto; indem die Wirtschaftstheorie nicht von einem fingierten homo oeconomicus ausgeht, sondern von einer konkreten Gesellschaftsform, die auf ihre tatsächlichen wirtschaftlichen Erscheinungen untersucht wird, erhält die Theorie einen viel realistischeren, lebenswahreren Charakter, als dies bei der sogenannten ‚reinen' Wirtschaftstheorie der Fall war. Wenn diese Methode auch den historischen Charakter aller Wirtschaftserscheinungen betont, so fordert sie keineswegs ausschließlich historische Forscherarbeit und damit Preisgabe der theoretischen Forschung. Diese soll nur auf eine andere Basis gestellt werden, sie soll die Aufgabe haben, die Phänomene innerhalb einzelner Epochen des Wirtschaftslebens zu erklären, nicht allgemeine, ewige Gesetze aufzustellen; aber indem die Theorie im Gegensatz zur deskriptiven Erforschung die Zusammenhänge, die Verkettungen und Verknüpfungen der wirtschaftlichen Erscheinungen erforscht, liefert sie durch diese zusammenfassende Arbeit ebenfalls Wirtschaftstheorie. Es ist nur die Verwechslung von theoretischer Forschung mit dem Suchen nach Gesetzen, die aus einer gewissen naturwissenschaftlichen Auffassung der Wirtschaftslehre hervorgeht, welche dieser realistischen Theorie den Charakter theoretischer Forschung überhaupt absprechen will" (S. 400).

Eine kritische Überprüfung dieser Anschauungen D.s, die nach seinem eigenen Zeugnis den von STAMMLER und STOLZMANN vorgetragenen Lehren besonders nahestehen sollen, hat festzustellen, daß in ihnen kaum etwas Positives über Wesen, Inhalt und Möglichkeit nationalökonomischer Erkenntnis enthalten ist. Sie wiederholen nur die Kritik der historischen Schule an den Lehren der klassischen Nationalökonomie. Wenn man diese Kritik ungeachtet aller Ergebnisse der neueren methodologischen Arbeiten und ungeachtet aller Leistungen der modernen Schule für gerechtfertigt hält, dann bleibt eben nichts anderes übrig als jene Art des wissenschaftlichen Betriebs, den die historisch-ethische Richtung heute in Deutschland pflegt. Diese lehnt aber auch D. ab. Er gibt sich einer Täuschung hin, wenn er meint, daß zwischen seinen methodologischen und erkenntnistheoretischen Anschauungen und jenen, die gerade die von ihm mit Recht heftig getadelten Anhänger der empirisch-realistischen Forschungsmethode in ihren Arbeiten befolgen, ein wesentlicher Unterschied liegt. Es ist kein Fortschritt über die übliche Methode der deskriptiven Arbeit, wenn man fordert, es mögen „die Verkettungen und Verknüpfungen der wirtschaftlichen Erscheinungen" erforscht werden. Jeder, der die Milchversorgung einer Stadt oder die Entwicklung der Landwirtschaft in einem Lande untersucht, will ja solche Verkettungen und Verknüpfungen herausfinden, strebt ja nach der Erkenntnis gewisser „Regelmäßigkeiten und Entwicklungstendenzen innerhalb einzelner Gesellschaftsformen".

D.s Werk ist auf nicht weniger als 4 Bände berechnet. Der vorliegende I. Band enthält nichts anderes als dogmengeschichtliche, kritische und methodologische Ausführungen, die als Einleitung zu den systematischen der folgenden noch ausstehenden Bände gedacht sind. In diesen wird D. zu zeigen haben, ob man, wenn man an seinen methodologischen Ansichten festhält, mehr zu bringen vermag als etwa SCHMOLLER.

* * *

Auch Cassels Buch ist in erster Linie vorzuwerfen, daß es an der Grenznutzenlehre mit oberflächlichen Bemerkungen vorübergeht. Unzweifelhaft besitzt der Schwede C. eine umfassendere Kenntnis der modernen nationalökonomischen Literatur, als man sie in Deutschland durchschnittlich anzutreffen gewöhnt ist; doch es scheint, als ob er bei ihrem Studium manches mißverstanden hätte. Sonst hätte er wohl nicht als wichtigste Einwendung gegen die Grenznutzenlehre vorbringen können: „daß sie in die Wirtschaftslehre fremde Aufgaben hineinzieht". Die Gründe, warum die Nachfrage einer Wirtschaft sich so oder so gestalte, seien für die Wirtschaftslehre „ohne Bedeutung" (S. 68). Er hätte bemerken müssen, daß er selbst, wenn er die Preisbildung nach dem „Prinzip der Knappheit" erklärt, nichts anderes tut als die von ihm heftig getadelte Grenznutzentheorie, nur in unzulänglicher, weil mit den zu erklärenden Tatsachen in Widerspruch geratender Weise. Es ist auch nicht richtig, wenn C. behauptet: „Die Grenznutzentheorie ist ein Versuch, die Psychologie der Nachfrage in eine abstrakt mathematische Form hineinzuzwingen. Der ‚Nutzen' einer Bedürfnisbefriedigung wird als arithmetisch schätzbar betrachtet" (S. 67). Was C. unter „arithmetischer Schätzbarkeit" versteht, ist nicht klar. Die Grenznutzentheorie kennt diesen Begriff nicht. Das, wovon sie ausgeht, ist die Tatsache, daß die wirtschaftenden Menschen die Gütermenge verschieden werten, d. h., eine konkrete Gütermenge einer anderen vorziehen. Leider bleibt C. den Nachweis für die Behauptung schuldig, daß die Grenznutzenlehre die Gestaltung der Nachfrage „nur durch gekünstelte Konstruktionen und unter einer ziemlich starken Vergewaltigung der Wirklichkeit" aus einem einzigen Prinzip herzuleiten vermöge (S. 68).

Die nationalökonomische Theorie pflegt seit alters her die Tauschvorgänge zunächst unter Außerachtlassung der Tatsache, daß der Tauschverkehr sich in aller Regel durch Vermittlung eines allgemein-gebräuchlichen Tauschmittels, des Geldes, vollzieht, zu untersuchen. Sie stellt zunächst eine Theorie des direkten Tausches auf, zu deren Ergänzung sie dann die Lehre vom indirekten Tausch, in der das Geld und die Umlaufsmittel und die durch den Geldgebrauch hervorgerufenen Modifikationen des Wirtschaftsverkehres, zu denen m. E. auch die Wirtschaftskrisen gehören, behandelt werden, hinzufügt. Diese Art der Isolierung der Erscheinungen ist der einzige Weg, der zur Erkenntnis der verwickelten Vorgänge der Wirtschaft führt. Es ist daher als unzweifelhafter Rückschritt zu bezeichnen, wenn C. es anders machen will. Für die Entscheidung der Frage, ob der von C. oder der sowohl von der klassischen als auch von der modernen Nationalökonomie gewählte Weg vorzuziehen sei, ist es gänzlich irrelevant, ob der Geldwirtschaft geschichtlich eine Periode des direkten Tausches vorausgegangen ist. Es ist richtig, wenn C. meint, „die menschlichen Werturteile seien ihrer Natur nach relativ", und „die Menschen haben es immer praktisch notwendig gefunden, dieselben auf einen gemeinsamen Nenner zurückzuführen, d. h. in Geld auszudrücken" (S. 41). Aber es ist nicht richtig, daß „jeder Versuch, eine Wertlehre ohne einen gemeinsamen Nenner für Werturteile zu begründen, auf große Schwierig-

keiten stoßen muß". Es kann anerkannt werden, daß C. in seinen früheren Arbeiten manches Wertvolle zur Kritik der Grenznutzenlehre beigetragen hat und daß seine Schriften Anlaß zu einer gründlichen Revision der Ausdrucksweise der modernen Theorie und auch des Inhaltes mancher ihrer Lehrsätze gegeben haben. Doch sein Versuch, „die ganze sogenannte Wertlehre vollständig aus der ökonomischen Wissenschaft auszumustern" (S. 41), scheint mir gründlich verfehlt.

Der Marxischen Wert- und Zinstheorie steht C. schroff ablehnend gegenüber (S. 157).

Besondere Beachtung verdient der Versuch, alle Preisprobleme nicht nur für die freie Tauschwirtschaft, sondern auch für die sozialistische Wirtschaft zu untersuchen. Daß die Lösungen C.s durch seine Auffassung des Preisproblems bestimmt sind, ist selbstverständlich, und es kann nicht wundern, daß die Behandlung dieser Fragen durch ihn zu manchen Widersprüchen herausfordert. Doch ist es auf diesem so schweren und wenig bearbeiteten Gebiet — nur Böhm und C. selbst in seinem Buch „Das Recht auf den vollen Arbeitsertrag" (Göttingen 1900) haben hier vorgearbeitet — nicht leicht, gleich die richtige Problemstellung zu finden. Ebenso neu und interessant ist, was C. in einem besonderen Anhang über die theoretischen Probleme der Kriegswirtschaft zu sagen weiß.

* * *

Wenn man die Bezeichnung Marxist auf jene Schriftsteller beschränken will, die nach scholastischen Methoden Marx auslegen und kommentieren und sich dabei bemühen, den Nachweis zu erbringen, daß alles Vernünftige ohnehin schon von Marx gesagt wurde und daß alles, was Marx nicht gesagt hat, unvernünftig ist, dann darf man Gelesnoff nicht als Marxisten ansprechen. G. ist auch weit entfernt davon, nach Art der orthodoxen Marxisten jede Abweichung von der richtigen Lehre mit einem Anathema zu belegen. Dennoch muß man ihn als Marxisten bezeichnen, da er in den Marxschen Lehren „die letzte große Etappe in der Volkswirtschaftslehre" sieht (S. 239) und mit einigen Modifikationen, die er von den deutschen Etatisten übernimmt, vorträgt.

Auch gegen G. muß man den Vorwurf erheben, daß er das, was in der Nationalökonomie in den letzten zwei Menschenaltern geleistet wurde, nur ungenügend kennt. Daß er in den Geist der modernen Nationalökonomie nicht eingedrungen ist, zeigt seine Kritik der Grenznutzenlehre, die nicht weniger oberflächlich ist als die Schmollers oder Brentanos. Die Grenznutzentheorie, meint er „vergißt, daß die Menschen bei ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit die Güterarmut der sie umgebenden Natur durch Kraftaufwand zu überwinden streben, daß somit die Grenzen der Abhängigkeit des Menschen von der materiellen Welt dehnbar werden und sich stets erweitern" (S. 213). Ihren Ausführungen „liegt die stillschweigende Annahme zugrunde, die Quantitäten der wirtschaftlichen Güter seien sozusagen im voraus bestimmt, könnten von der Produktion nicht beeinflußt werden" (S. 214). Das „sei ein Ignorieren der Produktionsverhältnisse oder jedenfalls eine ungenügende Be-

rücksichtigung derselben" (S. 215). Man ist in Verlegenheit, was man auf eine derartige Kritik erwidern soll. Denn man muß doch annehmen, daß G. die Werke der Modernen, die er zitiert, z. B. Böhms Kapital und Kapitalzins oder Clark's Essentials, gelesen und nicht bloß ein wenig darin geblättert hat. Dann hätte ihm doch nicht entgehen dürfen, daß zu den wichtigsten Leistungen der modernen Nationalökonomie die Herausarbeitung der Gesetze, die die Abhängigkeit der Produktion von den subjektiven Wertschätzungen beschreiben, gehört.

Übrigens lehnt G. schließlich die Grenznutzentheorie, von der er leider nur eine ungenügende Vorstellung hat, doch nicht schroff ab, sondern sucht sie mit der Arbeitswerttheorie zu versöhnen (S. 239). Man kann nicht gerade sagen, daß ihm dies gelungen wäre. Für die moderne Theorie besteht zwischen Nutzen- und Kostentheorie längst nicht mehr jene unüberbrückbare Kluft, die die älteren Schulen trennt und die G. offenbar noch für die Gegenwart als bestehend annimmt. Doch so einfach mit „einerseits" und „anderseits", wie er es tut, läßt sich die Sache nicht abtun. Am wenigsten glücklich ist er mit seinem Eklektizismus in der Geldtheorie. Hier ist ihm übrigens der neueste Stand der österreichischen und amerikanischen Literatur nicht bekannt, da er sonst nicht gut sagen könnte: „Die Anhänger der Grenznutzentheorie halten es selbst nicht für möglich, den Grenznutzen zur Erklärung des Geldwertes heranzuziehen" (S. 351).

Das alles sind schwere Mängel des G.schen Buches, die kein Kritiker übersehen kann. Doch das Buch hat auch große Vorzüge. Es ist eine einseitige Darstellung der Volkswirtschaftslehre auf Grundlage der marxistischen Lehre, aber es macht den Leser doch einigermaßen auch mit der klassischen Nationalökonomie und, wenn auch in nicht zutreffenden Bildern, mit einigen Seiten der modernen Theorie bekannt. Es ist fesselnd und leicht verständlich geschrieben, ein angenehmes Lesebuch, das in die Fragen der Wirtschaftspolitik gut einführt. Es ist in deutscher Sprache, soviel ich sehe, das einzige brauchbare einführende und umfassende Werk über Volkswirtschaftslehre, das auf marxistischer Grundlage aufgebaut ist. Und es ist zweifellos besser als die Bücher von Schmoller, Conrad und manchen anderen geeignet, bei einem Anfänger Interesse an den Problemen zu erwecken. Auch zeitgeschichtlich beansprucht es ein großes Interesse. Der Verf. ist Professor an der landwirtschaftlichen Hochschule in Moskau. Sein Buch ist aus Vorträgen hervorgegangen, die er im Jahre 1893 auf Anregung der Historischen Gesellschaft in Kiew gehalten hat. Es hat trotz seines Umfanges im Rußland der Zaren bereits 7 Auflagen erlebt. Zweifellos hat es auch einen gewissen Anteil an dem Erfolge, den der sozialistische Gedanke in Rußland davongetragen hat. Für uns Deutsche aber ist es neuerdings ein Beweis dafür, daß das russische Denken in der Nationalökonomie von der deutschen Wissenschaft abhängig ist. In den Fragen der Wirtschaftstheorie ist G.s Werk mit Marx und Lexis am nächsten verwandt, in den Fragen der Soziologie und der Wirtschaftspolitik mit Schmoller und Sombart. Es ist auch symptomatisch, daß gerade dieses Buch, das sich doch in keiner Weise durch

Neuheit der vorgetragenen Gedanken auszeichnet, ins Deutsche übersetzt wurde, während, um nur einige zu nennen, die Schriften von JEVONS und CLARK der Übersetzung harren.

Den drei besprochenen Werken ist bei aller Verschiedenheit der Auffassung und Behandlung der Probleme eines gemeinsam: Die Ablehnung der modernen subjektiven Wertlehre. Wer nur die deutsche nationalökonomische Literatur kennt, mag darin allein noch kein Merkmal erblicken, das ausreicht, zwischen im übrigen heterogenen Schriften eine innere Verwandtschaft zu entdecken. Doch wenn man die Stellung der ausländischen Literatur zur Grenznutzentheorie ins Auge faßt, muß man zugeben, daß dies eine Gemeinsame diese drei Werke enger verbindet, als ihre Verf. annehmen dürften. Im Auslande ist die theoretische Diskussion längst über die grundsätzlichen bei uns immer wieder erörterten Streitfragen hinausgekommen. Natürlich gibt es auch dort Schriftsteller, die die ganze Art des Denkens und der Problemstellung der subjektiven Wertlehre ablehnen. Doch diese Opposition ist in der Minderzahl und vermag die ruhige Weiterarbeit der übrigen Forscher nicht zu stören. Anders in Deutschland und Rußland. Hier sträubt man sich noch immer, das, was in der ganzen Welt als die moderne Wissenschaft gilt, auch nur halbwegs zu beachten. Für die Grenznutzenlehre gibt es hier nur hochmütige Verachtung und höhnische Kritik. Die Schriften der Hauptvertreter der subjektiven Wertlehre werden kaum gelesen; die Klassiker freilich auch nicht. Das Ergebnis ist jener traurige Stand der Dinge, den DIEHL scharf, doch zutreffend schildert.

Nun ist die Grenznutzenlehre gewiß nicht das letzte Wort der Wissenschaft. Man wird einst über sie ebenso hinausgekommen sein, wie wir heute über RICARDO hinausgekommen sind. Doch man kann eben nur über sie hinaus-, nicht um sie herumkommen. Man kann auf ihr weiterbauen, so wie sie selbst auf den von den Klassikern gelegten Grundlagen weitergebaut hat, man kann aber nicht neben ihr bauen. Wer in der Wissenschaft etwas leisten will, muß sich zuerst das aneignen, was die Vorgänger vollbracht haben.

Es würde den Rahmen dieser Besprechung überschreiten, wollte ich versuchen, die Gründe darzulegen, warum gerade die deutsche Wissenschaft und die ganz unter ihrem Einfluß stehende russische sich der subjektiven Wertlehre gegenüber ablehnend verhalten. (Es ist kein Zufall, daß der Schwede C. sein Werk gerade in deutscher Sprache veröffentlicht.) Wer sich dieser Arbeit unterzieht, würde damit auch einen wertvollen Beitrag zur Geschichte der Verbreitung und Aufnahme der marxistischen Ideen liefern.

LUDWIG MISES (Wien).

OSCAR JÁSZI, Magyar kálvária. Magyar feltámadás. A két forradalom értelme, jelentősége és tanulságai. (Ungarns Leidensweg. Ungarns Auferstehung. Sinn, Bedeutung und Lehren der zwei Revolutionen.) Wien, Bécsi Magyar Kiadó (Wiener Ung. Verlag), 1920. 168 S.

Zum zweitenmal steht eine ungarische Revolution im Mittelpunkte des Interesses der zivilisierten Welt. 1849, als bereits sämtliche europäische

Revolutionen zusammengebrochen waren, rang noch die ungarische verzweifelt gegen die Übermacht der verbündeten österreichischen und russischen Armeen. Sie unterlag und die Reaktion übte furchtbar Vergeltung. Nach dem Zusammenbruche im Gefolge des Weltkrieges fegte von neuem der Sturm der Revolution über Mitteleuropa. Auch in Ungarn wurde die Volksrepublik errichtet. Während aber in Österreich und im Deutschen Reiche die Entwicklung dabei Halt machte, überstürzten sich in Ungarn die Ereignisse. Die unerbittliche Dialektik der Revolution nahm ihren ungehemmten Lauf. Auf die Volksrepublik folgte die Sowjetrepublik, die ihrerseits wieder nach vier Monaten durch die Negation der Negation von der weißen Schreckensherrschaft abgelöst wurde.

An einer objektiven wissenschaftlichen Darstellung dieser Geschehnisse seit dem Spätherbst 1918 hat es bisher gefehlt. Was hierüber aus Ungarn ins Ausland berichtet worden ist, stammt aus von der siegreichen gegenrevolutionären Regierung bezahlten Federn und ist bestimmt, den Zielen der Auftraggeberin zu dienen. Aber auch die von ungarischen Emigranten herrührenden Artikel in der europäischen Presse geben kein richtiges Bild von den revolutionären Ereignissen in ihrer Heimat; Sozialdemokraten und Kommunisten befehden sich gegenseitig in grimmigster Weise. Ihre beiderseitigen Anklagen gegen die Gegner und die Apologien der eigenen Taten, haben, von wenigen Ausnahmen abgesehen, mit Geschichtsschreibung nichts zu tun.

J.s Schrift ist die erste von wissenschaftlichem Charakter und fordert um so lebhafteres Interesse heraus, weil der Verf. eine führende Persönlichkeit der Oktoberrevolution und Mitglied der KÁROLYschen Regierung war, daher die Ereignisse aus unmittelbarer Nähe hat beobachten können. J. war schon vor der Revolution der Führer derjenigen Gruppe der geistigen Arbeiter, die sich um die Soziologische Gesellschaft und um die Zeitschrift Huszadik Század (20. Jahrhundert) scharte. Die Stellung der Soziologischen Gesellschaft im ungarischen Kulturleben entspricht beinahe derjenigen der Fabian-Society in England. Die Gesellschaft hat in nachhaltiger Weise die Entwicklung der progressiven Geistesrichtung in Ungarn beeinflußt und jeden führenden Mann der radikalen und sozialistischen Bewegung in ihren Ideenkreis gezogen. Sie und ihre Zeitschrift waren mit der Arbeiterbewegung innig verflochten, und fanden in dieser eine mächtige Stütze — was zeitweilig auch die Eifersucht der Gewerkschaftsbureaukratie auslöste. J. selbst hat eine große Anzahl wissenschaftlicher Arbeiten in ungarischer Sprache veröffentlicht, darunter namentlich „Die Staatsphilosophie des historischen Materialismus“ und „Kunst und Moral“. Seine „Gespräche über den Sozialismus“ haben auf die Intellektuellen und die studierende Jugend großen Einfluß geübt und sie für die Ideen des Sozialismus gewonnen. Er entfaltete überdies eine rege publizistische Tätigkeit zugunsten des allgemeinen Stimmrechts und einer durchgreifenden Bodenreform. Seine eigentliche Lebensarbeit jedoch war der wissenschaftlichen Grundlegung und der praktischen Lösung der verwickelten

Nationalitätenfragen gewidmet, die er mit prophetischem Blick als die Schicksalsfrage Ungarns erkannte, von deren befriedigender Lösung die weitere Existenz des ungarischen Staates abhänge. Sein Buch: „Die Entwicklung der nationalen Staaten und die Nationalitätenfrage" wurde das standardwork für dieses Problem. Ihm fiel denn auch, als die KÁROLYische Regierung das Staatsruder ergriff, als deren Mitglied die Aufgabe zu, das Selbstbestimmungsrecht der nichtmagyarischen Nationen im Rahmen des ungarischen Staates zu verwirklichen. Tragischerweise erst in einem Augenblick, als sein Programm bereits durch die Ereignisse überholt war und die nichtmagyarischen Nationen bereits die Vereinigung mit ihren außerhalb Ungarns staatlich organisierten Stammesgenossen forderten und für sie die Hilfe der Entente zu gewinnen wußten. So mußte denn J.s Politik, trotz des hohen Ansehens, das er bei diesen Nationen genoß — er war der einzige ungarische Politiker, zu dem sie überhaupt Vertrauen hatten — scheitern.

Im vorliegenden Buche bekennt sich J. als „freier Sozialist". Er verficht eine Weltanschauung, „welche das Grundproblem der kapitalistischen Wirtschaftsordnung in der Bodenfrage sieht, die grundlegende Rolle der geistigen Arbeit behauptet und der schroffen Zentralisation sowie dem Etatismus gegenüber die Wichtigkeit der freien Kooperation, der Dezentralisation und der genossenschaftlichen Organisation betont". Er hat immer gegen die Übertreibungen der Schlagworte vom historischen Materialismus und vom Klassenkampf, sowie gegen die Unterschätzung der ideologischen Einflüsse Stellung genommen. Was ihn trotz dieser Haltung bewog, einerseits zwar für sämtliche Forderungen der Arbeiter restlos einzutreten, dabei aber dennoch ein „freier Sozialist" zu bleiben, d. h. sich der blinden Parteidisziplin nicht zu unterwerfen, war die Taktik der ungarischen sozialdemokratischen Partei, die den Götzendienst der revolutionären Phrase mit der verwerflichsten Kompromißpolitik verband. Diese Politik hat auch die Revolution auf abschüssige Bahnen getrieben und sie um ihre Erfolge gebracht. Trotz seiner Vorbehalte bleibt daher J.s Buch ein wahrhaft sozialistisches, und zwar nicht nur in dem Sinne, daß sich J. vollständig mit den Forderungen und mit dem Schicksale der Arbeiterschaft identifiziert, sondern darin auch, daß er die Triebkräfte der revolutionären Entwicklung in ökonomischen Potenzen sieht. Die Betonung und nähere Ausführung der ideologischen Einflüsse, auf die J. besonderen Wert legt, steht keinerdings mit dem richtig verstandenen historischen Materialismus in Widerspruch.

In den ersten Kapiteln schildert J. die Zustände Ungarns am Vorabend der Revolution. Nach einem kurzen Zwischenspiele mit einer wahlrechtsfreundlichen Regierung im Jahre 1917 hatte die Politik des Grafen STEFAN TISZA wieder vollständig gesiegt. Gegen die sozialdemokratische Arbeiterschaft wurde eine systematische Verfolgung eingeleitet, eine große Anzahl von Gewerkschaftsführern wurde eingekerkert, die Betriebe wurden militärisch besetzt. In den Dörfern begann eine dumpfe Gärung, die Massen der Besitzlosen verlangten eine Bodenreform, die feudale Regierung und das Klassenparlament dagegen blieb ihren Wünschen gegenüber taub. Der Mittelstand

und die geistigen Arbeiter, den Kriegsgewinnern ausgeliefert, gerieten in Verzweiflung. Infolge der fortgesetzten Assentierungen fehlte es überall an Arbeitskräften und die Produktion stockte. Kohlen- und Lebensmittelnot traten immer schärfer hervor. Die Verpflegung der Armeen verschlechterte sich zusehends, die Desertionen nahmen in phantastischem Maße zu und auch die grausamste Blutjustiz vermochte den Abbröckelungsprozeß nicht aufzuhalten. Dann überstürzten sich die militärischen Ereignisse, es kam zum vollständigen Zusammenbruch, die öffentliche Ordnung löste sich auf, die Behörden büßten ihre Autorität ein, in immer dichteren Scharen kehrten die Kriegsgefangenen aus Rußland heim, wo sie den Sieg des Bolschewismus miterlebt hatten, und entfalteten eine rege Agitation, die auf empfänglichen Boden traf. Endlich raffte sich die öffentliche Meinung auf und verlangte nach radikaler Änderung, nach einer Regierung mit dem Führer der Opposition, dem Grafen MICHAEL KÁROLYI, an der Spitze. Doch die alten Nutznießer der Macht wollten nicht zurücktreten und hintertrieben alle Entwirrungspläne, bis sich Ende Oktober die Front auflöste, die Soldaten wild zurückfluteten, die Nationalitäten ihre Unabhängigkeit proklamierten. Der Kampf aller gegen alle begann, nur die Budapester Regierung blieb regungslos. Um der drohenden Anarchie vorzubeugen, bildete sich daher aus den Vertretern der KÁROLYIschen, der sozialdemokratischen und der radikalen Partei (deren Präsident J. war), der Ungarische Nationalrat, der sich als Gegenregierung erklärte. In der Nacht vom 30. auf den 31. Oktober war die Spannung schon unerträglich, eine kleine Schar von Offizieren und Soldaten besetzte die öffentlichen Gebäude, die alte Staatsgewalt brach widerstandslos in wenigen Stunden zusammen, die Revolution triumphierte. Der Nationalrat übernahm die Regierung und KÁROLYI wurde Ministerpräsident.

Die einschlägigen Teile des J.schen Buches wurden eingehender skizziert, weil nur, wenn man sich das Bild vollständiger ökonomischer und politischer Auflösung Ungarns gegenwärtig hält, verständlich wird, warum die Regierung der Oktoberrevolution nicht Herrin der Lage werden konnte und warum auch die Räterepublik, die sie verdrängte, ebenfalls scheitern mußte. Am 31. Oktober brach nicht nur die Habsburgermonarchie zusammen, sondern entschied sich auch schon im voraus das Schicksal der kommenden Revolutionen. Diese haben den bankerotten Staat, den verlorenen Krieg übernommen, mußten die Zerstückelung des Staatsgebietes dulden und konnten nicht anders als sich den erbarmungslosen Bedingungen der Entente fügen. Sie mußten also scheitern.

Die Regierung der Volksrepublik vermochte sich nur fünf Monate lang zu halten, dann wurde sie durch den stürmischen Drang der Ereignisse weggefegt und an ihre Stelle trat die Räteregierung. Die Ursachen dieses Umsturzes gruppiert J. äußerst plastisch. Die Entente zeigte sich unerbittlich. Der Waffenstillstandsvertrag wurde nicht eingehalten, immer größere Landstriche wurden durch die Sukzessionsstaaten besetzt, der Verkehr und die Produktion unterbunden, die Anarchie gesteigert. Die Regierung büßte infolge dieser Drosselungen und Demütigungen ihre Popularität ein, die

nationale Verbitterung und damit die gegenrevolutionäre Stimmung wuchs. Da die zurückflutende Armee eine ständige Gefahr für die staatliche Ordnung bildete, trachtete die Regierung, sie schnell zu demobilisieren, löste aber hierdurch bei dem übermäßig großen Offizierkorps, das bereits infolge des Waffenstillstandsvertrags reduziert werden mußte, heftigen Widerstand aus und machte es zu einem willigen Helfershelfer der Gegenrevolution. Dieser gegenüber und zum Schutz der Republik war die Regierung genötigt, eine Armee ausschließlich aus Arbeitern aufzustellen, deren Leitung allmählich in kommunistisches Fahrwasser geriet und den Händen der Regierung entglitt. Als am 20. März 1919 die Entente ein neues Ultimatum überreichte, fühlte die Koalitionsregierung nicht mehr die moralische Kraft in sich, die Folgen der Zurückweisung zu tragen und räumte ihren Platz einer rein sozialistischen Regierung, die das Ultimatum ablehnen und notwendigerweise mit der Entente Krieg führen sollte. Die Sozialisten fusionierten sich aber mit den Kommunisten und riefen die Räterepublik aus.

Das Ultimatum bildete nur den äußeren Anlaß zum Umsturze, der Boden für die Proletarierdiktatur war schon vollständig vorbereitet. Die demokratische Regierung kam zu spät, es war unmöglich, die Lawine der sozialen Zerrüttung und die Vertiefung der Revolution aufzuhalten. Als weitere und entscheidende Ursache des Zusammenbruches betrachtet J. die Saumseligkeit der Regierung in der Durchführung der wirtschaftlichen Reformen, besonders der Bodenreform. Ich kann diese Meinung nicht teilen. Die Regierung hatte sämtliche Vorkehrungen getroffen und die notwendigen Verordnungen erlassen. Eine so durchgreifende Reform läßt sich aber nicht in einigen Wochen vorbereiten, geschweige denn durchsetzen. Dies wäre nur mit den Methoden des Bolschewismus — und auch dann nur sehr kläglich — möglich gewesen. Der kommunistischen Agitation hätte die Bodenreform nicht Einhalt geboten. Rekrutierten sich ja die Kommunisten nicht aus den Bauern, sondern aus der städtischen Bevölkerung, besonders dem Lumpenproletariat und den großen Massen der abgerüsteten Soldaten, die sich um die Bodenreform blutwenig kümmerten. Mächtig hat zum Umsturze auch das Verhalten der sozialdemokratischen Partei beigetragen. In der allgemeinen Zerrüttung bildete sie den einzigen festen Pol und der Zustrom der Oktobersozialisten vervielfachte ihre Kraft. Im Banne des Machtrausches bemächtigte sie sich der ganzen Verwaltung und übte schon vor der Räterepublik eine tatsächliche Diktatur aus, schaltete den Einfluß der beiden anderen schwachen Koalitionsparteien vollständig aus und machte so die Gemüter empfänglich zur Einführung der kunstgerechten Proletarierdiktatur.

Allein die Räterepublik mußte dasselbe Erbe antreten wie die Volksrepublik. Ja, ihre Lage war noch ungünstiger, denn sie hatte mit der offenen Feindseligkeit der Entente zu rechnen, die auf die Dauer in Mitteleuropa eine Sowjetrepublik nicht dulden konnte. Das Terrain war aber so unterminiert, die Stimmung der Massen so gereizt, daß die Ereignisse unaufhaltsam ihren Lauf nehmen mußten. Treffend analysiert und schildert J. diese Massenstimmung sowie ihre Grundlagen: die zentralisierte Kriegswirtschaft,

die Militarisierung der Industrie, den Rationierungskommunismus, das System der Requisitionen, kurz alles, was die Massen mit dem Grundgedanken des Kommunismus vertraut machte. Zugleicht zeigt er die religiösen Wurzeln des Kommunismus auf, seine Simplizität und seinen chiliastischen Charakter. In einem Staate, wo die alte Macht vollkommen zusammenbrach, ein organisiertes Bürgertum vollständig fehlte, keine Hemmung mehr bestand, war es unmöglich, diese Bewegung aufzuhalten. So kam es denn, daß die sozialdemokratische Partei — wie vom Schwindel befallen — vor der kommunistischen Minderheit kapitulierte und sich vollkommen ihrer Führung unterwarf.

Die Aufgaben, zur deren Lösung sich die Räterepublik anschickte, faßt J. in folgende drei Gruppen zusammen: 1. Sozialisierung der Produktion und der Verteilung; 2. Vernichtung des Klassenstaates, der Bureaukratie und des Militarismus; 3. Schaffung einer dem Kommunismus entsprechenden geistigen und moralischen Atmosphäre. J. legt eingehend den vollständigen Mißerfolg aller dieser Bestrebungen dar. Die Ursachen lagen teils in den außenpolitischen Verhältnissen, teils in dem inneren Wesen des Systems und in den Umständen, unter denen es zur Herrschaft gelangte. Die Sozialisierung blieb auf dem Papier und die Produktion stockte, weil die Arbeitslust beinahe vollständig aufhörte. In demselben Maße, in dem die Löhne sich erhöhten, sah sich die Räteregierung zu einer enormen Steigerung der Preise aller Bedarfsartikel gezwungen. Sie sozialisierte den Großgrundbesitz und machte sich so die Bauern, welche die Aufteilung der Latifundien forderten, zu erbitterten Feinden. Die bäuerliche Sabotage in der Versorgung der Städte zeitigte eine furchtbare Lebensmittelnot und brachte den Schleichhandel zu höchster Blüte, demgegenüber die Räteregierung beide Augen zudrücken mußte, wollte sie die städtische Bevölkerung nicht vollständig dem Hunger preisgeben. An Stelle der Bureaukratie und des Militarismus des alten Klassenstaates traten die des Kommunismus und ihr Druck lastete unerträglich auf dem Volke, in erster Reihe auf dem siegreichen Proletariate selbst. In der Verwaltung traten Zersetzung und Anarchie täglich schärfer hervor. Auch die Schaffung einer entsprechenden geistigen und moralischen Atmosphäre mißlang vollkommen. Das System ruhte auf Terror und vollständiger Unterdrückung jeglicher, auch der proletarischen Meinungsfreiheit, und so wurde es zum Treibhause für die Korruption. Auf kulturellem Gebiete nahm das System großzügige Anläufe, doch diese glichen mehr Experimenten im luftleeren Raume. Die Räterepublik war schon im vierten Monate ihres Bestandes innerlich zusammengebrochen und die rumänische Armee hatte leichte Arbeit, ihr den Todesstoß zu versetzen.

Die Lehren der ungarischen Räterepublik faßt JÁSZI folgendermaßen zusammen. Die ungarische Räterepublik ist in ihrer Gesamtheit ein klassisches Beispiel dafür, wie eine Sozialisierung und eine Befreiung der Arbeiter n i c h t gemacht werden darf. Die positiven Resultate werden dahin präzisiert: die Räterepublik gab irgendeine Organisation und Ordnung in einer Zeit, da ohne sie die wüstete Anarchie eingetreten wäre. Sie bedeutete eine

mächtige Explosion in der ungarischen Gesellschaft und führte in die breiten Massen halbtierischer Lohnsklaven zuerst die Hoffnung und den Glauben an die Befreiung ein. Sie machte den Gedanken des Internationalismus zu einer Realität in den Augen und Herzen der Massen. Endlich verankerte sie in der Verfassung der Räterepublik für die künftigen Generationen den Gedanken, daß nur die arbeitenden und produktiven Menschen das Recht haben, die Gesellschaft zu lenken und zu regieren.

In einem besonderen Kapitel brandmarkt J. die Bestialität und Verlogenheit der „christlichen" Regierung des weißen Terrors; und in zwei weiteren untersucht er die Zukunftsmöglichkeiten der menschlichen Gesellschaft und der Lösung der ungarischen Frage. Nur zwei Wege erscheinen ihm gangbar: der des Bolschewismus, der zu vollständiger Vernichtung der bestehenden Gesellschaft führt, und der englische Gildensozialismus, der den Kapitalismus allmählich ausschaltet. Welcher Weg eingeschlagen wird, hängt davon ab, ob die Ententemächte sich noch rechtzeitig besinnen werden. Behält das reaktionäre Frankreich auch weiterhin die Führerrolle, so ist die Bolschewisierung Europas unvermeidlich. Die Lösung aber der ungarischen Frage ist nur in der Form eines Staatenbundes denkbar, der unter Gewährleistung kultureller und sprachlicher Autonomie für jede Nation, sowie freien Verkehrs unter seinen Gliedern allmählich dem wirtschaftlichen Sozialismus die Wege ebnet.

J.s Buch bietet eine Fülle soziologisch, namentlich massenpsychologisch und geschichtsphilosophisch wertvoller Gesichtspunkte. Zugleich kennzeichnet es sich als durchaus objektiv und aufrichtig. J. scheut selbst dann vor der Wahrheit nicht zurück, wenn es seiner eigenen Politik gilt. Dazu gesellt sich eine fesselnde, von der Glut einer starken Überzeugung und eines hohen ethischen Pathos getragene Darstellung.

Schließlich sei noch des Mutes gedacht, mit dem sich J., in einem äußerst feingezeichneten Bild des ersten Präsidenten der ungarischen Volksrepublik MICHAEL KÁROLYI annimmt, dessen einziges Verbrechen darin besteht, sich in einer katastrophalen Zeit der Sache des ungarischen Proletariats angenommen und sich zum Sozialismus bekannt zu haben: ohne Scheu vor dem sicheren Haß der Standesgenossen und der Gegenrevolution, mit Aufopferung seines Vermögens und unter Gefährdung seines Lebens.

Eine deutsche und eine tschechische Übersetzung der J.schen Schrift sind in Vorbereitung. PAUL SZENDE (Wien).

GUSTAVE HUARD, L'évolution de la Bourgeoisie Allemande. Paris, Félix Alcan 1919. 8°. 361 S. (10 Frcs.)

Das Buch ist aus Vorlesungen entstanden, die der Verf. 1916 am Collège libre des sciences sociales gehalten hat. Es erhielt seine endgültige Fassung im November 1918 nach Abschluß des Waffenstillstandes, der den Weltkrieg beendigte, und nach der Abdankung Kaiser WILHELMS II.

Die Ausführungen beruhen z. T. auf persönlichen Erinnerungen des Verf..

der Deutschland zu wiederholten Malen besucht hat, z. T. auf der Literatur über Deutschland. Für die Darstellung der deutschen Entwicklung des Mittelalters beruft er sich auf die Schriften von Belows und daneben jene von Bücher. Für die wirtschaftlichen Verhältnisse war ihm Sombart Führer und Autorität, für die gesellschaftlichen J. Scherr.

Eine Schilderung der geographischen Bedingungen, von Land und Leuten, geht voraus, eine ausführliche Darstellung der geschichtlichen Entwicklung schließt sich an. Gleich hier am Anfang, bei der Zeichnung des deutschen Volkscharakters tritt der Mangel an Objektivität deutlich zutage: „der Deutsche hat keinen beweglichen Geist; er begreift langsam." Das Volk ahmt gern fremde Muster nach und ist unterwürfig. Und das deutsche Pflichtgefühl? Es wird aus der Scheußlichkeit des Klimas erklärt. Man kann in einem so wenig schönen Lande eben nichts Besseres tun als seine verfluchte Pflicht und Schuldigkeit!

Das Bürgertum ist nach H. aus dem Bauerntum hervorgegangen, das ursprünglich zwar alles selbst erzeugte, dann aber durch gesteigerte Produktion eine Teilung der Arbeit bewirkte. Die Industrie schied sich vom Ackerbau, die Gewerbe bevölkerten Städte, wo der Bauer seine Überschußproduktion absetzte und damit auch die von ihm benötigten Gewerbeartikel kaufen konnte. Man sieht, wie H. von der sog. grundherrlichen Theorie abhängig ist, ohne Selbständiges zu bieten. Die Herleitung der Bezeichnung Bürger von „bergen", welche er vertritt, zeigt, wie wenig er die neuere Literatur kennt (S. 91). Er steht auch noch auf dem längst als irrig erkannten Standpunkt, daß anfänglich alle Stadtbewohner unfrei gewesen seien (109).

Sehr hübsch und gelungen sind dagegen die Ausführungen über die eigenartige Befähigung der Städte zur Ausbildung der Freiheit, Demokratie und Vergesellschaftung, sowie Minderung des religiösen Geistes der Bevölkerung (109—115). Von solchen Anfängen aus erhob sich das deutsche Bürgertum am Ausgang des Mittelalters zur Höhe seiner allgemeinen Bedeutung. Das 2. Kapitel (117—199) schildert diesen Fortschritt in wirtschaftlicher, politischer und intellektueller Beziehung. Die einseitige Befangenheit des Franzosen wird auch da wieder bemerkbar, wenn er die gewaltige Ausbreitung des deutschen Handels darauf zurückführt, daß die Kämpfe zwischen Frankreich und England sowie der große Krieg der beiden Rosen in letzterem die auswärtigen Staaten gehindert haben, ihre ökonomischen Interessen zu verteidigen (129).

Wenig gelungen ist, scheint mir, dann das verfassungsgeschichtliche Kapitel (139 ff.). Der Aufschwung der deutschen Städte wurde keineswegs durch die Zertrümmerung des alten Kaisertums, den Niedergang des Adels und der Kirche bewirkt. Tatsächlich ist der Aufstieg der Städte schon früher, gerade zu der Zeit erfolgt, als das Kaisertum noch aufrecht dastand, im 12. Jahrhundert und im Anfang des 13. Man kann auch nicht sagen, daß der Adel damals sich in vollem Niedergang befunden habe (142). Es ist mindestens stark übertrieben, wenn H. von dem

„großen Interregnum" behauptet, es seien dadurch die Städte, welche zuvor noch unfrei gewesen, nun plötzlich zu voller Autonomie gelangt (145). Recht knapp, zu dürftig wohl sind die Kämpfe behandelt, welche das Bürgertum im Innern der Städte gegen Adel, Klerus, Juden und das niedere Volk durchzufechten hatte (146 ff.).

H. bespricht dann auch die Bedeutung des Bürgertums für die deutsche Literatur und Kunst und bezeichnet DÜRER als Inkarnation des spezifisch-städtischen Geistes (169). Er hebt die Vergröberung der Sitten, die Trunksucht und Unsittlichkeit jener Zeiten hervor (174). Ob das aber nur in Deutschland so gewesen ist? Sollte es zufällig sein, daß die Syphilis bei ihrem Auftreten in Deutschland gerade als „französische Krankheit" bezeichnet worden ist?

Der wirtschaftliche Niedergang des deutschen Bürgertums wird auf die Eroberung des östlichen Mittelmeergebietes durch die Türken, die Entdeckungen des KOLUMBUS und VASCO DE GAMAS, sowie die Entwicklung der west- und nordeuropäischen Staaten zurückgeführt, Veränderungen, denen gegenüber sich die Staatseinrichtungen in Deutschland als unzureichend erwiesen, bis endlich der 30jährige Krieg den vollen Ruin herbeiführte. Ich glaube, daß H hier Ursache und Wirkung z. T. miteinander verwechselt hat. Nach seiner Darstellung zog der wirtschaftliche Verfall den politischen nach sich (193): die Unabhängigkeit der Städte sank zu Grabe, sie wurden herrschaftlichen Gewalten untertan. Tatsächlich hat die Eigenart der politischen Verhältnisse sehr stark zu dem wirtschaftlichen Rückgang beigetragen. Das zeigt sich gerade bei der Hansa, die keineswegs deshalb zurückging, weil Amerika entdeckt wurde, sondern weil ihr die feste Stütze in politischer Beziehung fehlte und das siegreich vordringende Landesfürstentum ihr Feind ward.

Das 3. Kapitel behandelt die Zeit von 1648—1848 (197—256). Die Reichsgewalt verfiel und auch die Bedeutung des Klerus war seit der Reformation geringer, dagegen stieg jene der deutschen Fürsten in den zahlreichen Duodezstaaten, in welche das Reich sich aufgelöst hatte. Aus ihnen erhob sich Preußen unter den Hohenzollern zu führender politischer Bedeutung. Das Bürgertum kam wirtschaftlich wieder auf, gefördert von dem Landesfürstentum, das im Zeitalter des Merkantilismus im eigenen Interesse eine zielbewußte Staatswirtschaftspolitik betrieb.

Das Bürgertum hob sich wirtschaftlich aber nur mäßig, da das Kapital und der Unternehmungsgeist fehlten. Deutschland, das durch die zahlreichen Kriege gegenüber Frankreich und England verarmt war, besaß jetzt nicht genügend Geldmittel, um die neuen Erfindungen und Technik zu verwerten, welche das alte Gewerbe umformen sollten. Dagegen trat nun ein Aufschwung in geistiger und moralischer Beziehung ein, dessen Träger eben das Bürgertum gewesen ist. Die deutsche Philosophie und die deutsche Musik hoben sich zur Höhe, ihre glänzendsten Vertreter entstammten bürgerlichen Familien. So wahrten Kunst und Wissenschaft ihren eigenartigen nationalen Charakter, während der Adel und das Fürstentum ob seiner Beziehungen zu Frankreich in Nachahmung französischen Wesens aufgingen.

Am Staatsleben gewinnt das Bürgertum zunächst mäßigen Anteil, indem es zu den neuen Aufgaben der Verwaltung herangezogen wird, besonders in Preußen. Erst am Beginn des 19. Jahrhunderts verstärkt sich die Bedeutung desselben in politischer Beziehung. Das Beispiel der französischen Revolution, darauf die Fremdherrschaft des Korsen ließen die Idee der politischen Freiheit auch in Deutschland erstarken. Seit dieser Zeit gewinnt nach H. der deutsche Professor seine eigenartige Bedeutung in der politischen Orientierung der Nation (FICHTE und ARNDT). Auch das deutsche Schrifttum betätigt sich politisch (Jungdeutschland). Aber das deutsche Bürgertum entbehrt, obwohl es auch über bedeutende Männer der Industrie, des Handels und der Finanzen verfügt (CAMPHAUSEN, HANSEMANN, BECKERATH, MEVISSEN), einer entsprechenden politischen Parteiorganisation. Preußen geht nach dem Zusammenbruch von Jena mit den Reformen (STEIN-HARDENBERG) voran, insbesondere der Städteverfassung. In dem großen Ringen des Bürgertums mit dem Fürstentum ist die Absicht des ersteren nicht auf die Entthronung des letzteren gerichtet, sondern bloß auf die Einschränkung der fürstlichen Macht. Auch das Frankfurter Parlament wagt nicht die Volkssouveränität zu proklamieren. Die politische Unfruchtbarkeit dieser Vertreter des Bürgertums läßt auch die Demokratie nur in den Schranken zu, welche ihren persönlichen Interessen entsprach. Die bürgerlich-liberale Bewegung ist zum Mißerfolg verurteilt, das Bürgertum erlebt neuerdings einen Rückschritt.

Die schwächste Partie im H.schen Buche ist wohl die letzte, welche die Entwicklung von 1848 bis zur Gegenwart behandelt. Denn sie ist einerseits sehr kursorisch gehalten und befaßt sich mehr mit den Zuständen am Ende des behandelten Zeitraums, als mit der Darstellung ihrer allmählichen Entwicklung. Hier folgt H. vielfach der Schilderung SOMBARTS (die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert), und zwar kritiklos, ohne den besonderen Parteistandpunkt zu beachten, den dieser doch überall deutlich erkennen läßt. H. betont den Einfluß der Junker und der Aristokratie im Offizierskorps und der Zivilverwaltung, ohne hier freilich des Unterschiedes zu gedenken, der doch zwischen Preußen und den anderen deutschen Staaten in erheblicher Weise vorhanden war. Das wichtigste Hauptproblem ist wohl, zu erklären, weshalb das Bürgertum in Deutschland jetzt soweit hinter der politischen Stellung zurückblieb, die es anderwärts während dieser Zeit erreichte. Ich würde mehr als dies H. tut, auf das Mißlingen der großen Revolution von 1848 den Ton legen und glauben, daß die Wiederkehr des Absolutismus sehr wesentlich daran Schuld sei. Sicherlich hat H. darin Recht, daß auch die wenig glückliche Politik der liberalen Partei erheblich dazu beigetragen habe. Daß sie in Preußen der Heeresreform 1861 Opposition machte und BISMARCK diese dann ohne und gegen sie doch durchführte, hat ihr viel von der politischen Autorität genommen. Ähnlich war es ja auch in Österreich 1879, als die Kredite zur Okkupation Bosniens versagt wurden und Graf TAAFFE die Herrschaft der liberalen Partei brach, eine Analogie, deren H. freilich nicht Erwähnung tut. Seine Hauptthese, daß das Bürgertum seit 1866 auffallend wenig getan habe, um an der Macht im Staate maßgebenden Anteil

zu gewinnen, wird kaum zu bestreiten sein. Recht ansprechend ist auch seine Erklärung hierfür: Einmal die großen militärischen Erfolge Preußens von 1866 und 1870, welche den Einfluß des Adels verstärkten, anderseits aber der wirtschaftliche Aufschwung, den Deutschland seit diesen Kriegen genommen hat. Das Bürgertum vergaß auf die „Grundrechte", die es 1848 verkündet hatte, und stürzte sich ganz und gar auf die wirtschaftliche Bereicherung. So kam es, daß sein Einfluß auf die hohe Politik ein verhältnismäßig bescheidener blieb und der große Krieg durch den Willen einiger weniger erklärt wurde, die dem Bürgertum nicht angehörten.

H. bespricht den wirtschaftlichen Aufschwung Deutschlands seit den Kriegen von 1866 und 71, die rapide Steigerung des Nationalvermögens, die Entwicklung von Industrie, Bergbau und Handel. Wie ist derselbe zu erklären? H. wendet sich m. E. zu Recht gegen die einseitige Überschätzung des Einflusses der siegreichen Kriege. Ohne Zweifel verstärkten diese das Selbstvertrauen der Sieger und hoben ihren Unternehmungsgeist. Auch die 5 Milliarden Kriegsentschädigung von 1871 haben diese große wirtschaftliche Aktivität nicht bedingt, da sie im Gegenteile eine plötzliche Steigerung der Preise mit sich brachten. Der Reichtum in Deutschland ist allmählich entstanden und langsam angestiegen auf Grund der Arbeit und der Sparsamkeit, welche hier herrschte. Die Bevölkerungsziffer stieg enorm und schuf die nötigen Arbeitskräfte für den wirtschaftlichen Aufschwung. Hervorragend trug dazu auch die Wissenschaft bei, die durch die Anwendung auf die Praxis und Technik, besonders die Industrie (Chemie, Metallurgie) zu so großen Fortschritten befähigte. Und mag H. auch hier wieder betonen (298), daß die Deutschen weniger genial und schöpferisch denn fleißig und planmäßig arbeiten, die ungeheuren Erfolge auf allen Gebieten muß auch er doch anerkennen. Sie liefern den besten Beweis, daß der Deutsche auch geniale Erfindungskraft besitzt und vielfach bahnbrechend erst selbst die Wege zum Fortschritt gewiesen hat.

Große Bedeutung mißt H. dem Zusammenwirken in Syndikaten und Gesellschaften zu, Kollektivarbeit, die mit Recht als ein altes Erbstück germanischen Wesens bezeichnet wird. Kaum zutreffend ist, daß sich dieses System kollektiven Handelns besonders unter dem Einfluß des preußischen Militarismus ausgebildet habe (303). Hier bei der Darstellung des großen wirtschaftlichen Aufschwunges sieht sich H. doch auch genötigt zuzugestehen, daß das deutsche Volk neben der großen Masse passiver Existenzen hervorragende Führer besitze, die tatkräftig und vorausschauend jene leiteten.

An dem Aufblühen des Wirtschaftslebens hat neben Adel und Bauern, welche landwirtschaftlich sich betätigen, insbesondere das Bürgertum Anteil, unter dem die Juden zufolge ihrer Aussperrung von dem Offiziers-, Diplomaten- und Verwaltungsdienst eine ganz überragende Bedeutung erlangten, besonders im Handel und der Industrie. So ist Deutschland ein Land der großen Vermögen geworden, während Frankreich eine bessere Verteilung des Reichtumes, d. h. mehr mittlere Rentner besitze (318).

Die geistige Kultur ist nach H. trotz RICHARD WAGNER und FRIEDRICH

NIETZSCHE, die er als Höhepunkte betrachtet, im ganzen doch zurückgegangen, da sie sich dem praktischen Nützlichkeitsstandpunkt ergab und den Bedürfnissen der Nouveaux riches anbequemte, die als rechte Parvenus derberem Geschmack huldigen. Auch die Wissenschaft geht nach Geld und sucht ihre Ergebnisse praktisch zu verwerten. Es fehlt die originelle Schöpferkraft, die besondere Note eigenartiger Hervorbringung, wiewohl die Bildung im ganzen an Verbreitung sehr gewonnen hat. Man wird diese Auffassung teilen können, besonders wenn man die Feststellung H.s unterstreicht, daß diese Entwicklung allgemein sei, nicht nur in Deutschland sich also vollzogen habe. Er glaubt freilich behaupten zu dürfen, daß Deutschland darin alle anderen Staaten noch übertroffen habe(?) (326).

Auch in moralischer Beziehung konstatiert H. einen Rückschritt, der durch das Fehlen jedes Idealismus, durch die Vorherrschaft materieller Interessen charakterisiert sei. Da die politischen und militärischen Erfolge Deutschlands doch vornehmlich nur der rohen Gewalt zu danken gewesen seien(!?), wäre naturgemäß die Moral gedrückt worden. Das Bürgertum, welches der Aristokratie die politische Macht überlassen habe, sei aus Geldhunger auch da hinter seinen alten Forderungen zurückgeblieben und habe anders als in Frankreich sich nicht der Unterdrückung individueller Rechte widersetzt, welche seit Mitte des 19. Jahrhunderts durch die Hohenzollern und den Adel erfolgte. Es habe ein Regiment toleriert, das dem Absolutismus näherstand, als einer wirklichen Demokratie. Der Staat wurde die Personifikation dieser Gewalt und der Kult dieses Staates, der sich in dem Streben nach Staatsanstellungen kundtat, hat die politische Entwicklung des Bürgertums aufgehalten. Alles was an Rechtseinrichtungen in Deutschland liberal erscheine (Frauenrechte, Presse, Arbeitergesetzgebung, progressive Einkommensteuer, Altersversorgung etc.) entspreche bloß scheinbar dem Ideale der Gerechtigkeit, in Wirklichkeit diene all' dies dazu, die Macht des Staates zu verstärken, um ihm die Unterstützung des Proletariates zu sichern. Zufolge Mangels jeden Idealismus, hätten die moralischen Zügel gefehlt, welche die Macht in der praktischen Anwendung vor den Übergriffen eines aggressiven Imperialismus bewahrt hätten.

Zum Schlusse untersucht H. den Anteil, den das Bürgertum an der Entstehung des Weltkrieges gehabt habe. Es sei zwar weniger dafür verantwortlich als die Hohenzollern und der Adel (Junker) und habe im ganzen den Krieg nicht gewollt, aber ihm doch zugestimmt, sobald die regierende Kaste ihn herbeigeführt hatte. Ja, es habe eine Minderheit des Bürgertums gegeben, die Hochfinanz und Industrie, deren Wünschen er geradezu entsprochen habe, da das Bestreben nach Gleichstellung mit dem Adel zur Übernahme von dessen Ideen und Gewohnheiten geführt habe.

Als Epilog zu seiner sozialgeschichtlichen Studie bietet H. noch einen Ausblick in die Zukunft. Deutschland sei zwar Frankreich in wirtschaftlicher Beziehung voraus und folge ihm in geistiger sehr nahe. Jedoch sei es in politischer auf jenem Punkt der Entwicklung, den Frankreich im 17. Jahrhundert durchgemacht, und die öffentliche Moral trage ein noch älteres Datum.

Das Bürgertum habe, da durch den Ausgang des Krieges die bisherigen Machthaber ihre Autorität verloren, nun die Möglichkeit, sich an deren Stelle zu setzen. Es sei aber auch möglich, daß ähnlich wie in Rußland die Macht direkt an das Volk übergehe. Das alles unter der Voraussetzung, daß nicht eine gesellschaftliche Krise das Land für lange Zeit in einen Zustand der Wirren und Anarchie versetze.

Das Buch H.s wird in Frankreich jetzt vielleicht viel Beachtung finden. Es wird jedoch, abgesehen von starken Übertreibungen, die dem französischen Nationalstolz eigentümlich sind, der Wirklichkeit hauptsächlich darin nicht gerecht, daß es stets nur die Entwicklung in Preußen vor Augen hat und jene in Süddeutschland gänzlich unberücksichtigt läßt, die doch gerade in diesem Punkte z. T. anders geartet war. Als Hauptmangel an dem Buche aber betrachte ich, daß es dem Verhältnis des Bürgertums zum Proletariat viel zu wenig Beachtung schenkt. Nicht nur das Verhältnis zu den höheren sozialen Klassen kommt da in Betracht, ebensowichtig, ja für die letzte Entwicklung noch viel wichtiger war m. E. die Haltung des Bürgertums gegenüber der Sozialdemokratie. Hier wäre wohl auch eine richtige Erklärung für das Hauptproblem der neuesten Geschichte zu finden gewesen, warum das deutsche Bürgertum nicht die entscheidende Macht im Staate erlangen konnte. Indem es seinen großen wirtschaftlichen Aufschwung gutenteils bloß dazu benützte, um eine gesellschaftliche Angleichung mit den höheren Ständen zu ermöglichen, hat es, glaube ich, den politischen Zusammenschluß mit dem Proletariate nicht zustande kommen lassen, dessen wirtschaftliche Interessen dem Großkapitalismus zuwiderliefen; dadurch aber ging es selbst der starken Stütze verlustig, die es zum politischen Kampfe mit den bevorzugten oberen Klassen hätte wirksam verwerten können, um eine wirkliche Demokratie zu begründen.

ALFONS DOPSCH (Wien).

1. WLAD. W. KAPLUN-KERGAN, Russisches Wirtschaftsleben seit der Herrschaft der Bolschewiki. Nach russischen Zeitungen. (Osteurop. Institut, Breslau, Quellen und Studien I/1 Recht und Wirtschaft.) Leipzig u. Berlin, Teubner 1919. 8°. XII u. 266 S.
2. H. KLIBANSKI, Die Gesetzgebung der Bolschewiki übers. u. bearb. Ebenda 1/2. 1920. 8°. VII u. 193 S.
3. ALFONS GOLDSCHMIDT, Die Wirtschaftsorganisation Sowjet-Rußlands. Berlin, Ernst Rowohlt 1920. 8°. 306 S.
4. Derselbe. Moskau 1920. Tagebuchblätter. Ebenda. 130 S.
5. W. P. MILJUTIN, Die Organisation der Volkswirtschaft in Sowjet-Rußland. Mit einer Einleitung von SPECTATOR. Berlin, A. Seehof & Co. 1921. 47 S.

Trotz der unübersehbaren Zahl von Schriften über Sowjet-Rußland vermissen wir eine klare und zusammenfassende Darstellung seiner Wirtschaftsverfassung. In der Tat wird eher die politische und soziologische Seite des Bolschewismus behandelt als die ökonomische. Die Probleme Diktatur oder Demokratie, Marxismus und Bolschewismus, beherrschen die wissenschaftliche

Diskussion. Der wirtschaftliche Unterbau wird zugunsten des politischen Überbaues vernachlässigt. Die Gegner des Bolschewismus wissen nur über dessen ruinöse Wirtschaftspolitik und den Produktionsrückgang zu berichten; seine Anhänger dagegen begnügen sich leider nur mit knappen Andeutungen über seine Erfolge. Lebhaft sind deshalb die angezeigten Schriften, besonders die von G. (3) und M. (5), zu begrüßen, da sie eine empfindliche Lücke in der Literatur über den Bolschewismus ausfüllen. Sie kommen um so gelegener und sind von um so aktuellerem Interesse in dem Augenblick, da Theorie und Praxis bemüht sind, eine neue Wirtschaftsordnung anzubahnen, in der die Arbeiter an der Produktionsleitung teilnehmen sollen und müssen. Die Schriften von KL. (2) und KPL-K. (1) sind Quellen- und Materialiensammlungen, die von G. und M. systematische Darstellungen.

Die Arbeit KL.s gliedert sich in zwei Teile. Im zweiten (S. 81—186) werden teils wörtlich, teils gekürzt reproduziert die wichtigsten, vom Ende Oktober 1917 bis zum 21. VIII. 1918 erlassenen Gesetze und Verordnungen auf den Gebieten: des Staats- und Verwaltungsrechtes; der Boden- und Sozialreform sowie des Wohnungs- und Verpflegswesens; von Handel, Industrie, Verkehr und Monopolen; des Bildungswesens; des Zivil-, Straf- und Prozeßrechts. Der erste systematische Teil enthält im wesentlichen nur eine inhaltliche Zusammenfassung dieses Rohmaterials. Mit Recht hebt KL. die außerordentliche gesetzgeberische Energie der Sowjetregierung hervor, die in kaum zehn Monaten nicht weniger als 665 Gesetzgebungsakte auf allen Gebieten des privaten und öffentlichen Rechts gezeitigt hat.

Es wäre sehr verlockend auf den Inhalt einzelner dieser Rechtsschöpfungen näher einzugehen. Raumrücksichten verbieten dies jedoch. Zudem sind die meisten der von KL. registrierten Gesetze bereits aus den Tagesblättern bekannt. Übrigens ist die von KL. getroffene Auswahl nicht immer eine glückliche. Manches, z. B. das Dekret über die Übergabe der Trophäen an das ukrainische Volk, hätte der Volkswirtschafts- und Sozialpolitiker gerne zugunsten von anderem, Bedeutungsvollerem zurückgestellt gesehen. Doch soll daraus dem Verf. kein Vorwurf gemacht werden. Er wollte eben jedem etwas bringen: dem Juristen ebenso wohl wie dem Nationalökonomen und Historiker. Ein gutes Sachregister erleichtert die Benützung des wertvollen Buches.

Eine treffliche Ergänzung erfährt dasselbe durch dasjenige K.-K.s. Dieser gewährt uns einen tiefen Einblick in das Wirtschaftsleben Sowjet-Rußlands während der Monate Oktober 1917 bis September 1918 auf Grund von Zeitungsberichten. Herangezogen werden je zwei bolschewistische und bürgerliche Blätter. Von jenen das offizielle Regierungsorgan, die Prawda, und die Nachrichten der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte von Moskau; von diesen Nasche Slowo und Rjetsch. Das Material K.-K.s ist dankbarst zu begrüßen, und zwar gleichermaßen wegen seiner schweren Zugänglichkeit wie wegen seiner sorgfältigen Auswahl. Es ist sehr übersichtlich nach Materien und chronologisch geordnet und bietet einen schönen Überblick über die Stellungnahme einerseits der Bolschewiki und andererseits der bürger-

lichen Parteien zu den wichtigsten Wirtschaftsproblemen allgemeiner und spezieller Natur: Produktivität der Arbeit, Wirtschaftspolitik etc.; Handel, Industrie (Niedergang der Produktion); Transportwesen; Staatsschulden, Geld- und Bankwesen; Agrarfrage; Verpflegswesen u. a. m. Die Darstellung K.-K.s im einzelnen zu skizzieren, ist hier unmöglich. Einiges sei jedoch hervorgehoben. So berichtet der Artikel „Wirtschaftspolitik" im Nasche Slowo vom 14. III. 1918 (S. 14) über zwei Strömungen im obersten Volkswirtschaftsrat in Hinblick auf die Organisation der Industrie. Auf der einen Seite wollte der Finanzkommissär GUROWSKY die Industrie durch private Initiative heben; eine zweite Auffassung, vertreten durch einige Mitglieder des Moskauer Soldaten- und Arbeiterrats, wollte nur Vertiefung der Sozialisierung und Nationalisierung der Industrie. Man ersieht daraus, daß der Wirtschaftsplan der Bolschewiki sich nur langsam und allmählich herausgebildet hat. — Scharfe Streiflichter auf ihre Lohnpolitik wirft der Artikel Zur Hebung der Produktivität der Arbeit in den Nachrichten der Moskauer Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte vom 28. IV. 1918, in dem ein Anonymus die Bedenken SIJEWEROWS gegen die Akkordlöhne zu entkräften sucht und zum Schluß gelangt: Das einzig radikale, alterprobte Mittel ist das Akkordsystem. Mißbräuche, die zur Ausbeutung führen werden, seien nicht zu fürchten. „Das Vorhandensein der Räteregierung zerstreut alle diesbezüglichen Zweifel" (S. 18). Sehr interessant sind ferner die Artikel (S. 45—50) über die Arbeitslosigkeit, ihre Ursachen und ihre Bekämpfung, die sich auch auf statistische Daten stützen, die selbstverständlich nur unter Vorbehalt benützt werden können.

Die Nichtbelieferung der Industriezentren mit Lebensmitteln durch das Land verursachte die Rückkehr zur Naturalwirtschaft. Die Prawda berichtet in den Artikeln: Tuch gegen Brot, Tauschhandel, Der städtische Warenaustausch, über einschlägige, tatsächlich abgeschlossene oder projektierte Verträge der Arbeiterschaft einzelner Fabriken oder Industriezentren mit den Landwirten. So verpflichtet sich die Stadt Jaroslaw der Stadt Wjatka, im Laufe der Monate Oktober, November und Dezember Machorka-Tabak für 590000 und Manufakturwaren für 310000 Rubel zu liefern; Wjatka wieder soll Jaroslaw im November und Dezember mit 100000 Pud Roggen versorgen (S. 58). Solche Abmachungen vergrößerten natürlich das Chaos und die Produktionsanarchie, da man planlos und unsystematisch vorging und die Arbeiterschaft in vielen Fabriken gewisse Waren vom Warenaustauschamt forderte, um sie selbst gegen Nahrungsmittel einzutauschen. Eine Erscheinung, die, wie der Direktor des Warenaustauschamtes betonte, notwendig die Gefahr immer weiterer Ausdehnung und einer Überspannung der Arbeiterforderungen in sich barg. Bei ihrer Andauer mußten daher die Rayonämter zu den äußersten Mitteln greifen und die Anstifter zu gerichtlicher Verantwortung ziehen (S. 62).

Sehr bedeutsam ist der Abschnitt über die Industrie (S. 73—112). Wir erfahren hier viel über den Werdegang der Sozialisierung und die Schwierigkeiten, mit denen die Sowjetregierung zu kämpfen hatte, um die Produktion in halbwegs geordneten Zustand zu bringen. Sie mußte auf zwei Fronten

kämpfen: gegen die wilden Sozialisierungen sowohl als auch gegen die Sabotage der Ingenieure, Industriellen und Beamten.

Aus dem Abschnitte Agrarfrage (S. 182—210) ist besonders der Artikel Die Organisation der landwirtschaftlichen Arbeiten, aus den Moskauer Nachrichten usw. hervorzuheben. Er plädiert für den landwirtschaftlichen Großbetrieb und erklärt die Abnahme der Anbaufläche durch den Mangel an Arbeitskräften und landwirtschaftlichen Maschinen.

Der Sozialismus hat vornehmlich zwei große Probleme zu lösen, ein wirtschaftliches und ein soziologisches. Einerseits soll die Produktion rationalisiert, den Arbeitern Anteil an der Produktionsleitung gewährt, die Lohnhöhe fixiert und ein Ausgleich zwischen Stadt und Land herbeigeführt werden. Anderseits soll die Aufhebung aller Klassen- und Machtverhältnisse erreicht werden. Dank der Revolution ist es der russischen Arbeiterschaft beschieden gewesen, erstmals die Lösung dieser beiden Aufgaben in Angriff zu nehmen. Wie sie dabei vorgegangen und wieweit ihr das gelungen ist, will G. in seiner an dritter Stelle genannten Untersuchung zeigen.

Nach dem Ausbruch der Februarrevolution wurden in vielen Betrieben, Fabrikkomitees zur Kontrolle über die Produktion und die Gebarung im allgemeinen gewählt. Dies zeitigte Konflikte mit den Fabriksleitungen und Beamten und in der Folge planlose und wilde Sozialisierungen: „Die Komitees waren zu groß. Die Kontrolle von unten war zu breit, sie war nicht straff genug, ihre Macht durch sie selbst gelähmt. Die ersten Monate waren nicht nur Monate des Drängens nach Kontrolle, Monate der Kontrollübernahme, Monate der Kontrollverwirrung, sondern auch des Kampfes gegen die Fabriksverwaltungen in allen möglichen Formen. Natürlich sank infolgedessen ständig die Produktion. Meetings, Schulduntersuchungen und dergl. drängten die Arbeit zurück. Die Fabrikskomitees hatten noch keine genügende Macht und zwischen ihnen und den Zentralen bestand noch keine gegenseitige Verbindung und Übereinstimmung. Überall machten sich lähmende Gegensätze geltend“ (S. 33/36). Diesem Zustande machten die Bolschewiki ein Ende durch Schaffung des Obersten Volkswirtschaftsrats, rasche Sozialisierung der gesamten Industrie und Aufstellung des Produktionsbudgets. Durch das Dekret vom 28. VII. 1918 wurde die gesamte russische Industrie nationalisiert.

Schon der Erste Allruss. Kongreß der Volkswirtschaftsräte vom Mai 1918 bestimmte, die Nationalisierung dürfe keine gelegentliche sein und solle fortan nur vom O. V.R. oder vom Rat der Volksbeauftragten mit Genehmigung des O. V.R. verfügt werden. Der O. V.R. ist ein Kind der Kriegswirtschaftszentralen. Formell wurde er durch die Verordnung des Allruss. Zentralexekutivkomitees vom 1. XII. 1917 begründet. Seine Aufgabe war anfangs die Organisation der russischen Wirtschaft und Finanzen und die Übernahme der Agenden der bestehenden Zentralen. Mit der Zeit aber wurden seine Kompetenzen durch die Beschlüsse der Allruss. Kongresse der Volkswirtschaftsräte stetig erweitert und ihm allmählich der gesamte Wirtschaftsbetrieb, die Verteilung und Verwaltung sämtlicher Unternehmungen sowie des Staatseigentums der Republik übertragen. Er geht aus dem

Allruss. Kongreß der Volkswirtschaftsräte hervor und ist dem Zentralexekutivkomitee sowie dem Rat der Volksbeauftragten verantwortlich. Seine Zusammensetzung hat viele Wandlungen erfahren, bis sie in der Art festgesetzt wurde, daß sie folgendermaßen aussieht. Es bilden ihn 68 Mitglieder, nämlich 10 vom Allruss. Exekutivkomitee, 31 von den Gewerkschaftsorganisationen, 20 von Gebietsvolkswirtschaftsräten, 2 vom Verband der Kooperativen und je 1 von den Kommissariaten für Ernährung, Arbeit, Verkehr, Landwirtschaft und Industrie. Das Plenum wählt ein 9gliedriges Präsidium, mit einem Mitglied des Rates der Volkskommissäre an der Spitze, das von dem Zentralexekutivkomitee bestätigt werden muß. Im O. V.R. spielen also einerseits die Gewerkschaften eine große Rolle, während anderseits die Landwirtschaft und die Konsumenten nur schwach vertreten sind. Was seine innere Organisation anbelangt, so zerfällt er in Produktions- und bürokratische Abteilungen. Die ersteren leiten die Einzelproduktionen, die letzteren dagegen besorgen die organisationstechnische Zusammenfassung der Produktionsabteilungen. Jede Produktionsabteilung ihrerseits ist in analoger Weise untergeteilt. M. a. W., es besteht eine zusammenfassende Kanzlei, durch die alle Produktionsgeschäfte zum Zweck der Buchung und Verrechnung laufen. Das Ganze gipfelt in den bereits erwähnten Spitzenkommissionen sowie in der Finanzabteilung des O. V.R. (S. 56). Die Produktionsabteilungen entsprechen den wichtigsten Industriezweigen. Behufs strafferer Zentralisation werden einzelne Fabriken vereinigt und dem O. V.R. unterstellt. Mit Recht bezeichnet daher G. den letzteren als Zentrale der Zentralen. Im Abschnitt Glawk-Textil (S. 92—120) wird eingehend und plastisch ein solcher Trust geschildert.

Aber nicht die ganze russische Industrie ist dem O. V.R. unterstellt, denn die Unternehmungen werden verwaltungstechnisch in 3 Gruppen eingeteilt. Die Fabriken erster Ordnung sind unmittelbar der Verwaltung der Abteilungen des O. V.R. untergeordnet; jene zweiter und dritter Ordnung aber werden von den Gouvernements-Volkswirtschaftsräten verwaltet. Aber auch hier bemerken wir zentralistische Tendenzen. Die Fabriken zweiter Ordnung werden durch Vertrustung zu Fabriken erster Ordnung gemacht und somit dem O. V.R. unterstellt. Diese letzteren sind analog dem O. V.R. gebildet: „Wir haben also Abteilungen des G. V.R. unterstellt den entsprechenden Abteilungen des O. V.R. Wir haben ferner Abhängigkeit des Präsidiums und der Abteilungsleitungen vom O. V.R. und Kontrolle der gesamten G. V.R. durch die auswärtige Abteilung des O. V.R. (S. 69)." „ Denn sie sind nun einmal Ausführungsorgane, Kontrollorgane und da sie den örtlichen Bedingungen näher sind als der O. V.R., ist ihr Rat, ihr Einfluß, ihre Berichterstattung maßgebend für die Beschlüsse oben" (S. 72). Nur in der Verwaltung der Kleinindustrie sind die G. V.R. selbständig.

Nach dem Aufbau und der Organisation der Sowjetwirtschaft wollen wir die Wirtschaftspolitik kennen lernen. Die Grundlage derselben ist das Produktionsbudget. Es bedeutet: a) Beseitigung der Geldwirtschaft; b) Berechnung der wichtigsten Staatsausgaben nach dem Wert der Produkte;

c) die Überflüssigmachung aller Steuern, da der Staat als Inhaber der ganzen Produktion und des ganzen Volkseinkommens selbst dessen Verteilung durchführt. Nationalisierung, Finanzierung und Produktion werden im Produktionsbudget vereinigt.

Die russische Industrie wird durch die Volksbank finanziert. Einzelne Fabriken und Zentralen arbeiten Produktionsbudgets aus, die dann vom O. V.R. überprüft und zu einem Gesamtbudget verschmolzen werden. Auf Grund derselben wird die Volksbank durch die Finanzabteilung des O. V.R. ermächtigt, den einzelnen Betrieben und Zentralen entsprechende Summen auszuzahlen. Die Volksbank ist nicht berechtigt, die Zweckmäßigkeit der Ausgaben, sondern nur deren Richtigkeit zu kontrollieren.

Das Produktionsbudget kann so lange die erwarteten Früchte nicht zeitigen, als die Gegensätze zwischen Stadt und Land fortbestehen. Zur Lösung der Agrarfrage aber haben die Bolschewiki bis nun sehr wenig, ja, fast nichts beigetragen. Alle einschlägigen Dekrete und Verordnungen sind toter Buchstabe geblieben. Rußland hat jetzt eine straff organisierte und zentralisierte Industrie, jedoch eine völlig unorganisierte und zersplitterte Landwirschaft. Diese und jene arbeiten noch nicht Hand in Hand. Solange dies aber nicht geschieht, läßt sich von Verwirklichung des Sozialismus nicht sprechen, denn der Sozialismus hat nicht nur die Arbeiterfrage zu lösen, er muß auch die Agrarfrage beantworten.

Bezüglich der Anteilnahme der Arbeiterschaft an der Leitung der Produktion ist folgende Wandlung zu konstatieren: An Stelle der unmittelbaren Verwaltung durch die Fabrikskomitees ist die mittelbare durch die Gewerkschaften getreten. Die kollegiale ist der Einzelverwaltung gewichen (Programm Trotzky). Auch hier obwalten zentralistische Tendenzen. Die Beschlüsse der Gewerkschafts- und Allruss. Wirtschaftskongresse zeigen, wie dieser Übergang sich vollzogen hat. Die Fabrikskomitees sind jetzt nur die Zellen, auf welchen die Gewerkschaften sich aufbauen. Ihre Aufgaben und Befugnisse werden durch die Beschlüsse des III. Gewerkschaftskongresses vom 6. IV. 1920 festgesetzt: „Das Fabrikskomitee als erste Gewerkschaftsverbandzelle hat kein Recht, sich in die Verwaltung des Unternehmens einzumischen. Es führt als Verbandsorgan die Verordnungen des Verbandes aus, soweit sie die Arbeit und Lebensweise der Arbeitenden betreffen. Die Aufgaben des Fabrikskomitees im Produktionsleben des Betriebes bestehen in: a) der Hebung der Arbeitsdisziplin und Produktivität der Arbeit mit allen dem Gewerkschaftsverband zur Verfügung stehenden Mitteln; b) in der Schlichtung von Konflikten zwischen Betriebsleitungen und Arbeitern; c) in der Überwachung des Unternehmens durch die Arbeiter- und Bauerninspektion; d) in der Aufsicht über die Tätigkeit der Lohn-, Preis- u. a. Kommissionen und in der Beschwerdeführung gegen deren Beschlüsse durch Vermittlung der höheren Verbandsorgane; e) in der Erziehung der gesamten Arbeitermasse in den Gang der Produktionsverwaltung" (S. 170).

Im Abschnitte Organisation und Gewerkschaft (S. 148–80), der zu den besten gehört, wird der Anteil der Gewerkschaften an Wiederaufbau und Leitung der russischen Wirtschaft gut und eingehend geschildert.

Der letzte Abschnitt Die Umstellung der Wirtschaft (S. 181—223) bietet reiche Aufschlüsse über die kommende Wirtschaft und die durch die Bolschewiki erschlossenen Schätze Rußlands. Die im Anhang (S. 227—306) abgedruckten Beschlüsse der Allruss. Wirtschaftskongresse (1918—1920) endlich tragen sehr viel zum Verständnis der Wirtschaftspolitik der Bolschewiki bei.

Die zweite Schrift G.s (4) schildert das alltägliche Leben unter der Herrschaft der Bolschewiki. Diese Schilderungen werden stellenweise mit wissenschaftlichen Exkursen verflochten (z. B. über die Geldpolitik der Bolschewiki). Die interessantesten Stellen des Buches sind die Porträts einiger führender Persönlichkeiten des heutigen Rußlands.

Viel kürzer und populärer berichtet uns M. (5) über die Wirtschaftsverfassung Sowjetrußlands. Er gibt auch eine gute Übersicht über den heutigen Stand der Nationalisierung und eine Produktionsstatistik einzelner Industriezweige, die eine Steigerung der Produktion erkennen lassen.

JAKOB RAPPAPORT (Wien).

1. JULIUS BUNZEL, Die Anfänge der modernen Arbeiterbewegung in der Steiermark. Ein Beitrag zur Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung. Nach archivalischen Quellen dargestellt. Leipzig, C. L. Hirschfeld 1913. 104 S.
2. Derselbe, Die erste Lassallebewegung in Österreich („Kultur und Fortschritt", Heft 499). Gautzsch bei Leipzig, Felix Dietrich 1914. 16 S.

Eine Geschichte der gesamtösterreichischen Arbeiterbewegung oder auch nur der deutschen in Österreich existiert nicht. Jene wird auch wohl — nach dem Zerfall der Habsburgermonarchie in selbständige Nationalstaaten — kaum noch je geschrieben werden. Sie bot übrigens auch vorher schon, von wissenschaftlichen Gründen ganz abgesehen, besondere Schwierigkeiten: nicht allein von der sprachlichen Seite her, sondern ebensowohl deshalb, weil die einzelnen nationalen politischen und gewerkschaftlichen Organisationen ihren ursprünglich fest begründeten Zusammenhang seit der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert immer loser gestalteten oder ganz lösten. Besser steht es um die Aussichten für eine Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in Österreich, die für die Anfangsperiode als die Arbeiterbewegung schlechthin sich darstellt, weil die industrielle Entwicklung sich hauptsächlich auf deutschem Boden vollzogen hat und auch anderwärts ihre Träger im wesentlichen deutsche Arbeiter gewesen sind. Ihre Vorgeschichte allerdings ist noch in vollständiges Dunkel gehüllt, das auch die sonst wertvolle Arbeit von LUDWIG BRÜGEL [1]), die im nächsten Heft ausführlich besprochen werden soll, nicht gelichtet hat. Doch soll dies, hoffe ich, in kurzem durch die Er-

1) Soziale Gesetzgebung in Österreich von 1848—1918. Eine geschichtliche Darstellung. Mit einem Geleitwort des Staatssekretärs für soziale Verwaltung FERDINAND HANUSCH. Wien und Leipzig, Franz Deuticke 1919. XI—254 S.

gebnisse eigener Forschung für das Menschenalter 1830—1860 geschehen, und auch für die nächsten anderthalb Jahrzehnte sind in meinem Seminar einige Untersuchungen im Gange. Für die nachfolgende Periode mehrt sich die Zahl der Vorarbeiten in erfreulicher Weise. Neben der umfassenden Schrift von JULIUS DEUTSCH über die „Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung" (1908) — die so gut wie zur Gänze deren gewerkschaftlicher Seite zugewendet erscheint — besitzen wir bereits eine Reihe von gewerkschaftlichen Gedenkschriften, die rückblickend die Schicksale einzelner Organisationen schildern; und auch auf dem Gebiete der politischen Bewegung fehlt es nicht an einigen persönlichen Erinnerungen (wie von SCHEU, OBERWINDER, PEUKERT, REUMANN, WEIGUNY, POPP, HANNICH, HABERMANN), sowie an wertvollen Ansätzen zu allgemeiner Darstellung (wie der beiden Abhandlungen, die KARL RENNER als Einleitung und als — freilich nur sehr skizzenhaftes — Nachwort zur Neuausgabe von Der Wiener Hochverratsprozeß (1911) u. d. T. „Zur politischen und sozialen Geschichte Österreichs 1848 bis 1870" und „Österreich von 1870—1907 und die Wahlreformkämpfe der Arbeiterschaft" geschrieben hat). Als besonders dankenswert aber sind die beiden vorstehend angezeigten Schriften des bekannten Grazer Publizisten JULIUS BUNZEL zu bezeichnen. Sie bilden im Verein mit den von ihm in diesem Archiv (IV, 100/104) und in der Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte (XII, 284/299) veröffentlichten Materialien: „Ein Manifest über die nationale Frage aus den Anfängen der österreichischen Arbeiterbewegung" und „Eine amtliche Darstellung der Anfänge der österreichischen Arbeiterbewegung" einen bedeutsamen Beitrag zur Erkenntnis jenes Prozesses, der die Trennung des zu politischem Leben erwachenden Proletariats von der bürgerlichen Demokratie herbeigeführt hat.

Ihr Haupt- und bleibender Wert liegt im Quellenstoff, den sie vermitteln, überdies auch noch in der Beibringung interessanter Daten über die gewerblich-industriellen Zustände der Zeit — mögen auch jenes Aktenmaterial und diese Daten bei ihrer amtlichen Provenienz stark gefärbt sein. Was dagegen die genetische Erklärung der geschilderten Ereignisse und die Einsicht in ihren organisch-notwendigen Ablauf anbelangt, versagt B.s Darstellung. In bürgerlich-demokratischen Ideologien befangen, ganz auf dem Boden des Liberalismus, ohne rechtes Verständnis für die Unvermeidlichkeit des Klassengegensätzlichen innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft, sucht B. nach allen möglichen Gründen für das Streben der Arbeiter nach politischer Verselbständigung, ohne zu bemerken, wie sehr er sich dabei in Widersprüche verwickelt. Man lese einmal (I, S. 79/82) seine Andeutungen [illegible] die damalige Lage der Arbeiterschaft in Steiermark! Sie sind grau in [illegible] gehalten, münden aber doch in der Feststellung: man könne „die [illegible]riellen Verhältnisse der Arbeiter gewiß nicht als ungünstig" bezeichnen [illegible]32). Im Kampf um die Beseitigung der Mißstände, unter deren Druck [illegible]litten, habe die Arbeiterschaft geglaubt: einerseits alleinzustehen und [illegible]erseits der Unterstützung durch „die bürgerlichen, demokratisch gesinnten [illegible]ntellektuellen ... entraten zu können", und sich daher der Leitung von

Führern mit der „Anmaßung der Viertelbildung“ anvertraut (S. 76). War aber solche Einschätzung der bürgerlichen Hilfe wirklich eine irrtümliche? Welche Bedeutung eignete denn jenen bürgerlich-demokratischen Intellektuellen als politischer Kraftgruppe? Muß nicht B. selbst betonen, daß „der größere Teil der freiheitlichen bürgerlichen Partei von den Arbeitern und sogar von ihrem eigenen demokratischen Flügel um so entschiedener abrückte, je mehr sie sich durch die Arbeiterforderungen in ihrem „Herr im Haus“-Anspruch bedroht glaubte? Den Großkapitalisten und der „kompakten Masse des Spießertums“ erschien eben jedes Sichselbstbesinnen der Arbeiterschaft als blanker Aufruhr (S. 83). Die „Trennung“ des Proletariats vom bürgerlichen Liberalismus“ kann und muß denn mit mindestens dem gleichen Recht als „Trennung des bürgerlichen Liberalismus vom Proletariat“ bezeichnet werden. Ja, mit mehr Recht noch, wenn man die ausgesprochene Feindseligkeit des Bürgertums in seiner großen Masse gegen jegliches Kollektivstreben der Arbeiter nach Verbesserung ihrer Lage, sowie gegen ihr aufdämmerndes Bewußtsein von ihren besonderen Interessen und ihrer besonderen geschichtlichen Mission ins Auge faßt. Ohne sie hätte sich die Scheidung nicht so rasch vollzogen, könnte man sagen, wenn man vermeint, daß eine herrschende Klasse freiwillig sich dazu verstehen könnte, den Aufstieg einer zu ihrer Ablösung bestimmten zu fördern oder wenigstens nicht aufzuhalten. Allein niemand und am wenigsten eine Klasse vermag über ihren eigenen Schatten zu springen. Und so interessant B.s Mitteilungen über die klerikal-konservativen Intrigen zur Aufreißung und Erweiterung der Kluft zwischen liberalem Bürgertum und Proletariat, sowie über die Agitation der Persönlichkeiten sind, welche die Arbeiterschaft auf eigene Wege zu leiten sich bemühten — beiden kommt nur deklaratorische und nicht konstitutive Bedeutung zu.

Carl Grünberg (Wien).

Otto Neudörfer, Grundlagen des Genossenschaftswesens. Eine systematische Darstellung der Geschichte, Gesetzgebung, Theorie und Organisation der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften mit besonderer Berücksichtigung der österreichischen Verhältnisse. Wien und Leipzig, Carl Gerold & Sohn, 1921. IX—128 S.

Ein Zufall hat mir das angezeigte Buch in die Hände gespielt. Sein ebenso vielversprechender wie langatmiger Titel hat mich gereizt, es zu lesen. Die Lektüre hat mich veranlaßt, jeden, der etwa Gleiches beabsichtigt, davor zu warnen.

Zunächst sei festgestellt, daß man es nicht — wie das Vorwort vermuten lassen möchte — mit einer Arbeit zu tun hat, die in dieser Form zur Gänze erstmals das Licht der Welt erblickt hat. Vielmehr stellt sich das erste Kapitel, Geschichtliche Grundlagen, zum großen Teil (S. 3—19) als wörtliche Reproduktion der 1910 als S.A. aus der „Österreichischen landwirtschaftlichen Genossenschaftspresse“ erschienenen „Skizzen aus der Entwicklungs-

geschichte des Genossenschaftsgedankens" (42 S.) dar; vom dritten Kapitel, Theoretische Grundlagen, aber sind die Ausführungen über: Die Genossenschaft als Personalgesellschaft; Die Genossenschaft als Vereinigung von nicht geschlossener Mitgliederzahl; Die Stellung des Kapitals in der Genossenschaft; Die genossenschaftliche Haftpflicht; Die Verfassung der Genossenschaft als Selbstverwaltungskörper; Der Genossenschaftszweck — d. h. die Seiten 50/75 — von wenigen Sätzen abgesehen, unverändert aus der Broschüre N.s von 1917: Das Wesen der Genossenschaft (S.A. aus „Die Genossenschaft", Wien 1917. 59 S.) übernommen. Die anderen Kapitel habe ich auf den eigentlichen Zeitpunkt ihrer Entstehung nicht nachgeprüft.

Das Bestreben des Verf., der Privatdozent für Genossenschaftswesen an der Wiener Hochschule für Bodenkultur ist, alte Ware in neuer Verpackung auf den Markt zu bringen, würde mich jedoch, für sich allein, nicht veranlaßt haben, mich mit ihm kritisch zu befassen — wenn es sich nur um ausschließlich ihm gehörige Ware handelte. Dies ist jedoch keineswegs der Fall.

Im ersten Kapitel sind alle irgendwie erheblichen Gedanken in den Darlegungen über Robert Owen, Die Christlichsozialen in England und Die redlichen Pioniere von Rochdale dem nun schon über 80 Jahre alten — wertvollen — Werke Schulze-Gävernitz, Zum sozialen Frieden (Leipzig 1890 I, 295 ff.) nicht etwa bloß dem Sinne nach, sondern einfach auch in ihrer Formulierung — nebst den dazu gehörigen Literaturzitaten! — „entlehnt". Schlimmer noch fast ist, daß N. dies dadurch zu verschleiern sich bemüht, daß er hie und da zu Textangaben nicht unmittelbar Schulzescher Herkunft in den Anm. hervorhebt: Zit. bei Sch.-G. (S. 1, 11), oder im Text selbst einzelne Stellen unter Anführungszeichen bringt und unter Klammer Sch.-G. als ihren Urheber nennt (so S. 12). Für seine Darstellung der Ideen Fouriers nennt N. einzig Damaschkes Geschichte der Nationalökonomie, für jene der Gedankenreihen von Buchez gar keine Quelle. In beiden Fällen hat er das von ihm sehr stark benutzten Buches von Hans Crüger, Die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften in den einzelnen Ländern. Jena 1892, offenbar ganz vergessen; ebenso wie seiner Hauptquelle für die Entwicklung in Deutschland (S. 19 ff.), nämlich der „Volkswirtschaftlichen Theorie der Genossenschaften" von dem leider im Weltkrieg gefallenen Tübinger Privatdozenten Eduard Jacob (Stuttgart 1913).

Jacob hat auch — natürlich ungenannt — viel und Wesentliches zum dritten Kapitel: Theoretische Grundlagen, beisteuern müssen; und auch hier begegnen wir der gleichen Ungeschicklichkeit in dem Versuche, die eigene Unselbständigkeit zu maskieren, wie ich sie bereits einmal gekennzeichnet habe. Wer z. B. nicht sicher wäre, ob N. jemals die Schrift Kaufmanns, Die Stellungnahme der Sozialdemokratie zur Konsumgenossenschaftsbewegung (1913) nicht doch wirklich zu Gesicht bekommen hat, braucht nur die Anm. auf S. 94 und 95 zu vergleichen. Auf jener wird das Buch so zitiert, als ob N. es selbst gelesen hätte, auf dieser heißt es: „Zit. bei Jacob"!

Doch wozu noch weitere Belege für das eingangs ausgesprochene Urteil häufen? Die bereits beigebrachten genügen wohl. Ergänzt mögen sie nur

noch werden durch den Hinweis auf das Literaturverzeichnis. Es soll wohl, nach allgemeinem Sprachgebrauch, die vom Verf. benützte Literatur aufführen. Nun kann man aber ruhig sagen, daß in ihm nicht nur eine Reihe wichtiger Schriften zum Genossenschaftsproblem fehlt, die jeder Interessent der Genossenschaftsprobleme kennen muß, sondern auch, daß der Autor die meisten der angeführten nie benutzt hat. Er hätte sie sonst doch wohl auch in den Anmerkungen zu seinem Text irgendeinmal erwähnt.

CARL GRÜNBERG (Wien).

Almanacco socialista italiano. Milano, Società editrice „Avanti!". 1917: 256 p. — 1918: 384 p. — 1919: 408 p. — 1920: 504 p. (2 Lire; 3.50 Lire; 3.50 Lire; 5.60 Lire).

Dieser mitten im Weltkrieg begründete — mit zahlreichen, gut ausgeführten Illustrationen geschmückte — Almanach gehört zu den wertvollsten Erscheinungen der italienischen sozialistischen Literatur in den letzten Jahren. Er wollte von vornherein sein und ist auch in der Tat geworden mehr als einer der geläufigen „Arbeiter-Kalender". Er stellt sich vielmehr als ein — trefflich redigiertes — Jahrbuch dar, das neben politischem, sozialpolitischem und volkswirtschaftspolitischem Material, eine Übersicht über die nationale und internationale Arbeiterbewegung, sowie außerdem mannigfachen wissenschaftlichen und Unterhaltungsstoff bringt. So wird der Almanach zu einem sehr nützlichen Quellenwerk, insbesondere für die Entwicklung der sozialistischen Arbeiterbewegung Italiens während des Krieges und in den anderthalb Jahren nach dessen Beendigung. Er spiegelt dieselbe und ihre Wandlungen in dieser Zeit getreulich und mit einer Unmittelbarkeit wieder, die für den Politiker und Wissenschaftler gleich anregend ist. Die Umschlagsillustrationen schon sind hierfür kennzeichnend. Die des Jahrgangs 1920 stimmt mit der auf dem Organ des Exekutiv-Komitees der Dritten Kommunistischen Internationale, „Die kommunistische Internationale", die von G. SINOWJEW herausgegeben wird, überein; auch sie zeigt den Arbeiter, der die erdumspannenden Ketten mit gewaltigem Hammerschlag sprengt. In der Tat hat sich ja im Jahre 1919 der Übergang des Partito Socialista Italiano in das kommunistische Lager und sein Anschluß an die Moskauer Internationale vollzogen, worüber der Abschnitt: L'Italia socialista S. 384/496 Auskunft gibt. Eine Entwicklung, die bekanntlich seither wieder zum Teil rückläufig geworden ist.

CARL GRÜNBERG (Wien).

ERNST DRAHN und SUSANNE LEONHARDT. Unterirdische Literatur im revolutionären Deutschland während des Weltkriegs. Berlin-Fichtenau, Verlag Gesellschaft und Erziehung 1920. 8°. 200 S. (17.50, geb. 23.50 Mk.)

Eine für jeden, der sich mit der Geschichte der sozialistischen Arbeiterbewegung in Deutschland während des Weltkriegs beschäftigt, äußerst wich-

tige Publikation, eine Materialsammlung, an der kein Historiker der Zeit wird vorübergehen können. Denn sie reproduziert — mit verbindendem Text — ein sorgfältig gesichtetes Material an Flugblättern, Broschüren, Reden u. ä., das seiner Entstehung, Beschaffenheit und Verbreitungsart nach, sowie nach den Kreisen, an die es sich wendete, naturgemäß in nur geringem Maße oder gar nicht Gegenstand systematischer Sammeltätigkeit durch amtliche Stellen (Bibliotheken) oder private wissenschaftliche Interessenten werden konnte.

Das Buch zerfällt in zwei Teile. Im ersten (S. 7—123) wird „Die revolutionäre Propaganda in Deutschland", im zweiten (S. 124—200) „Die revolutionäre Propaganda vom Auslande her" behandelt. In dieser zweiten Abteilung tritt natürlich besonders stark die bolschewistische Propaganda von Rußland her seit Ende August 1918 hervor; eine nicht unbeträchtliche Rolle spielt aber auch die revolutionäre Literatur, die — seit Anfang August 1917 — in den deutschen Linien an der Westfront durch Fliegerabwurf verbreitet wurde.

Viele — mir zugänglich gewordene — höchst interessante Urkunden sind natürlich auch den Herausgebern unbekannt geblieben; andere haben sie bei der Sichtung ausgeschieden. Sie haben aber von vornherein Vollständigkeit weder erstrebt noch erstreben können. Der Verdienstlichkeit ihrer Sammlung tut dies keinen Eintrag.

Carl Grünberg (Wien).

Robert Winter, Der Sozialismus in der Natur. Innsbruck. Innsbrucker Buchdruckerei u. Verlagsanstalt 1919. 75 S., 4 Text- u. 5 Vollbilder von Kunstmaler Willy Prachensky. (3 Kr., 2 Mk.)

Der Verf. denkt sich jeden Fortschritt durch das soziale Prinzip vermittelt, jede Fortentwicklung an soziale Weiterentwicklung gebunden. Die zweischichtige Zellengesellschaft der Gastraea (W. schreibt immer „Gastrea") verkörpert ihm die erste Verwirklichung des Sozialismus; in den Riesentieren der Vorzeit sei dieser zwar zum Gipfel getrieben, soweit die gebundene Form der Zellvereinigung es zuläßt, aber zugleich übers Ziel geschossen, weil mit unsozialen Übergriffen jener Massen (uneigentlichen „Individuen", eigentlichen „Zellenstaaten") nach außen hin verknüpft. Die ungebundene Form des Sozialismus (nicht inner-, sondern überindividuell): die freie Genossenschaft von Zellstaaten unter sich oder die Zwischenstaatlichkeit, der Völkerbundgedanke im Zellenleben, trägt deshalb den Sieg davon und gedeiht über das gesellige Ursäugetier zum Menschen, in dessen Gehirnzellengesellschaft der soziale Grundsatz zum Bewußtsein erwacht und hierdurch im Begriffe steht, sich das gesamte lebendige Sein zu erobern. Der sozialistische Welttriumph bedeutet dem Verf. ewige Schönheit, weil durch gemeinsame Arbeit der Lebensbedarf der Gesamtheit leichter befriedigt werden kann: diese Erleichterung erzielt Ersparung von Kraft; und diese Ersparnisse wiederum erlauben dem sozialen Prinzip, sich (wie bei den Staatsquellen) im ästhetischen Prinzip auszuwirken.

Man darf dem erhebenden Gedankengange W.s warm zustimmen und braucht nicht zu übersehen, daß die Tatsachen, mit denen er ihn stützt, mehrdeutig sind und häufig in unrichtiger Art verwertet werden. Nur am Beispiel der Gastraea soll dies gezeigt werden.

Ihre Bechergestalt kommt zustande, weil etliche Zellen, die aus der dotterreicheren Gegend der noch ungeteilten Eizelle herstammen, den Löwenanteil dieser Reservestoffe mitbekommen hatten; dadurch bleiben sie umfangreicher, vermehren sich langsamer und werden von den sich schneller teilenden, dotterarmen Zellen überwachsen und ins Innere des zuerst kugelförmigen Keimes geschoben. Die Gastraea, die Ausgangsform der ganzen höheren Tierwelt, käme daher — außer durch das sozialistische Prinzip der bloßen Zellfurchung statt Zelltrennung — auch durch ein kapitalistisches Prinzip zustande. Man darf eben nicht außer acht lassen, daß nicht bloß der Sozialismus, sondern alle Strömungen, welche die menschliche Gesellschaft zerklüften, naturgegeben sind; und es läßt sich nicht einmal behaupten, daß alle außer dem Sozialismus fortschrittshemmend gewirkt haben. Es ist einfach unwahr, wenn W. sagt (S. 8): „Die Konkurrenz, der freie Handel ... sind in solcher Gastreagemeinde vollkommen brachgelegt." Werden doch die Zellen des Hautblattes nur vom Darmblatt aus ernährt, anfangs aus dem Reservefonds, dann durch Nahrung, die mit dem Urmund von außen aufgenommen wird; und natürlich nicht, ohne daß das Hautblatt durch orientierende Empfindung, schützende Bedeckung, fördernde Bewegung Gegendienste leistet! Das ist doch, wie jede Arbeitsteilung, Stoff- und Energieaustausch, daher freier Handel! Gibt es aber nichts zu fressen, so zeigt sich die bis dahin latente Konkurrenz an der darbenden Zellgemeinschaft: dann erfolgt Einschmelzung des Zellenstaates (so von E. Schultz an der Gastraeadenform des Armpolypen Hydra beschrieben), weil die minder widerstandsfähigen Zellen von ihren Genossen aufgesogen werden, bis eine einzige, verhungernde Zelle übrigbleibt! — Und weiter: „Es gibt keinen Aufpasser, keinen Abteilungsvorsteher, keinen Oberaufseher . . ., und nur weil es dieses nicht gab, hat sich die Gastraea, der einfache Zellenverein, sozial und demokratisch bis in das Menschengehirn hinauf durchgearbeitet." Ist das nervöse Zentralorgan nun nicht am Ende doch solch ein verpönter „Oberaufseher" geworden?!

Mit den Fachausdrücken steht W. auf gespanntem Fuße: tatsächlich („Gastrea", „Syphnofora") und grundsätzlich. Er sieht es als Tücke an, wenn Genossenschaften auf Grund wechselseitiger Vorteile (wie Einsiedlerkrebs und Seerose) als „Symbiose" statt als Sozialismus oder einfach als Zusammenleben benannt werden: „Damit die Wissenschaft das bliebe, was sie bis nun im großen und ganzen war, das bevorzugte Geistesgebiet einer verschwindenden Minderheit" (S. 37). Der Vorwurf mag gegenüber dem „Vergriechungsdrange professoralen Geschehens" in Einzelfällen gerechtfertigt sein; im allgemeinen bedeutet er schwere Verkennung einer Absicht, die zu verurteilen der Sozialismus das schlechteste Recht besitzt: die Internationalisierung der Gelehrtensprache; die Schaffung von Kunstausdrücken, die — dem Laien ja leider oft unverständlich — dem Fachgenossen über Landes- und Sprachgrenzen hinweg

zu verstehen geben sollen, wo er Ergebnisse findet, die sein eigenes Forschungsgebiet berühren. Daß „Sozialismus", „Symbiose" und „Zusammenleben" drei Begriffe sind, die einander nicht decken, also gesonderte Bezeichnungen verlangen, sollte überdem selbst einem Fachfremden nicht erst auseinandergesetzt werden müssen. Es ist ganz recht, wenn W. dem Professorendünkel zu Leibe geht; aber er darf ihn nicht mit „der Wissenschaft" verwechseln! Der politische Sozialist muß sich hüten, wissenschaftsfeindlich aufzutreten und es darin seinem Erbfeind, dem Klerikalen, nachzutun: denn Feindschaft wider die Wissenschaft ist Kulturfeindschaft.

Die Bilder zu W.s sonst so liebenswürdigem Buch sind leider von geradezu elementarer Scheußlichkeit. Heute, da ihre Vervielfältigung so teuer zu stehen kommt, konnte sich der Verlag die Kosten für solche, sowohl unbelehrende als unkünstlerische Kritzeleien getrost ersparen.

PAUL KAMMERER (Wien).

GEORG ENGELBERT GRAF, Die Landkarte Europas gestern und morgen. Paul Cassirer, Berlin 1919. 272 S.

Der Titel der im Sommer 1919 vollendeten Schrift läßt einen ausgesprochen geographischen Charakter vermuten, der ihr jedoch nur zum Teil zukommt. Allerdings bemüht sich der Verf., der nach seinem Beitrag zu der (mir nicht zu Gesicht gekommenen) Berliner PENCK-Festschrift ein Schüler des berühmten Geographen zu sein scheint, seine Betrachtungen in einen geographischen Rahmen zu spannen. Aber der Schwerpunkt liegt doch in den wirtschaftspolitischen Ausführungen von stark sozialistischer Tendenz. Mag man, wie Ref., diesen Standpunkt auch nicht teilen, so wird man doch den Versuch, die politischen und wirtschaftlichen Umwälzungen des Weltkrieges mit geographischen Voraussetzungen in Verbindung zu bringen, zwar nicht immer ohne Widerspruch, aber doch mit Anregung und Interesse verfolgen. „Die Landkarte Europas", welche das Inhaltsverzeichnis nach ihrem Stand von gestern, heute und morgen zu analysieren verspricht, spielt dabei eigentlich eine ziemlich nebensächliche Rolle. Wie die Schrift selbst von keinem Kartenbild begleitet ist, so steht dieses auch nur im Hintergrund als der gedachte sinnfällige Ausdruck für die Machtverhältnisse und politischen Triebkräfte, die sich in den Erschütterungen des Weltkrieges auswirken.

Die geographischen Auffassungen des Verf. kommen am meisten im ersten Teil „Vom Feudalismus zum Kapitalismus" zum Ausdruck. Die Grundbegriffe der politischen Geographie, insbesondere der Staat, sein Gebiet und seine Grenzen, seine Beziehungen zum Wirtschaftsleben und Verkehr werden darin im Sinne von RATZEL, KJELLÉN und anderen erörtert. Wenn der Verf. die Definition des Staates als Organismus ablehnt, so kann ich ihm darin nur beipflichten. Dagegen muß es für jeden, der nicht seinen Parteistandpunkt teilt, befremdend wirken, wenn in dem Abschnitt über den Be-

griff der Nation nur auf Schriftsteller wie KARL RENNER, OTTO BAUER, KARL KAUTSKY hingewiesen wird, dagegen Forscher, die als Geographen sich mit der Frage beschäftigt haben, wie ALFRED KIRCHHOFF und ROBERT SIEGER, nicht zu Worte kommen. Im einzelnen ließen sich gegen manche Behauptungen G.s triftige Einwendungen erheben, so wenn er die deutschen Stammesunterschiede als ein künstliches Produkt der Neuzeit hinstellt, oder wenn er (S. 73) die „Ukrainer" als Nation gelten läßt, die „Ruthenen" aber nicht, anscheinend ohne zu wissen, daß es sich dabei um dasselbe Volkstum handelt. Der Grundgedanke des ganzen Abschnittes gipfelt in dem Schlußsatz: „Die Landkarte Europas wird seit einem Menschenalter ständig umgemodelt durch den kapitalistischen Imperialismus."

Der zweite Teil berührt sich in dem Abschnitt über den Imperialismus sachlich mit einer seither erschienenen Schrift des Ref.[1]), bringt jedoch neben vielen richtigen Bemerkungen auch Auffassungen zum Ausdruck, welche jeden national Empfindenden zum Widerspruch herausfordern müssen, so wenn (S. 112 u. 136) Deutschland als der politische Störenfried und Unruhestifter hingestellt wird. Von der Erwerbung der ersten Kolonie durch Deutschland will der Verf. den Beginn des imperialistischen Zeitalters (nach FRIEDJUNG) datieren, die Besetzung Ägyptens durch England erscheint ihm daneben bedeutungslos und von den uferlosen kolonialen Erwerbungen Englands und Frankreichs, sowie der Eroberungspolitik Rußlands ist überhaupt nicht die Rede. Daß in dem Kapitel über Kolonialpolitik wiederum besonders RENNER, ROSA LUXEMBURG und KAUTSKY zitiert werden, kann nach dem früher Gesagten nicht verwundern. Besonderes Interesse erweckt der Abschnitt über Kartelle, Trusts und ihre geopolitische Bedeutung. Auch das Kapitel „Der Imperialismus im Weltkrieg" enthält manche beachtenswerte Ausführungen. Freilich benützt der Verf. auch diese Gelegenheit zu einem Seitenhieb auf Deutschland, wenn (S. 216) die an sich richtige Bemerkung, daß die Gründung der neuen Nationalstaaten in den meisten Fällen keineswegs ehrlicher Überzeugung, sondern politischer Berechnung und unsauberen Mitteln entsprungen ist, wieder vorwiegend zu ungunsten Deutschlands verwendet wird.

Der letzte Abschnitt „Die Friedensschlüsse des Imperialismus" ist naturgemäß durch die späteren Ereignisse zum Teil überholt. Er beschäftigt sich hauptsächlich mit dem Frieden von Brest-Litowsk und von Versailles. Das Schlußkapitel „In Erwartung des Völkerfriedens" wird dem nüchternen Beobachter nur wenig Hoffnungen erwecken; es sind fromme Wünsche einer sozialistischen Weltanschauung. Im ganzen möchte ich die Arbeit GRAFs kennzeichnen als eine von geographischen Grundlagen ausgehende, in ihrem Wesen aber wirtschaftspolitische Streitschrift gegen den internationalen Kapitalismus und Imperialismus.

EUGEN OBERHUMMER (Wien).

---

1) Imperialismus. Das britische Weltreich und die imperialistischen Staatenbildungen früherer Zeit von EUGEN OBERHUMMER. Mit 3 Kartenskizzen. Wien, Gerold & Co. 1920. 36 S.

Charles Gide et Charles Rist, Histoire des doctrines économiques depuis les Physiocrates jusqu'à nos jours. 3e édit., revue et corrigée. Paris. Librairie de la Société du Recueil Sirey 1920. 8°. XX u. 806 S. (20 Frs.)

Dieselben, Geschichte der volkswirtschaftlichen Lehrmeinungen. Nach d. II. durchges. u. verbess. Ausgabe herausgeg. von Franz Oppenheimer. Deutsch von R. W. Horn. Jena, Fischer, 1913. 8°. XXII u. 828 S. (12 Mk.)

G. selbst hat gelegentlich (in der Schmoller-Festgabe, I. Bd., Abh. XVI) u. a. als Unterschied zwischen den historisch interessierten Nationalökonomen Frankreichs und Deutschlands hervorgehoben, daß die Deutschen sich vornehmlich mit der Geschichte der wirtschaftlichen Tatsachen befassen, die Franzosen hingegen mit der Geschichte der wirtschaftlichen Ideen. Es wäre sicherlich interessant, der Ursache dieser Erscheinung nachzugehen. Man würde sie vielleicht in der Verschiedenheit der Denkweise und der Denkrichtung der beiden Nationen finden. — Dies würde uns jedoch zu weit führen. Hier genügt die Feststellung, daß sowohl im Universitätsunterricht als auch in der literarischen Produktion Frankreichs die Geschichte unserer Wissenschaft einen ungleich breiteren Raum einnimmt als in Deutschland. Wohl ist für sie in den letzten Jahren vor dem Krieg auch in Deutschland das Interesse erwacht und hat wertvolle monographische Arbeiten gezeitigt, der Unterschied aber besteht nach wie vor. An deutschen Universitäten wird die Dogmengeschichte auch heute noch weder überall noch regelmäßig in größeren Sondervorlesungen vorgetragen, während in Frankreich die Histoire des doctrines économiques seit Jahrzehnten obligatorisches Prüfungsfach und an allen Universitäten durch besondere Ordinariate vertreten ist. Auch an den Schweizer Universitäten wird sie eingehender behandelt, was sich wohl einesteils, in Genf und Lausanne, durch den französischen Einfluß, anderenteils durch die besonderen Neigungen einzelner Hochschullehrer, so Onckens und Paretos, erklärt. Die intensivere Pflege der Dogmengeschichte an den französischen Universitäten reflektiert sich wiederum in der literarischen Produktion. Die deutsche Literatur besitzt fast keine einschlägigen lehrbuchartigen, „allgemeinen" Darstellungen — denn Roscher ist veraltet, Dühring ist kaum als Lehrbuch zu empfehlen, Eisenhart und Damaschke sind nicht erschöpfend, der geistvolle, großzügige Essay Schumpeters im Grundriß der Sozialökonomik ist im Grunde keine Einführung, sondern ein anregender Leitfaden für den Fortgeschrittenen —, die französische hingegen weist eine ganze Reihe solcher Werke auf.

Ein Verhängnis teilt indessen die französische Literatur mit der deutschen. Von den zahlreichen großangelegten Geschichtswerken sind nur wenige vollendet worden, viele sind nur Fragment geblieben und meist nicht über den, in der Regel unwichtigeren „Ersten Teil" hinausgelangt. So das Werk Onckens, das im Grunde ebenso nur eine Einleitung zur Geschichte der Nationalökonomie bildet, wie das Werk Georg Adlers eine Einleitung zur Geschichte des Sozialismus; so auch die durchaus originell gedachte zweibändige Histoire des systèmes économiques et socialistes des kürzlich ver-

storbenen Bruxeller Soziologen HECTOR DENIS; und ob der auf 5 Bände berechnete vielversprechende Précis de l'histoire des doctrines économiques dans leurs rapports avec les faits et avec les institutions von A. DUBOIS, dessen — ebenfalls nur auf die vorphysiokratische Zeit beschränkte — erster und einziger Band vor bald zwanzig Jahren erschienen ist, das gleiche Schicksal teilen wird, wird die Zukunft zeigen. Immerhin jedoch besitzt Frankreich, neben zahlreichen wertvollen Monographien und Teilgeschichten, auch abgeschlossene Gesamtdarstellungen der Geschichte der Nationalökonomie, und unter diesen erfreut sich das vorstehend angezeigte wohl der größten Popularität. Mit Recht auch. Es entspricht allen Forderungen, die man an eine einführende Darstellung zu stellen hat. Es ist leicht und anregend, stellenweise faszinierend geschrieben, zeigt auf jeder Seite, neben gediegenen Kenntnissen und präziser, aber namentlich bei G. nirgends starr doktrinärer Formulierung der eigenen Anschauung, Liebe zum Stoff, sowie zu den behandelten Autoren, deren Lehrmeinungen die Verf. im ständigen Suchen der richtigen Lösung durchaus objektiv entgegentreten; und selbst wo die Ansichten des Historikers denen des behandelnden Autors entgegengerichtet sind, findet man keine Spur spießiger Rechthaberei, sondern verständnisvolle Bemühung, zu ergründen und zu erklären, stellenweise gewürzt mit einer kaum merkbaren Dosis feiner Ironie.

Daß das Buch auch seine Mängel hat, ist begreiflich, und auf sie vornehmlich eben soll im folgenden hingewiesen werden. Denn meines Erachtens besteht die Pflicht des Referenten über ein anerkannt gutes Buch eher in der Herauszeichnung der schwachen Seiten als in der unnötigen Unterstreichung des Guten.

Die Geschichte G.-R.s umfaßt die Epoche von den Physiokraten bis zur Gegenwart. Sie zerfällt in 5 große Abschnitte, die nacheinander zum Teil nicht ohne gewaltsame Zusammenfassung schildern: die Fondateurs (Physiokraten, SMITH, MALTHUS, RICARDO); die Adversaires (SISMONDI, die französischen Sozialisten der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, OWEN und FRIEDRICH LIST); den Liberalismus (BASTIAT, CAREY und JOHN STUART MILL); die Dissidents (die Historiker, die Staatssozialisten, MARX und seine Schule und die Vertreter der auf dem Christentum beruhenden Lehren); endlich die modernen Theorien (Hedonisten: die mathematische und Grenznutzenschule, Bodenreformer, Solidaristen und Anarchisten, neben denen nunmehr auch der Bolschewismus zur Darstellung gelangt).

Zunächst soll untersucht werden, ob diese Stoffgliederung in jeder Hinsicht befriedigt. Denn zweifellos steht bei einem Werk, das — zweckgemäß — in hohem Maße auf Originalität in den Einzelheiten zugunsten des Gesamtaufbaues verzichten muß, die Frage nach der Gruppierung der einzelnen Autoren und Doktrinen an erster Stelle. Daß — wie die Verfasser selbst im Vorwort hervorheben — „le plan d'une histoire des doctrines est chose embarassante", weiß jeder, der selbst die Geschichte der Nationalökonomie vorgetragen hat. Nur über die Zweckmäßigkeit, nicht aber über die Berechtigung dieser oder jener Gruppierungsmethode läßt sich streiten, denn letzten Endes

hängt diese von dem Fundamentalgedanken der Darstellung ab. Welcher Gedanke liegt nun dem Werk G.-R.s zugrunde? Wir finden ihn gleich im Vorwort (S. X) deutlich ausgesprochen und temperamentvoll den Standpunkt vertreten, daß wenngleich der Nationalökonom bis zu einem gewissen Grad durch das ihn umgebende ökonomische Milieu beeinflußt wird, die Wirtschaftsgeschichte allein eine ausreichende Erklärung der Dogmengeschichte nicht zu bieten vermöge. Wie sollte sich sonst das gleichzeitige Auftreten von J. B. SAY und SISMONDI oder gar eines BASTIAT und eines PROUDHON erklären? Um dieser Auffassung, oder eigentlich Nuance, entgegenzutreten, braucht man nun meines Erachtens kein strenggläubiger Anbeter der materialistischen Geschichtsauffassung zu sein und die Geistesströmungen als bloßen „Überbau" der ökonomischen Verfassung zu betrachten. Wohl leben die Ideen ihr eigenes Leben, kommen zur Welt, vergehen und auferstehen auch bei veränderten Verhältnissen wieder, geläutert und bereichert durch den vorausgegangenen Kampf. Allein der mannigfaltige Einfluß der wirtschaftlichen Umwelt und der mit ihr eng zusammenhängenden (wenn auch nicht durch sie allein bedingten) sozialen und kulturellen wird sich wohl nie bestreiten lassen. Nur muß man sich gegenwärtig halten, daß das Individuum durchaus verschieden auf die gegebenen Tatsachen reagiert; es kann sie annehmen, sich ihnen anpassen oder sich gegen sie auflehnen; es drängt vorwärts oder haftet am Vergangenen; es kann einzelne Elemente der Wirklichkeitswelt ungleich höher bewerten als andere, tatsächlich vielleicht nicht minder wichtige; ja, es kann sich bei der persönlichen Einstellung in ungenauer Kenntnis der Gegenwart befinden oder auf die durch andere erfolgte Verarbeitung wirtschaftlicher Tatsachen der Vergangenheit stützen; ganz abgesehen davon, daß auch die persönlichen Interessen nicht ohne Einfluß auf seine ökonomischen Gedanken sein können. Ich glaube, daß unter Berücksichtigung des einen oder des anderen dieser Momente auch die Gleichzeitigkeit durchaus verschieden orientierter Nationalökonomen erklärt werden kann, ohne daß der Einfluß der ökonomischen Tatsachenwelt preisgegeben werden müßte. So die übrigens von R. selbst (S. 205) erwähnte Wandlung in den Anschauungen SISMONDIS zwischen 1803, da er noch durchaus SMITHianer und SAY gleichgesinnt war, und 1819, dem Erscheinungsjahr der Nouveaux principes: dazwischen liegt die erst 1818 und 1819 durch Augenschein erfolgte Kenntnisnahme von der Entwicklung der Volkswirtschaft Englands zwischen 1776 und 1818, sowie von den Verheerungen des kräftig zunehmenden liberal-individualistisch orientierten jungen und rücksichtslosen Kapitalismus namentlich in den unteren Gesellschaftsschichten. Und ähnlich wird man auch, vielleicht unter Heranziehung der von mir vorhin an erster und letzter Stelle erwähnten Momente, das zeitlich zusammenfallende Wirken von BASTIAT und PROUDHON erklären können.

Alles das braucht übrigens hier um so weniger unterstrichen zu werden, als ja G.-R. an mancher Stelle wirtschaftliche Entwicklungsmomente durchaus verständnisvoll zur Erklärung heranziehen und selbst an der zitierten Stelle des Vorworts gewisse Konzessionen machen. Wenn ich trotzdem diesen Ge-

danken herausgegriffen habe, so deshalb, weil in ihm der Schlüssel zur Erklärung des Gesamtaufbaues des G.-R.schen Werks liegt. Die ganze Geschichte der Nationalökonomie der letzten anderthalb Jahrhunderte wird, losgelöst von der wirtschaftlichen Entwicklung, als reiner Ideenkampf, als Kampf für und wider die klassische Doktrin geschildert: von den Begründern bis zu den Modernen, bei denen, ebenso wie in den vorangegangenen Zwischenphasen, die Stellungnahme gegenüber den Klassikern und die Abhängigkeit von ihnen eingehend untersucht wird. Liegt denn aber wirklich das Wesentliche bei allen einschlägigen Autoren stets nur in der Anerkennung oder Ablehnung der Ideen der Gründer? Wären nicht auch andere, wichtige Momente bei der Systematisierung zu berücksichtigen? Meines Erachtens berechtigt beispielsweise das ablehnende Verhalten SMITH gegenüber kaum zu der — sei es auch nur rein mechanischen — Zusammenfassung des konservativen und nüchternen Sozialpolitikers SISMONDI mit dem stets begeisterten Stürmer und Dränger SAINT-SIMON, sowie dessen von ihm so stark abweichenden radikalen Schülern und mit dem vorwiegend praktisch orientierten nationalistischen Wirtschaftspolitiker FRIEDRICH LIST, zwischen denen auch noch der etwas konfuse Mitbegründer des Anarchismus und einer der geistigen Väter des Syndikalismus PROUDHON neben den — wieder stark differenzierten — Trägern des Genossenschaftsgedankens, FOURIER und OWEN, und schließlich auch der Vorläufer des Staatssozialismus LOUIS BLANC figurieren. Andere Unterscheidungsmerkmale hätten hier gewählt werden können als die Ablehnung der Lehre SMITHS, insbesondere da doch die Genannten nicht die gleichen Elemente des SMITHschen Systems ablehnten. Wollte man übrigens streng die Methode der Verfasser einhalten, so lägen z. B. auch genug triftige Gründe vor zur Lostrennung des Pessimisten RICARDO vom Optimisten SMITH und namentlich zur Kennzeichnung J. ST. MILLS als Abtrünnigen, der dann im IV. statt im III. Buch zu behandeln wäre. Haben demnach nicht die Verfasser um der Schönheit des straffen Aufbaues willen einen an sich wesentlicheren Schönheitsfehler begangen?

Zwei weitere Mängel gleicher Art noch sind kurz hervorzuheben. Der erste bezieht sich auf die räumliche Abtrennung J. ST. MILLS von den frühen Klassikern. Hierdurch wird die Einheit der klassischen Schule, der doch MILL zweifellos noch zugehört, zerrissen und namentlich der mit dem historischen Stoff weniger vertraute Leser muß, bei MILL angelangt, zurückblättern und die ihm nicht mehr gegenwärtigen Kapitel über RICARDO und MALTHUS nochmals nachlesen. Für die Verfasser mag dabei maßgebend gewesen sein, daß MILL, insbesondere in seinen späteren Jahren, unter dem Einfluß A. COMTES und der SAINT-SIMONISTEN stand; und um die Widerspiegelung der Ideen dieser und jenes in MILLS Werk deutlicher aufzuzeigen, wollten sie dessen Betrachtung die Kritik des Individualismus durch die frühen französischen Sozialisten voranstellen. Allein selbst die Bedeutung dieses Einflusses zugegeben, wird man doch, namentlich was die eigentliche ökonomische Theorie betrifft, den Einfluß RICARDOS und des älteren MILL für wesentlicher betrachten müssen als den der Franzosen, und dies wird für die ununterbrochene

Darstellung der Klassiker sprechen. Auch die Stoffgliederung in den zwei letzten Büchern läßt sich zwar aus dem Leitgedanken der Verfasser verstehen. Indes führt sie auch hier zu unerwünschten Ergebnissen. Denn während als moderne Theorien nur die neubritisch-österreichische, die bodenreformerische, die solidaristische und die anarchistische bezeichnet werden, werden der Marxismus und selbst der Revisionismus sowie der neumarxistische Syndikalismus im vorletzten Buch behandelt, was den Eindruck wecken kann, als ob die Verfasser diese Theorien den älteren hinzuzählten. (Übrigens ist der Anarchismus nicht nur zeitlich älter, er gehört vielmehr auch nach dem Grundgedanken G.-R.s selbst eher ins IV., den „Abtrünnigen" gewidmete, Buch.) Interessant ist übrigens, daß der Bolschewismus, sicher aus dem eben genannten Grund, als neueste Doktrin also, zu Ende des Bandes behandelt wird, im Anschluß an den Anarchismus, während es doch logischer gewesen wäre, diese Skizze — des inneren Zusammenhanges halber — auf die Betrachtung des Neumarxismus folgen zu lassen. Allerdings käme dann, infolge der „Zurückstellung" des Marxismus, der Bolschewismus vor dem Anarchismus und zudem nicht unter den modernen Doktrinen zu stehen. Endlich sei noch bemerkt, daß auch die interventionistische (staatssozialistische) Doktrin eigentlich unter den modernen Theorien figurieren müßte. So drängt sich mir das Bedenken auf, ob nicht das IV. und V. Buch, unter Umstellung der einzelnen Unterabschnitte, besser zu einem einzigen, gleichzeitig den „Modernen" und den „Abtrünnigen" gewidmeten Buche zu veramalgamieren gewesen wären. Denn wer von den maßgebenden Modernen vertritt den reinen SMITHianismus, wer ist nicht, im Sinne G.-R.s, abtrünnig?

Die vorstehende Hervorhebung hauptsächlich von Mängeln des äußeren Rahmens soll nun durchaus nicht besagen, daß den Verfassern der ganze Aufbau mißlungen sei. Denn viele Abschnitte fassen überaus glücklich die zusammengehörigen Autoren zusammen. Daß hierbei die Physiokraten und die frühen Klassiker, MALTHUS und RICARDO, die SAINT-SIMONisten, oder BASTIAT und CAREY vereint betrachtet werden, ist man gewöhnt. Originell hingegen und zugleich sehr zweckmäßig ist die Zusammenfassung von FOURIER und OWEN zur Gruppe der Socialistes associationnistes, in welche (immerhin durch einen Untertitel getrennt) auch LOUIS BLANC eingereiht wird. Zu den interessantesten Gruppierungen schließlich gehört der Abschnitt über die Staatssozialisten, in dem unter scharfer Ausarbeitung des Begriffs Staatssozialismus-RODBERTUS und LASSALLE, daneben aber auch die Plejade der Interventionisten verschiedener Schattierungen von SISMONDI, DUPONT-WHITE und HERMANN bis auf ADOLPH WAGNER und LEXIS geschildert werden.

In diesem Zusammenhang ist noch die überaus geschickte Verarbeitung der Lehrmeinungen weniger bedeutender Vertreter bestimmter Richtungen, der Vorgänger, Mitläufer und Nachzügler, in den Einleitungs- und Schlußabschnitten der den markantesten Autoren gewidmeten Kapitel zu rühmen. Hierdurch wird erstens — in ganz magistraler Weise — die Darstellung der Fortentwicklung und Verkettung der Haupttheorien vervollständigt, auf

die die Verfasser mit Recht größten Wert legen. Zweitens aber werden hierdurch ermüdende Wiederholungen vermieden. Denn jede neue Theorie wird nicht im Zeitpunkt ihrer Entstehung und beginnenden Entwicklung, sondern im Augenblick ihrer Reife, ihrer glanzvollsten Vertretung, behandelt. Allerdings müssen so mancher Schriftsteller und mancher Gedanke unerwähnt bleiben. G.-R. folgen hierbei der Warnung ihres großen Landsmannes vor allzu großer „Gründlichkeit": le secret d'ennuyer est celui de tout dire. Immerhin fehlen selbst im Personenregister u. a. Namen wie: Iselin, Bandini, Ortes, Filangieri, Verri, Mauvillon, Büsch, Möser, Haller, Jakob, Soden, Fawcett, Jones, Perry, Cernuschi, Brassey, Gray, Herzen; von den modernen: Knapp, Cohn, Philippovich, Taussig, Tugan-Baranowsky u. a.; nur im Vorbeigehen werden erwähnt: Louis Say, Adam Müller, Pierre Leroux, L. v. Stein, Cobden, Loria. Wesentlich bedenklicher noch ist aber, daß ein Werk von 800 Seiten über Thünen sieben Zeilen einer Anmerkung und eine beiläufige Erwähnung an zwei anderen Stellen enthält.

Es ist nicht leicht, einzelne Stücke des vortrefflichen und auch in den Details durchaus zuverlässigen Werks noch speziell vor den übrigen hervorzuheben. Immerhin möchte ich als besonders gelungen die Kapitel über die frühen französischen Sozialisten bezeichnen, daneben die Darstellung des Solidarismus, zu dessen Mitbegründern G. selbst bekanntlich gehört, und den Abschnitt über J. St. Mill. Auch die Leichtigkeit in der Darstellung der gewiß „grauen" Theorie Ricardos, ohne daß dabei bloß an der Oberfläche gehaftet wird, verrät sofort die erfahrenen Lehrer. Schwächer, namentlich weil relativ zu wenig eingehend, ist die Darstellung des Syndikalismus, was um so bedauerlicher ist, als wir mit Ausnahme des etwas veralteten Büchleins Challayes und einiger Zeitschriftenaufsätze keine zuverlässigen Darstellungen dieser jetzt besonders interessanten Ideenrichtung besitzen. Daß in einem so umfangreichen Werk auch manche Fehler unterlaufen sind, die zum Teil auf Schreib- oder Druckfehlern beruhen mögen, ist nicht verwunderlich. Einige seien kurz vermerkt. Das erste Werk Owens ist nicht 1817 (S. 274), sondern 1813 (oder 1812) erschienen, und zwischen diesem Jahr und 1817 sind noch verschiedene andere Schriften Owens veröffentlicht worden. Ein offenbarer Druckfehler (in allen Auflagen) ist die Angabe (S. 276), daß Owens Arbeitsbörse 1822 (anstatt 1832) begründet worden ist. Die Essays on some unsettled questions von J. St. Mill wurden wohl 1829 (eigentlich 1829—30) geschrieben, aber nicht in diesem Jahre (S. 415), sondern mit Ausnahme des fünften, der erstmals in einer Zeitschrift erschien, erheblich später, 1844, publiziert. Formal ist zu korrigieren, daß die Anti-Corn-Law-League nicht 1838 (S. 432), sondern erst 1839 als solche, d. h. als eine das ganze Land umfassende Organisation gegründet worden ist; ins Jahr 1838 fällt die Gründung des ursprünglichen Agitationsvereins in Manchester. Als letzter sei ein kombinierter Druck- und Rechenfehler vermerkt. Alle drei Auflagen (S. 4) nennen 1761 als Erscheinungsjahr der Physiocratie von Dupont de Nemours und anschließend wird in der I. und II. Auflage das damalige Alter Duponts mit 29 Jahren angegeben.

Nun ist aber DUPONT 1739 geboren; durch einen Druckfehler wurde 1761 aus 1767. In der III. Auflage hat nun ein neuer Druckfehler das Alter DUPONTS von 29 auf 24 Jahre geändert, so daß jetzt Erscheinungsjahr und Alter unrichtig sind.

Hätten nicht die Verfasser selbst im Vorwort ausdrücklich darauf hingewiesen, daß sie von einer Bibliographie absehen wollen, so würde ich den Wunsch aussprechen, daß wenigstens in eine spätere Auflage eine solche aufgenommen werde. Zweifellos gehört sie in ein Lehrbuch der Dogmengeschichte. Nicht nur der selbständig weiter Arbeitende würde sie dankbar begrüßen: namentlich auch für seminaristische Übungen wären zahlreichere, systematisierte Literaturangaben höchst zweckmäßig.

An dieser Stelle wäre schließlich mit besonderem Nachdruck hinzuweisen auf die neuaufgenommene Skizze der neuesten ökonomischen Doktrin: des Bolschewismus.

Ist diese Doktrin neu? R. führt sie mit Recht auf den Marxismus und den Anarchismus zurück. Er analysiert ziemlich eingehend LENINS zwei Hauptwerke: „Staat und Revolution" und „Die nächsten Aufgaben der Sowjet-Macht", behandelt hierbei in der Hauptsache LENINS Stellung gegenüber dem Staat, sein Verhältnis zum Anarchismus („Ablehnung") und zum Marxismus (Theorie der „Diktatur des Proletariats") und wirft endlich die Frage auf: ob die durch den Bolschewismus inaugurierte neue wirtschaftliche Verfassung frei und gerecht sei, um diese Frage zu verneinen. Eines ist an diesen Ausführungen R.s auszusetzen: daß sie nicht tief genug in die „Seele" des Bolschewismus eindringen. Wir vermissen die Behandlung einer überaus wichtigen Frage, welche die Bolschewiki — insofern sie das „Erbe MARXens" ausschließlich für sich vindizieren — nicht beantworten können. Wohl hat MARX gelegentlich bemerkt: es werde zwischen den Phasen des Kapitalismus und des Sozialismus (Kommunismus) eine Zwischenperiode „der revolutionären Umwandlung der einen in die andere" liegen, die politisch im Zeichen der „Diktatur des Proletariats" stehen werde. Aber er lehrte doch auch — und eben darin erblicke ich die Grundlage des „wissenschaftlichen" Sozialismus und zugleich die schärfstgezogene Grenze gegen den von ihm (und von LENIN!) so schroff abgelehnten Utopismus, Putschismus, Blanquismus, Anarchismus usw. —, daß der Moment (nicht des Beginnes des kommunistischen Zeitalters, sondern auch der Zwischenperiode, der „Diktatur") nicht willkürlich durch die Politiker bestimmt werden könne („Naturgemäße Entwicklungsphasen kann die Gesellschaft weder überspringen noch wegdekretieren"), sondern an den Abschluß einer bestimmt umschriebenen sozialökonomischen (und also — nach MARX — auch geistigen und ethischen) Evolution, an die Voraussetzung der bereits erfolgten Bildung der neuen Gesellschaft im Schoße der alten, an die Bedingung der „Reife zum Sozialismus" notwendig gebunden sei. Allerdings fehlt bei MARX die Angabe der Erkennungszeichen dieses Moments. Jeder Kenner von MARX weiß aber, wie nach diesem im großen und ganzen die Volkswirtschaft unmittelbar vor dem Eintritt der „Zwischenperiode" aussehen müßte; die Elemente dafür liefert eben die Evo-

lutionstheorie. Und jeder Unvoreingenommene erkennt auch sofort, daß in Rußland 1917 die nach MARX aus der Entwicklung des Kapitalismus sich notwendig ergebenden Voraussetzungen des Eintritts der „Zwischenperiode" nicht erfüllt waren.

Die Antwort der Bolschewiki auf diese Frage besteht meist in aus dem logischen Zusammenhang gerissenen und nebeneinander gestellten Worten des Meisters — übrigens nicht des Verfassers des Kapitals, sondern des von der Pariser Kommune begeisterten Autors des Bürgerkriegs in Frankreich und der Briefe an KUGELMANN und BRACKE. Allein für die Erklärung des Bolschewismus, seines Ursprungs und der Ursachen seines Erfolges in Rußland sind nicht diese Beiträge zur MARX-Philologie (um mit SOMBART zu sprechen) entscheidend, sondern etwas wesentlich anderes, was R. eben übersehen hat, übersehen mußte, weil er ja programmgemäß auch den Bolschewismus lediglich aus älteren ökonomischen Doktrinen ableiten wollte, ohne das Milieu zu berücksichtigen, in dem er aufgegangen ist, ohne die politischen, ökonomischen und kulturellen Tatsachen der russischen Wirklichkeitswelt zur Erklärung heranzuziehen, ohne die Psychologie der Führer und der Massen in den Vordergrund zu stellen. Bei tieferem Eindringen R.s in die Psychologie des russischen Revolutionärs und richtiger Einschätzung der Tradition der russischen Befreiungsbewegung sowie ihrer Ursachen, bei Berücksichtigung der traditionellen Verherrlichung des Terrors innerhalb der verschiedensten Gesellschaftsschichten, sowie des Einflusses der russischen Spielart des Anarchismus und namentlich der Anschauungen BAKUNINS über die politische Revolution, hätte R. den zur Idee der Diktatur der aktiven Minorität — Terror und Diktatur sind nahe verwandt! — zwangläufig führenden Mangel an demokratischer Gesinnung und Tradition bei den Führern und insbesondere auch bei den Geführten mit zur Erklärung herangezogen. Hätte er schließlich auch das Milieu und die Stimmung der russischen Fabrik und des russischen Dorfes vor und während des Krieges und namentlich nach der Märzrevolution mit der gleichen Sicherheit in Rechnung gestellt, wie es die Bolschewiki taten, als sie mit sehr feinem Verständnis für die Stimmung der Massen und die Machtlosigkeit der provisorischen Regierung „von der Wissenschaft zur Tat" übergingen, hätte er kurzum die Idee auf den Hintergrund der Realität gestellt, dann hätten wir wahrscheinlich eine erschöpfendere, eine plausiblere Darstellung des Bolschewismus, dieser Verbindung von Idee und Chaos (ALFONS PAQUET), erhalten.

Immerhin ist auch die gegebene Darstellung, die sich aus naheliegenden Gründen nur auf einige wenige Originalwerke stützen konnte (die Schriften von TROTZKI, BUCHARIN, RADEK, ZINOWJEW u. a. waren R. unzugänglich), insofern als gelungen zu betrachten, als sie den Anforderungen an eine erste Einführung genügt. So paßt sie denn auch in den Rahmen einer Gesamtdarstellung der volkswirtschaftlichen Doktrinen. Hervorgehoben sei übrigens auch noch ihre Objektivität und Ruhe, wie auch, daß sie sich — im Gegensatz zur SOMBARTschen — meines Erachtens mit Recht von der Würdigung des „praktischen" Bolschewismus fernhält.

Zum Schluß sei nochmals betont, daß die vorgebrachten Aussetzungen nichts am Gesamturteil über das besprochene Werk ändern. Dieses ist nicht nur das beste unter den mir bekannten gleichartigen Werken, sondern — was viel mehr bedeutet — eine gute, zuverlässige, anregende und ideenreiche Arbeit von bleibendem Wert, ein standard-work, in dem die historischen, literarhistorischen und literarischen Qualitäten der beiden Verfasser sich in glücklichster Weise verbinden.

Nur wenige Worte noch über die deutsche Übersetzung. Einmal ist es an sich freudig zu begrüßen, daß durch sie das G.-R.sche Werk — dem die deutsche Literatur kein ebenbürtiges an die Seite zu stellen hat — auch einem weiteren Leserkreis in den Ländern deutscher Zunge und namentlich den Studenten zugänglich gemacht wurde, die häufig vor großen fremdsprachigen Werken zurückschrecken. Sodann aber ist diese Verdeutschung — soweit eine Übersetzung überhaupt möglich ist — im großen und ganzen als gelungen zu bezeichnen. Immerhin ist für die doch sicherlich bald nötige Neuauflage eine sorgfältige Revision dringend zu empfehlen. Nur an einem Beispiel sei gezeigt, wie durch die nicht ganz genaue Übertragung eines einzigen Wortes (das zudem dem Übersetzer auch ganz unwichtig erscheinen konnte) der Sinn eines ganzen Satzes, ja der Würdigung eines Autors, ins Gegenteil verdreht werden kann. Im Original (S. 401) heißt es: „Non seulement la démonstration que Bastiat a cru donner ... est fausse, mais la thèse en elle-même paraît démentie par les faits. Il semble résulter en effet des statistiques que malgré la prétendue loi de la baisse de l'intérêt ... la part prélevée par le capital ... s'est accrue ... plus rapidement que celle du travail." Der Übersetzer setzt nun für „en effet" (anstatt: „in der Tat") „allerdings" und schreibt also (S. 387): „Nicht nur ist der Beweis ... falsch, sondern auch die Theorie selbst wird von den Tatsachen widerlegt. Es scheint sich allerdings aus den Statistiken zu ergeben, daß trotz des sogenannten Gesetzes des sinkenden Zinsfußes ... der Anteil des Kapitals ... sich ... schneller als der Anteil der Arbeit vergrößert hat." Im Original stützt sich also die Widerlegung der Bastiatschen These auf die Tatsachen und ihre statistische Erfassung. Die Übersetzung aber ruft bei einem nicht sehr aufmerksamen Leser die Vorstellung einer Abschwächung, eines Zweifels hervor, beim aufmerksamen jedoch: das Gefühl eines Mißverständnisses auf seiten des Übersetzers, das aber ohne Vergleich mit dem Original nicht festzustellen ist.

Zu rühmen ist das 60 Seiten starke Sachregister in der deutschen Ausgabe, das die Benutzung des Werks als Hand- und Nachschlagebuch wesentlich erleichtert.

Manuel Saitzew (Zürich).

Carmello Scalia, Il materialismo storico e il socialismo. Con prefazione di S. E. il Card. Pietro Maffi. Milano, Società editrice „Vita e Pensiero" 1920. 8°. VI — 415 — 14 p. (8 Lire.)[1])

1) Aus dem italienischen Original übersetzt von C. Grünberg.

Es ist ein allgemein gültiges Gesetz, daß die Angehörigen einer politischen Partei durch höhere geistige Regsamkeit sich auszeichnen, solange sie in der Minderheit sind, während sie um so ausgesprochener zur Mittelmäßigkeit hinabsinken, sobald ihre Partei das Übergewicht auf der politischen Bühne erlangt. So haben auch die ersten Theoretiker des damals mißachteten und verfolgten Sozialismus wundervolle Geistesfrüchte der Welt geschenkt, wie man sie von den heutigen Akoluten des nun siegreich triumphierenden Sozialismus vergeblich erwartet. Aber jener geistige Glanz, der die Reihen des Sozialismus in demselben Maße verlassen hat, in dem sein politischer Ruhm immer heller erstrahlte, ist heute auf die klerikale Partei übergegangen, die seit einiger Zeit Werke hervorbringt, die wahrhaft größter Bewunderung wert sind.

Geraume Zeit bereits wendet in Italien eine Schar junger Kleriker alle Kraft an das Studium der sozialistischen Theorien. Sie bewähren hierbei eindringenden und weit ausgreifenden Forschergeist, hervorragende Gelehrsamkeit und — was besonders zu beachten — große Vorurteilslosigkeit und Freiheit von konfessioneller Enge. Vor einigen Jahren hatte ich Gelegenheit, in diesem Archiv (V, 293 f.) von Giuseppe Moltenis bedeutendem Buche Il materialismo storico e la nuova storiografia zu sprechen; ein anderes über den gleichen Gegenstand hat der Rektor des Seminars von Pavia Moiraghi 1916 veröffentlicht; und nun haben wir in dem vorstehend angezeigten ein wahrhaft ausgezeichnetes Werk vor uns, das die verschiedensten Ausdrucksformen des historischen Materialismus mit einer Tiefgründigkeit darstellt, wie sie in unserer einschlägigen nationalen Literatur selten ihresgleichen hat.

Sc. beschäftigt sich in magistraler Weise mit den Lehren Marxens sowie — wohlwollendst, — mit meinen eigenen, wie er denn auch meine Bezeichnung: historischer Ökonomismus, als zutreffender denn die hergebrachte aufnimmt. Er unterscheidet im historischen Materialismus zwei Grundthesen: die Notwendigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung und das wirtschaftliche Substrat von deren verschiedensten Erscheinungsformen; und er kritisiert nacheinander die Theorien, Methoden und einzelnen Schriften, auf denen diese Schule aufgebaut ist. Er leugnet die wirtschaftliche Bedingtheit des Verbrechens mit der Behauptung: dieses würde auch in einer weniger ungerechten Wirtschaftsordnung als der gegenwärtigen nicht fehlen. (Doch genügt schon gegenwärtig eine Verbesserung in der Güterverteilung, um die Kriminalität zurückzudrängen, so daß z. B. die Belgier, wie mir eine Brüsseler Dame sagte, es verlernt haben, Delikte zu begehen.) Natürlich bekämpft Sc. auch die ökonomische Determiniertheit der Religion — wie ihm denn als Hauptfehler des historischen Materialismus dessen Simplizismus erscheint, der die vielfachen Motive des gesellschaftlichen Dynamismus auf einen einzigen Faktor zurückführen möchte und dabei die gegenseitige Abhängigkeit der Erscheinungen und Ursachen vergesse und es unterlasse, darauf aufmerksam zu machen, daß zwar das Wirtschaftsleben die allererste und unvermeidliche Bedingung und Voraussetzung jeder höheren Äußerung sei, dabei

jedoch keinerdings in sich selbst den so reichen und vielgestaltigen Inhalt der menschlichen Tätigkeit erschöpfen könne. Außerdem aber wirft Sc. dem historischen Materialismus vor, die selbständige Bedeutung des menschlichen Willens für die Geschichtsentwicklung zu bestreiten und so willkürlich die bis jetzt wenigstens noch unentschiedene Frage nach der Willensfreiheit zu verneinen. Die Frage nach dem Maße der Wahrheit des historischen Materialismus bleibe also noch eine solche wesentlich metaphysischer Ordnung, die an der Hand ganz anderer Kriterien als derjenigen der positiven Soziologie gelöst werden müsse und über den Kreis der eigentlichen Gedankenreihen derselben hinausgreife.

Die vorstehenden flüchtigen Andeutungen genügen zur Kennzeichnung des weiten Rahmens, in dem sich Sc.s Untersuchung bewegt. Es ist unmöglich, an dieser Stelle auf alle Einzelbehauptungen und von großer Gelehrsamkeit zeugenden Bemerkungen des Verf. einzugehen. So begnüge ich mich denn damit, einige derselben herauszuheben, die sich kritisch gegen mich selbst kehren, und die richtigzustellen es mich drängt.

Ich hatte behauptet, daß die wirtschaftliche Entwicklung einem auf das freie Recht auf den Boden begründeten Grenzzustand zustrebt, der, einmal erreicht, endgültig würde. Sc. bemerkt nun demgegenüber: Nach Loria wäre das, was irgend eine nachträgliche Abweichung von diesem Zustande verhindern könnte, die Erfahrung, die die Menschen darüber belehrte, daß jeder Versuch, das freie Recht auf Boden zu beseitigen, neue Krisen und Produktionsstörungen heraufbeschwören müßte. Es ist aber schlechthin willkürlich, zu behaupten, daß bloße Erfahrung genüge, um die Menschen von Handlungen abzuhalten, die ihnen früher oder später zu Schaden gereichen (S. 283). Nun läge es zweifellos in der Macht der Menschen, den auf dem freien Recht auf Boden basierenden Wirtschaftszustand aufzuheben, indem sie dieses Recht selbst abschaffen. Sicher ist aber, daß unter den Grenzbedingungen, die ich im Auge habe, die Aufhebung des freien Rechts auf Boden eine Wirtschaft zeitigen würde, in der entweder der Zusammenhang zwischen den Wirtschaftenden gelöst oder nur durch Zwang aufrechtzuerhalten wäre, was beides wesensnotwendig lebensunfähig oder zu unvermeidlichem Auseinanderfallen verurteilt wäre und ebendeshalb zur Wiederherstellung des freien Rechts auf Boden nötigte. Nichts ist übrigens meiner — durchaus deterministischen und vom Gedanken der Notwendigkeit beherrschten — Auffassung ferner, als die Annahme: die Einrichtung des Rechts auf Boden sei lediglich auf eine freie Wahl der Menschen zurückzuführen. Erscheint sie mir ja vielmehr als naturnotwendige Folge übermächtiger Bedingungen aus den Boden- und demographischen Verhältnissen heraus, denen gegenüber eine abweichende Wirtschaftsverfassung hinfällig und selbstmörderisch erschiene.

Damit ist auch schon dem weiteren Einwande Sc.s begegnet: von meiner eigenen Theorie lasse sich dasselbe sagen, was ich von der Marx'schen behaupte, daß sie nämlich zwar die Möglichkeit unvollkommener Wirtschaftsformen, nicht aber auch deren Notwendigkeit erkläre. In der Tat ist

auch nach meiner Auffassung bei gegebener Freiheit des Bodens entweder die gemischte Assoziation oder die Sklaverei möglich. — Daran aber schließe ich die weitere Behauptung, daß bei hoher Bodenergiebigkeit, wie sie gerade in der Periode der Sklaverei vorkommt, die freiwillige Arbeitsassoziation unmöglich ist, und deshalb nur zwei Wirtschaftsformen möglich sind: nämlich die dissoziative oder die auf Zwangsarbeit beruhende, d. h. also die Sklaverei; und da die erste im Hinblick auf ihre unzureichende Ergiebigkeit, notwendig lebensunfähig ist, so bleibt nur die zweite möglich, die sich demgemäß als die notwendige Wirtschaftsform enthüllt.

Eindringender ist die Einwendung: meine Theorie gebe eine verworrene Vorstellung von der Wirksamkeit der Wirtschaftsgesetze oder der Leistung der unproduktiven Arbeiter, in dem sie ständig zwischen der Anschauung von einem unmerklichen und unbewußten mechanischen Prozeß einerseits und einer bewußten, egoistischen und teleologischen Aktion andererseits hin und her schwanke. Dieser Einwand fällt jedoch weniger schwer ins Gewicht als Sc. meint. In der Tat, ich habe stets daran festgehalten, daß die wirtschaftliche Entwicklung ganz und gar sich als mechanischer Prozeß darstellt, der unabhängig von jedem menschlichen Wollen infolge der physischen Einwirkung wachsenden Druckes der Bevölkerung auf dem gegebenen Boden abläuft. Niemals aber dürfen wir übersehen, daß die Akteure in diesem Prozeß doch immerhin Menschen sind, also Wesen, die unter Motiven handeln, die auf Vernunftschlüsse oder auf ihre Reizsamkeit sich zurückleiten und die unmittelbar ihr Wollen bestimmen. Zweifellos spielt also ein Willens- und Wahl-, ein teleologisches Element im sachlichen Prozeß mit eine Rolle, begleitet und beeinflußt denselben. Nicht minder gewiß aber ist, daß die Spontaneität dieses Elements nur scheinbar ist. Denn es entspringt dasselbe mit Notwendigkeit dem immanenten mechanischen Prozeß und ist das Mittel für dessen Durchsetzung. So z. B. regen sicherlich in Zeiten gesellschaftlicher Zersetzung die Agitationen der unproduktiven Arbeiter die Massen zu revolutionären Bewegungen an, welche schließlich in einer Niederwerfung der herrschenden Wirtschaftsordnung und in deren Ersetzung durch eine höhere gipfeln. Allein diese revolutionäre Einwirkung der unproduktiven Arbeiter, die gestern noch getreue Verbündete des Eigentums waren, sind in Wahrheit nur ein Ausfluß der Abwärtsverschiebung des Einkommens, die ihrerseits eine Folge der mechanischen Entwicklung des Wirtschaftslebens ist. Und dieselbe ökonomische Umwälzung, zu deren Herolden und Propheten jene sich aufwerfen, ist ein Ergebnis des schicksalsmäßigen Rythmus der Entwicklung und deren Krönung. Die Aktion der unproduktiven und der von diesen inspirierten produktiven Arbeiter geht also nur scheinbar auf deren freies Wollen zurück; in Tat und Wahrheit ist sie nur das natürliche und notwendige Ergebnis eines bestimmten wirtschaftlichen Entwicklungsstadiums und ein unbewußtes Werkzeug zu seiner Durchsetzung.

Andere Bedenken Sc.s finden bereits ihre Beantwortung in meinen früheren Schriften oder wenigstens in deren neuesten Auflagen. So vergißt Sc., mit seiner Behauptung mir gegenüber: daß der Staat auch existiere, wo es keine

Ungleichheit der Klassen gebe, daß ich selbst wiederholt und insbesondere in der IV. Auflage meiner Basi economiche (S. 221, 232 ff.) darauf hingewiesen habe, daß die Zwangsarbeitsassoziation an sich den Staat zur Entstehung bringe, auch wenn jede klassenmäßige Ungleichheit fehle, und daß der Clan und die primitive Gens — Gruppen also ohne ökonomische Ungleichheit — bereits, wenngleich nur embryonal, sich als staatliche Institutionen darstellen. Und in meiner Entgegnung auf TARDES Bemerkungen erkläre ich (a. a. O. S. 580) ausdrücklich, daß in den vom Mutterrecht beherrschten primitiven Stämmen, die keine Klassenscheidung aufweisen, bereits eine politische Gewalt vorkommt. Was ich aber behaupte, ist: daß die Ausbildung des Privateigentums nicht die politische Gewalt, wohl aber die patria potestas als eine bereits relativ entwickelte Form jener ins Leben rufe; und allgemeiner glaube ich, gestützt auf eine Reihe bekannter Tatsachen, als schlechthin gültig aussprechen zu sollen, daß die Ausbildung des Sondereigentums den Übergang vom Volks- und patriarchalischen Staat zum Privilegien- und aristokratischen Staate zeitigt.

Sc. leugnet ferner, daß die politischen Gestaltungen auf die quantitative und qualitative Einkommensverteilung zurückzuführen seien, und begründet das mit dem Hinweis darauf, daß heute in Europa sich neben absoluten Monarchien auch konstitutionelle sowie Republiken finden, während doch die Einkommensverteilung „in ihren allgemeinen Umrissen" überall die gleiche sei (S. 373). In ihren allgemeinen Umrissen wohl, da ja alle Nationen unter kapitalistischem Regime stehen. Nichtsdestoweniger weist die Einkommensverteilung bei ihnen erhebliche Unterschiede auf: im Westen Europas herrscht der Unternehmergewinn vor, in Mittel- und Osteuropa dagegen die Grundrente; und gerade diese Verschiedenheit in der Verteilung des Einkommens, bzw. seiner Arten erklärt die Unterschiede in der politischen Verfassung der einzelnen Nationen.

In bezug auf all das und so kritisch ich selbst meine eigenen Anschauungen prüfen mag, kann ich nicht finden, daß Sc. gegen mich entscheidende Argumente ins Treffen führt. Vollkommen trifft jedoch sein Einwurf zu: daß ich zwar von allen Seiten her Beispiele und Belege zur Erweisung meiner These gesammelt habe, jedoch zu einer positiven und vertieften Darstellung einer klar umschriebenen, auf sie bezüglichen Tatsachenreihe nicht gelangt sei. Nur in solcher Weise aber könne die Richtigkeit einer sozialen Theorie unwiderleglich erwiesen werden. Zu meiner Entschuldigung kann ich nur sagen, daß ich mir noch nicht das Ziel gesteckt habe, eine positiv erschöpfende Beurkundung des historischen Materialismus zu liefern, die sich übrigens in einigen Schriften MARX' und seiner Nachfolger findet, sondern daß ich ihn logisch erweisen wollte, welcher Nachweis bei den bisherigen Schriftstellern, die dieser Ideenrichtung anhängen, fehlt. Ich habe mich deshalb der Geschichte nur als eines ergänzenden methodischen Hilfsmittels oder zu Illustrationszwecken und um das logisch bereits Erwiesene nachzuprüfen bedient. Natürlich bleibt es dennoch sehr wünschenswert, daß ein erfahrener und tiefschürfender Forscher (das könnte ja Sc.

selbst sein) monographisch und positiv sich dieser Aufgabe widme und durch seine Arbeit den unversöhnlichen Gegnern des historischen Materialismus vollends den Boden entziehe.

Zum Schlusse ist es mir eine angenehme Pflicht, die Lektüre von Sc.s Schrift nicht nur dessen philosophischen Gesinnungsgenossen, sondern ganz allgemein und ohne Rücksicht auf Unterschiede in Welt- und Parteianschauung zu empfehlen. Niemand wird das Buch aus der Hand legen, ohne geistigen Genuß und reiche Anregung empfangen zu haben. Mitten unter dem furchtbaren geistigen Druck im Gefolge des Weltkrieges begrüßt man mit verdoppelter Freude jeden Lichtstreif, der aus der Finsternis der Zeit hinausführt. Sc.s Buch ist auch ein solcher Lichtblick.

ACHILLE LORIA (Torino).

Bibliographie [1]).

Gliederung: I. Allgemeine Darstellungen und Zeitschriften. a) Allgemeine Darstellungen S. 141; b) Zeitschriften [2]). — II. Biographien, Memoiren, Darstellungen einzelner Systeme und Schriften S. 144. — III. Sozialierungsfragen S. 148. — IV. Neuausgaben, Gesammelte Werke, Anthologien S. 152. — V. Die Internationale und der Weltkrieg. a) Veröffentlichungen in deutscher Sprache S. 154; b) fremdsprachige — nicht slawische — Veröffentlichungen S. 161; c) Veröffentlichungen in slawischen Sprachen [2]). — VI. Die Neubildung der Internationale S. 165. — VII. Die sozialistische und Arbeiterbewegung in den einzelnen Ländern. a) Im allgemeinen S. 166; b) Bolschewismus: über, für und gegen ihn S. 170; c) Die Revolution in Deutschland und Österreich S. 178; d) Ungarn und die Räterepublik S. 180; e) Materialien [2]).

Vorbemerkung.

Der Ausbruch des Weltkrieges hat die regelmäßige Fortsetzung der Bibliographie verhindert. Die Unterbrechung der Verbindung mit den feindlichen Ländern, ihre äußerste und stetig wachsende Behinderung auch mit den neutralen hat eine Übersicht über die Neuerscheinungen auf dem Arbeitsgebiet des Archivs schwer und unmöglich gemacht. Zudem war die allgemeine Aufmerksamkeit so gut wie ausschließlich durch das eine Problem: der Stellungnahme der sozialistischen Parteien in den einzelnen Ländern dem Krieg oder, was dasselbe war, der Internationale gegenüber, in Anspruch genommen. So begnügte ich mich denn auch — notgedrungen — vorübergehend damit, die Bibliographie einzig auf dieses Problem abzustellen. Aber auch in dieser Einschränkung ließ sie sich nur für den VI. und VII. Jahrgang durchführen: vornehmlich auch deshalb, weil nach dem Ausbruch der russischen Revolution im Jahre 1917 viele meiner Korrespondenten — Russen oder Angehörige der auf früher russischem Reichsboden neu entstandenen Staatsgebilde — aus ihrem Exil in den neutralen Ländern in ihre Heimat zurückkehrten, so daß ich ihrer Unterstützung verlustig ging. Nun glaube ich den Augenblick wieder gekommen, um die Bibliographie neuerdings nicht bloß in ihrer früheren Ausdehnung, sondern auch insofern erweitert aufzunehmen, als eine eigene Rubrik „Sozialisierungsfragen“ geschaffen, die

1) Die mit * bezeichneten Schriften sind im Archiv besprochen worden. — 2) Dieser Teil der Bibliographie mußte wegen Raummangel zurückgestellt werden; er wird — zugleich mit den restlichen Rubriken — im nächsten Heft erscheinen.

Abteilung „Internationale und Weltkrieg“ vorläufig beibehalten und durch eine andere: „Die Neubildung der Internationale“ erweitert. die Rubrik „Sozialistische und Arbeiterbewegung in den einzelnen Ländern“ endlich spezialisiert und untergeteilt wird.

Der bibliographische Stoff ist seit 1914 ungeheuer angewachsen. Er wird nur allmählich bewältigt und nachgetragen werden können. Das nachfolgende Stück der Bibliographie bedeutet nur den ersten Anfang hierzu.

CARL GRÜNBERG.

* * *

I a.

BEER M., Allg. Geschichte d. Sozialismus u. d. soz. Kämpfe. I. Teil: Altertum. Berlin, Verl. f. Sozialwiss. 1919. 112 S.

BELOW G. v., D. deutsche Geschichtschreibung v. d. Befreiungskriegen bis z. uns. Tagen. Leipzig, Quelle & Meyer 1916. XIII—184 S.

— Probleme d. Wirtschaftsgeschichte. Tübingen, Mohr 1920. XX—711 S. (S. 399—500: D. Entstehung d. modernen Kapitalismus.)

Blätter, Weiße. N. F. Hrsg. v. EMIL LEDERER. Berlin, P. Cassirer 1921. I. Heft. Soziologische Probleme. 63 S.

BONGER W. A., Evolutie en revolutie. Amsterdam, „Ontwikkeling“ 1919. 43 S.

— Geen illusionisme maar realisme. S.A. aus De Socialist. Gids 1919/X, 1794/864. Ebda 1919.

DESCAMPS PAUL, La formation sociale de l'Anglais moderne. Paris, Colin 1914. 380 S.

DRAGHICESCO D., L'idéal créateur. Essai psycho-sociologique, sur l'évol. sociale. Paris, Alcan 1914. XV—440 S.

EHRLICH EUGEN, Grundlegung d. Soziologie d. Rechts. Leipzig, Duncker & Humblot 1913. VII—409 S.

* FAHLBECK PONTUS, Klasserna och Samhället. Stockholm, Norstedt Söners 1920. XI—419 S.

FAY C. R., Life and labour in the nineteenth Century. Cambridge. At the University Press 1920. IX u. 319 S.

FEDERN PAUL, Z. Psychologie d. Revolut. Die vaterlose Gesellschaft. Wien, Anzengruber-Verlag 1919. 29 S.

FOERSTER Fr. W., Staatsbürgerl. Erziehung. Prinzipienfragen polit. Ethik u. polit. Pädagogik. II. verm. u. umgearb. Aufl. Leipzig, Teubner 1914. VI—200 S.

* GERLICH FRITZ, Gesch. u. Theorie d. Kapitalismus. Leipzig, Duncker & Humblot 1913. VIII—406 S.

GUESDE JULES, Çà et là: De la propriété. — La Commune. — Le collectivisme devant la 10e Chambre. — La question des loyers. — Les grands magasins. — Paris, Marcel Rivière & Co. 1914. 275 S.

GLOTZ GUST., Le travail dans la Grèce ancienne. Hist. écon. de la Grèce depuis la période homérique jusqu'à la conquête romaine. Paris, Alcan 1920. 468 p. avec 49 grav.

* Hainisch Mich., Ist d. Kapitalzins berechtigt? Voraussetzungen u. Grenzen d. Sozialism. Wien, Deuticke 1919. VI—100 S.

Hertz Friedr., Rasse u. Kultur. II. neubearb. u. verm. Aufl. von „Moderne Rassetheorien". Leipzig, Alfr. Kröner 1915. VIII—429 S.

Hauser H., Ouvriers du temps passé. XVe—XVIe siècle. 4e édit. Paris, Alcan 1913. XLII—268 S.

Hunter Rob., Socialists at work. New York, The Macmillan Co. 1908. XIII—374 S.

Kampffmeyer P., Arbeiterbewegung u. Sozialdem. Berlin, Ullstein & Co. 1919. 300 S.

Koht Halvdan, Sozsialdemokratie. Historisk yversyn. Kristiania, Aschehoug & Co. (W. Nygard) 1915. XI—320 S.

* Kautsky Karl, Terrorismus u. Kommunismus. Beitr. z. Naturgesch. d. Revolut. Berlin, Verl. Neues Vaterland (1919). 154 S.

— Demokratie od. Diktatur. Berlin, P. Cassirer 1918. 57 S.

Kirkup Thom., A history of socialism. Fifth edit. rev. & larg. rewritten by Edw. R. Pease. London, Adam & Charles Black 1913. XI—490 S.

Kun Béla, Was wollen d. Kommunisten? Hamburg, Carl Hoym Nachf. (1919). 29 S.

Labriola Arturo, Il socialismo contemporaneo. Lineamenti storici. Rocca San Giovanni, Casa editrice Abruzzese 1914. XXIX—445 S.

Landauer Gust., Aufruf z. Sozialismus. Berlin, P. Cassirer 1920. XX—157 S.

Revolutionsausgabe d. gleichen 1913 i. Verl. d. Sozialist. Bundes i. Berlin erschien. Schrift. (VIII-164 S.)

Lederer, s. Blätter.

— D. ökon. Umschichtung i. Kriege (Arch. f. Sozialwiss. XLV, 1/39).

Lefébvre Raymond, D. Revolution od. d. Tod. Mit d. Nachrufe v. Vaillant-Couturies u. e. Vorw. v. Henri Barbusse. Wien, Arbeiterbuchh. 1921. 45 S.

Lengyel, Jul., D. Zusammenbruch d. Kapitalismus. Wien, Arbeiterbuchh. 1921. 14 S.

Maier Gust., Soziale Bewegungen u. Theorien bis z. mod. Arbeiterbewegung. V. Aufl. Leipzig, Teubner 1918. 131 S.

Michels Rob., Saggi economico statistici sulle classe popolari. Milano, Remo Sandron (1914). VIII—282 S.

— Political Parties. A sociological study of the oligarchical Tendencies of modern Dernscracy. Transl. from the Italian by Eden & Cedar Paul. London, Jarrold & Sons 1915. XIV—434 S.

Mises Ludw., Nation, Staat u. Wirtschaft. Beiträge z. Polit. u. Gesch. d. Zeit. Wien, Manz 1919. IV u. 182 S.

Mitscherlich Wald., Nationalstaat u. Nationalwirtschaft u. i. Zukunft. Leipzig, Hirschfeld 1916. 51 S.

Muckle Friedr., D. Kulturproblem d. französ. Revolution. I. Bd. D. sozial. Grundlagen u. d. revolut. Geist. (Sozialist. Büch. Hrsg. v. K. Nötzel, III.) Jena, Er. Lichtenstein 1921. IV—189 S.

— Geschichte d. sozialist. Ideen i. 19. Jahrh. II. Afl. 2 Bde. Leipzig, Teubner 1917. I. D. rationelle Sozialism. 156 S.; II. Proudhon u. d. entwicklungsgeschichtl. Sozialism. 152 S.

* Myers Gustavus, Geschichte der großen amerikanischen Vermögen.

2 Bde. Berlin, S. Fischer 1916. XL—800 S.

NAINE CHARLES, Diktatur d. Proletariats od. Demokratie. Zürich, Max Rascher 1919. V—52 S.

NICOLAI G. F., D. Biologie d. Kriegs. Betrachtungen e. deutschen Naturforschers. Zürich, Orell Füßli 1917. X—463 S.

ORTH SAM. P., Socialism and Democracy in Europe. New York, Henri Holt & Comp. 1913. V—352 S.

PALYI ED., D. Kommunismus, s. Wesen, s. Ziel, s. Wirtschaft. Hrsg. u. mit Nachwort v. ED. BERNSTEIN. Berlin, Brandusscher Verl. 1919. 125 S.

PANNEKOEK ANT., Bolschewismus u. Demokratie. Hrsg. v. d. Komm. Partei DÖsterreichs. Wien 1919. 8 S.

PAYOT JUL., Morallehrbuch. Freie Übertragung a. d. Franz. v. LOUIS GANZMÜLLER u. S. GUTMANN. Mit Vorw. v. R. BRODA. Stuttgart, Kommiss. Verl. Moritz 1913. 169 S.

QUESSEL LUDW., D. moderne Sozialismus. Berlin, Ullstein 1919. 277 S.

RAGAZ LEONHARD, Sozialismus u. Gewalt. E. Wort an d. Arbeiterschaft u. ihre Führer. II. Aufl. Olten, W. Trösch o. J. 36 S.

RENARD G., Hist. du travail à Florence. Paris, Edit. d'Art et de Lit. (1914). 2 vol. 381 u. 470 S.

— et WEULERSSE G., Le travail dans l'Europe moderne. Paris, Alcan 1920. 524 p. avec 29 grav.

SCHÖNEBAUM HERB., Kommunismus i. Reformationszeitalter. Humanisten, Reformatoren, Wiedertäufer. Bonn, R. Schroeder 1919. 43 S.

* SCHUMPETER JOS., Vergang. u. Zukunft der Sozialwissenschaften. München, Duncker & Humblot 1915. 137 S.

* SCHUMPETER JOS., Epochen d. Dogmen u. Methodengeschichte. (Grundriß d. Sozialökonomik. I. Abt.) Tübingen, Mohr 1914.

* SOMBART WERNER, D. moderne Kapitalismus. II. Aufl. Duncker & Humblot 1916/17. I. Bd. XXVI u. 916; II/1—2 Bd. X—1155 S.

* SPANN OTHM., D. Haupttheorien d. Volkswirtschaftslehre. II. Aufl. Leipzig, Quelle & Meyer 1916. 156 S.

STEINBACH EMIL, Geschichte d. Volkswirtschaft. Ein Überblick. (Aus d. Nachlaß.) Wien, Manz 1919. 31 S.

* STIEDER JAK., Studien z. Gesch. kapitalist. Organisationsformen, Kartelle, Monopole u. Aktiengesellschaften i. Mittelalter u. z. Beginn d. Neuzeit. Leipzig, Duncker & Humblot 1914. XXXIV—486 S.

SZENDE PAUL, D. Krise d. mitteleurop. Revolution. Ein massenpsycholog. Versuch. Tübingen, Mohr 1921. 41 S.

URSIN N. R. AF, Saksan Sosial-Demokratia. Seen vaiheet, oppi ja rakenne. Helsingissa. Kustannusakeyhtiö Otava 1909.

VOGEL E. H., D. Theorie d. volksw. Entwicklungsprozesses u. d. Krisenproblem. Mit bes. Berücks. d. engl. Wirtschaftsentw. bis z. Ausbruch d. Weltkriegs. Wien, Hölder 1917. 400 S.

WOMER PARLEY PAUL, The church and the labor conflict. New York, The Macmillan Comp. 1913. XI u. 302 S.

WALLING WILL. ENGLISH, Pogressivism — and afther. New York, The Macmillan Comp. 1914. XIII u. 406 S.

II.

*** August Bebel, Z. Erinnerung a. d. am 17. VIII. 1913 erfolgte Bestattung. Zürich, Orell Füßli 1913. 12 S.

*** W. J. Oulianoff, Kratkaja biografija. Moskwa 1918. 8 S.

Adler Max, Engels als Denker, z. 100. Geburtstag E.s. Berlin, Verl. Freiheit 1920. 79 S.

— Marx als Denker. II. umgearb. Aufl. Wien, Volksbuchh. 1921. 159 S.

* Albrecht Gerh., Eugen Dührings Wertlehre. Jena, Fischer 1914. 66 S.

— D. Marxsche Grundrententheorie. (Jahrb. f. Nat.Ök. u. Stat. 1913. VII, 1—38.)

Allemane Jean, Mémoires d'un communard. Des barricades au bagne. Paris, Libr. soc. J. Alemane 1914. 527 S.

Andler Ch., Frédéric Engels. (Rev. socialiste. LVIII (1913) 385/97, 481/502).

* Asch Käthe, Die Lehren Charles Fouriers. Jena, Fischer 1914. VII u. 179 S.

Baldinger Ernst, Georg Herwegh. D. Gedankenwelt der Gedichte e. Lebendigen. (Sprache und Dichtung. Hrsg. v. H. Mayer und S. Singer XIX.) Bern, A. Francke 1917. 168 S.

* Bax Ernest Balfort, Reminiscences and reflections of a mid and late Victorian. London, G. Allen 1918. 288 S.

Beer M., Jean Jaurès, sein Leben und Wirken. Berlin-Karlshorst, A. Baumeister 1915. 22 S.

— Jean Jaurès, Sozialist u. Staatsmann. IV. verm. u. verb. Aufl. Berl. Verl. f. Sozialwiss. 1918. 88 S.

* — Karl Marx. Ebda 1918. 108 S.

Bernstein Ed., Aus d. Jahren meines Exils. Erinnerungen e. Sozialisten. II. Aufl. Berlin, Erich Reiß 1918. 306 S.

— Ferdinand Lassalle. E. Würdig. d. Lehr. u. Kämpfers. Berlin, Cassirer 1920. 200 S.

Blos Wilh., Denkwürdigkeiten ein. Sozialdemokraten. München, Birk & Co. 1914. VII—287 S.

Brand Jürgen, Gerd Wullenweber. D. Gesch. ein. jungen Arbeiters. Stuttgart, Dietz 1915. 103 S.

Brandenburg Erich, D. materialist. Geschichtsauffassung. Ihr Wesen und ihre Wandlungen. Leipzig, Quelle & Meyer 1920. 66 S.

Braun Heinr., Aug. Bebel als Sozialpolitiker. (Annal. f. Sozialpol. u. Gesetzgebung III.)

Brissot, J.P., Mémoires de 1754—1793. Publ. avec une étude critique et notes par Cl. Perroud. 2e édit. Paris, Alph. Picard & Fils 1911.

— Correspondance et papiers de. Précédés d'un avertissement et d'une notice sur sa vie par. Cl. Perroud. Ebda 1912.

Cunow Heinr., Die Marxsche Geschichts-, Gesellschafts- u. Staatstheorie. Grundzüge d. Marxschen Soziologie. I Bd. Berlin, Buchh. Vorwärts 1920. 326 S.

Dietzgen Eug., Materialismus oder Idealismus? E. Lösungsversuch gem. Jos. Dietzgens Erkenntnislehre. Stuttgart, Dietz 1919. 60 S.

Drahn Ernst, Friedr. Engels. Ein Lebensbild z. seinem 100jähr. Geburtst. Wien, Arbeiterbuchh. 1921. 51 S., 1 Bildnis.

— Engels Brevier. Erinnerungsblätter hrsg. z. sein. 100jähr. Geburtst. Ebda 1921. 214 S., 1 Bildnis.

Drahn Ernst, Karl Marx u. Friedr. Engels üb. d. Diktatur d. Proletariats. Berlin-Wilmersdorf, Verl. D. Aktion 1920. 39 S.

Duray Camille, Henri Rochefort 1831—1913. Préface par Ernest Lajeunesse. Paris, Libr. Ambert 1913. XII—320 S.

Engels Friedrich, Polit. Vermächtnis. Hrsg. u. verl. v. Exek.Komitee d. Kommun. Jugendinternationale. Berlin, Verl. Junge Garde 1920. 30 S.

— Grundsätze d. Kommunismus. E. gemeinverst. Darstellung. Hrsg. v. Ed. Bernstein. Berlin, Buchh. Vorwärts 1914. 34 S.

Ervine, s. Fabian.

Eucken Rud., D. Träger d. deutsch. Idealismus. Berlin, Ullstein & Co. 1915. 231 S.

Fabian Biographical Series. Publ. & sold by the Fabian Society. London.

1. Ervine St. John G., Francis Place, the tailor of Charing Cross. 1912. 27 S.
2. Hutchins B. L., Robert Owen, Social Reformer. 1912. 24 S.
3. Townshend Mrs., William Morris and the communist ideal. 1912. 23 S.
4. West Julius, John Stuart Mill. 1913. 23 S.
5. Vulliamy Colwyn E., Charles Kingsley and Christian Socialism. 1914. 27 S.

Fischer Rich., Peukerts Memoiren. Vorwärts, 25., 26., 28. II., 1. III. 1914 Berlin.

* Gerlich Frz., D. Kommunismus als Lehre v. 1000jähr. Reich. München, H. Bruckmann 1910. 275 S.

Grossmann R. (Pierre Ramus), Francisco Ferrer und seine Mission vor österr. Geschworenen. Erkenntnisverhandlung gegen., i. Graz 8. IV. 1911. Mit einem Geleitw. Wien, Klosterneuburg 1913.

Grossmann R. s. Ramus.

Guillaume James, Pour les 70 ans de. Numéro spécial de la „Vie ouvrière“ 20. IV. 1914. Paris.

* — Karl Marx pangermaniste et l'Associat. internat. des Travailleurs de 1864 à 1870. Paris, Colin 1915. IV—107 S.

Habermann Gust., Aus mein. Leben. Erinnerungen aus d. J. 1876—1877 — 1884—1896. Mit ein. Vorw. v. Franz Soukup. Deutsch v. Regine Adler. Geleitw.z.deutsch. Ausg. v. Friedr. Adler (Prag). Wien, Tempsky 1919. 484 S.

Hepner Adolf, Dr. Kurt Eisner, Bayerns erster republ. Ministerpräsident. Eine krit. Würdig. d. Politikers Eisner v. mehrheitssozialist. Standpunkt. München, Oswin Gebbert 1919. 19 S.

Honegger Hans, Godin u. d. Familistère. Ein prakt. Versuch z. Verwirkl. v. Fouriers Utopie. E. Beitrag z. Problem d. industr. Demokratie u. d. Organisier. von Arbeitersiedlungen. (Zürcher Volkswirtsch. Stud. Hrsg. v. Sieveking. N. F. VI.) Zürich, Rascher & Co. 1918. 113 S.

* Humphrey A.W., Robert Applegarth: Trade Unionist, Educationist, Reformer. Manchester & London. The Nat. Lab. Press (1913). XV u. 328 S.

Hutchins, s. Fabian.

Jenssen O., Marxist. Beiträge z. Probl. d. Wirtschaftsentwicklung u. Wirtschaftsforschung i. Orient. (S.A. aus Arch. f. Wirtschaftsforsch i. Orient 1917, 233/249.)

Kahan-Coates Zelda, Karl Marx, his life and teaching. London, Brit. Soc. Party 1918. 31 S.

Keir Hardie, The pioneer of the J. C. P. (The soc. Review. 1914, 113/17).

Kumpmann K., Friedrich List als Prophet des neuen Deutschland. Tübingen, Mohr 1915. III—52 S.

Kuttner Er., Scheidemann. D. Aufstieg e. deutsch. Arbeiters. Berlin, Verl. f. Sozialwiss. 1920. 32 S.

Latzko Henriette, Babœuf u. d. Verschwörung d. Gleichen. Tübingen, H. Laupp jr. 1914. VIII—110 S.

Levinè Eug., Ahasver, Rede vor Gericht u. a. (Intern. Jugendbibl. VI). Berlin, „Junge Garde" 1919. 37 S.

* Levy-Bruhl, Quelques pages sur Jean Jaurès. Paris, Libr. de l'Humanité 1916. 85—III S.

Levy Roger, Trotzky. (Pages socialistes IV/V.) Ebda 1920. 160 S.

Liebknecht Karl und Luxemburg Rosa, D. Mord an. Zusammenfassende Darstellung d. ges. Untersuchungsmaterials mit ausführl. Prozeßbericht. Berlin, Verlagsgen. Freiheit 1920. 115 S. Mit Portr. d. Ermord. u. Bildern d. Angekl.

Liebknecht K., Z. Gedächtnis. Rede Heinr. Laufenbergs am 26. I. 1919. Hamburg, Willaschek & Co. 1919. 15 S.

Louvancour Henri, De Henri de Saint-Simon à Charles Fourier. Étude sur le socialisme romantique français de 1830. Chartres, Imprim. Durand 1913. 452 S.

Lovett William, Life and struggles of, in his poursuit of bread, knowledge and freedom With an introd. by R. H. Tawney (Bohns Popular Library. Soc. Econ. Sect. 82/83). 2 vol. London, G. Bell & Sons 1920. XXXII—482 S.

Luxemburg Rosa, D. Akkumulation d. Kapitals oder was d. Epigonen aus d. Marxschen Theorie gemacht haben. E. Antikritik. Leipzig, Frankes Verl. 1920. 139 S.
Wegen zahlreicher Satzfehler aus dem Handel gezogene Ausgabe.

— Dasselbe. Ebda 1921. 120 S.

— Die Akkumulation d. Kapitals. Ebda 1921. VI—446 S.
Neudruck d. *Ausgabe v. 1913.

— Briefe aus dem Gefängnis. Hrsg. u. verl. v. Exek.Komitee d. Komm. Jugendinternation. Berlin, Junge Garde 1920. 46 S. 1 Bildn.

* Masaryk Th. G., Z. russ. Geschichts- u. Religionsphilosophie. Soziolog. Skizzen. 2 Bde. Jena, Diederichs 1913. 388 u. 533 S.

* Mayer Gust., Friedrich Engels. E. Biographie. Berlin, Springer 1920. I. Bd. E. in sein. Frühzeit 1820 bis 1851. IX—430 S., 1 Bild; Ergänzungsband XIV—317 S., 1 Bild.

— Ferdinand Lassalle. Nachgelassene Briefe u. Schriften. Hrsg. v. I. Bd. Briefe von und an Lassalle bis 1848. Ebda 1921. X—357 S.

— Marx u. Engels in ihr. Briefwechsel. (Zeitschr. f. Polit. 1914, 428/44.)

— D. Junghegelianer u. d. preuß. Staat. (Hist. Zeitschr. CXXI 413/40.)

Mehring Franz, Karl Marx. Eine Biographie. Dresden 1918. XII u. 549 S. III. Aufl. 1921.

Merbach P. A., Lester F. Wards philos. Syst. d. Soziologie. Hamburg, Hephaestos-Verl. 1912.

Michels Rob., Aug. Bebel (Arch. f. Sozialwiss. XXXVII, 671/700).

— Gust. Schmoller i. sein. Charakter-

bildern. (Intern. Monatsschr. für Kunst u. Technik. VIII. 1914.)

MICHELS ROB., Curt Eisner. (Nuova Antol. 16. I. 1919.)

— Max Weber. (Ebda 16. XII. 1920.)

MONDOLFO R., Sulle orme di Marx. Studi di marxismo e di socialismo. Bologna, Licinio Cappelli 1920. XV—205 S.

* MÜLLER HERM., Karl Marx u. d. Gewerkschaften. Berlin, Verl. f. Sozialwiss. 1918. 106 S.

NEWBOLD WALTON J. T., Marx and modern capitalism. London, Brit. Soc. Party 1918. 22 S.

O. C., August Bebel. (Viitorul social, 15. XI. 1913, 225/34.) Bucarest.

OESTREICH RUD., Wegen Hochverrats i. Zuchthaus. Berlin, Verlag der Tribüne 1913. 52 S.

OLGIATI FRANCESCO, Carlo Marx. Con prefaz. di Fr. AGOSTINO GENELLI (Bibl. di colt. relig. I). 2 ediz. Milano, Soc. editr. Vita e pensiero 1920. XIX—338 S.

ONCKEN HERM., Marx und Engels (Preuß. Jahrb. 155 (1914), 209/256).

OWEN ROBERT, The life of, by him self. With an introd. by M. BEER (Bohns Pop. Libr. Soc. Econ. Sect. 84). London, G. Bell & Sons 1920. XIII—352 S.

PEASE MARGARET, Jean Jaurès Socialist and Humanitarian. With introd. by J. RAMSAY MACDONALD. London, Bros Publishers 1916. 157 S.

PERDIGUIER AGRICOL, Mémoires d'un compagnon. Préface par DAN. HALÉVY (Edit. d. Cah. du Centre, Moulin). Paris, Rivière & Co. 1914. XXIV—402 S.

* PETRY FRZ., D. soziale Inhalt d. Marxschen Werttheorie. Jena, Fischer 1916. 70 S.

POPP ADELH., Erinnerungen aus m. Kindheits- und Mädchenjahren. Stuttgart, Dietz 1915. 95 S.

PEUKERT JOH., Erinnerungen eines Proletariers aus d. revolutionären Arbeiterbewegung. Berlin, Verl. d. Sozialist. Bundes 1913. XVII u. 330 S.

— s. FISCHER.

PUECH J. L., Une romancière socialiste: Flora Tristan. (Rev. socialiste 15. II. 1914, 132/146.)

RADEK KARL, Meine Abrechnung. Bremen, Selbstverl. 1913. 63 S.

RAMUS PIERRE (RUD. GROSSMANN), D. Irrlehre u. Wissenschaftslosigkeit d. Marxismus i. Bereiche d. Sozialismus. Wien, Klosterneuburg, Verl. Erkenntnis u. Befreiung 1919. II—216 S.

ROUANET G., Souvenirs [de Eugene Fournière]. (Rev. socialiste 15. II. 1914, 97/112.)

ROUSSIN HENRI, William Godwin 1756—1836. Paris, Libr. Plon 1913. VII—336 S.

RUDOLPH ALB., Wie ich flügge wurde. Jugenderinn. e. Arbeiters. Stuttgart, Dietz 1916. 97 S.

* SALUCCI ARTURO, Il tradimento di Marx. Milano, Ravà & Co. 1915. 66 S.

* SCALIA CARMELO, Il materialismo storico e il socialismo. Con prefaz. del Card. PIETRO MAFFI. Milano, Soc. editr. Vita e pensiero 1920. VI—415—X—IV S.

SCHEIDEMANN PHIL., D. Zusammenbruch. Berlin, Verl. f. Sozialwiss. 1921. VIII—251 S.

SCHREIBER EDM., D. volkswirtsch. Anschauungen d. Scholastiker seit Thomas von Aquino (DIEHLS Beitr. z. Gesch. d. Nat.Ök. I). Jena, Fischer 1913. VIII—247 S.

SCHUMANN HARRY, Karl Liebknecht. Ein unpolit. Bild sein. Persönlichkeit. Dresden, Reißner 1919. 214 S.; 12 Bilder und Facsm.

SCHWERTFEGER BERNH., D. „Tiger". D. Kriegsreden Georges Clémenceaus. Deutsche Übers. mit Einl. von. Berlin, Deutsche Verlagsges. f. Pol. u. Gesch. 1921. 185 S.

SENCIER GEORGES, Le babouvisme après Babeuf. Sociétés secrètes et conspirations communistes 1830 à 1848. Paris, Marcel Rivière & Co. 1912. 348 S.

SIMART MAUR., HERBERT-GEORGE WELLS Sociologue (Merc. de France 16. III. 1917, 193/221).

SOMMER LOUISE, D. österr. Kameralisten. E. dogmengeschichtl. Darstellung. I. Teil. (GRÜNBERGS Stud. z. Sozial-, Wirtsch.- u. Verwaltungsgesch. XIII.) Wien, Konegen 1920. VIII—113 S.

* SPENGLER OSW., Preußentum und Sozialismus. München, C. H. Beck 1920. 94 S.

* SHIMKOVITSCH VLAD G., Marxism. gegen Sozialismus. Aus d. Engl. v. THOMAS JAPPE. Jena, Fischer 1913. XIV—189 S.

STEKLOW G., A. J. Herzen. Eine Biographie. Berlin, A. Seehof & Co. 1920. 83 S.

TÖNNIES FERD., Marx' Leben u. Lehre. (Sozialist. Bücherei, hrsg. v. K. NÖTZEL V.) Jena, Erich Lichtenstein 1921. XI—148 S.

VALENTI PASQUALE, La teoria del valore. Appunti critici. Roma, Athenaeum 1914. 73 S.

VEIL CH., Eugène Fournière. Souvenirs de jeunesse (Rev. soc. 15. II. 1914. 103/116).

WANNINGER K., D. soziale Katholizismus i. England. M.-Gladbach, Volksvereinsverl. 1914. 250 S.

WIESE LEOP. v., Strindberg. E. Beitrag z. Soziologie d. Geschlechter. München u. Leipzig, Duncker & Humblot 1918. 143 S.

* WILBRANDT ROB., Karl Marx. Versuch ein. Einführung. Leipzig, Teubner 1918. 135 S.

WILLAMOWITZ-MOELLENDORFULR. V., Platon. I. Bd. Leben u. Werke. VII—767 S.; II. Bd. Beilagen u. Textkritik. III—445 S. 2. Aufl. Berlin, Weidmannsche Buchh. 1920.

* WINTZSCH JEAN, Un artiste lausannois: Steinlen. Lausanne, Arm. Lépine 1919. 23 S.

WOLKAN RUD., D. Hutterer. Österreichische Wiedertäufer u. Kommunisten i. Amerika. Wiener Bibliophilen-Gesellschaft 1918. VII u. 201 S., 1 Karte.

ZETKIN CLARA, Rosa Luxemburg u. Karl Liebknecht. Mit Anh.: D. letzten Aufsätze von R. L. u. K. L. Berlin, Verl. Rote Fahne 1919. 23 S.

— Revolutionäre Kämpfe u. revolut. Kämpfer 1919. Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Leo Jogiches, Eugen Leviné, Franz Mehring. Petrograd, Komm. Internat. 1920. 47 S.

ZIELENZIEGER KURT, D. alten deutschen Kameralisten. E. Beitr. z. Gesch. d. Nat.Ök. u. z. Problem d. Kameralismus. (DIEHLS Beitr. z. Gesch. d. Nat.Ök. II.) Jena, Fischer 1914. XIII—468 S.

III.

BALLOD KARL (ATLANTICUS), D. Zukunftsstaat. Produkt. u. Konsum i. Sozialstaat. III. neubearb. Aufl. Stuttgart, Dietz 1920. IV u. 284 S.

Brandt Maxim., D. Arbeit als Grundlage f. d. innerstaatl. sozial. Wirtschaftsordn. Wien, Anzengruber-Verl. 1920. 99 S.

Barth Emil, Geldwert, Geldentwertung u. Proletariat. Berlin, A. Hoffmann (1919). 31 S.

Bauer Otto, D. Weg z. Sozialismus. Wien, Volksbuchh. 1919. 32 S. XII. Aufl. 1921.

— Dasselbe. Berlin, Verlagsgen. Freiheit 1919. 32 S.

— D. Sozialisierungsaktion i. ersten Jahre d. Republik. Wien, Volksbuchh. 1919. 16 S.

Blom D. van, Kantteekeningen bij het Socialisatie-Rapport (De Economist 1920, 538/548).

Borght R. v. d., Reichsversicherungsmonopol? Berlin, Siemenroth 1919. IV u. 95 S.

Brautigam Joh., Socialisatie van het Transportbedrijf. Amsterdam, „Ontwikkeling" 1920. 10 S.

Brunn Paul, Welche Lehren ergeben sich a. d. Angestelltenversicherung f. d. Sozialisierung d. priv. Lebensversicherung? Berlin, Mittler & Sohn 1919. 29 S.

* Bücher Karl, D. Sozialisierung. II. Aufl. Tübingen, Laupp 1919. 128 S.

Deslinières Lucien, Comment se réalisera le socialisme. Paris, Libr. de l'Humanité 1919. 71 S.

Dittmer Emil, D. Sozialisierungsbestrebungen i. Staat u. Gemeinde. — Weigl Jos., D. Betriebsrätegesetz. Berlin, Verl. d. Verbands d. Gemeinde- u. Staatsarbeiter 1919. 31 S.

Eger, s. Veröffentlichungen.

Ellinger, s. ebenda.

Emböh Emer., D. soziale Umsturz. E. programmat. Schrift. Wien, Anzengruber-Verl. 1919. 72 S.

Emmer Joh., Arbeitswirtschaft. D. Grundlagen e. wirtsch. Neuordnung i. deutschen Geiste. München, J. Lindauersche Univers.Buchh. 1916. 180 S.

Ettinger Max, Sozialisierung und Kommunisierung. Wien, Ad. Holzhausen 1919. 40 S.

Feiler Arth., D. Wirtschaft d. Kommunismus. Frankfurter Sozietätsdruckerei 1920. 28 S.

Fischer, s. Veröffentlichungen.

Frei Paul, D. Weg z. „Nährpflicht". D. Verwirkl. d. Reformvorschläge d. Sozialpolit. Jos. Popper-Lynkeus. Wien, Anzengruber-Verlag 1920. 21 S.

Gesell Silvio, Internat. Valuta-Assoziation. Freiwirtsch. Verl. Sontra (Hessen) 1920. 48 S.

* Goldscheid Rud., Staatssozialismus od. Staatskapitalismus? E. finanzsoziolog. Beitr. z. Lösung d. Staatsschulden-Problems. Wien, Anzengruber-Verl. 1917. XII-185 S.

— Sozialisierung d. Wirtschaft od. Staatsbankerott. Ebda 1919. 132 S.

Hanich G., Weder Privatkapitalismus noch Kommunismus. Wien, Wilh. Müller 1919. 20 S.

— Freiheitl. Sozialismus. Vorschl. e. schnellen u. gründl. soz. Umgestaltung auf friedl. Wege. Wien, Rud. Mück 1919. 16 S.

Hainisch Mich., Voraussetzungen u. Grenzen d. Sozialismus. (Jahrb. d. Gesellsch. d. Volkswirte 1917). Wien. 23 S.

Herbst Edg., D. Taylorismus als Hilfe i. uns. Wirtschaftsnot. II. erw. Aufl. Wien, Anzengruber-Verl. 1920. 34 S.

— Menschheitskultur! Gegen Wirtschaftsanarchie, Umsturz u. Spießertum. Ebda 1919. 55 S.

Hilferding Rud., D. Sozialisierung u. d. Machtverhältn. d. Klassen. Rede auf d. I. Betriebsrätekongr., 5. X. 1920. Berlin, Verlagsgen. Freiheit 1920. 28 S.

Hohoff Wilh., V. Kapitalismus u. Sozialismus. o. O. u. J. 6 S.

Kaff Siegm., D. Sozialis. d. Wirtschaft durch d. Genossenschaften. Wien, Verl. Neue Erde 1920.

— Probleme d. Demokratie. Ebda 1920. 22 S.

* Kautsky Karl, D. Sozialis. der Landwirtschaft. Mit e. Anhang: D. Bauer als Erzieher v. A. Hofer. Berlin, Cassirer 1919. 183 S.

— D. Sozialisierung u. d. Arbeiterräte. Wien, Volksbuchh. 1919. 16 S.

Koestler, Nationaler Arbeitsdienst. Zwei Lebensjahre lang. Leipzig, Hirschfeld 1920. 24 S.

Köppe, s. V. a.

Kral-Gauting Jos., Sind Christentum u. Sozialism. unvereinbar? München, Verl. Katholiken- und Kirchenzeitung (1919) 30 S.

Lehmann, s. Veröffentlichungen.

* Liefmann Rob., Kartelle u. Trusts u. d. Weiterbildung d. volkswirtsch. Organisation. III. verb. u. erweit. Aufl. Stuttgart, E. H. Moritz (Frz. Mittelbach) 1918. 315 S.

Mirs Ludw., D. Wirtschaftsrechnung i. sozialist. Gemeinwesen (Arch. f. Sozialw. XLVII, 86/121).

Müller Aug., Sozialisierung od. Sozialismus? E. krit. Betracht. üb. Revolutionsideale. Berlin, Ullstein & Co. 1919. 169 S.

— Ed., D. Verstaatl. der Feuerversicherung. o. O. (1919). 12 S.

Natrowsky M., Individual-Sozialismus. Leipzig, Neuer Geistverl. (1919). 114 S.

* Neurath Otto, Wesen u. Weg d. Sozialisierung. München, Callwey 1919. 21 S.

— D. Sozialis. Sachsens. Chemnitz, Arbeiter- u. Soldatenrat 1919.

— Vollsozialisierung. Von d. nächst. u. übernächsten Zukunft. Jena. Diederichs 1920. 47 S.

— Bayrische Sozialisier.erfahrungen. Wien, Neue Erde 1920. 32 S.

— u. Schumann Wolfg., Können wir heute sozialisieren? Leipzig, Klinkhardt 1919.

Pesch Heinr. S. J., Neubau d. Gesellschaft. Freiburg i. B., Herder 1919. 24 S.

Plenge Joh., Eine Kriegsvorlesung üb. d. Volkswirtschaft. D. Zeitalter d. Volksgenossenschaft. Berlin, Jul. Springer 1915. 31 S.

— D. Geburt d. Vernunft. Ebda 1918. IV u. 89 S.

— D. Krieg u. d. Volkswirtschaft. Münster, Borgmeyer & Co. 1915. 198 S.

* — D. Revolutionierung d. Revolutionäre. Leipzig, D. Neue Geistverl. 1918. XVI u. 184 S.

— Zur Vertiefung des Sozialismus. Ebda 1919. XVI u. 255 S.

— Durch Umsturz z. Aufbau. Münster i. W., Obertüschens Buchh. 1918. IV u. 79 S.

— Christentum u. Sozialismus. Münster i. W., Theisingsche Buchh. (1919). 47 S.

Popper-Lynkeus Jos., Eine Auseinandersetzung mit d. Sozialismus u. d. Sozialisten. Wien, Verl. Verein Allg. Nährpflicht 1920. 8 S.

Pribram Karl, Sozialisierung u. wirtschaftl. Individualrechte. S.A. aus Österr. Volkswirt (Wien 1919). 13 S.

PRIBRAM KARL, D. Grundgedanken d. Wirtschaftspolit. d. Zukunft. Graz, Leuschner & Lubensky 1918. 61 S.

RATHENAU W., D. neue Wirtschaft. Berlin, S. Fischer 1918. 46. Aufl. 1919.

REINAGL LEOP., Heraus mit d. S.Enteignungsgesetz f. Siedlungsland. Wien, Verl. Neue Erde (1920). 36 S.

RIEDEL, s. Veröffentlichungen.

RIEKES HUGO, Sozialismus ist gemeinwirtsch. Kapitalismus. Leipzig, Otto Wigand 1919. 116 S.

RUCKHABER ERICH, D. richtige Bewertung d. Körper- u. Geistesarbeit. Berlin, Verl. „Neue Weltanschauung" 1920. 16 S.

ROTHE ARTH., D. soziale Rätsel. D. Lösung d. soz. Frage durch Warenökonomie u. Genußerhöhung. Dresden, Holze & Pahl 1914. 191 S.

RUMPF W. A., D. Granatenkrüppel Zins- und Zinseszins. Wien, Anzengruber-Verl. 1919. VII—120 S.

RUSSEL BERTRAND, Principles of social reconstruction. London, George Allen & Unwin Ltd. 1916. 252 S.

— Roads to freedom. Socialism, anarchism and syndicalism. Ebda 1919. 215 S.

SCHAEFER WILH., Welche Überschüsse können b. Übernahme d. Feuerversich. auf d. Reich erzielt werden? Hannover, Rechts-, Staats- u. Sozialwiss. Verl. 1919. VIII—93 S.

SCHILDER SIGM., D. Vergesellschaftung d. Gesundheitswes. i. Deutschösterreich (Wiener Mediz. Wochenschrift 1919). 9 S.

SCHIPPEL, s. Veröffentlichungen.

— D. Sozialisierungsbeweg. i. Sachsen. Vorträge d. Gehe-Stiftung i. Dresden X/4. Leipzig, Teubner 1920. 36 S.

SCHRECKER PAUL, Für e. Ständehaus. Ein Vorschl. z. friedl. Aufheb. d. Klassengegensätze. Wien, Manz 1919. 31 S.

SCHWARZ RICH., Rathenau, Goldscheid, Popper-Lynkeus u. ihre Systeme, zusammengef. z. e. Wirtschaftsprogramm. Wien, Anzengruber-Verl. 1919. 98 S.

SCHUMPETER JOH., D. Krise d. Steuerstaats. Graz, Leuschner & Lubensky 1918. 75 S.

Socialisatie vraagstuk. Het Rapport uit gebracht door de Commissie aangewezen uit de S.D. A.P. 2. Druk. Amsterdam, „Ontwikkeling" 1920. 195 S.

SOLVANTO, Planmäßiger u. friedlich. Übergang z. neuen Gesellschafts-Ordnung. Wien, Anzengruber-Verl. (1920). IV—128 S.

STEINITZ HEINR., Wert- od. Sachabgabe? Ebda 1919. 40 S.

STIER-SOMLO FRITZ, Rechtsfragen z. Monopolis. d. Versicherungswesens. Stuttgart, Kohlhammer 1920. IV u. 59 S.

TEMPEL J. VAN DEN, Democratie in het bedrijf. Amsterdam, „Ontwikkeling" 1921. 48 S.

THIELE, s. Veröffentlichungen.

Vermögensgrenze. Zwisch. Sozialism. u. Kapitalism. V. e. deutsch. Richter. Berlin-Schöneberg, Dr. S. Laufer 1916. 30 S.

Veröffentlichungen der sächs. Landesstelle f. Gemeinwirtschaft. Dresden, v. Zahn & Jaensch. Heft 1—3: 1919; 4—10: 1920; 11—12: 1921.

D. Verstaatlichung der Kohlengrub. i. England. Bericht d. staatl. Unters.Ausschusses (Coal industry commission) v. 10. VI. 1919. 55 S.

Riedel Joh., Arbeits-Rationalisierung. 56 S.

Fischer Edm., D. gemeinwirtsch. Regelung d. Milchversorgung. 38 S.

— D. Sozialisierung d. Wasserwirtschaft i. Sachsen. 48 S.

— D. Sozialisierung d. Wohnwesens u. d. Baustoffproduktion. 82 S.

Eger Lydia, Kinoreform u. Gemeinde. 53 S.

Lehmann Helmut, Apotheken u. Gemeinwirtschaft. 40 S.

Ellinger A., Sozialisierungsströmungen i. Baugewerbe. 54 S.

Thiele Adolf, Hygiene d. Arbeit d. Grundlage d. Arbeitsrationalisierung. 16 S.

Schippel Max, Arbeitsgemeinsch., Betriebsräte u. Gewerkschaften i. England. Übersetz. d. Withley Reports. Mit ein. Einleit. v.

— D. Entwicklung d. Gemeinwirtschaft i. Sachsen. 168 S.

— Z. Kommunalisierungsgesetzentwurf. Erläut. u. krit. Bemerkungen. 29 S.

Vogel E. H., D. Sozialis.Gesetzgeb. D.Österreichs u. ihre volkswirtsch. Bedeutung. (Arch. f. Sozialwiss. XLVIII, 74/147.)

Volksgemeinschaft, D. Geist d. neuen. E. Denkschrift f. d. deutsche Volk. Hrsg. v. d. Zentrale f. Heimatdienst. Berlin, S.Fischer (1919). V—167 S.

Mit Abhandlung. von: Baege, Behrens, Edschmid, Korsch, Metzger, Moellendorf, Rade, Radbruch, Scheler, Schüller, Stampfer, Wichert, Wilbrandt, Zweig.

Vorreiter Ansbert, Atlanticus od. Spartacus? Deutschlands Zukunft. Berlin-Nikolassee, Selbstverl. 1919. 28 S.

Voigt Andr., Kriegssozialismus u. Friedenssozialismus. Leipzig, Deicherts Verl. 1916.

Weinhausen Friedr., Betriebsrätegesetz. Bearb. v. Stuttgart, Kohlhammer 1920. IV—143 S.

Wibaut F. M., Over de kritik of het socialisatie-rapport. Bevordelars, bestrijders en bespotters. Amsterdam, „Ontwikkeling" 1921. 88 S.

Wilhelm Wilh., D. Verfassungsref. u. was das Volk v. ihr verlangen muß. Wien, Neue Erde 1920. 64 S.

— Wirtschaftsdemokratie d. Zukunft od. d. Organis. d. freien Arbeit u. d. Verbrauchs. Wien, Anzengruber-Verl. (1920). 248 S.

* Wissel R. u. Moellendorf W. v., Wirtschaftliche Selbstverwaltung. Jena, Diederichs 1917.

IV.

Bakunin, s. Hauptwerke.

Bernstein, s. V a.

Bray, s. Hauptwerke.

Brissot, s. II.

Büchner Georg, Friede d. Hütten, Krieg d. Palästen! Hrsg. u. eingel. v. Kurt Pinthus. (Umsturz u. Aufbau I.) Berlin, E. Rowohlt 1919. 39 S.

Dietzgen, Brevier f. Naturmonisten. Hrsg. u. bevorw. v. Eugen Dietzgen. München, Verl. d. Dietzgenschen Philosophie 1915. LXXIII u. 429 S.

Eisner Kurt, Gesammelte Schriften. Berlin, Cassirer 1919. 2 Bde.

Engels Friedrich, Po u. Rhein. Savoyen, Nizza u. d. Rhein. Hrsg.

v. Ed. Bernstein. Stuttgart, Dietz 1915. XII—52—47 S.

Engels Friedrich s. II., Drahn.

Fourier, s. Wege.

Haase, s. V a.

Heine, s. Wege.

Hartmann Moritz, Revolutionäre Erinnerungen. Hrsg. v. H. H. Houben (Deutsche Revol. IV). Leipzig, Klinkhardt 1919. 96 S.

Hauptwerke d. Sozialismus u. d. Sozialpolitik. N. F. Hrsg. v. Carl Grünberg. Leipzig, Hirschfeld & Co.

2. Michael Bakunin, Gott u. d. Staat. Nach d. Manuskr. v. 1871 neu übersetzt u. eingel. v. Max Nettlau 1919. 84 S.

3/4. J. F. Bray, Die Leiden d. Arbeiterklasse u. ihr Heilmittel. Eingel. u. übers. v. M. Beer 1920. 233 S.

5. D. Londoner Kommunist. Zeitschrift u. andere Urkunden aus d. Jahre 1847/48. Mit e. einl. Abhandlung üb. „D. Entstehungsgeschichte d. Kommunist. Manifests" u. Anmerkung. Hrsg. v. Carl Grünberg 1921. 94 S.

Hervé, s. V b.

Kuyper R., Marxistische beschouwingen I. Een bundel herdrukken. Amsterdam, „Ontwikkeling" 1920. 234 S.

Kant, s. Wege.

Lamennais F., Du passé et de l'avenir du peuple. Paris et Vienne, Bibl. Rhombus (1920). 102 S.

Lassalle Ferd., Ges. Reden und Schriften. Vollst. Ausg. i. 12 Bdn. Hrsg. u. eingel. v. Ed. Bernstein. 12 Bde. Berlin, Cassirer 1920.

—, s. Wege.

Liebknecht, s. V a.

Marx K. u. Engels Friedr., Das Kommunist. Manifest. Mit Vorw. v. Berlin-Wilmersdorf, Die Aktion 1919. 32 S.

— Dasselbe. Vorwort v. Max Adler. Wien, Volksbuchh. 1919. 85 S.

— Dasselbe u. mit ein. Einl. v. Rosa Luxemburg. Wien, Arbeiterbuchh. 1921. 79 S.

— A kommunista Viáltvány, Forditotta Szabados Sándor. Budapest, Népszava Buchh. (1919). 67 S.

— Manifestul comunist . . cu o introducere de C. Racovski. In româneşte de Joan Sion. Bucuresti, Cercul de editurà socialistà 1913. 66 S.

— Reichsgründung u. Kommune. D. Ereignisse v. 1870/71 i. Schriften von. Mit Einl. u. Anm. v. A. Conrady. (Sozialist. Neudrucke VII). Berlin, Vorwärtsbuchh. 1920. 390 S.

— Karl Marx oder Bakunin? Demokratie oder Diktatur? E. Kampfschrift geg. d. Vorläufer d. Bolschewismus. Zeitgem. Neuausg. d. Berichte an d. sozialist. Internat. üb. Mich. Bakunin. („D. Allianz d. sozialist. Dem. u. d. Int. Arb. Assoz.") Volksverl. f. Wirtsch. u. Verkehr 1920. 96 S.

— Lettres inédites sur Proudhon. (Le mouv. soc. Janv.—Févr. 1914, 5/23.)

Marx Karl, D. Kapital. Krit. d. polit. Ökonomie. 1. Bd. Buch I. D. Produktionsprozeß d. Kapitals. Hrsg. v. K. Kautsky. Stuttgart, 1914. XLVIII—768 S. II. Aufl. 1921.

— D. 18 Brumaire d. Louis Bonaparte. (Kl. Bibl. 31.) Stuttgart, Dietz, 1914. 123 S.

— Enthüllungen üb. d. Kommunistenprozeß zu Köln. Mit Einl. von Friedr. Engels u. Dokumenten.

IV. Abdr. Mit Einl. u. Anmerk. v. FRANZ MEHRING. Berlin, Buchh. Vorwärts 1914. 147 S.

MARX KARL, Z. Judenfrage. Hrsg. u. eingel. v. STEFAN GROSSMANN. Berlin, E. Rowohlt 1919. 49 S. (Umsturz u. Aufbau IV.)

, s. Wege.

MEHRING FRANZ, Kriegsartikel. Berlin-Wilmersdorf, D. Aktion 1918. 80 S.

OWEN, s. Wege.

PROUDHON, s. Wege.

ROLLAND ROMAIN, Les précusseurs. Paris, Edit. de l'Humanité 1919. 229 S.

SAINT-SIMON, s. Wege.

Wege zum Sozialismus. Hrsg. v. OTTO JENSSEN. Berlin, Paul Cassirer.

1. Lassalle u. d. Sozialismus. Ausgewählt u. eingel. v. EDUARD BERNSTEIN 1919. 76 S.
2. Karl Marx a. Geschichtsphilosoph. Eingeleit. v. ALFRED BRAUNTHAL 1920. 194 S.
3. Fourier u. d. Sozialismus. Eingeleit. v. KÄTHE MORGEROTH 1920. 140 S.
4. Robert Owen u. d. Sozialismus. Eingel. v. HELENE SIMON 1920. 134 S.
5. Proudhon u. d. Sozialismus. Ausgew. u. eingel. v. GOTTFRIED SALOMON 1920. 130 S.
6. Saint-Simon u. d. Saint-Simonismus. Ausgew. u. eingel. v. GOTTFRIED SALOMON 1920. 108 S.
7. Kant, Fichte, Hegel u. d. Sozialismus. Von KARL VORLÄNDER 1920. 104 S.
8. Heinrich Heine u. d. Sozialismus. Ausgew. u. eingel. v. HERMANN WENDEL 1919. 100 S.

V a.

*** Verständigungs- oder Verstandesfrieden. Berlin, Ebert & Co. 1917. 48 S.

ADLER FRIEDRICH, D. Attentatsprozeß geg. Zürich, Genossensch. Druckerei 1917. 79 S. mit A.s Bild.

— Polit. Bekenntnis. A.s Ausführungen anläßl. d. Attentatsprozesses ... mit e. Vorwort. Akad. Verl. Wien 1917. 24 S.

Die Broschüre ist tatsächlich illegal i. Deutschland erschienen.

— Frygies pöre. Forditotta ès bevezetéssel elláttai Pogány József. (Deutsche Übers. d. erstgen. Ausg. Eingel. v. POGÁNY.) Budapest, Népszava-Buchh. 1917. 126 S.

* — Vor d. Ausnahmegericht. D. Verhandlungen vor d. § 14-Gericht am 18. u. 19. V. 1917. Nach d. stenogr. Protok. Berlin, Paul Cassirer 1919. 200 S.

ADLER FRIEDRICH, Nach zwei Jahren. Reden gehalt. i. November 1918. Mit e. Anhang: Ein Manifest aus d. J. 1915. Wien, Volksbuchh. 1918. 32 S.

— D. Erneuerung d. Internationale. Aufsätze a. d. Kriegszeit. Vorwort v. KARL KAUTSKY. Ebenda 1918. XVI—215 S.

— s. V a: Documenti, serie III a/2.

ADLER MAX, Zwei Jahre! Weltkriegs-Betrachtungen e. Sozialisten. Nürnberg, Fränk. Verlagsanst. u. Buchdr. 1916.

— Zur Erinnerung an 1848. Wien, Volksbuchh. 1918. 16 S.

Arbeiter in Belgien, Von einem deutschen. An d. Arbeiter d. neutralen Länder. Berlin, Karl Siegismund 1917. 48 S.

Arbeiterbewegung, D. britische, und der Krieg. London, Egre & Spottiswoode 1914. 16 S.

Balabanoff Angelica, D. ital. Sozialismus u. d. Krieg. Neues Leben II/4, Zürich.

Bauer, s. Weber.

Bendixen Friedr., Sozialismus und Volkswirtschaft in d. Kriegsverfassung. Berlin, Guttenberg 1916.

Berger Richard, Fraktionsspaltung u. Parteikrisis i. d. deutschen Sozialdemokrat. M.-Gladbach, Volksvereinsverl. 1916. 104 S.

Bernstein Eduard, Von d. Aufgaben d. Juden im Weltkrieg. Berlin, Erich Reiss 1917. 52 S.

— Sozialdemokrat. Völkerpolitik. D. Sozialdemokrat. u. d. Frage Europa. Gesamm. Aufsätze. Leipzig, Verl. Naturwissenschaften 1917. VIII u. 222 S.

— Völkerbund od. Staatenbund. Berlin, Paul Cassirer 1918. 29 S.

Biermann W. Ed., Volkswirtschaftliche Lehren d. Weltkriegs. Berlin u. Leipzig, W. Rothschild 1915. IV—34 S.

Briefe, Hundert aus d. Felde. Was d. Soldaten üb. d. Krieg erzählen. Nürnberg, Fränk. Verlagsanst. u. Buchdr. 182 S.

Borchardt Julian, Vor u. nach d. 4. Aug. 1914. Hat d. deutsch. Sozialdem. abgedankt? 3. durch e. Vorw. erweit. Aufl. Berlin-Lichterfelde, Verl. d. Lichtstrahlen 1915. 32 S.

— Ich u. der U-Bootkrieg. E. Wort d. Abwehr. Ebda 1917. 8 S.

— Revolutionshoffnung. Ebda 8 S.

Borchard Julian, Demokratie u. Freiheit. E. Untersuchung üb. d. parlamentar. System u. seine Wirkungen i. d. westl. Kulturstaaten. Berlin, Georg Sturm 1918. 4 Hefte. 1. Amerik. Freiheit 39 S.; 2. England 34 S.; 3. Frankreich 38 S.

— Woher kommt d. Geld z. Kriege? Leipzig, Leipz. Buchdr. A.G. 1916. 51 S.

Borgstroem Arth. Travers, Der Triumph d. Organisation. Zürich. Orell Füßli 1917. 65 S.

Braun Adolf, Gewerkschaftsstreit u. Gewerkschaftskampf. Nürnberg, Fränk. Verlagsanstalt u. Buchdr. 1917. 24 S.

— D. Zukunft d. deutschen Sozialdemokr. deutsch, nicht englisch, französisch od. russisch. Wien. Volksbuchh. 1917. 22 S.

— Gewerkschaften. Betrachtungen u. Überlegungen währ. d. Weltkriegs. Ebda 1915. 168 S.

— Lily, D. Frauen u. der Krieg. Leipzig, S. Hirzel 1916. 54 S.

Burgfrieden, Unter dem. „Ein einig Volk von Brüdern". Sozialdemokrat. Partei d. Kantons Bern. Juni 1916. 16 S.

Chiesa Francesco, Blätter unt. d. Asche i. Tagen lodernder Flammen. Deutsch v. E. Mewes-Béha. Zürich, Orell Füßli. 100 S.

Cohen Reuss Max, D. Volk u. d. Krieg. (Um Deutschlands Zukunft. Hrsg. v. Bund deutscher Gelehrter u. Künstler I.) Berlin, Reimar Hobbing 1916. 56 S.

Cunow Heinrich, Prakt. Steuerpolitik od. Steuerdogmatik. Berlin, Vorwärtsbuchh. 1916. 48 S.

Danneberg Robert, D. Sozialdem. i. zweiten Kriegsjahr. Wien, Volksbuchh. 1916. 16 S.

DAVID ED., Wer trägt d. Schuld a. Kriege? Rede vor d. holländ.-skandin. Friedenskomitee i. Stockholm, 6. VII. 19. Hrsg. v. Vorst. d. sozialdemokr. Partei Deutschlands. Berlin, Vorwärtsbuchh. 1917. 40 S.

Denkschrift an d. Internationale. Von d. böhm. Sprachgruppe der sozialist. Partei v. Amerika (fünfsprachig: deutsch, engl., franz., russ., tschech.). Chicago, Spravedinost 1915.

— d. polnischen soz.dem. Partei in Österreich an d. Konferenz d. soz.-dem. Parteien d. neutralen Länder i. Haag. Als Manuskript gedr. o. O. u. J. (1915).

DIDERICH FRZ., Herzen i. Kriege. Schilder. u. Geschichten. Auswahl von. Berlin, Vorwärtsbuchh. 160 S.

DITTMANN WILH., Drei Reden über Belagerungszustand, Zensur und Schutzhaft, geh. am 18. I., 24. V. u. 28. X. vor d. Reichstage. Bern, D. freie Verlag 1918. 79 S.

— Dasselbe. Leipzig, Leipz. Buchdr. Akt.G. 1917. 48 S.

ECKSTEIN GUST., D. Taktik d. Marxismus. Wien, Volksbuchh. 1914. 115 S. Für d. für August 1914 geplanten Int. Soz.Kongreß, jedoch nicht z. Ausgabe gelangt, sondern nachher erschienen u. d. T.

— D. Marxismus i. d. Praxis. Vorw. von HEINRICH WEBER. (OTTO BAUER.) Ebda 1918. 119 S.

— D. deutsche Soz.Dem. während d. Weltkriegs. Zürich, Grütlivereins-Buchdr. 1917. 70 S.

EHRISMANN U., Proletarier-Sieg! D. Lehre v. Endziel d. Sozialismus. Zürich 1916. 16 S.

EMMER, s. III.

F(ENDRICH) A(NT.), E. Wort an d. unten u. d. oben. Von e. deutsch. Soz.Dem. Stuttgart, Franckhscher Verl. o. J. (1916). 24 S.

— D. Krieg u. d. Sozialdemokratie (D. deutsche Krieg. Hrsg. von E. JÄCKH 25). Stuttgart, Deutsche Verlagsanst. 1915. 31 S.

FERNAU HERM., Gerade weil ich ein Deutscher bin! E. Klarstellung d. i. Buche „J'accuse" aufgerollten Schuldfrage. Zürich, Orell Füßli 1916. II. Aufl. IV—75 S.

FESTER, s. Auslandsstudien i. VII a.

FUCHS C. JOH., D. deutsche Volkswirtschaft i. Kriege. Rektoratsrede. Tübingen, Mohr 1915. 75 S.

— EDUARD, D. Weltkrieg i. d. Karrikatur. München, Alb. Langen 1916.

GERISCH A., D. Grundübel. Dortmund, Gerisch & Co. 1916. 16 S.

GERMANICUS, D. springende Punkt. Zürich, Grütlibuchh. 1916. 87 S.

GERMANUS LIBER (FRIEDR. HERTZ), Deutschl. u. England. Wien, Volksbuchh. 1918. 55 S.

GREULICH HERM., Krieg u. Internationale. Zürich 1915. 24 S.

GRIMM ROB., D. Neutralitätskrise u. d. Arbeiterklasse. Rede v. 9. III. 1916 i. d. Neutralit.Debatte des Nationalrats. Bern, Unionsdr. 1916. 16 S.

— Zimmerwald u. Kiental. Bern-Belz, Promachos Verl. 1917. 34 S.

Grütliverein, Warum wir Grütlianer mit beiden Beinen auf nat. Boden stehen? Hrsg. v. Zentralkomit. d. Schweiz. Grütlivereins (1916).

— Klassenbewußtsein u. nat. Bewußtsein. Ebda (1916).

— Grütlianer-Manifest. E. Wort an d. Schweizer Volk üb. d. Krisis i. Schweiz. Grütliv. u. d. Notwen-

digkeit u. Aufgaben e. Partei d. vaterländ. Sozialismus. Ebda 1917. 21 S.

GRUMBACH S., D. annexionist. Deuschland. E. Samml. v. Dokum., die seit d. 4. VIII. 1914 i. Deutschl. öffentl. od. geheim verbreit. wurden. Mit e. Anhang: Antiannexionist. Kundgeb. Lausanne, Payot & Co. 1914. X—471 S.

— D. Irrtum v. Zimmerwald-Kiental. Bümplitz-Bern, Buchdruck. Bodeli 1916. 95 S.

HAASE HUGO, Reichstagsreden geg. d. deutsche Kriegspolitik. Berlin, Verl. Neues Vaterland 1919. 206 S.

HAENISCH KONR., Sozialdem. u. Monarchie (Deutsche Polit., 18. V. 1917, 634/643).

HAMMACHER EM., Weltanschauung u. Weltkrieg. (Intern. Monatsschr. f. Wissensch., Kunst u. Technik 1. IX. 1916, 1413/44).

HEINE W., Z. Deutschlands Erneuerung. Jena, Diederichs 1916. VII u. 191 S.

HOCH GUST., Neue Steuern währ. d. Krieges. Berlin, Vorwärtsbuchh. 1916. 147 S.

JAURÈS JEAN, Vaterland u. Proletariat. Mit Einführ. v. ENGELBERT PERNERSTORFER. Jena, Diederichs 1916. S.A. aus d. X. Kap. v. „D. neue Armee", ebenda 1918.

JUNIUS (ROSA LUXEMBURG), D. Krise d. Sozialdemokrat. Anhang: Leitsätze üb. d. Aufgaben d. intern. Sozialdem. Bern, Unionsdr. 1916. 99 S.

JERUSALEM WILH., D. Krieg i. Lichte d. Gesellschaftslehre. Stuttgart, Ferd. Enke (1916). 196 S.

KAFF SIEGM., Sozialdemokratie und Weltkrieg (Österr. Rundschau, 1. VI. 1917, 193/99). Wien.

KAUTSKY K., Elsaß-Lohringen. E. hist. Studie. Stuttgart, Dietz 1917.

— Kriegsmarxismus. E. theoretische Grundleg. d. Politik d. 4. August. Beleuchtet v. Wien, Volksbuchh. 1918. 86 S.

— Habsburgs Glück u. Ende. Berlin. Paul Cassirer 1918. 81 S.

— Soz.dem. Bemerkungen z. Übergangswirtschaft. Leipz. Buchdr. A.G. 1918. VII u. 166 S.

KEIL WILH., Soz.Dem. u. Kriegssteuern 1917. Rede i. Reichstag v. 1. III. 1917. Hrsg. v. Vorst. d. soz.dem. Partei Deutschl. Berlin. 20 S.

KOL H. VAN, D. kommende Frieden u. d. Soz.Dem. Amsterdam, „Ontwickeling" 1916. 39 S.

KÖPPE HANS, Kriegswirtschaft u. Sozialismus. Marburg, Univers.-Buchdr. 1915. 38 S.

KOSSOWSKY W., D. Ausrottung d. russ. Juden. I. D. Vertreibungen. Hrsg. v. Auslandskom. d. Allg. Jüd. Arbeiterbundes Rußlands. Genf, Imprim. israélite 1915. 48 S.

KRANOLD HERM., Studien üb. Krieg u. Wirtschaft. I. D. Wirtschaftskrieg i. Gegenw. u. Zukunft. Augsburger Druck. u. Verl.Anst. 1919. IV—106 S.

— England unser Feind f. immer? Tübingen, Kloeres 1916. 24 S.

Kriegs- u. Friedensprobleme d. Arbeiterklasse. Entw. e. Manifests vorgel. (v. P. AXELROD, S. LAPINSKI u. L. MARTOFF.) d. II. Zimmerwalder Konf. Hrsg. v. Auswärt. Sekret. d. Organ.Kom. d. soz.dem. Arbeiterpart. Rußlands. (Bern 1915.) 25 S.

KRÜGER GUST., D. Sozialist a. d. Front. Erlebn., Schilder. u. Stimmungen. Magdeburg, Pfannkuch & Co. 1916. 119 S. u. 6 Bilder.

Lederer Em., Zeitgem. Wandlungen d. sozialist. Idee u. Theorie. (Arch. f. Sozialw. XLV, 261/93.)

— Einige Gedanken z. Soziologie d. Revolutionen. Leipzig, Neue Geistverl. 1918. 40 S.

Lensch P., D. Soz.Dem., ihr Ende u. ihr Glück. Leipzig, S. Hirzel 1916. 218 S.

— D. engl. Weltreich. Berlin, Vorwärtsbuchh. 1915. 52 S.

— D. deutsche Soz.Dem. i. ihr. großen Krisis. Hamburg, Auer & Co. 1916. 31 S.

— Drei Jahre Weltrevolution. Berlin, S. Fischer 1917.

Liebknecht Karl, Klassenkampf gegen den Krieg. Anhang: I. Betracht. u. Erinner. aus „großer Zeit" geschrieben von K. L. i. Berliner Untersuchungsgefängnis (Moabit 1916); II. Karl Liebknecht z. Gedächtnis von Karl Radek. Berlin, A. Hoffmanns Verl. 1919. 109 S., 2 Bilder L.s.

— Militarismus u. Antimilitarism. unt. bes. Berücksichtigung d. Intern. Jugendbewegung. Ebda 1919. 130 S. Neuausg. d. erstmals 1907 erschien. Schrift, mit Nachwort von M. G. Braun.

— Briefe aus d. Felde, aus d. Untersuchungshaft, aus d. Zuchthaus. Berlin-Wilmersdorf, Die Aktion (Franz Pfemfert) 1920. 139 S., 8 Bilder, 1 Faksimile.

— D. Zuchthausurteil. Wörtl. Wiedergabe d. Prozeßakten, Urteile u. d. Eingaben L.s (Polit. Aktions-Bibliothek, hrsg. v. Franz Pfemfert.) Ebda 1917. 169 S., 1 Bild. Vgl. VII a: Laufenberg, Mord, Schumann, Zetkin.

Lilina Zilian, D. Soldaten d. Hinterlandes. Bern-Belz, Promachos Verl. 1917. 64 S.

Livonicus, Sind d. Letten deutschfeindlich? E. Aufklärungsschrift üb. d. wirtsch. u. polit. Fragen i. Est-, Liv- u. Kurland. Mit e. Rückblick auf d. Unruhen v. 1905. Freiburg i. B., Genoss.Druck. 1916. 52 S.

Mai, Der erste. Flugbl. Hrsg. v. „Bundischen Verein" i. Kopenhagen. April 1916. 4 S. (jiddisch.)

Mayer Gust., D. polit. Parteien i. Königr. Belgien. (Zeitschr. f. Polit. IX (1916), 371/406).

— D. deutsche Marxismus u. d. Krieg. (Arch. f. Sozialw. XLIII, 108/170.)

Meissner Alfr., Kreiseinteilung u. nat. Autonomie v. Gesichtspunkt d. tschech. Soz.Dem. Prag, Verl. Prawo Lidu 1916. 4°. 11 S.

Meyer Ernst, Z. II. Zimmerwalder Konferenz. (N. Zeit 34/II, 198/201.)

Minderheit, Die, des 21. XII. 1915. Hrsg. v. d. I(ntern.) S(ozialisten) D(eutschlands). Berlin-Lichterfelde, Lichtstrahlen (Julius Borchardt) 1916. 8 S.

Müller Hans, Parteispaltung u. Parteierneuerung (S.A. aus Wiss. u. Leb. Zürich, Febr. 1917).

Müller-Holm Ernst, D. englische Gedanke i. Deutschland. Z. Abwehr d. Imperialism. München, E. Reinhardt 1916. 148 S.

Nötzel K., D. Unabhängigkeit d. Ukraine als einz. Rettung vor d. russ. Gefahr. München, Hans Sachsverl. 1915. 37 S.

Nussbaum Alfr., Zur Jugendfrage. Buchhandl. d. Bremer Bürger-Zeitung 1916. 31 S.

Oppenheimer Frz., Wir u. d. Anderen (S.A. aus N. Deutsche Rundschau 1915/XII). Berlin, S. Fischer. 20 S.

Palyi Eduard, Deutschl. u. Ungarn. Leipzig, S. Hirzel 1916. 70 S.

PARVUS, D. soziale Bilanz d. Krieges. Berlin, Verl. f. Sozialwiss. 1917. 30 S.

— Meine Antwort an Kerenski & Co. Ebda 1917. 14 S.

— Im Kampf um d. Wahrheit. Ebda 1918. 67 S.

PEUS HEINR., D. Soz.Demokratie i. Staat (Soz. Monatsh. 1916, 641/45).

— Wie müssen Kapital u. Arbeit ihr. Kampf nach d. Krieg weiter führen? (Deutsche Polit. 1916, 1943/49.)

POALE ZION, D. Juden i. Kriege. Denkschr. d. jüd. sozialist. Arbeiterverbandes, an d. Intern. Sozialist. Bureau. Hrsg. v. Verbandsbureau. Den Haag 1915. 4°. 94 S.

PETZOLD ALFONS, Volk, mein Volk. Gedichte d. Kriegszeit. Jena, Diederichs. 66 S.

POPPER-LYNKEUS JOS., Einige Gesichtspunkte f. d. Beurteilung d. Urheberschaft a. Weltkriege. Wien 1917. (S.A. aus Die Wage.) 15 S.

RACOVSKY C., Das Wiedererwachen der Internationale. Rede a. intern. Massenmeeting v. 8. III. 16 i. Bern. Int. sozialist. Kommiss. in Bern. 16 S.

RAGAZ CLARA, D. Frau u. d. Friede. Zürich, Orell Füßli. 28 S.

— LEONHARD, Über d. Sinn d. Kriegs. Vortrag. Ebda 1916. 48 S.

RENNER KARL, Österreichs Erneuerung. Polit.-programmat. Aufsätze. Wien, Volksbuchh. 1916/17. 3 Bde. VIII—160, VIII—200, VIII—119 S.

— Marxismus, Krieg u. Internationale. Krit. Stud. üb. offene Probleme d. wissensch. u. d. prakt. Sozialismus in u. nach d. Weltkrieg. (Intern. Bibl. 59.) Stuttgart, Dietz 1917, XII u. 384 S.

— Das Selbstbestimmungsrecht der Nationen i. bes. Anwendung auf Österreich. II. umgearb. Aufl. von: Der Kampf d. österr. Nationen um den Staat. Wien, Deuticke 1918. VII—293 S.

RENNER KARL s. SEITZ.

ROTHER ERICH, Durch d. Volksfrieden z. Völkerfrieden. E. Wort z. Stockholmer Konferenz. Berlin, Heimann & Sohn 1917. 59 S.

RUNDÉ A., D. neue Internationale. Berlin, Verl. f. Sozialwiss. 1917. 60 S.

SCHEIDEMANN PHIL., Es lebe d. Friede. Berlin, Buch. Vorwärts 1916. 32 S.

— D. deutsche Soz.Dem. u. d. Krieg. Rede am 20. VI. 1916. Breslau, Verl. der Volkswacht 1916. 20 S.

— Frieden u. Verständigung! Reichstagsrede v. 15. V. 1917. Hrsg. v. Vorst. d. soz.dem. Partei Deutschlands. Berlin 1917.

SCHERER HEINR., Z. Militärfrage! St. Gallen 1916. 20 S.

SCHMOLLER GUST., Freie od. sozialist. Volkswirtschaft nach d. Kriege? (Neue Freie Presse, 6.I.1917). Wien.

SCHÜCKING WALT., D. Weltfriedensbund u. d. Wiedergeburt d. Völkerrechts. Leipzig, Verl. Naturwissenschaften 1917. 34 S.

SEIDEL ROB., Staatsbürger od. Weltbürger? Zürich, Grütlibuchh. 1916. 28 S.

SEITZ u. RENNER, Krieg u. Absolutismus, Frieden u. Recht. 2 Parlamentsreden v. 14. u. 16. VI. 1917. Wien, Volksbuchh. 1917. 63 S.

Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Hrsg. vom Vorstand der. Berlin.

Für d. Einheit der Partei. Buchh. Vorwärts 1916. 16 S.

Material z. Fraktionsspaltung. April 1916. Als Manuskript gedr. 24 S.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands.
D. deutsche Sozialdem. üb. Krieg u. Frieden. E. Samml. d. Erklärungen, Aufrufe u. Reichstagsreden, in denen in den beiden ersten Kriegsjahren d. Stellung z. Soz.Dem. z. Krieg u. z. den Friedenszielen dargelegt wurde. Ende Juni 1916. Als Manuskr. gedr. 96 S.
Dasselbe, in den Kriegsjahren 1914—1917. I. Folge. 24. Mai 1917. Als Manuskr. gedr. 35 S.
E. Jahr soz.dem. Reichstagsarbeit i. Kriege. Aus d. Tätigk. d. Reichstagsfraktion i. d. Sess. 1915—1916. Ende Juli 1916. Als Manuskr. gedr. 31 S.
D. Kriegspolitik d. Partei i. Lichte d. wirtsch. Tatsachen. E. Appell an Denkende. 1916. 19 S.
Sozialdem. u. national. Verteidigung. Buchh. Vorwärts 1916. 30 S.
Dasselbe o. O. u. J. 24 S.

Spektator, Vaterlandsverteid. u. auswärt. Polit. d. Soz.Dem. Belz-Bern, Promachos Verl. 1917. 31 S.

Spiecker Wilh., Dem soz. Frieden entgegen. Rückblicke u. Ausblicke. Berlin-Lichterfelde, Edw. Runge 1915. 73 S.

Sphyris K. D., Völkerbund u. Balkanbund. Zürich, Orell Füßli 1919. 39 S.

Steffen Gust., Demokratie u. Weltkrieg. Jena, Diederichs 1916.

Stöcker Helene, Lieben od. hassen? (S.A. aus D. neue Generation IX/12). Breslau, Bund f. Mutterschutz 1915. 20 S.
— Geschlechtspsychologie u. Krieg. Berlin, Osterheld & Co. 1915. 15 S.
— Gewalt od. Verständigung? Ebda. 13 S.
— Menschlichkeit. Ebda. 20 S.

Stöcker Helene, Modern. Bevölkerungspolitik. Ebda. 12 S.

Suttner Bertha, D. Kampf um d. Vermeidung d. Weltkriegs. Randglossen aus zwei Jahrzehnten vor der Katastrophe (1892—1900 u. 1907—1914). Hrsg. v. Alfred H. Fried. Zürich, Orell Füßli 1917. XX u. 628, XVI u. 630 S., mit d. Bild d. Verf.

Teslin E. (J. Dymka, W. Ingeborg), Neue Zeiten, neue Aufgaben, neue Losungen. Olten, Trösch 1917. 16 S.
— D. rote Internationale u. d. Weg z. Völkerfrieden. Ebda 1918. 19 S.
— An d. Sozialdemokraten — Internationalisten. Flugbl. Zürich 1917. 4 S.

Thimme Friedr., Vom inner. Frieden d. deutsch. Volkes. 2 Bde. Leipzig, S. Hirzel 1916.

Trojanowsky Al., Brauchen wir e. Internationale? Zürich, Grütli-Buchh. 1916. 32 S.

Umbreit P., Soziale Arbeiterpolitik u. Gewerkschaften. Berlin, Verl. d. Gener.Kom. d. Gewerkschaften Deutschlands 1916. 143 S.
— D. Gleichberechtigung i. Krieg u. Frieden. (Soz. Monatshefte 1916, 645/52.)

Verow N. E., D. große russ. Revol. Berlin, Verl. f. Sozialwiss. 1917.

Volksfreund gerettet, Wie der, u. wieder z. Organ d. soz.dem. Partei gemacht wurde. Braunschweig, H. Rieke & Co. 1916. 16 S.

Wendel Herm., Elsaß-Lothringen u. d. Sozialdemokratie. Berlin, Buchh. Vorwärts 1916. 30 S.

Weber Heinr. (Otto Bauer), D. russ. Revol. u. d. europ. Proletariat. Wien, Volksbuchh. 1917. 40 S.

Winnig Aug., Z. Neuorientierung d. deutsch. Soz.Dem. Berlin, Intern. Korresp. 1916. 19 S.

Wullschleger E., Z. Frage d. Ausländer-Einbürgerung. Basel, Buchhandlung d. Arbeiterbundes 1916. 29 S.

Zimmerwalder Linke D., u. d. Aufgaben d. Arbeiterklasse (Intern. Flugblätter 1). Zürich, Nov. 1915. 8 S.

V b.

*Alexinsky Grèg., La Russie et la guerre. Paris, Colin 1915. 368 S.

Andler Ch., Les usages de la guerre et la doctrine de l'état major allemand. Paris, Alcan 1915.

— Le socialisme impérialiste dans l'Allemagne contemporaine. Dossier d'une polémique avec. Jean Jaurès 1912—1913. Paris, Bossard 1918. 259 S.

Bakstræv og militarismen. Uitgit av det Norske Arbeiderparti. Kristiania 1915. 16 S.

Beneš Edward, Détruisez l'Autriche-Hongrie! Le martyre des Tchéco-Slovaques à travers l'histoire. Paris, Libr. Delagrave 1916. 72 S.

Boje Andr., Det tysk Socialdemokrati for og under vredenskrigen. Kobenhavn 1916. 167 S.

Bonger W. A., De oorlog en de schuldvraag. Amsterdam, „Ontwikkeling" 1917. 56 S.

Bourgin Hub., Le militarisme allemand, ce qu'il est et pourquoi il faut le détruire. Paris, Alcan 1915.

Brailsford H. N., De oorlog van staal en goud. Een studie voer den gewapende vrede, vertaald door W. v. Ravesteyn jr. Zutphen, Thieme & Co. (1916).

Brutus Österrikes. Fredskämpen och hans werk. En bok om och av Friedrich Adler. Stockholm, Frams förlag 1917. 32 S.

Carleson C. N., Världs-kriget. En mansålders stormaktspolitik. Stockholm, Tidens förlag 1915. 152 S.

Documenti socialisti intorno alla guerra. Milano, Libreria editrice „Avanti!"

Serie I a 1916.

1. Al limitare della guerra! Contro i pieni poteri per la guerra. 16 p. — 2. Dichiarazione della minoranza socialista austriaca. 16 p. — 3. Discorso di Claudio Turati alla camera il 2. XII. 1915. 24 p. — 4. Politica interna e censura durante la guerra. Discorsi . . . alla camera (di) Arnaldo Lucci e Nino Mazzoni. 16 p. — 5. Finanza di guerra. Disc. (di) E. Modigliani. 24 p. — 6. Speculazione clericale (Disc. di Enrico Dugoni) e Politica tributaria anti-democratica (Disc. di Gen. Bertini). 16 p. — 7. Gli „internati" politici e il ministero Salandra. Disc. di Fil. Turati. 32 p. — 8. I socialisti e la guerra. Disc. di Fil. Turati. 24 p. — 9. La „Concordia" del potere. Disc. di Claud. Treves. 31 p. — 10. Contro la Censura e gli Internamenti e Politica dei consumi. Disc. di Fil. Turati e Enr. Dugoni. 31 p. — 11. L'armistizio. Disc. di Oddino Morgari. 31 p. — 12. Per la libertà e per il domani. Disc. di Giov. Zibordi. 23 p.

Serie II a 1917.

1. I nostri morti. Commemorazione . . . di Fil. Turati. 16 p. — 2. Discorso (di) Modigliani

sulle communicazioni del governo 6. XII. 1916. La mozione socialista pro pace ... Dichiarazioni (di) TURATI e ... TREVES. 32 p. — 3. Discorsi (di) TREVES e LUCCI e dichiaraz. (di) TURATI. 31 p. — 4. Discorso (di) ... TURATI. La guerra e la pace alla Camera italiana. 32 p. — 5. Sulla politica economica ed estera del Governo. Discorso ... (di) ANT. GRAZIADEI. 31 p. — 6. Sulla politica del governo. Disc. ... (di) ANT. GAZIADAI. 16 p. — 7. Politica estera e di guerra. Discorso (di) CAMILLO PRAMPOLINI. 16 p. — 8. La produzione e la mano d'opera agricola. Disc. (di) GIULIO CASALINI. 31 p. — 9. Decentramento del servizio di produzione e di distribuzione dei mezzi di consumo. Disc. (di) MODESTO CUGNOLO. 16 p. — 10. Il problema degli approvigionamenti. Disc. (di) ENR. DUGONI. 16 p. — 11. Orientazione verso la più pronta pace. Disc. (di) E. G. MODIGLIANI. 32 p. — 12. Disciplinamento della produzione agricola. Disc. (di) GEN. BENTINI. Per il nuovo regime in Russia ... Disc. di FIL. TURATI. 32 p.

Serie III a 1917.

1. I socialisti e la guerra. Dichiarazioni del Gruppo Parlamentare a cura di G. E. MODIGLIANI. 32 p. — 2. Autodifesa. FEDERICO ADLER dinanzi ai giudlici di Vienna. Con prefazione ed ultimo ritratto. 64 p. — 3. FIL. TURATI, Sulle communicazioni del governo. 40 p. — 4. La politica interna ed esterna. Disc. (di) CLAUD. TREVES. 16 p. — 5. La giustizia militare. Disc. (di) GEN. BENTINI. 16 p. — 6. I servizi sanitari militari e la tuberculosi noll'esercito. Disc. (di) FABRIZIO MAFFI. 16 p. — 7. I problemi più urgenti pel paese. Disc. (di) GIULIO CASALINI. 32 p. — 8. I bisogni dei comuni e la guerra Per i lavoratori dell'impiego privato. Disc. (di) FIL. TURATI. 32 p. — 9. Le accuse contro l'on. Todeschini alla Camera. Disc. (di) TURATI, TREVES, TODESCHINI. 16 p. — 10. Discorsi ZIBORDI, MUSATTI, MARANGONI, BRUNELLI e BUSSI; I sopra = profitti dei preti, il caro-vivere, la difesa aerea, sulla sanità civile e militare. 32 p. — 11. Politica sanitaria. Disc. di EDOARDO BONARDI. 16 p. — 12. Politica alimentare di guerra. Disc. (di) CARLO PUCEI. 15 p.

Serie IV a 1917/1918.

1. La crisi ministeriale e il potere militare. Disc. (di) G. E. MODIGLIANI. 16 p. — 2. La guerra e la reazione. Disc. di GEN. BENTINI. 16 p. — 3. Sulla politica finanziaria ed estera del Governo. Disc. (di) GRAZIADEI. 20 p. — 4. La crisi del ministero parlamentare e il problema della pace. Disc. (di) TURATI. La dichiarazione del Gruppo parlamentare letta nella „seduta storica" 14. XI. 1917 da PRAMPOLINI. 39 p. — 5. I fatti di Torino e la politica del Governo. Disc. (di) CASALINI. 24 p. — 6. Per una proposta di pace. Disc. (di) MORGARI. 40 p. — 7. Dopo la disfatta e perchè si rinnovi. Disc. (di) TURATI. 32 p. — 8. Per la difesa del Partito. Disc. (di)

TURATI. 16 p. — 9. Esoneri agricoli e congedi di classi. Interpellanza (di) MODIGLIANI. 16 p. — 10. La pace e l'assetto futuro dei popoli. Disc. (di) ARTURO CAROTI. 16 p. — 11. Cascami ... di guerra. Interpellanza (di) MODIGLIANI. 32 p. — 12. Il monito delle cose. Contro la proroga della Legislatura. Disc. (di) MAFFI. 31 p.

Serie Va 1919.

1. Per la pace di giustizia. Dopo la vittoria. Disc. (di) TURATI ... 21. XI. 1918 ... 56 p. — 2. Tra l'armistizio e la pace davanti alla resa suprema dei conti. Disc. (di) TREVES. 16 p. — 3. G. E. MODIGLIANI, Programma immediato. G. SOGLIA, Per la scuola. 31 p. — 4. Per la rappresentanza proporzionale. Disc. (di) TURATI e MODIGLIANI. 39 p. — 5. Impotenza borghese e giustizia socialista. Disc. (di) TREVES. 15 p. — 6. Chi pagherà i debiti di guerra? Disc. (di) GRAZIADEI. 24 p. — 7. Dopo il fallimento della Conferenza. Disc. (di) TURATI. 13 p. — 8. FIL. TURATI, Alla Camera che muore e al paese chi sorge. 31 p.

ENGBERG ARTH., Marx eller Lindhagen? Stockholm, Tidens förlag 1916. 40 S.

GHÈ ALEX., Lettre ouverte à P. Kropotkine. Lausanne 1916. 14 S.

GRENIER EUG., Les socialistes et la guerre. Paris, Libr. de l'Humanité 1916. 16 S.

GRUMBACH S. (HOMO), L'erreur de Zimmerwald-Kiental. Paris, Libr. de l'Humanité 1916.

— L'Allemagne annexioniste. Paris, Payot & Co. 1917; s. V a.

GUERRE, L'Ukraine et la guerre. Lettre ouverte adressée à la 2e confér. soc. intern. tenue en Hollande en Mai 1916. Lausanne, Edit. du journal soc. dém. ukrain. „Borotba" 1916. 55 S.

*GUILLAUME, s. II.

HANSSON, s. MÖLLER.

HERVÉ GUST., La patrie en danger. Recueil in extenso des articles publiés dans la Guerre sociale. Paris, Bibl. des ouvrages document 1915. t 1: 1. VII.—1. XI. 1914. 346 S.; t 2: 1. XI. 1914—1. II. 1915. 331 S.

HOLMBERG, G. H. SON, De två världarna Arbetarklassen och syndicalismen. Stockholm, Ungsocialistiska partiets förlag 1918. 128 S.

HUMBERT-DROZ JULES, Guerre à la guerre, à bas l'armée! Plaidoirie complète devant le Tribunal milit. à Neuchâtel le 26. VIII. 1916. La Chaux-de-Fonds, Edit. des Jeun. socialistes Ronnandes 1916. 47 S.

JUNIOR, La rivoluzione russa. Milano, Libr. dell'Avanti 1917.

KARADJAN GEORGES, La guerre actuelle et les socialistes. Essai historico-critique. Chaux-de-Fonds, Imprim. coopérat. 1915. 144 S.

KRUSE ALFR., Den svensk „hojforræderi"proces. Uidgivet of „Internat. Korrespondancebureau". Kobenhavn 1916. 30 S.

*KOL H. H. VAN, De komende vrede en de social-demokratie. Amsterdam, „Ontwikkeling" 1916. 38 S.

*LASKINE EDM., L'Internationale et le Pangermanisme. Paris, H. Floury 1916. IX—473 S.

LIGT B. DE, Opruiers? Het dienstweigerings-Manifest voor de Rechtbank te Utrecht verdedigt. Amsterdam, A. H. Kruyt (1916). 24 S.

LINDHAGEN CARL, Systemet Europa. Fredensmotioner vid 1915 ars Riksdag. Stockholm, Frams förlag 1915. 69 S.

LOOPUIT JOS., Lessen uit de geschiedenis van den kiesrechtstrijd. Amsterdam, „Ontwikkeling" (1916). 16 S.

MALATESTA ALB., Il proletariato e la guerra. Milano, Soc. editr. Avanti 1915. 15 S.

MICHELS ROB., Le débâcle de l'„Internationale ouvrière". (Scientia, Mai 1916, 183/199). Bologna.

MIRANDA S. R. DE, De S.D.A. P. en de economische nood der Nederlandsche Arbeiderklasse. Amsterdam, „Ontwikkeling" (1916). 16 S.

MODIGLIANI, Contro la guerra e per la vita civile. Roma, Tipogr. della Camera dei Deputati 1914. 57 S.

MÖLLER GUST. och P. ALBIN HANSSON, Stormklocke-Politiken under kritisk granskning. Stockholm, Tidens förlag 1916. 156 S.

MONDOLFI ALB., E la guerra un male necessario? Milano, Libr. dell'Avanti 1917.

MORGARI ODDINO, Per l'armistizio. Ebda 1916. 23 S.

NERMAN TURE, I fienderland. Dikter till det första världskriget. Stockholm, Tidens förlag 1916. 157 S.

*PANNEKOEK A., Uit de voorgeschiedenis van den wereldoorlog. Zutphen, Thieme & Co. (1916). 40 S.

PIRRO RAFFAELE, La guerra, il partito socialista e la scienza. Milano, Libr. dell'Avanti 1917.

POTHUIS-SMIT C., Op't spreekur. Amsterdam, „Ontwikkeling" o. J.

Propaganda Socialiste, Comité de, pour la défense nationale. Paris, Librairie de l'Humanité 1916.
Pourquoi nous détestons et pourquoi nous voulons détruire le militarisme allemand. 14 S. — Héros laiques. 15 S. — Le devoir. 12 S. — Les socialistes dans la Nation et pour la Nation. 34 S. — Le règlement. I. La paix française. II. Les garanties. 32 u. 32 S. — Alsace-Lorraine par LÉON ROSENTHAL. 31 S. — Responsabilité. C'est vous qui avez voulu la guerre! par HUBERT BOURGIN. 36 S.

*RAVESTEYN W. VAN, Wereldoorlog, mit een voorwoord van HENR. ROLAND-HOLST. Zutphen, Thieme & Co. 1916. 286 S.

SCHEFLO OLAV, Militarisme og samfunds klasserne. Uitgit av Det Norske Arbeiderparti. Kristiania, 1915. 8 S.

Socialistes des pays alliés, Le mémorandum des, adopté à la Confér. de Londres les 21, 22 et 23 III 1918. Paris, Libr. de l'Humanité 1918.

Stockholm. Publié par le Comité organisateur de la Confér. socialiste de. Stockholm, Tidens förlag 1918. 16, XXX, 542 S.

„Stormklockepolitiken", Svar på förtal. Ett genmäle till författarna av. Stockholm, Frams förlag 1917. 105 S.

STRÖM FREDRIK, Höger och väster Krisen in om Socialdemokratin. Ebda 1916. 79 S.

*TROELSTRA P. J., De Stockholmsche Conferentie. Amsterdam, Ontwikkeling 1917. 32 S.

VANDERVELDE EM., Les trois aspects de la révol. russe. Paris 1917.

WENNERSTRÖM IVAR, Wad will den socialdemokratiska vänsteen. Stockholm, Frams förlag 1916. 47 S.

Wijhe M. C. van, Socialisme tegen honger en oorlog. Amsterdam, Boos & Co. 1916. 16 S.

Zévaès Alex., La faillite de l'Internationale. Paris 1917.

Zimmerwald, La gauche de, sur la tâche actuelle de la classe ouvrière (Feuilles volantes intern. 1). Nov. 1915. 8 S.

VI.

Bibliothek d. Kommunistischen Internationale. Verl. d. Kommunist. Intern. Auslieferungsstelle f. Deutschland: Carl Hoym Nachf. L. Cahnbley, Hamburg.

1. Manifest, Richtlinien, Beschlüsse des I. Kongresses, Aufrufe u. offene Schreiben d. Exek.Komit. bis z. II. Kongr. 1920. 379 S.
2. D. kapitalist. Welt u. d. komm. Intern. Manifest d. II. Weltkongresses d. Komm. Intern. 1920. 32 S.
3. Leitsätze u. Statuten d. Komm. Intern. (Beschl. auf d. II. Weltkongreß ... Moskau, 17. VII.—7. VIII. 1920). 1920. 71 S.

Crispien Artur, D. Internationale. Vom Bund d. Kommunisten bis z. Internationale d. Weltrevolution. Berlin, Verlagsgen. Freiheit 1919. 40 S.

Internationale, D. kapitalist. Welt u. d. Komm. Intern. Manifest d. II. Kongr. d. III. Komm. Intern. Moskau 1920. 32 S.

— D. Gründung d. III. Erste Konferenz d. Komm. Intern. i. Moskau. 2.—6. III. 1919. Hrsg. v. d. Komm. Partei D.Österr. Wien, Jos. Hoym 1919. 63 S.

— Der II. Kongreß d. Komm. Wien, Volksbuchh. 1920. 203 S.

Kautsky Karl, Vergangenheit und Zukunft d. Internationale. Ebda 1920. 88 S.

Lange Mart., Was ist d. Internat. der kämpfenden Arbeiterklasse? Ebda 1921. 64 S.

Laufenberg Heinr., D. neue komm. Manifest. Moskau 1919. Mit ein. Vorwort v. Hamburg, Willaschek & Co. (1919). 16 S.

Leitsätze z. II. Kongr. d. Komm. Intern. Petrograd, Verl. d. K.J. 1920. 110 S.

— und Statuten d. Komm. Intern. Beschl. auf d. II. Kongr. 17. VII. bis 7. VIII. 1920. Ebda 1920. 32 S.

Lenins 21 Punkte. D. II. Kongr. d. III. Intern. i. Moskau. Reden u. Beschl. der Delegierten Lenin, Radek, Dr. Levi, Serrati. Publ. v. Arnd. H. Stern. Berlin, Verl. Gesellsch. u. Erziehung 1920. 39 S.

Levinsky W., La nationalité et l'état. Trad. de l'ukrainien. Lausanne, Edit du-Parti Soc.Dem. Ukrain. 1920. 105 S.

Mai, Der Erste, d. komm. Intern. o. O. u. J. (1919). 16 S.

Platten Fritz, Zimmerwald oder Sozialimperialist. Internationale. Referat a. Parteitag i. Bern, Febr. 1919. Bern, Unionsdruck. 1919. 16 S.

Radek R., Theorie u. Praxis d. 2½ Internationale. Wien, Arbeiterbuchh. 1921. 56 S.

Stein Alex., D. Problem d. Internationale. Anhang: Resol. u. Richtlinien d. II. u. III. Intern. Berlin, Verlagsgen. Freiheit 1919. 47 S.

Stoecker Walt., D. proletar. Internationale. Referat a. d. Reichskonf. d. U.S.P. a. 10. IX. 1919. Ebda 1919. 24 S.

Wiener Konferenz, D. Helden d. Mit Beiträgen v. Lenin, Trotzki, Sinowjew u. a. Hrsg. v. d. Komm. Partei Österr. Wien, Arbeiterbuchh. 1921. 47 S.

VII a.

Abel Musgrave, Auf d. Suche nach d. Demokratie. Bamberg, Germania Verl. 1914. IV—277 S.

*Almanacco socialista italiano. Milano, Società editrice „Avanti!" 1917. 256 p. — 1918. 384 p. — 1919. 408 p. — 1920. 504 p.

Arbeiterakademie, E., i. Frankfurt a. M. Denkschr. d. soz.dem. Fraktion d. Stadtverordnetenvers. Mit e. Vorw. v. H. Sinzheimer. Frankf. Uniondruck. u. Verl. 1920. 16 S.

Arbeiterbewegung, D. Wiener. D. Mitgl. d. Intern. Soz.- u. Gewerkschaftskongresses Wien 1914 gewidmet. Wien, Volksbuchh. 1914. 62 S.

Arbeiterkalender, Österreich. Hrsg. i. Auftr. d. Parteivorst. d. deutsch. Soz.Dem. i. Österreich. Wien, Volksbuchh. 1915. 208 S. — 1916. 144 S. — 1917 134 S. — 1918. 96 S. — 1919. 90 S. — 1920. 96 S. — 1921. 90 S.

Arme Konrad, Der Kalender f. d. arbeit. Volk. Hrsg. v. Landesvorst. d. soz.dem. Partei Bayern. 1914, 1915, 1916 je 18 S.

Arnheim, s. Auslandsstudien.

Aubin, s. ebda.

Auslandsstudien a. d. Universität Halle-Wittenberg. II. Reihe. Zehn öffentl. Vorträge üb. d. Ausland im Weltkrieg. Halle a. S., Max Niemeyer 1919. 1. Gustav Richard, Die Internationale 1914—1919. 49 S. — 2. Waentig Heinr., Belgien. 29 S. — 3. Daenell E., Dänemark. 39 S. — 4. Aubin Gust., Deutsch-Österreich. 59 S. — 5. Salomon Felix, England. 76 S. — 6. Günther Adolf, Frankreich. 55 S. — 7. Blok P. J., Holland. 43 S. — 8. Herre Paul, Italien. 38 S. — 9. Freytagh-Loringhoven Axel Freih. von, Rußland. 37 S. — 10. Arnheim Fritz, Schweden. 49 S.

Barnich G., La législ. et l'orgarnis. ouvrières en Belgique. Théorie et pratique. Bruxelles, Em. Rossel (1913). 669 S.

— Le régime clérical en Belgique. L'organis. des Parti cathol. La législ. sociale et les oeuvres. Préf. de P. Janson et P. Hymans. Ebda (1912). 605 S.

Bauer Otto, 8 Monate auswärtige Politik. Rede a. 19. VII. 1920. Wien, Volksbuchh. 1919. 12 S.

Blanc Sim., D. Landarbeiterverhältnisse i. Rußl. seit der Bauernbefreiung. Zürich, Rascher & Co. (1913). 226 S. (Sievekings Zürcher Volksw.-Stud. III.)

Blok s. Auslandsstudien.

Borchardt Jul., Kassandrarufe. Heraus aus Not u. Tod. Berlin, D. Firn 1919. 30 S.

Bronski, D. sozialist. Propagandist. Hrsg. v. d. soz.dem. Jugendorganis. d. Schweiz. Zürich, 1916. 32 S.

Brügel Ludw., Soz. Gesetzgebung i. Österreich 1848—1918. E. gesch. Darst. Mit e. Geleitw. v. Ferd. Hanusch. Wien, Deuticke 1919. XI—254 S.

*Bunzel Jul., D. erste Lassalle-Beweg. i. Österreich (Kult. u. Fortschr. N. F. 499). Gautzsch, Dietrich 1914. 16 S.

Cunow Heinr., D. Parteien d. großen franz. Revolution u. ihre Presse. II. erw. Ausg. d. Werks. „D. revol. Zeitungsliterat. Frankreichs währ. d. J. 1789—1794. Berlin, Buchh. Vorwärts 1920.

Drahn Ernst, Führer durch d. Schrifttum d. deutsch. Sozialdem. Berlin, Verl. f. Sozialw. 1918. 40 S.

Crispien Art., E. Abrechnung mit d. Rechtssozialisten. Rede (v.) 29. VI. 1919. Berlin, Verl. Freiheit 1919.

— U.S.P.D. trotz alledem! Rede . . . auf d. Parteitag z. Halle. Ebda 1919. 40 S.

— Programm u. Taktik d. U.S.P.D. i. ihrer geschichtl. Entwicklung. Hrsg. i. Auftr. d. Vorst. d. U.S.P.D. (1919). 86 S.

Capet Frank, Rote Offiziere!? Wien, Selbstverl. 1919. 31 S.

Daenell, s. Auslandsstudien.

Dannenberg Rob., D. Rekrutenschul. d. intern. Soz.Dem. D. sozialist. u. d. bürgerl. Jugendbeweg. i. d. J. 1910—1913. Wien, Volksbuchh. 1914. 144 S.

Deutsch Jul., Gesch. der deutsch-österr. Arbeiterbeweg. E. Skizze. Ebda 1919. 79 S.

Däumig Ernst, D. Aufbau Deutschlands u. d. Räte-System. Berlin, Verl. d. Arbeiter-Rat 1919. 37 S.

Dissmann Rob., U.S.P.D. u. Gewerkschaften. Hrsg. v. Zentr.Komit. d. U.S.P.D. Berlin 1919. 15 S.

Drescher R., Dauernd Parteikrieg od. Wiedervereinigung. Nürnberg, Fränk. Verlagsanst. 1918. 16 S.

Frank Karl, D. Fall Levi i. d. III. Internationale. Wien, Arbeiterbuchh. 1921. 15 S.

Frauen, Was wir den, zu sagen haben! Leipzig, Frankes Verl. 1921. 16 S.

Freytag-Loringhoven, s. Auslandsstudien.

Friedländer Paul, Durch d. Demokratie z. Sozialismus? E. Flugschr. a. d. revol. Arbeiter. Hrsg. v. d. K. P. D. Österr. Wien (1919). 45 S.

—, s. Tomann.

(Gothein Eberh.). D. Stadt Köln 1815—1915. Hrsg. v. d. Stadt Köln. I. Bd. I. Teil. Köln, P. Neubner 1916. X—707 S.

D. Darstellung reicht bis 1870 u. enthält zahlreiche u. wichtige Mitteilungen auch über d. soz. u. wirtschaftl. Verhältnisse, sowie über d. Entwicklung d. Arbeiterbewegung.

Graf Gg. E., Deutschland nach d. Frieden. Berlin, Verlagsgen. Freiheit (1919). 16 S.

— Freie Jugend. Jugendliche u. Erwachsene in d. prolet. Jugendbewegung. Ebda 1919. 32 S.

Günther, s. Auslandsstudien.

Hasenklever Walt., D. politische Dichter. Berlin, E. Rowohlt 1919. 36 S.

Heinz R., D. Aufgaben d. sozialist. Jugendbewegung. Wien, Verb. d. sozialist. Arbeiterjugend D. Österr. 1921. 20 S.

Humanus, Bürger-Räte? Wirre Gedanken e. Linksgläubigen. Wien, Anzengruber Verl. 1919. 29 S.

Hainfeld, 30 Jahre nach. Begrüssungsansprache a. d. inter. Proletariat. Wien, Verlag d. Föd. d. revol. Soz. „Internationale" 1919. 16 S.

Hamon Augustin, Le mouvement ouvrier en Grande-Bretagne. (Pages socialistes III.) Paris, Libr. de l'Humanité 1918. 78 S.

— D. Sozialismus in Frankreich v. 1914—1920. Wien, Verlag Neue Erde 1920. 24 S.

*Handbuch d. soz.dem. Parteitage v. 1910—1913. München, Birk & Co. 1916. XV—669 S.

(Hansen Arvid), D. norweg. Arbeiterpartei. Kristiania, Arbeidernes Aktietrykkeri 1920. 8 S.

Herre, s. Auslandstudien.

Hubmayer Hans, D. Schwarzgelb-Buch d. österr. Soz.Dem. Hrsg. i. Auftrag d. Komm. Partei Österr. Wien, Arbeiterbuchhandlung 1921. 56 S.

Isay Harry, Liberalismus u. Arbeiterfrage in Belgien 1830—1852. (Münch. volksw. Stud. 135.) Stuttgart, Cotta 1915. XVI—102 S.

Kautsky K. u. A., Annehmen od. ablehnen? D. Unabh. Soz.Dem. u. d. Frieden. Berlin, Verl. Freiheit 1919. 47 S.

Kocmata R. F., Dr. Viktor Adler u. die österr. Arbeiterbewegung. Krit. Darlegungen. Wien, Verl. Neue Erde 1920. 16 S.

Krcal Aug., Blätter aus d. Gesch. d. Arbeiterbewegung Österreichs 1867—1894. E. krit. Darlegung. Zürich, Verlag Kulturgemeinsch. Freie Generation 1913. XVI—94 S. (II. Aufl. d. 1894 erstmals ersch. Schrift; mit Geleitwort v. P. P. Ramus [Rud. Grossmann]).

Kommunisten, Die u. d. Friede. Hrsg. v. d. Komm. Partei D.Österr. Wien 1919. 32 S.

Krasny Jos., Z. II. Jahrestag d. Kommun. Revol. i. Rußland. Ebda 1918. 15 S.

Kreibich Karl, Tabor. E. Halbjahrtausend-Feier d. Kommunismus. I. Anhang: Die Reichenberger Prinzipienerklärung. Reichenberg, Volksbuchh. 1920. 20 S.

Kuusinen O. W., D. Revolut. i. Finnland. Wien, Arbeiterbuchh. 1920. 47 S.

Kommunistische Partei, Was will die? Hrsg. v. d. K. P. D.Österr. (Wien 1919.) 18 S.

Laufenberg Heinr., Arbeiterklasse u. Staatsgewalt. Hamburg, Willaschek & Co. 1919. 15 S.

Lederer Mor., Der Sintflut Ende. Betracht. u. Hoffn. i. dies. Zeit. II. Aufl. Mannheim, Verlag „D. Revolutionär" 1919. 31 S.

— D. Schrei nach Wahrheit. Meine zweite Revolutionsrede. Ebda 1916. 28 S.

Leonhard Rud., D. landwirtsch. Zustände i. Italien. (Beitr. z. staats- u. rechtsw. Fortbild. 14). Hannover' Helwegscher Verl. 1915. 61 S.

— Kampf gegen d. Waffe. Berlin, Rowohlt 1919.

Levi Paul, D. polit. Lage u. d. K. P. D. Rede auf d. Okt.Parteitage d. K. P. D. nebst d. v. Parteitag angen. Leitsätzen. Hrsg. v. d. K. P. D. Dezember 1919. 31 S.

— Unser Weg wider d. Putschismus. Mit Anh.: D. Lehren e. Putschversuchs v. K. Radek. Berlin, Seehof & Co. 1921. 56 S.

— Was ist d. Verbrechen? D. Märzaktion od. d. Kritik daran. Ebda 1921. 44 S. 21 S.

Lloyd George, D. Kampf um den engl. Boden. Aut. Übers. v. P. Halbeck. Mit Geleitw. v. Alb. v. Schwerin (Damaschkes Sozial. Zeitfragen 54/55). Berlin, Verl. Bodenreform 1914. VIII—64 S.

Löffler Heinr., D. gewerkschaftl. Separatismus d. Poln. Sozial. Partei i. Deutschland. Berlin, Generalkomm. d. Gewerksch. 1914. 27 S.

Luxemburg Rosa vor d. Frankfurter Strafkammer. Ausf. Ber. üb. d. Verhandlung, 20. II. 1914. Frankfurt a. M., Buchh. Volksstimme 1914. 16 S.

— Dasselbe, hrsg. v. d. K. P. D. (Spartakusbund). M. e. Vorw. v. Paul Levi. 1920.

Manes Alfr., Der soziale Erdteil. Studienfahrt e. Nationalök. durch Australien. (VII. veränd. Aufl. d. Werks „Ins Land d. soz. Wunder".) Berlin, Mittler & Sohn 1914. XII u. 178 S., 72 Abb. u. 1 Karte.

Manifest (d. U.S.P.D.) an d. deutsche Proletariat! Halle, 17. X. 1920. 8 S.

Markwitz-Duisburg, Rettung? Vor d. wirtsch. u. kultur. Zusammenbruch Deutschlands! E. Mahnwort i. letzt. Stunde. Mühlheim-Ruhr, Verl. f. neue Sozialwirtsch. (1919). 31 S.

Mayer Gust., D. polit. Parteien i. Belgien. (Zeitschr. f. Polit. IX, 371/406.)

Neue-Welt-Kalender, Illustr. Hamburg, Auer & Co. 1914, 1915, 1916, 1917 je 76—80 S.

Nobs Ernst, D. bürgerl. Jugendbewegung i. d. Schweiz. Zürich, Verlag d. Soz. Jugendorgan. d. Schweiz 1915. 40 S.

Pannekoek Art., D. Wilsonsche Programm. Hrsg. v. d. K. P. D. Österr. Wien 1919. 6 S.

Pannekoek Art., Weltrevolution u. komm. Taktik. Wien, Arbeiterbuchh. 1920. 50 S.

Pertz Otto, Mit Rußl. z. Aufbau u. z. Freiheit. E. Ruf a. d. deutsche Volk u. seine Arbeiter. Berlin, D. Firn 1920. 29 S.

Pfemfert Frz., Bis z. August 1914. Berlin, Wilmersdorf, D. Aktion 1918. 56 S.

Picht Werner, Toynbee Hall u. d. engl. Settlement-Bewegung. E. Beitr. z. Gesch. d. soz. Beweg. i. England. (Arch. f. Sozialw. Ergänz.Heft IX.) Tübingen, Mohr 1913. XI—217 S.

Radek K., Z. Taktik d. Kommunismus. E. Schreiben an d. Oktober-Parteitag d. K. P. D. Hrsg. i. Auftr. d. K. P. D. (Spartakusbd.). Dez. 1919. 12 S.

— u. Thalheimer Aug., Gegen d. Nationalbolschewismus. Hrsg. v. d. K. P. D. (Spartakusb.) 1920. 48 S.

Rappard E., La révolution industrielle et les origines de la protection du travail en Suisse. Berne, Staempfli & Co. 1914. VIII u. 343 S.

— Villes et campagnes en Suisse. Leur évol. pol. et écon. depuis la fin de l'ancien régime jusqu'à nos jours. Genève, A. Eggimann 1916. 39 S.

Ross Lisa, Weibl. Dienstboten u. Dienstboten-Haltung in England. (Arch. f. Sozialw. Erg.Heft VIII.) Tübingen, Mohr 1912. VIII—99 S.

Salomon, s. Auslandsstudien.

Schulz Arth., Agrartheorie u. Polit. d. deutsch. Soz.Dem. München, G. C. Steincke 1914. 64 S.

Sozialdemokratie, D. Programm d. deutschen. Vorschläge f. seine

Erneuerung. Berlin, Buchh. Vorwärts 1920. 171 S.
(Abhdl. v.: AD. BRAUN, R. VORLÄNDER, ED. BERNSTEIN, G. GRADNAUER, H. LINDEMANN, RUD. WISSELL, GUST. RADBRUCH, MAX QUARCK u. a.)

Sowjetrußland i. Gefahr! (Wien), Verl. d. Komm. Partei D.Österr. 1919. 8 S.

Spartakus, Was will? Hamburg, Willaschek & Co. (1919). 7 S.

STAMPFER FRIEDR., Verfassung, Arbeiterklasse u. Sozialism. Berlin, Buchh. Vorwärts 1919. 23 S.

STRÖBEL HEINR., D. Kriegsschuld d. Rechtssozialisten. Berlin, Verl. Freiheit 1919. 68 S.

STRUTHAN A., D. Diktatur d. Arbeiterkl. u. d. Komm. Partei. Hrsg. v. d. K. P. D. (Spartakusb.) 1919. 16 S.

TÄUBLER ALEX., E. Verteidigung d. Bolschewiki. Polit. Betracht. e. österr. Soz.Dem. i. d. russ. Kriegsgefangensch. Wien, Wilh. Müller 1919. 48 S.

— Abgeordneten- u. Bürokratenabsolutismus u. die Rätedemokratie. Wien, Selbstverl. 1919.

— D. Rechtsbildung i. d. Revolut. u. d. Mission d. Arbeiterräte. Ebda 1919. 31 S.

THALHEIMER, s. RADEK.

TOMANN KARL u. ELFRIEDE FRIEDLÄNDER, Ist Deutschösterreich reif z. Räterepublik? Wien, Verl. K. P. D.Ö. 1919. 48 S.

TERRES HENRY, Hist. d'un complot. Préf. de SEVÉRINE. Paris, Édit. Clarté 1921. 30 S.

TURATI FIL., Rifare l'Italia! Discorso (del) 26. VI. 1920. Milano, Lega naz. delle cooperative 1920. 87 S.

Ungarns, Ber. d. soz.dem. Partei, a. d. intern. Sozialistenkongr. 1914 z. Wien. Budapest (Nicht i. Buchh.). 37 S.

Vereinsleiter, D. junge. Hrsg. v. Sekret. d. soz.dem. Jugendorgan. d. Schweiz. Zürich 1916. 39 S.

*VENNERSTRÖM IVAR, Den Svenska socialismens historia I. Svenska Utopister. Stockholm, Tidens förlag 1913. 181 S.

WAENTIG, s. Auslandsstudien.

WALTER H. A., D. neuere engl. Sozialpolitik. Mit ein. Geleitw. v. LLOYD GEORGE. München, Oldenburg 1914. XXIV—179 S.

WEBB SIDNEY & BEATRICE, Le problème de l'assistiance publ. en Angleterre. Trad. de HUB. BOURGIN. (Les docum. du socialisme VII.) Paris, Rivière & Co. 1912. 80 S.

ZIETZ LUISE, Z. Frage d. Frauenerwerbsarbeit während d. Kriegs u. nachher. Hrsg. v. Parteivorst. d. soz.dem. Partei Deutschlands. Berlin, Vorwärtsbuchh. 1916. 47 S.

— Willst du arm u. unfrei bleiben? Hrsg. v. Zentralkomm. d. U.S.P.D. Berlin, Verlagsgen. Freiheit 1919. 14 S.

Zukunft, D. Jahrb. d. soz.dem. Jugendorganis. d. Schweiz 1915 bis 1916. Im Auftr. d. Zentralvorst. Zürich 1916. 80 S.

VII b.

ALKYLOS, Cäsarismus-Bolschewismus. E. zeitgem. Betracht. Berlin, Erpe Verl. o. J. 30 S.

ANTONELLI ÉTIENNE, La Russie bolchéviste. (La doctrine; les hommes; la propriété; le régime in-

dustriel; politique intérieure et polit. extér.; textes officiels.) Paris, Bern. Grasset 1918. 10e édit. 1919. 266 S.

ARSKY, Le contrôle ouvrier. o. J. 31 S.

BALLOD CARL, Sowjet-Rußland. Berlin, Verl. Genossensch. Freiheit 1920. 59 S.

BAUER OTTO, Bolschewismus oder Sozialdem.? Wien, Volksbuchh. 1920. 120 S.

BEZVABOTNY J., Les deux révolutions. o. O. J. 67 S.

— (HEINRICH WEBER), D. russ. Revolut. u. d. europ. Proletariat. Ebda 1917. 40 S.

Bolchévik, La polit. extérieure de la Russie des Sovjets. Belp-Berne. Édit. Promachos 1918. 54 S.

BRAUN M. J., Z. Geschichte d. Tätigk. d. Sowjets i. Rußland. (Komm. Bibl. 6.) Berlin, Verl. Rote Fahne 1919. IV—49 S.

— E. Jahr prolet. Diktatur. Berlin, „Junge Garde" 1919. 15 S.

— Wer soll d. Kriegsrechnung bezahlen? Z. Wirtsch. Polit. d. kapitalist. Bankrotts. Leipzig, Frankes Verl. 1920. 80 S.

BUISSON ETIENNE, Les Bolcheviki 1917—1919. Faits, documents, commentaires. Paris, Fischbacher 1919. XII—238 S.

BUCHARIN N., Programma Kommunistow (Bolschewikkow). Isdatelstwo „Kommunist". Moskwa 1918. 64 S.

— Dasselbe. Isdanie Petrogradskago Sowjeta Rabotschich i Krasnoarmenskich Deputatow. Petrograd 1919. 59 S.

— D. Progr. d. Kommunisten (Bolschewiki). Mit e. Vorw. v. K. RADEK. Übers. aus d. Russ. Zürich, Verl. Union 1918. XXVII—87 S.

BUCHARIN N., Dasselbe. (Hrsg. v. Nationalrat FRITZ PLATTEN, Zürich) o. J. 118 S.

— Dasselbe. Hrsg. von d. Komm. Partei D. Österreichs. Wien, Verl. d. Zeitschrift „Die soziale Revolution" (1918). 67 S.

BOUKHARINE N., De la dictature de l'impérialisme à la dictature du prolétariat. Genève, Edit. Universa 1918. 72 S.

— D. Klassenkampf u. d. Revol. i. Rußland. Petrograd, Verlag d. Komm. Intern. o. J. 70 S.

— u. PREOBRASCHENSKY E., D. ABC d. Kommunismus. Popul. Erläut. d. Progr. d. Komm. Partei Rußlands (Bolschewiki). Wien, Arbeiterbuchh. 1920. 2 Teile. 128 u. 179 S. I. Entwickl. u. Untergang d. Kapitalism.; II. D. Diktatur d. Proletariats u. d. Aufbau d. Kommunism.

BURZEW V. L., Seid verflucht, ihr Bolschewiki. Off. Brief. Bern, D. freie Verl. 1918. 14 S.

CAMPODONICO ALDEMIRO, La Russia dei Sovjets. (Saggio di legislazione comunista.) Firenze, Vallechi editore 1920. 371 S.

CHAVICHRILY KHARITON, Off. Brief a. d. Genossen Jean Longuet. Z. Beurteil. d. Bolschewiki nach d. russ. soz.dem. Parteipresse. Bern, D. freie Verl. 1918. 38 S.

Communists in Russia, The group of english speaking. Will you be oppressors of workers liberty. 15 S.

Congrès panrusse des Conseils de l'économie populaire, Le premier, L'oeuvre écon. de la Russie socialiste. Belp-Bern, Édit. Promachos 1918. 44 S.

Constitution (Loi fondamentale) de la Républ. Soc. fédér. des Sovjets de Russie. Genève, Imprim. des Unions ouvrières 1918. 20 S.

—, Russian Sovjet. Publ. by the People's Russian Inform. Bureau. London 1919. 17 S.

Correspondance diplomatique se rapportant aux relations entre la République Russe et les Puissances de l'Entente. Publié par le Commissariat du Peuple pour les Affaires étrangères. Moscou 1919. 51 S.

Documents secrets, Recueil, tirés des Archives de l'ancien Ministère des affaires étrangères russes. Edit. de la „Nouvelle Internationale". Genève 1918. 46 S.

— et actes, Recueil de. L'oeuvre sociale et politique du Gouvernement socialiste de Russie. Genève, Imprim. des Unions ouvrieres 1918.

* Fasc. 1. Décrets fondamentaux. 32 S.

„ 2/3. Constitution de la Républ. des Sovjets. Organisation de la Justice. 56 S.

Drahn Ernst, Brest-Litowsk. Red., Aufrufe u. Manifeste d. russ. Volkskomm. Trotzki, Lenin, Joffé, Radek u. a. Ges. u. zusammengest. v. Mit e. Nachw. d. Hrsg. Berlin, Malik Verl. 1920. 64 S.

Flegel Knut, D. wirtsch. Bedeutung d. Montanindustrie Rußlands und Polens. (Osteuropa-Institut i. Breslau III/1.) Leipzig, Teubner 1920. IX—101 S.

Gawronsky Dimitry, D. Bilanz d. russ. Bolschewismus. Auf Grund authent. Quellen dargest. Berlin, Cassirer 1919. 88 S.

Gesetzessammlung d. R. S. F. S. R., D. erste. Petrograd 1919. 48 S.

* Goldschmidt Alfons, Moskau 1920. Tagebuchblätt. Berlin, E. Rowohlt 1920. 130 S.

* — D. Wirtschaftsorganis. Sowjet-Rußlands. Ebda 1920. 307 S.

Grünberg Carl, D. Grundgesetz d. russ. Sowjet-Republik. Leipzig, Hirschfeld 1919. 28 S.

Hirschberg Max, Bolschewismus. Eine krit. Unters. üb. d. amtl. Veröffentlichungen d. Sowjet-Republik. Leipzig, Duncker & Humblot 1919. 107 S.

* Kaplun-Kagan, Russ. Wirtschaftsleben seit d. Herrschaft d. Bolschewiki. Nach russ. Zeitungen (Osteuropa-Inst. i. Breslau I/1). Leipzig, Teubner 1919. XII—266 S.

Klibanski H., D. Gesetzgeb. d. Bolschewiki. Übers. u. bearb. Ebda (I/2) 1920. XII—193 S.

Lenin N., Staat u. Revolution (Polit. Aktions-Bibl. Hrsg. Frz. Pfemfert). Berlin-Wilmersdorf, Die Aktion 1918. 117 S.

— Staat u. Revol. D. Lehre d. Marxismus v. Staat u. d. Aufgaben d. Proletariats i. d. Revol. (D. Diktatur des Proletariats). Berlin-Lichterfelde, Lichtstrahlen (Julian Borchardt) 1919. 102 S.

— The state an the revolution. Marxist teaching on the State and the task of the Proletariat in the Revolution by V. J. Ulianow (N. Lenin). Publ. by The British Soc. Party and The Soc. Lab. Press. London & Glasgow 1919. 124 S.

— E. Brief an die amerik. Arbeiter. Aus d. Russ. übers. u. hrsg. v. d. deutschen Gruppe d. Russ. Komm. (Bolschew.). Partei-Organis. Perm. Perm i. Oktob. 1918. 28 S.

— Dasselbe. Bern-Belp, Promachos Verl. 1918. II. Aufl. 16 S.

LENIN N., Lettre aux ouvriers américains. o. O. 1918, 4°. 7 S.
— D. proletar. Revol. u. d. Renegat Kautsky. Ebenda 1918. 16 S.
— Dasselbe. Hrsg. v. d. Komm. Partei D.Österreichs. Wien, Jos. Hoyer 1919. 16 S.
— D. Kampf um d. Brot. Belp-Bern, Promachos Verl. 1918. 36 S.
— La lutte pour le pain. o. O. u. J. (1918). 44 S.
— Borba sa chleb. Petrograd-Moskwa 1918. 29 S.
— D. nächsten Aufgaben d. Sowjet-Macht. Berlin-Wilmersdorf, Die Aktion 1919. 62 S.
— Dasselbe. Hrsg. v. d. Komm. Partei D.Österr. Wien, Jos. Hoyer 1919. 47 S.
— Erfolge u. Schwierigkeit. d. Sowjetmacht. Rede . . . am 13. III. 1919. Petrograd, Verl. d. Komm. Int. 1919. 39 S.
— D. Stellung d. Komm. (Bolschewiki) z. mittleren Bauerntum. Bericht auf d. 8. Kongreß d. Komm. Partei Rußlands. Mit e. Vorw. v. W. KARPINSKY u. d. Resol. d. Kongr. Moskau (Kommunist. Bibl. 1), Verl. d. Exek.Kom. d. Komm. Int. 1919. 35 S.
— D. Wahlen z. konstit. Nationalvers. u. die Diktatur d. Proletariats. Petrograd, Verl. d. Komm. Int. 1920. 45 S.
— Dasselbe. Hrsg. v. Westeurop. Sekret. d. Komm. Int. o. O. 1920. 26 S.
— D. große Anfang. Üb. d. Heroismus d. Arbeiter i. Rücken d. Armee. Anläßl. d. „kommunist. Samstage". (Komm. Bibl. 12.) Verl. d. Exek.-Kom. d. Komm. Int. 1920. 31 S.
— D. „Radikalismus" die Kinderkrankheit d. Kommunismus. Hrsg. v. Westeurop. Sekret. d. Komm. Int. Leipzig, Frankes Verl. 1920. 95 S.
LENIN N., D. Aufgaben d. komm. Jugendorganisation (Flugschr. d. Jugend-Int. 10). Hrsg. v. Exek.-Kom. d. Jug.-Int. (1920).
— D. drohende Katastrophe u. wie soll man sie bekämpfen. Übers. v. SOPHIE LIEBKNECHT. (Materialien z. Gesch. d. prolet. Revol. i. Rußland. 1.) Wien, Arbeiterbuchh. 1920. 47 S.
— Werden d. Bolschewiki d. Staatsmacht behaupten? (Ebenda 2.) 1921. 64 S.
— D. Lehren d. Revol. (Ebda 3.) 1921. 40 S.
— Z. Frage d. Diktatur. (Probl. d. prol. Revol. 5.) Wien, Arbeiterbuchh. 1921. 24 S.
— D. Weg d. Revol. I. Brief Lenins. II. Rundschreiben d. Exek.Kom. d. Komm. Int. III. Nachwort (von A. TH.). Hrsg. v. d. Komm. Partei Deutschl. (Spartakusbund). Berlin, Jan. 1920. 20 S.
— Bourgeois Democracy and the Dictatorship of the Proletariat. Publ. by the Workers' Socialist Federation. London (1919). 16 S.
— (VLADIMIR OULIANOFF), The chief Task of our times and the political forces & currents facing the Russian Revolut. Ebda (1918).
— s Views on the Revolution. Speech to the Eigth Congr. of the Russ. Comm. Party. Publ. by the People's Russian Informat.Bureau, London o. J. 4 S.
— Towards Soviets. Theses and a Letter. London, British Soc. Party (1918). 19 S.
— La tâche des représentants de la Gauche de Zimmerwald dans le

Parti socialiste russe. Edit. de la Nouv. Internationale. (Genève 1918.) 16 S.

LUNATSCHARSKI, D. Kulturaufgabe d. Arbeiterklasse. Berlin, Wilmersdorf, D. Aktion 1919. 28 S.

— Self-education of the workers. The cultural stark of the struggling proletariat. Publ. by the Workers Soc. Fed. London. 7 S.

KARPINSKY, Wie d. russ. Volk gescheit wurde. Wien, Jos. Hoyer 1919. 31 S.

KASSOWSKY WL., D. bolschewist. Regierung i. Rußland. Mit ein. Vorw. v. HERM. GREULICH. Olten, Trösch o. J.

KAUTSKY K., Nationalversammlung u. Rätevers. o. O. u. J. (Berlin 1918.) 16 S.

Kongresses, Beschlüsse des IX., d. Komm. Partei Rußlands, i. Moskau, 29. III.—4. IV. 1920. Petrograd, Verl. d. Komm. Intern. 1920. 36. S.

KOEHRER ERICH, Unter d. Herrschaft d. Bolschewismus. Berichte, Erlebn., Bilder aus d. Tagen der Räteregierung i. Baltikum. Berlin, Der Firn (1919). 44 S.

KOLPINSKA ANNA, I precursori della Rivoluzione Russa. Con un saggio su „L'anima della Russia" di NICOLA BERDIAEV e un appendice su „La Russia e il principio di nazionalità" di UMBERTO ZANOTTI-BIANCO. (La Giovine Europa. Direttore U. ZANOTTI-BIANCO.) Roma, Società editrice La Voce (1920). 275 S.

KRITZMANN, s. LARIN.

LABOUR LAWS, The, of Sowjet Russia, New York, The Russ. Sowjet Govern. Bureau 1920. 48 S.

LARIN J. u. L. KRITZMANN, Wirtschaftsleben u. wirtschaftl. Aufbau in Sowjet-Rußland 1917—1920. Berlin, A. Seehof & Co. 1921. 177 S.

LEFEAUX WALL. WALT., Winnipeg-London-Moskow. A Study of Bolshevism. Publ. by the Canadian Workers Defense League. Winnipeg, Canada 1921. 77 S.

LITWINOFF MAXIM, The bolshevic Revolution. Third & enlarged edit. With additional chapter, compiled by JOY LITWINOFF from notes left by her husband, bringing the record down to the end of 1918. London, Brit. Soc. Party 1919. 54 S.

LUTHER ARTHUR, Ein Jahr Bolschewismus. (Deutsche Revolution, hrsg. v. H. H. HOUBEN u. E. MENKE-GLÜCKERT II.) Leipzig, Klinkhardt 1919. 80 S.

MARCHAND RENÉ, Warum ich Anhänger d. soz. Revol. wurde. Petrograd, Komm. Int. 1920. 98 S.

MARCHLEWSKY F., Was ist Bolschewismus? Moskau, Exek. Kom. d. Komm. Int. 1919. 16 S.

MATHIEZ ALB., Le bolchévisme et le Jacobinisme. Paris, Libr. de l'Humanité 1920. 22 S.

MAUTHNER WILH., D. Bolschewismus. Voraussetzungen, Gesch., Theorie. Zugleich e. Unters. sein. Verhältn. z. Marxism. Stuttgart, Kohlhammer 1920. XXIII—368 S.

* MILJUTIN W. P., D. Volkswirtsch. i. Sowjet-Rußland. E. kurze Abhandl. üb. d. Verwaltungsorganis. u. d. Lage d. Industrie i. Sowjet-Rußland. Wien, Arbeiterbuchh. 1920. 36 S., 2 Tab.

— Dasselbe. Mit e. Einleit. v. SPECTATOR. Berlin, A. Seehof & Co. 1920. 47 S. u. 1 Tab. über d. nationalis. u. nichtnationalis. Unternehmungen Sowjet-Rußlands z. 1. II. 1920.

MILJUTIN W. P., Zwei Jahre ökonom. Diktatur d. Proletariats i. Rußland. Hamburg, Carl Hoym Nachf. 1920.

— La nationalisation de l'industrie. (Moscou 1918.) 24 S.

NEWSKI W. J., D. Sowjetmacht, ihre Entst. u. ihre Leistungen. Wien, Arbeiterbuchh. 1921. 39 S.

OLBERG P., Briefe aus Sowjet-Rußland. Stuttgart, Dietz 1919. 146 S.

PLATEN FRITZ, E. diplom. Notenwechsel über d. weißen u. roten Terror. D. Note d. Schweizer Gesandten E. ODIER u. d. Antw. d. Volkskommissars TSCHITSCHERIN. Zürich 1918. 8 S.

POKROWSKI M., 3 Konferenzen. Z. Vorgesch. d. Kriegs. Hrsg. v. d. Redakt. d. Russ. Korrespondenz. o. O. 1920. 72 S.

PREOBRASCHENSKY E., Z. 3. Jahrestag d. Oktober-Revol. Moskau, Verl. d. Komm. Int. 1920. 31 S.

— Dasselbe. Hamburg, Carl Hoym Nachf. 1920. 24 S.

— s. BUCHARIN.

PRICE PHILIPS, The new order in Europa and the new order in Russia. Publ. by Depart. of Soviet-Propaganda. Moscow 1918. 48 S.

— Capitalist Europe and Socialist Russia. The Brit. Soc. Party 1919. 31 S.

— The origin and growth of the Russian Sovjets. Publ. by the People's Russ. Inform. Bureau. London 1919. 24 S.

— D. Rätesystem Rußlands. Wien, Jos. Hoyer 1919. 7 S.

Programm, Das, d. Komm. Partei Rußl. (Bolschewiki). Angen. auf d. 8. Parteikongr. (18.—23. V. 1919). Leipzig, Frankes Verlag 1919. 24 S.

Programme du parti soc.dém. ouvr. de Russie (Bolchéviki). Edit. de la Revue Demain. Genève (1919). 12 S.

Programmentwurf d. Russ. Komm. Partei (Bolschewiki). Moskau, Verl. d. Russ. Nachrichten. März 1919. 31 S.

RADEK KARL, D. Entwickl. d. Sozialismus von d. Wissensch. z. Tat. Bern-Belp, Promachos-Verl. 1918. 36 S.

— Dasselbe. Hrsg. v. d. Komm. Partei D. Österreichs. Wien (1918).

— Deutschland u. Rußland. E. i. d. Moabiter Schutzhaft geschr. Artikel für „richtiggehende" Bourgeois. Hrsg. v. d. Redakt. d. Russ. Korrespondenz. Berlin (1920).

— Theorie u. Praxis d. 2½ Internationale. Verl. d. Komm. Int. Auslieferungsstelle: Carl Hoym Nachf., Hamburg 1921. 56 S.

— La situation internationale et la politique entérieure du Pouvoir des Sovjets. Discours pronoucé le 3 IX 1918 ... à Moscou. Genève, Imprim. des Unions ouvr. (1918).

RANSOME ARTH., Six semaines en Russie. Trad. par A. PIERRE. Paris, Edit. de l'Humanité 1919. 185 S.

— 6 Wochen i. Rußland. Hrsg. v. d. Red. d. Russ. Korrespondenz 1920. 112 S.

RED PAPER on executions and atrocity committed in Russia by Czecho-Slovaks & Russ. Counter-Revolutionaires assisted by the Allies. Publ. by the People's Russ. Inform.-Bur. London 1918. 15 S.

Révolution russe, Salut à la, ROMAIN ROLLAND, P.-J. JOUVE, MARCEL MARTINET, HENRI GUILBEAUX, FRANS MASEREEL. Genève,

Edit. de la revue Demain 1917. 31 S.

ROSENBERG, Rittmeister v., D. Bildung russ. Nationalformationen an d. balt. Front. Hrsg. v. d. Red. d. Russ. Korresp. 1920. 31 S.

Russia socialista, La. Decreti promulgati dal governo rivoluzionario del popolo. Vol. 1. Stoccolma, Commissione Soc. Internaz. 1918. 23 S.

RYKOW u. TROTZKI, D. Wirtsch. i. Sowjet-Rußl. u. Westeuropa. Zusammenbruch und Wiederaufbau. Berlin, A. Seehof & Co. 1920.

Russie socialiste, Pour la. Recueil d'articles: RENÉ MARCHAND, E. PRÉOBRAJENSKY, Z. Bern, Unionsdruckerei 1918. 26 S.

Russischen Korrespondenz, Kleine Bibliothek der. Berlin, Auslieferungsstelle A. Seehof & Co. Seit 1920.

1. A. SCHLAPNIKOW, D. russ. Gewerkschaften. 38 S. — 2. K. RADEK, Programm d. sozialist. Wiederaufbaues. 46 S. — 3/4. D. Beschlüsse des IX. Kongresses d. komm. Partei Rußlands (Moskau 29. III.—4. IV. 1920). 71 S. — 5. L. TROTZKI, Sowjetrußland u. d. bürgerl. Polen. Rede am 10. V. 1920. 24 S. — 6. N. A. GREDESKUL, Befreite Arbeit. Z. Problem d. Arbeitsdisziplin. 38 S. — 7/10. A. LOSOWSKI, D. Gewerkschaften i. Sowjetrußland. 111 S. — 11. ROB. WILLIAMS, Churchill als Verschwörer; Golowins Memorandum an Sasonow. Mit Einführung u. Kommentar von. 15 S. — 12. A. BOGDANOW, Was ist proletarische Dichtung? 31 S. — 13/14. N. LENIN, Erfolge und Schwierigkeiten d. Sowjetmacht. Rede am 13. III. 1919. 63 S. — 15/16. L. TROTZKI, D. Arbeiterklasse u. ihre Sowjetpolitik. 54 S. — 17. D. Tätigkeit d. altruss. Metallarbeiterverbandes in d. J. 1917—1920. 40 S. — 18. D. Probl. d. Sowjet-Ukraine. (LENINS, Brief an d. Arb. u. Bauern d. Ukraine; CH. BACOWSKI, D. Beziehungen zwischen d. Sowjetrepubliken; MICH. PAWLOWITSCH, D. Ukraine als Objekt d. internat. Gegenrevolution.) 47 S. — 19/21. N. BUCHARIN, D. Klassenkampf u. d. Revol. i. Rußland. 104 S. — 22. D. Verfassung (d. Grundgesetz d. russ. soz.föder. Sowjetrepublik). 32 S. — 23/24. Drei Kundgebungen aus d. J. 1918. (LENIN, Ein Brief an d. amerik. Arbeiter; E. diplom. Notenwechsel üb. d. weißen u. roten Terror; Offener Brief an ... Woodrow Wilson.) 62 S. — 25. LENIN, An d. russ. Jugend. 32 S. — 26. W. POSNER, D. Einheits-Arbeits-Schule. 32 S. — 27/28. A. ANIKST, Organisation d. Arbeitsmarkts i. d. ersten 2 Jahren d. Sowjetherrschaft. — 29/30. CH. RAKOWSKI, D. Seele d. Sieges; G. SINOWJEW, D. Sowjetmacht u. d. Offiziersstand. — 31/32. K. RADEK, D. dritte Jahr d. Kampfs d. Sowjetrepubl. gegen d. Weltkapital. — 34/35. LENIN, D. auswärt. u. innere Polit. Sowjetrußlands. 55 S. — 36/37. J. STEPANOW, Über ausländische Konzessionen. 71 S.

SINOWJEW G., Brennende Tagesfragen d. internation. Arbeiterbewegung. Petrograd, Verl. d. Komm. Internationale 1920. 107 S.

— Dasselbe. Ebenda 1920. 123 S.

SINOWJEW G., Heer u. Volk, Sowjetmacht u. Offizierstand. Vortrag, geh. im Okt. 1919. Ebenda 1920. 39 S.
— Bericht d. Exekut.Kom. d. Komm. Intern. Ebda 1920. 99 S.
— Was die Komm. Internat. bisher war u. was sie nun werden muß. Ebda 1920. 24 S.
— Vom Werdegang unserer Partei. Vortrag. Verl. d. Komm. Internat. In Komm. bei Carl Hoym Nachf., Hamburg 1920. 32 S.
— Der II. Kongreß d. Komm. Internationale. Bericht i. d. Sitzung d. Petrograder Sowjets am 20. VIII. 1920. Ebda 1920. 21 S.
SMILG-BENARIO MICH., E. Jahr im Dienst d. russ. Sowjet-Rußl. Berlin, D. Firn 1920. 77 S.
Sowjet Russia, A year in. Publ. by the People's Russ. Inform.Bur. London 1919. 16 S.
Sowjet-Rußland u. Polen. Reden v. KAMENEW, LENIN, TROTZKI, MARCHLEWSKI, RADEK u. MARTOW. Hrsg. v. d. Red. d. Russ. Korresp. 1920. 38 S.
TOBLER-CHRISTINGER MINNA, D. Probleme d. Bolschewismus. Berlin-Wilmersdorf, D. Aktion 1919. 31 S.
TSCHITSCHERINS, Offener Brief . . ., an . . . Wilson. Berlin, A. Hoffmanns Verl. (1918). 12 S.
— Der Friede von Versailles. Hamburg, Willaschek & Co. 1919. 24 S.
— E. diplomat. Notenwechsel üb. d. weißen u. roten Terror.
Verfassung d. Russ. Soz. Föder.-Räte-Republik, Die. Von ARNOLD STRUTHAN (K. RADEK). Zürich, Union 1918. 45 S. (Davon Einleitung S. 3—23.)
— Dasselbe (bloßer Ges. Text). Berlin-Wilmersdorf, Die Aktion (1918). 22 S.
Verfassung. Dasselbe. (Mit Einleitung.) Hrsg. v. d. Kommun. Partei D.Österr. (Wien 1918). 38 S.
Verschwörung, Die Deutsch-bolschewist. 70 Dokumente üb. d. Beziehungen d. Bolschewiki z. deutsch. Heeresleitung, Großindustrie u. Finanz. Bern, D. freie Verlag 1919. 123 S.
WALTER E., Marxismus od. Bolschewismus. Olten, Trösch 1919. 62 S.
WANINE J., Contributions à l'histoire et à la technique d'une révolut. prolétarienne. Genève, Impr. des Unions ouvr. 1918. 37 S.
WEBER HEINR., s. BAUER.
ZANGWILL ISRAEL, Hände weg von Rußland. Rede am 8. II. 1919. Hrsg. v. d. Red. d. Russ. Korresp. 1920. 14 S.
TROTZKI L., Wath is a peace program? (Russ. revol. pamphlets.) Petrograd, Febr. 1918. 24 S.
— D. Sowjetmacht u. d. intern. Imperialismus. Vorlesung geh. am 21. IV. 1918 i. Moskau. Bern-Belp, Promachos Verl. 1918. 48 S.
— Von d. Oktober-Revolution bis z. Brester Friedensvertrag. Ebenda 1918. 120 S.
— Dasselbe. Autor. Übers. v. Prof. Dr. JACOB WITTMER-HARTMAN, Chicago, Verl. d. deutsch. Sprachgruppe d. Socialist Party of the U.St. 1919. 127 S.
— De la révolution d'Octobre à la paix de Brest-Litowsk. Genève, Edit. de la Revue Demain 1918. 158 S.
— Arbeit, Disziplin u. Ordnung werd. d. sozial. Sowjet-Republik retten! Vortrag . . . a. 28. III. 1918. Basel, Verl. d. Arbeiterbundes Basel 1918. 27 S.

Trotzki L., Dasselbe. Hrsg.v.d.Komm. Partei D.Österr. Wien 1919. 31 S.

— Terrorismus und Kommunismus. Antl-Kautsky. Petrograd, Verl. d. Komm. Intern. 1920. X u. 166 S.

Trotzki L., Dasselbe. Wien, Arbeiterbuchh. 1920. X—166 S.

— Krasnaja Armija. Moskwa 1918. 32 S.

VII c.

Anlauf K., D. Revol. i. Niedersachs. Geschichtl. Darst. u. Erlebnisse. Hannover, Gebr. Jänecke 1919. 155 S.

Barth Emil, Aus d. Werkstatt d. deutsch. Revol. Berlin, A. Hoffmanns Verl. 1919. 158 S.

Belagerungszustand u. Standrecht. 3 Reden nach dem amtl. stenogr. Ber. d. Preuß. Landesverf. aus d. Deb. über. v. Adolph Hoffmann u. Obuch. Ebda 1919.

Bernstein Richl., D. Kapp-Putsch u. seine Lehren. (Revol.Bibl 20.) Berlin-Fichtenau, Verl.Gesellsch. u. Erziehung 1920. 14 S.

Blutbad vor d. Reichstag, 13. I. 1920. D. Wahrheit üb. das. Berlin, Verlagsgen. Freiheit (1920). 16 S.

Brüssel, D. Revol. in. Bericht d. Vollzugsausschusses des Zentral-Sold.-Rates i. Brüssel. Neukölln, A. Siegmund 1919. 32 S.

Brammer Karl, D. Gesicht d. Reakt. 1918 - 1919. Berlin, D. Firn (1920). 28 S.

*Drahn Ernt u. Leonhard Susanne, Unterirdische Literatur i. revol. Deutschland währ. d. Weltkriegs. Berlin-Fichtenau, Verl.Gesellsch. u. Erziehung 1920. 200 S.

Eichhorn Emil, Meine Tätigkeit i. Berliner Polizeipräsidium u. mein Anteil an d. Januarereignissen. Berlin, Verl. Freiheit 1919. 102 S.

Glock Karl & Sohn, D. Prozesse d. Geiselmordes i. Luitpold-Gymnasium i. München vor d. Volksgericht. Einz. m. Unterstützung d. Behörde reich illustr. Ausg. Verf. u. hrsg. v. München 1919. 224 S.

Grossmann Stef., D. Hochverräter Ernst Toller. D. Gesch. e. Prozess. Verteidig.Rede v. Hugo Haase. Berlin, F. Rowohlt 1919. 36 S.

Gewaltherrschaft u. Spitzelpolit. d. „sozialist. Regierung". Amtl. sten. Ber. d. Nat.Vers. üb. d. Reden v. Louise Zietz, Wilh. Bock, Otto Brass. Leipziger Buchdr.-Akt.Ges. 1919. 31 S.

Haases Anklagerede i. d. Nat.Vers. i. Weimar . . . 26. VII. 1919. Berlin, Verlagsgen. Freiheit (1919). 22 S.

Heilmann Ernst, D. Noskelegende. Berlin, Buchh. Vorwärts (1920). 24 S.

Holtz, s. Stössinger.

Kliche Jos., 4 Monate Revolut. i. Wilhelmshaven. Rüstringen, P. Hug & Co. 1919. 32 S.

Laufenberg Heinr., D. Hamburger Revol. Hamburg, Willaschek & Co. (1919). 32 S.

*Leonhard, s. Drahn.

Levi Paul, D. Weltlage u. d. deutsche Revolut. Rede geh. auf d. 4. Parteitag d. K. P. D. a. 14. IV. 1920. Parteiverl. 1920. 24 S.

Lewinsohn Ludw., Vorsitz. d. Sold.-Rats d. IV. Armee, D. Revol. an der Westfront. Charlottenburg, Mundus-Verl. (1919). 71 S.

Ledebour v. d. Geschworenen. Seine Verteidig.Rede — eine Anklage geg. d. Regierung Ebert-Scheidemann. Berlin, Verlagsgen. Freiheit 1919. 48 S.

— Prozeß, Der. Gesamtdarst. d. Proz. geg. Ledebour wegen Aufruhr etc. vor d. Geschworenengericht. Berlin-Mitte v. 19. V.—23. VI. 1919 auf Grund d. amtl. Stenogr. bearb. u. mit e. Vorw. versehen v. Georg Ledebour. Ebda 1919. 831 S.

Menke-Glückert E., D. November-Revol. 1918. (Deutsche Revolut. hrsg. von Houben u. Menke-Glückert I.) Leipzig, Klinkhard 1919. 148 S.

Möckel Karl, D. deutsche Bürgert. u. d. Revolut. Leipzig, Neue Geistverl. (1919). 72 S.

Münchener Tragödie, D. Entstehn., Verlauf u. Zusammenbruch d. Räterepublik München. Berlin, Verlagsgen. Freiheit 1919. 62 S.

Neumann Paul, Hamburg unter d. Regier. d. Arbeiter- u. Sold.Rats. Tätigk.Ber. erstatt. i. Auftr. der Exekutive d. Arb Rats Groß-Hamburg. Enthalt.: Auszüge aus d. stenogr. Prot., Verordn. u. Bekanntmachung. nebst Abbild. Hamburg Auer & Co. 1919. V—143 S.

Pribilla Max S. J., Wirkungen u. Lehren d. Revol. Freiburg i. B., Herder 1920. 32 S.

Purlitz Friedr., Deutsch. Geschichtskalend. Sachl. geordn. Zusammenstell. d. wichtigsten Vorgänge i. In- u. Auslande. D. europ. Krieg i. aktenmäß. Darstellung. Ergänzungsband: D. deutsche Revolut. Nov. 1918—Febr. 1919. Leipzig, Felix Meiner 1919. 678 S.

Putsche, D. Berliner. Standrecht u. Belagerungszustand. D. Berat. d. verfassunggebend. Preuß. Landesvers. üb. d. Antrag Ad. Hoffmann u. Gen. auf Aufheb. d. Belagerungszustand. Berlin, Buchh. Vorwärts 1919. 186 S.

Quarck Max, Von d. Friedensresolution bis z. Revol. E. Jahr Revolutionszeit i. Reichstag. Frankfurt a. M., Uniondruck. u. Verlagsanst. 1918. 89 S.

Revolution, D. deutsche. Arbeiter-Gedenkschrift über d. Verlauf d. ersten Revol.Jahrs 1918/19. Berlin, Verlagsgen. Freiheit (1919). 47 S.

Runkel Ferd., D. deutsche Revol. E. Beitrag z. Zeitgesch. Leipzig, Wilh. Grunow 1919. VII—232 S.

Schäfer Heinr., Tagebuchblätter e. rhein. Sozialisten. Bonn, Markus & Weber 1919. 157 S.

Scheidemann, s. unter II.

Scheiding Ernst, D. erste Jahr d. deutsch. Revolut. (Bis z. Ratifiz. d. Friedensvertr. am 10. I. 1920.) Leipzig, Fel. Meiner 1920. 90 S.

Schneider Fritz, Klassenjustiz. Chronolog. Gegenüberstellung v. Gerichtsurteilen geg. Revolutionäre u. Reaktionäre. Berlin, Verlagsgen. Freiheit 1920. 20 S.

Smilg-Benario M., 3 Wochen Münch. Räterepublik. Berlin, Verlag d. Kulturliga 1919. 30 S.

Sollmann W., D. Revolut. i. Köln. Verl. d. „Rhein. Zeitung“ Gilsbach & Co. 1918. 20 S.

Spartacus-Briefe. Neudruck. Hrsg. v. d. Komm. Partei Deutschlands (Spartacusbund). Berlin 1920. IV u. 194 S.

Sternheim C., D. deutsche Revolut. Berlin-Wilmersdorf, Die Aktion (Frz. Pfemfert) 1919. 24 S.

Stössinger Fel. u. Holtz K., D. System Noske. Berlin, Verlagsgen. Freiheit 1920. 71 S.

Straßenkämpfe, D. Wahrheit üb. d. Berliner. Ebda 1919. 47 S.

Ströbel Heinr., D. deutsche Revol., ihr Unglück u. ihre Rettung. Hrsg. v. „Aufbau u. Werden", Gesellsch. f. prakt. Volksaufkl. u. Steig. d. nat. Arbeitskraft. Berlin, D. Firn 1920. 243 S.

Struthan Arn., D. Entwicklung d. deutschen Revol. u. d. Aufgaben d. Komm. Partei. Hrsg. v. d. Zentrale d. K. P. D. Stuttgart-Degerloch, Verl. Spartacus 1919. 64 S.

Szende Paul, D. Krise d. mitteleurop. Revolution. Ein massenpsycholog. Versuch. Tübingen, Mohr 1920. 41 S.

Werner P., D. Bayrische Räterepublik. Tatsachen u Kritik. Leipzig, Frankes Verl. (1919). 68 S.

Werner P., Dasselbe. (Verm. um e. Vorwort S. 7/14; ferner um e. Anhang: Aus der Scheinräterepublik; Die Haltung d. K. P. D.; Unt. d. Diktatur d. Proletariats; Aufruf der Zentrale d. K. P. D. S. 128/129.) Petrograd, Verl. d. Komm. Int. 1920. 195 S.

Wieser Friedr., Österreichs Ende. Berlin, Ullstein & Co. 1920. 318 S.

Winnig Aug., Volkspolitik u. Parteipolitik. (Nach ein. Vortrag i. d. Berl. Gesellsch. Aufbau u. Werden.) Sonderheft v. „D. Firn". Berlin 1921.

Zusammenbruch, D., d. Kriegspolitik u. d. Novemberrevolution. Beobachtungen u. Betrachtungen e. ehemal. Feldsoldaten. Berlin, Verlagsgen. Freiheit 1919. 29 S

VII d.

Eisele Hans, Bilder aus d. komm. Ungarn. Innsbruck, Verlagsanst. Tyrolia 1920. 131 S.

Frost Ludwig, Ungarn nach dem Bolschewismus. München, E. Reinhardt 1920. 29 S.

Hajnal Eugen, D. Fall der Frau Hamburger. o. O. u. J. 52 S.

Halmi Jos, D. schwarze Buch von Kecskemét. o. O. u. J.

Koloszvary Blasius (Béla Kun), Von Revolution zu Revol. Wien, Verl. Neue Erde 1920. 55 S.

Kun Béla, Revolutionary Essays. (Intern. Soc. Libr. 15.) London, Brit. Soc. Party (1919).

— s. Koloszvary.

Kreybig Karl, D. Entstehung der Räterepubl. Ungarn. Berlin, Verl. D. Arbeiterrat 1919. 40 S.

László Rudas, A szakadás okmányia. Adalékok a magyarországi proletárdiktatura bukásához (Dokumente d. Bruches. Beiträge z. Sturz d. prolet. Diktatur). Wien, Kiadja a kommunisták németansztriai partja 1920. 74 S.

Pogány Jos., D. weiße Terror in Ungarn. Wien, Verl. Neue Erde 1920. 192 S.

Rákos Franz (Präs. d. Budapester Revol.tribunals u. Chef d. Kriminalwesens während d. Räteregierung in Ungarn). Revolutionäre Gerichtsbarkeit. Wien, Arbeiterbuchh. 1920. 45 S.

Schwartz Richard, Gegen Blutvergießen u. Todesstrafe. E. prinzip. sozialist. Stellungnahme während d. Frühkommunismus i. Ungarn. Wien, Verl. Neue Erde 1919.

Szántó Béla, Klassenkämpfe u. d. Diktatur d. Proletariats i. Ungarn. Mit e. Vorw. v. Karl Radek. Ebda 1920. 100 S.

— Dasselbe. Petrograd, Verlag der Komm. Intern. 1920. 110 S.

Varga Eugen (Gewes. Volkskomm. u. Präs. d. obersten Wirtschaftsrats d. Ungar. Räterep.), D. wirtschaftspolit. Probleme d. proletar. Diktatur. Wien, Verl. Neue Erde 1920. 138 S.

— Dasselbe. II. Aufl. Ebda (Arbeiterbuchh.) 1921.

Tanásköztársasági törvénytár szerkeszti Pongrácz Jenő (Gesetzsamml. d. Räterepublik, redig. von Eug. Pongrácz). Budapest, Sozial. Parteibuchh. 1919. 6 Hefte.

Heft 1—4: D. Verordnungen der revolut.regierenden Rates u. d. Volkskommissare: 21. III.—9. IV. 1919. 133 S.; 10. IV.—30. IV. 1919. 255 S.; 1. V.—21. V. 1919. 214 S.; 22. V.—9. VI. 1919. 228 S.

Heft 5. D. Verfassung d. ungar. sozialist. föderativ. Räterepublik. D. Verordnung. d. revol.reg. Rats u. d. Volkskomm. 10. VI.—30. VI. 1919. 159 S.

Heft 6. Inhaltsverzeichn. u. alphab. Register zu Heft 1—3. 44 S.

Ungarn, D. schwarze Buch d. weißen. Hrsg. v. Exek.Komitee d. Komm. Jugendintern. Berlin, Verl. Junge Garde 1920. 20 S.

Volksblatt. Landwirtsch. Wochenschrift f. d. Landvolk. Budapest. Nr. 12—22: 30. III.—10. VI. 1919. — Enthält Verordnungen d. Räteregierung.

Volkskommissariats für Unterrichtswesen, Verlag des. Budapest 1919:

Faragó Nikolaus, Wer ist Proletarier? 16 S.

Hevesi Julius, D. technische und wirtschaftliche Notwendigkeit d. komm. Weltrevolution. 28 S.

— Dasselbe. Verl. d. Komm. Partei D.Österreichs. Wien 1919. 31 S.

Kirchenschändung, Die Lüge v. der. Religion u. Kommunismus. 8 S.

Kommunistischen Internationale, Manifest der. 14 S.

Programmentwurf d. Russischen Kommunist. Partei (Bolschewiki). ... im März 1919. 31 S.

Proletarierdiktatur, Was haben wir von der, zu erwarten? 8 S.

Republik, Parlamentarische, oder Räterepublik? 16 S.

Révai Josef, Revolution der Bourgeoisie. Proletarier-Revolution. 7 S.

Revolution, Was hat die, gebracht? 31 S.

Schule, Die alte und die neue. D. Befreiung der Volkserziehung u. d. kommunist. Arbeits- u. Spielgemeinsamkeit in der Kindererziehung. 11 S.

Sklavenhalter, Das Land der. Sozialisierung d. Zinshäuser. 20 S.

Zinowjew G. u. Radek Karl, Mit mond a III. Internacionále a magyarországi proletárforradalomról. ... Az utóhangot Kun Béla. (Was sagt d. III. Intern. üb. d. ungar. Proletarierrevol.? Mit e. Nachwort v. B. Kun.) Wien, Verl. d. D.Österr. Komm. Partei 1920. 48 S.

Verlag von W. Kohlhammer in Stuttgart, Berlin und Leipzig.

Der Bolschewismus

Voraussetzungen, Geschichte, Theorie.

Zugleich eine Untersuchung seines Verhältnisses zum Marxismus.

Von

Wilhelm Mautner.

Doktor der Staatswissenschaften.

XXIV und 368 Seiten. Geheftet Mark 36.— Gebunden Mark 42.—

Das Problem des Bolschewismus ist ein brennendes geworden und in aller Welt Mund. Daher muss es nicht nur dem Wissenschaftler sondern überhaupt jedem Ernststrebenden erwünscht sein, Klarheit über sein Wesen zu erhalten. In vorliegendem Buch ist mit ungewöhnlicher Reife des Urteils ein grundlegendes Werk geschaffen, das auf der ganzen erreichbaren Literatur fusst und das Problem von allen Seiten mit tiefer Gründlichkeit und zugleich innerer Anteilnahme behandelt und daher immer massgebend bleiben wird. In seinen Ausführungen stützt sich der Verfasser auf das der Bewegung selbst entstammende Schrifttum. Nach kurzer Erörterung der geistigen und wirtschaftlichen Voraussetzungen folgt eine Darstellung der Geschichte der russischen revolutionären und insbesondere der Arbeiterbewegung, vor allem auch der bolschewistischen Partei seit ihren Anfängen. Ein Hauptverdienst der Arbeit liegt in der überaus eindringlichen und scharfsinnigen Untersuchung des Verhältnisses zwischen dem Bolschewismus und dem Marxismus. An diesen Kernpunkt der Arbeit, die Auseinandersetzung mit Lenin und anderen Verfechtern des Bolschewismus über deren Verhältnis zur Lehre von Karl Marx, schliesst sich eine ausgezeichnete Darstellung des Rätegedankens und -systems, ferner des Verhältnisses von Syndikalismus und Anarchismus zum Bolschewismus, sowie das Wirtschaftsprogramm des letzteren an. Der letzte Abschnitt bringt eine Würdigung des Bolschewismus als der „neuen Heilslehre“ und eine Darlegung, welche Lehren als Ergebnis der Untersuchung für unser deutsches Vaterland gezogen werden sollten. So darf von diesem Buch wohl behauptet werden, dass es, ernstem Ringen um Wahrheit entsprungen, ausserordentlich zur Klärung der heute umstrittenen Fragen beitragen wird.

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen.

Verhüllung und Enthüllung.

Der Kampf der Ideologien in der Geschichte.

Von

Paul Szende (Wien).

Inhaltsübersicht: Vorbemerkung S. 185. I. Grundlegende Bemerkungen S. 187. II. Ideologien und Gesellschaftsordnung S. 193. III. Die Verhüllung: 1. Ihre Psychologie S. 208; 2. Ihre Logik S. 220; 3. Ihre Technik S. 236; 4. Organisation der Verhüllung S. 248. IV. Die Enthüllung S. 248. V. Die Dialektik der Verhüllung und Enthüllung S. 260.

Vorbemerkung.

Mißt man die Bedeutung eines Zeitalters an dem Umfange und an der Tiefe der Umwälzungen, die sich in seinem Verlaufe ergeben, so kann mit Fug behauptet werden, daß wir in großer Zeit leben. Die Ereignisse des Weltkrieges haben sich in allen Erdteilen abgespielt und fast die ganze Menschheit in Mitleidenschaft gezogen. Gleich gigantisch sind die Änderungen im Gefolge dieses Krieges, deren Reihe noch nicht abgeschlossen ist. Revolution und Gegenrevolution, Aufkommen neuer und Niedergang alter historischer Kräfte, erbitterter Kampf werdender und vergehender Gesellschaftsordnungen und Wirtschaftssysteme, der Krieg aller gegen alle ziehen kaleidoskopartig an uns vorüber. Eine durchgreifende Umwertung aller Werte ergänzt oder verwirrt vielmehr das sich uns mit unwiderstehlicher Kraft aufdrängende Schauspiel. Die Erinnerung an die unnütz hingeschlachteten Menschenmillionen erfüllt die Seele mit Empörung und Trauer. Die Leiden und Entbehrungen des Alltagslebens, der Kampf um das tägliche Brot macht die Menschen mühselig und beladen. Dem Erforscher der geschichtlichen und soziologischen Tendenzen aber offenbart sich eine solche Fülle von Tatsachen und Argumenten, daß er trotz der Hekatomben des Krieges, trotz alles Leides der Gegenwart mit Ulrich von Hutten ausrufen mag: O Jahrhundert, es ist eine Lust zu leben!

Hermann Keyserling behauptet in seinem vielgelesenen „Reisetagebuch eines Philosophen", das Verhalten der Menschen in Ausnahmesituationen und Revolutionen sei bedeutungslos,

„man lebe nur an der Oberfläche". Alle jetzigen Geschehnisse beweisen die Irrigkeit dieser Ansicht. Es ist der wesentliche Zug jeder Revolutions- und Krisenperiode, daß die gesellschaftlichen Triebkräfte, die in weniger bewegten Zeitaltern verschleiert, entstellt, übertüncht sind, ungestüm aus der Tiefe an die Oberfläche dringen, sich der menschlichen Erkenntnis in unverfälschter Gestalt darbieten. Jede Revolution ist die Apokalypse des Unbewußten, der wirklichen, bisher gar nicht oder andersartig erkannten Agentien des Geschehens. Die potentiellen Energien der Gesellschaft — seit unvordenklichen Zeiten aufgespeichert — entladen sich in grandiosem Emporschießen, Neues schaffend, Altes zerstörend. Der Gang der Weltenuhr ist beschleunigt. Ein gigantischer Film zeigt dem geschärften Auge das biogenetische Gesetz der Geschichte; jedes Entwicklungsstadium der menschlichen Gesellschaft wird in blitzesschnellem Aufleuchten uns vorgeführt.

Was als überlegene Wahrheit und geheiligtes Symbol galt, brach zusammen. Man erlebte einen Massentod von Schlagworten. Eine riesenhafte Demaskierung der ganzen Menschheit fand statt. Jede Nation, jede Partei wurde gewogen und zu leicht befunden.

Die Vulkanausbrüche bieten die beste Gelegenheit, die Gesetze der Geologie zu studieren; die Phänomene der Luftelektrizität werden besonders deutlich, wenn sich ein schweres Gewitter entlädt. Keine Zeit war geeigneter, die Tendenzen der geschichtlichen Entwicklung zu erforschen, als unsere Zusammenbruchs- und Revolutionsperiode.

Unserer Generation ist es gegeben, die größten Umwälzungen aus unmittelbarer Nähe zu beobachten. Wie sehnsüchtig warten die Astronomen auf das Jahr 1924, in dem der Mars in die Erdennähe rückt, um die Frage zu entscheiden, ob der Planet von menschenähnlichen Wesen bewohnt wird. Wir sind in günstigerer Lage, wir brauchen nicht zu warten, wir erhalten vorbildlichen Anschauungsunterricht in Geschichte und Soziologie. Es wäre undankbar gegen das Schicksal, diese Gelegenheit vorübergehen zu lassen. So berücksichtigt auch die nachfolgende Untersuchung die Lehren und Erfahrungen der letzten Jahre. Manche dunkle Ahnung, mehr intuitives Erkennen als selbst-

gewisses Wissen war schon früher vorhanden. Doch fehlten der Zusammenhang und das verbindende Prinzip zwischen den scheinbar heterogenen Begebenheiten. Nun drängen sie sich dem Beobachter auf und haben diese Arbeit gezeitigt. Sie ist nicht so ausführlich gestaltet, wie ich es gewünscht hätte. Raumrücksichten zwangen mich, bei sehr vielen Problemen mich mit kurzen Hinweisen zu begnügen und ein ganzes Kapitel über die psychologische Behandlung des historischen Materialismus mußte vorläufig ausgeschieden werden.

I. Grundlegende Bemerkungen.

Geschichte und geschichtliche Tat. Geschichte ist ein Zusammenhang von Massenbewegungen und -Betätigungen, die ihrerseits Verdichtungen und Synthesen der Willenshandlungen einzelner Individuen sind. Die Willenshandlungen resultieren aus komplizierten Lebensprozessen und werden durch mehrfache Einwirkungsreihen hervorgerufen. Diese Einwirkungen entstammen teils der äußeren Natur — die Mitmenschen inbegriffen —, teils werden sie durch die eigenen Bedürfnisse und durch die psychischen Reaktionen auf äußere Einwirkungen veranlaßt. Sowohl die äußeren wie die inneren Einwirkungen sind uns durch Bewußtseinsinhalte gegeben und lösen durch die auf Verwirklichung gerichtete Aktivität des Bewußtseins die Willenshandlung aus. Die Änderungen, welche die Handlungen im Zustande des Handelnden und in der Außenwelt hervorbringen, machen die Geschichte im objektiven Sinne aus. Obzwar jede menschliche Handlung eine geschichtliche Tatsache ist, beschäftigt sich die Geschichtswissenschaft vornehmlich mit zu Massenbewegungen verdichteten Einzelhandlungen.

Erkennen und Wissen. Die erste Voraussetzung jeder Handlung und daher auch jeder geschichtlichen Betätigung ist das Erkennen der Tatsachen, die in bezug auf die Handlung von Bedeutung sind. Das Wissen ist akkumulierte Erkenntnis dieser Tatsachen.

Das Wissen von der Vergangenheit läßt Lehren ziehen, Ziele setzen, bewahrt vor Fehlern, orientiert. Gleich wichtig ist die Kenntnis der Gegenwart (relativer Begriff, gestern ist schon Ver-

gangenheit). Das Wissen um die Zukunft, mehr Voraussage und Ahnung, als Gewißheit, baut sich auf dem Wissen von Vergangenheit und Gegenwart auf. Mit seiner Hilfe trachten wir festzustellen, wie bestimmte Willenshandlungen und Massenbetätigungen unter bestimmten Bedingungen wirken, wobei es sich in erster Reihe um die Richtung, die Tendenz, um gewisse Regelmäßigkeiten handelt. Ohne Erkenntnis keine geschichtliche Tat. „Auch die Idee wird zur Gewalt, wenn sie die Massen ergreift." (MARX.)

Schon jetzt sei betont, daß die Bewußtseinsinhalte, wenn durch das Denken verarbeitet, stets mehrfache Deutung zulassen. In der Geschichtserkenntnis spielen unmittelbare Beobachtungen und Erinnerungen eine geringe Rolle; unsere Erkenntnis muß sich mit Hilfe indirekter Quellen die Ereignisse vergegenwärtigen und ist daher Irrtümern und Mißdeutungen besonders ausgesetzt.

Das Werten. Ein elementarer Vorgang, der jeder menschlichen Handlung vorausgeht. Die Erkenntnisse werden mit Rücksicht auf das Willensziel und die zu seiner Erreichung notwendigen Mittel gewertet. Andererseits werden auch Zweck und Mittel auf Grund der vorhandenen Kenntnisse einer Wertung unterzogen.

Das Wollen ist ein zusammengesetzter Prozeß, in dessen Verlaufe die mit Vorstellungen verbundenen Gefühle und Affekte das Subjekt zu einer Tätigkeit oder Stellungnahme bewegen. Der dominierende Begriff dieses Gebietes ist das Motiv, d. h. jene gefühlsbetonte Vorstellung oder jener Vorstellungskomplex, der die Willenshandlung auslöst. WUNDT, SPENCER, JOHN ST. MILL, LE BON, KIDD meinen, daß in der Vorbereitung der Willenshandlungen die entscheidende Bedeutung den Gefühlen zukommt. Zweifellos sind die Gefühle und Affekte für zweckmäßige Reaktionen biologisch äußerst wichtig. Doch ist — in Variierung des bekannten KANTischen Wortes — zu betonen, daß Gefühle und Affekte ohne Vorstellungen leer sind. Was öfter als Gefühlsäußerung und Affektausdruck gedeutet wird, ist meist die Wirkung von im Unterbewußtsein aufgespeicherten Vorstellungen und Erinnerungen. Die Gefühle und Affekte werden erst dann zu bewegenden Kräften in der Geschichte, wenn sich ihr Vorstellungsinhalt prägnant herausgebildet hat. (Nationalgefühl, Chau-

vinismus, Rassenhaß, religiöser Fanatismus.) Je komplizierter das Gefühl, desto stärker dominiert der intellektuelle Bestandteil. Von solchen psychischen Gebilden können wir sagen, daß sie, „vorstellungsbetont" sind. Besonders scharf tritt die Überlegenheit der intellektuellen Elemente bei den Willkür- und Wahlhandlungen auf, wo mehrere Motive zusammenwirken oder einander befehden und hemmen, bis endlich eines aus dem Kampfe siegreich hervorgeht und den Entschluß beherrscht.

Die Mechanisierung der Willensvorgänge bedeutet, daß in den Triebhandlungen nicht die Vorstellungen und Gefühle der Gegenwart, sondern die der Vergangenheit herrschen. Die früher bewußten Handlungen sind im Verlauf der philo- und ontogenetischen Entwicklung triebartig geworden.

In der Psychologie unterscheidet man äußere und innere Willenshandlungen. Die letzteren enden nicht mit einer äußeren Änderung und Fixierung der Vorstellungs- und Gefühlslage, es bleibt nur ein Vorsatz zurück, der gefaßte Entschluß wird erst später ausgeführt. Man kann die Bedeutung der inneren Willenshandlungen für die Geschichte nicht hoch genug veranschlagen. Sie sind die potentielle, akkumulierte Energie der Geschichte und werden durch die sie auslösenden Tatsachen in die kinetische Energie der äußeren Willenshandlungen und Massenbetätigungen umgesetzt. Ihr Vorhandensein, meist Zugehörigkeit zu einer Partei, Klasse, oder Religion, ist die Grundlage jeder politischen Kalkulation. Diese Bereitschaft ist entweder aktiv, d. h. sie wird beim Eintritt des auslösenden Reizes zur Tat, oder sie äußert sich in passivem Verhalten, in Duldung oder Nichtwiderstehen. Besonders heute tritt ihre Bedeutung scharf hervor. Die Absicht oder der Entschluß der verschiedenen Parteien und Klassen, die bestehende Gesellschaftsordnung zu verteidigen oder abzuändern, die revolutionären Errungenschaften gegen jedwede Störung zu schützen oder sie rückgängig zu machen, sind innere Massenwillenshandlungen.

Die Erkenntnis, daß ein Ereignis oder eine Ereignisreihe kausalnotwendig eintreten wird, ist nicht gleichbedeutend damit, daß zur Herbeiführung dieses Ereignisses keine Willenshandlungen notwendig sind. Das bewußte Mitwirken an der Herbeiführung der Wirkung bildet auch einen Bestandteil der

Notwendigkeit und wird als kausaler Faktor mit einberechnet. (STAMMLER, MAX ADLER.)

Zweck und Mittel. Jede Willenshandlung hat ein Ziel: der Handelnde will entweder eine Änderung hervorrufen, einen äußeren Erfolg oder eine innere Bereitschaft erreichen. Die vorgestellte Änderung bildet den Zweck der Willenshandlung und Massenbetätigung. Der Zweck ist ein gefühlsbetonter Vorstellungskomplex, der erkannt und gewollt wird. In der Geschichte ist die treibende Kraft der Zweckvorstellungen weitaus größer als die des Wissens, auch ihre Wertung ist gefühlsbetonter als die der Erkenntnisse. Die Geschichte der religiösen und sozialen Bewegungen liefert hiefür Beispiele in Fülle.

Zweck setzt auch Mittel zur Verwirklichung des Willenszieles voraus. Das Mittel ist ebenfalls eine gefühlsbetonte Vorstellung, die gleich dem Motiv aus dem Kampf der Mittelvorstellungen siegreich hervorgeht oder durch die Zweckvorstellung triebartig ausgelöst wird. In der Kausalreihe erscheint das Mittel — ein Vorgang, ein aktives oder passives Verhalten — als Ursache und die Verwirklichung des Zwecks als Folge.

Diese Beschreibung des Willensvorganges ist nur ein Schema und besagt nicht, daß die Komponenten einer Willenshandlung immer in der beschriebenen Reihenfolge auftreten. Oft taucht bei Massenbewegungen zuerst die Zweckvorstellung auf und erst im Verlaufe der auf die Verwirklichung des Willenszieles gerichteten Anstrengungen werden nicht nur die Mittel, sondern auch die Tatsachen erkannt, deren Abänderung eben die Zweckerfüllung bedeutet. Unter dem Einflusse einer gefühlsbetonten und festgewurzelten Zweckvorstellung erleiden geschichtliche Erkenntnis und bisherige Werturteile oft eine vollständige Umwälzung.

Ideologien. Unter Ideologien wollen wir sämtliche Denkgebilde verstehen, die über den einfachen Empfindungs- und Wahrnehmungsinhalt durch dessen Deutung, begriffliche Festlegung, gedankliche Verarbeitung und logische Gliederung hinausgehen. Sie reichen von den zusammengesetzten Vorstellungen bis zu den allgemeinsten Wissenschaften. Jeder Begriff, jede Theorie, jedes wissenschaftliche System kann als Ideologie bezeichnet werden, ebenso die Weltanschauung, sowohl die vulgäre, als auch die

hochwissenschaftliche. Auch die Gefühls- und Gemütsbewegungen können hierher gezählt werden, da sie ohne bestimmten Vorstellungsinhalt nie zu einer Handlung führen können. Auch der Glaube ist eine Ideologie, denn die subjektive und lebendige Gewißheit, die ihn vom Wissen unterscheidet, ist ein Resultat von Vorstellungskomplexen, Gefühlsmomenten und Zwecksetzungen.

Die historische Rolle der Ideologien besteht darin, daß sie als psychische Einwirkungen einzelne Menschen und die Massen zur geschichtlichen Tat, zum Handeln, zur Unterlassung oder zu passivem Verhalten veranlassen.

Verhüllung und Enthüllung. Betrachtet man die Gesellschaftsordnung als zentrale Tatsache, so sind in bezug auf sie in der Geschichte zwei Tendenzen zu unterscheiden. Die eine — konservative — will die bestehende Gesellschaftsordnung und deren Einrichtungen aufrechterhalten, ihre wesentliche Abänderung verhindern. Sie geht in Gegenrevolution und Reaktion über, die beide auch zu revolutionären Taten bereit sind, um den wesentlichen Inhalt der Gesellschaftsordnung zu retten und bereits eingetretene Umwälzungen rückgängig zu machen. Die zweite — revolutionäre oder reformatorische — Tendenz will die bestehende Gesellschaftsordnung vollständig umstürzen, mindestens aber ihre wesentlichen Einrichtungen grundlegend abändern. Die Geschichte kann als Zusammenhang unausgesetzter Kämpfe dieser zwei Tendenzen aufgefaßt werden. Infolge dieser Kämpfe spaltet sich jede Gesellschaft in zwei Lager. Die zwei Grundströmungen kommen selten in theoretischer Reinheit und Schärfe vor. Unter- und Gegenströmungen treten auf, deren Interferenz die Erkenntnis der vorherrschenden Tendenz erschwert.

Es wäre ein folgenschwerer Irrtum, zu behaupten, daß alle diejenigen, deren Interessen durch die herrschende Gesellschaftsordnung verletzt werden, ihre Abänderung herbeiführen wollen. Es ist dies eben das größte Rätsel der Geschichte, daß Menschen und Klassen für die Aufrechterhaltung einer Gesellschaftsordnung eintreten, die ihren Interessen widerstreitet. Im folgenden wird versucht, dieses Rätsel der Lösung näher zu bringen.

Um die Abänderung der Gesellschaftsordnung durchzusetzen

oder zu verhindern, muß man über die Machtmittel der Gesellschaft verfügen. Der Kampf um die Abänderungen geht in einen Kampf um die Mittel, um die Macht und Herrschaft über. Wo gekämpft wird, setzt die Zusammenrottung der Kräfte, das Zusammenwirken innerhalb einer mehr- oder minder organisierten Gruppe ein. Es entstehen Klassen. Dieser Kampf währt unausgesetzt und, sein Resultat ist die Umstürzung, Abänderung oder Konservierung der Gesellschaftsordnung und ihrer einzelnen Institutionen. Jede Kampfphase endet in äußeren oder inneren Willenshandlungen, in geschichtlichen Taten.

Der Klassenkampf im engeren Sinne bedeutet den Zusammenhang dieser Willenshandlungen. Da die soziale Funktion der Ideologien darin besteht, Menschen und Massen zum Handeln oder zum passiven Verhalten zu veranlassen, so umfaßt im weiteren Sinne der Klassenkampf auch den Kampf der Ideologien. Der letztere Kampf bezweckt die Vernichtung, Abänderung und Konservierung derjenigen Ideologien, die Produkt und Begleiterscheinung der bestehenden Gesellschaftsordnung sind.

Das Wesen dieses Kampfes zeigt einen eigenartigen Charakter. Die Gruppen, die für die Aufrechterhaltung der Gesellschaftsordnung eintreten, richten ihre Bestrebungen darauf, daß der Wunsch nach Änderung in den Gemütern nicht aufkomme. Sie wollen die vorausgehenden und begleitenden psychologischen Prozesse der Willenshandlungen: Erkennen, Werten, Wollen, Zwecksetzung so beeinflussen, daß die Notwendigkeit der Abänderung, die Unhaltbarkeit des Bestehenden nicht erkannt werde, die Aufrechterhaltung desselben vielmehr als wertvoller Willenszweck erscheine. Diese Tendenz kann Verhüllung, Verschleierung genannt werden. Ihr gegenüber steht das Streben derjenigen, die die Abänderung der Gesellschaftsordnung bezwecken. Sie trachten die sozialen Tatsachen in ihrer wahren Gestalt zu erkennen und zu werten, ferner solche Willensziele zu setzen, die den Massenbedürfnissen und Interessen entsprechen. Sie sind bemüht, sämtliche Ideologien, die diesen Bestrebungen den Weg versperren, auf ihren wahren Gehalt zu prüfen und zu zeigen, daß sie nicht unvergängliche Wahrheiten und Ideale, sondern Ausfluß der bestehenden Gesellschaftsordnung sind. Diese

Tendenz kann als Enthüllung, Entschleierung, Demaskierung bezeichnet werden.

Der Kampf der Ideologien ist nichts anderes, als der Kampf zwischen Verhüllung und Enthüllung. Diese Tendenzen und Bestrebungen sind nicht immer gewollt und bewußt, sie treten auch unbewußt und ungewollt als Resultat und Nebenprodukt von Willenshandlungen auf.

Die Tendenz zur Verhüllung wird dadurch verstärkt, daß der Lüge und Irreführung in der Biologie eine lebenserhaltende Rolle zukommt. Sie dienen als Schutzmittel des Schwächeren gegenüber dem Stärkeren. F. A. Lange und Nietzsche vor allem haben die Bedeutung bewußt unwahrer Ideologien stark hervorgehoben und ihre nützlichen Wirkungen betont. Neuerdings hat H. Vaihinger auf Kantischer Grundlage eine umfassende Theorie aufgestellt, in der er auf die große Wichtigkeit der Fiktionen als bewußt unwahrer Annahmen hinweist und sie als Mittel des wissenschaftlichen Fortschrittes preist. Es erscheint daher wünschenswert, zu beweisen, daß in bezug auf die Gesellschaftsordnung die Verhüllung nur einen Zweck hat und nur ein Resultat zeitigt: die Änderung der Gesellschaftsordnung im Interesse der durch sie Bevorrechteten zu verhindern und zu erschweren.

Um Mißverständnissen vorzubeugen, sei hier schon festgestellt, daß Verhüllung und Konterrevolution, besonders aber Enthüllung und Revolution sich nicht vollständig decken.

II. Ideologien und Gesellschaftsordnung.

Das entscheidende Merkmal jeder bisherigen Gesellschaftsordnung war und ist die Herrschaft einer Minderheit über die Mehrheit. Jene wird durch die Arbeit der Mehrheit erhalten und genießt ein arbeitsloses Einkommen. Selbst in vorgeschichtlicher Zeit und bei den primitiven Völkern, schon in der Periode der Familienverfassung, hat sich dieser Zustand entwickelt. Die homogenen Urgesellschaften (Spencer, Durkheim) wurden frühzeitig von einem Integrationsprozesse ergriffen. Das Mittel der Integration war der Kampf unter den verschiedenen Gruppen. Die Sieger organisierten auf Kosten der Besiegten ihre Herrschaft. (Bagehot, Ratzel, Oppenheimer, Gumplovicz,

MÜLLER-LYER, auch WUNDT.) Die Folge ist die Teilung in Herren und Knechte, in Befehlende und Gehorchende. Bei fortschreitender Differenzierung kompliziert sich die Klassengliederung vielfach.

Jede Gesellschaftsordnung stützte sich bisher auf die bewaffnete Macht, auf die Gebote der Rechtsordnung und die freiwillige Unterwerfung der Massen. Letzten Endes entscheidet aber in allen Fällen die freiwillige Unterwerfung über das Bestehen einer Gesellschaftsordnung. Denn Rechtsordnung ist ohne Machtmittel wirkungslos, ihre Stütze — die bewaffnete Macht — kann aber nur so lange dauernde Grundlage einer Gesellschaft bilden, als das Gefühl und der Entschluß zur Unterwerfung bei den Soldaten vorhanden ist. Schwindet ihr Gehorsam, so bricht die Herrschaft zusammen. Das war der Werdegang der meisten Revolutionen.

Wie wird nun diese Freiwilligkeit erreicht? Durch die überzeugende Kraft der bestehenden Zustände? Niemals würde eine Klasse in die Aufrechterhaltung eines Zustandes willigen, den sie als ihren Interessen schädlich erkannt hat und von dem sie weiß, daß dessen Abänderung von ihrem Willen abhängt. Die Vorstellung des gegenteiligen Falles heißt in der Sprache des KANTianismus ein unvollziehbarer Gedanke. Andere psychische Einwirkungen müssen eintreten, die dem Bewußtsein die Überzeugung aufdrängen, daß die Aufrechterhaltung des Bestehenden wünschenswert, oder daß seine Abänderung gleichgültig sei; daß die Auflehnung gegen sie, auch bei Erkennung ihrer Schädlichkeit, zweck- und aussichtslos oder wegen anderweitiger Schadloshaltung nicht der Mühe wert sei.

Die Freiwilligkeit der Massen — diese spontane schwindelartige Bewegung, wie BAKUNIN sagt — offenbart sich auf zweifache Weise. Zuerst in äußeren Willenshandlungen, durch bewußtes, sogar begeistertes Eintreten für die Gesellschaftsordnung. Das Hauptgewicht liegt aber auf den inneren Willenshandlungen, dem mehr oder minder bewußten Entschluß der Massen, sich in die Zustände zu fügen, die Gebote der Gesellschaftsordnung zu befolgen, mit dem Bibelworte: „dem Übel nicht zu widerstreben". Diese Passivität, diese soziale Trägheit, die jede Generation der anderen vererbt, ist die Hauptstütze der Gesellschafts-

ordnung. Ihre seelische Grundlage ist der Gemütszustand, den wir mit JOHN ST. MILL als „Gleichgültigkeit gegen die Wahrheit“ bezeichnen können.

Prüfen wir nun diejenigen Ideologien, die sowohl das aktive als auch das passive Verhalten der Massen herbeizuführen geeignet sind. Durch diese Funktion gehören die führenden Ideologien, besonders aber die religiösen und moralischen Ideen, zur Gesellschaftsordnung. Die freiwillige Unterwerfung ist die Folge des Ansehens, das die Gesellschaftsordnung in den Augen der ihr Untergebenen genießt und das ihr die notwendige Macht ohne Inanspruchnahme äußerer Machtmittel verleiht. Die Aufgabe lautet daher so: Welche Merkmale zeigen diejenigen Ideologien, die der Gesellschaftsordnung Autorität verschaffen?

Absolutität. Das Absolute ist nach der üblichen Definition keiner Bedingung oder Einschränkung unterworfen, über die Vielheit und Gegensätze der Dinge erhaben. Sein Wesen entzieht sich der menschlichen Erkenntnis. Das Absolute bewirkt die Dinge oder Erscheinungen, deren letzte Ursache es ist. Als absolut werden zu verschiedenen Zeiten verschiedene Dinge, geistige und materielle Substanzen, Begriffe, Ideen angenommen. Nur einige Beispiele bezüglich der Gesellschaftsordnung seien hier angeführt. In jeder Kulturreligion ist Gott als höchstes Wesen, als absoluter Urgrund des Seins über alle Relationen erhaben; sämtliche menschliche Handlungen werden auf ihn bezogen. Diese Absolutität wird auf Einrichtungen übertragen, die sich als Vertretung der göttlichen Ordnung bezeichnen, vor allem auf die Kirche. Der jetzige Begriff des Staates ist absolut, über die Staatsbürger erhaben; er besitzt Selbständigkeit und Eigenleben. Die Rechtsordnung ist der Inbegriff absolut gültiger Normen; ihre Grundinstitution ist das Eigentum, die ausschließliche Herrschaft über eine Sache. Die Moral ist ein Sammelbegriff absolut gültiger Normen und die relativistischen Tendenzen des Utilitarismus und Eudämonismus haben bisher ihre Grundlagen wenig erschüttert. — Absolute Gültigkeit besitzen diejenigen Urteile (Wahrheiten), die von aller Verschiedenheit des Erkennenden unabhängige und daher allgemeingültige Bedingungen des Denkens und Erkennens sind (EISLER). Das ist der Standpunkt aller rationalistischen Philosophie und Erkenntnistheorie, insbe-

sondere der des KANTianismus. Als Musterbeispiele solcher Wissenschaften sind die Mathematik, die mathematische Physik und die Logik zu erwähnen. — Auf politischem und noch mehr auf moralischem Gebiet überwuchern die absoluten Werte, die unbedingt anerkannt werden müssen und keines Beweises bedürftig sind. Sie sind die Urbedingungen aller anderen Werte; jede menschliche Handlung wird an ihnen gemessen (Tugend, Patriotismus, Gerechtigkeit usw.).

Apriorität. Sie zeigt mit dem Begriff der Absolutität große Ähnlichkeit, der Gebrauch des Terminus schwankt. Absolutität bezieht sich mehr auf die Geltung, Apriorität auf den Ursprung. Apriori ist, was nicht aus der Erfahrung stammt, von ihr unabhängig vorhanden; apriori sind die Urteile, die unmittelbar gewiß und einleuchtend sind, daher notwendig und allgemeingültig beweislos als wahr angenommen werden müssen. Apriorische Urteile und Begriffe bedürfen keiner Verifizierung durch die Erfahrung, im Gegenteil, sie gehen logisch jeder Erfahrung voraus und machen sie erst möglich. Eine kurze Untersuchung zeigt, daß sämtliche führende Institutionen der Gesellschaftsordnung apriorischen Charakter haben.

Diese Institutionen gelten entweder als von Gott geschaffen oder als der menschlichen Vernunft und anderen Prinzipien entsprungen, die durch die Erfahrung der Untergebenen nicht kontrolliert werden können. In der Auffassung der Massen herrscht die Zurückführung auf Gott vor: Kirche, staatliche Obrigkeit, Eigentum, Familie sind von Gott eingesetzt; die katholische Ehe ist ein Sakrament, ein Mittel der göttlichen Gnadenvermittlung. Die andere — metaphysische — Auffassung ist ein Produkt der rationalistischen Philosophie. Die Grundinstitutionen der Rechtsordnung, besonders das Eigentum und das Familienrecht, werden aus der Vernunft, aus der menschlichen Natur abgeleitet, wobei unter Natur nicht die durch Erfahrung erschließbare Welt der Erscheinungen verstanden wird, sondern ein apriori konstruierter Begriff. Ebenso werden die Sittengesetze abgeleitet. Auch die Sprache ist ein apriorisches Gebilde. Das Bestehende ist immer apriori, das Neue, das Werdende aposteriori. Apriorische Wissenschaften sind außer der Mathematik und Logik die nicht empirische Ethik und Erkenntnistheorie.

Macht und Herrschaft. Das Absolute ist die oberste Bedingung aller Dinge und Begriffe, selbst keiner Einschränkung unterworfen. Dieses Verhältnis, auf das Wirtschafts- und politische Leben projiziert, bedeutet die Herrschaft und die Macht der absoluten und apriorischen Institutionen über diejenigen, denen sie auferlegt sind. Das Wesen des Staates ist die Herrschaft einer Klasse; Nationalismus bedeutet die Herrschaft einer Rasse über die anderen; Religion ist Unterwerfung unter den göttlichen Willen, daher Herrschaft Gottes und derjenigen, die ihre irdische Stellung auf den göttlichen Willen zurückzuführen vermögen; die Familie ist die Herrschaft des Familienoberhauptes; die Erziehung beruht gänzlich auf autoritärer Grundlage; in den Beziehungen zwischen Mann und Frau steht die Herrschaft den Männern zu; die Grundinstitution unserer Rechtsordnung, das Eigentum, ist das ausschließliche Recht über eine Sache; die Ehe ist nichts anderes als die Übertragung der Eigentumsverhältnisse auf das Familienleben. Der Kampf um die Gesellschaftsordnung, der Wille zur Macht kann daher metaphysisch als Streben nach absoluter Geltung, nach der Weihe der Apriorität gekennzeichnet werden.

Dualismus. Als Folge der grundlegenden Einteilung: absolut — relativ, apriori — aposteriori, Herrscher — Beherrschte, entwickelt sich im Verlauf der Geschichte ein Dualismus, der sämtliche führende Ideologien und Begriffe, die wesentlichen Einrichtungen der Gesellschaftsordnung ergreift. Es seien nur einige erwähnt:

Gott — Welt, Jenseits — Diesseits, Geist — Natur, Seele — Leib, Geist — Materie, Form — Inhalt, Verstand — Sinnlichkeit, Kirche — Staat usw. Die zuerst stehenden Ideologien sind apriorischer Natur und nach der herrschenden Wertschätzung den nicht apriorischen Ideologien und Einrichtungen übergeordnet. Die mittelalterlichen Theologen, besonders aber Thomas von Aquino, vertraten die Auffassung, daß die weltliche Macht der geistlichen, die staatliche der kirchlichen ebenso untergeordnet sei, wie der Leib der Seele. Die Überschätzung des Jenseits diente dazu, die Aufmerksamkeit der Massen von der Änderungsbedürftigkeit des Diesseits abzulenken. Die Einwirkungen, welche die Menschen dazu veranlassen, daß sie für die Abänderung der ihnen

apriori von oben oktroyierten Gesellschaftsordnung eintreten, kommen von der Außenwelt, vom Leib, von der Materie, aus der Erfahrung; daher ihre Degradierung und Geringschätzung nicht nur in der Theologie und Ethik, sondern auch in der idealistischen Metaphysik und Erkenntnistheorie. Die rohe Materie, der alles Böse entstammt, wird selbst in den Naturwissenschaften den apriorischen Prinzipien gegenüber mit einer gewissen Verachtung behandelt. Ebenso erschien der mittelalterlichen Philosophie nur die Forschung nach den Ursachen als angemessene Aufgabe, die Feststellung der Wirkungen, d. h. die empirische Betätigung unwürdig. In der Ethik ist die Pflicht der Neigung (den Bedürfnissen), die Freiheit der Notwendigkeit (Naturkausalität) übergeordnet.

Besonders wichtig ist die Gegenüberstellung von Vernunft (Verstand) und Sinnlichkeit. Der Vernunft wird Apriorität beigemessen, der sinnlichen Erfahrung nicht, daher Höherschätzung der ersteren. Als KANT die Sinnlichkeit dem Verstande gleichstellen wollte, tat er dies durch eine Rangerhöhung und verlieh auch ihr in bezug auf Raum und Zeit die Apriorität. Die reine Erfahrung, d. h. die durch Denkzutaten noch nicht verfälschte Empfindung und Wahrnehmung, ist ein sicherer Führer des handelnden Menschen, doch die Deutung derselben geschieht schon im Bann der apriorischen Prinzipien.

Hierarchie und Rangordnung. Das Absolute ist gewissermaßen auch relativ; es gibt verschiedene Grade der Absolutität, deren Rangordnung nach ihrer Nähe zum obersten Absoluten bestimmt wird. Der Staat ist auf politischem Gebiete ein absoluter Begriff, nach der theologischen Auffassung ist er aber von Gott eingesetzt, daher der Kirche untergeordnet. Sämtliche Rechtsinstitutionen sind aus dem absoluten Begriffe des Eigentums abgeleitet; ihre Rangordnung entspricht ihrer Bedeutung bezüglich der Ausübung des Eigentumsrechtes. Das Eigentum entspringt entweder dem göttlichen Willen oder der Vernunft. Der Verstand hat der Sinnlichkeit gegenüber eine bevorzugte Stellung, doch Glaube (theologisch) und Vernunft (metaphysisch) stehen höher als er. Das ganze Wissen, sämtliche Einrichtungen der Gesellschaftsordnung werden klassifiziert, eingeschachtelt; jedem Begriff, jeder Einrichtung wird ein entsprechender Platz

in der Rangordnung nach dem Grad ihrer Vollkommenheit zugewiesen. „Das Pathos der Distanz“ (Nietzsche), der Abstand der Menschen und Institutionen, die Betonung der Ungleichheit ist das hervorstechendste Merkmal jeder Gesellschaftsordnung.

Auf dem Gebiet der Wissenschaften herrscht noch immer die von Leibniz besonders scharf formulierte Unterscheidung zwischen denknotwendigen Wahrheiten und Urteilen (vérités de raison) und Erfahrungserkenntnissen (vérités de fait) vor. Jene sind allgemeingültig, unmittelbar gewiß, die letzteren besitzen nur approximative Gültigkeit. Zur ersteren Kategorie gehören die logischen und mathematischen Sätze, wobei auch Ethik und Metaphysik ihre Ansprüche geltend machen, zur zweiten die naturwissenschaftlichen Erkenntnisse. Man sieht: wiederum eine Degradierung der Erfahrung. Unmittelbar evident sind auch die Grundsätze der Rechtsordnung. Es meldet sich die Kirche und fordert für ihre Glaubensdogmen einen noch höheren Rang, weil sie intuitive und unmittelbare Einsicht in Gottes Wesen gewähren. Kant erkannte als Konsequenz dieser Einteilung, daß die Sätze der Physik und Mathematik ihre unbedingte Allgemeingültigkeit, sowie ihren Charakter als echte Wissenschaften einbüßen müßten. Im Bann des Autoritätsprinzips befangen, konnte er aber keinen anderen Ausweg als eine Rangerhöhung finden: er erhob die Sätze der Physik und Mathematik, um ihnen Allgemeingültigkeit und Apriorität zu sichern, in den Adelstand, schuf für sie die neue Rangsklasse der synthethischen Urteile apriori. Die Rangordnung der Wissenschaften und der Gesellschaftsordnung stehen zueinander in Wechselwirkung. Jede grundsätzliche Änderung auf dem einen Gebiet ruft eine entsprechende Verschiebung auf dem anderen hervor.

Rangpriorität der Form. Aus den dualistischen Begriffspaaren müssen wir jenes besonders hervorheben, das die Rangpriorität der Form über den Inhalt (Materie) feststellt. Nur die Formen verleihen dem Inhalt, bzw. den Dingen festen Charakter; durch die Form erhalten sie ihre Vollendung. Die Form ist apriori und allgemeingültig; der Inhalt stammt aus der Erfahrung, daher wird er in eine niedrigere Rangklasse eingeteilt. Die Gesellschaftsordnung, die von den jeweils herrschenden Klassen bestimmt ist, wird als die apriorische Form betrachtet;

hingegen werden die menschlichen Bedürfnisse, die Änderungen der Produktivkräfte, ihre Einwirkungen auf das Bewußtsein, die nach Abänderung der Gesellschaftsordnung drängen, als Materie stigmatisiert. Die Priorität der Form hat sich zuerst auf politisch-wirtschaftlichem Gebiet in einer Zeit entwickelt, als Wissenschaften noch überhaupt nicht vorhanden waren. Der organisatorische Ausdruck der Form — die Ordnung — ist die Grundlage jeder Herrschaft, Macht und Autorität. Das Sicheinfügen in die bestehende Ordnung ist die Pflicht, die jede Macht vom Beherrschten verlangt. Die Gültigkeit einer Ordnung — so lautet die Ansicht der Verfechter des Formalismus — kann nicht durch eine genetische Untersuchung entschieden werden. Sie wissen wohl, daß die Macht sich meist keine Geltung verschaffen könnte, wenn ihr Ursprung von den Untergebenen klar erkannt würde. Die Überschätzung der Form (Ordnung) in den Wissenschaften ist nur eine Folge ihrer sozialen Bedeutung. Das Bestehende ist die Form, das Neue, das Werdende muß sich in ihren Rahmen einfügen, sich von ihr beherrschen lassen.

Besonders scharf tritt dieser Zusammenhang im Gebiet des ethischen Formalismus auf. Nicht im Inhalt, sondern in der Form des Sittengesetzes liegt der Grund seiner Allgemeingültigkeit. Der kategorische Imperativ von KANT befiehlt jedem, so zu handeln, daß die Maxime seines Willens zugleich als Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung gelten könne. Jeder Mensch ist ungefähr imstande, zu beurteilen, ob eine Handlung seinen Interessen entspricht; doch wenige sind fähig, Prinzipien einer allgemeinen Gesetzgebung aufzustellen. Auf der Suche nach diesem Prinzip verfallen sie unerbittlich den herrschenden Ideologien.

Auf denselben Grund ist die Hervorhebung der Formalwissenschaften (Mathematik, Logik, mathematische Physik), als wirkliche und wahre Wissenschaften den Erfahrungswissenschaften gegenüber zurückzuführen.

Autoritärer Ursprung und vornehme Abstammung. Die Befürworter der heutigen Gesellschaftsordnung trachten immer zu beweisen, daß die Einrichtungen derselben einem Faktor entstammen, der in der absolutistischen Rangordnung einen möglichst hohen Rang einnimmt. Meist wird alles auf den Urgrund

Gott zurückgeführt. Die Monarchie von Gottesgnaden ist das zeitlich-menschliche Abbild des göttlichen Regiments. Die Krönungsproklamation des russischen Kaisers ALEXANDER III. (1883) verkündete, daß alles Heil des Reichs von der mit göttlicher Weisheit und Stärke begnadeten, unumschränkten Machtvollkommenheit des Kaisers abhängt. Die staatliche Autorität ist Vollstreckerin der göttlichen Gerechtigkeit auf Erden. Als weiteres charakteristisches Beispiel dieser Auffassung möge der berühmte Ausspruch des Königs FRIEDRICH WILHELM IV. von Preußen dienen, mit dem er die Forderung auf Gewährung einer parlamentarischen Verfassung im Jahre 1847 abwies: „Nie und nimmermehr werde ich es zugeben, daß sich zwischen unseren Herrgott im Himmel und dieses Land ein geschriebenes Blatt eindrängt, um uns mit seinen Paragraphen zu regieren und die alte heilige Treue zu ersetzen." In modernen Staatswesen leitet die herrschende Klasse die Staatsgeschäfte im Namen des Volkswillens und der Volkssouveränität und beruft sich nur im Notfalle auf Gott. NAPOLEON nannte sich Kaiser der Franzosen von Gottesgnaden und durch die Konstitution der Republik. Die Heilige Schrift, in den protestantischen Ländern die mächtigste Stütze jeder bestehenden Gesellschaftsordnung, wird nach der herrschenden Auffassung, der Verbalinspiration als unmittelbare Mitteilung Gottes betrachtet.

Eine bewährte Methode ist, den autoritären Ursprung mit Hilfe mehrerer apriorischer Prinzipien zu sichern. Eigentum, Ehe, Verfassung werden sowohl als von Gott eingesetzt als auch dem Naturrechte entspringend betrachtet. Es gibt kein ethisches Gebot, keine grundlegende Rechtsinstitution, die die religiöse Rangerhöhung nicht anstrebte. Ebenso allgemein ist der Vorgang, diese Institution in der chronologischen Reihenfolge möglichst weit zurückzudatieren; selbstverständlich ist die Zurückführung auf Gott auch hier das Wirksamste. Die Bibel als Wort Gottes ist die nächste Rangstufe. Das Neue Testament stützt sich gänzlich auf das Alte und will dessen Prophezeiungen erfüllt wissen. Es werden aus der Geschichte berühmte Männer, große Könige ausgesucht und mittels einer verkehrten Adoption an Vaterstatt angenommen. So leitete man im Mittelalter alle Rechtstitel von KARL DEM GROSSEN, in Ungarn von STEFAN DEM HEILIGEN ab. Auf dem

Gebiete der Wissenschaften ist dieses Streben gleichfalls allgemein. LEIBNIZ war der Meinung, daß die denknotwendigen Wahrheiten auf dem Verstand Gottes beruhen und daß die Konstanz der Naturgesetze durch den Willen Gottes verbürgt ist. Nach DESCARTES ist die Existenz Gottes eine Bürgschaft dafür, daß unsere Wahrnehmungen nicht täuschen; eine so grobe Täuschung wäre mit Gottes Würde und Wahrhaftigkeit unvereinbar. In dieser Mentalität lebte auch NEWTON. Denjenigen, der die theologischen Tendenzen aus den Naturwissenschaften gänzlich verschwunden wähnt, würde eine aufmerksame Untersuchung — die MACH so überzeugend durchführte — bald eines Besseren belehren.

Mystik und Romantik. Infolge der Überwucherung der Absolutität und der apriorischen Elemente steht die Gesellschaftsordnung vor der Masse als etwas Übernatürliches, Übersinnliches, von oben her Gegebenes da, das niemals erforscht werden kann. Die Auflehnung gegen sie — Affektausbrüche revolutionärer Perioden ausgenommen — erscheint ebendarum hoffnungs- und zwecklos. Jedermann wird in sie hineingeboren; sie wird allen ohne ihre Befragung auferlegt. Die Kompliziertheit der sozialen Beziehungen macht es dem Durchschnittsmenschen unmöglich, den Erfolg seiner Tätigkeit und die Ursachen, die über sein Los entscheiden, klar zu übersehen. Fleiß und Ehrlichkeit schützen vor Elend und Mißerfolg nicht, wenn politische Ereignisse und wirtschaftliche Krisen ihn überwältigen. Die sozialen Beziehungen werden dadurch zu apokalyptischen Wesenheiten, zur Offenbarung höherer, unsichtbarer Mächte, mögen sie im Diesseits oder im Jenseits residieren. Tritt auch eine teilweise Abänderung ein, die Gesellschaftsordnung als zusammenhängendes, über den Untertanen schwebendes Ganzes scheint unverändert zu verbleiben. Die Gesellschaftsordnung gewinnt einen mystischen Zug; sie wird zum Schicksal, zur Prädestination. Nur wenige Auserwählte können bis zu ihrem Kern vordringen; die Masse sieht zu ihr mit ehrfürchtigem Schauer auf. Selbst die nüchterne Zeit der Aufklärungsperiode konnte sie dieser mystischen Verhüllung nicht entkleiden. Seit dem Emporkommen des Romantizismus hat sich ihr übersinnlicher Charakter noch mehr entwickelt; sie erscheint in historischem

Glanz, von einem überschäumenden Traditionskult phantasievoll ausgeschmückt und den irdischen Verhältnissen entrückt.

Teleologie. Die Gesellschaftsordnung wird als Bestandteil einer zweckmäßigen Welteinrichtung betrachtet, als Schöpfung höherer Gewalten, die jede Institution zu einem bestimmten Zweck geschaffen haben. Die Zweckursache, der Schöpfer, ist entweder Gott oder eine metaphysische Wesenheit, Vernunft oder Natur, sittliche oder Rechtsordnung. Der Staat, das Eigentum, die Familie, die Ehe, Strafe und Lohn erscheinen als von Gott, von der Natur oder der sittlichen Ordnung eingesetzte Menschheitszwecke, deren zweckmäßige Funktionierung die Menschen mit wachsender Bewunderung und Ehrfurcht erfüllt. Die Abänderung derselben wäre gleichbedeutend mit Störung dieses untrüglichen Mechanismus, des Heilplans. Die Ursachen werden in End- oder Zweckursachen und in bewirkende Ursachen eingeteilt. Die Rangpriorität der Finalität gegenüber der Kausalität stellt eine weitere Degradierung der Erfahrung dar, da die Erfahrungstatsachen der Naturkausalität unterworfen sind.

Hypostasierung. Sämtliche Ideologien haben die Tendenz, sich zu verdinglichen. Durch Generationen weitergegeben, treten sie mit einem autoritären Zwang auf, dem sich das Denken nicht entziehen kann. So werden aus abstrakten Begriffen, Ideen oder Prinzipien selbständige Wesenheiten, unsichtbare, doch sehr spürbare Mächte, denen die Menschen als höheren, gebietenden Wesen gehorchen. Ein anderer Weg der Verselbständigung der Ideologien ist deren Personifizierung. Sie kann auf allen Gebieten der Wissenschaften aufgezeigt werden: Mach hat sich auch in dieser Beziehung große Verdienste erworben. Für die Volkswirtschaftslehre und Soziologie haben dieselbe Arbeit durch Entschleierung der „ewigen Wesenskategorien" Marx und Engels vollbracht. Die im Bann des Machtprinzips erzogene Menschheit unterwirft sich williger, wenn Gott, Staat, Kirche, Obrigkeit nicht als Ideen und Begriffe oder sogar Beziehungskomplexe, sondern als selbständige, apriorische, übernatürliche Wesen, als Machtsubjekte, auftreten. Es ist daher durchaus verständlich, daß die mittelalterliche Kirche den Nominalismus, der behauptete, die Allgemeinbegriffe seien nur Worte und bezeichneten nichts objektiv Wirkliches, unter Bann legte. Ihre

jetzige feindliche Stellungnahme dem kritischen Positivismus gegenüber geht auf dieselben Beweggründe zurück.

Dogmatismus und Kanonisierung. Die Ideologien verwandeln sich regelmäßig in Dogmen — wie COMTE sagt —, die wechselnden Anschauungen einer bestimmten Gesellschaftsordnung werden zu absoluter Wahrheit geheiligt. Zu diesem Zweck werden sie in prägnanten Sätzen formuliert. Die Dogmen verleihen den Gläubigen den absoluten Wahrheitsbesitz; wer sie angreift, kann kein gläubiger Christ, wahrer Patriot, guter Bürger oder tugendhafter Mensch sein. Es werden sämtliche Ideologien kanonisiert, mündlich oder schriftlich festgelegt; ihr Zwang ist unwiderstehlicher als der der Rechtsregeln.

Die führenden Ideologien werden dadurch der Infallibilität teilhaftig. Sie werden unter Tabu gelegt; Kritik an ihnen oder ihr Umsturz wird außer den Strafgesetzen mit allen psychologischen Mitteln verhindert. Eine planmäßige Apologetik sucht aufkeimende Zweifel schon im Voraus zu zerstreuen.

Die Vorherrschaft dieser Ideologien wurde dadurch begünstigt, daß dieselben denkökonomisch zweckmäßige Funktionen verrichten. Es mag dahingestellt bleiben, ob ihre Gegenideologien nicht einen größeren Grad von Zweckmäßigkeit aufzeigen könnten: wir wollen vorläufig dabei bleiben, daß diese Ideologien nicht nur schädliche, sondern auch nützliche Wirkungen zeitigen können. Der Glaube ans Absolute sichert dem Wissen und Streben einen festen Stützpunkt. Rangordnung und Hierarchie entstammen der Neigung, zwischen dringenden und minder dringenden Bedürfnissen, zwischen näheren und weiteren Zielen zu unterscheiden. Der Autoritätsglaube wirkt auch zweckmäßig, leitend und organisierend, die Dualität des Bewußtseins, die Unterscheidung des Ich und Nicht-Ich, Ich und Welt ist ein Urerlebnis und dient als Orientierung und Unterscheidungsgrundlage. Benennung der Dinge ist ein ökonomisches Verhalten, dadurch aber ist bereits der Weg zur Hypostasierung freigemacht. Der Hang zum Dogmatismus entspringt der biologischen Tendenz zur Stabilisierung. (MACH, F. ENRIQUEZ, EISLER, KLEINPETER, VAIHINGER.)

Der Ursprung dieser Ideologien reicht in die Urzeit zurück. Was dem primitiven Menschen außergewöhnlich oder überlegen

erscheint, deutet er antropomorphisch, als Kraftäußerung eines Siegers und Herrschers, eines Gottes. Die aus den eigenen Wahrnehmungen stammenden Vorstellungen mit starkem emotionellem Einschlag projiziert er in die Außenwelt. So entstand der Glaube an die unsichtbaren und höchstwirksamen Kräfte, Geister, Dämonen, ein fortwährender Appell an Zauberei und Magie; so die verschiedenen Weltanschauungen wie Animismus — Beseeltheit der Naturkräfte und Gegenstände; Fetischismus — der Glaube an die Kraft lebloser Objekte; Totemismus — eine komplexe Variation derselben und zugleich Grundlage der Stammesgliederung. (SPENCER, WUNDT, PREUSS, TYLOR, LÉVY-BRUHL.) Alle diese Ideologien haben eine gemeinsame Wurzel, den Antropomorphismus. Sie entspringen dem biologisch verankerten Bedürfnis des Menschen, sich im Wirrwar der Naturereignisse zurechtzufinden, mit der Natur eine Verbindung herzustellen, die Naturkräfte menschlichen Zwecken dienstbar zu machen, ihre schädlichen Einflüsse fern zu halten.

Die Herrschaft der obigen Ideologien ist auch auf naturwissenschaftlichem Gebiet restlos nachweisbar. (MACH, STALLO, DUHEM, REY, PETZOLDT, POINCARÉ usw.). Die Grundlagen und die ideologischen Merkmale der Minoritätsherrschaft waren schon lange festgewurzelt, bevor die Wissenschaft selbständiges Dasein erlangte. Die religiösen, politischen und wirtschaftlichen Bedürfnisse waren von jeher stärker als die wissenschaftlichen; die Machtgestaltung hat der Wissenschaft ihren Charakter aufgestempelt. „Politisch-juristisches Denken geht naturwissenschaftlicher Erkenntnis nicht nur voran, es weist ihr auch die ersten Wege.“ (KELSEN.)

Mögen aber die herrschenden Ideologien noch so natürlichen Ursprung haben, die Entwicklung des menschlichen Wissens, der Technik hätte sie als dem jetzigen Stand menschlicher Kultur nicht mehr entsprechende Erkenntnisse und Geistesrichtungen längst beseitigt. Was ihnen Unvergänglichkeit verleiht, ist: daß sie zur Erhaltung der bestehenden Gesellschaftsordnung mächtig beitragen. Ebenso wie es unrichtig wäre zu behaupten, daß die Religion vom Anfang an bewußter Trug war und daß sie zu Herrschaftszwecken erfunden wurde, ebenso übertrieben wäre es, den Ursprung dieser Ideologien auf

ähnliche Gründe zurückzuführen, denn sie entspringen dem Orientierungsbestreben des wissenschaftlich noch nicht geschulten Menschen. Wie sie aber das Denken der Menschen beherrschten und so zu einer Macht wurden, wurde jede Gruppe, die die Gesellschaft beherrscht, darauf geführt, sich diese Macht dienstbar zu machen, um die Gesellschaftsordnung durch sie zu rechtfertigen (KAUTSKY). Die Befreiung des menschlichen Geistes von der Herrschaft des Trieblebens hatte große Vorteile für die kulturelle Entwicklung; doch barg sie auch Gefahren in sich. Anstatt der sicheren Führung der Instinkte ist die Menschheit unter den entscheidenden Einfluß der nicht immer zweckmäßigen Ideologien gelangt. Die Wirkung dieser Ideologien stellt eine riesenhafte Domestikation dar, welche die Menschen entnaturalisiert, verwirrt und für fremde Zwecke dienstbar macht. Die Minoritätsherrschaft beginnt, wo die Herrschaft dieser Ideologien sich befestigte und wo die Aufstellung indirekter Ziele über die direkte Bedürfnisbefriedigung die Oberhand gewann, wo — um mit HEGEL zu sprechen — „die Vernünftigkeit in weltliche Existenz zu treten begann".

In jeder Gesellschaft sind drei Schichten zu unterscheiden, die aus je einer oder mehreren Klassen bestehen können. Erst die herrschende Gruppe, dann die große Masse der Beherrschten, endlich eine Gruppe, deren Betätigung in der Produktion, Konservierung, Befehdung oder Verfälschung von Ideologien besteht, mit einem modernen Wort: der intellektuelle Mittelstand. Dieser huldigt abwechselnd, den Zeitumständen entsprechend (nicht sukzessiv, wie COMTE behauptet), entweder theologischen Dogmen oder metaphysischen Ideen und Wesenheiten. Erkennt er den richtigen Charakter der herrschenden Ideologien, so bedeutet es noch nicht, daß er gegen diese auftritt. Infolge der Verknüpfung seiner Interessen mit der Gesellschaftsordnung arbeitet er ruhig an deren Verfälschung weiter oder infolge „Gleichgültigkeit gegen die Wahrheit" läßt er den Ereignissen freien Lauf. Nur wenige sind gewillt, diese Ideologien zu bekämpfen, sie werden dann die Lenker der Revolutionen, zu denen sich die dumpfen Massenbewegungen verdichten. Im Brennpunkt des Interesses der Massen stehen auch noch heute die theologischen Sätze und die hypostasierten Be-

griffe. Le Bon hat recht mit seiner Feststellung, daß Ideen und Glaubenssätze von den Massen entweder en bloc als absolute Wahrheiten angenommen oder als absolute Irrtümer en bloc verworfen werden. Doch ist das keine Erbsünde der von Le Bon gehaßten und verachteten Masse, sondern eine Folge ihrer Domestikation und geistigen Niederhaltung. Wollen wir bestimmen, welche die „handgreiflichsten", festest gewurzelten Ideologien der Masse sind, so erhalten wir die drei Grundideen: Gott, Unsterblichkeit und Willensfreiheit. Die Furcht vor Strafe Gottes, die Verantwortung im Jenseits für die eigenen Taten, der in Aussicht gestellte Lohn hält unter gewöhnlichen Umständen die Majorität davon zurück, sich gegen die Minderheit, die als Vertreterin der gottgewollten Ordnung gilt, aufzulehnen. Der überpersönliche Gott, die oberste mystische Sublimierung der Absolutität und Apriorität, doch ein nach dem Ebenbilde des Menschen geschaffener allmächtiger Herrscher des Weltalls, ist die ultima ratio auch der heutigen Gesellschaftsordnung. Napoleon war sich dessen bewußt, als er sagte: „Wenn einer Hungers stirbt neben einem anderen, der von Überfluß strotzt, so ist es unmöglich diesen Unterschied anzuerkennen, wenn es nicht eine Autorität gibt, die sagt, Gott will es so." Ein sehr großer Teil der Mittelklasse ist in dieser Beziehung auch der Masse zuzurechnen, nur einige gefühltsbetonte Ideologien (Chauvinismus, Rassenhaß) vermehren ihre ideologische Ausrüstung.

Man mag eine geniale Unterscheidung darin finden, daß Gott und das Leben im Jenseits nicht als metaphysische Wesenheiten erkennbar, sondern nur als Ideen und regulative Prinzipien zu postulieren sind; die Massen nehmen davon keine Kenntnis und betrachten weiter diese Ideen als antropomorphische Wesenheiten und Vorgänge. Daher führt das von Kant proklamierte Primat der praktischen Vernunft und die Trennung von Wissen und Glauben praktisch zu demselben Resultat, wie die theologischen Sätze: Glauben steht über Wissen und alles was die bestehende Gesellschaftsordnung zu erhalten imstande ist, steht höher, als was sie erschüttern kann.

Wir haben die Merkmale der herrschenden Ideologien der Gesellschaftsordnung aufgezählt. Diese sind die Gegenstände der Verhüllung und Enthüllung. Die Tendenz der Verhül-

lung will das Autoritätsprinzip, die Absolutität und Apriorität mit allen ihren Begleiterscheinungen und Konsequenzen schützen und bekräftigen. Die Enthüllung will und muß sie erschüttern oder durch gegenteilige Ideologien ersetzen. Es ist ein ungleicher Kampf. Die ungeheuerliche Kraft der Vergangenheit, ihr immenses Beharrungsvermögen erschwert ungemein das Durchdringen der enthüllenden Tendenzen. Wenn schöpferisch tätig sein das bedeutet, was BERGSON behauptet: möglichst viel Vergangenheit in einem Augenblick zusammenballen und dadurch die Zukunft neugestalten zu können, dann ist der ideologische Mechanismus der Klassenherrschaft wirklich schöpferisch tätig.

Mit den obigen Betrachtungen ist auch eine Brücke zu den verschiedenen Wissenschaften und philosophischen Richtungen geschlagen. Wenn KANT sagt, daß jede Wissenschaft nur in solchem Maße diesen Namen verdient, als sie Mathematik enthält, so sagen wir, daß jede Wissenschaft und Philosophie — sogar jede literarische und Kunstrichtung — in solchem Masse der Verhüllung dient, wie viel Absolutität und Apriorität sie in sich birgt.

III. Die Verhüllung.

1. Ihre Psychologie.

Die Verhüllung bevorzugt jene psychischen Gebilde und Vorgänge, welche verhindern, daß der Wunsch nach Änderung der Gesellschaftsordnung in den Gemütern aufkomme. Sie verfälscht die Erkenntnis, verwirrt das Werten, schwächt den Willen, treibt die Zwecksetzung und Mittelwahl auf falsche Bahnen. Die Abschüttelung der eingewurzelten Ideologien erfordert die Entfaltung psychischer Energien. Wenn die Eindrücke der Außenwelt nicht stürmisch auf Abänderung drängen, hält der Mensch lieber am Bestehenden fest. Nicht nur in der Religion (MARX), auch in der Gesellschaftsordnung wird er vom Machwerk seines eigenen Kopfes beherrscht. Das Denken ist die mehr- oder minder bewußte Verarbeitung des uns in Empfindungen und Wahrnehmungen gegebenen Materials. Die neuen Eindrücke und der vorhandene Vorstellungsvorrat werden einander angepaßt. Die

Ökonomie des Denkens erstrebt diese Anpassung mit einem Minimum von Denkmitteln und Energieaufwand.

Diese kurze Schilderung zeigt schon, wie viele Möglichkeiten der Verhüllung sich im Verlauf des Denkprozesses bieten. Der Verstand hat die ökonomische Tendenz, alles Neue auf Bekanntes zurückzuführen. Die Denkzutaten, die im einfachen Erfahrungsinhalt nicht gegeben sind und erst im Verarbeitungsprozeß hinzutreten, gelangen dadurch zur führenden Rolle. Die Bahn für frühere Ideologien und Vorurteile wird freigemacht, die Vergangenheit siegt über die Gegenwart.

Unsere Vorstellungen, zum geringsten Teile von uns geschaffen, sind Produkte „von vielen Milliarden vergangener, gegenwärtiger und zukünftiger Menschen" (ENGELS). Der Vorrat des Wissens ist unübersehbar. Der Durchschnittsmensch kann es nicht beherrschen und muß sich der Autorität der Berufeneren anvertrauen. Er gewöhnt sich, alles was diese erklären, für unumstößliche Wahrheit zu halten, nach denen er selbst seine einfachsten Empfindungen und Wahrnehmungen orientiert. Je älter eine Erkenntnis, eine Idee, desto mehr glaubt er daran. Hätte sie die Prüfung durch die Zeit so zäh bestanden, wäre sie unwahr? Den autoritären Vorstellungen zuwiderlaufende Kenntnisse werden verdrängt oder vernachlässigt. Die Autorität der Bibel und des ARISTOTELES verhinderte Jahrhunderte lang die Entwicklung der Naturwissenschaften, selbst den eigenen Sinnen wollte man nicht glauben, wenn die Wahrheit der Autorität widersprach. Auch LUTHER befehdete, gestützt auf die Worte der Bibel, die KOPERNIKanische Theorie. So erwuchs und besteht für die Masse noch immer der Zustand, den die Psychopathologie als „Verarmung des Vorstellungsschatzes" bezeichnet. Dieser verringerte Vorstellungsvorrat enthält in hohem Maße Scheinprobleme, Gedankengänge über die „letzten Gründe", welche die Menschheit als tote Last seit Jahrtausenden mit sich schleppt. Diese Probleme sind die Meisterstücke aprioristisch-mystischen Denkens.

Noch größer ist der Einfluß der autoritären Vorstellungen auf die Zwecksetzungen und Werturteile.

Von den Gefühlen kommen in erster Reihe solche in Betracht, welche die Menschen geneigt machen, sich fremder Füh-

rung anzuvertrauen und überhaupt die Willenskraft schwächen. Da sie den Entschluß auf Änderung der Gesellschaftsordnung hemmen, tragen sie zu ihrer unveränderten Erhaltung bei. Zwischen Gefühlen und Affekten ist — besonders was ihren Vorstellungsinhalt anbetrifft — keine scharfe Grenze zu ziehen. Wir erwähnen nur die bedeutsameren.

Furcht und Hoffnung sind korrelate Begriffe: keine Hoffnung ohne Furcht und keine Furcht ohne Hoffnung (SPINOZA). Der verhüllende Einfluß dieser mächtigsten aller Gefühle begann erst, als sie sich mit Vorstellungen über höhere Wesen und übernatürliche Kräfte verbanden. GOETHE nennt sie zwei der größten Menschenfeinde, die es jedem leicht machen, von uns Besitz zu nehmen. Sie schwächen die Willenskraft. Der Mensch erwartet alles Heil von übernatürlichen Wesen und nicht von eigener Tätigkeit, lebt in ständiger Angst ob ihres Zorns und rafft sich zu keiner selbständigen Handlung auf. Diese Gefühle werden auf jene Machtfaktoren übertragen, die als Vertreter einer höheren Ordnung gelten wie z. B. Kirche, Monarchie, Staat. Die Furcht vor den Lebenden — sagt SPENCER — ist der Keim der politischen, die Furcht vor den Toten der Keim der religiösen Herrschaft. Die Wirkung der apriorischen Ideologien verwirrt den Kausalzusammenhang, es wächst ein üppiges Gewebe von Aberglauben und mit ihm ein unvertilgbares Geschlecht falscher Propheten. Die Sehnsucht nach Wunder und Offenbarung beherrscht das Gefühlsleben. Der Druck dieser Gefühle ist nicht zu erschüttern, weil ihre Vorstellungsgrundlage ins Jenseits, in die Sphäre unsichtbarer Mächte verlegt ist und sich daher jeder Kontrolle entzieht.

Im staatlichen Leben wird die Furcht vor der bestehenden Gesellschaftsordnung außerdem noch mit den gewöhnlichen Machtmitteln ständig wachgehalten, ebenso die Hoffnung auf die Staatsgewalt, auf den gütigen Herrscher, dessen Weisheit und liebevolle Fürsorge mehr das Wohl des Gemeinwesens fördert, als die der Unwissenheit entspringenden Handlungen der Untertanen.

Der Gemütszustand, den die Kirche den Gläubigen vorschreibt, enthält alle Gefühle, die der Aufrechterhaltung der Gesellschaftsordnung förderlich sind: Angst vor Sünde, vor der Verdammung und Vergeltung im Jenseits, und andererseits Hoffnung auf Be-

lohnung und ewige Glückseligkeit. Dieses ins Jenseits verlegte Glücksideal — der Trost aller Unterdrückten — hält sie von Auflehnung gegen die Gesellschaftsordnung zurück. Die Lehre von der Erbsünde und von der Erlösung liefert den Gläubigen unerbittlich dem Zorn und der Gunst höherer Mächte aus. Hilflos, in die Sünde ohne eigenen Willen hineingeboren, steht er ihnen gegenüber. Keine Hoffnung und übermäßige Hoffnung, das sind die zwei Pole des psychischen Mechanismus, mit dessen Hilfe die Kirche die Gemüter zu freiwilliger Unterwerfung zwingt. Ein „Scheinegoismus der Besitzlosen" (Loria) wird wachgerufen, die Aufrechterhaltung der Gesellschaftsordnung, das Dulden des Übels wird als Voraussetzung des künftigen Seelenheils betrachtet. Die Züchtung und Hochpreisung der Demut zeitigt dasselbe Resultat.

Darnach ist es leicht verständlich, warum im letzten Jahrhundert, in dem Bestrebungen nach radikaler Änderung der Gesellschaftsordnung mit großer Wucht auftraten, die katholische Kirche an Macht und Ansehen so ungemein zugenommen hat. Napoleon nannte den Katholizismus eine Schutzimpfung und das Mysterium der sozialen Ordnung, welches verhindert, daß der Reiche vom Armen massakriert werde. Von demselben polizeilichen Standpunkt aus forderte Friedrich der Grosse: die Schulbildung solle in erster Reihe „ein Attachement zur Religion" herstellen, „damit die Leute nicht stehlen und nicht morden". Die katholische Kirche wird als „der Würgengel der Revolution" von den protestantischen Regierungen überall tatkräftig unterstützt.

Ein vollständiges System dieser Ideologien gibt Dante in seiner Divina Comedia. Jetzt, da die 600jährige Wiederkehr seines Todestags gefeiert wurde, sieht man, wie lebendige Wirklichkeit dieses mächtige Epos noch immer ist, denn es faßt das System jener psychischen Machtmittel zusammen, die heute noch die Gesellschaftsordnung aufrechterhalten.

Das Gefühl der Achtung wird hauptsächlich jenen Einrichtungen gezollt, die apriorischen Ursprungs sind. Mögen die üblichen Definitionen der Achtung die Würdigung des moralischen Werts noch so sehr in den Vordergrund stellen: im Leben herrschen die vererbten Vorstellungen und eingefleischten Wert-

urteile. Was Macht und Autorität genießt, wird auch als sittlich höher stehend geachtet.

Endlich seien noch die wichtigen Gefühlspaare erwähnt, in denen auf der Lustseite Liebe, Sympathie, Mitleid, auf der Unlustseite Haß und Neid stehen. Lieben und Hassen sind Elementarbedürfnisse der menschlichen Seele. Sie sind die vornehmsten Triebkräfte der Geschichte und können bis zum Fanatismus gesteigert werden, besonders wenn zu ihrem Gegenstand die mächtigsten Ideologien — Religion, Gott, Seelenheil, Vaterland — gemacht werden. Früher kamen sie besonders in Religionskriegen und Ketzerverfolgungen zum Ausdruck, heute äußern sie sich mehr in denjenigen Bewegungen, deren treibende Kraft Chauvinismus, Nationalismus, Imperialismus sind und in denen das Streben nach Herrschaft und Unterdrückung durch verknüpfende und trennende Ideologien verhüllt wird. Der Misoneismus, der Haß gegen neue Ideen, Sitten und Einrichtungen entstammt der künstlich gesteigerten Anhänglichkeit an die hergebrachten Ideen und Institutionen und ihrer übermäßigen Wertschätzung. Er sichert die Passivität der Massen und ist eines der vornehmlichsten Hindernisse aller Reformbestrebungen.

Wird ein starkes Gefühl oder ein mächtiger Affekt dauernd, so erlangen sie die Herrschaft über das Werten, Denken und Wollen, sie werden zur Leidenschaft, die sich durch eine besonders intensive Zwecksetzung und Zweckverfolgung auszeichnet. Alle Vorstellungen, die der Erfüllung der Begierde günstig sind, werden bevorzugt, die ungünstigen verdrängt. Die autoritären Ideologien sind prädestiniert, Vorstellungsinhalte von Leidenschaften zu werden, denn ihre Dauerhaftigkeit ist durch Vererbung, Erziehung, Gewöhnung „apriori" gegeben. Wer von einer Leidenschaft erfaßt ist, wird leichtgläubig jenen Vorstellungen gegenüber, die ihm schnelle und restlose Befriedigung der Begierde versprechen; daher Wundersucht, sowie Hang zum Aberglauben und Mystischen.

Wir behaupten nicht, daß die soziale Wirkung der Gefühle immer konservative Tendenzen zeitigt. Doch halten wir den Standpunkt ROUSSEAUS, daß im Menschen das Tiefste und Beste seine Gefühle sind, für übertrieben. SPENCER beklagt, daß im

Verlauf der Menschheitsentwicklung der natürliche Zusammenhang einerseits zwischen Freuden und vorteilhaften Tätigkeiten, anderseits zwischen Leid und schädlichen Tätigkeiten zerrissen wurde, und weist auf die moralischen und religiösen Ideen hin, die diese Störung hervorgerufen haben. Wir können diesen Gedanken dahin ergänzen, daß sämtliche autoritäre Ideologien an dieser Störung schuld sind, denn sie bewegen die Menschen dazu, an Vorstellungen und Tätigkeiten, die ihnen schädlich sind, sogar Freude zu haben. In der sozialen Rolle der Gefühle kommt das Übergewicht der Vergangenheit über die Gegenwart zum Ausdruck. Sagt doch NIETZSCHE, daß seinen Gefühlen vertrauen heißt, seinem Großvater und seiner Großmutter und deren Großeltern mehr gehorchen als den Göttern, die in uns sind: unserer Vernunft und Erfahrung.

Von den komplizierten psychischen Gebilden wollen wir noch erwähnen, daß Stimmung, Neigung, Temperament und Disposition desto eher als Nährboden der Verhüllung dienen können, je mehr in diesen Zuständen der Hang zum Passivismus vorherrscht. Dieser Hang ist auf sämtlichen Geistesgebieten sehr stark (GOLDSCHEID) und daher eine mächtige Stütze der Gesellschaftsordnung.

Der Pessimismus — halb Gemütsstimmung halb Weltanschauung — ist der Aufrechterhaltung der bestehenden Gesellschaftsordnung sehr günstig. Er hindert die Menschen, für deren Abänderung einzutreten, da sie ohnehin nicht verbessert werden könne. Besonders in der Formulierung durch SCHOPENHAUER und HARTMANN, zeigt der Pessimismus (trotz SCHOPENHAUERS antireligiöser Haltung) große Ähnlichkeit mit den Glaubenssätzen vom Sündenfall und der Erlösung, was seinen willenslähmenden Einfluß noch steigert. Die gleiche Wirkung zeitigt auch der Optimismus, dem die bestehende Welt die beste aller möglichen ist (LEIBNIZ), weil ihm jedes Streben nach ihrer Abänderung überflüssig erscheint.

Infolge der Enge des Bewußtseins kann die Aufmerksamkeit nur verhältnismäßig wenige Inhalte erfassen. Aufmerksamkeit erfordert Konzentration, die darin besteht, daß die mit der dominierenden Vorstellung verwandten Vorstellungen und Empfindungen bevorzugt, die gegenteiligen aber vernachlässigt

werden. Zur dominierenden Vorstellung wird jener Bewußtseinsinhalt, dem die denkende Person das meiste Interesse zuwendet, daher in erster Reihe die autoritären Ideologien. Die Enge des Bewußtseins birgt die Gefahr in sich, daß diese Ideologien, gestützt auf Vererbung, Gewohnheit und Autorität, die gegenteiligen Vorstellungen zu keiner dominierenden Stellung gelangen lassen. Die künstliche Steigerung gewisser Geistestätigkeiten — besonders durch religiöse Übungen — schaltet anders gerichtete Bewußtseinsinhalte aus. In jedem Zeitalter mit vorherrschendem kontemplativem Leben erstarrt die Gesellschaftsordnung. Die Starrheit der sozialen Verfassung Indiens, die Unbeweglichkeit des Kastensystems ist in bedeutendem Maße dem Umstand zuzuschreiben, daß der überwiegende Teil der intellektuellen Kräfte der Yogakunst ergeben ist. Diese bedeutet eine Höchstausbildung des Konzentrationsvermögens, eine vollständige intuitive Erkenntnis, zugleich jedoch die Stilllegung sämtlicher anderer psychischer Tätigkeiten. KEYSERLING, ein begeisterter Verehrer der Yogakunst, gibt auch zu, daß die Unproduktivität der Inder vornehmlich von der Yoga stammt. Die Regierungen der herrschenden Klasse, besonders aber ihre Presse, suchen durch unausgesetzte Aufstachelung der nationalen Leidenschaften (Imperialismus, Rassenkampf, Nationalitätenhader, Antisemitismus) die Aufmerksamkeit der Massen von den wirtschaftlichen und sozialen Problemen abzulenken.

Die Tätigkeit des Gedächtnisses, die Wiederbelebung und Wiedererzeugung früher vorhandener Vorstellungen wird ebenfalls durch das Interesse bestimmt. Sie dient der Verhüllung, wenn die Vorstellungen und Zwecksetzungen, welche die Richtung des Interesses bestimmen, autoritäre Ideologien sind. Für die Größe ihrer verdrängenden Macht liefert die Gegenwart ein sehr lehrreiches Beispiel. Der Zusammenbruch der Mittelmächte, der ihnen auferlegte harte Friede, die Folgen des vierjährigen Kriegs, haben in den besiegten Ländern das Elend zuhöchst gesteigert. Die republikanischen Regierungen können gegen dasselbe nichts ausrichten. Mit Hilfe der am meisten gefühlsbetonten Ideologien, mit den religiösen und nationalen Schlagwörtern, gelang es nun den reaktionären Parteien, bei einem großen Teil der Massen eine ihnen günstige Gedächtnisstörung

hervorzurufen. In vielen ihrer Anhänger ist die Tatsache, daß die Monarchien den Krieg entfesselt haben und für alle Leiden und Entbehrungen verantwortlich sind, völlig verdrängt. Sie erinnern sich nur daran, daß unter der Monarchie das Leben leichter und die Preise niedriger waren.

Die Mechanisierung der psychischen Prozesse dient trotz ihrer zweckmäßigen Folgen meist der Verhüllung. Die aus der Vergangenheit stammenden, einer schon überholten Bedürfnisbefriedigung entsprechenden Gedankengänge werden biologisch festgelegt und das Aufkommen neuer Vorstellungen wird verhindert.

Wir haben bereits erwähnt, daß jedes psychische Mittel, das die Menschen bewegt, sich fremder Autorität zu unterwerfen, für die Aufrechterhaltung der Gesellschaftsordnung wirkt. Erziehung, öffentliche Meinung, Wissenschaften, alle arbeiten in diesem Sinne. Die zwei größten Machtorganisationen, die Kirche und die Armee, verlangen von ihren Untergebenen den Kadavergehorsam. Jeder Machtfaktor ist bestrebt, sich durch Suggestion bei den Massen das nötige Ansehen zu verschaffen. Die weitere Wirkung des Autoritätsprinzips besteht darin, daß derjenige, der sich einem anderen unterwirft, seinerseits über die noch schwächeren zu herrschen trachtet.

Die religiöse Demut ist die Verbeugung vor einem Herrscher mit übernatürlicher Macht. Das Leitprinzip des Alten Testamentes ist die unumschränkte Herrschaft des jüdischen Gottes. Da sämtliche christliche Religionen sich auf dem Alten Testamente aufbauen, sind sie Stützen jeder bestehenden Macht. Die gegenteiligen Äußerungen des Neuen Testamentes werden in der Praxis nicht befolgt. Buddha nahm auf das Schärfste gegen den Autoritätsglauben Stellung; von allen großen Religionen hat nur der Buddhismus sich niemals durch Krieg, durch Gewalt auszubreiten gesucht.

Die Erziehung der Willenskraft bezweckt die Herrschaft der Vernunft über die Sinnlichkeit, der Pflicht über die Neigung, der Erkenntnis über die Begierde. Stehen aber die der Erziehung zugrunde liegenden Ideologien im Bann des Autoritätsprinzips, so wird der Erzogene vielleicht in Alltagsfragen seine Instinkte meistern können, als soziales Wesen wird er dafür fremder Autorität rettungslos ausgeliefert.

Eine überragende Bedeutung kommt den Assoziationsvorgängen zu. In der Psychologie ist es nach WUNDT üblich zwischen eigentlicher Assoziation oder passiver Apperzeption und aktiver Apperzeption zu unterscheiden. Jene ist ein mechanischer Vorgang bei mehr oder minder passivem Zustand des Bewußtseins. Die aktive Apperzeption hingegen bedeutet die klare Erfassung der Bewußtseinsinhalte durch aufmerksames Erleben. Bei den mechanisierten Assoziationsprozessen überwiegen die Einflüsse der bio- und ontogenetischen Entwicklung, der Gewohnheit; bei der aktiven Apperzeption fällt die Führung einer gefühlsbetonten Vorstellung zu. Beide Arten lassen daher den Weg zur Verhüllung frei, die Vergangenheit kann gleichmäßig ihren Einfluß ausüben, im zweiten Fall besonders dann, wenn die führende Vorstellung eine autoritäre Ideologie ist. Die Apperzeption ihrerseits ruht auf mechanischen Assoziationsvorgängen, in deren Getriebe sie ordnend eingreift. Die Grenzen schwanken. Die festgewurzelten Vorstellungen verlaufen auf durch die Übung „ausgeschliffenen", „ausgefahrenen" Nervenbahnen und haben ein immenses Beharrungsvermögen.

Der Assoziationsvorgang wird durch einen neuen Eindruck, durch eine neue Vorstellung veranlaßt. Dieser geht mit der vorhandenen Vorstellungs- und Gefühlsmasse verschiedene simultane und sukzessive Verbindungen ein, er regt solche auch unter den Bestandteilen dieser Masse an. Aus diesen Verbindungen — meistens durch den Kampf der verschiedenen psychischen Gebilde — geht eine gefühlsbetonte Vorstellung siegreich hervor und löst als Zweckvorstellung oder Motiv entweder die Willenshandlung oder eine innere Bereitschaft aus.

Es gibt gewisse empirische Regeln, die über den Verlauf der Assoziationsvorgänge orientieren. Ihre Kenntnis schreibt die Taktik der Verhüllung vor. Die praktische Politik, die mit Massen arbeitet, ist lediglich eine psychologische Experimentierkunst nach diesen Regeln. Die großen Erfolge der Religionsstifter, Massenführer und Demagogen stammen daher, daß sie die Assoziationsvorgänge glänzend bemeistern können. Die Taktik ist meist folgende: Jede neue Einwirkung muß so beschaffen sein, daß sie womöglich die festgewurzelten, autoritären

Vorstellungen wachruft. Das wird dadurch erreicht, daß die anregende Vorstellung auch in autoritäre Gestalt eingekleidet wird. Bei jedem, gegen den sich die Einwirkung richtet, wird die Konstatierung der Übereinstimmung von einem Bekanntheitsgefühl geleitet, das die Assimilierung mit der vorhandenen Vorstellungsmasse lebhaft fördert. Wird ein gewisses Verhalten, eine Handlung oder Passivität verlangt, dann wird das meist als Gębot Gottes, der Religion, des Vaterlands, des Staats, als Pflicht hingestellt. Die angeregten Verknüpfungen rufen dann die Gefühle von Furcht und Hoffnung, von Achtung, Liebe und Haß wach und schaffen so den Gemütszustand, der die Voraussetzung der erwünschten Handlung ist. Bereits der Name löst assoziative Wirkungen aus. Die bloße Erwähnung des Wortes „Gott" ruft die Assoziation von Herrschaft, Strafe, Furcht und Hoffnung hervor. Jede neue Vorstellung enthält Elemente, die den autoritären Ideologien widerstreiten und diesen ähnliche, früher aus dem Bewußtsein verdrängte Elemente wieder wachrufen und stärken können. Die Einkleidung der Eindrücke bewirkt, daß dieselben auf die ausgeschliffenen Nervenbahnen gleiten, wo die widerstrebenden Elemente leichter assimiliert oder verdrängt werden. Anderseits erfährt durch solche Einkleidungen auch die vorhandene autoritäre Masse eine Kräftigung, so daß sie die sich aufdrängenden gegenteiligen Elemente zurückweisen, ihre Revolution unterdrücken kann.

Es wird dafür gesorgt, daß die autoritären Ideologien womöglich niemals in Gedankenverbindungen erscheinen, die ihre überwältigende Wirkung zu beeinträchtigen vermögen. Daher wird die „Profanisierung" von Gott, Vaterland, Monarch in Gedichten, Schauspielen, Anspielungen strengst untersagt, die Kritik dieser Begriffe womöglich unterdrückt.

Jede Vorstellung, jeder Begriff, jede Wissenschaft, welche eine apriorische und absolute Färbung hat, dient letzten Endes der Verhüllung, wenngleich infolge der Kompliziertheit der Assoziationsvorgänge der Zusammenhang nicht immer leicht aufzuweisen ist.

Es gibt sehr viele Menschen, die gutgläubig und ohne jedwede Absicht der Verhüllung solche Ideologien — besonders religiöse und patriotische — eifrig propagieren. Ihre soziale Rolle ist

die des Bazillenträgers, der selbst unversehrt bleibt, die übrigen aber ansteckt.

Die Phantasietätigkeit ist ein umso günstigerer Nährboden für die Verhüllung, je mehr sie sich von der Erfahrung entfernt. Alles was ans Romantische, Geheimnisvolle grenzt, erweckt Assoziationen, die zum Übernatürlichen und dadurch zu den autoritären Ideologien hinüberführen. Weil Wunsch und Hoffen auf eine Scheinwelt gerichtet sind, fehlt selbstverständlich das Interesse dafür, Änderungen in der wirklichen Welt hervorzurufen. Mag die Mystik sich von der dogmatischen Religiosität noch so vorteilhaft unterscheiden, in bezug auf ihre soziale Wirkung erfüllt sie dieselbe Rolle. Die Ekstase bedeutet die vollständige Entrückung von den irdischen Verhältnissen, für deren Abänderung daher der Ekstatiker kein Interesse hat. Jeder Messianismus, Chiliasmus, die Sehnsucht nach dem Eintreten eines goldenen Zeitalters, die Erwartung des jüngsten Gerichts, die Eschatologie, sind Seelenzustände, die der Aufrechterhaltung der Gesellschaftsordnung besonders günstig sind. Wer wird in Erwartung des Heils oder der Verdammnis um zeitlich Gut streiten? Gleiches tritt infolge intensiver Beschäftigung mit den Geheimwissenschaften (Okkultismus, Spiritismus, Theosophie) ein, was noch durch ihren esoterischen Charakter, durch die Überwucherung des Autoritätsprinzips verschärft wird.

Die abnormalen psychischen Zustände begünstigen im allgemeinen die Verhüllung. Illusion und Halluzination sind Sinnestäuschungen bezw. falsche Deutungen der Sinneseindrücke, worin eben auch das Wesen der Verhüllung besteht. Beide Vorgänge sind Produkte von Furcht oder Hoffnung.

Noch sind über die Massenpsychologie einige ergänzende Bemerkungen notwendig. LE BON meint: die Masse akkumuliere sich das Gefühl und nicht das Denken. Demgegenüber haben wir festgestellt, daß Gefühle ohne Vorstellungsinhalt nie zum Handeln führen können. Auch ist es unrichtig, daß die Vorstellungen der Massen gefühlsbetonter sind als die der einzelnen Individuen. Der wahre Unterschied besteht vielmehr darin, daß der Vorstellungsschatz der Massen ärmer ist und daß in den Massenbewegungen wenige aber um so schärfer ausgeprägte, autori-

täre Ideologien eine entscheidende Rolle spielen und periodisch wiederkehren. Dies erklärt, warum die Massen der Verhüllung zugänglicher sind als die Einzelindividuen.

Das natürliche und künstliche Milieu, die Arbeitsteilung verwandeln das isolierte Individuum in einen Gruppenbestandteil. Jede Gruppe erwirbt verschiedene geistige Merkmale und reagiert verschieden auf die Einwirkung der verhüllenden Tendenzen. Sprechen wir von der Masse, so verstehen wir darunter immer die in Gruppen oder Klassen geteilte Bevölkerung einer Gesellschaft.

Die größte psychische Wirkung des Milieus äußert sich in der Nachahmung, worauf TARDE sein ganzes soziologisches System aufgebaut hat. Die Nachahmung stärkt die bisherige Gesellschaftsordnung, denn ihre Grundlage ist Bewunderung und Anerkennung der Mächtigen, der Großen, sie entwickelt sich auf autoritärer Grundlage. Die meisten Gebräuche und Sitten sind einst durch Nachahmung der Mächtigeren entstanden. Die meisten Ideen der Massen wurden ihnen von dieser Seite durch Suggestion beigebracht. Eine pathologische Art der Nachahmung bilden die geistigen Epidemien. Aus ihrer bisherigen Geschichte können wir feststellen, daß überwiegend verhüllende Ideologien die Ansteckung verursachten.

Noch sei einiges über das unbewußte „Seelenleben", über die ins Unterbewußtsein verdrängten Vorstellungen und Gefühle bemerkt. Da die Möglichkeit ihres Wiedereintrittes immer gegeben ist, kann ihr Einfluß auf die Willenshandlungen nicht hoch genug veranschlagt werden. Auf diesem Gebiet tritt die ungeheure Bedeutung der sexuellen Frage zutage. Es ist das Verdienst der psychoanalytischen Methode FREUDS, die Aufmerksamkeit auf diese Probleme gelenkt zu haben. Allerdings wurde seine fruchtbare Lehre durch die Epigonen verballhornt und ihre soziologische Ausbeutung arg vernachläßigt.

Die restlose Befriedigung der sexuellen Bedürfnisse ist in der bestehenden Gesellschaftsordnung nicht gewährleistet. Angesichts dieser Hindernisse muß das Bewußtsein als Zensurinstanz oder, wie es FREUD zuletzt formulierte, als Ich-Ideal wirken, die nicht erfüllbaren Wünsche hemmen und verdrängen. Letztere wehren sich und versuchen auf allen Schleichwegen — wenn auch entstellt — ins Bewußtsein zurückzugelangen, um die

Entladung herbeizuführen. Die Energie der zielgehemmten Sexualtriebe wird in den Dienst anderer, von der Zensur nicht verbotener Ziele gestellt; es setzt eine Sublimierung ein, die nach der Schule von FREUD die Grundlage der altruistischen Bindungen abgibt.

Die Zensurinstanz ist das ausführende Organ der religiösen und moralischen Gebote; der Rechtsnormen. Sie steht ganz im Bann der autoritären Ideologien. Fügen wir noch hinzu, daß das Unbewußte an der Vergangenheit haftet, so ist leicht einzusehen, in welchem Maß die verhüllenden Tendenzen bei der Befriedigung und Verdrängung sexueller Triebe zur Wirkung gelangen können.

Der unter dem Einflusse seiner sexuellen Wünsche stehende Mensch neigt zur Phantastik, die wenigstens in Trugbildern Befriedigung gewährt. Das sexuelle Leben ist ein Nährboden für Mystik und Romantik, treibt zu Wundersucht und Aberglauben. Diese Umstände erklären, warum die Sublimierung der sexuellen Antriebe meist zur Erstarkung der religiösen Gefühle führt und oft in vollständigem Aufgehen in der Religion endet. Die Tatsache, daß die Frauen stärker zur Religiosität neigen und willfährigere Werkzeuge der Kirche sind als die Männer, findet ihre teilweise Erklärung darin, daß nach der herrschenden Moral die sexuelle Bedürfnisbefriedigung der Männer weniger gehemmt, ihre Verfehlungen milder beurteilt werden als die der Frauen.

2. Ihre Logik.

Die Logik wird als Wissenschaft des richtigen Denkens bezeichnet. Daraus folgt, daß es auch ein unrichtiges, daher minderwertiges Denken geben muß. Damit ist eine neue Rangordnung geschaffen. Die Logik ist eine Kunstlehre, der Eigenbesitz der Philosophen und derjenigen Schichten, die Zeit und Muße haben, sie zu erlernen, was ihre Autorität in den Augen der Ungebildeten mächtig erhöht. Gegen die Gesetze der Logik gibt es ebensowenig eine Berufung wie gegen die Offenbarung. Sie ist eine ebenso esoterische Wissenschaft wie die Mathematik. Auch die letztere verdankt ihr Ansehen nicht dem Umstand, daß der Mensch sich mit ihrer Hilfe in der Natur zurechtfinden, die sich darbietende Wirklichkeit erfassen kann,

sondern dem, daß sie infolge ihrer komplizierten Symbolsprache den Massen unzugänglich und in ihren Augen von einem mystischen Schimmer umwoben ist. Die Logik trägt in doppeltem Maße zur Erhaltung der Gesellschaftsordnung bei. Erstens liefert sie keine neuen Erkenntnisse, daher nichts, was das Bestehende erschüttern könnte. Im Gegenteil, sie kontrolliert und klassifiziert die aus anderen Quellen geschöpften Erkenntnisse.

Die hauptsächlichste Forderung dieser Wissenschaft ist die Widerspruchlosigkeit der neuen Erkenntnis. Diese muß sich mit der bestehenden Masse der Erkenntnisse in Übereinstimmung befinden, sonst ist die neue Erkenntnis infolge der ungleichen Kräfteverhältnisse meist in einer hoffnungslosen Lage: Unterordnung oder Verschwinden wird ihr Schicksal.

Die Logik ist weiter eine normative Wissenschaft. Sie schreibt die Regeln des „idealen" Denkens vor und betrachtet das auf andere Weise verlaufende Denken als fehlerhaft, seine Resultate als Irrtümer. Erst in der jüngsten Zeit fand die Ansicht Anerkennung, daß Wahrheit und Irrtum relative Begriffe sind, die Entstehungsart des Wertvollen und Wertlosen dieselbe ist, das Denken auch durch widerspruchsvolle Operationen zu Ergebnissen gelangt und endlich, das von der Logik postulierte ideale Denken sich überhaupt niemals vorfindet. (Mill, James, Vaihinger, Poincaré, Enriques).

Endlich ist die Logik eine formale Wissenschaft, die sich dagegen sträubt, daß ihre Prinzipien, ihr Wahrheitsgehalt genetisch untersucht werden: mit der Begründung, daß einer solchen Untersuchung schon der Bestand dieser Prinzipien vorausgehen muß. Jede formale Wissenschaft, überhaupt jede Ordnung, die uns aufgedrängt wird, verteidigt sich gegen solche Versuche, da die Aufdeckung des Ursprunges eine Erschütterung ihrer Autorität und die Bezweiflung der verbindlichen Kraft ihrer Vorschriften nach sich ziehen würde.

Die Logik lehrt, wie richtige Begriffe und wahre Urteile gewonnen werden. Sie ordnet diese rangmäßig und vereinigt sie nach verschiedenen Methoden mit den bereits vorhandenen Kenntnissen zu einem widerspruchslosen System. Es ist klar, welch' große Möglichkeiten sich der Verhüllung bei der Durchführung der logischen Operationen darbieten. Aus Raumrücksichten seien

nur einige wichtige Arten der Begriffs- und Urteilsbildung herausgehoben.

Die Abstraktion vernachlässigt gewisse Merkmale eines Vorstellungskomplexes, andere hingegen hebt sie heraus und faßt sie zu einer selbständigen synthetischen Einheit des Begriffs zusammen. Das vernachlässigte Merkmal wird absorbiert, in das Unterbewußtsein verdrängt. Die Abstraktion ist daher meist eine Wahlhandlung. Der bisherige Stand der Erkenntnisse, die vorhandenen Werturteile und Zwecksetzungen wirken dabei mit. Es hängt von der Einstellung der Aufmerksamkeit, vom psychischen Interesse ab, welche Vorstellungs(Objekt-)elemente bevorzugt oder vernachlässigt werden. Es fällt eine große Rolle der Phantasie zu; Offenbarungsglaube, mystische Intuition sind auch am Abstraktionsprozeß beteiligt.

Die Abstraktion ist infolge der Bewußtseinsenge ein denkökonomischer Prozeß und entspringt dem Einheitsbedürfnis der Psyche, vieles zugleich zu denken. Auch darin liegt ein ökonomischer Zug, daß die konstanteren Merkmale den weniger beständigen gegenüber in den Vordergrund treten. Die isolierte Betrachtung eines Merkmals erleichtert seine Erkenntnis. Diese ökonomischen Vorteile werden meist dadurch aufgewogen, daß die überlieferten Ansichten bestimmen, welche Merkmale als konstant und ursprünglich anzusehen sind — ein neuer Anreiz zur Überwucherung der Vergangenheit. Das abstrakte Denken ist ein späteres Entwicklungsprodukt und seine allgemeine Anwendung ist schon eine Folge der Herrschaft der verhüllenden Ideologien.

Die Begriffe sind nach dem Grad ihrer Abstraktheit in eine Rangordnung eingeteilt. Je abstrakter ein Begriff ist, desto weniger kann sein Gegenstand durch Anschauung und Erfahrung kontrolliert werden. Je mehr er sich dem Höchstgrade der Abstraktion nähert, desto dünner wird sein Inhalt, desto größer sein Geltungsumfang, desto geringer die Kontrollmöglichkeit, desto weiter das Herrschaftsgebiet.

Die zwei Hauptarten (VOLKMANN) der Abstraktion sind: die Isolation, welche die Erscheinungskomplexe zerlegend einen Teil als unabhängig betrachtet, und die Superposition, wo die Elemente nach rückwärts zu einer Einheit zusammengefaßt

werden. Bei der letzteren Operation haben die verhüllenden Tendenzen doppelte Gelegenheit ihre Wirkung auszuüben.

In der Abstraktion ist die Tendenz zur Annäherung ans Absolute unverkennbar. Der Hervorhebung und der Vernachlässigung bestimmter Merkmale liegt das mehr oder minder bewußte Streben zugrunde, dem Begriff durch Erweiterung seines Geltungsgebiets einen höheren Rangplatz zu verschaffen. Je mehr sich der Umfang erweitert, mit desto stärkerem Anspruch auf Allgemeingültigkeit tritt der Begriff auf. Allgemeingültigkeit selbst ist eine Abstraktion durch Generalisierung der bevorzugten Merkmale. Man vernachlässigt dabei vollständig alle Unterschiede. Meist proklamiert man die Form als das wesentliche Merkmal sämtlicher Erscheinungen und Begriffe. Die widerstreitenden Elemente, die sich gegen solche Uniformierung auflehnen, werden als „Inhalt" und „Materie" degradiert. So kommen die allgemeingültigen Begriffe und Urteile zustande, welche die Unveränderlichkeit der Form von Denken und Geschehen oder die Unveränderlichkeit der Dinge, einen nie vorhandenen absoluten Grad der Erkenntnis voraussetzen, sich über Zeit, Gesellschaft, Klasse und Individuen erheben, während sie in der Tat nur Festlegungen der in einer bestimmten Zeit, Gesellschaft oder Klasse vorherrschenden Ansichten sind.

An einigen Beispielen soll nun gezeigt werden, wie Begriffe auf den verschiedensten Gebieten abstrahiert werden. Beinahe jede Art der Begriffsbildung kann mit mehr oder minder gewaltsamer Betrachtung Abstraktion genannt werden.

Gott ist eine personifikative Abstraktion. Die Welt, die Natur, die unsichtbaren Mächte, die dem Menschen gegenüberstehen und ihm überlegen sind, werden mit Abstreifung der unvollkommenen Züge in ihrer Totalität zu einem allmächtigen Wesen zusammengefaßt, das existiert und herrscht. Die Erfahrungstatsachen, die dem entwicklungsgeschichtlichen Gottesbegriff zugrunde lagen, werden gänzlich unterdrückt.

Ein anderer Zentralbegriff in bezug auf die Gesellschaftsordnung ist der des Staates. Marx hat ausführlich den logischen Prozeß bei der Bildung dieses Begriffes geschildert. Die Verteilung der Bevölkerung in Klassen, Stadt und Land

auf verschiedene Produktionszweige, auf Produktion und Konsumtion, auf Ein- und Ausfuhr werden insgesamt vernachlässigt. So kommt der rein formale Begriff des Staates zustande, der es ängstlich vermeidet, von der Existenz der Klassen Kenntnis zu nehmen. Der Begriff des Staatswillens soll verheimlichen, daß hier eigentlich nur der Wille der jeweils herrschenden Klassen gemeint wird. Die Nation ist eine Abstraktion gleicher Art. Bei der Bildung dieser „allgemeingültigen" Begriffe wird daher eben dasselbe Merkmal unterschlagen, welche das Wesen der Gesellschaftsordnung ausmacht: die Herrschaft einer Minderheit über die Majorität. Beinahe alle Schlagwörter „der politischen Metaphysik" sind solche Abstraktionen: Gleichheit, Freiheit, Volkssouveränität, Volksgeist, Demokratie usw., die alle von den bestehenden Machtverhältnissen absehen. Die meisten werden als außer der Erfahrung stehende Machtfaktoren — die das Menschenschicksal bestimmen — betrachtet und gewinnen einen mystischen Zug. Hierher gehören auch die Begriffe der „öffentlichen Meinung" und des „Publikums". Das letztere hat besonders KIRKEGAARD als ein „ungeheueres Phantom", als „eine Abstraktion der Nivellierung" mit bitterer Verachtung bekämpft. Doch sein Urteil trifft für sämtliche Begriffe zu.

In der jüngsten Zeit macht die politische Reaktion immer mehr die Forderung nach einer „reinen", von Politik befreiten Wissenschaft geltend. Sie will das gesamte öffentliche Leben „entpolitisieren" und fordert, daß die Parteiinteressen den staatlichen weichen sollen. Sie bedient sich dabei ihrer altbewährten Methode, daß ein Begriff oder ein politisches Schlagwort je abstrakter er ist, je mehr er von den bestehenden Machtverhältnissen absieht, destomehr im Interesse der herrschenden Klassen benützt werden könne. Die Forderungen üben ihre Wirkung auf das Publikum aus. Wer würde eine „reine" Wissenschaft nicht höher schätzen? Die Rückständigkeit eines Landes kann an dem Grade der Abstraktion der herrschenden politischen Begriffe gemessen werden.

Auf dem Gebiet der Rechtsordnung und Rechtswissenschaft treibt die Abstraktion besonders schöne Blüten. Der Ursprung des Rechts wird in verschiedene metaphysische Wesenheiten verlegt, wie Gesamtwillen, Vernunft, Rechtsgefühl, Rechts-

bewußtsein, menschliche Natur usw. Per circulum vitiosum wird die Rechtsordnung aus der sittlichen oder Weltordnung abgeleitet, ein metaphysischer Stammbaum. Der näheren Bestimmung dieser Begriffe, der Berücksichtigung des Klassenstandpunkts geht man vorsichtig aus dem Weg. Ebenso vermeidet man die Prüfung der Frage, warum das Recht in jeder Gesellschaft der Ausdruck der Ungleichheit und die Begünstigung der Stärkeren war. Im Anfang des XIX. Jahrhunderts leitete die deutsche historische Rechtsschule das Recht aus dem Volksgeiste, dem Rechtsbewußtsein des Volkes ab, in einer Zeit, da die überwiegende Mehrheit des Volks von der Gesetzgebung und Rechtsprechung vollkommen ausgeschlossen war.

Die Grundinstitution des Rechts, das Eigentum wird ganz formal bestimmt und aus den oben angeführten Rechtsquellen abgeleitet. Die Kühnheit dieser Abstraktion beleuchtet treffend MARX: „In eurer bestehenden Gesellschaft ist das Privateigentum für neun Zehntel ihrer Mitglieder aufgehoben, es existiert gerade dadurch, daß es für neun Zehntel nicht existiert.“ Auf sämtlichen Rechtsgebieten flüchtet die Rechtswissenschaft in die Hochburg der Form zurück, um unliebsame Untersuchungen über den wirklichen Ursprung und Inhalt der bestehenden Rechtsnormen zu vermeiden.

Untersucht man den Gehalt der ethischen Gebote, so sieht man, daß dieselben solche Tatbestände kanonisieren, die den Interessen der herrschenden Klassen entsprechen. (LORIA, KAUTSKY, MENGER.) Darüber was sittlich oder unsittlich ist, entscheidet nicht die „Allgemeinheit“, sondern diejenigen autoritären Faktoren, welche die Macht besitzen, der Gesellschaft ihren Willen aufzudrängen. Ethische Gebote werden auch erst dann befolgt, wenn sie mit der notwendigen Autorität auftreten können. Dieselbe Machtorganisation und der gleiche psychische Mechanismus, der dem religiösen Gebote und den Rechtsregeln Ansehen verschafft, sorgt auch für die Befolgung der Sittengesetze. Der Inhalt und das Resultat dieser Gesetze ist der Schutz des Eigentums. Sie fordern von den Untergebenen Vertrauen und Gehorsam, verurteilen jedwede gewaltsame Auflehnung gegen die Obrigkeit und sichern so die Unterwerfung der Massen. Freilich der Erfahrung gegenüber, die aufdringlich zeigt, wie die bevorrech-

teten Klassen diese „allgemeingültigen“ Regeln weder unter sich, noch besonders in bezug auf die unteren Volksklassen einhalten, haben diese Sittengesetze einen schweren Stand. Doch in dieser Bedrängnis ist Hilfe zur Hand: die Kirchenlehre vertröstet die Empörten damit, daß die Mächtigen und Reichen für ihr unsittliches Verhalten im Jenseits der ewigen Verdammnis verfallen werden.

Die sittliche Ordnung, die als Ursprung nicht nur der ethischen Normen, sondern auch der Rechtsordnung und besonders des Eigentumsrechts gilt, stellt sich — näher besehen — als Machtstütze der herrschenden Klasse heraus. Die Majorität der Gesellschaft ist von der Gestaltung dieser Ordnung vollkommen ausgeschlossen, ihr fällt nur die passive Rolle zu, derselben durch ihre Unterwerfung die notwendige Stabilität zu verleihen. Der Begriff der sittlichen Ordnung ist auch ein festgewurzelter „eingefahrener“ Vorstellungskomplex. Wer seinen Willen als Gebot der Sittenordnung darzustellen vermag, kann darauf rechnen, daß der Assoziationsprozeß für seine Zwecke günstig verläuft.

Auf die ethischen Probleme kommen wir noch wiederholt zurück.

Wir wollen noch die auf politischem Gebiete eine überragende Rolle spielende Abstraktion der Rasse erwähnen. Als ihr entscheidendes Merkmal werden bald die Sprache, bald die anthropologischen Eigenschaften, bald der Charakter oder der Geist hervorgehoben. Was diesem Begriffe so große Kraft verleiht, ist die gewaltsame Unterdrückung der widerstreitenden Elemente, besonders aber der Tatsachen der Klassengliederung. (KAUTSKY.)

Die verhüllende Wirkung aller dieser Abstraktionen kennzeichnet am besten der schmerzliche Ausruf BAKUNINS: „Die Geschichte der Menschheit war bis jetzt nur das beständige und blutige Opfer von Millionen armer, menschlicher Wesen für irgendeine unerbittliche Abstraktion: Götter, Vaterland, nationale Ehre, historische Rechte, politische Freiheit.“

Die Volkswirtschaftslehre, besonders aber die theoretische Nationalökonomie macht von der Abstraktion umfassenden Gebrauch. SMITH und RICARDO lehrten: der ökonomische

Eigennutz des wirtschaftenden Individuums sei die Grundlage und der beste Regulator der Wirtschaft. Das Individuum wird als von Staat, Klassen, Religion, Weltanschauung vollkommen isoliert betrachtet. Es entging aber ihrer Aufmerksamkeit, daß der überwiegende Teil der Bevölkerung infolge der Wirkung der verhüllenden Ideologien außerstande ist, den eigenen Nutzen zu erkennen, und daß selbst, wenn dies der Fall ist, die bestehende Gesellschaftsordnung sie an der freien Entfaltung des Eigennutzes verhindert und so im Wirtschaftsleben nur der Egoismus der herrschenden Klassen frei waltet. Sämtliche Schlagwörter des Merkantilismus, des Liberalismus, der Freihandels- und Schutzzollbewegung sind ähnliche, auf das Interesse der wirtschaftlich Stärkeren zugespitzte Abstraktionen. Freihandel, Gewerbefreiheit, laissez-faire waren Parolen, deren sich die emporkommende Bourgeoisie bediente, um die Fesseln der feudalen Wirtschaftsordnung, welche die Entwicklung des Kapitalismus hemmten, zu sprengen. Ihre Allgemeingültigkeit wurde nur vorgetäuscht. Das war die negative Seite dieser Abstraktionen; positiv bezweckten sie die Sicherung billiger, dem Konkurrenzkampfe ausgelieferter Arbeitskräfte. Der Begriff des Rechtsstaats, der sich jeder Einmischung in die Wirtschaft seiner Bürger enthält, diente hauptsächlich dem Zweck, die sozialpolitische staatliche Fürsorge zu hintertreiben. Machten hingegen die Arbeiter von der gepriesenen „Freiheit" für sich Gebrauch, so wurde die Staatseinmischung gegen sie von den Kapitalisten als selbstverständlich verlangt. Das Schlagwort des Schutzzollsystems, des Schutzes der produktiven Arbeit bedeutete immer nur gesetzliche Unterstützung der Industriellen und nie wirklichen Schutz der Arbeiter.

Es wurde schon erwähnt, daß Marx es war, der die wirkliche Natur dieser ökonomischen Abstraktionen mit unerbittlicher Konsequenz aufdeckte. Er zeigte, daß die ökonomischen Kategorien nur Daseinsformen, Existenzbewegungen und Beziehungen des Wirtschaftslebens sind und daß sie in verschiedenen Zeiten und Gesellschaften verschiedene Bilder zeigen. Die Menschen betrachten sie aber als ewige Kategorien, als personifizierte Wesenheiten, die über ihnen stehen. Marx erkannte den mystischen Zug, den Fetischcharakter der leitenden wirtschaftlichen

Begriffe, in erster Reihe der Ware, und zeigte, wie die Menschen von ihrem eigenen Machwerk beherrscht werden.

Die ältere Geschichtswissenschaft abstrahierte vollständig von den sozialen und wirtschaftlichen Tatsachen. Ihr Objekt war die Geschichte der Kriege, Dynastien, Staatsformen und herrschenden Klassen. Diese Methode ist noch heute stark verbreitet, ebenso die Auffassung, welche die großen Persönlichkeiten, die Genies für die Hauptfaktoren des historischen Geschehens hält. Sie sind nach HEGEL die Mittel, durch die sich die Idee mit Notwendigkeit verwirklicht. Ihnen wird eine überragende Stellung eingeräumt, sie stehen außerhalb der Erscheinungen, ihre Schöpfungen können niemals mit Hilfe der Verstandesprinzipien bewiesen werden. CARLYLE, EMERSON und NIETZSCHE haben den Heroenglauben, die Heldenverehrung neu belebt. Der übliche Geschichtsunterricht besteht einfach in Glorifizierung und Taten der herrschenden Klassen und auserwählter „großer" Männer, in Verheimlichung und Unterdrückung ihrer Verfehlungen und Schandtaten, wobei selbstverständlich diese Geschichte immer als die Geschichte der ganzen Nation auftritt. Das ist die beste Methode, das Autoritätsprinzip zur Geltung zu bringen: alles sieht mit Bewunderung und Vertrauen zu den großen Männern auf, die Gefühle der Furcht und Hoffnung, mystische Stimmungen werden assoziiert, die Willenskraft, der Wunsch nach Abänderung werden gelähmt, das Handeln wird den „berufenen" Schicksalslenkern überlassen.

Die Natur- und Formalwissenschaften bieten dasselbe Schauspiel. Auf allen Gebieten sind die leitenden Begriffe Abstraktionsprodukte mit Tendenz zur Allgemeingültigkeit. Dieses Streben folgt aus der dem ganzen sozialen Leben inhärenten Herrschaft des Autoritätsprinzips, der absoluten und apriorischen Ideologien, denen sich auch der Naturforscher schwer entziehen kann. Das Streben nach Formulierung allgemeingültiger Gesetze ist die Folge der durch die Betrachtung der politischen Zustände hervorgerufenen Assoziationen. Die Religion und die Metaphysik enthalten allgemeingültige Wahrheiten, sie erklären lückenlos sämtliche Probleme des Seins und Werdens. Will die Naturwissenschaft mit ihnen Schritt halten und ihre Konkurrenz bewältigen, so muß auch sie gleiches tun. Dies wird durch be-

wußte oder unbewußte Abstraktionen vorgetäuscht. Die naturwissenschaftlichen Abstraktionen üben wieder ihrerseits auf sämtliche Geistesgebiete assoziative Wirkung aus und stärken somit die autoritäre Weltanschauung.

Wird der „Welt des Seins" eine „Welt des Sollens" gegenübergestellt, so erfahren die Begriffe eine Rangerhöhung und verwandeln sich in Ideen und Ideale, in Musterbilder, die sowohl der Erkenntnis als dem Handeln Richtung geben, Ziele setzen und Maßstäbe für die Wertung liefern. Zugegeben, daß der Mensch der Ergänzung der Wirklichkeit durch eine von ihm selbstgeschaffene Idealwelt bedarf (F. A. LANGE), so können wir doch nicht übersehen, welche Gefahr diese Idealwelt für diejenigen Bestrebungen in sich birgt, welche die Gesellschaftsordnung der irdischen Welt abzuändern trachten. Jede Idealisierung besteht in einer Abstraktion, ein unvollkommener Begriff wird von seinen Unvollkommenheiten befreit. Bei dieser „dichtenden und schaffenden Synthese" erliegt man gar leicht der Versuchung, unter dem Einfluß der autoritären Ideologien für die Erhaltung der Gesellschaftsordnung günstige Ideen und Ideale zu schaffen. Nach WUNDT sind die Ideen „ergänzende Gesichtspunkte der Erfahrung". Doch wissen wir, daß diese Ergänzung auch in Verfälschung bestehen kann. Die Idee ist ein absoluter Maßstab der Wertschätzung, schafft eine hierarchische Über- und Unterordnung der Werte.

Seit KANT ist es Mode geworden, daß von den Ideen niemals konstitutiver, sondern nur regulativer Gebrauch gemacht werden kann. Sie sind durch keine Gegenstände der Erfahrung gegeben, sondern geben unserem Handeln die Richtung auf Vollkommenheit. Sie sind keine Aussagen über Dinge, sondern nur Forderungen. Alle diese Einschränkungen bieten aber keine Gewähr dafür, daß bei der Formulierung der Ideen verhüllende Tendenzen auftreten, vielmehr wird diese Gefahr noch dadurch vergrößert, daß sich die Ideen nach dieser Auffassung jeder Kontrolle durch die Erfahrung entziehen.

Gott ist nach KANT ein „fehlerfreies Ideal" und wir haben die unendliche Aufgabe uns ihm anzunähern. Bei diesem Idealbild ist es schon ganz in Vergessenheit geraten, daß es von irdischen Herrschern, von Menschengöttern durch Abstreifung ihrer

unvollkommenen Eigenschaften geschaffen wurde. Allerdings verursachte es der Theologie jederzeit viel Kopfzerbrechen, das göttliche Ideal vor Vorwürfen und Anklagen der durch die Erfahrung enttäuschten Menschheit zu verteidigen; ein großes Wissensgebiet, die Theodizee, verdankt diesem Umstand seine Daseinsberechtigung. Der Einfluß der Kirche, die allein zu entscheiden vermag, ob ein menschliches Handeln idealgemäß ist, wächst ungemein. Dieselbe Wirkung zeitigt auch das Postulat der Unsterblichkeit, denn das Idealbild des Jenseits, nach dem sich die meisten Menschen sehnen, steht ebenfalls in ausschließlicher Verwaltung der Kirche. Dank dem Einfluß der Bibel herrscht die Ansicht vor, daß wir von der Vollkommenheit abgefallen sind und daß dieser ideale Zustand hergestellt werden muß, was zu sehnsüchtiger Überschätzung der Vergangenheit führt.

Die nicht kontrollierbaren Begriffe von Gott und Unsterblichkeit treten mit solcher Autorität auf, daß ihre Allgemeingültigkeit allen Angriffen trotzen kann. Mit den ethischen Forderungen ist es schlechter bestellt. Würden sie substantiiert, dann könnte die enttäuschende Erfahrung den Glauben an sie leicht erschüttern. Hier muß also die verhüllende Taktik einen anderen Weg einschlagen. Die Form des Sittengesetzes, des ethischen Ideals wird als der Grund seiner Allgemeingültigkeit verkündet. Die Form kann weder genetisch noch ursächlich erklärt werden, sie ist überhaupt keine Frage der Wissenschaft, wie dies sogar von marxistischer Seite (MAX ADLER) behauptet wird. Auch von dieser Seite stammt die Begründung, daß die formale Beurteilung in jedem menschlichen Bewußtsein gleichmäßig wirkt. Diese Behauptung ist eine schlechthin apriorische, eine durch keine Erfahrung unterstützte Abstraktion, die von jedem Unterschied der Klassen, Zeiten, Völker absieht. Von diesem formalen Standpunkt aus ist es leicht verständlich, wenn KANT für das zentrale Problem der Ethik die Forderung aufstellt: was geschehen soll, ob es gleich niemals geschieht. Mit einer solchen Einschränkung ist die Allgemeingültigkeit wirklich leicht zu erreichen.

Untersucht man die große Anzahl der Definitionen der ethischen Ideale wie Pflicht, Tugend, Gut und Böse, Willensfreiheit so bemerkt man, daß — um die vollständige Blutleere zu vermeiden — in jede sich dennoch ein materielles Element

eingeschlichen hat. So z. B. definiert KANT die Pflicht als Notwendigkeit einer Handlung aus Achtung vor dem Gesetz; immerhin ist Achtung kein unverdächtiger Ausdruck. Ebenso sein kategorischer Imperativ, von dem wir schon früher festgestellt haben, daß er ein unvollziehbarer Begriff ist.

Ohne Anregung der Erfahrung hätten diese Ideen niemals formuliert werden können. Nachdem sie aber allgemeine Anerkennung erlangten, streiften sie sorgfältig alle Spuren der Erfahrung ab.

Auf sämtlichen Gebieten des geistigen Lebens sind solche Ideale anzutreffen. Patriotismus ist eine Abstraktion der Herrschaftsideologie, die Ideale einer feudal-militaristischen Kaste werden der ganzen Gesellschaft auferlegt. Die „Moral des Schwertes" (Loria), der Heldenkult, die Vergötterung persönlicher Stärke kommt nur dem Ansehen der herrschenden Klassen zugute. Von den unteren Volksklassen werden patriotische Opfer und Pflichten im Namen einer Idee verlangt, die dadurch entstand, daß man bei deren Bildung von den unteren Volksklassen vollständig abgesehen hat.

Durch die Idealisierung dienen Literatur und Kunst gleichfalls der Verhüllung.

Die meisten Ideale werden zu Symbolen. Der ganze ihnen zugrundeliegende Gedankengang stellt sich durch eine anschauliche Vorstellung dar. Durch die Lockerung des Zusammenhangs bleibt der bloße Name oder Gegenstand übrig, die Assoziationen knüpfen sich an das Symbol und der ganze Tatbestand wird verfälscht. Die Symbole treten meist personifiziert als übersinnliche Wesenheiten, als Machtsubjekte auf, denen gegenüber das Individuum machtlos dasteht. Ein solches Symbol, das Schicksal, hat OSWALD SPENGLER zum Urphänomen der Geschichte auserkoren.

Die symbolische Befriedigung spielt nicht nur auf sexuellem Gebiete, sondern auch in der Geschichte eine große Rolle. Die meisten politischen Schlagwörter sind repräsentative Vorstellungen, Symbole. Geht ihre Abstrahierung zu weit, so verlieren die Massen jedwede Orientierung und werden leicht mit Parteiprogrammen und Scheinreformen anstatt wirksamer Abänderungen befriedigt.

Die Idealisierung und Schematisierung sind auch in den Natur- und Formalwissenschaften von großer Bedeutung, da sie hier auch einem denkökonomischen Bedürfnisse entsprechen. Ihre Übertreibung – von methodologischen Nachteilen abgesehen – bewirkt mittelbar, daß dieses Beispiel infolge der großen Autorität dieser Wissenschaften auch auf politisch-wirtschaftlichem Gebiete Nachahmung findet.

Die Idealisierung erweist sich als besonders schädlich, wenn sie unerreichbare Ziele setzt, deren Verwirklichung die menschlichen Kräfte übersteigt. Sie führt zur Verzweiflung, Resignation und Mystik. Wir wollen nicht die Frage näher besprechen, ob Ideale notwendig sind. Doch gehört der ganze bisherige Idealschatz der übersinnlichen Sphäre an, die von ihnen veranlaßten Assoziationen führen unerbittlich zu den autoritären Ideologien zurück.

Wollte man eine ausführliche Logik der Verhüllung schreiben, so müßte man die soziale Bedingtheit sämtlicher Fehlschlüsse untersuchen. Diese sind entweder bewußte Sophismen oder unbewußte, ungewollte Paralogismen. Letztere entstammen der „sozialen" Dummheit der Menschen infolge der Verfälschung ihres Erkennens, Wertens und Wollens. Es seien hier nur einige typische Beispiele ohne jeden Anspruch auf Vollständigkeit erwähnt.

Zahlreich sind jene Fehlschlüsse, die durch Feststellung falscher Kausalzusammenhänge zustande kommen. MILL hat die einschlägigen Typen sehr ausführlich zusammengestellt. Meist handelt es sich um Verwechslung von Beobachtung und Folgerung, was gewöhnlich vorkommt, wenn die dominierende Vorstellung eine gefühlsbetonte autoritäre Ideologie ist. Jeglicher Aberglaube, der Glaube an übernatürliche Kräfte, der schon erwähnte Animismus und Fetischismus gehören hierher. Die Theurgie, der Glaube an die Beeinflussung der Götter im Interesse menschlicher Zwecke — der Ursprung und die Grundlage jeder positiven Religion — beruht auf einer fehlerhaft konstruierten Kausalität. Alte, längst verschollene wissenschaftliche Anschauungen setzen ihr Leben als Massenaberglauben mit zäher Beharrlichkeit fort. Die festgewurzelten Ansichten, daß Gedeihen und Verderben der Menschen von Verfügungen höherer Mächte ab-

hängen, werden auf Grund solcher falscher Beobachtungen generalisiert.

Zwei wichtige Fehlschlüsse sind besonders zu erwähnen. Der eine: post hoc, propter hoc besteht in der Verwechslung der Kausalfolge mit der Zeitfolge, Wir haben schon erwähnt, daß die Agitation und Taktik der reaktionären Parteien in Deutschland und Österreich gegen die republikanischen Regierungen vollständig auf diese Verwechslung eingestellt ist; für jedes Übel, das der Krieg entfesselt hat, will man die Republik verantwortlich machen. Ähnlich steht es mit dem zweiten Falle: cum hoc, ergo propter hoc. Dieser Schluß wird meist angewendet, um günstige Ereignisse der Tätigkeit eines Machtfaktors zuzurechnen. Dieses Verfahren ist besonders Herrschern gegenüber üblich: alles Günstige das sich unter ihrer Regierung ereignete, ist ihr Verdienst.

Ein sehr wichtiger Platz gebührt der Herstellung falscher Notwendigkeiten, die erfahrungsgemäß nicht kontrollierbar sind. Man konstruiert bestimmte Entwicklungsziele, man stellt Tendenzen fest, die mit unerbittlicher Notwendigkeit eintreten, und man wertet sämtliche Handlungen und Einrichtungen an diesen Zielen und Tendenzen. Besonders in der Politik ist es üblich, die verschiedenen Institutionen damit zu verteidigen und ihre Autorität zu erhöhen, daß sie im Interesse der erwünschten Ziele unentbehrlich seien und daß die Gesellschaft ohne sie nicht gedeihen könne. Es ist eine allgemein verbreitete Ansicht, die man auch mit Hilfe biologischer Betrachtungen bekräftigen will, daß Krieg und Mord immanente Bedürfnisse der menschlichen Natur und des Gruppenlebens sind, daher die Rüstung zum Kriege, die Bevorzugung der militärischen Einrichtungen eine unumgängliche Notwendigkeit sei. Auch Luther erklärte, daß Kriege und Würgen von Gott eingesetzt sind, um Unrecht und Böses zu strafen. Hierher gehören ferner der Messianismus, der Chiliasmus, die Eschatologie.

Die voreiligen Induktionen oder falsche Generalisationen entstehen dadurch, daß auf Grund weniger Fälle ein möglichst allgemeines Urteil gefällt wird, wobei die anderen, für die Urteilsbildung entscheidenderen Fälle übersehen werden. Diesen Fehlschluß hätten wir schon in Verbindung mit der Ab-

straktion behandeln müssen, da diese auch meistens eine fehlerhafte Verallgemeinerung ist. Von den zahlreichen Arten, die MILL aufzählt, seien nur angeführt: voreilige Folgerung von der Gegenwart auf die Vergangenheit und Zukunft und umgekehrt; Folgerung von der Mentalität und den Zuständen eines Landes auf die eines anderen. Gewissen Regierungsformen und Institutionen wird ohne Rücksicht auf den Stand der Gesellschaft absolute Güte zugeschrieben. Hierher gehören auch alle Negationen und Urteile, die eine Unmöglichkeit (ignorabimus) behaupten.

Die Induktion ist immer von gewissen Erwartungen begleitet, Assoziationen, Gewohnheit, Furcht und Hoffnung schreiben die Richtung der Erwartung vor. Der Fehler wird unkontrollierbar, wenn die Induktion in übersinnliche Gebiete hineinragt. (MACH.)

Beinahe alle anthropologischen Gesetze der Soziologie — Geburten der Reaktion — sind solche voreilige Induktionen. Auch das berühmte Bevölkerungsgesetz von MALTHUS ist eine unerlaubte Verallgemeinerung des ökonomischen Zustands in England zu Ende des 18. Jahrhunderts. In diese Kategorie gehören die meisten „allgemeingültigen" Wahrheiten, besonders jene, welche die Gleichartigkeit der Menschen in bezug auf die Erkenntnisfunktionen behaupten.

Bei den vorschnellen und falschen Analogien schließt man aus der Ähnlichkeit zweier Erscheinungen in einem Punkte auf ihre weitere und vollständige Ähnlichkeit. Manchmal ist sogar keine Ähnlichkeit vorhanden. Besonders die gewohnten Vorstellungen, die autoritären Ideologien können durch ihre suggestive Kraft Analogien leicht vortäuschen. Die politische und wissenschaftliche Reaktion ist eifrig am Werke, alle neuen Erfahrungswahrheiten und die damit verbundenen Theorien auf Grund rein äußerlicher oder gar nicht vorhandener Ähnlichkeiten ihren Zwecken dienstbar zu machen. So wird der vor kurzem noch so eifrig bekämpfte Darwinismus, die Vererbungslehre und überhaupt die ganze moderne Biologie dazu benützt, die Unterdrückung der wirtschaftlich schwächeren Klassen durch die Bevorrechteten zu rechtfertigen. Mittels Analogie des Wärmetodes (Entropie) will man dem naturwissenschaftlich gebildeten Publikum die Schöpfungsgeschichte mundgerecht machen. Die landläufige Geschichtswissenschaft hat die Tendenz, in der Vergangenheit die

Herrschaft derselben Ideen zu erblicken, die sie in den heutigen als vorherrschend behauptet, sie geht von der Analogie aus, daß die Menschen damals ebenso gedacht haben wie heute.

Jede Abstraktion kann gewissermaßen als Fiktion aufgefaßt werden. VAIHINGER bezeichnet als Hauptmerkmale der Fiktionen ihre ausgesprochen bewußte Unwirklichkeit und ihre Zweckmässigkeit. Er vernachlässigt in seinem Hauptwerke alle Fälle, in denen die Fiktionen nicht bewußt sind, und läßt die Wirkungen unbeachtet, welche die Fiktionen in bezug auf die Gesellschaftsordnung zeitigen. Die wichtigeren Fiktionen sind zugleich autoritäre Ideologien. Im Interesse der Minoritätenherrschaft ist ihre Wirkung teleologisch, in bezug auf die Gesellschaft dysteleologisch.

Bei allen diesen fehlerhaften logischen Operationen wird ein Vorgang befolgt, den MACH „Verdeckung der Forschungswege" genannt hat. Auch MILL sagt, daß die Menschen viele Meinungen haben, von denen sie nicht mehr wissen, wie sie dazu gekommen sind, doch glauben sie, daß dieselben dereinst genügend verifiziert waren, und leiten aus ihnen Sätze ab. Daher in jeder apriorischen Wissenschaft die Abneigung gegen die genetische Methode, welche die Forschungswege enthüllen und so die Allgemeingültigkeit der Sätze erschüttern müßte.

Die Geschichtswissenschaft beruht auf keiner unmittelbaren Erkenntnis, sie schöpft aus indirekten Quellen. Ihre hauptsächlichsten Operationen sind: Quellenkritik, Interpretation, Interpolation, Kombination, Zusammenziehung und Darstellung (BERNHEIM). Aus dieser bloßen Aufzählung ist ersichtlich, welche Bedeutung der Geschichtswissenschaft in bezug auf die Verhüllung zukommt.

Die Sprache ist das Mittel des Denkens, der Mitteilung, der Begriffsbildung und überhaupt sämtlicher logischer Operationen. Ohne sie keine Erkenntnis. Sie läßt sich aber Wucherzinsen für ihre Dienste zahlen. Die Sprache ist nicht eindeutig, die Worte enthalten teils durch Abstammung, teils durch Entwicklung sowohl innere als äußere Beziehungen, welche unerlaubterweise in das Denken und in die Begriffsbildung miteinbezogen werden (SPENCER). Die Ökonomie des Denkens hat die Tendenz, nicht für jeden Begriff, geschweige denn für jeden Bewusstseinsinhalt ein Wort zu bilden, sondern ein schon vorhandenes zu benützen. Die abstrakten Begriffe bekommen Namen,

die früher die Zeichen ganz konkreter Vorstellungen waren. Viele Worte erleiden im Verlauf der Geschichte einen Bedeutungswandel, sie bezeichnen jetzt einen ganz anderen Bewußtseinsinhalt als früher. Die Worte haben meist einen gewöhnlichen und einen metaphorischen Sinn, die verwechselt werden können. Jedes Wort kann Assoziationen einleiten, die noch an die ursprüngliche Bedeutung des Wortes anknüpfen, was dem Einflusse der Vergangenheit Tür und Tor öffnet.

Die Sprache ist tradionell, konservativ und unbeweglich. Sie widerspiegelt in erster Reihe die Anschauungen der Vergangenheit, das Wissen und die Erfahrung eines früheren Entwicklungsgrades. Sie ist noch immer geozentrisch, anthropomorphisch, sogar animistisch, bevorzugt den Dualismus und kennt nur den überpersönlichen, allmächtigen Gott, den Herrscher der Welt. Sie ist die Hauptstütze sämtlicher autoritärer Ideologien, beim Aussprechen und Hören der meisten Worte werden denselben günstige Assoziationen wachgerufen. Die Sprache ist päpstlicher als der Papst. Wir stimmen darin mit FRITZ MAUTNER überein, daß sie zur Verfälschung der Erkenntnis im höchsten Maße beiträgt.

Die meisten Sprachen gingen aus den Dialekten der herrschenden Klassen hervor. Der überwiegende Teil der abstrakten Begriffe stammt aus dem Lateinischen (Griechischen), der offiziellen Sprache der Kirche, der mittelalterlichen Staatsgewalt und der herrschenden Klassen.

Ich bin mir dessen bewußt, daß die vorliegende Abhandlung — trotz bester Absichten — von autoritären Ausdrücken wimmelt. Da ich aber weder die Fähigkeit noch die Macht besitze, eine neue Sprache zu schaffen und diese den Menschen aufzuerlegen, so bin ich gezwungen mich der überlieferten zu bedienen, um mich überhaupt verständlich machen zu können.

3. Ihre Technik.

Wir wollen an einigen Beispielen veranschaulichen, wie die bisherigen, mehr theoretischen Ausführungen im Verhalten der jeweils herrschenden Klassen ihre Bestätigung finden.

Künstliche Steigerung der Autorität. Im Orient — wie beinahe in jeder primitiven Gesellschaft — führen die

Vornehmen ihren Stammbaum auf die Götter zurück. Die homerischen Epen zeigen, daß dieser Gebrauch auch bei den Griechen allgemein üblich war. Nach den Evangelien stammt Jesus von König David ab. Als die griechische Bildung in Rom allgemein wurde, bemühten sich die Vornehmen um griechische Vorfahren. Vergilius führte die Familie von Caesar und Augustus auf Aeneas zurück. Doch Augustus schöpfte, um sein Prestige zu erhöhen, auch aus anderen Quellen und leitete seine unverletzliche Majestät aus dem alten Tribunenrechte ab. Diese Quelle war nicht so vornehm wie das Gottesgnadentum, doch in den Augen des Volkes durch gefühlsbetonte Erinnerung geheiligt. Sie verlieh daher der Person des Kaisers größere Sicherheit. Friedrich Wilhelm IV. nannte Gott seinen Lehensherrn.

Der mystische Schimmer, der die Macht umwebt, assoziiert in den Massen Furcht und Schauer, sichert den Einrichtungen den Schein des Geheimnisvollen, des Nichterforschbaren und entzieht sie so der menschlichen Kontrolle. Wo die Machthaber als Träger der öffentlichen Gewalt dem Volke gegenüber auftreten, bedienen sie sich umständlicher Zeremonien. Religiöse Zeremonien bei jedem öffentlichen Akt sollen noch heute betonen, daß zwischen den Machthabern und den höheren Gewalten eine unmittelbare Verbindung bestehe und daß die günstige Beeinflussung dieser nur durch jene möglich sei. Im Altertum waren es astrologische Deutungen, Vogelflug, Eingeweideschau, die jeder öffentlichen Handlung, jeder Machtäußerung die Weihe des Übernatürlichen, die Bestätigung durch den göttlichen Willen verliehen und dadurch den Gehorsam der Massen sicherten. Dieses Geheimwissen, die Fähigkeit zur Deutung der göttlichen Absichten war stets ein eifersüchtig bewahrtes Privileg der herrschenden Klasse, die es immer verstand, mit dessen Hilfe die von den Massen verlangten Abänderungen als den Gottheiten mißgefällig hinzustellen. Die komplizierte Liturgie der katholischen Kirche, der Gebrauch der toten lateinischen Sprache bezwecken, das Privileg des unmittelbaren Verkehrs mit Gott in der ausschließlichen Machtsphäre der Kirche zu erhalten.

Jede Macht jüngeren Datums strebt, sich die Äußerlichkeiten der historisch festgewurzelten Mächte anzueignen, um ihre Autorität mit denselben auf eine Stufe zu bringen. Napoleon ist

auch in dieser Hinsicht bewußt planmäßig vorgegangen, indem er bei feierlichen Anlässen womöglich dasselbe Zermoniell anwenden ließ, das unter den Bourbonen üblich geworden war, und in den Schulen lehren ließ, daß der Ungehorsam gegen das Staatsoberhaupt ebenso mit ewiger Verdammnis bestraft wird, wie die Verletzung der göttlichen Gebote.

Jede herrschende Klasse trachtet in ihrem Auftreten, in Lebensweise und Bildung den Unterschied zwischen sich und den Massen deutlichst hervorzuheben; meist dadurch, daß sie fremden Sitten huldigt, da das Ungewöhnliche und Unverständliche immer den Eindruck des Höheren, des Übernatürlichen erweckt.

Traditionskult. Die Verehrung der Vergangenheit und der alten Institutionen wird zur patriotischen Pflicht gestempelt. Jedes Streben nach Abänderung gilt als Vaterlandsverrat oder als Verstoß gegen die göttlichen Absichten und guten Sitten. Die „guten alten Zeiten" erhalten einen romantischen Glanz, die Güte der Einrichtungen wird an ihrem Alter gemessen. Da in der Vergangenheit auch immer eine Minorität herrschte, so erweisen sich Lobpreisung und Heiligsprechung der alten Institutionen als wirksames Mittel zur Kräftigung der bestehenden Herrschaft. Nach umstürzlerischen Bewegungen setzt besonders lebhaft eine Neubelebung des Traditionskults ein. Die Romantik des XIX. Jahrhunderts war eine Reaktion auf die französische Revolution. Die heutige Gegenrevolution zeichnet sich durch gesteigerten Traditionskult, durch Heldenverehrung und Totenbeschwörung aus. Die Erbschaft der Vergangenheit, der Druck der Überlieferung hindert Änderung der Gesellschaftsordnung weit mehr als der innere Gehalt der Rechtsinstitutionen und die sie schützenden Machtmittel.

Die ohnehin grosse Autorität der Bibel wird in den Augen der Massen in klarer Erkenntnis, daß sie jede grundlegende Einrichtung der bestehenden Gesellschaftsordnung anerkennt und heiligt, noch künstlich gesteigert. Dieser heilsamen Eigenschaft entspringt das Streben, zur Entscheidung der allerneuesten Tagesfragen die Bibel, oder bei den Juden den Talmud zu Rate zu ziehen.

Lobpreisung der eigenen und Herabsetzung der gegnerischen Bestrebungen. Aus der Vergangenheit sind

uns größtenteils solche Urkunden erhalten, welche die herrschenden Klassen und ihre Taten verherrlichen. Die Dichter und Historiker waren meist Hofleute der Herrscher und der Vornehmen und verewigten ihre angeblichen Verdienste. Solche Aufzeichnungen, die den gegenteiligen Tatbestand überlieferten, wurden vernichtet, die mündliche Tradition unterdrückt oder verfälscht. Dennoch bringen die älteren Geschichtswerke und Dichtungen in ihrer urwüchsigen Naivität hie und da auch die Schattenseiten der damaligen Zustände zum Ausdruck. Hingegen verfälscht und unterdrückt die moderne konservative Geschichtsschreibung planmäßig jede Tatsache, welche die bestehende Machtgestaltung schädigen könnte.

Jede Gesellschaftsordnung wird von ihren Nutznießern als Verkörperung der Vollkommenheit und Zweckmässigkeit hingestellt. Die preußischen Junker wähnten sich im Besitz der besten Verfassung, ebenso wie die polnische Schlachta und der ungarische Feudaladel. Georg III. nannte die englische Verfassung die vollkommenste menschliche Schöpfung. Wellington lehnte noch im Jahre 1830 die Wahlreformvorschläge mit der gleichen Begründung ab.

Mit unversöhnlichem Haß verfolgen die überlieferten Geschichtsquellen die revolutionären Bestrebungen des Altertums. Gajus und Tiberius Gracchus werden als eitle Demagogen und Volksbetörer dargestellt. Nachdem die Patrizier Gajus Gracchus und dessen Parteigänger ermordet hatten, errichteten sie zur Erinnerung eine Opferstätte, die den Namen „Tempel der Eintracht" trug: eine symbolische Abstraktion, bezeichnend für jede herrschende Klasse, welche die Eintracht sich nur so vorzustellen vermag, daß sie ihren Willen den unteren Volksklassen gewaltsam aufdrängt. Catilina steht als größter Verbrecher der Geschichte da, sein Widersacher, der bestechliche Cicero, als Moralheld und Vaterlandsretter. Diejenigen Historiker, die immer von dem „unglücklichen" Ludwig XVI., dem „unschuldigen Enkel sündiger Ahnen" sprechen, stellen die Revolutionsführer als Ungeheuer, als Verkörperung sämtlicher Laster hin. Ebenso verdammen die meisten Geschichtswerke die verschiedenen Bauernaufstände; sie sind in ihren Augen nur Raub, Plünderung und Mordbrennerei. Das war auch Luthers Urteil über den deutschen

Bauernkrieg, keine seiner Forderungen fand bei ihm Gnade und Verständnis.

Durch die Geschichte zieht sich wie ein roter Faden die Herabsetzung der niederen Klassen und ihrer Vertreter. Den Reigen eröffnet HOMER. In der Ilias wird THERSITES als die unsympathischeste Figur geschildert, der selbst nichtadelig, dem Adel fortwährend Opposition macht. Nicht nur im Mittelalter, sondern bis tief in die Neuzeit herein werden Bauer und Bürger als Inbegriff aller Laster, Gemeinheit und Unwürdigkeit beschrieben.

Die Kirche führt einen planmäßigen Kampf zur Herabsetzung der Wissenschaft. Nach ihr ist sie die Erbsünde, die zum Hochmut, zum Laster und zur Abtrünnigkeit führt. LUTHER hat auch in dieser Hinsicht sein Möglichstes geleistet, er spricht von der Hure Vernunft — genau so wie CALVIN.

Doppelpolitik und Doppelmoral. Dieselbe Handlung wird verschieden gewertet, je nachdem sie die herrschenden oder die unteren Volksklassen begehen. Die Revolution galt stets als verwerflich. Doch griffen die herrschenden Klassen immer zu umstürzlerischen Maßnahmen, wenn es sich um die Rettung ihrer Privilegien handelte. Die katholische Kirche, „der Würgengel der Revolution", fordert für sich offen das Recht der Auflehnung gegen den Staat, wenn dessen Gesetze ihre Vorrechte einschränken oder verletzen. Das englische geflügelte Wort: Right or wrong, my country wird auch in den Konflickten zwischen den verschiedenen Gesellschaftsklassen eifrig angewendet. Einverständnis mit dem Feind, Kampf gegen das eigene Vaterland wurde seit jeher als das Scheußlichste aller Verbrechen betrachtet. Nach 1789 aber flohen die französischen Aristokraten ins Ausland und hetzten sämtliche Regierungen Europas gegen ihr Vaterland. LUDWIG XVI. war damit, um seinen Thron zu retten, einverstanden. Vergebens suchen wir in den Geschichtswerken hochpatriotischer Verfasser nach einer Brandmarkung dieser Taten. In unseren Tagen sehen wir die Reaktion wieder eifrig um fremde Intervention zum Sturz der republikanischen Verfassungen bemüht. Die Wiener Monarchisten ermunterten offen die ungarische Regierung Österreich mit Waffengewalt anzugreifen, um die Monarchie herzustellen. Die leitende Rolle in diesen Aktionen fällt eben denjenigen gesellschaftlichen Schichten zu, welche bisher die laute-

sten Verkünder der Vaterlandsliebe waren. Die ganze Welt ist empört über die Gewaltmethoden des Bolschewismus, doch die Gegenrevolution predigt und übt das Recht zur Ermordung der politischen Gegner. In den internationalen Beziehungen kommt diese Doppelmoral besonders dadurch zum Ausdruck, daß die eigene Nation immer Verteidigungskriege, die Feinde dagegen Angriffskriege führen. Die Kirche befehdet im Namen der Gewissensfreiheit jede Verstaatlichung des Unterrichtswesens, verwahrt sich aber empört dagegen, wenn man den Gläubigen das Recht einräumen will, aus der Kirche auszutreten.

Auch in den primitiven Gesellschaften tritt die beschriebene Tendenz offen zutage. Das Tabu ist ein religiöses Verbot, das wirtschaftlich wichtige Gegenstände unter den Schutz der Religion stellt. Überall findet man das Vermögen der Häuptlinge, Priester und Vornehmen unter Tabu und seine Aneignung mit Todesstrafe bedroht; kein religiöses Verbot hindert dagegen die Vornehmen, die Ärmeren zu berauben.

Das Streben nach Änderung der Rechtsordnung und der Verfassung wird als Gotteslästerung, als unpatriotische Gesinnung, als Bruch der geheiligten Tradition bekämpft, wenn es sich um die Wünsche der Massen handelt; wie anders jedoch, wenn die Interessen der herrschenden Klasse in Frage kommen. Den Wunsch nach Übernahme zweckmässiger, ausländischer Einrichtungen bezichtigt man als Verleugnung der nationalen Eigenart; doch besteht die Rechtsgeschichte jedes Landes aus lauter Rezeptionen im Interesse der herrschenden Klasse. Diese schlug dabei immer den Weg ein, daß sie den Schein der Unabänderlichkeit der nationalen Rechtsordnung sorgfältig wahrte und die neuen Institutionen auf den „Schleichwegen des Lebens" ins Rechtssystem einschmuggelte. Klassische Beispiele liefert dafür die Geschichte des römischen und englischen Rechts. Das jus civile wurde von den Prätoren durch das jus aequum abgeändert, in England mußte das strenge common law infolge der Praxis der Court of Chancery dem Equity law weichen. In beiden Fällen hielt man aber das alte Recht formell aufrecht; seine Abänderung wurde öffentlich nicht zugegeben, sondern die neuen Sätze als Interpretation der alten, als Herstellung ihres wirklichen Sinnes angenommen. Die Prätoren und die Richter der Equitygerichte

waren Mitglieder der herrschenden Klasse und haben in der Rechtssprechung die derselben notwendigen Abänderungen durchgeführt; der Masse gegenüber blieb das Dogma der Unveränderlichkeit des alten Rechts aufrecht.

Ein weiteres lehrreiches Beispiel liefert die Bibelkritik. Das jüdische Priestertum hat die mosaischen Gesetze zweimal seinen Interessen gemäß abgeändert. Zuerst unter dem Könige JOSIA (621 v. Ch.), als der Hoheprister HISKIA das ursprüngliche Gesetzbuch beim Umbau des Tempels „fand" (Deuteronomium); und sodann im 5. Jahrhundert v. Chr., als der Schriftgelehrte ESRA das neuerlich „aufgefundene" mosaische Gesetz aus der babylonischen Gefangenschaft heimbrachte (Priesterschrift). Diese Einschübe begründeten die Vorherrschaft des Priestertums auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, ihre Echtheit zu bezweifeln hätte Gotteslästerung bedeutet.

Die Doppelzüngigkeit der herrschenden Moral kommt auf zweifache Weise zum Ausdruck. Entweder stellt sie solche Gebote und Ideale auf, die unmittelbar die bestehende Gesellschaftsordnung stützen oder sie setzt den handelnden Menschen unerreichbare Ziele. Letzterenfalls entsteht ein Dualismus zwischen den hehren Geboten der Moral und den irdischen Handlungen der Menschen. Jene lasten nur auf den Massen mit voller Wucht, die herrschenden Klassen können sie straflos verletzen, weil ihre Autorität, die Macht der Tradition, die Weihe durch die Kirche, sämtliche verhüllende Ideologien sie schützen und entlasten. Entdecken die Massen endlich diese Doppelzüngigkeit, so werden sie auf die Strafe vertröstet, welche die Vornehmen und Mächtigen im Jenseits unfehlbar erreichen wird.

Jede Moral besitzt eine esoterische und eine exoterische Fassung. Dieser Zweiteilung begegnet man bereits in den Sittennormen der primitiven Gesellschaften. Das Christentum brachte die vollständige Gleichstellung aller Menschen in bezug auf unerfüllbare ethische Pflichten. Die Praxis der katholischen Kirche führte unter Aufrechterhaltung dieser scheinbaren Gleichheit die mildere Behandlung der herrschenden Klassen ein. Der Probabilismus der Jesuiten stellt den vollständigen Durchbruch dieser Tendenz dar. Noch heute gilt die Feststellung NIETZSCHES, die er freilich in einem anderen Sinn gebraucht hat, daß die

Herrschenden stets sittlich sind, was immer sie auch begehen. Unter dem Schutze der erhabenen Ideen des Neuen Testaments gedeiht üppig eine Doppelmoral, welche die Menschen in zwei Klassen scheidet und dadurch die Machtverhältnisse deutlich und adäquat zum Ausdruck bringt. Die Schärfe einer Klassenherrschaft läßt sich an der Größe der Spannung zwischen den ethischen Idealen und der tatsächlichen Moral der herrschenden Klasse erkennen. Treffend sagt BAKUNIN: „Die Aktion des Herrgotts und aller göttlichen Idealitäten auf der Erde führte schließlich immer und überall zur Begründung des einer kleinen Zahl wohlbekommenden Materialismus auf dem fanatischen und beständig dem Hunger ausgesetzten Idealismus der Massen."

In einer Gesellschaft, die auf Ungleichheit beruht, zeitigt jedes Moralsystem, das für alle Menschen gleiche Gebote aufstellt, eine noch krassere Ungleichheit. Je erhabener die Sittengesetze lauten, desto mehr werden die sie befolgenden Menschen denjenigen ausgeliefert, die über die notwendige Macht und Autorität verfügen, um sich vor den Folgen ihrer unmoralischen Handlungen zu schützen. Diese Folge würde die Ethik von KANT zeitigen, wenn sie von den Massen überhaupt befolgt werden könnte. Nach KUELPE besteht die Verwandtschaft der christlichen Moral mit der KANTischen darin, daß „sie den moralischen Wert einer Person nicht nach ihren Talenten und Leistungen, nach ihrer gesellschaftlichen Stellung oder nationalen Eigenart, sondern bloß nach ihren rein menschlich-vernünftigen Eigenschaften bemißt". Das Phantom dieser Gleichheit in bezug auf die „menschlich-vernünftigen Eigenschaften" täuscht auch Sozialisten. Ebenso wurzellos ist das KANTsche Gebot: Handle autonom! Autonomie ist leerer Begriff. Der Mensch bringt schon in seinem Nervensystem heteronome Einflüsse mit, er kann notgedrungen nur heteronom handeln. Wer ihm rät, sich als vernünftiges Wesen, frei von allen heteronomen Antrieben autonom zu bestimmen, der liefert ihn unerbittlich den herrschenden heteronomen Einflüssen aus. Es ist daher nur folgerichtig, wenn KANT sich bei der Aufstellung des Sittengesetzes blutwenig darum kümmert, ob dieses befolgt werden kann. Seine Morallehre ist nur als eine Reaktion gegen den preußischen Polizeistaat ver-

ständlich, doch trägt sie letzten Endes zur Erhaltung sämtlicher Polizeistaaten bei. KANT hat sich durch die Verkündung dieses Moralgesetzes als der vornehmlichste „Bazillenträger" erwiesen, den die Geschichte der Wissenschaften kennt.

Formalismus. Das System der religiösen, ethischen und juridischen Regeln entwickelt sich allmählich zu einem unübersehbaren Komplex. Jede Kompliziertheit führt zur Bevorzugung der Form, die doch eine gewisse Orientierung im Wirrwarr der Regeln gewährt. Diese Bevorzugung entwickelt sich zur Überwucherung und Verknöcherung der Form, sobald die herrschende Klasse entdeckt, daß der Formalismus ein mächtiges Mittel zur Abwehr der Abänderungsbestrebungen ist. In den Formen finden sich nur die Gebildeten, die Mitglieder der privilegierten Klassen zurecht. Je unbeschränkter die Minoritätsherrschaft waltet, desto grausamer sind die formalen Forderungen der Rechtsordnung; die geringste Verletzung der Form kann den Rechtsunkundigen um seine Existenz bringen. Der Fortschritt der Rechtsentwicklung besteht in der allmählichen Zurückdrängung des übertriebenen Formalismus der Normen. In jeder Epoche führten die unteren Volksklassen einen zähen Kampf um schriftliche Fixierung der Rechtsregeln. Der ägyptische König BOK EN RAUF, der auf Wunsch des Volkes das bestehende Recht aufzeichnen ließ, wurde von den revolutionierenden Adeligen und Priestern besiegt und lebendig verbrannt (STERNBERG). Das schriftlich festgelegte Recht bedeutet dem den unteren Volksklassen vollständig unbekannten Gewohnheitsrechte gegenüber zwar einen Fortschritt, doch bleibt es weiter ein Gebiet des Formalismus, wo die rechtsunkundige Masse den von Juristen unterstützten herrschenden Klassen unterliegen muß.

Auf religiösem Gebiet machte sich eine gegenteilige Tendenz bemerkbar. Durch das Neue Testament geht ein demokratischer, sogar revolutionärer Zug; die Bergpredigt und die Aussprüche JESU könnten allen Abänderungsbestrebungen Vorschub leisten und solche assoziieren. Die Kirche nahm diese Gefahr wahr und zog die traditio divina unter ihre Kontrolle. Sie verfügte, daß die Aussprüche des Herrn durch die kirchliche Lehrgewalt zu formulieren seien. Sie machte aus den Worten CHRISTI ein Gesetz, dem gegenüber unbedingter Gehorsam verlangt wird und

dessen Auslegung allein der Kirche zusteht. So auch CALVIN. Die jüdische Rabbinerpraxis bestimmte sogar die Regeln, mit deren Hife der Talmud ausschließlich interpretiert werden darf.

Expropriation und Verfälschung der gegnerischen Bestrebungen. Wenn die Bestrebungen der Massen nach Abänderung der Gesellschaftsordnung nicht mehr niederzuhalten sind, macht sie sich die herrschende Klasse scheinbar zu eigen, um hierdurch die Bewegung unter ihre Führung zu bringen. Das bekannteste Beispiel aus dem Altertum ist die Annahme des Christentums durch die kaiserliche Bürokratie unter der Führung KONSTANTIN D. GR. Dadurch wurde aus einer proletarischen Religion die mächtigste Stütze der Klassenherrschaft. Das ungestüme Vorwärtsdringen des Sozialismus veranlaßte die Kirche, christlichsoziale Organisationen zu bilden; in kluger Berechnung, daß in der assoziativen Verknüpfung der beiden Schlagwörter der Sozialismus als neuere Vorstellung durch die biologisch festgewurzelten religiösen Vorstellungen assimiliert oder verdrängt wird. Nicht nur den Namen, sondern die ganze Terminologie und agitatorische Technik übernahm sie von der sozialistischen Bewegung. Es gibt christliche Gewerkschaften, Genossenschaften, Fachverbände usw. Die Kirche bekämpfte stets das Freimaurertum; doch als im 18. Jahrhundert diese Institution zu großer Verbreitung gelangte, gründete sie einen eigenen Freimaurerorden und es gelang ihr durch geschickte Taktik auch die Führung der protestantischen Logen an sich zu reißen. Als im 17. Jahrhundert der Skeptizismus um sich griff, benutzten die Jesuiten diese Stimmung, um durch skeptizistische Gründe den Glauben an den Protestantismus und die Autorität der Wissenschaft zu untergraben.

Denselben Weg beschreitet, obzwar mit geringerem Erfolg, die nationalistische Taktik, die gleichfalls bemüht ist, den Sozialismus für ihre Zwecke zu expropriieren. In jeder Gesellschaft und in jeder historischen Epoche produzieren die herrschenden Klassen Schlagwörter, die eigens auf die Massen gemünzt sind und die in diesen Kreisen volkstümlichen Programmpunkte expropriieren oder zurechtstutzen. Die Geschichte dieser argumenta ad hominem, richtiger ad massam, ist sehr wechselvoll. Die bewährteste Methode war zu allen Zeiten die Idealisierung

und Vergötterung des Bauerntums, der zahlreichsten Gesellschaftsklasse. In den letzten Jahrzehnten wurde dieses Schlagwort als einziges Rettungsmittel gegen das Emporkommen des Sozialismus allgemein und mit Erfolg angewendet. Es ist noch in Erinnerung, welch große Erfolge KARL LUEGER in Wien zeitweilig mit dem Schlagworte vom „kleinen Manne" erzielt hat.

Es wurde bereits erwähnt, daß sämtliche Errungenschaften der modernen Wissenschaft zuerst von der Kirche und den herrschenden Klassen befehdet, dann zur Aufrechterhaltung der Gesellschaftsordnung benützt und zurechtgestutzt wurden.

Anpassung der alten Lehren. Auf diesem Gebiete fällt die führende Rolle wiederum der Kirche und der Theologie zu. Beide hatten den Ergebnissen der Bibelkritik und dem Fortschritt der Naturwissenschaften gegenüber einen schweren Stand. Die protestantischen Theologen haben sich bemüht, die gefährdeten Positionen aufzugeben und so das Wesen des Glaubens zu retten. Sie erklärten, daß mit dem Dogma nicht auch der Glaube fallen müsse, denn der letztere hänge nicht davon ab, ob die Ereignisse historisch wirklich so verlaufen seien, wie die Heilige Schrift es schildert. SCHLEIERMACHER verkündete, daß die Religion als ein inneres Erlebnis tief im Gefühle wurzle und daß die Erlösung kein geheimnisvoller Akt sei, sondern innerhalb des religiösen Erlebens liege. Man nahm ferner den Standpunkt ein, daß die Gottheit JESU kein objektiver Tatbestand, sondern nur ein Werturteil der Gläubigen sei, daß die Wunder und Visionen des alten Testamentes nicht wörtlich zu nehmen, sondern als ekstasische religiöse Erlebnisse betrachtet werden müßten. Alle diese Anpassungen dienten dazu, den stark erschütterten Glauben des intellektuellen Mittelstandes durch große Konzessionen zu retten, die Religion ganz in die Gefühlssphäre zu verlegen, in der Annahme, daß man dank dieser neuen Einstellung dieselbe Assoziationen erwecken könne, wie mit der alten. In der Behandlung der Massen blieb die frühere dogmatische Methode aufrecht. Die katholische Kirche war infolge ihrer Machtstellung und ihres glänzend funktionierenden Assoziationsmechanismus weniger zu Zugeständnissen gezwungen. Das Liebäugeln mit dem Modernismus wurde nach zeitweiligem Schwanken schonungslos unterdrückt. Die gebildeten Schichten aber, deren Glaube durch den

naturwissenschaftlichen Fortschritt stark ins Wanken geraten war, hielten dennoch an der Kirche fest, weil sie ihre unschätzbaren Dienste um die Erhaltung der Gesellschaftsordnung gehörig zu werten wissen.

Die gleiche Anpassung zeigte die konservative Soziologie, besonders die Anthropologie, die es verstand, ihre Forderungen und Schlagworte in das Gewand der neuen biologischen und physikalischen Theorien einzukleiden.

Theodizee. Es war von jeher die wichtigste Aufgabe der Theologie, Gott gegenüber dem Übel, das trotz seiner Allmacht und Liebe auf der Welt herrscht, zu rechtfertigen. Die Verteidigung stellt entweder das Übel überhaupt in Abrede oder betrachtet es als Prüfung Gottes, als Mittel zur Erfüllung seines Heilplanes. Diese Erfüllung wird in das unkontrollierbare Jenseits verlegt. Mill macht darauf aufmerksam, daß die Lehre von der göttlichen Güte und die Tatsachen der Statistik in Widerspruch stehen, daß aber niemand hieraus Konsequenzen zu ziehen wage, weil das die Weisheit und Güte Gottes tadeln hieße. Die Unanfechtbarkeit des Standpunktes wird noch durch Hinzufügung der Lehre von der Erbsünde gesteigert, auf Grund deren selbst der tugendhafteste Mensch leiden und büßen muß. Die Sünden und Verbrechen der herrschenden Schichten entschuldigt man damit, daß sie auch dazu dienen können, die unerforschlichen göttlichen Absichten zu erfüllen. Das vorgeschriebene Verhalten zur Vermeidung von Sünde ist so kompliziert, daß niemand sicher sein kann, wenn auch unbewußt, der Sünde zu verfallen. Die Vertröstung auf die Zukunft ist die Peitsche, welche die Menschen vorwärtstreibt und sie zur Erduldung des Übels zwingt. Diese Hoffnung ist schier unerschöpflich; mag die Enttäuschung noch so schwer sein, der Mensch erhebt sich wieder und hofft weiter. Alle Religionen kennen die Theodizee, zur höchsten Entfaltung hat sie aber die katholische Kirchenlehre gebracht; denn keine Religion versprach den Menschen so Ungeheueres wie das Christentum. Übrigens ist, wie beinahe dessen ganze autoritäre Ausrüstung, auch das System der Theodizee dem geistigen Arsenal der jüdischen Religion, dem Alten Testament entnommen. Sie dient als Mittel, um die Verantwortlichkeit für die Gesellschaftsordnung auf den nichtverant-

wortlichen Gott zu überwälzen. Ihre Dienste sind für die Gesellschaftsordnung unvergleichlich wichtiger als der Schutz der bewaffneten Macht.

4. Organisation der Verhüllung.

Diese Organisation beschreiben, hieße das Gesamtgebiet der Wissenschaften bearbeiten. Wir bemerken nur, daß ihre integrierenden Bestandteile Kirche, Schule, Wissenschaft, Presse, Kunst, Dichtung, der psychische Mechanismus der öffentlichen Meinung sind. Ihre vornehmlichste Aufgabe besteht darin, das Denken im Interesse der Erhaltung der Gesellschaftsordnung zu mechanisieren, die Menschen in Denkmaschinen zu verwandeln, ihr Denken in ein autoritäres Schema hineinzupressen. Der Vorstellungsschatz wird limitiert und dafür gesorgt, daß die dem beabsichtigten Ziel günstigen Ideologien das Übergewicht behalten. Diesen Ideologien fällt in der geistigen Welt die Rolle der Polizei zu.

IV. Die Enthüllung.

Bei der Behandlung der Verhüllung wurden bereits die enthüllenden Tendenzen besprochen. Wir heben daher hier nur hervor, was das unterscheidende Merkmal der Enthüllung ausmacht, und wiederholen bloß das unumgänglich Notwendige.

Die Erfahrung ist immer am Werk, die Menschen über Änderungen in der Innen- und Außenwelt auf dem Laufenden zu erhalten. Die den inneren Einwirkungen entstammenden Bewußtseininhalte orientieren über die eigenen Bedürfnisse, die äußeren registrieren die in der Umwelt eingetretenen Änderungen, die psychisch-biologische Reaktion beider lenkt die Aufmerksamkeit auf die Möglichkeit einer besseren Bedürfnisbefriedigung durch Anpassung an die geänderten Zustände. Die entscheidende Rolle in diesem Prozeß kommt den Änderungen der Produktionsverhältnisse zu, von denen vornehmlich die Bedürfnisbefriedigung abhängt. Die Erfahrung zeigt, daß ein bestimmter Komplex der äußeren Erfahrungstatsachen, der aus denkökonomischen Rücksichten unter dem Namen der Gesellschaftsordnung zusammengefaßt wird, mit den Änderungen der Produktionsverhältnisse nicht Schritt hält, zu ihnen in Gegensatz gerät.

Die gedankliche Verarbeitung dieser sämtlichen Einwirkungen drängt dazu, diesen immanenten Gegensatz durch Willenshandlungen, durch Abänderung der Gesellschaftsordnung aufzuheben.

Die Erfahrung regt immer neue Ideologien an, die den geänderten Verhältnissen Rechnung tragen. Mit ihrer Hilfe geht die Erkenntnis der Abänderungsbedürftigkeit auf politisch-wirtschaftlichem Gebiete vonstatten. Daß die Willenshandlungen dieser Erkenntnis nicht immer auf dem Fuße folgen, kommt daher, weil die religiösen und metaphysischen Ideologien dieselbe verfälschen und das Wollen in gegenteiliger Richtung beeinflussen. Die Tendenz zur Abänderung ist immer vorhanden, fraglich ist nur, wann sie zum Durchbruch gelangt. Die Aufgabe, ihr zum Sieg zu verhelfen, fällt der Enthüllung zu.

Man kann negative und positive oder richtiger *destruktive* und *konstruktive* Enthüllung unterscheiden. Jene besteht im Niederreißen, in der Vernichtung und Entschleierung der verhüllenden Ideologien, diese liefert die Ideologien, welche die Menschen dazu bewegen, sich für eine bestimmte neue Gesellschaftsordnung einzusetzen.

Ist der Eindruck der äußeren Einwirkungen genügend stark, um nicht von den autoritären Ideologien assimiliert zu werden, so bewirkt er bereits durch einfache Betrachtung der sozialen Verhältnisse die Enthüllung ohne planmäßige Vorbereitung und apperzeptive Tätigkeit. Diese Enthüllung *via facti*, die in einer durchgreifenden Desillusion der Massen Ausdruck findet, hat die Untergrabung der Gesellschaftsordnung und ihrer einzelnen Einrichtungen in jedem Zeitalter mächtig gefördert. Die Enttäuschung und in ihrem Gefolge Empörung schaffen die Stimmung, die den Revolutionen vorausgeht. Das Schicksal der Institutionen teilen auch die sie stützenden Ideologien. SPENCER sagt, daß der Übergang vom Polytheismus zum Monotheismus am meisten durch die Unzufriedenheit mit einzelnen Göttern und durch die besondere Zufriedenheit mit einem bewirkt wurde. Die Religiosität bei den Juden war nur in Zeiten politischer und wirtschaftlicher Prosperität groß, da sie in dieser ein Zeichen göttlichen Wohlwollens sahen; sobald aber eine Katastrophe nahte, suchte man Zuflucht bei den heidnischen Göttern. Der unglückliche Ausgang der Kreuzzüge förderte eine ketzerische

Stimmung, der Ablaßhandel und die Mißbräuche des Klerus brachten das Papsttum und die Kirche um ihr Ansehen und ebneten den Weg zur Reformation. Die Handlangerdienste, welche die Kirche heute dem Kapitalismus leistet, öffnen die Augen der Arbeiter und treiben sie in das Lager der Sozialdemokratie. Der ökonomisch-militärische Verfall des Rittertums brachte die ganze mittelalterliche Gesellschaftsverfassung zu Falle; ebenso wendete sich das Bürgertum gegen den Feudalismus, als sich seine vollständige Impotenz den Anforderungen des modernen Wirtschaftslebens gegenüber zeigte. Der durch die Kriegswirtschaft entfaltete freie Raub ließ die wahre Gestalt des Kapitalismus erkennen und als infolge des militärischen Zusammenbruchs der Nimbus der Machthaber verloren ging und ihre Schwäche sich enthüllte, brach zuerst in Rußland und dann in Mitteleuropa die Revolution los. Dieses Schicksal teilten auch die nationalistischen Schlagworte, die vorübergehend vollständig ihren Kredit verloren. Ähnliches ist auf dem Gebiet der Naturwissenschaften zu beobachten, wo die Eindringlichkeit der Erfahrung allmählich die Unzulänglichkeit veralteter Theorien enthüllt.

Die Enthüllung hat verschiedene Voraussetzungen und wirkt verschieden auf die gebildeten Schichten und auf die großen Massen. Jene sind der Enthüllung zugänglicher, bereits geringe Änderungen in der Aussenwelt, wenige Erfahrungstatsachen können ihren Glauben an die autoritären Ideologien und an die Gesellschaftsordnung erschüttern; der Vorstellungsschatz der Massen ist dagegen beschränkter, fester verankert und gerät daher schwerer ins Wanken.

Im Zeitalter des Kapitalismus ist die industrielle Arbeiterschaft die Trägerin der revolutionären Bewegungen geworden, weil die Konzentration und die Akkumulation des Kapitals ihr den Zusammenhang der ganzen Gesellschaftsordnung aufdeckte und ihr auf höherer Stufenleiter vor Augen führte, daß die Änderung ihres Loses nur durch vollständige Umgestaltung der Gesellschaftsordnung möglich ist. Diese Erkenntnis war so überwältigend daß sie die Wirkung der autoritären Ideologien aufhob. Die sozialdemokratische Arbeiterschaft hat sich stärker als je eine unterdrückte Klasse von der Herrschaft der religiösen Ideen befreit. Warum diese

Loslösung doch keine vollständige war, besprechen wir im letzten Kapitel. Das Industrieproletariat erkannte zuerst klar und deutlich, daß es zur Überwindung der bestehenden Gesellschaftsordnung einer neuen Weltanschauung bedarf und daß die eingefleischten „gesellschaftlichen Bewußtseinsformen . . . nur mit dem gänzlichen Verschwinden des Klassengegensatzes sich vollständig auflösen" (Marx).

Loria hat eine großzügige soziologische Theorie entwickelt, indem er die Gestaltung der Geschichte aus der Zweiteilung des Einkommens in Grund- und industrielle Rente erklärte. Die zwei Klassen, welche diese Renten genießen, befehden einander, und es ist Sache des Proletariats, aus diesem Kampf den größtmöglichen Nutzen zu ziehen. Dieser Kampf hat zur Folge, daß die streitenden Klassen nicht nur einander schwächen, sondern auch gegenseitig die autoritären Ideologien, auf denen ihre Herrschaft beruht, enthüllen und so zur Aufklärung der Massen beitragen. Der Antiklerikalismus des Bürgertums ist das bekannteste Beispiel dafür.

Die freiwillige Unterwerfung der Massen ist eine Folge der Autorität, welche die Gesellschaftsordnung in ihren Augen genießt. Sowohl die ungewollte (via facti), als auch die planmäßige Enthüllung erschüttert diese Autorität. Diese Wirkung tritt ein, wenn die suggestive Kraft derjenigen Ideologien, die der Gesellschaftsordnung Autorität verschaffen, bereits gelähmt ist. Die Enthüllung wirkt erst dann konstruktiv, wenn zugleich in den Massen die Vorstellung einer solchen Gesellschaftsordnung aufkommt, die sie als mit ihren Interessen übereinstimmend erkannt haben.

Die Wirkung der Enthüllung wird vollständig, wenn sie auf allen Gebieten des menschlichen Erkennens und Wollens mit der Absolutität aufräumt. Nur die folgerichtig durchgeführte und ins Denken organisch eingegliederte relativistische Auffassung kann die Menschen aus dem Bannkreis der autoritären Ideologien losreißen. Es muß im Bewußtsein stets lebendig erhalten werden, daß es keine absolut-allgemeingültigen Wahrheiten, Normen und Werte gibt, daß ihre Gültigkeit sich nur auf bestimmte Subjekte bezieht, nur auf Grund gewisser Voraussetzungen unter bestimmten Verhält-

nissen vorhanden ist. Um die mit der EINSTEINschen Relativitätstheorie aufgekommenen Ausdrücke zu benützen, die Gültigkeit der Wahrheiten und Werte hängt davon ab, welcher Bezugskörper oder Standort gewählt, wohin der Koordinatenmittelpunkt der Betrachtung verlegt wird. Denkt man als Bezugskörper nicht mehr den Monarchen oder die herrschende Klasse, betrachtet man den Geschichtsverlauf aus einer anderen Perspektive als bisher, wird der Mittelpunkt des Geschehens aus den „idealen" Sphären in die materiellen, in die Produktionsverhältnisse verlegt, so erhalten die absoluten Wahrheiten ein völlig geändertes Angesicht. Der Staat, die Rechtsordnung büßen ihre Absolutität ein, wenn man erkennt, daß sie nur Machtorganisationen der Minoritätsherrschaft sind. Ebenso verblassen die absoluten Werte, wenn man weiß, daß sie von einem einseitigen Standpunkte aus bestimmt worden sind. VAIHINGER bezeichnet als Grundgedanken jedes Reformators, das Bestehende als Spezialfall zu betrachten. Man kann die enthüllende und revolutionäre Wirkung dieser Betrachtungsweise nicht hoch genug einschätzen.

Die Relativität wird öfters als Verfallsprodukt, als Weltanschauung der Verfallsperioden betrachtet. Diese Behauptung beruht auf optischer Täuschung. Die relativistische Auffassung ist zu allen Zeiten wirksam, solange aber eine Gesellschaftsordnung noch die notwendige Macht besitzt, sucht sie womöglich jedes Aufkommen des Relativismus zu unterdrücken, so daß er in weitem Umfang erst dann zum Durchbruch kommt, wenn die bestehende Ordnung bereits erschüttert ist.

Die Enthüllung bewirkt ferner die Ausmerzung jeglicher Apriorität. Nur solche Begriffe und Prinzipien können Geltung beanspruchen, die aus der Erfahrung stammen und durch sie verifiziert werden können. Empirismus, Positivismus und Materialismus sind diejenigen philosophischen und erkenntnistheoretischen Richtungen, die der Enthüllung dienen, wobei in die zwei ersteren die Apriorität durch idealistische Elemente leicht eingeschmuggelt werden kann, während der Materialismus durch seinen Dogmatismus und seinen Hang zur Absolutität sehr oft verhüllende Tendenzen zeitigt. Das biologische Apriori (MILL, SPENCER, MACH), die Ansicht, daß die „apriorischen" Elemente unserer Erkenntnis im Verlauf der bio- und ontogenetischen

Entwicklung erworben sind, unterscheidet sich grundsätzlich von der Apriorität in dem bisher besprochenen Sinn, weil es ein empirisch-genetischer Begriff ist und keine Allgemeingültigkeit vortäuscht.

Die Enthüllung zeigt, daß sämtliche soziale Einrichtungen, die führenden religiösen und ethischen Ideen auf dem Macht- und Herrschaftsprinzip beruhen. Sie müssen den Platz solchen räumen, die sich auf Interessensolidarität und Kooperation aufbauen. Der jetzige Begriff des Staates und der Nation muß durch einen solchen ersetzt werden, der die Verwirklichung der Definition von RENAN darstellt: „Die Existenz der Nation ist ein Tag für Tag fortgesetztes Plebiszit".

Mit der Absolutität und Apriorität verschwinden auch die mit ihnen verbundene Hierarchie und Rangordnung der Begriffe, Ideen, Wissenschaften und Institutionen. Sowohl diese Einteilungen wie auch die dualistische Gegenüberstellung verbleiben nur noch als methodische Hilfen und denkökonomische Verfahren, doch nicht mehr als Werturteile. Das gilt auch für die Rangpriorität der Form. Ist die Änderung der Materie, des Inhaltes grundlegend, so zeigt sich die Unwesentlichkeit der Form, daß sie nichts aus sich heraus schaffen kann und daß sie nur Betrachtung der Erscheinungen von einem bestimmten Standpunkt, nur ein Beziehungskomplex unter mehreren möglichen ist. Der Durchbruch der genetischen Methode zerstört vollständig den Formaberglauben.

Zugleich verschwindet die künstliche Rangordnung zwischen denknotwendigen und Erfahrungswahrheiten (Wissenschaften). Die zwei aprioriischen Musterwissenschaften, die Logik und die Mathematik, haben in der letzten Zeit ihre Autorität erheblich eingebüßt. Von der Logik haben wir das schon früher festgestellt. Ergänzend sei noch bemerkt: Alle Grundsätze der Logik sind auf den Satz von der Identität zurückzuführen, der selbst aber keine sich dem Denken unwiderstehlich aufdrängende Wahrheit, sondern nur eine Definition ist. Ebenso verlor die syllogistische Deduktion ihren mystischen Glanz. Man weiß heute, daß sie zu keinen neuen Erkenntnissen führt und daß der Obersatz überhaupt nicht allgemein ausgesprochen werden darf, bevor man des Schlußsatzes sicher ist. Sie ist ein bequemes Werkzeug, doch keine apriorische Weisheitsquelle.

Die Autorität der Mathematik ist Dank ihrer praktischen Verwendbarkeit nicht so empfindlich erschüttert wie die der Logik. Doch hat MACH festgestellt, daß sie keine Naturgesetze vorschreiben kann, daß sie der Verifizierung durch die Erfahrung bedarf und daß die Geometrie eine Abstraktion und Idealisierung der Erfahrung ist. VAIHINGER bewies, daß alle mathematischen Grundbegriffe imaginative und widerspruchsvolle Fiktionen sind. Nach POINCARÉ sind die mathematischen und geometrischen Axiome Definitionen, verkleidete Uebereinkommen und Festsetzungen. Mehrere Geometrien sind möglich und die Erfahrung entscheidet darüber, welche von ihnen die bequemste ist. SPENGLER behauptet, jede Kultur habe eine andere Mathematik. Die relativistische Theorie EINSTEINS betrachtet die Geometrie als Zweig der Physik. Mit dieser Entgötterung der Mathematik wird die Transzendentalphilosophie KANTS in ihren Grundfesten erschüttert, weil ihm die Apriorität der Erkenntnis „eben" durch die Dignität der Mathematik und Naturwissenschaft verbürgt war. (KONSTANZE FRIEDMANN.) Mit der apriorischen Mathematik fällt überhaupt die stärkste Stütze der autoritären Auffassung, denn ihre Anbetung half den Hang zur Absolutität und Apriorität in solchen Schichten erhalten, die sich von den religiösen Vorurteilen schon befreit hatten.

Sowie die Verhüllung bemüht ist, die Menschen gegen den Himmel zu treiben, muß die Enthüllung sie auf den sicheren Erdboden zurückbringen. Wie die Gesellschaftsordnung als Minoritätsherrschaft enthüllt ist, verliert sie ihren mystisch-romantischen Zug.

Zur Enthüllung trägt gewaltig das Verfahren bei, das wir Plebeisierung des Erkennens nennen wollen. Dieses wendet solche Erkenntnisarten und Methoden an, die aller Feierlichkeit und hochtrabenden Prinzipien bar, unmittelbar aus der Erfahrung schöpfen und den anthropozentrisch-idealistischen Größenwahn aufheben, wie z. B. der Materialismus, die Deszendenztheorie, die vergleichende Biologie, die Psychophysiologie, überhaupt jede Wissenschaft, die von „unten" anfängt. Der Naturalismus in der Kunst und der Literatur zeitigt dasselbe Resultat. Als weitere Beispiele wollen wir endlich den MACHschen Positivismus erwähnen, der in den „erhabensten" Dingen nur mehr

oder minder beständige Beziehungskomplexe sieht, und die Freudsche Psychoanalyse.

Die Hypostasierung und Kanonisierung fallen, wenn sie nicht denkökonomischen Bedürfnissen entspringen, als Folgen des Vorherrschens der Absolutität und Apriorität mit diesen. Bei allen diesen Denkmethoden ist die Gefahr der Verhüllung geringer, wenn man sie bewußt betreibt und dies auch den Massen beibringt.

Geht der Enthüllungsprozeß in den Naturwissenschaften vor sich, so wird ihre Wirkung bald auf politisch-wirtschaftlichem Gebiete fühlbar, wie dies eben bei der Einsteinschen Relativitätstheorie beobachtet werden konnte.

Die psychische Energie, die zur Abschüttelung der eingewurzelten Ideologien erforderlich ist, wird entweder durch den Eindruck der Ereignisse erzeugt oder durch Erziehung, Aufklärung und Gewöhnung. Enthüllung ist ohne Aufhebung der „sozialen Trägheit" der Massen unmöglich, nur durch psychische Anstrengung kann die Verfälschung der Erfahrung durch apriorische Denkzutaten verhindert werden. Erziehung zum selbständigen Denken, eine unausgesetzte Aufklärungstätigkeit und Kontrolle des Vorstellungsschatzes der Massen sind die besten Mittel dazu. Eine Loslösung von den Scheinproblemen und den Fragen über die letzten Gründe tut bitter not. In den Enthüllungsperioden verschwinden diese Probleme wie vom Wirbelwind weggefegt.

Furcht und Hoffnung verlieren an sozialer Gefährlichkeit, wenn ihre Verknüpfung mit übernatürlichen Mächten und Kräften zerrissen oder geschwächt wird. Die zunehmende Organisierung der arbeitenden Klassen flößt dem Arbeiter Vertrauen ein, da er nicht mehr als Einzelner der Macht gegenüber steht. Es schwindet seine Furcht, er sieht die Gesellschaftsordnung nicht mehr als mystisches Wesen an und hofft auf die Kraft der Organisation. Die nüchterne positivistische Richtung in den Wissenschaften hat ebenfalls günstige Wirkungen gezeitigt, sie schwächte den Eindruck des Wunderbaren ab und hat es auf einfache Formeln gebracht. Schon Holbach betonte, daß der Materialismus wohltätig wirke, weil er denjenigen, der weiß, daß alles Geschehene notwendig ist, von trügerischer Hoffnung und quälender Furcht befreit und in der Gegenwart glücklich zu sein lehrt. Die Abkehr vom

Jenseits und die Verlegung des Glücksideals ins irdische Leben wird der Verhüllung die stärkste Stütze entziehen.

Die historische Rolle der Liebe und Achtung hängt davon ab, ob ihr Vorstellungsinhalt für oder gegen die Erhaltung des Bestehenden wirkt. Je mehr das Gefühl der Solidarität in den Massen wächst, je mehr die wahre Gestalt der Minoritätsherrschaft erkannt wird, desto mehr schwindet die Achtung vor der herrschenden Klasse und reift der Haß gegen die bestehende Gesellschaftsordnung.

Die Änderungen in der Außenwelt lenken die Aufmerksamkeit der Menschen auf die Abänderungsbedürftigkeit der sozialen Einrichtungen. Der planmäßigen Enthüllung fällt die Aufgabe zu, zu verhindern, daß die autoritären Ideologien wieder das Übergewicht erlangen und die Aufmerksamkeit durch Aufstachelung der nationalen und religiösen Leidenschaften ablenken.

Die Geschichte liefert unzählige Beispiele datür, daß in krisenhaften Perioden auch die zwei größten Machtorganisationen, Kirche und Armee, ihren Einfluß auf die Seelen verlieren. Sache der planmäßigen Enthüllung ist es, ihre verhüllende Wirkung auch in normalen Zeiten zu paralysieren. Ebenso muß der ungebührliche Einfluß der Bibel auf das allergeringste Maß reduziert werden; sie kann höchstens als wertvolles historisches Dokument, nicht aber als Moralkodex und oberste Richtschnur dienen.

Eine neue Erziehung, eine planmäßig enthüllende Pädagogik muß überall die alte verdrängen. Die Mechanisierung der psychischen Vorgänge besitzt denkökonomische Vorteile, doch muß dafür gesorgt werden, daß nicht die autoritären Ideologien den Mechanisierungsprozeß beherrschen. Die Bereicherung und Reinigung des Vorstellungsschatzes der Massen wird die vornehmlichste Aufgabe dieser neuen Pädagogik sein.

Ist der Eindruck der Außenwelt stark genug und widerspricht er den auf den ausgeschliffenen Nervenbahnen verlaufenden Vorstellungen, dann wird seine Assimilierung durch die vorhandene Vorstellungs- und Gefühlsmasse gehindert Es tritt eine Hemmung ein, die erlaubt, daß die den autoritären Ideologien widerstreitenden Elemente sich vereinigen und so über die ersteren die Oberhand gewinnen, ihre Intensität herabmindern.

Die Taktik der Verhüllung muß in genauer Kenntnis der empirischen Assoziationsregeln vereiteln, daß die Forderungen und Schlagworte der herrschenden Klassen in eine autoritäre und irreführende Gestalt eingekleidet werden. Sie muß ihnen neue gefühlsbetonte Vorstellungen entgegenstellen und so den gewohnten Assoziationsprozeß hemmen. Sie muß der religiösen oder nationalistischen Einkleidung gegenüber den Klassenstandpunkt scharf hervorheben, die neuen Eindrücke auf neue Vorstellungsbahnen lenken und hiedurch auch die den autoritären Ideologien widerstreitenden und durch sie verdrängten Elemente festigen. Bei jeder psychischen Einwirkung auf die Massen ist diesen immer vor Augen zu halten, daß die Gesellschaft kein einheitliches Gebilde, sondern aus Klassen zusammengesetzt ist. Das fördert den Dissoziationsprozeß, die Auflösung der autoritären Vorstellungsmassen am meisten.

Die Nachahmung wird in jeder menschlichen Gesellschaft stets eine große Rolle spielen. Man muß daher trachten, daß sie nicht zur Bewunderung und Anbetung der Mächtigen und Vornehmen diene. Solchen Suggestionen müssen Gegensuggestionen entgegengesetzt werden.

Das Unterbewußtsein ist ein mächtiges Reservoir aller Reform- und Umsturzbewegungen. Sämtliche durch Generationen erlittene, aber zurückgedrängte Demütigungen, unterdrückte Rachegelüste steigen frei auf, wenn die Autorität der Machthaber schwindet. Ebenso drängt der sexuelle Antrieb nach Wegräumung sämtlicher Hindernisse der Befriedigung. Die Impulsivität dieses Bestrebens zeigt, daß diese Hindernisse meist autoritäre Ideologien, Schöpfungen der bestehenden Gesellschaftsordnung sind, auf moralischen, religiösen und juridischen Normen fußen.

Die Herabsetzung der unverdienten Autorität der Logik beseitigt auch das Ansehen unzähliger allgemeingültiger Wahrheiten. Die durch die Abstraktion vernachlässigten und verdrängten Merkmale treten zu Tage. Die planmäßige Enthüllung soll bewirken, daß bestimmte Merkmale hervorgehoben und vernachlässigt werden, daß der Einfluß der autoritären Ideologien eingedämmt und jeder Begriff der Kontrolle durch die Erfahrung unterstellt werde. Bei der Begriffsbildung ist die Determination mehr wie bisher zu berücksichtigen, denn sie bildet die

Begriffe durch Vermehrung der Merkmale und durch Erweiterung des Inhaltes und nähert sie so der Erfahrung.

Die Generalrevision ist zuerst auf dem Gebiet der Religion, der Ethik, des Staats und der Wirtschaft derart durchzuführen, daß in jeden Begriff von Bedeutung ein Bestimmungselement eingeschoben wird, das eine Anspielung auf die bestehende soziale Machtgestaltung enthält. Im Geschichtsunterricht muß die einseitige Einstellung auf Herrscher und Feldherren allseitiger Behandlung weichen. Führt man diese Revision zuerst in den Naturwissenschaften durch, so wird ihre wohltätige Wirkung auf geisteswissenschaftlichem Gebiet bald zu verspüren sein. Die Naturwissenschaften können sich endgültig vom Einfluß der Theologie und Metaphysik erst befreien, wenn sie auf den unnützen und irreführenden Anspruch verzichten, gleich dieser sämtliche „letzte Fragen" lückenlos zu erklären.

Das bisher Gesagte bezieht sich gleichermaßen auf die Ideen, die idealen und regulativen Prinzipien. Sie alle sind der Kontrolle durch die Erfahrung zu unterziehen, die Unterdrückung der unvollkommenen Merkmale ist schonungslos anfzudecken, ebenso ihre konservative Rolle. Die Demaskierung der transzendenten Ideen und ihrer Allgemeingültigkeit erweist sich als bestes Mittel zur Befreiung von der Kirchenlehre; nur so kann der Mißbrauch der Symbole, der militaristisch-nationalistischen Schlagworte eingedämmt werden. Man verwerfe jedes ethische Gebot, das durch die Erfahrung nicht verifiziert werden kann und sich Allgemeingültigkeit anmaßt. Nicht seine Form, sein überzeugender Inhalt soll seine verbindliche Kraft begründen. Jedes Ideal, das autoritäre Ideologien assoziiert, ist unbedingt abzulehnen. Vergegenwärtigt man sich, wie diese Ideale von Zeit zu Zeit unter dem Druck der stürmisch drängenden Erfahrung als hohle Phrasen sich entpuppen, dann werden sie ihre Autorität einbüßen. Ist dies erreicht, so vermag „die List der Idee" nicht mehr die Menschen zu verführen, sich freiwillig der Klassenherrschaft zu unterwerfen.

Der Egoismus der englischen und französischen Moralphilosophie, die Moral der „Bienenfabel" von MANDEVILLE, der Anarchismus STIRNERS, die Herrenmoral NIETZSCHES und die von der

naturalistischen Literatur gepredigte Ethik sind weder allein noch insgesamt geeignet, die Grundlage für die sittliche Erneuerung der Gesellschaft abzugeben. Dennoch haben sie enthüllend gewirkt und die Doppelzüngigkeit der herrschenden Klassen, ihren mit hochfliegendem theoretischem Idealismus verkoppelten praktischen Materialismus entschleiert.

Eine Generalrevision sämtlicher wichtiger Fehlschlüsse in den Wissenschaften und der Politik würde die Gebrechlichkeit zahlreicher stolzer Wahrheiten bloßstellen. Man darf nie Machs Forderung nach Aufdeckung der Forschungswege aus den Augen verlieren. Die genetische Methode — als Methode der Enthüllung par excellence — soll eifrig am Werke sein, ungeachtet der Bannflüche der autoritären und apriorischen Wissenschaften. Es ist durchaus folgerichtig, daß die vorherrschende Ansicht die Psychologie, Sprachkritik, Bibelkritik als minderwertige und nicht vornehme Wissenschaften stigmatisiert. Als Leitsatz soll der Ausspruch von Mach gelten: „Ein Gedanke, dessen Entstehungsmotive ganz klargelegt sind, ist für alle Zeiten unverlierbar".

Die schwierigste Aufgabe ist die Bereinigung der Sprache. Kein von Menschen geschaffenes Werkzeug hält seinen Schöpfer mehr in seiner Macht als die Sprache. Allein eine allmähliche und planmäßige Revision sowie Sprachkritik können auch auf diesem Gebiet nicht ihre Wirkung verfehlen. Bezeichnend ist, daß nun um die Mitte des 19. Jahrhunderts, als in Preußen die ärgste Reaktion herrschte, man als Lehrer der klassischen Sprachen in den Mittelschulen keine kritisch geschulten Philologen, sondern nur Theologen verwendete. Dies zeigt, wie scharfsinnig die Reaktion die verborgensten Zusammenhänge in bezug auf die Gesellschaftsordnung erkennt, wenn es sich um die Wahrung ihrer Interessen handelt. Die Zurückdrängung des Griechischen und Lateinischen im Unterricht hilft ebenfalls den Autoritarismus erschüttern. Man nehme wieder den Schlachtruf der französischen Aufklärung auf: Qui delivrera nous des Romains et des Grecs!

Noch einige Worte über die Technik der Enthüllung.

Eine neue Geschichtswissenschaft, welche die überlieferten Quellen auf ihren Wahrheitsgehalt prüft, ihre Verleumdungen

aufdeckt und ihre Legenden zerstört, räumt am gründlichsten mit dem Traditionskult auf. Die Verherrlichung der alten Einrichtungen kann dadurch entkräftet werden, daß man sie unter die Kontrolle der Erfahrung gelangen läßt und zeigt, daß ihre angedichtete Vollkommenheit überhaupt eine Fabel ist. Jeder Verquickung der irdischen Mächte mit übernatürlichen zur Hebung ihrer Autorität muß entgegengetreten werden.

In der Schule und Wissenschaft muß die Mechanisierung des Denkens, wenn sie zur Verankerung der autoritären Ideologien führt, energisch bekämpft werden. Zielbewußt haben die bisherigen Lenker des Unterrichtswesens verhindert, daß in den Schulplänen die neuen Richtungen zu Worte kommen, unter dem Vorwande, der Jugend dürften nur „fertige" Wahrheiten geboten werden, da der Kampf noch unausgegorener Theorien nur verwirrend wirken würde. Erst wenn die neuen Lehren ins autoritäre Schema eingepreßt sind, öffnen sich ihnen die Tore der Schule. Der Darwinismus fand in sehr vorsichtiger Form erst Aufnahme, nachdem er genügend verballhornt und reaktionär zurechtgestutzt war.

Zum Schluß möge unser Lieblingsgewährsmann, der Preußenkönig FRIEDRICH WILHELM IV. nochmals zu Worte kommen. Sein Ausspruch: „Der Abfall von Gott wird immer vorbereitet, um bald vom König abfallen zu können" beleuchtet treffend die selbstlose Gottesliebe der Könige. Er kann dahin erweitert werden: Wo immer der Abfall von der Absolutität und Apriorität vorbereitet wird, dort setzt letzten Endes der Abfall von Gott und König ein.

V. Die Dialektik der Verhüllung und Enthüllung.

Die Geschichte lehrt, daß keine Gesellschaftsordnung von Dauer war und daß jede Herrschaft zusammengebrochen ist. Dieses Auf- und Niedergehen bezieht sich nur auf die Akteure; zwar wechselten herrschende und unterdrückte Klassen, das Wesen der Gesellschaftsordnung jedoch, die Minoritätsherrschaft ist von vorübergehenden Unterbrechungen abgesehen, jederzeit unverändert geblieben. Stets haben sich die verhüllenden Tendenzen stärker erwiesen als die enthüllenden. Wie erklärt sich dies?

Jede Ideologie, jede soziale Institution zeitigt antagonistische Wirkungen, die einander unausgesetzt bekämpfen. Zu den bereits behandelten zahlreichen Antagonismen seien hier nur noch einige genannt. Das aufgespeicherte Wissen ist das wichtigste Mittel des Fortschritts, doch liefert es die Menschen fremder Autorität aus. Empfindung und Wahrnehmung geben ohne Deutung keine sicheren Erkenntnisse, die Deutung ermöglicht aber auch Verfälschung. Ohne Sprache kein soziales Leben, doch verhilft sie meist der Vergangenheit zum Sieg. Beinahe von sämtlichen verhüllenden Denkmethoden (Hypostasierung, Mechanisierung, Abstraktion) haben wir anerkennen müssen, daß sie auch denkökonomische Bedürfnisse befriedigen. Diese Wirkungen stehen in ständigem Kampfe, dessen Ausgang das Schicksal der Gesellschaftsordnung beeinflußt, wenn auch der Widerstreit nicht immer bewußt wird.

Nach der dialektischen Auffassung „hört die Forderung endgültiger Lösungen und ewiger Wahrheiten ein für allemal auf" (Engels). Die Geschichte ist ein ununterbrochener Prozeß des Werdens und Vergehens. Jede Ideologie, jede gesellschaftliche Einrichtung bringt Gegentendenzen hervor, die ihre Wirkung hemmen oder aufheben. Der Fortschritt in der Geschichte vollzieht sich in Gegensätzen, der dem ganzen Prozeß innewohnende Widerspruch treibt zur Lösung, zur ganzen oder teilweisen Aufhebung des Gegensatzes. Auch der Kampf der Verhüllung und Enthüllung zeigt dialektischen Charakter; jede verhüllende Ideologie oder Willenshandlung löst enthüllende Tendenzen aus und umgekehrt.

Es hängt vom geschichtlichen Milieu, von der Mentalität der Gesellschaft, von der Stärke und Stabilität der bestehenden Macht ab, ob ein und dieselbe Ideologie vorwiegend verhüllend oder enthüllend wirkt. Das Christentum „hob die antike Welt aus den Angeln", jetzt ist es die stärkste Stütze der Reaktion. Messianistische Hoffnungen, Mystik können auch revolutionierend wirken, doch nur auf kurze Zeit; die Enttäuschung führt sodann zur dogmatischen Religion zurück. Der kategorische Imperativ von Kant war seinerzeit ein Protest gegen die Unterdrückung der Gewissensfreiheit durch den Polizeistaat, heute ist er nur ein irreführender Formalismus. Sämtliche Schlagworte der bürgerlichen Revolutionen

in Frankreich und England haben sich später im Kampf gegen das Proletariat in verhüllende Abstraktionen verwandelt. Der Rationalismus setzte als Auflehnung gegen die scholastische Philosophie ein, heute wirkt er reaktionär. Die GALILEI-NEWTONsche Mechanik hat die Naturwissenschaft von der Herrschaft der sich auf ARISTOTELES stützenden Theologie und Scholastik befreit; heute ist sie der relativistischen Auffassung gegenüber die stärkste Stütze der autoritären Naturbetrachtung. Anderseits bedient sich die Konterrevolution oft solcher Schlagworte, die revolutionierend wirken und die Stabilisierung der Gesellschaftsordnung verhindern.

Die bisherigen Ausführungen haben nur den dialektischen Charakter der Verhüllung und Enthüllung aufgedeckt, doch lösen sie nicht das Rätsel, warum die Minoritätsherrschaft die ständigste Erscheinung der Geschichte ist. Das Problem lautet daher: Warum konnten die enthüllenden Ideologien in der bisherigen Geschichte keinen dauerhaften Sieg davontragen?

Die Enthüllung nimmt den Kampf unter sehr schweren und ungleichen Bedingungen auf, er ist für sie sozusagen ein Handicaprennen. Im Schoß der Gesellschaft entwickeln sich die Kräfte, welche die Abänderung der bestehenden Einrichtungen herbeiführen, das Bestehende kann weder „übersprungen" noch „wegdekretiert" werden. Die Vergangenheit wirkt meist als apriori, ist nicht durch die Erfahrung unmittelbar kontrollierbar und nur durch komplizierte Erkenntnismethoden und Analogien erschließbar. Jede gegenwärtige Tatsache, die zur Vergangenheit wird, erfährt bereits dadurch eine apriorische Färbung, deren Wirkungsintensität mit dem Zeitabstand wächst. Die Eindrücke der geänderten Verhältnisse, die stürmisch auf soziale Wandlungen drängen, räumen zeitweilig mit der apriorischen Wirkung der Vergangenheit auf. Doch kann dieser Zustand nicht dauerhaft sein, die Revolution in Permanenz, die ständige Anspannung der seelischen Kräfte, die unausgesetzte Konzentration auf Enthüllung ist eine psychophysiologische Unmöglichkeit. Das Nervensystem strebt dem Gleichgewicht zu und dies bedeutete nach den bisherigen Erfahrungen immer das Übergewicht der Vergangenheit.

Der Ideologienvorrat der Gesellschaft zeigt eine bunte Promiskuität. Neben den durch die neuesten Eindrücke hervorgerufenen

Gedankengängen sind auch sämtliche Ideologien, die die Menschheit während ihrer geschichtlichen Entwickelung produziert hat, festzustellen. Sie stehen, wenn auch in Erinnerungsspuren, ständig in Bereitschaft und feiern nur zu oft ihre Auferstehung. Ihr Wiederauftauchen kann durch Assoziationen infolge der Ähnlichkeit der sozialen Grundlage unbewußt und mechanisch erfolgen, doch bewirkt die verhüllende Tendenz bewußt ihre Neubelebung wegen ihrer Eignung zur Irreführung und geistigen Verwirrung der Massen.

Allein selbst das Übergewicht der Vergangenheit vermag nicht völlig zu erklären, warum die Wirkung der enthüllenden Tendenzen so wenig nachhaltig war. Die Lösung der Frage liefert die Untersuchung der führenden Ideen der bisherigen Revolutionen und sozialen Bewegungen. Sie führt zum verblüffenden Resultat, daß diese Ideen überwiegend absolutistische und apriorische Bestandteile aufweisen.

Das Christentum war eine Erhebung des jüdischen Proletariats, doch die wirtschaftlichen und sozialen Beweggründe sind bald in Vergessenheit geraten und die religiöse Richtung gewann die Oberhand. Folgerichtig hat sich hieraus nach Erstarkung der Bewegung die Machtorganisation der Kirche entwickelt. Sämtliche soziale Revolutionen des ausgehenden Mittelalters und der Neuzeit bedienten sich, dem damaligen Bildungsgrad und Gefühlsleben der Menschheit entsprechend, religiöser Schlagworte, die bald die wirtschaftlichen und politischen Forderungen verdrängten. Alle diese Bewegungen richteten sich gegen die Mißbräuche des Klerus, durch welche sich die Massen in ihren materiellen Interessen bedroht fühlten. Die Massen, die alles Heil von Gott und der Religion erwarteten, verloren das Zutrauen, daß Gott unwürdigen Dienern Gehör schenken und die durch sie vermittelten Wünsche der Gläubigen erfüllen werde. Die Hussiten, die deutschen Wiedertäufer und revoltierenden Bauern, die Anhänger Luthers forderten gleichmäßig die sittliche Erneuerung der Kirche und die Freiheit des unmittelbaren Verkehrs mit Gott. „Das Wort Gottes soll frei und ungehindert gepredigt werden.“ Anstatt der hierarchischen Kirche verlangten sie eine neue Autorität, ein neues apriorisches Prinzip, die Bibel. Alle ihre ökonomischen Forderungen wurden durch Bibelworte unterstützt.

Die religiösen Revolutionen, die sehnsüchtig Gottes Einmischung erhoffen, zeitigen leicht Enttäuschung und sodann Niederlage, wenn diese Einmischung nicht rasch erfolgt. Die englischen Puritaner und CROMWELL haben „Sprache und Illusionen dem Alten Testamente entlehnt" (MARX). Dieses aber als wahre Quelle des Autoritäts- und Herrschaftsprinzips mußte letzten Endes zur Herstellung der alten Gesellschaftsordnung führen. Es ist unleugbar, daß infolge dieser religiös gefärbten Revolutionen die politische und wirtschaftliche Ordnung durchgreifende Veränderungen erfuhr; die Bourgeoisie erfocht sich überall die führende Rolle. Doch war der Enthüllungsprozeß kurzlebig, das Wesen der Minoritätsherrschaft blieb unberührt.

Denselben Ausgang nahmen die sogenannten bürgerlichen und nationalen Revolutionen, die sich von den früheren dadurch unterscheiden, daß sie die religiösen Schlagworte durch methaphysische (Gleichheit, Freiheit, Menschenrechte, nationale Einheit) ersetzten. Die französische Revolution setzte als stürmischer Enthüllungsprozeß ein, dann glitt sie auf autoritäre Grundlage hinüber. Die Proklamierung des höchsten Wesens, seine Verehrung, der Kultus der Vernunft, die Aufhebung der Glaubensfreiheit waren die ersten Schritte auf dem Wege zur Autokratie des Direktoriums und dann zu NAPOLEON. Alle diese Revolutionen wie auch die „industrielle Revolution" haben die Gesellschaftsordnung, die Machtverteilung bedeutend gewandelt, den Weg für die kapitalistische Entwicklung freigemacht, das Wesen der Minoritätsherrschaft aber unverändert gelassen.

Jede Revolution, jeder Enthüllungsprozeß hat dialektischen Charakter. Sie zeitigen sofort Gegentendenzen, deren Wirkung dadurch ungemein verstärkt wird, daß der Ideengehalt der Revolutionen selbst apriorische Merkmale aufweist. Es ist daher verständlich, daß nach dem Eintritt der Revolutionsmüdigkeit die alten Ideologien leicht ihre Herrschaft über die Seelen wiedergewinnen.

Der Zweck der Massenbewegungen ist nicht die Enthüllung, sondern die Abänderung der Gesellschaftsordnung. Sind die Bestrebungen erfolgreich, so kommt der biologisch verankerte Wunsch auf, die Errungenschaften zu stabilisieren. Am Siegestag jeder Revolution begann eine neue dialektische Phase, die

Enthüllung schlug im Interesse der Stabilisierung in Verhüllung um. Jene bedeutet den Kampf gegen die bestehende Autorität, doch bedienen sich die neuen Machthaber zwecks Ausnützung des Siegs gleichfalls autoritärer Mittel. Die Herausbildung einer neuen Mentalität, die es ermöglichte, daß die Massen die Gesellschaftsordnung als mit ihren Interessen übereinstimmend anerkennen und achten, ist in bewegten Zeiten schwer zu erreichen. Im Verlauf der Geschichte fußten alle diese Bestrebungen auf dem Autoritätsprinzip und die Abänderung bestand nur darin, daß die Subjekte und Einrichtungen wechselten, die den Schutz dieses Prinzips genossen, die autoritäre Grundlage blieb unverändert. Die Zersetzung, Erschütterung und Unsicherheit — Begleiterscheinungen jeder umstürzenden Abänderung und besonders jeder Revolution — machen die Lage der neuen Machthaber schwankend und zwingen sie, die autoritären Mittel noch schärfer zu handhaben als ihre Vorgänger, sie „verfallen der Machtkausalität", den „Bedürfnissen der Machtbehauptung" (Rosa Mayreder). Ein treffliches Beispiel hierfür ist das tyrannisch-autoritäre Regiment Calvins in Genf und kommt auch klassisch im Ausspruch des einstigen Revolutionärs und späteren Ministerpräsidenten Francesco Crispi zum Ausdruck: „Wir waren Revolutionäre, um Italien zu schaffen, wir sind konservativ, um es zu erhalten." Aus den revolutionären Freiheitskämpfen der Italia Unita ist die Klassenherrschaft trotz des Sturzes so vieler Throne und der weltlichen Herrschaft des Papstes unversehrt hervorgegangen.

Der Befestigungsprozeß kann auf zweifache Weise vor sich gehen. Man dreht den Spieß um und wendet einfach die psychischen Mittel der alten Machthaber an. Das zur Macht gelangte Bürgertum gebraucht den Bestrebungen der Massen gegenüber die gleichen Ideologien wie früher Feudaladel und Klerus: nicht mehr nur in theologischer, sondern auch in metaphysischer Verkleidung. Der zweite Weg ist der, daß die bisher enthüllenden Ideologien (z. B. Freiheit, Rechtsstaat, nationale Einheit) nunmehr zur Verhüllung benützt werden. Ihre vorgetäuschte Allgemeingültigkeit wird das Mittel zur Irreführung. Die enthüllenden Ideologien waren zuerst ernst gemeint, erst nach der Machtergreifung erfahren sie im Interesse der neuen Herr-

schaft eine „rückwirkende Verfestigung" (VOLKMANN). Dadurch entwickelt sich die Revolution zu einem „dialektischen Kunststück", „alles besteht, während dialektischer Betrug privatissime eine heimliche Lesart unterschiebt, daß es nicht bestehe" (KIRKEGAARD).

Auch die proletarischen Revolutionen der letzten Jahre bilden keine Ausnahme. Hierdurch erklärt sich ihr aktueller Mißerfolg. Ich habe mich vom massenpsychologischen Standpunkt aus mit diesem Problem in meiner Abhandlung: Die Krise der mitteleuropäischen Revolution (Archiv f. Sozialwissenschaft u. Sozialpolitik 1920), eingehender beschäftigt und möchte hier nur noch die Rolle dieser Revolutionen im Hinblick auf die Verhüllung und Enthüllung kurz besprechen. Die sozialdemokratische Bewegung war in der Praxis beinahe gänzlich auf das Macht- und Herrschaftsprinzip eingestellt. Ihr Staatsideal war der bestehenden Gesellschaftsordnung zwar diametral entgegengesetzt, doch trotz ihrer enthüllenden Tendenzen ebenso autoritär. Dies zeitigte in den Reihen der Arbeiter notwendig Machtopportunismus und Machtfanatismus. Jener ist die Mentalität der gemäßigten Sozialisten und kommt in der Überschätzung der innerhalb der bestehenden Gesellschaftsordnung errungenen Machtpositionen zum Ausdruck. Man opfert um deren Behauptung willen prinzipielle Forderungen. Dem Machtfanatismus wieder sind die Kommunisten verfallen, die im Glauben lebten: der ausschließliche Besitz der Macht ersetze alles und könne alles schaffen. Die mitteleuropäische Revolution (in Deutschland, Österreich, Ungarn) führte nicht zur Aufrichtung der auf Selbstdisziplin und Opferfreudigkeit beruhenden proletarischen Gesellschaftordnung; sie war nur eine Umkehrung der Machtideologie gegen die herrschenden Klassen, die infolge des militärischen und wirtschaftlichen Zusammenbruchs ihre Macht und Autorität verloren haben.

Die russische Räterepublik ist eine gigantische Umkehrung der bestehenden Machtideologien und des Machtapparats gegen die früher herrschenden Klassen. Es ist nur ein Rollenwechsel eingetreten. Im übrigen walten sämtliche verhüllende Tendenzen ebenso wie früher. Über der neuen Gesellschaftsordnung schwebt gleich dem Être Suprème ROBESPIERRES als apriorisch-mystisches, hypostasiertes Wesen, das Proletariat, eine Abstraktion, in deren Namen die Diktatur über die

Bevölkerung ausgeübt wird. Das ganze System atmet den Geist der dogmatischen Absolutität, die errungene Wahrheit ist allgemeingültig und unfehlbar, an sie muß geglaubt werden. Der Dogmatismus äußert sich auch im Glauben, daß der Besitz der Macht genügt, die Produktionsverhältnisse nach einem apriori ausgedachten Plan zu lenken und den Massen eine der neuen Gesellschaftsordnung günstige Mentalität von obenher beizubringen. Das Glücksideal wurde zwar ins Diesseits verlegt, doch wie in jeder Religion der Kontrolle durch die Erfahrung entzogen. Erst nach einem Übergangsstadium, dessen Spanne das Leben der heutigen Generation übersteigt und beliebig verlängert werden kann, setzt die neue Gesellschaftsordnung mit der vollständigen Freiheit und mit der höchsten Entfaltung der Produktivkräfte ein. Auch die Theodizee treibt ihre Blüten, sämtliche Entbehrungen werden als Prüfungen des Gott-Proletariats betrachtet; alle dienen insgesamt dazu, die Massen zu noch größerer Kraftentfaltung zu veranlassen. Ein neuer Formaberglauben kommt auf, in den dekretierten Rahmen soll alles hineingepreßt werden. Ein umfangreiches Zeremoniell entwickelt sich, die altbewährten Äußerlichkeiten des national-militaristischen Staates: Festlichkeiten, Truppenrevuen, Heldenverehrung, feiern proletarisch verbrämt ihre Auferstehung. Sie wollen durch künstliche Assoziationsverbindungen, durch psychische Reizmittel die Massenvorstellungen und Gefühle auf die alten ausgeschliffenen Bahnen zur Todesverachtung, Selbstaufopferung und Duldung des Übels zwingen. Die „rückwirkende Verfestigung“ läßt alle ihre Künste spielen. Auch eine Doppelmoral wird verfolgt: im eigenen Lande macht man die größten Zugeständnisse ans Privateigentum, die ausländischen Sozialisten werden aber auf das grimmigste befehdet, wenn sie auf die Verhältnisse des eigenen Landes auch nur die geringste Rücksicht nehmen wollen. Die begeisterte Kriegspolitik, die Verherrlichung der Gewalt, führen zur Höchstentfaltung des Autoritätsprinzips. Das russische Volk hat in den letzten Jahren riesige Umwälzungen erlebt, doch die ihm von oben aufgedrängte Mentalität ist die alte geblieben. Es führt der Weg folgerichtig, trotz der Verschiebungen in der Klassengliederung zur alten Gesellschaftsordnung, zur Minoritätsherrschaft zurück, um so mehr da dieser Weg niemals verlassen wurde.

Nicht nur in den weltgeschichtlichen Prozessen, auf allen Gebieten des menschlichen Erkennens und Handels rächt es sich, wenn mit der Absolutität und Apriorität nicht ernst aufgeräumt wird. Hier müssen wir das Bündnis erwähnen, das durch Vermittlung der Neukantianer seit einigen Jahrzehnten zwischen Kantianismus und Marxismus besteht. Wir begreifen, daß das großartige Denkgebäude der transzendentalen Philosophie, ihre scheinbare Solidität, Exaktheit viele der marxistischen Denker mit Achtung erfüllt; nicht minder auch, daß man angesichts der Verballhornung und Kompromittierung der materialistischen Geschichtsauffassung in der alltäglichen Agitation, gegenüber dem starren Dogmatismus des naturwissenschaftlichen Materialismus und dem hohlen Uniformierungseifer des Monismus das Bedürfnis nach einer kritischen Methode empfunden hat. Doch ist die KANTsche Philosophie die Verkörperung der Absolutität und Apriorität. Sie ist sogar verfänglicher und gefährlicher als die spekulativen Systeme von FICHTE und HEGEL. Diese können infolge ihrer schroff-spekulativen Fassung weniger irreführen, während die KANTsche Philosophie durch ihre scheinbaren Konzessionen an den Erfahrungsstandpunkt eben diejenigen Denker zum Autoritätsprinzip zurückführt, die sich von ihm bereits losgemacht haben. Der Marxist, der die bestehende Gesellschaftsordnung radikal abändern und nebenbei den Massen den Kantianismus beibringen will, verrichtet Penelopes Arbeit, er trennt was er Tags über gesponnen hat in der Nacht auf. Die Verkoppelung von KANT und MARX war und bleibt die verhängnisvollste geistige Verirrung der letzten Jahrzehnte.

Bricht man auf politischem Gebiet mit dem Autoritarismus und huldigt man ihm in den übrigen Wissenszweigen ruhig weiter, so dringt die verhüllende Tendenz am Ende immer durch, wenn die Gegensätze scharf aufeinander prallen. Das Vorherrschen der mechanistischen Auffassung verhindert die meisten naturwissenschaftlich geschulten Menschen am endgültigen Bruch mit den autoritären Ideologien. Die relativistische Auffassung bleibt nur ein Lippenbekenntnis für die Feiertage, an Werktagen verlaufen die Assoziationen weiter mechanisch im Banne des Absolutitätsprinzips. In ihrer Majorität bleiben die Gebildeten weiter

verkappte Absolutisten und diese Eigenschaft reagiert sehr empfindlich, wenn es sich darum handelt, die Konsequenzen des angenommenen Standpunkts zu ziehen, mit der hergebrachten Mischehe zwischen Absolutität und Relativität zu brechen.

In der jetzigen Gesellschaftsordnung erwachsen auch den Unterdrückten manchmal Vorteile daraus, daß sie zum Schutz gegen die Stärkeren vorübergehend verhüllende Methoden anwenden. Doch rächt sich dieses Verfahren letzten Endes immer, weil die Stärkeren die Irreführung aufdecken und im Besitz der Machtmittel dieses Verfahren viel wirksamer gegen sie anwenden. Für die Beherrschten ist die Enthüllung, volle Aufrichtigkeit die einzig mögliche Methode. Bedient man sich bewußt oder unbewußt absoluter und apriorischer Ideologien, so stellt man sich in einen fehlerhaften Zirkel; der Weg führt unerbittlich zu den alten Göttern zurück. Nil inultum remanebit.

Das sind die tieferen Gründe, warum trotz des dialektischen Prozesses, trotz des Sturzes und Vergehens so verschiedener Gesellschaftsordnungen die Minoritätsherrschaft als fester Pol in der Erscheinungen Flucht unversehrt erhalten blieb.

Enthüllende und verhüllende Tendenzen sind zu jeder Zeit wirksam, doch kann gewissermaßen eine Periodizität in der Geschichte festgestellt werden, je nachdem welche Tendenz vorliegt. Ihr Rythmus ist ungleich, die Zyklen, Steigerung und Remittenz zeigen große Abweichungen. In diesem beschränkten Sinne können wir verhüllende und enthüllende (demonstrierende) Epochen unterscheiden. Unser Zeitalter ist vornehmlich demonstrierend, es enthüllt sämtliche Triebkräfte der Geschichte.

Jede Revolution ist nur die letzte Phase einer Enthüllungsperiode, die allmähliche Unterminierung der Autorität geht via facti vor sich. Mit der Revolution erfolgt die eruptive Sprengung. Sie ist eine Generalentschleierung, die durch planmäßige Enthüllung beschleunigt werden kann. Nach ihr beginnt wieder das Streben zur Herstellung des Gleichgewichts, zur Angleichung der eingetretenen Niveauunterschiede. Die Verhüllung macht sich an die Arbeit.

Verhüllung und Enthüllung bekämpfen und hemmen einander. Gesellschaftsordnungen entstehen und vergehen, nur die Minoritäts-

herrschaft erblüht immer wieder zu neuem Leben, weil auch die enthüllenden Tendenzen und die Abänderungsbestrebungen größtenteils autoritäre und apriorische Bestandteile aufweisen. Gelänge es durch planmäßige Erziehung und Gewöhnung diese Elemente aus dem menschlichen Denken zu vertilgen oder auf das geringste Maß zu reduzieren, so wäre der Weg für die auf Solidarität, Interessengemeinschaft und Kooperation aufgebaute Gesellschaftsordnung freigemacht. Es würde immerhin eine Minorität geben, welche diese Gesellschaftsordnung bekämpfte und deren Rückentwicklung fördernde Ideologien produzierte. Doch wäre ihr Einfluß leicht zu überwinden und der dialektische Prozeß beschränkte sich auf geringfügige Schwankungen. Diejenige Gesellschaftsordnung, welche die Majorität, als mit ihren wirklichen Interessen übereinstimmend erkennt, würde stets aus dem Kampfe siegreich hervorgehen.

Steuerwirtschaft und Sozialismus.

Von

Wilhelm Gerloff (Innsbruck).

I. Steuerwirtschaft und steuerwirtschaftliche Gesetze.

Die öffentlichen Körperschaften der Gegenwart sind finanzwirtschaftlich dadurch charakterisiert, daß sie Steuerwirtschaften sind. Das will sagen, sie befriedigen ihren Bedarf im Gegensatze zu fast allen anderen Wirtschaften in der Hauptsache nicht durch Betätigung in Produktion und tauschwirtschaftlichem Verkehr (eigenwirtschaftlich oder tauschwirtschaftlich), sondern durch entgeltlose Entnahme und zwar durch Zwangsentnahme von Gütern und gelegentlich auch Dienstleistungen aus anderen Wirtschaften. Diese Form der öffentlichen Bedarfsbefriedigung ist von solcher typischen Bedeutung, daß man von einer Stufe der Steuerwirtschaft in der finanzgeschichtlichen Entwicklung sprechen kann.

Damit soll natürlich nicht gesagt sein, daß auf der Stufe der Steuerwirtschaft alle anderen Wege der Bedarfsdeckung außer dem der Steuer von den öffentlichen Körperschaften gänzlich verlassen werden, denn das ist nirgends festzustellen. Es handelt sich nur darum, daß die steuerwirtschaftliche Bedarfsbefriedigung allmählich in den Vordergrund tritt und gegenüber allen anderen Arten der Finanzbedarfsbefriedigung weitaus überwiegt. Das ist in den Ländern kapitalistischer Wirtschaftsentwicklung durchweg im 19. Jahrhundert der Fall, zum Teil natürlich schon vorher, vereinzelt sogar schon sehr viel früher. Diese finanzwirtschaftliche Wandlung wird bestimmt durch die Verringerung des öffentlichen Besitzes, durch die Ausbildung der Geldwirtschaft und vor allem durch die Erweiterung des Aufgabenkreises von Staat und Gemeinde.

Es läßt sich an einem reichen statistischen Material verfolgen, wie die öffentlichen Körperschaften im Laufe der Zeit für ihre

Finanzbedarfsdeckung immer mehr auf Steuern angewiesen werden. Dank der Besonderheit geschichtlicher Entwicklung ist das nur in Deutschland später und weniger als anderwärts der Fall. In den deutschen Territorialstaaten des 17. und 18. Jahrhunderts sind die Domänen- und Forstverwaltung der Mittelpunkt der Finanzen. Namentlich in Preußen liegt im 17. und auch noch im 18. Jahrhundert der Schwerpunkt der Finanzpolitik bei der Domänenverwaltung[1]). Im alten Württemberg reichten die Erträge der Kammergüter für die Zentralausgaben des Staates und die Bedürfnisse des Hofes vollständig aus[2]). In nicht wenig Territorien trifft es bis zum Ende des 18. Jahrhunderts zu, daß der Staat in Friedenszeiten ohne alle Steuern existieren kann[3]). Ja, dank ganz besonders günstiger Umstände waren einzelne deutsche Staaten sogar bis vor wenigen Jahren noch keine ausgesprochenen Steuerwirtschaften. Das bemerkenswerteste Beispiel ist Preußen. Die ordentlichen Einnahmen verteilten sich in Preußen auf folgende Quellen[4]):

	1880/81	1893/94	1900	1913
Eisenbahnen . .	28,4 %	55,9 %	58,1 %	49,7 %
sonst. Betriebsverwaltungen . .	19,2 %	11,3 %	11,2 %	10,3 %
Steuerverwaltung .	52,4 %	32,8 %	30,7 %	40,0 %.

Die größte Finanzwirtschaft des Deutschen Reiches, nämlich die preußische, war also vor dem Kriege noch keine ausgesprochene Steuerwirtschaft.

Das ist nun, wie kaum weiter ausgeführt zu werden braucht, seit wenigen Jahren ganz anders geworden. Die Betriebsverwaltungen sind mit wenigen Ausnahmen Verlustunternehmungen geworden. Gleichzeitig ist der Finanzbedarf in allen Ausgabe-

1) Vgl. SCHMOLLER, Die Epochen der preußischen Finanzpolitik, i. Jahrb. für Gesetzg. usw. 1877. S. 43; Derselbe, Studien über die wirtschaftliche Politik Friedrichs d. Gr., ebenda 1886. S. 328; Derselbe, Die preuß. Kolonisation des 17. u. 18. Jahrhunderts. Schriften d. Vereins f. Sozialpol. XXXII. 1886. S. 31; Derselbe, Preußische Verfassungs-, Verwaltungs- u. Finanzgeschichte. 1921. S. 387.

2) G. RÜMELIN, Reden u. Aufsätze. II. S. 450. 1881.

3) G. COHN, System d. Finanzwissenschaft. 1889. S. 77.

4) GERLOFF, Finanz- u. Zollpolitik d. Deutschen Reiches. 1913. S. 257.

zweigen auf das Stärkste gewachsen. Für die Beurteilung der gesamten Finanzlage Deutschlands ist es dabei fast gleichgültig, daß die größte der Verlustunternehmungen, die Staatseisenbahn, inzwischen von den Einzelstaaten an das Reich abgetreten worden ist. Wir stehen also vor der Tatsache, daß die tauschwirtschaftliche Finanzbedarfsdeckung auch dort, wo sie bis 1914 noch große Bedeutung hatte, vollständig versagt hat, und, wie wir gleichzeitig hinzufügen können, auch die Steuerwirtschaft scheint zu versagen und als Ausgleich bleibt anscheinend nur die Papiergeldwirtschaft, das ist die Schuldenwirtschaft.

Eine Frage, die sich der theoretischen Besinnung schon lange aufdrängen mußte, wird zum brennenden Finanzproblem. Es ist die Frage: Wie kann in einer schlechthin tauschwirtschaftlich organisierten Volkswirtschaft ein steuerwirtschaftliches System der öffentlichen Bedarfsdeckung funktionieren? Die Antwort scheint mir diese zu sein: Das Funktionieren des steuerwirtschaftlichen Deckungssystems in den kapitalistischen Volkswirtschaften der Vorkriegszeit war wesentlich dadurch bedingt, daß durch ein verhältnismäßig bescheidenes Maß der Besteuerung die Gegensätzlichkeit des steuerwirtschaftlichen Prinzips zum tauschwirtschaftlichen nicht zu stark fühlbar wurde. Daß dies aber der Fall war, war von gewissen Voraussetzungen abhängig, nämlich diesen:

1. Der öffentliche durch Steuern zu deckende Finanzbedarf war verhältnismäßig klein; 2. das Volksvermögen und Volkseinkommen war demgegenüber groß und in steigendem kräftigem Wachstum begriffen, mindestens überall in schnellerem Wachsen begriffen, als der Steuerbedarf; 3. die Verteilung des Volkseinkommens war dabei recht ungleichmäßig. Die Masse erhielt nur so viel an Einkommen, als zu einem bescheidenen, wenn auch sich merklich bessernden Auskommen genügte. Eine kleine Schicht hingegen verfügte über Einkommen weit über ihren persönlichen Bedarf hinausgehend, das zu einem sehr erheblichen Teil der Kapitalakkumulation diente. Dem entspricht es, daß die Masse Träger der sog. indirekten Steuern, will sagen, im wesentlichen der Verbrauchssteuern war, während die Wohlhabenden vornehmlich als Träger der direkten persönlichen Steuern in Betracht kamen.

Es ist bezeichnend, daß vor dem Kriege in fast allen Staaten die Einnahmen aus den Zöllen oder einzelnen wichtigen Verbrauchssteuern größer waren als die Einnahmen aus den wichtigsten direkten Steuern. So betrugen z. B. 1913 die gesamten Einnahmen aus staatlichen Einkommensteuern in Deutschland 679 Mill. Mark, die Reichszolleinnahmen hingegen 719,5 Mill. Mk. Die Erbschaftssteuer brachte im gleichen Jahre (in Reich und Einzelstaaten) nur 69,2 Mill., die Branntweinverbrauchsabgabe hingegen 242,3 Mill., die Zuckersteuer 180,9 Mill. Mk.[5]). Noch krasser lagen die Dinge in Österreich. Dort wurde die Einkommensteuer mit einem Ertrage von 108,8 Mill. Kronen im Jahre 1913 von jeder einzelnen wichtigen Verbrauchssteuer an Ertrag übertroffen oder fast erreicht. Es erbrachten nämlich im gleichen Jahre die Zuckersteuer 163,7 Mill., das Tabakmonopol 224,2 Mill. (Reinertrag), die Branntweinsteuer 100,5 Mill. Kr. Insgesamt 731 Mill. Verbrauchsabgaben (einschl. der Einnahmen aus dem Lotto) und 199,9 Mill. aus den Zöllen, zusammen 930,9 Mill. Kr. standen im Jahre 1913 in Österreich 854,3 Mill. Kr. an Einnahmen aus direkten Staatssteuern und direkten Steuern und Zuschlägen der Selbstverwaltungskörper gegenüber.

Hiernach ist auch die Kritik zu verstehen, die die herrschende sozialistische Lehre an dem Steuersystem des bürgerlichen Staates übte und die, wie bekannt, im wesentlichen sich auf eine Ablehnung der indirekten Steuern und der Forderung ihrer Ersetzung durch eine allgemeine progressive Einkommensteuer beschränkte, wobei die Vertreter dieses Programms sich allerdings kaum darüber klar wurden, ob die geforderte Steuerreform auch unter anderen Voraussetzungen, als jenen der vorkriegszeitlichen Volkswirtschaft klassenpolitisch erwünscht oder auch nur finanzpolitisch möglich sei[6]).

Die gegenwärtige Lage zwingt zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Die Lage charakterisiert sich äußerlich etwa wie folgt:

---

5) Vgl. GERLOFF, Die steuerliche Belastung in Deutschland während der letzten Friedensjahre. Gutachten 1916.

6) Eine seltene Ausnahme in den meist doktrinären sozialistischen Erörterungen finanzpolitischer Fragen bildet die auch in der sozialistischen Literatur viel zu wenig ausgewertete Schrift von K. RENNER, Das arbeitende Volk und die Steuern. Wien 1909.

Einem ungewöhnlich großen und vorerst anscheinend noch weiterhin uferlos anschwellenden Finanzbedarf steht ein stark zusammengeschmolzenes und noch weiter sich verflüchtigendes Volksvermögen und ein beträchtlich gesunkenes, ja vielleicht noch weiterhin sinkendes Realeinkommen der Volkswirtschaft gegenüber.

Die Einkommenverteilung ist nicht weniger ungleich als vor dem Kriege. Die lohnarbeitende Klasse, verstärkt durch die proletarisierten Mittelschichten, ist auf ein Geldeinkommen angewiesen, das äußerlich der direkten Besteuerung durchaus zugänglich erscheint, aber das doch vielerorts nicht einmal ein bescheidenes Auskommen verbürgt. Zum mindesten sind die phantastisch hohen Ziffern, die infolge der Geldentwertung das Einkommen der lohnarbeitenden Klassen und der breiten Schichten der Empfänger fester Gehälter erreicht hat, nicht entfernt jenen progressiven Steuersätzen zugänglich, die man vor dem Kriege für Einkommen dieser ziffermäßigen Höhe glaubte fordern zu dürfen oder zu sollen. Endlich: die dünne Schicht der Empfänger wirklich großer Einkommen besteht heute nur noch zu einem Teile aus akkumulierenden Kapitalisten, die zähe Erwerber und sparsame Verbraucher waren, zum andern Teile besteht sie aus schnellen Verdienern und verschwenderischen Verbrauchern. Die seelische Einstellung sowohl der Masse wie der Reichen ist eine andere geworden.

Den veränderten ökonomischen Tatsachen, ebenso wie der psychischen Wandlung der Gesellschaft gegenüber versagt nun gegenwärtig die Steuerwirtschaft in erheblichem Maße. Wie die Landwirtschaft der Vorkriegszeit sich zeitweilig nicht oder nicht genügend bewußt geworden war, daß sie unter einem Gesetze des abnehmenden Ertrages stehe, so ist auch die öffentliche Finanzwirtschaft sich nicht bewußt geworden, daß die steuerwirtschaftliche Bedarfsdeckung unter einem Gesetz des abnehmenden Ertrages steht. Das ist mehr als ein bloßer Vergleich; es ist sogar in doppeltem Sinne Tatsache.

Die Steuerwirtschaft unterliegt nämlich zweifellos wie jede Wirtschaft gewissen Gesetzmäßigkeiten oder Regelmäßigkeiten, die wie alle volkswirtschaftlichen Gesetze aus gewissen Naturtatsachen, vor allem dem Wesen der menschlichen Natur, den

natürlichen Veranlagungen und Leidenschaften, den physischen und psychischen Bedürfnissen, die der Menschen Handeln beherrschen usw. usw. zu erklären sind. Es sind das gewiß keine ewigen Gesetze, denn sie ändern sich, wie die Wirtschaft und ihre Voraussetzungen, wie Staat und Recht und manches andere, womit sie eng verknüpft sind, sich ändern. Als eine solche Gesetzmäßigkeit kann man z. B. wohl den Satz bezeichnen, daß der Verkehr die Tendenz hat, der Steuer auszuweichen. Überschreitet die Steuer in ihren Sätzen einen bestimmten, wenn auch je nach den wirtschaftlichen Verhältnissen, rechtlichen Zuständen, ethischen Vorstellungen usw. verschieden gelagerten Punkt, so weicht der Verkehr der Steuer in solchem Maße aus, daß jede weitere Erhöhung der Steuersätze keinen verhältnismäßig steigenden Steuerertrag mehr abwirft. Dieses Gesetz bezieht sich zunächst nur auf den Steuerrohertrag, weil es ja denkbar ist, daß der Steuerreinertrag infolge anderer Ursachen noch proportional steigt, während der Rohertrag schon abnimmt. In der Regel wird jedoch der abnehmende Rohertrag auch mit abnehmendem Reinertrage Hand in Hand gehen. Das Gesetz gilt aber nicht nur, wie naheliegend, hinsichtlich der Erhöhung der Steuersätze, sondern es gilt auch bei gleichbleibendem Steuersatz für alle Maßnahmen, die wie eine Erhöhung der Steuersätze wirken. Es gilt also namentlich auch hinsichtlich der Intensität der Veranlagung.

Allgemeiner formuliert besagt das Steuerrohertragsgesetz also: Erhöhung der Steuersätze, Ausdehnung der subjektiven und ojektiven Steuerpflicht, sowie alle Maßnahmen, die indirekt wie eine Erhöhung der Steuersätze wirken, insbesondere Verschärfungen des Steuerverfahrens haben von einem bestimmten Punkte an keine verhältnismäßige Steigerung der Steuerroherträge mehr zur Folge.

Steigende Steuersätze und zunehmende Veranlagungsintensität führen also nur bis zu einem gewissen Punkte zu einer Steigerung der Steuerroherträge, darüber hinaus nehmen die Steuererträge immer relativ, unter Umständen auch absolut ab.

Die Erklärung für diese gesetzmäßige Erscheinung ist, wie

gesagt, die Tendenz des Verkehrs, der Steuer auszuweichen. Wird ein bestimmter Punkt, d. i. die optimale steuerwirtschaftliche Verkehrsbelastung überschritten, so weicht der Verkehr der Steuer in solchem Maße aus, daß die Roherträge sinken, und zwar immer relativ, unter Umständen auch absolut. Man kann diesen Vorgang als Steuerausweichung bezeichnen. Er vollzieht sich in verschiedener Weise: 1. als Vermeidung steuerpflichtiger Tatbestände; 2. als Täuschung über steuerpflichtige Tatbestände; 3. als Verweigerung der Steuerleistung.

Alle diese Vorgänge erfolgen naturgemäß je nach der Steuerart verschieden:

Am einfachsten vollzieht sich die Steuervermeidung bei den Verbrauchssteuern durch Einschränkung oder völlige Einstellung des steuerpflichtigen Verbrauches. Häufig ist die Steuervermeidung auch bei den Rechtsverkehrssteuern durch Wahl von Rechtsformen, mit welchen keine oder nur eine geringere Steuerverpflichtung verknüpft ist. Der § 5 der deutschen Reichsabgabenordnung vom 13. Dezember 1919 sucht diese Art der Steuervermeidung zu verhindern[7]).

Die Steuertäuschung besteht in der Erschleichung von Steuervorteilen und damit Verkürzung der Steuereinnahmen entweder durch Unterlassungen, welche geeignet sind, steuerpflichtige Tatbestände der Kenntnis der Steuerbehörde zu entziehen, Steuerverheimlichung genannt, oder durch wissentlich falsche Angaben oder Verschweigungen bei Beantwortung der von zuständiger Seite zur Ermittlung steuerpflichtiger Tatsachen gestellten Fragen, Steuerhinterziehung genannt.

7) § 5 lautet: „Durch Mißbrauch von Formen- und Gestaltungsmöglichkeiten des bürgerlichen Rechtes kann die Steuerpflicht nicht umgangen oder gemindert werden. — Ein Mißbrauch im Sinne des Abs. 1 liegt vor, wenn 1. in Fällen, wo das Gesetz wirtschaftliche Vorgänge, Tatsachen und Verhältnisse in der ihnen entsprechenden rechtlichen Gestaltung einer Steuer unterwirft, zur Umgehung der Steuer ihnen nicht entsprechende, ungewöhnliche Rechtsformen gewählt oder Rechtsgeschäfte vorgenommen werden, und 2. nach Lage der Verhältnisse und nach der Art, wie verfahren wird oder verfahren werden soll, wirtschaftlich für die Beteiligten im wesentlichen derselbe Erfolg erzielt wird, der erzielt wäre, wenn eine den wirtschaftlichen Vorgängen, Tatsachen und Verhältnissen entsprechende rechtliche Gestaltung gewählt wäre, und ferner 3. etwaige Rechtsnachteile, die der gewählte Weg mit sich bringt, tatsächlich keine oder nur geringe Bedeutung haben."

Als ein Ausweichen des Verkehrs kann schließlich auch die Steuerverweigerung bezeichnet werden, selbstverständlich nicht die parlamentarische, sondern die widerrechtliche, die zur Zahlungsvereitelung[8]) oder zum Steuerstreik führt.

Zerlegt man das Steuerrohertragsgesetz mit Rücksicht auf seine Ursachenreihen, so kann man auch von einem Gesetz der Verringerung der Steuerfälle und einem Gesetz der steigenden Defraudationsquote sprechen. D. h. bei steigenden Steuersätzen und zunehmender Veranlagungsintensität verringern sich — immer von einem gewissen Punkte an — Zahl und Bedeutung (Quantum und Quale) der Steuerfälle und wächst zugleich die Größe der Defraudationsquote.

Neben dem Steuerrohertragsgesetz und unabhängig von diesem gibt es aber auch ein Steuerreinertragsgesetz, bzw. ein Gesetz des abnehmenden Steuerreinertrages. Dieses besagt: bei Ausdehnung der subjektiven oder objektiven Steuerpflicht wachsen von einem bestimmten Punkte an — dem Reinertragsoptimum — die Steuerreinerträge nicht mehr im Verhältnis der Gestehungskosten, sondern langsamer. Das will also besagen, daß bei Ausdehnung der objektiven oder subjektiven Steuerpflicht ein Punkt errreicht wird, von welchem an die Steuerveranlagungs- und die Steuererhebungskosten rascher wachsen als die Erträge.

Hier steht etwas ganz anderes in Frage wie bei dem Rohertragsgesetz. Dieses bezieht sich auf die Wirkung der Erweiterung der Steuerpflicht, insbesondere die Erhöhung der Steuersätze nach außen hin, d. h. auf die Steuerpflichtigen, jenes hingegen — das Reinertragsgesetz — bezieht sich auf die Wirkung einer Erweiterung der Steuerpflicht nach innen, d. h. auf die Verwaltung, auf die Steuertechnik und das Steuerverfahren und damit auf die Steuerkosten.

Es handelt sich einfach darum, daß die Ausdehnung der subjektiven und objektiven Steuerpflicht ihre ökonomische und technische Grenze hat, und Erweiterungen über diese hinaus eine unwirtschaftliche Erhöhung der Steuerkosten bedeuten und somit

8) Vgl. § 63 des österr. Gesetzes vom 21. Juli 1920 über die große einmalige Vermögensabgabe.

ihren finanzpolitischen Zweck verfehlen. Daß Zusammenhänge dieser Art bestehen, ist allgemein bekannt. Wenn der Reichsminister Koch im deutschen Reichstag (Sitzung vom 9. März 1921) erklärte, daß die neuen finanziellen Ausgaben des Reiches nicht durch neue Steuern beschafft werden können, bei denen hinter jedem Steuerzahler ein Beamter stehen müsse, so ist das nichts anderes als die Anerkennung der absoluten Schranken, die das Steuerreinertragsgesetz der Anspannung aller Steuern setzt.

Das Steuerrohertrags- und das Steuerreinertragsgesetz sind aus der Erfahrung abgeleitet[9]) und man darf wohl sagen, gerade die Erfahrung der jüngsten Zeit hat sie nur zu sehr bestätigt. Die Erfahrung hat auch gelehrt, daß diese Gesetze ebensowohl für indirekte wie direkte Steuern gelten. Selbst Steuern, wie Erbschafts- und Nachlaßsteuern sind diesen Gesetzen nicht entzogen. Es liegt ja auch auf der Hand, daß z. B. hohe Erbschaftssteuern die Tendenz haben, die Steuerfälle nach Quantum und Quale zu verringern, die Defraudationsquote zu erhöhen und daß sie auch nur mit erheblich zunehmenden Kosten durchzuführen sind. Die Erfahrung lehrt aber auch, daß direkte Steuern in ihren Erträgen rascher versagen als indirekte Steuern, was hier jedoch nicht weiter auszuführen ist[10]).

II. Die Steuerlehre des Sozialismus.

Nach weitverbreiteter, keineswegs nur auf sozialistische Kreise beschränkter Anschauung werden bekanntlich seit langem indirekte Steuern fast doktrinär abgelehnt. Daran trägt freilich die Steuertheorie des Sozialismus oder richtiger vielleicht der Sozialdemokratie — falls es überhaupt gestattet ist, von einer „Steuertheorie" dieser oder auch irgendeiner anderen Partei zu reden — nicht wenig die Schuld. Das ältere Abgabewesen beginnt überall mit direkten

9) Ein Teil dieser Erscheinungen ist als Lehre vom „Steuereinmaleins" bekannt. Vgl. die gleichnamige Abhandlung von W. Lotz, in der Festschrift für Lujo Brentano. 1916. S. 351 ff.

10) Als wertvolle induktive Beiträge zu vorstehenden Ausführungen vgl. man die schönen Untersuchungen Meisels, bes. Moral und Technik bei der Veranlagung der preußischen Einkommensteuer 1911; und Wahrheit und Fiskalismus bei der Veranlagung der modernen Einkommensteuer, i. Finanzarchiv 1914. S. 160.

Steuern. Indirekte Abgaben setzen bereits eine bestimmte Höhe der wirtschaftlichen Entwicklung mit einem größeren Güterkreislauf voraus. Bei ihrer Einführung fiel den indirekten Steuern nicht selten die Aufgabe zu, das Prinzip der Allgemeinheit der Besteuerung gegenüber den von direkten Steuern befreiten Ständen zu verwirklichen. Sie erfreuten sich deshalb noch im 17. und 18. Jahrhundert vielfach einer größeren Beliebtheit als die direkten Steuern[11]), soferne man bei Steuern von „Beliebtheit" überhaupt sprechen kann. Erst im 19. Jahrhundert, als der Verfassungsstaat mit den meisten Steuerprivilegien aufgeräumt hatte, setzte ein Umschwung ein. Die Bewegung ging von Frankreich aus, wo die Beseitigung der die unteren Klassen durch ihre Höhe wie durch verhaßte Erhebungsformen bedrückenden indirekten Steuern schon ein Programmpunkt der großen Revolution gewesen war. Die Freihandelsbewegung verstärkte die Abneigung gegen indirekte Steuern aller Art, und mit ihrem Siege in Großbritannien wurde der Einkommensteuer im Kampf gegen die indirekten Steuern, worunter in erster Linie die Verbrauchsabgaben verstanden wurden, die Führung zugeteilt.

Die Frage: direkte oder indirekte Steuern, war über ihre nüchterne, praktische Sachbedeutung hinaus inzwischen zu einer politischen Streitfrage ersten Ranges geworden. Nachdem schon der christlich-soziale SISMONDI die bloße indirekte Besteuerung als ein neues Feudalsystem bezeichnet hatte, gab LASSALLE Anfang der 60er Jahre in seiner Verteidigungsrede gegen die Anklage, die besitzlosen Klassen zum Haß und zur Verachtung gegen die Besitzenden aufgereizt zu haben, der Sozialdemokratie das wissenschaftliche Rüstzeug zum Kampf gegen die indirekten Steuern an die Hand. Der Blütenlese abfälliger Urteile, die LASSALLE zumeist aus Quellen zweiter und dritter Hand in dieser unter dem Titel „Die indirekte Steuer und die Lage der arbeitenden Klassen" bekannten Rede zusammengestellt hatte, hätte freilich schon damals eine kaum minder große Reihe von gegenteiligen Meinungen über die indirekten Steuern oder auch von Anklagen gegen die direkten Steuern zur Seite gestellt werden

11) Über die Bevorzugung des Akzisesystems im 17. Jahrhundert vgl. SCHMOLLER, Epochen der preußischen Finanzpolitik, i. Jahrb. f. Gesetzgeb. 1877. S. 60 f.

können. Indem der wissenschaftliche Sozialismus das Lassallesche Steuerdogma übernahm, wurde er auch in der Finanztheorie das Kind des Liberalismus. Das Erfurter Parteiprogramm verlangt „Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern". So radikal diese Forderung klingt, so vorsichtig ist tatsächlich die Fassung. Der Nachsatz, der die Abschaffung der Zölle und indirekten Steuern nur insoweit verlangt, als diese Interessen der Allgemeinheit verletzen, stellt praktisch den ganzen Programmpunkt in Frage.

Leichter nimmt das Programm der österreichischen Sozialdemokratie diese Frage, denn es fordert einfach: „Ersatz aller indirekten Steuern und Abgaben durch stufenweise steigende Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuern[12])."

Es ist eigentlich verwunderlich, daß die deutsche und die österreichische Sozialdemokratie gerade in diesem Punkte das Erbe Lassalles, von dem sich sonst in ihrem Programm kaum noch Spuren finden, so treu gehütet haben. Das mag daran liegen, daß der Marxismus zu Steuerfragen überhaupt kaum Stellung genommen hat, und Goldscheid[13]) übertreibt nicht, wenn er vom wissenschaftlichen Sozialismus sagt, daß dessen finanztheoretisches Fundament sicherlich das allerunzulänglichste ist.

Karl Marx hat Steuerfragen, wie so manche ökonomische Tagesfragen (Zölle, Korngesetze, Börse u. a.), nur ganz gelegentlich und nebenbei berührt, sozusagen nur, um sie beiseite zu schieben, denn sie sind seinem eindringlichen, stets nach dem Kern der Dinge forschenden Blick nur „Nebenumstände", nur „ebensoviele Vorhänge", die „den wahrhaften Feind verhüllen" (Rede über die Frage des Freihandels 9. Januar 1849). In seiner auf den Wunsch der Redaktion des Sozialdemokrat 1865 geschriebenen „Beurteilung Proudhons" bemerkt er:

„Vor wenigen Jahren schrieb Proudhon — eine Preisschrift — ich glaube von der Lausanner Regierung veranlaßt — über die

12) Vgl. dazu Verhandlungen des dritten österr. sozialdemokratischen Parteitages 1892, über „Programm u. Taktik", bes. S. 80 u. 113. Über den Standpunkt des Görlitzer Programmes zu dieser Frage vgl. unten S. 323 f.

13) Staatssozialismus u. Staatskapitalismus. 4. u. 5. Aufl. 1917. S. 32.

„Steuern". Hier erlischt auch die letzte Spur von Genialität. Es bleibt nichts als der petit bourgeois tout pur."

Mit diesen Worten gibt MARX, wie mir scheint, nicht nur sein Urteil über die angeführte Schrift PROUDHONS ab, sondern hier hören wir zugleich seine Meinung über die Steuer vom Standpunkte des Sozialismus. Die Steuerfrage ist ihm eine Handwerker- und Krämerfrage, nicht aber eine Arbeiterfrage. Für PROUDHON der „die Gesellschaft mit den Augen eines französischen Parzellenbauern (später petit bourgeois) kritisiert" (MARX ebenda), mag sie Interesse haben, nicht aber für jemanden, dessen ganze Einstellung unerbittlich auf das Wesentliche des ökonomischen Entwicklungsganges in dem Gegensatz von Kapital und Arbeit gerichtet ist. Kurz, die Steuerfrage erscheint MARX nur als ein Kapitel, und zwar als ein recht unbedeutendes, des utopischen Sozialismus.

Ein guter Beleg hierfür ist die Besprechung, die MARX (mit ENGELS, nach dessen eigener Angabe) der Schrift von GIRARDIN, Le Socialisme et l'Impôt in der Neuen Rheinischen Revue im Jahre 1850 gewidmet hat. Bezeichnend ist schon der Spott, mit dem die Kritik beginnt, der Spott auf den „guten Sozialismus", d. i. „die Eintracht von Arbeit und Kapital", in dessen Gefolge sich befinden die Abschaffung der Unwissenheit, die Entfernung der Ursachen des Pauperismus, die Konstitution des Kredites, die Vervielfältigung des Eigentums, die Reform der Steuer, mit einem Wort, „das Regime, das sich am meisten der Vorstellung nähert, die sich der Mensch vom Reiche Gottes auf Erden macht."

In der Steuer-Reformfrage erblickt MARX nur „das spezifische Element aller bürgerlich-ökonomischen Reformer. Von den ältesten mittelalterlichen Spießbürgern", sagt er, „bis zu den modernen englischen Freetradern dreht sich der Hauptkampf um die Steuern."

Und weiter heißt es:

„Die Verminderung, die billigere Verteilung etc. etc. der Steuer, das ist die banale bürgerliche Reform. Die Abschaffung der Steuer, das ist der bürgerliche Sozialismus. Dieser bürgerliche Sozialismus wendet sich namentlich an die industriellen und kommerziellen Mittelstände und an die Bauern."

Daß diese Art bürgerlichen Sozialismus in Agitation und Politik sich heute vielleicht mehr denn je breit macht, bedarf

keiner näheren Ausführung. Um so mehr jedoch wird es interessieren, die Begründung für dieses, vielleicht mehr kritisch-theoretische als praktisch-politische Bekenntnis bei MARX und ENGELS zu hören: „Die Steuerreform bezweckt entweder", so führen die beiden Verfasser aus, „Abschaffung traditionell überkommener Steuern, die der Entwicklung der Industrie im Wege stehen, wohlfeileren Staatshaushalt oder gleichmäßigere Verteilung. Der Bourgeois jagt dem chimärischen Ideal der gleichen Steuerverteilung um so eifriger nach, je mehr es in der Praxis seinen Händen entschwindet."

„Die Distributionsverhältnisse, die unmittelbar auf der bürgerlichen Produktion beruhen, die Verhältnisse zwischen Arbeitslohn und Profit, können durch die Steuer höchstens in Nebenpunkten modifiziert, nie aber in ihrer Grundlage bedroht werden. Alle Untersuchungen und Debatten über die Steuer setzen den ewigen Bestand dieser bürgerlichen Verhältnisse voraus. Selbst die Aufhebung der Steuern könnte die Entwicklung des bürgerlichen Eigentums und seiner Widersprüche nur beschleunigen."

„Die Steuer kann einzelne Klassen bevorzugen und andere besonders drücken, wie wir dies z. B. unter der Herrschaft der Finanzaristokratie sehen. Sie ruiniert nur die Mittelschichten der Gesellschaft zwischen Bourgeoisie und Proletariat, deren Stellung nicht erlaubt, die Last der Steuer einer anderen Klasse zuzuwälzen."

„Das Proletariat wird durch jede neue Steuer eine Stufe tiefer herabgedrückt; die Abschaffung einer alten Steuer erhöht nicht den Arbeitslohn, sondern den Profit. In der Revolution kann die zu kolossalen Proportionen geschwellte Steuer als eine Form des Angriffs gegen das Privateigentum dienen; aber selbst dann muß sie zu neuen revolutionären Maßregeln weiter treiben oder schließlich auf die alten bürgerlichen Verhältnisse zurückführen."

Diese stark einseitige Betonung der sozusagen theoretischen Interesselosigkeit des Sozialismus in Steuerfragen, die fast wie eine Verkennung der praktischen Bedeutung der Steuerpolitik für die Arbeiterklasse aussieht, hatten MARX und ENGELS — auffallenderweise gleichfalls beide gemeinsam — schon einige Jahre vorher in einem polemischen Aufsatz der Deutschen Brüsseler

Zeitung vom 12. September 1847, betitelt „Der Kommunismus des rheinischen Beobachters“ bekundet.

Der erste vereinigte Landtag in Preußen hatte am 12. Juni 1847 die Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer unter der in der Regierungsvorlage vorgesehenen Voraussetzung, „daß an die Stelle derselben eine Einkommensteuer trete, „mit großer Mehrheit abgelehnt. Dagegen hatte sich ein offenbar offiziöser Artikel des Rheinischen Beobachters gewendet. Mit diesem Aufsatz, der von der Deutschen Brüsseler Zeitung unbesehen als kommunistische Kundgebung abgedruckt worden war, setzten sich MARX und ENGELS in der genannten Entgegnung auseinander. Ihre Ausführungen über die Mahl- und Schlachtsteuer sowie über die Einkommensteuer sind deshalb besonders bemerkenswert, weil sie zeigen, daß beide auf den Gegensatz von direkten und indirekten Steuern, aus dem LASSALLE später soviel Kapital schlug und der heute noch das armselige Steckenpferdchen mancher sozialistischer Parteipolitiker ist, gar kein Gewicht legen.

Hören wir die Beweisführung:

„Die Schlacht- und Mahlsteuer liegt direkt auf dem Arbeitslohn, die Einkommensteuer liegt auf dem Profit des Kapitals. Aber die Kapitalisten werden und können sich ihre Profite nicht so ungestraft besteuern lassen. Die Konkurrenz führt das schon mit sich. In wenigen Monaten nach Einführung der Einkommensteuer würde also der Arbeitslohn um gerade soviel herabgesetzt sein, als er durch die Aufhebung der Schlacht- und Mahlsteuer, durch die damit erniedrigten Preise der Lebensmittel effektiv gestiegen war. Der Stand des nicht in Geld, sondern in den dem Arbeiter nötigen Lebensbedürfnissen ausgedrückten Arbeitslohnes, d. h. der Stand des reellen, nicht nominellen Arbeitslohns hängt von dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage ab. Ein veränderter Steuermodus kann für den Augenblick eine Störung verursachen, auf die Dauer aber nichts daran ändern. Der einzige ökonomische Vorteil der Einkommensteuer ist der, daß sie wohlfeiler zu erheben ist. Das Proletariat gewinnt auch durch diesen Umstand nichts.“

„Worauf läuft also das ganze Gerede von der Einkommensteuer hinaus? Erstens, das Proletariat ist bei der ganzen Sache gar nicht oder nur momentan interessiert. Zweitens, die Regierung,

die bei der Erhebung der Schlacht- und Mahlsteuer täglich mit dem Proletariat in Berührung kommt, ihm gehässiger Weise gegenüber tritt, die Regierung steht bei der Einkommensteuer im Hintergrunde und zwingt die Bourgeoisie, die gehässige Tätigkeit des Lohndrückens ganz zu übernehmen. Die Einkommensteuer würde also nur der Regierung vorteilhaft sein[14])."

Ganz deutlich klingt aus dieser Darlegung der Unterton hervor, auf den die ganze Beweisführung abgestimmt ist. Es ist der Standpunkt des nachmals sogenannten ehernen Lohngesetzes, des Gesetzes nämlich, wie RODBERTUS es einige Jahre vorher ausgedrückt hatte, „daß die Arbeiter, die Produktivität mag noch so sehr zunehmen, immer wieder durch die Gewalt des Verkehrs auf einen Lohnsatz zurückgeworfen werden, der nicht den notwendigen Unterhalt übersteigt"[15]).

Diese Lehre entsprach damals, wie RODBERTUS um dieselbe Zeit etwa schrieb, „der übereinstimmenden Ansicht der Nationalökonomen aller verschiedenen Schulen". Daß MARX und ENGELS keine Bedenken hatten, sich dieser herrschenden Meinung anzuschließen, geht aus einem Aufsatz ENGELS' hervor, den dieser einige Wochen vorher veröffentlicht hatte. Es war sein erster Beitrag in der Deutschen Brüsseler Zeitung, und er behandelt, wie sein Titel „Schutzzölle oder Freihandelsystem" schon andeutet, ein mit unserer Frage im Zusammenhang stehendes Thema. ENGELS erklärt hier ohne Einschränkung „daß der Arbeiter, herrsche nun das Schutzzoll- oder Freihandels- oder ein aus beiden gemischtes System, keinen höheren Arbeitslohn erhält, als gerade zu seiner notdürftigsten Unterhaltung hinreicht. Der Arbeiter bekommt auf

---

14) MEHRING, Nachlaßausgabe II, S. 436. — Daß solche Steuerfragen damals die Arbeiterkreise beschäftigten, zeigt das jüngst von GRÜNBERG im Archiv für die Gesch. d. Sozialismus Bd. 9, S. 283 wieder abgedruckte fast verschollene erste und einzige Heft der Londoner Kommunist. Zeitschrift, die unter dem Titel „Der preußische Landtag und das Proletariat in Preußen wie überhaupt in Deutschland" über die Ablehnung des Gesetzentwurfes „wegen der Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer und Einführung der Einkommensteuer" berichtet. — Auch LASSALLE verweist in seiner bekannten Rede über „die indirekte Steuer und die Lage der arbeitenden Klassen" auf diesen Gesetzentwurf. Gesamtausgabe von BERNSTEIN, 1873. II. S. 355 ff.

15) Kenntnis unserer staatswirtschaftl. Zustände. 1842. S. 28.

der einen wie auf der anderen Seite netto, das was er braucht, um als Arbeitsmaschine im Gange zu bleiben[16])."

Wenn gesagt wurde, daß sich MARX und ENGELS in den angeführten Äußerungen der herrschenden Meinung anschließen, so ist das vielleicht mißverständlich. Denn die beiden Freunde waren in jenen Jahren ihres geistigen Werdens vielmehr anscheinend der Meinung, in dieser Frage originell zu sein. „Der natürliche Preis der Arbeit", hatte MARX in seiner 1846/47 abgefaßten Schrift „Das Elend der Philosophie" geschrieben, „ist nichts anderes, als das Minimum des Lohnes." Sein Mitarbeiter ENGELS fügt in der deutschen Ausgabe die Anmerkung hinzu: „Der Satz, daß der ‚natürliche', d. h. normale Preis der Arbeitskraft zusammenfällt mit dem Minimum des Lohnes, d. h. mit dem Wertäquivalent der zum Leben und zur Fortpflanzung des Arbeiters absolut notwendigen Lebensmittel — dieser Satz wurde zuerst von mir aufgestellt in den ‚Umrissen zu einer Kritik der Nationalökonomie' (Deutsch-Französische Jahrbücher. Paris 1844) und in der ‚Lage der arbeitenden Klasse in England'. Wie man hier sieht, hatte MARX diesen Satz damals akzeptiert. Von uns beiden hat LASSALLE ihn übernommen[17])."

Die Steuerfrage wird also von MARX wie von ENGELS fast ausschließlich unter dem engen Gesichtswinkel des Lohngesetzes betrachtet, daher auch die große Dürftigkeit dessen, was beide über die Steuer zu sagen haben, so MARX z. B. in der erwähnten Polemik gegen PROUDHON[18]). ENGELS hält auch in seiner Abhandlung „Zur Wohnungsfrage" 1872 (die ja auch eine Auseinandersetzung mit dem Proudhonismus ist), ebenso in der Neuauflage von 1887 noch an seiner Jugendmeinung fest, daß die Steuerfrage für die Arbeiterschaft unter der Herrschaft des Lohngesetzes ohne erhebliche Bedeutung sei. „Steuern, Dinge, die die Bourgeoisie sehr, die Arbeiter aber nur sehr wenig interessieren", lautet sein lakonisches Urteil[19]). „Was der Arbeiter an Steuern zahlt", meint ENGELS, „geht auf die Dauer in die Pro-

16) MEHRING, Nachlaßausgabe II, S. 431.

17) Stuttgart 1885, S. 26. Die weiteren kritischen Ausführungen ENGELS' zu diesem Satz berühren unsere Frage hier nicht.

18) MARX, Elend der Philosophie. Ausgabe von 1885. S. 154.

19) ENGELS, Zur Wohnungsfrage. 2. Aufl. 1887. S. 26.

duktionskosten der Arbeitskraft mit ein, muß also vom Kapitalisten mit vergütet werden." Ein Gleiches gilt von anderen proudhonistischen Heilmitteln gegen den Kapitalismus, z. B. Kredit. „Welchen Kredit", sagt ENGELS, „braucht der Arbeiter, als den von Woche zu Woche oder den Kredit des Pfandhauses? Ob ihm dieser kostenfrei oder für Zinsen, selbst Pfandhauswucherzinsen geleistet wird, wieviel macht ihm das Unterschied? Und wenn er, allgemein genommen, einen Vorteil davon hätte, also die Produktionskosten der Arbeitskraft wohlfeiler würden, müßte nicht der Preis der Arbeitskraft fallen?"

Man sieht, die Beweisführung stützt sich immer wieder auf ein und dasselbe Argument. Es ist dies, wie BERNSTEIN zutreffend bemerkt hat, die Auffassung aller Sozialisten, die von der RICARDOschen Lohntheorie ausgehen[20]). So schreibt HODGSKIN in seiner Schrift „Labour defended against the Claims of Capital" 1825: „In der Tat, so schädlich sie (die Kornzölle) für die Kapitalisten sein mögen, so zweifelhaft ist es, ob sie es auch für den Arbeiter sind. Sie vermindern die Profitrate, aber sie senken nicht endgültig die Arbeitslöhne. Ob Korngesetz oder nicht, der Kapitalist muß dem Arbeiter den Unterhalt geben, und so lange, als seine Forderungen erfüllt und befolgt werden, wird er ihm nie mehr gewähren. Mit anderen Worten, der Arbeiter wird dem Kapitalisten stets so ziemlich die gleiche Menge Arbeit für den Laib Brot zu geben haben, ob dieser Laib das Produkt von einer Stunde oder einem Tag Arbeit ist[21])." Das ist offensichtlich auch der Standpunkt von MARX und ENGELS, vielleicht nur mit einer kleinen Einschränkung. Wo es sich nämlich unmittelbar um praktische Aufgaben handelt, steht MARX Steuerfragen doch nicht ganz so geringschätzig gegenüber, wie es nach alledem den Anschein haben möchte. In den neuerdings mehrfach abgedruckten[22]) „Forderungen der kommunistischen Partei", die offenbar von MARX verfaßt sind und die er als erster neben SCHAPPER,

20) Zur Theorie u. Geschichte des Sozialismus. 4. Aufl. Teil 1. S. 58.

21) Zitiert nach BERNSTEIN ebenda S. 58.

22) Vgl. die Reklamausgabe von E. DRAHN, Karl Marx, Lohnarbeit und Kapital und andere Schriften aus der Frühzeit. 1919. S. 122. Desgl. auch Archiv für die Geschichte des Sozialismus 1921, XI, S. 339 und die Ausführungen GRÜNBERGS ebenda S. 251.

BAUER, ENGELS, MOLL, WOLFF unterzeichnet hat, fordert Punkt 15 „Einführung von starken Progressivsteuern und Abschaffung von Konsumtionssteuern".

Damit stehen dann freilich andere Äußerungen wieder in einem gewißen Widerspruch. So wenn er in dem Chartistenorgan People's Paper vom 23. April 1853 schreibt: „Wahrhaft absurd aber ist es, zu behaupten, daß die Einkommensteuer die Arbeiter nicht berühre. In unserer jetzigen Gesellschaftsordnung, wo sich Unternehmer und Arbeiter gegenüberstehen, hält sich die Bourgeoisie meist für eine höhere Besteuerung dadurch schadlos, daß sie die Löhne herabsetzt oder die Preise erhöht" [23]).

Es liegt nun die Frage nahe, wie setzt sich LASSALLE, der Mann des Schlagwortes vom ehernen Lohngesetz und zugleich der Ankläger des Klassencharakters der indirekten Steuer, über diesen anscheinenden Widerspruch hinweg? Schon der Staatsanwalt, der LASSALLE „der Gefährdung des öffentlichen Friedens durch öffentliche Anreizung der Angehörigen des Staates zum Hasse gegeneinander" beschuldigte, hatte seinem Angeklagten den naheliegenden Einwand entgegengehalten, „daß die arbeitenden Klassen die Steuer, welche auf den Gegenständen des Konsums liegt, vergütet bekommen" [24]) — „Der Staatsanwalt hat gesagt," bemerkt LASSALLE an anderer Stelle seiner Verteidigungsrede, „die Last der indirekten Steuern, obwohl sie natürlich den Preis der Produkte verteuere, könne dennoch nicht den Arbeiterstand treffen, weil ja ‚die Höhe des Lohnes nach demselben Verhältnis bemessen ist', der Arbeiterstand also, indem der Arbeitslohn sich nach dem Preis der Produkte und somit auch nach den indirekten Steuern regele, ‚insoweit gar keine Steuer zu entrichten' habe."

„Es scheint, meine Herren, daß der Staatsanwalt einmal von dem bekannten ökonomischen Gesetz hat reden hören, daß im

23) Gesammelte Schriften von KARL MARX und FRIEDRICH ENGELS 1852—1862. Vgl. dort auch den Artikel aus der New York Tribune vom 28. 12. 1852 „Das Parlament — Die Abstimmung vom 26. 11. — Disraelis Budget", der sich auf den Abschluß des Kampfes zwischen Schutzoll und Freihandel bezieht.

24) Die indirekte Steuer und die Lage der arbeitenden Klassen. FERD. LASSALLES Reden und Schriften. BERNSTEINausgabe 1893. II. S. 270.

Durchschnitt der Arbeitslohn immer die zur Lebensfristung notdürftig erforderlichen Unterhaltsmittel darstelle. Folglich, schließt der Staatsanwalt hieraus, kann es den Arbeitern ja auch gleich sein, wie sehr ihnen durch die indirekten Steuern die Lebensmittel verteuert werden. Der Arbeitslohn bemißt sich stets nach den Preisen derselben, steigt mit ihnen, und die sie verteuernden indirekten Steuern werden daher in letzter Instanz doch nur von den Gewerbeunternehmern, nicht von den Arbeitern, gezahlt[25])."

Lassalle wendet sich entschieden und mit unbestreitbarem Erfolg gegen diese Behauptung: „In dieser Ausdehnung hingestellt, beruht diese Folgerung", sagt er, „nur auf reiner Unkunde." Die Überwälzung der indirekten Steuern auf den Arbeitslohn durch Erhöhung desselben, das ist die Überwälzung auf den Unternehmer, sei, so führt er etwa aus, in dieser Allgemeinheit überhaupt niemals von der Wissenschaft behauptet worden. Das Gegenteil sei der Fall. Adam Smith z. B. weise nach, daß mit der durch die Steuern hervorgerufenen Preissteigerung des Tabaks, Tees, Zuckers usw., obgleich, wie dieser selbst sage, alle diese Gegenstände zu den regelmäßigen und gewohnheitsmäßigen Lebensbedürfnissen der untersten Volksklassen gehören, dennoch keine Erhöhung des Arbeitseinkommens eingetreten sei.

Wohl aber, gibt Lassalle zu, haben Adam Smith und sein noch größerer Nachfolger Ricardo von den absoluten und unerläßlich notwendigen Lebensbedürfnissen, worunter sie hauptsächlich das Getreide verstehen, behauptet, daß, da der Arbeitslohn immer für das ausreichen müsse, was zur absoluten Nahrung erforderlich sei, die durch die daraufgelegten Steuern verursachte Steigerung des Getreidepreises dem Arbeiter stets durch den Arbeitslohn ersetzt werde und also nicht ihn, sondern den Unternehmer und Kapitalisten treffe.

Lassalle antwortet: Angenommen, es wäre so, so wäre das für die vorliegende Frage ganz belanglos, denn der Arbeiter lebt ja nicht vom Getreide allein, sondern ebenso von Bier, Tee, Kaffee, Tabak, Seife, Licht usw., bei welchen auch, nach Adam Smith, die Steuer nicht auf den Kapitalisten abgewälzt wird, sondern den Arbeiter selbst trifft.

25) Ebenda S. 283.

Und dann: Es verhält sich aber selbst bei dem Getreide, bei den absoluten Lebensbedürfnissen durchaus nicht so, daß die indirekte Steuer vom Arbeiter auf den Kapitalisten überwälzt wird. Dies sei in der Wissenschaft zur unbestrittenen allgemeinen Anerkennung gekommen, selbst in der SMITHschen und RICARDOschen Schule. Dafür liefert LASSALLE einen dreifachen Beweis:

„1. den äußeren Beweis, durch die neuesten jetzt lebenden Autoritäten der Wissenschaft (er zitiert RAU und ROSCHER), 2. den inneren Beweis durch die Gründe, welche den Irrtum jener Behauptung aufzeigen, 3. den statistischen Beweis, welcher die Richtigkeit dieser Gründe bestätigt."

Wir greifen den Beweis durch die inneren Gründe heraus. LASSALLE trägt deren vier vor.

I. Wird durch Steuern der Getreidepreis gesteigert, so bricht der allgemeine Kampf zwischen den einzelnen Ständen der Gesellschaft um die Überwälzung dieser Steuer aus. Der Arbeiter, weil wirtschaftlich am schwächsten, ist dabei am ungünstigsten gestellt, er kommt zwischen zwei Feuer; von der einen Seite dringt die gesteigerte Teuerung des Getreides auf ihn ein, und in den Rücken fällt ihm die verringerte Nachfrage nach Arbeit, die dadurch entstanden, daß durch den Aufwand für Getreidesteuer das Unternehmerkapital verringert worden ist.

II. Der zweite Grund ist dieser: Es ist wahr, wenn der Arbeitslohn bereits so niedrig steht, daß er schlechterdings nur die zur allernotdürftigsten Lebensführung erforderlichen Gegenstände gewährt, dann muß allerdings die Steigerung des Getreidepreises die Steigerung des Arbeitslohnes nach sich ziehen. Dann bringt der gesteigerte Getreidepreis Krankheit, Unterernährung, den Hungertod unter den Arbeitern hervor.

Hat nun der Würgengel lange genug unter den Arbeitern gewütet und ist dadurch die Zahl der Arbeitshände, also das Angebot gegen die Nachfrage in entsprechendem Maße verringert, dann wird auch der Arbeitslohn steigen.

III. Der dritte Grund, warum die Ansicht von SMITH und RICARDO über die Steuerüberwälzung nach LASSALLE unbedingt falsch ist, ist dieser: Ihre Lehre enthält einen offenen direkten Widerspruch in sich selbst. Sie behauptet nämlich, bei nicht

unbedingt notwendigen Lebensbedürfnissen belaste die Steuer das Arbeitseinkommen, bei absolut notwendigen hingegen wie bei Getreide soll die Preissteigerung durch Steigerung des Arbeitslohnes auf den Unternehmer überwälzt werden können. — Der Unterschied, der zwischen beiden Fällen vorhanden zu sein schien, verschwindet sofort. Der Grund ist der: Der Arbeiter wird an Getreide, trotz des gestiegenen Preises, nicht weniger konsumieren, aber er wird die vom Staate auf das Getreide gelegte Steuer für seine Privatwirtschaft in eine auf Tee, Kaffee, Tabak, Bier, Seife, Licht usw. gelegte Steuer verwandeln, und wird dafür an jenen anderen Gegenständen seines üblichen Konsums, Kaffee, Tabak, Bier usw. sich so viel abbrechen, als die Steigerung des Getreidepreises beträgt. Und folglich trifft die Getreidesteuer ihn, drückt auf ihn und drückt seinen standard of life hinunter.

IV. Den vierten Grund, den historisch statistischen Nachweis erbringt Lassalle aus dem vortrefflichen Werke des Engländers Thomas Tooke, „Die Geschichte der Preise von 1793—1857". Nur eine prägnante Stelle daraus: Tooke sagt: „Man kann als feststehend annehmen, daß der Arbeitslohn unter allen Tauschgegenständen der letzte ist, welcher infolge einer Teuerung oder einer Preisherabsetzung des Geldes im Preise steigt." Die Arbeitslöhne halten also mit dem steigenden Preise der Lebensmittel nur schlecht Schritt. Von noch größerer Wucht aber als dieses allgemeine Eingeständnis sind die statistischen Feststellungen dieses Werkes, die zeigen, in welch weitem Abstand der Nominallohn den Änderungen des Reallohnes folgt.

„So wird", schließt Lassalle diesen Teil seiner Ausführungen, „durch den Mund der Statistik bestätigt, was ich Ihnen darüber sagte, wie der Arbeiter durch das Steigen der Lebensmittelpreise sogar zwischen zwei Feuer genommen wird."

Die Darstellung, die hier Lassalle gibt, ist im wesentlichen zutreffend, und es bedarf dazu kaum der weit ausgeholten Beweisführung. Der Arbeiter, dem im Preise der Waren Zölle und andere Verbrauchsabgaben zugewälzt worden sind, befindet sich in einer ähnlichen Lage wie der Produzent, der eine Verbrauchssteuer entrichten muß. Er kann die Steuerlast nur weiterwälzen, wenn er den Preis der Ware, die er anzubieten hat, das ist

seiner Arbeitskraft, seiner Dienstleistungen, erhöht. Ist das aber möglich? Möglich wäre das nur, wenn sich das Verhältnis von Angebot und Nachfrage infolge der Steuer derart verschieben würde, daß entweder mehr Arbeitskräfte nachgefragt oder weniger angeboten werden. Nur eine Steigerung der Nachfrage nach Arbeitskräften oder Einschränkung des Angebots an solchen kann den Lohn in steigender Richtung bewegen. Eine solche Wirkung kann die Steuer aber gar nicht haben; denn sie vermag in der Regel weder eine größere Arbeitsnachfrage noch ein größeres Arbeitsangebot hervorzurufen. Eher kann eine erhöhte oder neueingeführte Verbrauchsteuer die gegenteilige Wirkung haben, indem einerseits in der besteuerten Industrie eine Anzahl Arbeiter freigesetzt werden und andererseits kleine Handwerker, Pensionäre usw., die bisher auf schmalster Basis ihre Existenz fristeten, gezwungen werden, ihre Arbeitskräfte anzubieten. Auf der einen Seite wird also in diesem Falle die Nachfrage nach Arbeitern eingeschränkt und auf der andern das Angebot an Arbeitskräften vergrößert; an eine Lohnerhöhung aber ist nicht zu denken. Die Weiterwälzung oder vielleicht besser, die Überwälzung zweiten Grades (wenn wir die Überwälzung von dem Produzenten auf den Konsumenten als Überwälzung ersten Grades bezeichnen) ist nur möglich, wenn die Steuerbelastung so groß ist, daß, falls die Arbeiter keine Lohnerhöhung durchzusetzen vermögen, ihre Existenz in Frage gestellt wird. Gelingt in diesem Fall die Steuerüberwälzung im Wege der Lohnerhöhung nicht unmittelbar, so gehen die wirtschaftlich Schwächsten zugrunde; das Angebot an Arbeitskräften verringert sich; der Lohn muß steigen; die Steuer ist überwälzt!

Damit soll natürlich nicht gesagt sein, daß nicht in einzelnen Berufszweigen unter dem Druck einer starken Organisation Lohnerhöhungen durchgesetzt werden können, auch ohne daß eine Änderung in dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage eingetreten zu sein braucht. Ja, die durch die Steuer bewirkte Lebensmittelverteuerung kann sogar unmittelbar Anlaß geben, die Erzwingung einer Lohnerhöhung zu versuchen. Doch das sind Dinge, die hier nicht weiter zu verfolgen sind.

Die Steuerlehre des neueren Sozialismus weist danach drei Richtungen auf. Die ältere Richtung, die oben nur gestreift

wurde, ist jene, die GIRARDIN vertrat, der freilich nicht ihr Vater ist. Sie ist mit der bitteren Kritik, die MARX an diesem kleinbürgerlichen Steuersozialismus übte, keineswegs ausgerottet worden. In den Aufsätzen des Leipziger „Volksstaat" 1872 über die Wohnungsfrage, gegen welche sich dann ENGELS in seiner gleichnamigen Artikelreihe wandte, wird der gleiche Standpunkt vertreten. Ihm wird auch heute noch von anscheinend radikaler Seite gehuldigt. Es ist ein Utopismus, den man mit ENGELS auch als PROUDHONismus charakterisieren kann, den diese Richtung vertritt. Die Utopie ist die, daß die Steuer der Hebel sei, mit dem man die kapitalistische Welt aus den Angeln heben könne.

Die zweite Richtung ist die von MARX und ENGELS vertretene. Wie die Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus die Steuerfrage grundsätzlich ansehen, kommt gut in der mehrfach angeführten Schrift von ENGELS „Zur Wohnungsfrage" zum Ausdruck, obwohl über Steuern daselbst nur ganz wenige Worte zu finden sind. Aber ENGELS betont ausdrücklich, daß das, was er Grundsätzliches zur Wohnungsfrage zu sagen habe, auch für „diese Fragen, wie Steuern, Staatsschulden, Privatschulden, Kredit usw." gelte. „Alle diese Punkte," sagt er, „die uns hier als hochwichtige Fragen für die Arbeiterklasse vorgehalten werden, haben in Wirklichkeit wesentliches Interesse nur für den Bourgeois und noch mehr für den Kleinbürger, und wir behaupten, trotz PROUDHON, daß die Arbeiterklasse keinen Beruf hat, die Interessen dieser Klasse wahrzunehmen[26])." Dennoch verwahrt er sich dagegen, die Dinge als „unbedeutende Kleinigkeit" anzusehen. „Aber die sogenannte Wohnungsfrage lösen zu wollen," sagt ENGELS — und wir können hinzutügen, auch die Steuerfrage, da er selbst in diesem Zusammenhang darauf verweist — „das fällt mir allerdings nicht ein, ebensowenig wie ich mich mit den Details der Lösung der noch wichtigeren Eßfrage befasse. Ich bin zufrieden, wenn ich nachweisen kann, daß die Produktion unserer modernen Gesellschaft hinreichend ist, um allen Gesellschaftsgliedern genug zu essen zu verschaffen, und daß Häuser genug vorhanden sind, um den arbeitenden Massen vorläufig ein geräumiges und gesundes Unterkommen zu bieten.

26) ENGELS, Zur Wohnungsfrage. 2. Aufl. 1887. S. 26.

Wie eine zukünftige Gesellschaft die Verteilung des Essens und der Wohnungen regeln wird, darüber zu spekulieren, führt direkt in die Utopie. Wir können höchstens aus der Einsicht in die Grundbedingungen der sämtlichen bisherigen Produktionsweisen feststellen, daß mit dem Fall der kapitalistischen Produktion gewisse Aneignungsformen der bisherigen Gesellschaft unmöglich werden. Selbst die Übergangsmaßregeln werden sich überall nach den augenblicklich bestehenden Verhältnissen zu richten haben, in Ländern kleinen Grundeigentums wesentlich andere sein als in Ländern großen Grundbesitzes usw.[27])."

Das alles gilt, wie gesagt, nach ENGELS' deutlich ausgesprochener Meinung auch für die Steuerfrage.

Ist dies die Steuerlehre des theoretischen Sozialismus im Gegensatz zu der des utopischen Sozialismus, so wird die dritte Richtung durch den politischen Sozialismus vertreten. Sie geht auf LASSALLE zurück, und der Revisionismus hat sie gegen MARX und ENGELS zur Geltung gebracht.

An LASSALLE schließt BERNSTEIN an, wenn er erklärt: „Es ist nicht gleichgültig, ob eine neue Steuer oder sonstige finanzpolitische Maßregel (Monopol etc.) wichtige Lebensmittel des Arbeiters verteuert; denn es ist nicht wahr, daß der Lohn gemäß einem volkswirtschaftlichen „Gesetz" notwendigerweise bald um den Satz dieser Steuer steigt[28])." Aber die Steuertheorie des Revisionismus beschränkt sich nicht auf diesen dürftigen Satz. Auch ist es ihr zu danken, wenn von dem Steuern nur verneinenden Standpunkte unbeschadet ihrer verschiedenen theoretischen Stellungnahme die einsichtigen Führer der Sozialdemokratie schon seit längerem abgekommen sind. Selbst hinsichtlich der Lebensmittelzölle zeigte sich schon in dem Jahrzehnt vor dem Kriege eine bemerkenswert vorsichtige Beurteilung. Die Worte SCHIPPELS auf dem Stuttgarter Parteitag: „das Endziel, die höhere Entwicklung unserer Industrie, ist uns alles; das bißchen Preisbewegung und Preiserhöhung kann für uns nichts bedeuten; nicht als Konsumenten haben die Arbeiter über den Schutzzoll zu urteilen,

27) Ebenda S. 71.

28) BERNSTEIN, Zur Geschichte und Theorie des Sozialismus. Gesammelte Abhandlungen 1901. S. 88. Die betr. Aufsätze „Zur Frage des ehernen Lohngesetzes" stammen aus dem Jahre 1890/91.

sondern als Teilnehmer am heutigen Produktionsorganismus[29]," haben in der Partei größeren Eindruck gemacht, als es anfänglich schien. Nun aber kann man dieses Wort getrost auf den Gegensatz von direkten und indirekten Steuern überhaupt anwenden. Auch hier kann die Fragestellung wohl einmal lauten: ein bißchen Preiserhöhung auf der einen oder die Produktion erdrosselnde direkte Steuern auf der anderen? Auch KARL RENNER hat diesen Gedanken in seiner Schrift „Das arbeitende Volk und die Steuern" schon vor einigen Jahren flüchtig berührt. „Innerhalb der gegebenen kapitalistischen Wirtschaftsordnung — schreibt er — darf der Mehrwert nicht einmal zu hoch besteuert werden, ohne ökonomische Katastrophen, ohne das Proletariat selbst durch Lohndruck und Arbeitslosigkeit in Mitleidenschaft zu ziehen." Die Folgerung ist naheliegend kurz gesagt: indirekte Steuern können unter Umständen auch vom Standpunkt der Arbeiterklasse vor allzu hohen direkten Steuern den Vorzug verdienen. Im Grunde heißt es ja auch nichts anderes, wenn eine Zeitschrift sozialistischer Tendenz — freilich in einem anderen Zusammenhange — während des Krieges von den direkten Steuern schrieb: „Die Arbeiter und zwar fatalerweise gerade die tüchtigsten wandern aus, sobald ihr Arbeitsertrag durch Steuern irgendwelcher Art unter den ‚Goldpunkt' gedrückt wird. Sollen es aber die Rentner sein, die die direkten Steuern zahlen sollen, so ist zu bedenken, daß diese mehr noch als die Arbeiter dem Gesetze des geringsten Drucks folgen. Und wenn wir auch die Steuern von der Sache (Dividende, Miete usw.) erheben können, statt vom Besitzer (Rentner), so müssen wir doch damit rechnen, daß solche Sachsteuern, die den Zinsertrag unter das internationale Zinsniveau drücken würden, jede Neuanlage von Kapital im Deutschen Reiche unmöglich machen würden. Niemand wird dann noch ein Haus, eine Fabrik bauen, es sei denn, daß die Steuern restlos abzuwälzen seien auf den Lohn oder auf die Grundrente (ein Drittes ist nicht da). Ist das nicht möglich, so unterbleibt die Kapitalanlage. Die Welt ist ja so weit für das anlagesuchende Kapital[30])."

29) Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der sozialdem. Partei Deutschlands 1898. S. 179.

30) Der Physiokrat, III. Jahrg. Nr. 7, März 1916.

Ganz ähnlich hatte schon mehr als ein Dutzend Jahre vorher KARL KAUTSKY geschrieben: „Es ist eine bekannte Tatsache, daß je höher die Steuer, desto größer die Versuchungen zu Steuerdefraudationen. Aber selbst wenn es gelänge, jede Verbergung von Einkommen und Vermögen unmöglich zu machen, selbst dann wäre man nicht in der Lage, die Einkommen- und Vermögenssteuer beliebig hoch zu schrauben, weil die Kapitalisten, wenn die Steuer ihr Einkommen oder Vermögen zu sehr beschnitte, einfach aus dem Staate fortziehen würden und dieser das Nachsehen hätte. Der Staat hätte dann die Einkommen- und Vermögenssteuer, aber ohne Einkommen und Vermögen. Über ein gewisses Maß kann man also bei diesen Steuern heute nicht hinaus, selbst wenn man die politische Macht dazu hätte[31])."

Programmatische Bedeutung aber kommt, wie schon berührt, den Ausführungen RENNERS zu, so wenn er schreibt: „Die bürgerlich-demokratische Formel von der allgemeinen Einkommensteuer kann nicht schlechtweg übernommen werden. Auch die Klausel des Existenzminimums heilt sie nicht." Ferner: „Auch der allgemeine Grundsatz der Progression ist eine kleinbürgerliche Illusion. . . . Eine ins Ungemessene gesteigerte Progression trifft mehr, als sie will. Sie trifft nicht bloß den Luxuskonsum im Haushalt der Reichen, sondern die Neuanlage von Erwerbsbetrieben; die Vermehrung der privaten Arbeitsgelegenheiten. Unbrauchbar ist auf die Dauer jene Formel, die das abwehrende Proletariat in seinen Anfängen aufgestellt hat: absolut kein indirekten Steuern[32])!"

Daß RENNER mit seinen Ausführungen keineswegs allein steht, dafür sei auf SCHIPPEL verwiesen, der schon vor ihm in den Sozialistischen Monatsheften ausführte: „Bei Einkommenstufen im Sinne unserer Besteuerungszukunftspolitik denken wir stets an die geringere oder größere Möglichkeit, genügend, gut, reichlich, luxuriös und schließlich sinnlos verschwenderisch zu leben, an die Größe des Konsumtionsfonds. . . . Aber solange wir kapitalistische Produktion haben, ist notwendigerweise ein sehr ansehnlicher Teil des einzelkapitalistischen Jahreseinkommens ganz nicht frei verfügbarer Konsumtionsfonds; er ist vernünftigerweise

31) KAUTSKY, Am Tage nach der sozialen Revolution. 1903. S. 12.
32) RENNER a. a. O. S. 39 ff.

und unter dem Zwange der Konkurrenzgesetze überhaupt gar nicht als Revenue zu verzehren. Er muß vielmehr von neuem als tätiges Kapital angewandt, akkumuliert werden. . . . Hatten wir auch diesen Einkommensanteil bei unseren Steuerforderungen im Auge? Können wir als Arbeitervertreter etwa daran denken, ihn, den vorläufig unentbehrlichen ökonomischen Fortschrittsfaktor mit förmlichen Konfiskationssteuern zu belegen[33])?"

Was Renners Ausführungen jedoch noch besonders bemerkenswert macht, ist, daß sie sich nicht auf das alte Thema „direkte oder indirekte Steuern" beschränken, sondern darüber hinaus die Bedeutung der Steuer für die sozialistische Wirtschaftsordnung überhaupt anzudeuten versuchen. Zwei Sätze seien noch hervorgehoben: „Die Ausdehnung der Besitzsteuern in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ist durch die Tatsache des Kapitalismus selbst begrenzt und die Vergesellschaftung der Produktionsmittel durch das bloße Mittel der Steuern — wie es manche Sozialisten erträumen — an sich ausgeschlossen. Und das vermag auch die Erbschaftssteuer nicht, an welche die größten Hoffnungen geknüpft werden." Ferner: „Die Personaleinkommensteuer wird — trotz unserer für die Gegenwart berechtigten Vorliebe für sie — nicht die Steuer der Zukunft sein[34])."

Seit Renners und Schippels Darlegungen darf wenigstens in den Reihen der Revisionisten der öde Steuerdoktrinarismus Lassalleschen Stiles als überwunden angesehen werden, wenn dieser sich auch freilich in der sozialistischen Tagesliteratur immer noch in plattester Weise breit macht. Es wiederholt sich auch hier die Erfahrung, daß alte eingewurzelte und zu Schlagworten gewordene Vorstellungen oft eine erstaunliche Lebenskraft zeigen. Immerhin darf aber der steuerpolitische Revisionismus für sich wohl das Verdienst in Anspruch nehmen, die parteipolitische Haltung der deutschen und österreichischen Sozialdemokratie in Steuerfragen zum mindesten zu einer gewissen

33) Schippel, Die Reichsfinanzreform und die Arbeiterklasse. Soz. Monatshefte 1908, S. 1117 f. — Ganz hingegen auf den Lassalleschen Ton gestimmt ist noch der Artikel „Zölle und indirekte Steuern" des gleichen Verfassers im Sozialdemokratischen Reichstagshandbuch 1902, S. 1127 ff.

34) A. a. O. S. 43 u. 45.

zurückhaltenden Beurteilung bewogen zu haben, wie sie etwa in den Worten W. KEILS zum Ausdruck kommt: „Für die zur Wahrung der Interessen der Arbeiterklasse in Steuerfragen einzunehmende Stellung gibt es keine auf alle Fälle passende Schablone. Die Wirkung einer vorgeschlagenen Steuer wird immer im Einzelfall zu prüfen sein[35])." Der Revisionismus begegnet sich mit dem orthodoxen Marxismus darin, daß er nicht nur am Kapitalismus festhält, sondern höchstentwickelten Kapitalismus als sein Ziel ansieht, mit dessen Erreichung die Umgestaltung der Eigentumsverfassung und Befreiung des Proletariates Hand in Hand gehen soll. Die praktische Folgerung für die Finanzpolitik war diese: Einschränkung aller unwirtschaftlichen Ausgaben, insbesondere des Rüstungsaufwandes, um einerseits das Lohneinkommen vor Steuerdruck zu bewahren, andererseits aber auch die Akkumulationsquote des Volkseinkommens durch Steuern möglichst wenig schmälern zu müssen.

Im übrigen ist auch hier festzustellen, daß die finanzwissenschaftliche Literatur des Sozialismus (wie ja auch von GOLDSCHEID u. a. betont wird) und erst recht natürlich die sozialdemokratische Steuerliteratur ganz außerordentlich dürftig ist. Die wenigen Schriftsteller, die sich mit Finanzfragen befassen, kommen in der Regel überhaupt nicht zu grundsätzlichen Erörterungen, selbst wenn sie uns eine Schrift mit so anspruchsvollem Titel bieten wie PETERSMANN[36]). Ja, den meisten scheint es überhaupt verborgen, daß hier schwerwiegende Probleme liegen, über die es Klarheit schaffen heißt[37]).

35) KEIL, Die ersten Kriegssteuern und die Sozialdemokratie. 1916. S. 65.

36) PETERSMANN, Staatsbankerott oder sozialdemokrat. Steuerpolitik? 1921.

37) Zu den wenigen schon erwähnten löblichen Ausnahmen gehört auch die bereits erwähnte Schrift von GOLDSCHEID, die freilich keine eigentlich steuerwirtschaftlichen Fragen behandelt. — Für die Stellungnahme des Sozialismus und der Sozialdemokratie zur Frage „Direkte und indirekte Steuern" sei auf die knappen, aber ganz vortrefflichen Ausführungen bei PISTORIUS, Die deutsche Finanzwirtschaft und der Ausweg aus der Not, 1920, S. 24 ff. verwiesen; desgl. auf meine Aufsätze im „Tag", „Direkte und indirekte Steuern", 1916, Nr. 149 u. 151; ferner die trefflichen Ausführungen bei GOLDSCHEID a. a. O. S. 125 ff. — Über „Die Finanzpolitik der sozialdemokratischen Partei in ihren Zusammenhängen mit dem sozialistischen Staatsgedanken" unterrichtet gut KÄTHE MENGELBERGS gleichnamige Schrift. 1919. Sehr wenig hingegen bietet KATZENBERGER, Die Sozialdemokratie und die

III. Sozialistisch-kommunistische Steuerpolitik.

Die letzten Jahre haben wie auf so manchen anderen Gebieten, so auch auf dem der Finanz- und besonders dem der Steuerpolitik den Sozialismus, bezw. die ihn politisch vertretenden Parteien vor eine Fülle von Aufgaben gestellt, für welche teils die theoretische Vorbereitung fehlte, teils die Doktrin versagte. Das zeigte sich sowohl dort, wo man unmittelbar einen sozialistischen oder wie die kommunistische Partei Rußlands (Bolschewiki) mit Vorliebe zu sagen pflegt, einen proletarischen Staat schaffen zu können glaubte, wie auch dort, wo sozialistische Parteien einen bestimmenden Einfluß auf Regierung und Verwaltung und damit auch auf die Finanz- und Wirtschaftspolitik erlangten.

Besonders bezeichnend sind die steuerwirtschaftlichen Erfahrungen, die man in Sowjetrußland gemacht hat. PREOBRASCHENSKY[38]) berichtet darüber im A B C des Kommunismus. Darnach haben sich direkte Steuern überhaupt als unzulänglich und untunlich erwiesen. „Die Hauptquelle der Staatseinnahmen bleibt das Drucken von Papiergeld." Und weiter: „Die Emission des Papiergeldes, insoferne man für dieses noch etwas kaufen kann, ist eigentlich eine besondere Steuerform. — Wenn die Papiergeldemission als ein Einnahmeposten bisher gelang, so geschah es deswegen, weil diese Art der Steuer unbemerkt eingehoben wird." Und dann folgt das Bekenntnis zu den indirekten Steuern: „Genau so ganz unmerklich ist die Eintreibung der indirekten Steuern von Staatsmonopolen möglich. Diese Art der Staatseinnahmen ist auch im Grunde genommen sehr richtig." (!) Als Beispiele werden angeführt: Wenn die Beförderung der Reisenden im Jahre 1 Milliarde Rubel kostet, so kann der Staat den Fahrpreis so bestimmen, daß er vom Personenverkehr 1 Milliarde, 200 Millionen einnehmen kann. Wenn die gesamten erzeugten

Reichsfinanzreform von 1906/1913 bis zum Kriege. Diss. 1917. — Weit mehr als der wissenschaftliche Sozialismus hat der vormarxistische Sozialismus zu Finanz- und besonders Steuerfragen zu sagen gewußt. Eine wissenschaftliche Darstellung fehlt noch, ist aber auf meine Anregung in Angriff genommen worden.

38) N. BUCHARIN u. E. PREOBRASCHENSKY, Das ABC des Kommunismus. Wien 1920. II. Bd. S. 152. Die Finanzen im proletarischen Staate.

Manufakturwaren 5 Milliarden kosten, so dürfen sie um 6 Milliarden verkauft werden usw.[39])."

Kein Wort mehr der Verurteilung der indirekten Steuern. Das mag ja wohl auch nicht Aufgabe des kommunistischen A B C sein. Dennoch muß an dieser Stelle festgestellt werden: es gibt keine blutigere indirekte Abgabe als die Inflation; denn gerade sie trifft wie eine Geißel die Ärmsten und ökonomisch Hilflosesten, darum der Irrsinn aller neuen Forderungen an die Notenpresse.

Berichtet PREOBRASCHENSKY mehr über finanzpolitische Erfahungen, so versucht N. BUCHARIN das theoretische Programm des Bolschewismus zu entwickeln[40]). In einem besondern Kapitel seiner Programmschrift „Die Staatsfinanzen in der Räterepublik und die Geldwirtschaft" nimmt er zu unserer Frage Stellung. Freilich, um es gleich zu sagen, das, was wir von ihm erfahren, ist von ganz außerordentlicher Dürftigkeit. Hören wir ihn selbst: „Der Arbeiter- und Bauernstaat hat Geld nötig ... Woher soll man Geld nehmen? Zu diesem Zwecke ist es notwendig, in erster Linie die reichen Klassen zu besteuern. Die Einkommens- und Vermögenssteuer, d. h. eine Besteuerung großer Einkommen und großer Vermögen, soll die Hauptsteuer sein, eine Besteuerung der Reichen, derjenigen, die einen Einkommenüberschuß erhalten. Jetzt aber, wo wir alle in der Hitze der Revolution leben, wo es schwer fällt, auf einmal die Einhebung der Steuern regelrecht zu ordnen, sind auch verschiedene andere Formen des Erhaltens von Geldmitteln zulässig und zweckmäßig. Zweckmäßig und gut ist z. B. folgendes Mittel: die Regierung erklärt, daß zu einer gewissen Zeit alles Geld in neues gewechselt werden muß, das alte Geld aber seinen Wert verliert." —

Und dann wird das alte Rezept, das die mittelalterlichen Münzherren so gut kannten, dem proletarischen Staat empfohlen: abjectio et renovatio monetae, wie es in den alten Quellen heißt, der Münzverruf oder, wie wir heute sagen müssen: der Notenverruf. Die kleinen Kniffe und die brutalen Bräuche, die die fürstlichen Beutelschneider vergangener Zeiten mit Hilfe ihrer

39) Ebenda S. 155 f.

40) N. BUCHARIN, Das Programm der Kommunisten (Bolschewiki). Revol.Bibl. Nr. 5, 1919, S. 72.

„Münzjuden" Süss, Ephraim, Itzig und wie sie alle hießen, übten, sollen nun „ergänzende Mittel für die Nöte des Arbeiterstaates" liefern. Weiter kann die Hilflosigkeit in staats- und volkswirtschaftlichen Dingen wohl nicht gehen!

Wir erfahren dann noch, daß in der Revolutionszeit auch Kontributionen von der Bourgeoisie zulässig sind, d. h. obligatorische einmalige Entrichtungen nach Beschluß der Räteorganisationen[41]). Wie diese Kontributionen eingerichtet werden sollen, wird uns verschwiegen, es bleibt bei allgemeinen Redensarten wie diesen:

„Die Finanzen — die Ausgaben und Einkünfte des Staates — haben eben eine ungeheure Bedeutung. Deshalb ist auch die Frage der Steuern so zugespitzt: sie sind unbedingt notwendig; die Geldüberschüsse der Stadt- und Landbourgeoisie müssen um jeden Preis konfisziert werden; Kontributionen sind von Zeit zu Zeit notwendig. Des weiteren stirbt aber das Steuersystem aus. Auch jetzt schwindet schon, sofern die Produktion nationalisiert wird, der Profit aus den Händen des Kapitalisten; die Gutsbesitzer sind vernichtet, die Besteuerung des gutsherrlichen Einkommens, der sogenannten Grundrente, wird abgeschafft, die Häuser werden den Besitzern genommen, auch hier schwindet die Besteuerungsquelle[42])."

Kein Wunder, daß das Finanzproblem als ganz einfach angesehen wird. Der Bolschewismus bekennt sich ja zur Marx-Engelsschen Lehre vom schließlichen Absterben des Staates. Vor allem Lenin hat, wie Kelsen gezeigt hat, diese Lehre übernommen und fortgebildet[43]). Nach Bucharin löst sich danach „später, bei völligem Kommunismus, wenn auch der Staat ausstirbt," die Finanzfrage höchst einfach und ganz von selbst, nämlich: „Das Geld hört überhaupt auf, nötig zu sein. Also hört es auch auf, für die Regierung notwendig zu sein. Die Finanzwirtschaft stirbt ab." (!)

Die gleiche Aufgabe, über deren Lösung im Sowjetstaate Preobraschensky und Bucharin sich äußern, ist in der unga-

41) Ebenda S. 73.
42) Ebenda S. 75.
43) H. Kelsen, Sozialismus und Staat. Archiv f. d. Gesch. d. Soz. 9. Jahrg. S. 1, besonders IV. Kap. Die Theorie des Bolschewismus, S. 68.

rischen Räterepublik aufgetaucht. Es ist nicht ohne Interesse, zu hören, was ein Fachmann, Universitätsprofessor VARGA, gewesener Volkskommissär und Präsident des obersten Wirtschaftsrates der Ungarischen Räterepublik, uns über die Beschaffung eines Teiles des öffentlichen Bedarfes im Wege der Steuerwirtschaft sagt[44]). VARGA drückt sich sehr vorsichtig aus, aber das praktische Ergebnis ist „für die zum Verschwinden bestimmten Reste der Privatwirtschaft" doch kein anderes: Ablehnung der direkten, Bekenntnis zur indirekten Besteuerung.

Über dieses Eingeständnis kann auch nicht hinwegtäuschen, daß VARGA, was oberflächliche Leser vielleicht trügen wird, scheinbar — in alten Schlagworten und Programmforderungen sich bewegend — das Gegenteil fordert, so wenn er schreibt: „Die Diktatur des Proletariats teilt das Wirtschaftsleben in zwei scharf geschiedene Teile: die neue Gemeinwirtschaft und die zum Verschwinden bestimmten Reste der Privatwirtschaft. Der proletarische Staat wird seine Steuerpolitik demgemäß einrichten: er wird den noch vorhandenen Privateigentümern gegenüber, falls er die nötige Macht besitzt, alle drei erstgenannten Steuerquellen (d. s. die nachstehend angeführten) rücksichtslos ausnützen: Hohe Erbschaftssteuern, eine womöglich die ganze reine Grundrente absorbierende Grundwertsteuer und eine so hohe Einkommensteuer einheben, daß die selbständige Existenz als Kleingewerbetreibender oder Kleinbauer keinen höheren realen Standard bedeuten soll, als diejenige der in den enteigneten Großbetrieben arbeitenden Lohnarbeiter[45])." Ein wenig weiter heißt es dann noch: „Dagegen werden Verbrauchssteuern und Zölle für den Proletarierstaat im allgemeinen ohne Bedeutung sein." Das klingt wie gesagt alles ganz programmgemäß und doch ist namentlich der letztangeführte Satz, den VARGA noch dazu in Sperrdruck hat setzen lassen, nicht viel mehr als ein Spiel mit Worten. Da die meisten Güter, meint er, welche im kapitalistischen Staat mit einer Verbrauchssteuer belastet sind, im Proletarierstaat monopolisiert werden, so sei es ganz sinnlos, erst den Preis von Staats wegen zu bestimmen und nachher eine

44) E. VARGA, Die wirtschaftlichen Probleme der proletarischen Diktatur. 2. Aufl. Wien 1921. Abschnitt XII, Der proletarische Staatshaushalt.

45) Ebenda S. 124.

Verbrauchssteuer hinzuzuschlagen. Die Preisfestsetzung soll also von vornherein den Staatsaufschlag einschließen. „Alle Zölle und Verbrauchssteuern fallen — nach VARGA — auf diese Weise weg." (!) Es bleibt die Frage, wie hoch soll der Preis der staatlichen Erzeugnisse festgesetzt werden? Antwort: „Zum gesellschaftlichen Selbstkostenpreis." Darunter wird verstanden der „Selbstkostenpreis plus einem zur Deckung der Erhaltungskosten der nicht Arbeitenden genügenden Zuschlag, plus einem Zuschlag zur Ermöglichung der realen Akkumulation. Anders ausgedrückt: die Verkaufspreise müssen so festgestellt werden, daß der Staat nicht nur kein Defizit habe, sondern noch einen Überschuß zur Errichtung neuer produktiver Betriebe"[46]).

Wie dieser Zuschlag im einzelnen Falle bemessen werden soll, ob er eine in allen Fällen bestimmte gleiche verhältnismäßige Quote des Verkaufspreises betragen soll oder ob Unterscheidungen je nach der Art der Ware gemacht werden sollen usw., darüber äußert sich VARGA nicht. Wie dem aber auch sei, prinzipiell unterscheidet sich diese Preisbestimmung, was VARGA übrigens selbst zugibt, nicht von der fiskalischer Monopole des kapitalistischen Staates, und die herrschende finanzwissenschaftliche Lehre sieht derartige Monopolpreisbestimmungen ausnahmslos als eine Form der Verbrauchsbesteuerung an[47]).

Die weiteren Ausführungen VARGAS aber machen es noch deutlicher, daß gerade der „proletarische Staat" vorerst auf die indirekte Besteuerung noch nicht wird verzichten können. Es sei sehr fraglich — führt er aus —, ob es in der ersten Zeit der proletarischen Diktatur möglich sei, eine derart scharfe direkte Besteuerung durchzuführen, wie sie notwendig sei, um die Wirkung des restlichen Privateigentums an Produktionsmitteln in der realen Einkommenverteilung auszuschalten. Es komme daher, „zu diesem Zwecke, wie auch zur Herstellung des Gleichgewichtes im Staatshaushalt eine neue Art der indirekten Besteuerung in

46) Ebenda S. 127.

47) Die noch in Kraft befindliche österreichische „Zoll- und Staatsmonopolordnung" v. 11. Juli 1835 bestimmt im § 442: „die von den Gegenständen der Staatsmonopole zu entrichtende Verbrauchsabgabe ist — — — in dem Verkaufspreise derselben begriffen und wird von diesen Gegenständen durch den letzteren entrichtet", dazu „Schieß- und Sprengmittelmonopol" vom 13. Dezember 1919 St.G.Bl. 580, § 2 Abs. 3.

Betracht: durch die staatliche Klassenpreispolitik. Es ist möglich, die monopolisierten Verbrauchsartikel dem Proletariat billig, den Kleinbürgerschichten aber teurer als den gesellschaftlichen Selbstkostenpreis zu berechnen[48])."

Das alles entfernt sich also im Grunde gar nicht so sehr von den Grundsätzen bürgerlicher sozialer Finanzpolitik und staatlicher Preispolitik. Wie immer zeigt sich auch hier, daß Orthodoxie und Radikalismus sich, sobald die Praxis mit ihren Forderungen an sie herantritt, zum Revisionismus bekennen müssen. Und ganz richtig scheint mir SÜDEKUM das hier liegende Problem erkannt zu haben, wenn er in seinem Referat auf dem sozialdemokratischen Parteitage in Jena 1913 andeutungsweise bemerkte: „Wenn wir sagen, daß die Zeit der indirekten Steuern vorüber ist oder wenigstens vorüber sein soll, so ist das kein steuertechnisches, sondern ein politisches Urteil. Steuertechnisch kann man die Periode der indirekten Steuern sich noch sehr erheblich verlängert denken[49])." — Politisch ist die indirekte Besteuerung, „das neue Feudalsystem" SISMONDIS, abgetan, steuertechnisch kann sie auch die Räterepublik nicht entbehren.

In jüngster Zeit hat nun auch LENIN in steuerpolitische Erörterungen, die anscheinend recht lebhaft geführt worden sind, eingegriffen; doch handelt es sich hierbei, wie aus seiner Schrift „Die Vorbedingungen und die Bedeutung der neuen Politik Sowjet-Rußlands," die den Untertitel „Über die Naturalsteuer" trägt, ersichtlich ist, um keine eigentlich finanzpolitischen Fragen. Die Schrift[50]) ist vielmehr eine Verteidigung der Zugeständnisse, die die Räterepublik dem Staatskapital als einer Durchgangszone auf dem Wege zum Sozialismus macht. Über diese Zugeständnisse an die „Kulturkapitalisten", über die Konzessionen an das Ausland usw. ist hier nicht zu reden. Die Naturalsteuer soll nach LENIN eine Form des Überganges sein von einem durch die äußerste Not, durch Krieg und Zerstörung erzwungenen eigenartigen „Kriegskommunismus" zu

48) A. a. O. S. 128.

49) A. SÜDEKUM, Sozialdemokratie und direkte Reichssteuern, erweit. Ausg. d. Referats auf dem Parteitag zu Jena 1913. S. 11.

50) Kleine Bibliothek der russischen Korrespondenz, Nr. 47/48. Leipzig 1921.

einem geregelten sozialistischen Austausch von Produkten. „Der eigenartige ‚Kriegskommunismus' bestand darin," sagt LENIN, „daß wir tatsächlich den Bauern alle Überschüsse und mitunter nicht nur diese, sondern einen Teil der für sie notwendigen Lebensmittel fortnahmen, um den Bedarf des Heeres und der Arbeiter zu decken[51])." Dieses System hat sich natürlich nicht aufrecht erhalten lassen. Der „Kriegskommunismus war durch Krieg und Zerstörung bedingt. Er war keine den wirtschaftlichen Aufgaben des Proletariats entsprechende Politik und konnte auch keine solche sein. Er war eine provisorische Maßnahme. Eine richtige Politik des Proletariats, das seine Diktatur in einem kleinbürgerlichen Lande verwirklicht, ist der Austausch von Getreide gegen für die Bauernschaft notwendige Industrieerzeugnisse." — „Die Verpflegungssteuer bedeutet einen Übergang zu ihr. Wir sind noch immer so ruiniert," sagt LENIN, „daß wir nicht imstande sind, den Bauern für das ganze von uns benötigte Getreide in entsprechendem Maße Industrieerzeugnisse zu liefern. Wissend, daß dem so ist, führen wir die Naturalsteuer ein, d. h. wir erheben die erforderliche Mindestmenge an Getreide (für Heer und Arbeiterschaft) als Steuer, während wir den fehlenden Rest gegen Industrieerzeugnisse austauschen werden[52])."

Das ist ein Zugeständnis an den privatwirtschaftlichen Kapitalismus, aber LENIN meint: „Man muß auf jegliche Art und unter allen Umständen den Umsatz heben, ohne Furcht vor dem Kapitalismus, dem wir bei uns durch die Zwangsenteignung der Gutsbesitzer und der Bourgeoisie in der Ökonomik, und die Arbeiter- und Bauernmacht in der Politik genügend enge, genügend ‚mäßige' Grenzen gezogen haben. Dies ist der Grundgedanke der Naturalsteuer, dies ist ihre wirtschaftliche Bedeutung[53])."

Und an anderer Stelle zieht er den Schluß: „Die Naturalsteuer bedeutet den Übergang vom Kriegskommunismus zu einem geregelten sozialen Produktenaustausch[54])."

Nähere Ausführungen darüber fehlen. Darum kann auch hier auf die Naturalsteuer nicht weiter eingegangen werden. Doch

51) Ebenda S. 27.
52) Ebenda S. 28.
53) Ebenda S. 47.
54) Ebenda S. 69.

ist immerhin klar ersichtlich: es handelt sich um eine Notstands- und Übergangsmaßnahme. Die Naturalsteuer soll kein dauernder Bestandteil der wirtschaftlichen Ordnung des Rätesystems sein.

Als Notstands- und Übergangsbeihilfe müssen die finanzpolitischen Maßnahmen der Sowjetrepublik überhaupt angesehen werden. Die Mittelbeschaffung nach der Oktoberrevolution 1917 begann mit der Beschlagnahme der Bankdepots und Bankguthaben, der Nichtigkeitserklärung der Staatsanleihen (mit Ausnahme des Besitzes kleiner Sparer) und mit einer Reihe rücksichtsloser Steuern und Zwangsanleihen. Dieses System versagte natürlich sofort; denn Vermögensbeschlagnahme und Enteignung auf der einen Seite und Zwangsanleihen und Steuern auf der anderen Seite sind unvereinbar. Die Inanspruchnahme der Notenpresse war, wie bekannt, der einzige Ausweg. Das Ziel aber ist offenbar die völlige Beseitigung der Geldsteuerwirtschaft. Wie die ganze Volkswirtschaft soll auch die Staatswirtschaft auf den naturalwirtschaftlichen Güterkreislauf umgestellt werden. Ansätze hiezu sind gewiß einige vorhanden. Ein Urteil darüber ist jedoch ganz unmöglich; auch fehlt es offensichtlich hier wie auf vielen Gebieten dem Programm der Revolutionstheoretiker an klaren Richtlinien[55]).

IV. Der Steuerzweck.

Vor dem gleichen Problem, vor dem die Räterepubliken stehen, oder während ihres kurzen Daseins gestanden haben, stehen nun aber im Grunde alle Staaten, die auf das Schwerste finanziell erschöpft aus dem Weltkrieg hervorgegangen sind. Insbesondere drängte sich dieses Problem mit aller Schärfe den sozialistischen Parteien dort auf, wo sie merklichen Einfluß auf Staat und Wirtschaft erlangten. Überall lautet die Fragestellung: Wie schaffen wir ein neues Bedarfsdeckungssystem, soweit das alte versagt, und wie ist das alte auszugestalten, daß es den Bedürfnissen neuer Wirtschaft gerecht werde? Gehen wir zuerst dieser Frage nach.

Der grundsätzliche Ideengehalt der west- und mitteleuropä-

55) Vgl. auch das zwar aufschlußreiche jedoch vielfach unklare und einseitige Buch von ALFONS GOLDSCHMIDT, Die Wirtschaftsorganisation Sowjetrußlands 1920, Abschnitt, „Das Produktionsbudget" S. 121 ff. und besonders „Die Finanzierung" S. 131 ff.

ischen Steuersysteme ist, wie naheliegend, kein einheitlicher. Vor allem und in erster Linie erscheint er vielleicht durch liberale Doktrinen bestimmt, daneben fehlt es nicht an sozialem Einschlag, aber auch merkantilistische Züge sind in nicht geringer Zahl nachweisbar. Das entspricht durchaus den herrschenden Steuerprinzipien, unter welchen bekanntlich die Forderung der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit mit an erster Stelle steht. Die Vieldeutigkeit dieses Grundsatzes erlaubt es, daß er sich ebensowohl im konservativen wie im liberalen Steuerprogramm, aber bekanntlich auch im sozialdemokratischen Parteiprogramm findet. Allein das ist nicht das Entscheidende, was gegen diesen Grundsatz einzuwenden ist, sondern der Haupteinwand scheint mir der zu sein, daß er überhaupt ein abgeleitetes Prinzip ist, das keineswegs mit Notwendigkeit aus dem Wesen der Steuer zu folgern ist, mindestens aber nicht in der Allgemeinheit und Ausschließlichkeit in den Vordergrund gestellt zu werden verdient, wie es gemeinhin geschieht.

Die Steuer ist, wie jede staatliche Einrichtung oder Maßnahme nur ein Mittel zur Verwirklichung des Staatszweckes, kurz gesagt, Steuerzweck ist der, Mittel des Staatszweckes zu sein. Dieses Axiom wird auch der Sozialismus anerkennen müssen, wobei ich von der Frage, (die mir mehr ein Wortstreit zu sein scheint) ob in einer sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der Staat einmal verschwinden werde, absehe. Das verlangt Einverständnis über den subjektiven Zweck des Staates. Anton Menger hat freilich behauptet, die Staaten als solche hätten überhaupt keinen Zweck, sondern nur ihre gegenwärtigen Machthaber. Allein diese Meinung kann ebenso unerörtert bleiben wie die Behauptung Montesquieus, daß alle Staaten nur den einen gemeinsamen Zweck hätten: sich selbst zu erhalten; im übrigen aber jeder Staat seinen ihm eigentümlichen geschichtlichen Zweck habe. Bei der Untersuchung des Wesens der Steuer als Finanzbedarfsdeckungsmittel handelt es sich ja nicht um die Frage nach dem objektiven (universalen oder partikularen) Staatszweck, wie Jellinek es formuliert hat, sondern um die in scharfem Gegensatz dazu stehende „nach dem subjektiven Zweck des Staates, d. h. nach den Beziehungen zu den individuellen Zwecken".

Die mannigfachen Beantwortungen, die diese Frage in einem Zeitraum von mehr als zwei Jahrtausenden gefunden hat, laufen, so verschieden sie sich auch geben, fast sämtlich darauf hinaus, als Staatszweck die Erhaltung und Förderung des Lebens und der Wohlfahrt der in der staatlichen Volksgemeinschaft Vereinten zu bezeichnen. Es gibt kaum eine Staatslehre, die die Volkswohlfahrt als Staatszweck gänzlich verneint. Alle neueren Staatstheorien aber erkennen, was immer für eine Umschreibung sie dafür auch wählen mögen, die Volkswohlfahrt als den Staatszweck überhaupt an. Diese in der allgemeinen Überzeugung wurzelnde Vorstellung ist auch der Ausgangspunkt für die Steuerlehre. Damit ist und soll zunächst keine Stellung genommen werden zu irgend einer bestimmten Theorie über die Aufgaben des Staates und die Grenzen seiner Wirksamkeit. Die Polizeistaats- und die Rechtsstaatstheorie sind ebenso wie die Wohlfahrts- und Sozialstaatstheorie alle nur verschiedene Ausdeutungen des einen allgemein anerkannten obersten Staatszweckes: Lebens- und Wohlfahrtsfürsorge für die Volksgesamtheit und ihre Glieder. Inhalt und Umfang dieses Begriffes gilt es somit zu ermitteln. Denn der bekanntlich nicht selten gegen derartige Erörterungen vorgebrachte Einwand, daß die Feststellung dessen, was unter Volkswohlfahrt zu verstehen ist, nicht Aufgabe der Wissenschaft sein könne, ist nicht stichhaltig. Meint man nämlich die Feststellung dessen, was unter Volkswohlfahrt verstanden wird, so ist das eine Aufgabe, deren wissenschaftlicher Charakter überhaupt nicht bestritten werden kann; meint man jedoch damit die Feststellung dessen, was unter Volkswohlfahrt verstanden werden soll, so handelt es sich allerdings um die Aufstellung von Forderungen, die den Charakter objektiver wissenschaftlicher Wahrheiten nicht beanspruchen können, aber als hypothetische Postulate einer wissenschaftlichen Behandlung durchaus zugänglich sind. Auch der weitere Einwand scheint unzulänglich, der nämlich, daß derartige Feststellungen vielleicht in den Bereich der Ethik oder der Religion gehören möchten, nicht aber Aufgabe der Finanzwissenschaft oder der Nationalökonomie seien. „Vorerst Gewißheit zu suchen über das wünschenswerte Ziel, um sodann der Erfahrung die richtigen Mittel abzuringen, die der menschlichen Gemeinschaft die Annäherungen an das Ideal verbürgen," mit

diesen schönen Worten, mit welchen KRAUS die Methode BENTHAMS charakterisiert, ist in diesem Falle auch die Aufgabe der Steuerpolitik umschrieben. Als Ziel steht grundsätzlich fest die Volkswohlfahrt. Ihrem konkreten Inhalt und Umfange nach wird jedoch die Volkswohlfahrt in ihrer Förderung anders verstanden werden bei vorwiegend agrarwirtschaftlicher und kleinbürgerlicher Gestaltung des Wirtschaftslebens als bei ausgesprochen kapitalistischer Struktur und anders bei tradionell patriarchalischer Gebundenheit als bei selbstverantwortlicher individualistischer Freiheit der Lebens- und Wirtschaftsführung. Wie für das geschichtliche Leben überhaupt, gibt es hier keine unbedingten Maßstäbe.

Was unter Volkswohlfahrt verstanden wird, ist abhängig von den jeweiligen ökonomischen und sozialen Verhältnissen, den sittlichen Anschauungen, dem Volksbewußtsein und manchem andern. Demgemäß ist auch das, was als Förderung oder Beeinträchtigung der Volkswohlfahrt angesehen und empfunden wird, von den mehr oder weniger dringlichen Bedürfnissen weiter und weitester Kreise und den in ihnen herrschenden Vorstellungen, geltenden Urteilen und üblichen Wertungen in hohem Maße abhängig. Nicht bloß materielle Dinge, die das physische Befinden unmittelbar berühren sondern auch geistige Momente, die das psychische Wohlergehen gewährleisten oder beeinträchtigen, sind hierbei von bestimmendem Einfluß.

Wo aber finden wir unter solchen Umständen die „Gewißheit" über das „wünschenswerte Ziel"? Denn daß auch die Finanzpolitik, wenn sie nicht in die Irre gehen will, eines festen Zieles nicht entbehren kann, wird nicht erst der Begründung bedürfen. Eine Steuerpolitik, die bald mittelstandspolitischen, bald kapitalistischen Zwecken dient, bald unternehmer-, bald arbeiterfreundlich ist, die agrar- und industriefreundlich, kleinbürgerlich und weltbürgerlich zugleich sein will, kann nur unheilvoll wirken. Unter dem festen Ziel, das gefunden werden soll, kann nach dem Gesagten offenbar nicht etwas Absolutes, allgemein für alle Zeiten und Verhältnisse Gültiges, sondern nur ein unter gegebenen Umständen und Voraussetzungen zu Erstrebendes verstanden werden. Und weiter werden zwar gewisse Idealvorstellungen, wie sie in Lebensauffassung und Weltanschauung,

Rechtsüberzeugung und Kulturgesinnung ihren Niederschlag finden, auf die Umschreibung des Zieles von Einfluß sein, aber doch wiederum nur in dem Maße bestimmend sein dürfen, als sie eben eine gewisse anerkannte Allgemeingültigkeit beanspruchen. Das setzt voraus, daß jeder solcher Versuch einer Feststellung der Ideale der Politik (denn nichts anderes ist das gesuchte Ziel) — handle es sich nun um Wirtschafts- oder Finanz- oder Sozialpolitik — sich auf den Boden der gegebenen Rechts- und Wirtschaftsordnung stellt und von dieser Grundlage ausgehend seine Forderungen auf das Erreichbare beschränkt. So wie der größte Denker des Altertums ARISTOTELES die beste Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens zu zeigen versuchte, ohne dabei der Abschaffung der Sklaverei zu gedenken, so wird jede wirtschaftspolitische Untersuchung dieser Art von der gegebenen Wirtschaftsverfassung auszugehen haben, um frei von allem Utopismus Ziele und Möglichkeiten der Fortentwicklung, d. i. der Volkswohlfahrt aufzuzeigen. Ausgangspunkt ist somit der gegebene Zustand der Volkswirtschaft und richtunggebend für das zu suchende Ziel sind gewisse Überzeugungen, die als allgemeingültig angenommen werden können. Solche sind etwa die Anerkennung des Rechtes auf menschenwürdige Existenz, auf Arbeit, auf Eigentum, auf Anteilnahme an den Kulturgütern und ebenso die Anerkennung der Notwendigkeit der Erhaltung der staatlichen Existenz, der Erhaltung und Vermehrung der Kulturgüter, vielleicht auch der Erhaltung, Stärkung und Sicherung der wirtschaftlichen Autarkie, der politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit und anderes mehr.

Die sich aus solchen Axiomen für die Gestaltung der gesellschaftlichen und individuellen Lebensverhältnisse und Daseinsbedingungen ergebenden Ziele und Forderungen werden vornehmlich das wirtschaftliche Geschehen und die sozialen Beziehungen berühren. Ihre Verwirklichung ist Zweck des staatlichen Seins. Selbstverständlich also, daß die Tätigkeit des Staates diesen Zielen nicht widersprechen darf, sie vielmehr in allen seinen Maßnahmen zur Richtschnur zu nehmen hat. Das gilt nicht zuletzt auch von der Steuerpolitik. Gewiß gibt es allerhand Elemente, aus denen die Volkswohlfahrt erwächst, wenn man jedoch ihre Bedingungen und Voraussetzungen untersucht, so wird man

immer zu einer gewissen Rangordnung des zur öffentlichen Wohlfahrt Notwendigen kommen. Immer wieder wird man darauf stoßen, daß die Wohlfahrt an erster Stelle durch wirtschaftliche Dinge und soziale Umstände bestimmt wird. Ganz besonders aber ist dieses auch der Fall, insoweit das Gemeinwohl durch die Finanzpolitik berührt wird. Wie immer man also im einzelnen dazu stehen mag, was als Volkswohlfahrt und ihre Förderung angesehen werden kann und muß, ihre Erreichung ist stets und erst recht, wenn man auch weitergehende Ziele kultur- oder machtpolitischer Art einbegriffen wissen will, an wirtschaftliche und soziale Voraussetzungen gebunden. Die Volkswirtschaft muß die Mittel geben, ohne welche Volkswohlfahrt nicht denkbar ist.

Die erste Voraussetzung menschlicher Wohlfahrt ist die Möglichkeit erfolgreicher Wirtschaft. Diese Tatsache hat auch die Steuerpolitik zu bestimmen. Sie hat sich dem materiellen Zweck des Staates, dessen Ziel die materielle Volkswohlfahrt ist, einzuordnen. Verwirklicht wird dieses Ziel durch eine solche Entfaltung der ökonomischen Kräfte, die nach Maßgabe der wirtschaftlichen Voraussetzungen die bestmögliche Befriedigung der in einer gegebenen Gesellschaftsordnung anerkannten vernunftgemäßen Bedürfnisse der Gesamtheit wie der Einzelnen gewährleistet. Was anerkannt und vernunftgemäße Bedürfnisse sind, unterliegt natürlich ebenso einem unausgesetzten Wechsel, wie das Urteil über das berechtigte Maß der den einzelnen Klassen zuzubilligenden Bedarfsbefriedigung dem Wandel der Ideen von Welt- und Menschheitsbestimmung unterworfen ist. Die Finanzpolitik hat darauf keinen Einfluß, aber sie hat sich bewußt zu sein, daß es ihre Aufgabe ist, an der Verwirklichung anerkannter Ziele, d. i. eben der Wohlfahrtsförderung, mitzuwirken. Daß es sich hierbei nie um feste Maße handeln kann, tut der Wichtigkeit und Richtigkeit des Zieles keinen Abbruch. Wichtig ist nur, daß das Ziel erkannt wird; ist dieses der Fall, und es bilden sich immer allgemeine Urteile über das heraus, was als Wohlstand anzusehen ist, was dem Einzelnen als Anteil gebührt und was der Wohlstandsförderung im allgemeinen dient — dann hat die Steuerpolitik die Aufgabe, alle sich in ihrem Bereich ergebenden, die Volkswohlfahrt im dargelegten Sinne berührenden Faktoren zu erkennen und ihre Maßnahmen den anerkannten

und wünschenswerten Zielen entsprechend zu gestalten. Das ganze ökonomische und soziale Leben der Volksgemeinschaft wird hierbei in Betracht gezogen werden müssen, um alle bedeutsamen Beziehungen zwischen Steuer und Volkswohlfahrt aufzudecken und die gebotenen Wege der Steuerpolitik zu erkennen. Hier kann nur einzelnes angedeutet werden.

Die Steuer als die für Zwecke der öffentlichen Wirtschaft zwangsweise angeordnete und ohne spezielles Entgelt erfolgende Inanspruchnahme von Leistungen der Einzelwirtschaften berührt die Wohlfahrtsfürsorge zunächst insoweit, als sie auf Gütererwerb-, Besitz und -Verbrauch Einfluß nimmt. In ihrer Beziehung zur Volkswohlfahrt erscheint die Steuer somit als ein ökonomischer und sozialer Faktor. Soll sie daher in dieser Eigenschaft mit dem Steuerzwecke nicht in Widerspruch geraten, so wird die Forderung erhoben werden müssen, daß die Steuer als Geld- oder Sachgüterentnahme aus der Privatwirtschaft mit der geringsten ökonomischen und sozialen Nutzeneinbuße für die Gesamtheit verbunden sein soll. Das ist der Grundsatz der Besteuerung nach dem Prinzip der geringsten ökonomischen und sozialen Nutzeneinbuße oder kurz: die Forderung der Besteuerung nach dem Höchstnutzprinzip. Die Besteuerung soll der Erreichung des obersten Zieles der Volkswirtschaft höchsten Gesamtnutzen zu erwirken, nicht nur nicht im Wege stehen, sondern wo immer möglich, ihm auch unmittelbar näher bringen.

Dieses Prinzip ist etwas ganz anderes als der Grundsatz der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit, aber auch etwas ganz anderes als die manchesterliberale Auffassung, der J. ST. MILL noch huldigt, „daß das Steuergesetz nicht durch künstliche Einmischung die natürliche Konkurrenz zwischen den Motiven für Ersparen und denen für Verausgabung stören dürfe". Ganz im Gegenteil scheut die Besteuerung nach dem Höchstnutzprinzip durchaus nicht davor zurück, die Motive des Handelns und damit auch die wirtschaftliche und soziale Ordnung bestimmend zu beeinflussen. An wirtschaftlicher und sozialer Neuordnung ist ja so unendlich viel zu tun, daß es unbegreiflich wäre, wollte man hierzu sich nicht auch der Steuer bedienen, falls dies zweckmäßig erscheint.

Damit wird nicht dem törichten Gedanken das Wort geredet,

daß mit Steuern die soziale Frage gelöst werden könne oder gar die soziale Enteignung, die Vergesellschaftung der Produktionsmittel durchzuführen wäre. Das sind zwar bekannte Dinge, aber sie müssen anscheinend immer noch wiederholt werden, denn leichtgläubige oder leichtfertige Agitation und ein schwer auszurottender Utopismus hegen immer noch solche, wie gesagt, törichten Gedanken. Deshalb glaubt auch wohl der bekannte sozialistische Schriftsteller SÜDEKUM[56]) in einer von höchstem sittlichem Ernst getragenen Schrift Ähnliches nachdrücklich betonen zu müssen: „Eine überscharfe Besteuerung", schreibt er, „kann wohl redliche Reiche arm, aber keinen Armen reicher machen. Diejenigen, die mit dem Gefühl und mit der Phrase glauben Politik machen zu können, wollen immer die notwendige Angleichung der Besitzesgröße dadurch erreichen, daß sie die Besitzenden (manchmal auch schon die Mehr- als sie Besitzenden) ihrer Habe zu entkleiden trachten. Die deutsche Sozialdemokratie hat sich zwei Menschenalter lang gegen das Vorurteil und den Vorwurf wehren müssen, als ob sie auf diesem Wege zu einem Zustand „der Gleichheit im Elend" zu kommen suche; aber allzuviele, die jetzt den Markt mit demagogischer Prahlerei füllen, haben das nie gehört oder längst wieder vergessen." Bemerkenswerte Worte aus berufenem Munde!

Das Höchstnutzprinzip geht von der einfachen Erwägung aus, daß unsere Volkswirtschaften über einen gegebenen, sehr beschränkten Gütervorrat verfügen, und daß es demgemäß Ziel der Wirtschaftspolitik sein muß — und jede gute Finanzpolitik ist stets Wirtschaftspolitik — die der Gesamtheit nützlichste Verwendung dieses Gütervorrates zu erstreben. Daraus ergeben sich ganz bestimmte Forderungen für die Inanspruchnahme der beiden Steuerquellen Vermögen und Arbeit.

Hinsichtlich des Vermögens handelt es sich kurz gesagt darum, erwünschte Kapitalsverwendungen zu begünstigen, unerwünschte zu unterdrücken, Kürzung der Konsumquote des kapitalistischen Einkommens, aber Schonung der Akkumulationsrate. Denn wie RENNER sagt: „Wollen wir die Sozialisierung der Gesellschaft, so müssen wir auch die Kehrseite der Entwicklung, die tran-

56) A. SÜDEKUM, Kapital- und Gewinnbeteiligung als Grundlage planmäßiger Wirtschaftsführung. 1921. S. 5.

sitorische Notwendigkeit der kapitalistischen Produktionsweise über uns ergehen lassen."

Das Feld, das sich hier eröffnet, ist ungemein groß. Es gehören dahin unter anderem: Förderung des Sparens, der Kapitalsbildung, der Steigerung der Produktion durch Begünstigung vorteilhafter Betriebsweisen, Arbeitsmethoden, Betriebskonzentrationen usw Wo einzusetzen ist, ist jeweils Tatfrage. Die Produktionsrichtung kann bei der Produktion selbst, aber auch von der Konsumtion aus beeinflußt werden. Produktionsziel muß sein: Sicherung der Ernährung, Bekleidung und Behausung für die gesamte Bevölkerung, Begünstigung jeder erwünschten Rohstofferzeugung, jeder erwünschten Fabrikation. Die Arbeiterhose muß uns wichtiger sein, als der Damenschleier, die Herstellung von Leder zu Transmissionsriemen und Lastgeschirren wird uns dringlicher sein, als die Verarbeitung zu Luxuskoffern, Rennsätteln usw. Die Grundbesteuerung wird die Bereitstellung von Siedlungsland, Bauland und den Kleinwohnungsbau zu begünstigen haben usw. usw. Gewiß sind alle diese Dinge relativ, d. h. wandelbar; was heute produktiv ist, kann morgen veraltet sein. Die Steuerpolitik kann hier weniger positiv als negativ wirken. Sie darf veraltete Betriebsformen nicht künstlich erhalten unter dem Schlagwort der Mittelstandspolitik. Über dem Klasseninteresse muß das Gesellschaftsinteresse stehen, gegen den Eigennutz der Gemeinsinn zur Geltung gebracht werden. Bei alledem ist natürlich nicht zu übersehen, daß die Steuer immer nur ein Kleines in diesen Dingen tun kann. Sie kann die gewollten Richtungen nur erstreben oder ihnen entgegentreten. Das rationalistische Moment bezw. die anderweitige staatliche Einflußnahme müssen stark genug sein, die Verwirklichung von sich aus zu ermöglichen oder zu erzwingen. Und schließlich, was hier im einzelnen zu tun ist, das kann die Steuertheorie überhaupt nicht sagen, dazu müssen wir uns an die Wirtschaftspraxis wenden. Wie z. B. die Besteuerung der Landwirtschaft einzurichten ist, damit sie nicht produktionsfeindlich, sondern produktionsfördernd wirkt, das müssen uns die Landwirte selbst sagen; die Landwirtschaft hat ja ihr Programm der Steigerung der Produktivität; sie wird nur Hand in Hand mit der Finanzverwaltung zu gehen haben.

Die Produktivität hat nicht nur technische, sondern auch

persönliche Voraussetzungen. Die Steuer darf Sparsinn und Arbeitsfreude nicht untergraben, sondern muß sie anspornen. So wie es gewisse Zusammenhänge zwischen Lohn und Arbeitsleistung gibt, so auch zwischen Steuer und Produktivität. Diesen nachzuspüren und sie voll zu nützen, muß Aufgabe der Finanzpolitik sein. Der alte Streit, welche Stände produktiv sind, braucht darum nicht wieder aufgefrischt zu werden. Es kommt nicht darauf an, daß es eine Grenze, ein Mehr oder Weniger gibt, sondern daß die Besteuerung sich in großen Richtlinien an diese Grundsätze hält. Das heißt mit Bezug auf die Arbeit: hohe Besteuerung aller notorisch unproduktiven und kulturfeindlichen Berufe. Auch dazu sind ja schon bescheidene Anfänge vorhanden.

Nicht nur der Besitz, sondern auch die Erwerbsfähigkeit, die körperliche und geistige Fähigkeit Arbeit leisten zu können, bedeuten Steuerkraft: „Die gleiche Arbeitspflicht aller ohne Unterschied des Geschlechts ist das erste Grundgesetz der sozialisierten Gesellschaft." (Bebel, die Frau und der Sozialismus.) Die sog. Arbeitspflichtgesetze gehen von ihrer Seite an dieses Problem. Die Steuerpolitik bietet die Möglichkeit, diese Gesetze wesentlich zu ergänzen. Daß auch hier nach gewissen äußerlichen Merkmalen und nur nach Durchschnitten vorgegangen werden kann, tut der prinzipiellen Richtigkeit der Forderung keinen Abbruch. Zwei Wege gibt es. Man kann den Nichterwerb nur dort besteuern, wo der Besitz so groß ist, daß er ein arbeitsloses Dasein gestattet. Die Tatsache des Nichterwerbes oder des Scheinerwerbes ist alsdann Steuerverpflichtungsgrund, ohne daß der Frage näher getreten wird, ob ein entsprechender Erwerb im konkreten Falle möglich sei. Es wird, abgesehen von der selbstverständlichen Berücksichtigung gewisser persönlicher Verhältnisse, wie Alter, Krankheit usw., im allgemeinen aus der Größe des Besitzes, der ein Rentnerleben gestattet, einfach das Nichterwerbenwollen angenommen. Oder aber man wird der Frage näher zu treten haben, ob Erwerbslosigkeit — wiederum unter selbstverständlicher Berücksichtigung persönlicher Verhältnisse — nicht überhaupt immer Steuerpflicht, entweder in Geld oder durch Anforderung öffentlicher Arbeitsleistung bedingen soll! Es ist dieses einer der vielen Punkte, an welchem sich Steuerpolitik und Sozialpolitik berühren. Die Arbeitslosen-

steuer wird die notwendige Ergänzung der Arbeitslosenunterstützung.

Ein Einwand gegen alle diese Vorschläge liegt nahe: ihre Durchführung heißt der Gesetzgebung und der Verwaltung Unmögliches zumuten. Das ist der Einwand des Manchesterliberalismus, der jede Regierung für unfähig hält, Wirtschafts-, Sozial- und Kulturpolitik zu treiben und darum nichts Besseres weiß, als den Regierungen den Rat zu geben, die Hand von diesen Dingen zu lassen. Der Sozialismus hingegen wird sagen: wenn Gesetzgebung und Verwaltung sich dieser Aufgabe nicht gewachsen zeigen, so laßt sie uns ändern und dazu befähigen.

Vielleicht wird man auch sagen: der Grundsatz der Besteuerung nach der geringsten ökonomischen und sozialen Nutzeneinbuße ist allzu schwierig in seiner Durchführung. Ich stelle die Gegenfrage: sind andere Steuergrundsätze einfacher durchzuführen, hat man das nicht auch früher eingewendet und was haben NEUMANN und WAGNER geantwortet? „Was der Gesetzgeber von uns verlangen kann — hat FR. J. NEUMANN einmal gesagt — ist, daß wir uns aus prinzipiellen Gründen für bestimmte prinzipielle Ziele aussprechen. Die Ausführung bleibt natürlich Sache derjenigen, die das Maß der Ausführungsmöglichkeit nach den betreffenden Verhältnissen beurteilen können. Aber in der Idee das Ziel suchen, das Ideal zu konstruieren, das ist uns überlassen, und daran haben wir fort und fort zu arbeiten[57])." „Diesen vortrefflichen und durchaus zutreffenden Worten — bemerkt ADOLF WAGNER in seiner Finanzwissenschaft — ist nichts hinzuzufügen."

V. Das neue Bedarfsdeckungssystem.

Das Finanzproblem der Gegenwart kann freilich mit Steuerreformen im Sinne des Höchstnutzprinzips nur zum Teil und gewiß nur in langer Frist gelöst werden. Die Befolgung dieses Prinzips hebt auch selbstverständlich die Wirksamkeit der steuerwirtschaftlichen Ertragsgesetze, Tendenz der Verringerung der Steuerfälle der steigenden Defraudationsquote und der zunehmenden Steuerkosten nicht auf.

57) Fr. J. NEUMANN, Progressive Einkommensteuer im Staats- und Gemeindehaushalt. 1874. S. 106.

Die Frage kann nur lauten: Welcher Um- oder Ausgestaltung bedarf das steuerwirtschaftliche System, um aus einer gegebenen Volkswirtschaft im Falle des Bedarfes ohne wesentliche Überschreitung des Kostenoptimums den höchsten Steuerreinertrag zu erzielen? Es fehlt nicht an mancherlei Vorschlägen. Sie gehen alle von dem Bestreben aus, der bekannten Tendenz des Verkehrs, der Steuer auszuweichen, zu begegnen; mit anderen Worten die Steuer am Punkte des geringsten Widerstandes in den Güterkreislauf einzuschalten.

Der Krieg hat bekanntlich zur öffentlichen Bewirtschaftung zahlreicher Güter, insbesondere auch Rohstoffe geführt mit dem Ziele planmäßiger Preis- und Bedarfsregelung. Der Gedanke lag nahe, die öffentliche Bewirtschaftung auch finanziellen Zwecken dienstbar zu machen. Das ist nun während des Krieges nur in ganz bescheidenem Umfange der Fall gewesen, da eben andere Interessen der öffentlichen Bewirtschaftung im Vordergrund standen. Immerhin kam es vor, insbesondere bei der Güterzuteilung an die Verbraucher, daß je nach dem Zwecke, dem die Ware (Rohstoffe, Halbfabrikate usw.) diente, die Preisbemessung eine recht verschiedene war, z. B. Zucker als Haushaltungszucker oder Produktionszucker. Es lag nahe, daß bei geschickter Ausnutzung hier gewaltige Steuerquellen erschlossen werden konnten. Auch die staatlichen Einfuhrgesellschaften und insbesondere die unter staatlicher Einflußnahme gegründeten Ausfuhrverbände schienen geeignet, finanziellen Zwecken dienstbar gemacht zu werden. Ja, die letztgenannten sind zum Teil wohl gar in dieser Absicht gegründet worden. In den Erörterungen über die Aufgaben der Übergangswirtschaft sind dann auch Vorschläge zur Sprache gekommen, die den für die Nachkriegszeit zu erwartenden gewaltigen Finanzbedarf mit Hilfe solcher zentralen Wirtschaftsverbände aufzubringen beabsichtigten. Hierbei dachte man weniger an die Einführung neuer Finanzmonopole als an irgend eine Art gemischtwirtschaftlicher Organisationen mit mehr oder weniger ausgesprochenem Finanzzweck. Vor allem ist hier der Vorschlag zu nennen betr. Schaffung von staatlich kontrollierten Zwangssyndikaten, bezw. der Vorschlag der Zwangssyndizierung der hauptsächlichsten Industriezweige mit dem Zweck, „durch Einschaltung einer neuen Gewinnquelle in unser bis-

heriges Wirtschaftssystem diejenigen Mittel dem Reiche zuzuführen, welche erforderlich sind, um für die infolge des Krieges zuwachsende Steuerlast einen Ausgleich zu finden"[57]. Ähnliches bezweckte die bei der Erörterung dieses Vorschlags von mir damals schon (1916) befürwortete Zusammenfassung der verschiedenen Produktionsgruppen, zunächst der wichtigsten, zu Steuergesellschaften, welchen nach Maßgabe der Wichtigkeit ihrer Produktion und der Bedingungen des In- und Auslandabsatzes bestimmte Steuerkontingente zur Verteilung auf ihre Angehörigen zugewiesen werden sollten. Die preußische Gewerbesteuer vom 24. Juni 1891 und die österreichische „allgemeine Erwerbsteuer" vom 25. Oktober 1896 bieten keimhafte Vorbilder, zeigen aber auch schon die großen Schwierigkeiten.

Man ist den Weg der Steuerrepartierung auf Wirtschaftsverbände bekanntlich bisher nicht gegangen, obwohl, als Ende 1918 plötzlich die Sozialisierungsfrage auftauchte, der gleiche Gedanke sich mit zwingender Notwendigkeit aufdrängen mußte. Vielmehr ist der Plan, die Sozialisierung der Finanzpolitik dienstbar zu machen, überall wo er nur entfernt berührt wurde, meistens entschieden abgelehnt worden. So wenig berechtigt diese grundsätzliche Ablehnung auch ist, die Gründe dafür liegen auf der Hand, wenn man sich vergegenwärtigt, unter welchen Umständen und Voraussetzungen das Sozialisierungsproblem so plötzlich Zeitbedeutung erhalten hat. Bemerkenswert ist auch, daß in dem unter dem Namen Wisselsche Planwirtschaft bekannten umfassenden Wirtschaftsprogramm, das das deutsche Reichswirtschaftsministerium im Mai 1919 dem Reichskabinett vorlegte, der Finanzbedarfsdeckung so gut wie gar nicht gedacht worden ist. Denn wenn den vorgesehenen sachlich gegliederten Selbstverwaltungskörpern an letzter Stelle auch die Aufgabe der „Aufbringung öffentlicher Lasten" zugewiesen wird, so besagt das ohne nähere Erläuterung natürlich gar nichts[59].

58) O. Caro, Die Frage der deutsch-österreichisch-ungarischen Zollunion im Zusammenhang mit der Einführung von Monopolen bezw. staatlich kontrollierten Zwangssyndikaten. 3 Teile. 1916. II, 5. Diese seinerzeit vertraulich erschienenen Veröffentlichungen werden hier mit ausdrücklicher Genehmigung des Verfassers zitiert.

59) Vgl. Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums vom 24. Mai 1919,

Inzwischen hat die Steuerpolitik in Österreich und Deutschland, aber vielleicht auch anderwärts im vollsten Sinne des Wortes Schiffbruch erlitten. Das Gesetz des abnehmenden Steuerertrages und das Gesetz der zunehmenden Steuerkosten sind mit erschreckender Deutlichkeit in Erscheinung getreten. Man hat die Zahl der Steuern vervielfältigt, ihre Sätze erhöht, die Progression bis ins Sinnlose fortgeführt und das Ergebnis ist Steuerflucht auf der einen, Steuerstreik auf der anderen Seite. Und allen Ernstes hören wir, obwohl der laufende Finanzbedarf weder im Reich noch in den meisten Einzelstaaten und vielen Gemeinden oder Ländern gedeckt erscheint, in Deutschland und in Österreich vom Abbau der Steuern reden. Das hat aufs neue dem Gedanken Nahrung gegeben, nicht auf ausgetretenen Steuerpfaden, sondern durch unmittelbare Beteiligung des Staates an den Erträgnissen der Produktion die Lösung des Finanzproblemes zu suchen. Der ehemalige württembergische Finanzminister Pistorius mit seiner Fragestellung „Steuer oder Ertragsanteil?“ [60]), Rathenau in seiner Schrift „Die neue Wirtschaft“, G. Bernhard mit dem Vorschlag der Bildung von Steuersyndikaten [61]) u. a. sind neuerdings für die Verfolgung dieses Weges eingetreten. In Österreich hat der Mitherausgeber des „Österreichischen Volkswirts“ Stolper die Frage aufgegriffen und in selbständiger Weise behandelt [62]). Er will die Industrie in einige hundert Steuer-

---

abgedruckt u. a. im Zentralblatt der Preuß. Landwirtschaftskammern. 18. Jahrg. Nr. 24/25. 1919.

60) Deutsche Gemeinwirtschaft. Heft 7.

61) G. Bernhard, Probleme der Reichsfinanzreform 1919.

62) In der Aufsatzreihe „Probleme der Staatswirtschaft“, Der österreichische Volkswirt, Jahrgang 12, bes. Aufsatz XVII „Das Finanzsystem des sozialen Staates“. 1920, Nr. 21, S. 277 ff.; jetzt auch in der Schrift „Deutsch-Österreich als Sozial- und Wirtschaftsproblem“. 1921. S. 277 ff. Zur Entstehung dieser, wie oben dargelegt, von mehreren Seiten vertretenen Vorschläge bemerkt Stolper in der angeführten Schrift: „Der Gedanke, das Defizit des Staatshaushalts durch eine von gewerblichen Zwangsverbänden aufzubringende Umlage zu decken, ist an sich nicht neu. Er ist — soweit wir sehen — zuerst von Naumamm schon 1915 in „Mitteleuropa“ entwickelt und von Rathenau aufgenommen worden.“ S. 277 Anmerkung. — Hierzu sei ergänzend bemerkt, daß Naumann schon in seinem bekannten Buche Neudeutsche Wirtschaftspolitik (z. B. 3. Aufl. 1911, S. 372) ähnliche Gedankengänge entwickelt hat. Er schreibt dort: „Der Staat wird bei dieser Art

verbände zusammenfassen, welchen von einem Wirtschaftsparlament die aufzubringende Quote des Umlagebedarfes zugewiesen werden soll. Das Umlageverfahren aber soll nicht nur Mittel der staatlichen Geldbeschaffung, sondern auch wirksames Instrument der Wirtschaftspolitik sein.

Handelte es sich anfänglich bei dem Plane der Schaffung von Steuergesellschaften, Steuergemeinschaften oder wie man diese Verbände nennen will, einfach um die Frage der Schaffung einer neuen Einnahmequelle, so sind, wie schon angedeutet, inzwischen andere Erwägungen hinzugetreten, die Anlaß gegeben haben, diesen Gedanken weiter zu verfolgen. In dieser Richtung wirkte zunächst die durch die tägliche Erfahrung bestärkte Überlegung, daß die Besteuerung der Einzelwirtschaft ihre sehr engen Grenzen hat, jene Grenzen eben, die durch die Gesetze der Verringerung der Steuerfälle, der steigenden Defraudationsquote und der zunehmenden Steuerkosten bestimmt werden. Die Bemühungen um Steuerverwaltungsreformen, um Verschärfungen des Steuerstrafrechtes und um Verhinderung der Steuerumgehung sind zum

---

von Steuersystem" (nämlich dem derzeit üblichen) „als Hilfswirtschaft aller Einzelsubjekte des Wirtschaftslebens angesehen und muß deshalb von allen Einzelsubjekten erhalten werden. Das ist auch heute noch richtig, aber doch schon nicht mehr in alter Weise. Der Staat ist heute bereits vielfach eine Hilfswirtschaft der Wirtschaftsverbände, die große Basis ihrer Existenz und Macht. Je mehr das Einzelsubjekt gegenüber den Verbänden an Bedeutung verliert, desto weniger zwingend wird die Logik der bisherigen Steuersysteme. Die Erwerbskartelle sind viel geeigneter, die finanzielle Staatserhaltung zu übernehmen, als die Einzelsubjekte, ihre Aktionäre, Direktoren, Beamten und Arbeiter. Sobald der Kartellgedanke noch um wenige Kilometer vorwärtsmarschiert sein wird, wird es sich von selbst ergeben, daß die großen Abrechnungsstellen der Volkswirtschaft gleichzeitig die Zahlstellen für den Beitrag der Volkswirtschaft an den Staat werden. An diesen Stellen werden Privatgefühle viel weniger verletzt als bei Entnahme des Geldes von Einzelsubjekten. Es ist nicht undenkbar, daß in irgendeiner späteren Zeit das Geldbedürfnis der Staatsregierungen dazu führt, auch die dann noch nicht kartellierten Staatsbürger in irgendeiner Form zum Anschluß an Staatssteuerleistungsverbände zu zwingen."

Ihre eigentliche Quelle haben die hier vorgetragenen Gedanken NAUMANNS in der Kartelliteratur. Vgl. z. B. v. LANDMANN, Die amtlichen Erhebungen über das deutsche Kartellwesen, Annalen des Deutschen Reichs 1914, und SCHMOLLERS Referat über das Verhältnis der Kartelle zum Staat, im Verein für Sozialpolitik 1905.

großen Teil auf das Wirksamwerden dieser Gesetze zurückzuführen. Aber nicht nur das sichtliche Inerscheinungtreten der Steuerertragsgesetze ließ das neue Steuerumlageverfahren beachtenswert erscheinen, sondern noch mehr der enge Zusammenhang, der zwischen Steuer und Wirtschaft besteht. Je höher die Steuerlast wird, desto näher liegt die Gefahr, daß die Steuer ihre eigenen Quellen verschüttet, d. i. die produktiven und aufbauenden Kräfte der Wirtschaft hemmt und lähmt. Man wird kaum sagen können, daß man in Deutschland dieser Gefahr nicht bereits erlegen ist. Hier sollen nun die Steuerverbände eine gewisse Erleichterung für die steuerbedrückten Einzelwirtschaften bringen. Die Umlegung der Steuern auf Steuerverbände, denen nicht nur die weitere Aufteilung auf ihre Mitglieder, sondern überhaupt die Art der Steueraufbringung in weitem Maße überlassen bleibt, soll eine günstigere Verteilung und bessere Anpassung der Steuer gemäß den Bedürfnissen der Wirtschaft ermöglichen und insbesondere auch für jenen Vorgang, der in der Finanzwissenschaft unter dem Namen Steuereinholung bekannt ist, ein weites und breites Wirkungsfeld eröffnen.

Je größer die Erträge sind, die die Besteuerung aus den mannigfachen privaten Erwerbswirtschaften, aus agrarischen oder gewerblichen Ertragswirtschaften, aus Rente- oder aus Lohnwirtschaften einerseits und aus Aufwandwirtschaften anderseits herausholen soll, desto schwieriger werden, unter volkswirtschaftlichem und sozialpolitischem Gesichtspunkt, Steuergesetzgebung und Steuerverwaltung. Insbesondere bei Steuerlasten, wie sie in der Gegenwart der deutschen Volkswirtschaft zugemutet werden, erweisen sich bürokratische Gesetzesmacherei und Gesetzeshandhabung als eine glatte Unmöglichkeit. Volksvertretung und Verwaltung sind einfach gar nicht in der Lage die großen Steuerforderungen mit den Bedürfnissen der Wirtschaft in eine erträgliche Übereinstimmung zu bringen. Man muß nur einmal versuchen, Einblick in die Wirkung gewisser Steuergesetze z. B. des Umsatzsteuergesetzes zu gewinnen, um sich davon zu überzeugen, daß Gesetzgebung und Verwaltung hier vor Aufgaben von solcher Vielgestaltigkeit stehen, daß sie dem einfach nicht gerecht werden können. Georg Bernhard faßt denn auch das Ergebnis solcher Überlegung in die Worte zusammen: „Es bleibt

eben gar nichts anderes übrig, als die Steuer zu entstaatlichen [63]). Diese Forderung berührt sich mit der auf Entstaatlichung und damit Entbürokratisierung der öffentlichen Unternehmungen, vor allem der Eisenbahn, die ja aus gleichen Beweggründen, nämlich finanz- und wirtschaftspolitischen, erhoben wird.

Und noch ein anderes soll schließlich mit der verbandmäßigen Steuerumlage erreicht werden, nämlich eine Veredlung der Steuern überhaupt, insbesondere aber einzelner in der Hand der bürokratischen Verwaltung wenig schmiegsamer Steuern, wie die Umsatzsteuer. Das alles ist hier im einzelnen nicht weiter zu verfolgen, aber es ist klar, welches Interesse der Sozialismus an diesem neuen Umlagesystem haben muß, das letztlich nichts anderes will, als den gesamten öffentlichen Bedarf auf die großen Erwerbsgruppen, Landwirtschaft, Industrie, Handel und Verkehr, freie Berufe usw. aufteilen, wobei politische Kämpfe in Aussicht stehen, gegen welche die großen Kämpfe um Zolltarifvorlagen, die in Deutschland seit 1878 zeitweilig ausgetragen wurden, vielleicht gering erscheinen werden.

Weniger weitgreifend als der Plan eines, wenn auch allmählichen, so doch völligen Umbaues des staatlichen Abgabewesens im Sinne der Schaffung von Steuersyndikaten ist der Vorschlag einer Beteiligung des Staates an dem Ertrage der Wirtschaft durch sog. Steueraktien [64]). Manche guten Gründe, die sich zum Teil mit den schon angeführten berühren, sprechen für diesen Gedanken, der gewiß sehr viel leichter, wie die verbandweise Steuerumlage durchführbar, dafür aber auch naturgemäß weniger weitgreifend ist. Die finanzielle Mitbeteiligung des Staates an Großunternehmungen im Wege der Steueraktien kann ein Stück Sozialisierung der Wirtschaft überhaupt bedeuten oder doch ein wichtiger Schritt dazu sein. Der Vorschlag ist auch nicht ganz ohne Vorbild. Das österreichische Gesetz über die einmalige große Vermögensabgabe vom 21. Juli 1920 (§ 52) ermöglicht Aktiengesellschaften die Abstattung ihrer Abgabe in Aktien, die zu diesem Behufe ausgegeben werden können. Eine Verwaltungs-

63) GEORG BERNHARD, Die Steuerwirtschaft 1921, S. 18.

64) Vgl. u. a. E. PIECHOTTKA, Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit. Arbeitsaktie und Steueraktie als Grundlagen der sozialindividualistischen Wirtschaft. 1921.

stelle, z. B. Bank, soll Treuhänder werden. Hier eröffnen sich weite Möglichkeiten, die nicht weiter ausgemalt zu werden brauchen.

Alle diese Vorschläge haben in ihrem Grundgedanken etwas Gemeinsames. Die vielerstrebte Rationalisierung der Wirtschaft, von der wir uns eine wesentliche Hilfe zur Überwindung der gegenwärtigen ökonomischen und sozialen Not erhoffen, soll vor der Steuerwirtschaft nicht Halt machen. Gleichviel ob die Neugestaltung der Wirtschaft auf dem Wege der Sozialisierung, der Planwirtschaft oder der Gewinnbeteiligung erstrebt wird, sie soll — das ist das Gemeinsame dieser Gedankengänge — zugleich ein neues Bedarfsdeckungssystem begründen an Stelle des alten, das unter den veränderten ökonomischen und psychologischen Voraussetzungen ebensowenig mehr genügt wie die alte Wirtschaft. Mit den neuen Wegen der Bedarfsdeckung soll das Abgabesystem des sozialen Staates geschaffen werden. Dieses neue Abgabesystem soll nicht nur das Finanzproblem lösen, sondern zugleich in den Dienst der sozialen Ideen der Zeit gestellt werden. Hier ist der Punkt, wo der Sozialismus zu diesem Abgabesystem Stellung nehmen muß. An sich hat dieses neue System keinen bestimmten Charakter. Es kommt vielmehr ganz auf seine Ausgestaltung an. Diese kann freilich durchaus unsozial sein, was sogar naheliegt, nicht nur wegen der Verwandtschaft des neuen Umlagesystems mit indirekten Steuern, sondern auch weil die Träger dieser Umlagen kapitalistische Verbände sind. Umgekehrt freilich kann ein solches Abgabesystem auch das Bedarfsdeckungssystem des sozialen oder sozialistischen Staates überhaupt werden, zunächst im Übergangsstadium durch Wegsteuerung von Übereinkommen u. dgl., weiterhin aber dadurch, daß es sich als ein zweckmäßiger Weg erweisen wird, dem Staat oder der Gesellschaft denjenigen Anteil am Produktionsertrag zu sichern, dessen sie zur Befriedigung der Gemeinschaftsbedürfnisse unerläßlich benötigen.

Es ist nun gewiß von besonderer Bedeutung für die künftige finanzpolitische Entwicklung in Deutschland, daß das neue Programm, das von der sozialdemokratischen Partei Deutschlands auf ihrem zu Görlitz im September 1921 abgehaltenen Parteitag fast einstimmig angenommen wurde, sich zur Steuersozialisierung

bekannt hat[65]). Der Programmabschnitt, der die Richtlinien für die sozialdemokratische Finanzpolitik festlegt, lautet vollständig:

„Sicherung und Weiterbildung der Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuern, ihre Anpassung an die Wertveränderungen und an die Leistungsfähigkeit des werbenden Kapitals. Erbrecht des Reichs, bei entfernteren Verwandtschaftsgraden Pflichtteil des Reichs, abgestuft nach der Zahl der Erben. Wirksame Verfolgung der Steuerhinterziehung und Kapitalflucht. Schonung der Arbeitskraft und Belastung jedes verschwenderischen Überverbrauchs. Beteiligung der öffentlichen Gewalten am Vermögen der kapitalistischen Erwerbsunternehmungen."

Der letzte Satz dieses Punktes berührt sich mit dem Gedanken der Steueraktien und ähnlichen Plänen. Darüber hinaus aber bedeutet die Gesamtheit der aufgestellten Forderungen einen unleugbaren Fortschritt gegenüber dem kargen finanzpolitischen Inhalt des Erfurter Programms. Die alte Forderung auf Beseitigung der Verbrauchssteuern ist stillschweigend preisgegeben worden. Nicht mehr verneinend wird Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle usw. verlangt, sondern nur bejahend Sicherung und Weiterbildung der Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftssteuer gefordert. Und ganz im Sinne des früher dargelegten revisionistischen Steuersozialismus sagt STAMPFER in seinen Erläuterungen zum Görlitzer Programm, „mit Hilfe der Steuergesetzgebung die kapitalistische Gesellschaft in eine sozialistische zu verwandeln ist nicht möglich."

Ein Gleiches aber gilt von der Forderung des kommunistischen Manifestes auf Abschaffung des Erbrechts, die gewiß auch kein geeignetes Mittel ist, die Wirtschaftsordnung im sozialistischen Sinne umzugestalten. Deshalb hatten schon die oben erwähnten „Forderungen der kommunistischen Partei in Deutschland" vom Jahre 1848 sich mit der „Beschränkung des Erbrechtes" (Punkt 14)

65) Die vorstehende Abhandlung ist die Erweiterung eines Vortrages, der im März 1921 in Wien gehalten wurde. Das Manuskript wurde Anfang Mai 1921 abgeschlossen und dem Herausgeber des Archivs für die Geschichte des Sozialismus usw. auf seinen Wunsch zur Verfügung gestellt. Infolgedessen konnte nur nachträglich noch kurz an dieser Stelle, da sich die Drucklegung der zweiten Hälfte des Manuskriptes verzögerte, auf so wichtige Vorgänge wie die Görlitzer Tagung und das Finanzprogramm der österreichischen Sozialdemokratie eingegangen werden.

begnügt. Das Erfurter wie das Görlitzer Programm gehen darin nicht weiter.

Der letzte Satz des Görlitzer Programms „Beteiligung der öffentlichen Gewalten am Vermögen der kapitalistischen Erwerbsunternehmungen" soll, wie BERNSTEIN und STAMPFER fast wörtlich gleichlautend erklären, nur eine schärfere Formulierung der Forderung nach Erfassung der Sach- oder Goldwerte sein[66]). Wie es bei Programmforderungen leicht der Fall und ja auch wohl zweckmäßig ist, läßt diese Fassung der sozialdemokratischen Partei für die einzuschlagende Finanzpolitik große Bewegungsfreiheit. Vor allem ermöglicht ihr dieser Programmpunkt jene neuen Wege der Besteuerung zu beschreiten, die das neue Wirtschaftswerden erheischt. Mag man zu diesen Dingen stehen wie man will, so gilt doch wohl, was MAX WEBER in einem seiner letzten Briefe geschrieben hat: „daß die bisherige Art der freien Wirtschaft (wahrscheinlich absolut Sicheres läßt sich meines Erachtens noch nicht sagen) nicht wiederkehrt oder doch sehr stark modifiziert, aus valutarischen und Finanzgründen, nicht aus anderen[67])."

Das was das Görlitzer Programm der sozialdemokratischen Partei Deutschlands nur andeutet, das haben wenige Wochen nach der Tagung zu Görlitz der Parteivorstand der deutschösterreichischen Sozialdemokratie, die Gewerkschaftskommission Deutschösterreichs, der Zentralverband österreichischer Konsumvereine und der Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten namens der organisierten Arbeiterschaft Österreichs in einer Denkschrift als „Entwurf eines Finanzprogramms" der österreichischen Regierung unterbreitet. In diesem Zusammenhang interessiert aus dem beachtenswerten sog. „Finanzplan der Sozialdemokratie" nur die Forderung nach neuen Einrichtungen für die Besteuerung der Industrie[68]). Die aufgestellten Ziele decken sich mit den

66) E. BERNSTEIN, Das Görlitzer Programm S. 45. FR. STAMPFER, Das Görlitzer Programm S. 43. — Das Protokoll des Parteitages lag beim Abschlusse der Arbeit noch nicht vor. Ebenso auch nicht die in Aussicht gestellte Sonderveröffentlichung von E. KEIL über den Programmpunkt „Finanzen".

67) M. WEBER, Gesammelte polit. Schriften 1921. Brief vom 4. Okt. 1919. S. 488.

68) Die bezüglichen Ausführungen der Denkschrift Punkt 5 verdienen vollständig wiedergegeben zu werden. Sie lauten: „Die Besteuerung der Industrie

hier dargelegten von verschiedenen Seiten entwickelten Plänen und Gedankengängen. Die sozialdemokratischen Forderungen in

---

muß durch neue Einrichtungen ergänzt werden. Die Aufgabe ist, eine Besteuerungsmethode zu finden, die einerseits den ohnehin überlasteten Steuerbehörden keine neue Arbeitslast zumutet und andererseits die Exportfähigkeit der Industrie, ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt nicht gefährdet. Dieses Problem erscheint in der folgenden Weise lösbar:

Die einzelnen Zweige der Industrie werden in Industrieverbände organisiert. An der Spitze jedes Industriezweiges steht ein Verwaltungsausschuß, der zusammengesetzt wird zu gleichen Teilen aus Vertretern der Unternehmer, Vertretern der Arbeiter und Angestellten des Industriezweiges und Vertretern der Verbraucher seiner Produkte.

Der Staat erlegt der Gesamtindustrie eine Gesamtsteuer auf. Der aufzubringende Steuerbetrag wird auf die einzelnen Industrieverbände verteilt. Jeder einzelne Industrieverband entscheidet selbst, in welcher Weise er das ihm auferlegte Steuerkontingent von den in ihm vereinigten Unternehmungen aufbringt. Alle Unternehmungen haften zu ungeteilter Hand für das von ihrem Verband aufzubringende Kontingent.

Die von der Industrie aufzubringende Gesamtsteuer wäre zunächst nicht zu hoch zu bemessen; doch müßte sie jedenfalls die Staatsaufwendungen für industrielle Zwecke (einschließlich der sozialpolitischen Aufwendungen für die industrielle Arbeiterschaft und der Staatszuschüsse zu den Vorkriegsschulden) decken. Die Aufteilung der Gesamtsteuer auf die einzelnen Industrieverbände müßte zunächst nach einem möglichst einfachen Schlüssel (Erwerbsteuerleistung, Arbeiterzahl, Lohnsumme) erfolgen. Sobald die Industrieverbände erst konstruiert sind und sich eingelebt haben, wird es möglich sein, die Gesamtsteuer zu erhöhen und ihre Aufteilung auf die einzelnen Industrieverbände einer autonomen Gesamtvertretung aller Industrieverbände zu überlassen.

Industrien, die notwendige Lebensmit[illegible]el erzeugen, wären von dieser Steuer zu befreien, damit sie keine Verteuerung [illegible]dieser Lebensmittel hervorrufe. Der Großhandel und die Banken wären in analoger [illegible] Weise zu dieser Art der Steuerleistung heranzuziehen. Das Kleingewerbe ur[illegible]d der Kleinhandel wären gleichfalls zu Steuergesellschaften zusammen[illegible]" zufassen, wobei die Genossenschaften als Grundlage dienen. Die Erwerbsteue[illegible]r würde durch diese neue Steuerorganisation vorläufig nicht berührt. Dageg[illegible]en müßte die Finanzverwaltung auf die geplante Umsatzsteuer zugunsten der [illegible]ier vorgeschlagenen Besteuerungsmethode verzichten.

Die hier vorgeschlagene Besteuerungsmethode hat große Vorzüge. Er[illegible]tens spart sie den Steuerbehörden neue Ausgaben, dem Staate neue Veranlagun[illegible]gs-, Kontroll- und Einhebungskosten. Zweitens ermöglicht sie die Anpassu[illegible]ng der Besteuerung an die besonderen Verhältnisse der einzelnen Industrien. Die einzelnen Industrieverbände werden die Steuern nach ihrem Gutdünken

Deutschland wie in Österreich aber zeigen, daß aus der Theorie schon Politik geworden ist, und sie lassen zugleich erwarten, daß aus der Lehre auch Leben werden wird.

Die öffentliche Finanzwirtschaft hat immer die gesamte wirtschaftliche Entwicklung auf das stärkste beeinflußt, wirtschaftliche Umgestaltungen begünstigt oder gar erzwungen und neuen Wirtschaftsformen den Weg bereitet. Sie hat mit der Ausbildung eines Systems steuerähnlicher Abgaben Bresche in die Hauswirtschaft geschlagen und sie durch Jahrhunderte hindurch, wo immer bis heute sich Reste dieser Wirtschaftsstufe erhalten haben, in den Geldverkehr hineinzuziehen versucht; sie hat die Umbildung der Kundenwirtschaft zur Marktwirtschaft direkt und indirekt befördert und nunmehr bahnt sie anscheinend den Weg von der Marktwirtschaft zu einer neuen Wirtschaftsstufe der Gesellschaftswirtschaft. Diese wird die anderen Wirtschaftsstufen gewiß nicht ohne weiteres restlos verdrängen, sondern sie wird, so wie einst die Kundenwirtschaft neben die Hauswirtschaft und später neben diese die Marktwirtschaft getreten ist, zunächst nur zur Seite der früheren Wirtschaftsstufen Platz nehmen, einen Teil ihres Besitzstandes ergreifen (was übrigens schon der Fall ist), um sie nach und nach mehr und mehr aufzusaugen[69]). In dem Maße aber wie die Gesellschaftswirtschaft, in welcher die Produktion weder unmittelbar für das Haus noch

---

in verschiedener Weise aufbringen können; durch diese individualisierende Behandlung jedes einzelnen Industriezweiges wird es ermöglicht werden, zu verhüten, daß die Mehrbesteuerung volkswirtschaftlich schädlich wirke, daß sie insbesondere die Ausfuhr gefährde. Die Zusammensetzung der Verwaltungsausschüsse der Industrieverbände gibt die Gewähr dafür, daß bei der Wahl der Besteuerungsmethode innerhalb des einzelnen Industriezweiges die Interessen der Arbeiter und Angestellten und der Verbraucher gewahrt werden. Schließlich werden die Industrieverbände, sobald sie einmal als Steuergesellschaften in Wirksamkeit getreten sind, sehr bald auch andere Funktionen technischer, wirtschaftlicher und sozialpolitischer Natur übernehmen können; ihre Gesamtvertretung wird als das höchste Selbstverwaltungsorgan der Industrie Funktionen übernehmen können, die heute die staatliche Bürokratie nur sehr mangelhaft zu versehen vermag."

69) Gerloff, Veränderungen der Bevölkerungsgliederung in der kapitalistischen Wirtschaft (Volkswirtsch. Zeitfragen 209/50), 1910, bes. Kap. III Richtlinien der kapitalistischen Entwicklung. S. 66 ff.

für den Kunden, noch für den Markt, sondern durch die Gesellschaft mit gesellschaftlichen Produktionsmitteln und unmittelbar für die Gesellschaft erfolgt, Raum gewinnen wird, wird auch die Steuerwirtschaft als Form der öffentlichen Finanzbedarfsdeckung an Bedeutung verlieren und schließlich vielleicht ganz verkümmern.

Die Entwicklung der Arbeiterbewegung in den drei skandinavischen Ländern 1914—1920.

Von

Edvard Bull (Kristiania).

Der am meisten ins Auge fallende Unterschied in der Arbeiterbewegung der drei nordischen Länder ist die verschiedenartige Stellung des Linkssozialismus. In Dänemark ist er recht bedeutungslos; die kleinen linkssozialistischen Gruppen und Parteien haben hier keinen großen Einfluß; in Norwegen hat der Linkssozialismus sowohl die politische als auch die gewerkschaftliche Bewegung erobert; hier sind es die Rechtssozialisten, die zu relativer Machtlosigkeit verurteilt sind; Schweden endlich nimmt eine Mittelstellung ein, da sich hier eine wirkliche Parteisplitterung vollzogen hat, mit der Wirkung, daß die Linkssozialisten zwar sich als schwächste der sozialistischen Parteien darstellen, aber doch keineswegs der Bedeutung bar sind.

Die Ursachen dieser differenzierten Erscheinung sind dreifacher Art. Sie sind vor allem zu suchen in der den drei Ländern eigenen ökonomischen und sozialen Struktur; sodann in der historischen Entwicklung der Arbeiterbewegung; endlich auch in gewisser Hinsicht in persönlichen Verhältnissen.

Zunächst ist die Feststellung von Wichtigkeit, daß Dänemark dasjenige der drei Länder ist, wo die gewerblich-industrielle Produktion die geringste Rolle spielt, und wo namentlich die Großindustrie im eigentlichen Sinne des Wortes gar keinen Eingang gefunden hat. Was das dänische Wirtschaftsleben kennzeichnet, ist der höchstentwickelte moderne Ackerbau, zu dem hinzutreten ein bedeutender Handel und eine nicht geringe Schiffahrt. Die Industrie aber ist hauptsächlich auf die Befriedigung der Bedürfnisse des Ackerbaues und des heimischen Markts eingestellt und ihre Expansion hat sich daher nur im engen Rahmen

gehalten. Die allgemeine Welttendenz zur industriellen Konzentration ist zwar auch in Dänemark wirksam, jedoch weit schwächer als z. B. in Norwegen und Schweden. Noch 1906 waren 56 % der gewerblich-industriellen Arbeiter in Betrieben mit weniger als 10 Arbeitern eingestellt und nur 17 % in Betrieben mit über 100 Arbeitern. — Eine ganz andere Bedeutung kommt der Industrie im ökonomischen Leben Schwedens zu, da sie dem Lande die wichtigsten Exportartikel liefert. Eine alte und hochentwickelte Montanindustrie und die jüngere, aber ebenso bedeutende industrielle Bearbeitung der Forstprodukte (Holzwaren-, Zellulose- und Papierindustrie) geben ihr das Gepräge. In der Arbeiterschaft Schwedens ist denn auch der Klassencharakter viel schärfer ausgeprägt und sie hat weit bedeutsamere Klassentraditionen als in Dänemark. — In Norwegen endlich spielt zwar die industrielle Verarbeitung der forstwirtschaftlichen und montanistischen Erzeugnisse neben der Konservenindustrie, die sich im Anschluß an die großen Fischereien entwickelt hat, eine bedeutende Rolle; was aber dem ökonomischen Leben Norwegens sein eigentliches Gepräge gibt, ist doch der seit etwa 1905 plötzlich eingetretene gewaltige Aufschwung derjenigen Industrie, welche die riesigen Wasserkräfte des Landes ausnutzt. Die Entwicklung hat sich mit einer Geschwindigkeit vollzogen, welche das Tempo in den andern skandinavischen Ländern weit hinter sich läßt. Im Laufe von kaum einem halben Menschenalter hat sich so eine neue zahlreiche Industriearbeiterklasse ohne Klassentradition gebildet, die insgesamt großen, kapitalstarken Gesellschaften gegenübersteht. Die ausgedehnten Regulierungen der Wasserfälle brachten es mit sich, daß die Anlagearbeiter, Leute ohne Fachausbildung und festen Wohnsitz, die von Anlage zu Anlage ziehen und daher von Haus, Heim und Familie viel unabhängiger sind als die meisten anderen Arbeiter, die größte Rolle spielen. Die plötzliche Umbildung der alten bäuerlichen Gesellschaftsform, sowie die Neubildungen von Industriezentren an den elektrischen Kraftanlagen haben eine Arbeiterklasse geschaffen, die revolutionären Gedankengängen zugänglicher ist als ihre älteren, langsamer wachsenden Schicksalsgenossen in den Nachbarländern. So ist es denn nur selbstverständlich, daß die Arbeiterbewegung in den drei Ländern — trotz ihres althergebrachten geschichtlichen Zu-

sammenhangs — vollständig verschiedenen Charakter aufweist. Sind ja auch die vorwaltenden ökonomischen und sozialen Probleme in starkem Maße differenziert. Der gleichen Differenzierung begegnen wir in gewissem Grade auch in inner- und außerpolitischen Fragen. Die drei Arbeiterklassen unterscheiden sich daher ebensosehr durch ihre ökonomische und soziale Machtposition, wie durch ihre verschiedenartige psychologische Verfassung.

Vor Ausbruch des Weltkrieges traten diese Unterschiede allerdings noch nicht sehr scharf zutage. Erst die gewaltige Weltkatastrophe reifte die Folgen der verschiedenartigen Stellung der drei Länder. Aber auch schon vor 1914 hatte sich die Arbeiterbewegung innerhalb der nordischen Völker je in besonderer Richtung entwickelt.

Die Arbeiterbewegung hat zu frühest in Dänemark eingesetzt. Die schwedische sowohl als auch die norwegische sind jünger und in ihrer Entstehung Ableger der dänischen. In dem kleinen Lande mit seinen geringen Entfernungen und seinen wenig differenzierten gleichartigen Verhältnissen, sowie mit der übermächtigen Hauptstadt — auf die etwa $^1/_4$ der Gesamtbevölkerung des Landes entfällt — war die Organisationsarbeit sehr leicht. Lange schon vor dem Kriege war daher die dänische Arbeiterklasse gewiß die bestorganisierte der ganzen Welt. Mehr als die Hälfte ihrer Mitglieder stand bereits vor Ausbruch des Weltkrieges innerhalb der Gewerkschaften, und diese sowohl als auch die politischen Organisationen waren stark zentralisiert. Eine Machtstellung, welche die Hoffnung berechtigt erscheinen ließ, durch reformerische Tätigkeit und Bestrebungen weitgehende Resultate erreichen zu können. Und diese Hoffnungen wurden noch dadurch gefestigt, daß die scharfen Verfassungskämpfe der 70er und 80er Jahre die bürgerliche Linke mit radikalem Geiste erfüllt hatten; die Bürgerlichradikalen hatten sich 1905 ihre eigene Partei geschaffen und für diese war es selbstverständlich, Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie zu suchen. Zweimal, 1909 und 1913, ermöglichte die Hilfe der Sozialdemokraten den Radikalen die Regierungsbildung, und die letzte Regierung, unter Zahle, hielt sich durch die Unterstützung der Sozialdemokraten bis Ostern 1920 am Staatsruder. — Die große politische Aufgabe

der Sozialdemokratie in den Jahren kurz vor dem Weltkriege war die Schaffung eines demokratisierten Grundgesetzes; ein Ziel, das in ständiger Zusammenarbeit mit den Radikalen und durch eine Reihe von Kompromissen in halbwegs zufriedenstellender Art im Jahre 1915 auch erreicht wurde. Dazu kam, daß stetige Umgruppierungen der bürgerlichen Parteien einen fruchtbaren Boden für Kompromiß- und Koalitionspolitik abgaben, wie denn auch Kompromisse es waren, die ebenso der sozialdemokratischen wie den anderen Parteien ihren Weg bestimmten.

Auch in Schweden war vor dem Weltkrieg eine Koalition mit den freigesinnten Bürgerlichen für die Sozialdemokratie selbstverständlich. Auch hier galt es, die Verfassung in demokratischer Richtung zu entwickeln, im Kampf gegen eine starke Rechte mit monarchischem und junkerartigem Gepräge. Immerhin jedoch behielt die schwedische Arbeiterbewegung in stärkerem Maße den Klassenkampfcharakter als in Dänemark. Zum Teil hängt das mit den geographischen Verhältnissen des Landes zusammen. Die Weiträumigkeit, sowie die Verschiedenartigkeit der Lebensbedingungen in den einzelnen Gebieten des Landes machten eine der dänischen analoge Zentralisierung unmöglich. Mehr als die Leitung in Stockholm geben die Massen selbst der Bewegung Leben und Farbe, und die zentrale Führererscheinung HJALMAR BRANTINGS war nicht nur eine weit bedeutendere Persönlichkeit als irgendeine innerhalb des dänischen oder norwegischen Sozialismus, sondern auch eine Kampfnatur, die viel weniger willig war, von ihren Prinzipien abzuweichen als die dänischen Gewerkschaftsführer und Parlamentarier. — Dazu kam noch die in Schweden weitaus größere Schärfe des ökonomischen Kampfs. Eine Reihe schwerer Lohnkämpfe wurde ausgefochten; der größte von allen, die große Aussperrung von 1909, endete zwar mit einer Niederlage der Arbeiter und einem bedauerlichen Rückzug der Gewerkschaften; diese, bei Ausbruch des Weltkrieges noch nicht ganz verwundene Niederlage, hatte jedoch eine starke Bitterkeit in großen Teilen der schwedischen Arbeiterklasse zurückgelassen und zugleich ein Gefühl, daß neue Kampfformen nötig seien, um nicht ein zweites Mal eine ähnliche Enttäuschung zu erfahren. Radikale Strömungen syndikalistischen Gepräges, die schon lange vorher sich geltend gemacht hatten, verschafften

sich nun immer mehr Geltung neben und gegenüber der parlamentarischen Koalitionspolitik. — Besonders eng war die Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokraten und Liberalen nach der Wahl von 1911 geworden, die den vereinigten Linksparteien eine Mehrheit in der zweiten Kammer des Reichstags gebracht hatte, während in der zweiten die Rechte nach wie vor ihre Herrschaft behauptete. Die Leitung der sozialdemokratischen Partei glaubte auf dem Wege einer Unterstützung des Linksministeriums KARL STAAFF große praktische Reformen durchsetzen zu können. In der Hauptsache sah sie sich jedoch hierin enttäuscht, und es war nur natürlich, daß die ständigen Kompromisse, welche die parlamentarische Zusammenarbeit nötig machte, nicht allein in der Jugendbewegung und in einzelnen radikalen Organisationen, sondern auch in der Presse und in der Reichstagsgruppe selbst, einen energischen Ruck nach links zeitigten [1]).

Was Norwegen anbelangt, so war hier niemals ernstlich von einer Verbindung mit der bürgerlichen Linken die Rede. Der Verfassungskampf hatte hier bereits 1884 mit dem Siege der Linken geendet. In diesem selben Jahre war die Sozialdemokratie erstmals ernstlich hervorgetreten. Seither hat, mit wenigen und kaum nennenswerten Unterbrechungen, die bürgerliche Linke im politischen Leben des Landes dominiert. Die politische Front der Sozialdemokratie richtete sich daher ebenso scharf gegen sie wie gegen die schwächere Rechte. Eine parlamentarische Zusammenarbeit der bürgerlichen Linken mit der Sozialdemokratie kam daher nur ganz gelegentlich vor und von der Ausbildung irgendeiner planmäßigen oder zusammenhängenden Koalitionspolitik konnte nicht die Rede sein. — Die norwegischen Gewerkschaften ihrerseits waren lange, bevor die große Industrialisierungsperiode seit 1905 einsetzte, entstanden und hatten vorher ihr Gepräge erhalten. Ihr eignete daher, wie der Industrie im ganzen und der Arbeiterklasse, ein gewisser altmodischer, kleinbürgerlicher Charakter, der sich in der neuen Zeit nicht behaupten konnte. Diese weckte vielmehr naturgemäß die Forderung nach modernen, tatkräftigen und kampfeslustigeren Gewerkschaften. Anfänglich kam dieser Drang zum Ausdruck in „jungsozialistischen“ Bewegungen nach

1) Vgl. ERIK HEDÉN in „Det tyvende aarhundrede“ (Das XX. Jahrhundert), 1917, S. 34—41.

schwedischem Muster; aber von ungefähr 1911 an sammelten sich die neuen Tendenzen auf einer klaren und zusammenhängenden, gewerkschaftlichen und politischen Linie, und die neue Bewegung erhielt einen hervorragenden Führer in der organisatorischen Kraft MARTIN TRANMAELS[1]).

Die Verhältnisse in den drei skandinavischen Ländern waren also bei Ausbruch des Weltkrieges sehr verschieden und die außenpolitischen Probleme, die der Weltkrieg in den Vordergrund rückte, trugen dazu bei, diese Unterschiede zu verschärfen. In Dänemark und Norwegen lagen die Dinge insoweit verhältnismäßig einfach, als alle Parteien unbedingt einig darüber waren, daß man um jeden Preis versuchen müsse, die Neutralität zu erhalten. Auf der andern Seite wieder war Dänemark gleichermaßen aus militärischen und ökonomischen Gründen in ebenso starker Abhängigkeit von Deutschland, wie Norwegen von England. Damit war die außenpolitische Orientierung der beiden Länder zu den sie interessierenden Mächtegruppen gegeben.

Ganz anders in Schweden. Hier traten im Gefolge des Kriegs in einem ganz andern Maße ernste Probleme hervor als in den Nachbarländern und weckte die Frage nach der außenpolitischen Orientierung schärfsten innern Streit. Hier gab es eine wirkliche Kriegspartei und der Kampf für und wider die Teilnahme am Krieg wurde noch durch den Umstand intensiviert, daß er mit einer schweren, politischen Krise zusammentraf, die wenige Monate vor Ausbruch des Weltkriegs das Land gespalten hatte. — Im Jahre 1913 und in der ersten Hälfte 1914 ging, wie bekannt, über alle europäischen Länder eine chauvinistisch-militaristische Welle, welche die Vorbereitung auf den großen Krieg bildete. Sie machte sich auch in Dänemark und mehr noch in Norwegen bemerkbar. Nur in Schweden allein aber nahm sie bedeutende Dimensionen an, was sich hauptsächlich dadurch erklären läßt, daß Schweden das einzige unter den skandinavischen Ländern war, dessen militärgeographische und -politische Lage eine mehr aktive, halbwegs selbständige Außenpolitik möglich machte. Dänemark

1) Über die norwegische und schwedische Bewegung vor dem Weltkriege vgl. meinen Artikel in diesem Archiv III, 438—62, und HENRIKSSON HOLMBERGS Abhandlung, ebenda VI, 32—83. — Für Dänemark fehlt es noch an einer analogen übersichtlichen Darstellung.

war für den Fall eines Kriegs so unbedingt auf Deutschland, Norwegen hingegen auf England angewiesen, die Hilfsquellen beider Länder waren so unbedeutend, daß sich in ihnen eine wirklich militaristische Stimmung überhaupt nicht schaffen ließ. In Schweden aber konnte in gewissem Grade von einer Wahl zwischen Deutschland und Rußland gesprochen werden, und im Hinblick auf die Herrschaft über die Ostsee war es daher nicht ganz gleichgültig, welcher der beiden Machtgruppen Schweden sich anschloß. Die alte, adelige Militärkaste des Landes mit ihren ausgeprägten deutschen Sympathien verfügte daher über eine gewisse reale Grundlage für eine wirklich militaristische Politik.

Das bürgerlich-radikale Ministerium STAAFF (1911—1914) führte mit Unterstützung der Arbeiterbewegung eine recht kräftige antimilitaristische[1]) Politik. Die ganze Geistesrichtung der liberalen Partei war außerdem nach ihren Ideen und Sympathien nahe mit den westeuropäischen Demokratien verknüpft, während die Rechte sich etwa seit Beginn des Jahrhunderts übermäßig und rein einseitig auf eine deutsche Orientierung festgelegt hatte. Eine an und für sich gewiß berechtigte Furcht vor dem russischen Militarismus wurde von der äußerten Rechten[2]) künstlich gefördert und trug das ihrige dazu bei, sowohl die deutschen Sympathien als auch die militaristisch-chauvinistische Stimmung zu stärken. — König GUSTAV V. (seit 1907) stand der Militärpartei nahe. Zu Beginn des Jahres 1914 griff er persönlich — mit seiner Schloßhofrede — in Aufsehen erregender Art in den politischen Kampf ein. Die politische Spannung gedieh dadurch zu einer Krise, da der König, ohne vorherige Anhörung des Kabinetts, für die von der Rechten aufgestellten militärischen Forderungen sich einsetzte. Daraufhin demissionierte natürlich die

1) Sie richtete sich gegen den Militarismus im eigentlichen Sinne, nicht — wie das Wort oft gebraucht worden ist — gegen jegliche Ausgaben für militärische Zwecke überhaupt. STAAFF war vielmehr sogar zu nicht unbedeutenden, steigenden Militärbewilligungen bereit.

2) Stark deutschfreundlich beeinflußte Wissenschaftler, wie der Staatsrechtslehrer R. KJELLÉN und der Entdeckungsreisende SVEN HEDIN, spielten hiebei eine hervorragende Rolle, wie denn überhaupt die schwedische Wissenschaft nicht nur ihre Methoden, sondern auch ihren Ideeninhalt aus Deutschland bezogen hat.

liberale Regierung sofort und der König berief ein Kabinett der Rechten unter HJ. HAMMARSKJÖLD, der die Zweite Kammer des Reichstages auflöste und Neuwahlen ausschrieb. Der Wahlkampf vollzog sich unter heftiger Erregung. Er drehte sich teils um die militärische Frage, teils um die persönliche Machtstellung des Königs und endigte mit einer gewaltigen Niederlage der Liberalen, die 22 Plätze an die Rechte, 9 an die Sozialdemokraten verloren, aber zusammen mit den letzteren auch weiterhin über eine feste Mehrheit verfügten.

Die politische Krise, in der sich so das Land im Sommer 1914 befand, war sehr schwer und hätte sehr leicht zu gewaltsamen politischen Umwälzungen führen können, wenn nicht der Ausbruch des Weltkrieges die Lage vollständig verändert hätte. Unter dem Eindruck des Kriegsbeginnes in den ersten Augusttagen 1914 paßte sich nämlich der größte Teil der liberalen Partei im Reichstag dem Standpunkt der Rechten in bezug auf die Rüstungsfrage an und der Regierungsvorschlag, das Heer bedeutend zu verstärken, wurde am 12. September angenommen. Wie in den meisten andern Ländern legten sich die politischen Parteien auch in Schweden eine gewisse Verpflichtung zum „Burgfrieden" auf, und das Ministerium HAMMARSKJÖLD konnte sich daher — praktisch ohne systematische Opposition — bis zum Beginn des Jahres 1917 am Ruder erhalten.

Allein nicht lange nach Ausbruch des Weltkriegs schon entwickelte sich in Schweden eine „aktivistische" Bewegung mit dem Ziel einer Teilnahme am Krieg auf seiten der Zentralmächte[1]). Offiziell hielten sich zwar alle großen Parteien als solche dem Aktivismus fern und brachten ihren unbedingten Neutralitätswillen zum Ausdruck. Es gab jedoch unter den Aktivisten Mitglieder aus sämtlichen Parteien, sogar Sozialdemokraten[2]), wenngleich der Aktivismus seine Anhängerschaft — wie natürlich auch — hauptsächlich aus der Rechten rekrutierte.

1) Ihr Programm legte diese Richtung nieder in der 1915 erschienenen Schrift: Sveriges utrikespolitik i världskrigets belysning (Schwedens Außenpolitik in der Beleuchtung des Weltkrieges).

2) Die stärker hervortretenden sozialdemokratischen Aktivisten wurden selbstverständlich aus der Partei ausgeschlossen, darunter das Mitglied der Ersten Kammer, der Soziologe Professor GUSTAF STEFFEN (1915).

Jedenfalls gab sich für ihn, trotz aller offiziellen Zurückhaltung, eine merkbare Sympathie der Rechten kund. Auch innerhalb der Regierung herrschte eine deutliche deutschfreundliche Stimmung, die hauptsächlich verkörpert wurde durch den Kabinettschef HAMMARSKJÖLD, während hinwiederum der Außenminister, Bankdirektor K. WALLENBERG, mehr zu den Westmächten hielt.

Als Gegengewicht gegen die Deutschfreundlichkeit der Rechten und die daraus folgende aktivistische Gefahr — die zeitweise den Anschluß Schwedens an die Zentralmächte in drohende Nähe rückte — betonten die Liberalen und Sozialdemokraten ihre ausgesprochen ententefreundlichen Auffassungen, und besonders HJ. BRANTING ging in dieser Beziehung sehr weit, viel weiter als sich mit einer konsequent internationalistischen Auffassung vereinbaren ließ.

Mancherlei Umstände, hauptsächlich rein politischer Art, wirkten zu Beginn des Kriegs mit darauf hin, die schwedischen Sozialdemokraten mit den Liberalen zu gemeinsamer Gegnerschaft gegen die Rechte zu einigen, wenn sie auch einen offenen Blick dafür behielten, daß den Liberalen keineswegs unter allen Umständen zu trauen sei. Zu gleicher Zeit jedoch wuchs auch in der Partei von mehreren Seiten her entschiedenste Opposition gegen die Haltung der offiziellen Parteileitung.

Indessen dauerte es nicht lange, bis die ökonomischen und sozialen Folgen des Krieges — Teuerung, Warenmangel und Spekulation — sich in den drei nordischen Ländern geltend zu machen begannen, natürlich mit charakteristischen Unterschieden in jedem derselben. Dänemark begann unter Arbeitslosigkeit zu leiden, war aber immer mit Nahrungsmitteln reichlich versorgt; in Schweden und Norwegen war eine Überfülle an Arbeitsgelegenheit vorhanden, aber zeitweise zeigte sich Knappheit an Lebensmitteln: eine Verschiedenheit in den Reflexwirkungen des Kriegs, die offensichtlich auf die Arbeiterbewegung nicht ohne Einfluß bleiben konnte.

Begründet war diese Differenzierung in der Hauptsache natürlich in der jedem Lande eigenen Grundlage des ökonomischen Lebens. Dänemark mit seiner hochentwickelten Landwirtschaft hat stets mehr als genug Nahrungsmittel für seinen eigenen Bedarf erzeugt und demgemäß eine beträchtliche Menge von

Ackerbauprodukten für den Export verfügbar gehabt. Litt auch während des Kriegs die Einfuhr des für den intensiven Ackerbau notwendigen Kraftfutters und Kunstdüngers in starkem Maße, so bedeutete dies doch lediglich eine Reduktion des Überschusses für den Export, während von irgendeiner Gefährdung der Selbstversorgung des Landes keine Rede sein konnte. Anders aber in Schweden und Norwegen. Diese beiden Länder sind stets darauf angewiesen gewesen, einen wesentlichen Teil ihres Bedarfs an Lebensmitteln einzuführen. Allerdings erfuhr der Ackerbau während des Krieges — teils infolge der dauernd steigenden Preise der Ackerbauprodukte, teils infolge direkter Staatsmaßnahmen — eine starke Zunahme. Hierdurch vermochte aber die Spannung zwischen Lebensmittelbedarf und Eigenerzeugung auch nur annähernd nicht ausgeglichen zu werden. Für den Fall einer Unterbindung der Lebensmittelzufuhr von seiten Englands mußte sich diese sofort in der Lebensmittelrationierung bemerkbar machen.

Industriell lag die Sache umgekehrt. Während Dänemarks Ausfuhr an Ackerbauprodukten sowohl für England als auch für Deutschland von großer Bedeutung erschien, war seine Industrie eigentlich nur für den heimischen Markt berechnet, und keine der kriegführenden Mächte hatte besonderes Interesse an ihrer Aufrechterhaltung und an der Mithilfe hierbei. Die Versorgung der Industrie mit Rohstoffen begegnete daher von Anfang an großen Schwierigkeiten und hieraus ergaben sich Produktionseinschränkungen und Arbeitslosigkeit. — Die schwedische und norwegische Industrie ihrerseits war hingegen von allergrößter Bedeutung für beide kriegführenden Machtgruppen. Namentlich galt das für die Montan-, Holzwaren- und Stickstoffindustrie, wozu in Norwegen, das den übrigen skandinavischen Ländern durch die Entwicklung seiner Handelsmarine weit überlegen war und ist, noch die Schiffahrtsindustrie sich gesellte, die für England von größter Wichtigkeit war. Sowohl dieses als auch Deutschland hatten daher — wenn auch nicht in ganz gleichem Ausmaße — das größte Interesse an der Aufrechterhaltung dieser Produktions- und Erwerbszweige in den beiden Ländern und demgemäß auch daran, die hierfür nötige Hilfstoff-, insbesondere die Kohlenzufuhr zu sichern. Da sowohl die Schiffs-

frachten als auch die Preise für alle Kriegsbedarfsartikel — wie Montan-, forstliche, Stickstoff-Produkte und dgl. — rasch emporschnellten und während der ganzen Kriegsdauer immer weiter stiegen, erlebten die Schiffahrt und der größte Teil der schwedischen und norwegischen Industrie einen starken Aufschwung und im Gegensatz zu Dänemark war nicht nur von Arbeitslosigkeit keine Rede, es machte sich vielmehr angesichts des zunehmenden Bedarfs der Industrie an Arbeitskräften ein Mangel an solchen fühlbar.

Diese in der Natur der Dinge begründete ökonomische Lage in den drei Ländern wurde jedoch in gewissem Grade durch ihre verschiedene Außenpolitik modifiziert.

Dänemark war zweifellos am meisten exponiert. Hier war denn auch die Furcht, in den Krieg hineingezogen zu werden, zu Beginn des Krieges am größten. Der Zugang zur Ostsee ging durch die dänischen Gewässer, und die Herrschaft über diese war daher für die beiden kriegführenden Gruppen von allergrößter Wichtigkeit. Die dänische Außenpolitik mußte daher auf größte Vorsicht und auf peinlich genaue Einhaltung der Neutralität bedacht sein. Die Verhandlungen die in dieser Hinsicht in den ersten Tagen und Wochen des Krieges von dänischer Seite teils mit der deutschen, teils mit der englischen Regierung geführt wurden, sind auch heute noch nur zum Teil bekannt; aber sie zeitigten jedenfalls ein für Dänemark glückliches Ergebnis, und alle politischen Parteien im Lande waren mit Bezug auf die einzuhaltende Außenpolitik einig. Um dies sichtbar in Erscheinung treten zu lassen, wurde die radikale Regierung der Linken durch Mitglieder der andern politischen Parteien ergänzt, und auch ein Sozialdemokrat trat als Minister ohne Portefeuille ins Kabinett ein. Im Verlaufe des Kriegs komplizierte sich indessen die außenpolitische Lage Dänemarks durch das Wiederauftauchen der schleswig-holsteinischen Frage: allerdings nicht in der öffentlichen Diskussion, sondern bloß in vertraulichen, politischen Beratungen. Das Verhalten der einzelnen Parteien war diesem Problem gegenüber kein einheitliches. Die Parteien der Linken legten auf ein freundschaftliches Verhältnis zu Deutschland so großen Wert, daß sie nicht wünschten, das dänische Nordschleswig zurückzuerhalten, es sei denn mit Deutschlands

Einwilligung. So betrachtet, war es ziemlich gleichgültig, ob Deutschland eine Niederlage erlitt oder nicht, da die beiden Länder unter allen Umständen auch für die Zukunft Nachbarn bleiben mußten und darauf angewiesen waren, gute Nachbarschaft zu halten. Anders präsentierte sich die Frage vom Standpunkt der Rechtsparteien. Sie erblickten in der Rückerwerbung des dänischen Nordschleswig eine so große nationale Aufgabe, daß sie deren Durchführung ohne Rücksicht darauf wünschten, ob hierdurch sich ein feindliches Verhältnis zu Deutschland herausbilden würde. Aus historischen Gründen wollten diese Parteien außerdem die Grenze so weit als möglich nach Süden verlegt wissen, gleichgültig, ob Dänemark hierdurch eine deutsche Irredenta erhalten würde, während die Linksparteien lediglich die ganz und unbedingt dänischen Distrikte wiedergewinnen wollten. In der Praxis kam dieser Gegensatz an erster Stelle in der Frage zum Ausdruck: ob die Grenze nördlich oder südlich von Flensburg, Südjütlands größter und wichtigster Stadt, gezogen werden solle.

Solange Deutschland eine starke Stellung im Weltkrieg behauptete, traten diese Gegensätze nicht besonders hervor: alle Pläne, das dänische Nordschleswig zurückzugewinnen, hingen da notwendig von Verhandlungen mit Deutschland ab. Immerhin aber hatten sie zur Folge, daß die Rechtsparteien mit ihren Sympathien ganz auf seiten der Entente standen, während die Parteien der Linken mehr deutschfreundlich waren. Und als die endgültige Niederlage Deutschlands näher kam, führte diese Verschiedenheit in der Auffassung über die nordschleswigsche Frage zu einem gewaltsamen und erbitterten Kampf in Dänemark.

Aus den politischen Verhältnissen im eigenen Lande heraus sah sich also die schwedische Sozialdemokratie zu einer ententefreundlichen, die dänische zu einer deutschfreundlichen Politik gedrängt. Für Dänemark kam noch eine alte und nahe Verbindung zwischen den dänischen und deutschen Gewerkschaftsleitern und den politischen sozialdemokratischen Führern hinzu, eine Verbindung, die während des Krieges nicht nur aufrecht blieb, sondern auch noch Verstärkung erfuhr, wie denn auch die Sympathien für die politische Richtung der deutschen Mehr-

heitssozialisten bei ihren dänischen Genossen während des ganzen Krieges ständig anwuchsen.

In Norwegen war es bedeutend leichter, eine konsequente internationale Haltung zu bewahren. Die ökonomische Abhängigkeit des Landes von England, die glänzend organisierte Propaganda der Entente und der rücksichtslose Kampf der Deutschen gegen die norwegische Handelsflotte und die norwegischen Seeleute führten dazu, daß gleichermaßen in der norwegischen Arbeiterklasse, wie innerhalb der übrigen Bevölkerung überhaupt eine stark deutschfeindliche Stimmung sich entwickelte. Es war aber zu jeder Zeit völlig undenkbar, daß aus diesen Gefühlen eigentlich praktische Konsequenzen abgeleitet werden sollten. Eine Teilnahme am Krieg durch Norwegen blieb schlechthin außer dem Bereiche der Möglichkeit und der scharfe Eingriff Englands in die norwegischen Seefahrt- und Einfuhrinteressen verhinderte die Bildung einer eigentlichen, starken, ententefreundlichen Partei. Die bürgerlich-radikale Regierung, die von 1913 bis 1920 in Norwegen die Macht in Händen hatte, war ebenfalls nach Kräften bemüht, eine möglichst neutrale und unparteiische außenpolitische Haltung einzunehmen. Sie sah sich hierbei allerdings dauernd heftigen Angriffen in der Presse und in der Volksvertretung ausgesetzt. Allein die Angriffe richteten sich mehr gegen die Art, wie die Neutralität gehandhabt wurde, als gegen das Neutralitätsprinzip selbst. Und wenn die Regierung zu großer Deutschfreundlichkeit beschuldigt wurde, so erschien diese Beschuldigung mehr durch die Auffassung hervorgerufen: die Regierung sei nicht neutral, als daß sie die Neutralität zugunsten Englands aufgeben solle.

Es war daher für die norwegische Arbeiterpartei verhältnismäßig leicht eine rein internationalistische Richtung zu bewahren. Die Enttäuschung über die Haltung der deutschen Sozialdemokratie bei Ausbruch des Krieges und über ihre nachherige Burgfriedenpolitik war allerdings groß und tief, und nur die Bewunderung für Karl Liebknechts aufrechten Kampf gegen Militarismus und Krieg trug dazu bei, dem deutschen Sozialismus die norwegische Sympathie zu bewahren. Übrigens ist festzustellen, daß auch innerhalb des norwegischen Sozialismus eine Beurteilung der Frage einer Teilnahme am Weltkrieg unter bürgerlich-natio-

nalem Gesichtspunkt statt unter sozialistisch-internationalem beobachtet werden konnte. Namentlich gilt das vom Hauptorgan der Partei, dem „Social-Demokraten" in Kristiania, dessen Redakteur JACOB VIDNES — wahrscheinlich unter starkem Einfluß des schwedischen Führers HJALMAR BRANTING — sich allmählich einseitig französisch-englisch orientierte. Aber sowohl die übrige Arbeiterpartei[1]) als auch die Parteisektionen überall sonst im Lande hielten sich in dieser Hinsicht bedeutend freier.

Will man die inneren Erschütterungen, welche die Arbeiterbewegung in den drei skandinavischen Ländern während der Kriegsjahre durchzumachen hatte und welche dieser Periode in der Entwicklungsgeschichte der Bewegung ihr besonderes Gepräge gegeben haben, verstehen, so kann dies nur im Hinblick auf den vorstehend gezeichneten Hintergrund geschehen. Am stärksten und frühesten machten sich diese Erschütterungen allerdings in Schweden geltend, wo der Kampf zwischen der Parteileitung und einzelnen oppositionellen Gruppen — sowohl außerhalb der Partei (Syndikalisten und Jungsozialisten) als auch

1) Ein charakteristischer und bedeutungsvoller Unterschied zwischen der dänischen und der norwegischen Arbeiterpartei besteht in der verschiedenartigen Organisation der Presse und deren Leitung. Die sozialistische Presse in ganz Dänemark wird, wie das Hauptorgan selbst, vom Zentralausschuß in Kopenhagen geleitet. In der Lokalpresse vermag daher keine wirkliche Kritik der Politik der Zentralleitung zum Ausdruck gelangen. Die Parteileitung ist so imstande, jeglicher ihr unangenehmer Opposition den Mund zu stopfen. In Norwegen — und größtenteils auch in Schweden — dagegen liegt die Leitung der einzelnen örtlichen Organe in Händen der örtlichen Parteiausschüsse und nur das Hauptorgan untersteht der Leitung der Zentrale. Das hat im Laufe der Jahre zu sehr gesunder und fruchtbarer Kritik innerhalb der Partei Anlaß gegeben, und das allein war die Voraussetzung dafür, daß TRANMAEL während der Jahre 1912—1918 in seinem Organ „Neue Zeit" (Ny Tid) in Trondheim eine bewußte und zusammenhängende Kampfpolitik gegen die Parteileitung führen konnte. Unmittelbar vor dem Systemwechsel im Jahre 1918 war die Lage in Norwegen höchst eigenartig und charakteristisch, indem es nämlich fast allein das Hauptorgan war, das die Politik der Zentralleitung verteidigte, während fast die ganze Lokalpresse auf Seiten der neuen Richtung stand. In Schweden sind die Verhältnisse so ziemlich die gleichen wie in Norwegen; auch hier erfreuen sich die einzelnen lokalen Presseorgane einer bedeutenden Unabhängigkeit, wenngleich die Parteileitung über sie vielleicht eine stärkere Kontrolle üben mag als in Norwegen.

innerhalb derselben (Jugendbund) [1]) — vorher schon ein sehr erbitterter gewesen war. Der Kriegsausbruch zeitigte natürlich ebenso wie anderwärts auch in Schweden an erster Stelle eine gewisse Lahmlegung der Parteiarbeit. Der Parteikongreß, der August 1914 hätte abgehalten werden sollen, löste sich sofort auf, nachdem er ein Neutralitätsmanifest veröffentlicht hatte. Aber in den Monaten November-Dezember trat er wieder zusammen, und das Resultat seiner Verhandlungen war ausgeprägt reformistisch. Er hieß nämlich zunächst alle Maßnahmen der Parteileitung gegen die „Sozialdemokratische Linksvereinigung" gut und sprach sich sodann für eine organisierte Zusammenarbeit mit der liberalen Partei aus, ja sogar für eine eventuelle Teilnahme an einer liberal-sozialistischen Regierungsbildung. Der Kongreß bedeutete darnach einen entschiedenen Sieg der Parteileitung, namentlich Brantings selbst und eine beträchtliche Stärkung ihrer Macht. Es ist daher nicht zu verwundern, daß der kurz darnach abgehaltene Kongreß der Jugendvereinigung gegen Beschlüsse des Parteikongresses scharf Stellung nahm und insbesondere sein Bedauern über die vermeintlich programmwidrige Haltung der Reichstagsgruppe zum Ausdruck brachte. Sie glaubte daher auch bei den Wahlen nur für jene Kandidaten eintreten zu müssen, die sich klar und unzweideutig auf das Parteiprogramm — in dem Sinne natürlich wie die Jugendvereinigung es ausgelegt haben wollte — festlegten.

Dieser Programmstreit galt an erster Stelle dem Militärproblem.

1) Der alte sozialistische Jugendverband aus den 1890er Jahren war um die Jahrhundertwende ganz antiparlamentarisch und antimilitaristisch geworden. Dies führte 1903 zu einer vollständigen Spaltung zwischen dem Jugendverband und der schwedischen Arbeiterpartei und zur Bildung einer neuen, parteitreuen Jugendbewegung. Von ungefähr 1908—1909 ab beginnt auch diese, in ihrem Organ Sturmglocke (Stormklockan) unter Z. Høglunds Redaktion, eine zweckbewußte Kritik und Opposition gegen alle moderaten Tendenzen innerhalb der Parteileitung zu üben. Im Gegensatz aber zur alten Jugendbewegung war die neue weder syndikalistisch noch antiparlamentarisch. Auf der Grundlage der „Sturmglocken"-Politik der Jugendbewegung wurde 1912 — innerhalb der Partei — eine „Sozialdemokratische Linksvereinigung" gebildet mit dem Programm, die Partei zu radikalisieren und alle Tendenzen zum Moderatismus zu bekämpfen. Gegen diese neue Richtung nahm die offizielle Parteileitung von Anfang an eine scharfe, unversöhnliche Haltung ein.

demgegenüber 1908 von Parteiwegen eine Kompromißformulierung angenommen worden war, die man verschieden auslegen konnte, so daß beide Richtungen behaupten konnten, im Recht zu sein. Tatsächlich gab es in dieser Hinsicht innerhalb der Partei sehr tiefgehende Gegensätze. Der linke Flügel wünschte unbedingte Abrüstung, während sich auf der andern Seite stark verteidigungsfreudige Elemente befanden. BRANTING selbst und die Parteileitung hielten zwar nicht so weit rechts wie manche Mitglieder der Partei. Aber auch sie hatten sich ständig dazu bewegen lassen, neuen Ausdehnungen des Militärbudgets zuzustimmen, teils um die Zusammenarbeit mit den Liberalen zu retten, teils auf Grund der Überzeugung von der Notwendigkeit eines mehr oder minder starken Heereswesens. Vor 1914 war es mit großer Not gelungen eine Art Brücke über diese Gegensätze zu schlagen. Bei der zentralen Stellung, die Friedens- und Kriegsfragen während des Weltkrieges in der Politik einnehmen mußten, war es aber ganz unmöglich, sie länger zu verhüllen.

Ich habe bereits darauf hingewiesen, daß die aktivistische Bewegung im Laufe des Jahres 1915 um sich zu greifen begann und daß die führenden Persönlichkeiten des rechten Flügels der Sozialdemokratie — wie Professor STEFFEN — durch sie stark kompromittiert wurden. Infolgedessen begannen die Jugendbewegung und die „Sturmglocke" eine starke Agitation mit dem Ziele, diese Dissidenten aus der Partei auszuschließen, stießen jedoch dabei auf entschiedenen Widerstand einer Reihe von Einzelpersonen und Zeitungen vom äußersten rechten Flügel der Partei. Freiherr ERICH PALMSTIERNA ging in dieser Verteidigung STEFFENS und Genossen am weitesten. Das mußte natürlich die radikalen Elemente der Partei mit der Besorgnis erfüllen: ob und wieweit sie sich überhaupt auf die Partei als Ganzes verlassen könnten, namentlich wenn es die Frage nach Schwedens Eintritt in den Weltkrieg gelte. Unter solchen Umständen und in der Furcht vor dem immer mehr um sich greifenden Aktivismus begannen daher die Anhänger der Linken in der Partei für die Einberufung eines „Arbeiterfriedenskongresses" zu agitieren, dem hauptsächlich die Aufgabe zufallen sollte, einen Generalstreik gegen den Krieg zu organisieren und so auch die Bürgerlichen von einem aktivistischen Kriegsabenteuer abzuschrecken.

Von einem solchen Kongreß wollten aber weder BRANTING noch die Parteileitung etwas wissen. Die eifrige parlamentarische Zusammenarbeit mit den Liberalen hatte in ihnen ausgesprochene Abneigung gegen die Anwendung solcher unparlamentarischer Mittel gezeitigt. Sie zogen die kleinen parlamentarischen Resultate den großen Demonstrationen vor, sie waren „realistisch" und nicht „romantisch", und außerdem betrachteten sie die Kongreßpläne der radikalen Führer als einen Eingriff in den rechtmäßigen Zuständigkeitsbereich der Parteibureaukratie. Die Agitatoren für den Kongreß wollten in der Tat mit Hilfe ihres außerordentlichen Friedenskongresses auch einen allgemeinen Parteikongreß erzwingen. Denn sie hielten die Frage des Generalstreiks gegen den Krieg für so wichtig, daß sie von der höchsten demokratischen Parteiinstanz entschieden werden müsse.

Der von der Jugendvereinigung betriebene Arbeiterfriedenskongreß kam denn auch, trotz des Widerstandes der Parteileitung, im März 1916 zustande. Sowohl vor dessen Zusammentritt als auch nachher wurde von den beiden Richtungen eine heftige Polemik über alle möglichen konnexen kleinen und großen Probleme abgeführt. Die wichtigste Folge des Kongresses war indessen der politische Prozeß, den die Obrigkeit inszenierte, indem sie gegen Z. HØGLUND und ein paar andere Führer der Kongreßbewegung auf Grund ihrer antimilitaristischen und antiaktivistischen Kongreßreden, die Anklage wegen Landesverrat erhob[1]). Die Anklage, der harte Strafurteile folgten, war keine Einzelerscheinung, sondern nur ein Glied in dem systematischen, von der Regierung mit allen Mitteln und in allen Formen der polizeilichen und gerichtlichen Verfolgungen geführten Kampf[2]) gegen das Recht der freien Meinungsäußerung auf dem hier in

1) Charakteristisch für die Lage und nicht ohne Wert für die Einschätzung des Auftretens der Parteileitung ist es, daß sich unter den Angeklagten ein Mann wie Dr. ERIK HEDÉN befand, der nach seiner ganzen theoretischen Grundanschauung dem Rechtssozialismus am nächsten stand und später auch den Weg zu ihm zurück gefunden hat, der sich aber damals der Politik der „Sturmglocke" angeschlossen hatte, hauptsächlich aus Enttäuschung über das rücksichtslose Auftreten der Parteileitung.

2) Auch in Dänemark und besonders in Norwegen haben ähnliche Verfolgungen stattgefunden und es ist kein Zufall, daß sie gerade hauptsächlich gegen die antimilitaristische Agitation Platz griffen.

Betracht kommenden Gebiet, und die Linkssozialisten waren sehr erbittert darüber, daß BRANTING und die Parteileitung ihnen gegen diese Übergriffe der Obrigkeit nicht so kräftig beistanden, wie sie es ihrerseits mit Recht erwarten zu dürfen glaubten.

Es erübrigt sich hier auf alle die andern Punkte, um die der Kampf sich drehte, näher einzugehen: Anschluß der Jugendvereinigung an die Zimmerwald-Internationale; Bildung einer selbständigen Gruppe der Linken innerhalb der Reichstagsfraktion; unbedingte Forderung der offiziellen Parteileitung, daß die Radikalen sich den Mehrheitsbeschlüssen der Fraktion zu beugen hätten; Kampf der „Sturmglocke" gegen die rechtssozialistische Presse, hauptsächlich gegen „Social-Demokraten" und BRANTING; Entrüstung der Radikalen über die Weitherzigkeit der Partei in Zoll und Schulfragen, sowie in Frage der Geistesfreiheit. In Wirklichkeit aber ist das alles, so klein und unbedeutend es sich auch ausnehmen mag, ein Ausdruck für dieselbe tiefgehende Divergenz in der Auffassung dessen, was sozialistische Politik ist, wie wir sie sich in den folgenden Jahren zwischen den rechts- und linksorientierten Sozialisten fast aller europäischen Länder[1]) haben entwickeln sehen, und es ist ganz zwecklos, nun darüber zu diskutieren, welcher der beiden Streitteile in den verschiedenen Einzelfragen im Rechte war.

Die Parteileitung versuchte lange Zeit hindurch den Standpunkt zu vertreten, daß kein wirklicher Grund zum Streit vorhanden sei und daß dieser eigentlich zumeist durch sachlich ungerechtfertigte und böswillige Streitlust der Anhänger des Jugendverbands hervorgerufen sei. Allein diese Verhüllung der Wirklichkeit konnte nicht anhalten. Als der Jugendverband kurz nach dem Kongreß vom März 1916 eine eigene Zeitung „Politiken", in Stockholm begründete, in direkter Konkurrenz mit „Social-Demokraten", und als ungefähr zu gleicher Zeit die radikalen Mitglieder der sozialistischen Reichstagsfraktion sich zu einer eigenen Gruppe innerhalb der Partei zusammenschlossen,

1) Damit soll aber nicht gesagt sein, daß die Trennungslinien schon 1916 klar und logisch waren. Im Gegenteil, dem Linkssozialismus in Schweden schlossen sich damals mehrere Elemente an, von denen die nachherige Entwicklung zeigte, daß sie nicht dahin gehörten, und infolgedessen waren später innerhalb der Linken wieder mehrmalige Sezessionen unvermeidlich.

da antwortete die Parteileitung damit, daß sie im folgenden Jahre dem Parteikongreß vorschlug, die Leitung des Jugendverbandes aus der Partei für den Fall auszuschließen, daß sie sich nicht würde beugen und für die Zukunft geloben wollen, sich den organisationsmäßigen Beschlüssen der Partei und ihrer Ausschüsse zu fügen. Eine solche Unterwerfung auf Gnade und Ungnade hatte freilich wohl die Parteileitung selbst in Wirklichkeit gar nicht erwartet. Die Frage der Bildung einer neuen sozialistischen Linkspartei war in Tat und Wahrheit seit dem Frühling 1916 aktuell gewesen. Und da der Parteikongreß zu Beginn des Jahres 1917 sich rückhaltlos auf den Standpunkt der Parteileitung stellte, antworteten die Radikalen im Jugendverbande und in der Reichstagsgruppe damit, daß sie ein Komitee wählten, um die Bildung einer neuen Partei vorzubereiten. Auf einem konstituierenden Kongreß in Stockholm, vom 13.—16. Mai 1917, wurde so endlich „Schwedens Sozialdemokratische Linkspartei" gegründet.

Ungeachtet dessen, daß die neue Partei mit sehr großen organisatorischen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, gedieh sie doch im Verlauf des ersten Jahres ihres Bestandes schon ziemlich weit: bis zur Abhaltung des 2. Kongresses, in den ersten Junitagen 1918, hatten sich bereits über 500 linkssozialistische Parteisektionen im Lande gebildet, die Mitgliederzahl der Partei war auf ca. 20000 gestiegen und die Partei verfügte bereits über 9 Parteiblätter. Die Reichstagswahl im Herbst 1917 brachte ihr rund 60000 Stimmen. Die alte Partei behielt jedoch zweifelsohne ihre Überlegenheit. Die Wählerzahlen beweisen dies am besten. Denn den 60000 linkssozialistischen Stimmen standen 230000 rechtssozialistische gegenüber. Es bietet ein gewisses Interesse, die geographische Verteilung der Stimmen festzustellen: im südlichen Schweden — in Gøtaland — erhielten die Linkssozialisten weniger als 13 % der gesamten für sozialistische Kandidaten abgegebene Stimmen, in Mittelschweden — Svealand — weniger als 19 %, im nördlichen Teile, in Norrland dagegen über 50 %.

Fassen wir die Gesamtmasse der sozialistischen Wählerschaft ins Auge, so zeigt das Resultat von 1917 einen gewaltigen Fortschritt im Vergleich mit der chauvinistischen Wahl von 1914:

wir sehen, daß die Zahl der auf sozialistische Kandidaten entfallenen Stimmen von 220 000 auf 289 000 gestiegen war, denen 404 000 gesamtbürgerliche gegenüberstehen. Aber auch innerhalb der bürgerlichen Kreise macht sich ein Ruck nach Links bemerkbar. Denn die Rechte verlor gegenüber 1914 nicht weniger als 66 000 Stimmen, während die Liberalen 5500 gewannen, so daß nunmehr diese beiden Parteien ungefähr die gleiche Stärke aufwiesen.

Der Wahlausfall mußte natürlich einen Regierungswechsel nach sich ziehen. Das Kabinett der Rechten trat zurück, und da das Wahlresultat durch eine Verbindung der Liberalen mit den Sozialdemokraten herbeigeführt worden war, so mußte auch ein Teil der rechtssozialistischen Abgeordneten in eine Koalitionsregierung unter Leitung des liberalen Professors NILS EDÉN eintreten. BRANTING selbst blieb „aus Gesundheitsrücksichten" nur kurze Zeit in diesem Kabinett.

Der Kampf gegen das konservative Ministerium, das übrigens während seiner Amtszeit sich weitaus klüger und vorsichtiger gezeigt hatte als seine Partei, hatte wesentlich der Aufrechterhaltung strenger Neutralität während des Weltkriegs gegolten. Die Neutralität — möglicherweise mit einer gewissen Hinneigung zu den Westmächten — bildete daher den Hauptpunkt am Programm des Kabinetts EDÉN, und daneben nahm es die alte demokratische Forderung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts auf. Während des blutigen Kampfes zwischen der roten und weißen Armee in Finnland zu Beginn des Jahres 1918 wurde von konservativer und nationalistischer Seite eine gewaltige Agitation entfaltet, mit dem Ziele einer Intervention Schwedens auf Seite der weißen Armee. Doch gelang es trotzdem, das Land neutral zu erhalten. Das war in nicht geringem Grade den sozialistischen Mitgliedern der Regierung zu verdanken, mehr noch aber der starken Bewegung unter den organisierten Arbeitern. Die Wahlreform hiegegen scheiterte in der ordentlichen Reichstagssession von 1918 am Widerstand der Konservativen. Dieser Mißerfolg war indessen nur ein provisorischer. Nach der deutschen Novemberrevolution trat der Reichstag zu einer neuen, außerordentlichen Session zusammen, in der — unter dem Druck der revolutionären Stimmungswelle, die damals über die ganze

Welt ging — die Wahlrechtsreform zustandekam, und zwar in weit radikalerer Fassung, als die Liberalen sie ursprünglich geplant hatten (allgemeines, gleiches und für die zweite Kammer direktes, für die erste Kammer indirektes Stimmrecht für Männer und Frauen, das Wahlrecht für die erste Kammer an die Altersgrenze von 27, für die zweite von 23 Jahren geknüpft). Im Frühjahr 1919 wurde dann ferner ein Gesetz über den achtstündigen Arbeitstag beschlossen. Damit war das Arbeitsprogramm der Koalition durchgeführt. Ihr Lebensfaden war nun abgeschnitten. Sie brach aber formell erst ein Jahr später zusammen. Den Anlaß hierzu bot eine ziemlich untergeordnete Frage, nämlich der Gesetzentwurf über die Kommunalsteuerreform, den der sozialdemokratische Finanzminister THORSSON hatte ausarbeiten lassen.

Die städtische Steuer in Schweden war eine reine Einnahmesteuer ohne wirkliche Staffelung, die darum schwer auf Arbeitern, Beamten und anderen Festbesoldeten drückte, während sie die Bauern, Gutsbesitzer und anderen Grundeigentümer viel zu wenig belastete, indem diese nicht nach ihrem wirklichen, sondern nach einem angenommenen Einkommen von 6 % des Besitzwertes eingeschätzt wurden, wobei der letztere wieder im allgemeinen viel zu gering veranlagt war. Die Ungerechtigkeit dieser Steuerveranlagung steigerte sich während des Weltkriegs infolge der Wertzunahme sowohl der Ackerbauprodukte wie der Häuser u. dgl. bis zur Sinnlosigkeit. Daß eine Reform unvermeidlich sei, war also vollkommen klar. Allein die Liberalen wollten sich an einer solchen nur insoweit beteiligen, als durch sie den größten Ungerechtigkeiten abgeholfen würde, während die Sozialisten einer radikalen, zugunsten der Arbeiter und Kleinbürger, und einer progressiven Besteuerung von Kapital und Grundbesitz jeder Art das Wort sprachen. An dieser Meinungsverschiedenheit scheiterte die Koalition im März 1920 und BRANTING trat — gestützt auf den Beschluß eines kurz vorher stattgefundenen Parteitags — an die Spitze eines neuen, rein sozialistischen Ministeriums, trotzdem er in keiner der beiden Kammern über eine Mehrheit verfügte.

Das Programm der neuen Regierung umfaßte neben der Kommunalsteuerreform die Lösung der Wohnungsfrage in den

Städten, sowie die Ausarbeitung eines Sozialisierungsplans, speziell zur Sozialisierung der Industrie. Die einschlägigen Regierungsentwürfe wurden dem Reichstag sehr bald vorgelegt. Da aber das Ministerium keine Majorität hinter sich hatte, konnte es nicht erwarten, sie angenommen zu sehen. Die Herabsetzung der Militärdienstzeit wurde allerdings mit Unterstützung eines Teils der bürgerlichen Pazifisten beschlossen, in bezug auf wirklich sozialistische Reformen konnte aber BRANTINGS Regierung nicht viel erreichen, und außerdem vermochte sie — Dank dem Widerstand durch den größten Teil des Beamtenkörpers — keine ernstere Demokratisierung der Verwaltung durchzusetzen. Ihre Machtlosigkeit war also die gleiche wie die der mehrheitssozialistischen Regierungen in Deutschland nach der Revolution vom November 1918.

So gering die Errungenschaften der BRANTINGschen Koalitionspolitik waren, so groß war andererseits der Schaden, der durch sie der sozialistischen Agitationsarbeit erwuchs, und durch die Abschwächung der revolutionären Gesinnung, die in einem großen Teil der schwedischen Arbeiterklasse durch sie gezeitigt wurde. Der Kampf der Linkssozialisten gegen die alte Partei nach dem Bruch von 1917 erscheint offenbar ebenso gerechtfertigt wie vorher. Noch mehr Verschärfung als durch die inneren Verhältnisse erfuhr er durch die internationale Lage. Die Linkssozialisten schlossen sich der Moskauer Internationale an. BRANTING und seine Partei dagegen verharrten bei ihrer einseitigen ententefreundlichen Politik. Mochte man diese Haltung während des Krieges erklärlich gefunden und geglaubt haben, sie in gewissem Grade aus dem Gegensatz gegen die schwedische deutschfreundliche Oberklasse heraus verteidigen zu können, so erschien doch die Lage nach der russischen Revolution von 1917 und nach der deutschen Niederlage von 1918 ganz verändert. Die imperialistische Unterdrückung Deutschlands durch die Entente und der erbitterte Kampf der letzteren gegen die russische Sowjetrepublik stellte sich offensichtlich als reine und unverfälschte Klassenpolitik dar. Das hinderte BRANTING und seine Partei nicht, nach wie vor bei ihren Sympathien für die Entente zu verharren. Den konsequent sozialistisch denkenden Radikalen mußte das aber schlechthin ebenso antisozialistisch erscheinen, wie die ausgeprägt

feindliche Stellungnahme der Rechtssozialisten der russischen Revolution gegenüber. Zu einer weiteren Verschiebung der Machtverhältnisse innerhalb der Bevölkerung Schwedens nach links hat das aber nicht geführt. Daß die Anhängerschaft der Linken nicht weiter anwuchs, hat mehrfache Gründe. Vor allem sei der Streitigkeiten innerhalb der Linkspartei selbst und der erbitterten Kämpfe gegen die Syndikalisten gedacht, durch die ein Mann wie Bürgermeister LINDHAGEN zum Austritt veranlaßt wurde. Dazu ist aber auch in Anschlag zu bringen die Stärke, die eine alte wohlorganisierte Partei mit großen Traditionen, tüchtigen Führern, einer starken Presse usw. im Vergleich mit einer neu aufstrebenden besitzt. Noch Ende 1919 zählte die linkssozialistische Partei weniger als 24000 Mitglieder und bei der Reichstagswahl von 1920 wurde ihre Stimmenzahl gegenüber derjenigen von 1917 bedeutend reduziert.

Eine Erklärung für den Wahlausfall im Jahre 1920 darf übrigens nicht allein in der linkssozialistischen Partei selbst gesucht werden. Die 1920er Wahlen kennzeichnen sich nämlich im ganzen betrachtet als starke Reaktion gegen die von 1917. Auf der ganzen Linie war ein Zuwachs zugunsten der konservativen Parteien auf Kosten aller Linksgruppen bis auf die Liberalen [1]) zu bemerken. Eine Erscheinung, die sich nicht einzig auf Schweden beschränkt hat. Wir begegnen ihr vielmehr überall in Europa in verschiedenen Formen und im Zusammenhang mit der sowohl politisch als ökonomisch vollständig veränderten Weltlage.

In ökonomischer Hinsicht ist besonders die Feststellung wichtig, daß die wilden Spekulationen der Kriegszeit nun im großen und ganzen abgeflaut waren und daß die schlechten Konjunkturen sich zu melden begannen. Zugleich war es — wie wir noch sehen werden — den Arbeitern gelungen, ihre Löhne

1) Es verloren die:

Liberalen	58000 Stimmen	und 15	Mandate,
Sozialdemokraten . .	36000 „	„ 10	„
Linkssozialisten . .	17000 „	„ 4	„

während die Konservativen 29 Mandate und 32000 Stimmen gewannen. Fast der ganze Zuwachs der konservativen Stimmen entfiel auf die Bauernparteien, die eigentliche Rechte hielt sich fast unverändert.

so hoch zu bringen, daß sie in gewisser Weise einen Ausgleich gegen die Teuerung boten. Angesichts der jetzt zutage tretenden Zuspitzung der ökonomischen Verhältnisse bestand einerseits keine Aussicht für die Arbeiter auf weiteren erheblichen Lohnzuwachs, während die Kapitalisten andererseits sich noch nicht zu einer Offensive mit dem Ziele der Lohnreduktion gesammelt hatten — einer Offensive, die ernstlich erst zu Anfang des Jahres 1921 eintritt. Das Interesse für gewerkschaftliche Maßnahmen und andere Klassenkampfbewegungen war demgemäß im letzten Halbjahr 1920 sehr schwach. Eine besondere Schwäche der Linkssozialisten war ferner von Anfang ihrer Bewegung an gewesen, daß sie keinen Einfluß auf die Gewerkschaften hatte. Erst 1919 begannen sie eine systematische Arbeit zu deren Revolutionierung. Das geschah aber in Wirklichkeit zu spät, als daß sie noch innerhalb der Gewerkschaften Einfluß hätten gewinnen können, bevor der Niedergang ernstlich einsetzte. Die wirklich radikalen Elemente in der Gewerkschaftsbewegung sahen mit Mißtrauen auf die schwache politische Stellung der Linkssozialisten und auf ihre früher den Gewerkschaften bewiesene Gleichgültigkeit. Sie fühlten sich daher viel mehr von den syndikalistischen und anderen antiparlamentarischen Ideenströmungen angezogen. Eine Ursache der Schwierigkeiten für die schwedischen Linkssozialisten, auf die eigentlichen Arbeitermassen Einfluß zu gewinnen, ist endlich auch darin zu suchen, daß sie in ihrem Eifer für die dritte Internationale und im Gefühl ihrer eigenen Schwäche sich zu sehr den russischen Bolschewisten angeschlossen und parallel dazu die tagespolitische Arbeit im eigenen Lande versäumt haben.

Ein bedeutend anderes Bild bietet die Entwicklung in Norwegen. Hier ist es dem revolutionären Zweig der Arbeiterbewegung in weit höherem Grade als in Schweden gelungen, Einfluß auf die Massen zu gewinnen und eine wirkliche Massenbewegung hervorzurufen. Er verdankt das letzten Endes nicht allein dem Umstand, daß er im Gegensatz zu Schweden, nicht allein fest in der Jugendbewegung, sondern in gewiß nicht geringerem Maße auch in der Gewerkschaftsopposition wurzelt. Die Revolutionierung der norwegischen Arbeiterbewegung hat sich auf politischem und gewerkschaftlichem Gebiete parallel ent-

wickelt, und zwar auf jenem etwas schneller als auf dem gewerkschaftlichen. Mit voller Bewußtheit hat der radikale Flügel seit 1911—12 darauf hingearbeitet, die Bewegung von innen heraus zu radikalisieren und sich zu keiner Spaltung treiben zu lassen. Infolgedessen konnte man nicht bloß erwarten, einmal den ganzen Partei- und Organisationsapparat zu erobern, sondern — was viel wesentlicher war — man riskierte nicht, den Einfluß auf die Massen zu verlieren.

Ob eine ähnliche Politik in Schweden oder Dänemark möglich gewesen wäre, mag zweifelhaft sein. Sicher ist jedenfalls, daß mancherlei Umstände — abgesehen von den bereits betonten ökonomischen und sozialen Unterschieden — sie in Norwegen weit mehr erleichterte als in einem der beiden andern Länder. An erster Stelle kommt hier die stärkere Dezentralisation und im Zusammenhang damit der ausgesprochener demokratische Charakter der Bewegung in Betracht. Wir haben schon erwähnt, wie sich das in der Organisation der Presse geltend macht und wie das einer gesunden und fruchtbaren Kritik innerhalb der Bewegung Eingang verschafft hat, und das ist vielleicht das Wichtigste. Aber es ist auch nicht ohne Bedeutung, daß — namentlich in den letzten 4—5 Jahren — der politische Kurs von den jährlichen Landesparteiversammlungen[1]) bestimmt worden ist, auf denen die Macht bei den gewählten Vertretern und nicht bei professionellen Vertrauensmännern oder einer festen Zentralleitung liegt. Auch die Nominierung der Reichstagskandidaten ist in Norwegen — im Gegensatz zu Dänemark — demokratisch und dezentralisiert geordnet, indem sie gänzlich den Lokalorganisationen überlassen bleibt, wie es denn überhaupt die norwegische Bewegung charakterisiert, daß sie nie davor zurückgeschreckt ist, ihre Führer zu wechseln, wenn deren Anschauungen nicht mehr mit denen der Mehrzahl in den einzelnen Organisationen übereinstimmten. Man findet daher in Norwegen einen viel größeren Wechsel[2]) in den führenden Persönlichkeiten als in Dänemark

1) Von 1887—1904 wurden jährlich Landesparteitage abgehalten. Nachher sollten die L. nur jedes Jahr stattfinden. Von 1911 an aber begann man außerordentliche Landesparteitage einzuberufen, und seit 1917 ist tatsächlich jedes Jahr eine Landesversammlung abgehalten worden.

2) Es ist nicht ohne Interesse darauf hinzuweisen, daß dieser Wechsel weit mehr in der politischen als in der gewerkschaftlichen Bewegung her-

oder Schweden, wo man solange als möglich an den einmal erprobten alten Führern festhält. Trotz dieses Wechsels hat man es jedoch auch in Norwegen erlebt, daß der größte Teil der Reichstagsabgeordneten der alten Richtung angehörten, während sowohl die Landesparteitage als auch die Mehrzahl der Lokalpresse zu der neuen übergingen. Es entwickelte sich daher mehrere Jahre hindurch ein gewisser Gegensatz zwischen der Majorität der Reichstagsfraktion und der Parteileitung.

Das ist soweit nicht unnatürlich, als man bei Aufstellung der Reichstagskandidaten stets zu einem gewissen Opportunismus im Hinblick darauf geneigt sein wird, wer Aussicht hat, die meisten Wählerstimmen auf sich zu vereinigen, was in der Regel für die Abgeordneten auf dem gemäßigtsten Flügel der sozialistischen Partei gelten wird. Dazu kommt noch, daß bei einer so rasch sich abspielenden Entwicklung wie in Norwegen seit 1917, die 1918 aufgestellten Abgeordneten — die großenteils auch dieselben waren wie bei früheren Wahlen — sehr oft hinter der Entwicklung von 1919 und 1920 zurückblieben. Endlich zeitigt auch das Wesen der parlamentarischen Arbeit selbst eine Tendenz zum Opportunismus und eine Neigung zu Kompromissen.

Zum Verständnis des Unterschieds zwischen der norwegischen und der dänischen Arbeiterbewegung ist es auch wertvoll, die verschiedenartige Stellung der Akademiker in den beiden Ländern hervorzuheben. In der dänischen Arbeiterbewegung haben eigentliche Akademiker nur wenig Bedeutung gehabt. Der Redakteur des Sozialdemokraten, BORGBIERG, ist zwar — wie einzelne andere Führer — Akademiker, hat aber seine Studien nie beendet, und von Akademikern im eigentlichen Sinne haben wirklich nur der Historiker GUSTAV BANG (1871 bis 1915) und dessen Gattin NINA BANG eine nennenswerte Rolle gespielt. In der norwegischen Arbeiterpartei dagegen haben, von den Zeiten des Advokaten LUDWIG MEYER und des Arztes OSKAR NISSEN an und seit den 80er und 90er Jahren die Akademiker einen wichtigen Bestandteil gebildet; und besonders seit

vortrat: teils weil hier die praktische Tüchtigkeit als wesentlicher angesehen wurde als politische und soziale Anschauungen, teils weil die Führerstellungen hier auch ökonomische Lebensstellungen sind und daher weit schwieriger neubesetzt werden können.

der Jahrhundertwende hat namentlich im Kampf für oder wider die „neue Richtung“ eine große Schar von Akademikern in erster Reihe gestanden. Das ist nicht so zu verstehen, als ob sie gleichsam die Bewegung beherrscht hätten: die ausschlaggebende Macht hat immer bei der Arbeiterklasse selbst und den ihr entstammenden Führern gelegen. Aber die Akademiker haben der norwegischen Arbeiterbewegung einen theoretischen Einschlag und eine Neigung zur Konsequenz gegeben, die ganz verschieden ist von dem empiristisch-opportunistischen Charakter der dänischen Arbeiterbewegung, innerhalb deren es hauptsächlich die Gewerkschaftler sind, welche der Bewegung das Gepräge gegeben haben[1]).

In der norwegischen Politik lagen bei Kriegsausbruch 1914 weder große bürgerliche Reformprobleme noch irgendeine aktivistische Gefahr vor, die die Sozialdemokratie zu einer Burgfriedenspolitik oder zu einer Allianz mit der bürgerlichen Linken hätte bewegen können. Auf der andern Seite aber waren sowohl die Reichstagsfraktion als auch die Parteileitung ängstlich bemüht, es zu keinem vollständigen Bruch mit den herrschenden bürgerlichen Parteien kommen zu lassen. Sie waren von der Anschauung beherrscht, daß im Falle eines Kampfs um die Macht in der Gesellschaft die Arbeiter eine Niederlage erleiden müßten. Ihre Haltung gegenüber den durch den Krieg aktuell gewordenen Fragen der Abrüstung und der Teuerung, war daher eine sehr vorsichtige. Sie wollten ihre Arbeit zur Gewinnung der Mehrheit der Bevölkerung fortsetzen, sich aber nicht auf Kampfmittel, wie Militärstreik oder andere Massenaktionen, einlassen. Die Opposition innerhalb der Bewegung war zwar auch für die Fortsetzung der parlamentarischen Arbeit — sie war insofern nicht syndikalistisch, wie ihre Gegner sie beschuldigten —, aber sie glaubte, daß man nicht mit parlamentarischen Mitteln allein auskommen könne. Sie wollte daher von zwei Seiten vorgehen: von der des Parlamentarismus und der direkten Masseaktion. Zugleich

1) In Schweden haben die Akademiker im ganzen die gleiche bedeutsame Rolle gespielt wie in Norwegen. Die Lage ist aber dort insofern eine ganz andere, als ein einzelner Mann, HJALMAR BRANTING, in einem Maße herrschenden Einfluß errungen hat, wie keine Einzelpersönlichkeit in Dänemark oder Norwegen.

trat sie seit 1915 für den direkten Anschluß an die internationale Zimmerwald-Bewegung ein.

Die norwegische Arbeiterpartei hatte sich stets zu einem schärfern Antimilitarismus bekannt als die beiden andern skandinavischen Parteien. Ihr lag daher ein Anschluß an Zimmerwald bedeutend näher als der schwedischen oder dänischen Partei. Der Parteiausschuß beschloß auch 1916 dem Anschluß an die Zimmerwald-Prinzipien Ausdruck zu geben, die Zentralleitung aber realisierte nicht die Verbindung mit den neuen Organisationen und lehnte 1917 gleichermaßen die Einladung zur Teilnahme an einem Zimmerwald-Kongreß in Stockholm ab. Der Gegensatz zwischen der Mehrheit der Zentralleitung[1]) und der Opposition vergrößerte sich daher ständig und in derselben Richtung wirkte auch die Haltung der Partei in den Teuerungsfragen. Im Frühjahr 1917 war die Teuerung so gestiegen, daß sich die Arbeiter nicht länger mehr mit der Passivität abfinden konnten. Die Höchstpreisepolitik der Regierung hatte Fiasko erlitten, und im Mai kam es zu großen, spontanen Kundgebungen vor dem Reichstag. Gleichzeitig überreichte die Generalversammlung der Vertreterschaft der gewerkschaftlichen Landesorganisation, der Vorstand der Arbeiterpartei und die sozialdemokratische Reichstagsfraktion der Regierung eine Denkschrift, die teils eine Reihe konkreter finanzieller und ökonomischer Forderungen aufstellte, teils „die Einführung einer gesellschaftsmäßigen Ordnung der Produktion, der Einfuhr und des Umsatzes des zum Leben Notwendigen verlangte, sowie einen Zuschuß aus öffentlichen Mitteln, um die Warenpreise mit der Kaufkraft der Verbraucher in Übereinstimmung zu bringen." Am 6. Juni 1917 fand sodann zugunsten dieser Forderung eine gewaltige Demonstration, unter Niederlegung der Arbeit fast im ganzen Lande statt. Sie hatte auch insoferne sofortigen Erfolg, als die Regierung am 29. Juni mit einem Gesetzentwurf hervortrat, nach dem ihr für das kommende Rechnungsjahr 84 Millionen Kronen für Maßnahmen gegen die Teuerung bewilligt wurden. Auf die prinzipiellen Forderungen der Arbeiterschaft nahm sie indessen keine Rücksicht. Nichts-

1) In Norwegen war die Opposition so stark, daß sie ihre Vertreter sogar in der Zentralleitung hatte, vor allen andern den Mann, der 1918 an die Spitze der Partei trat, den kürzlich verstorbenen KYRRE GREPP.

destoweniger beschlossen die Arbeiterpartei und das Sekretariat der Landesorganisationen, sich mit dem kleinen Teilerfolg zufrieden zu geben und nichts Positives zur Durchsetzung der gestellten Forderungen zu unternehmen.

Die Folgen dieser Taktik blieben nicht aus. Von dem Augenblick dieses Zurückweichens an gewinnt die Opposition ständig an Boden und kommt das stetig steigende Mißtrauen der Arbeiterschaft in ihre Führer überall in der Lokalpresse, sowie auf örtlichen Versammlungen zu scharfem Ausdruck. Eine noch weitere Radikalisierung trat — hier wie anderwärts — ein, als im Herbst desselben Jahres die russische Arbeiterrevolution ausbrach, und im Laufe des Winters von 1917 auf 1918 führte die allgemeine Gärung zur Bildung von Arbeiterräten rings im Lande, sowie teilweise zur Bildung auch von Soldatenräten. Die Wahlen zum Landesparteitag, der vom 29. März bis zum 1. April 1918 in Kristiania abgehalten wurde, lehrten gleichfalls unzweideutig, daß die alte Leitung das Vertrauen der Arbeiter verloren hatte. Auf ihm wurde eine prinzipielle Kundgebung des Inhalts beschlossen: daß die Arbeiterpartei sich neben ihrer parlamentarischen Arbeit „das Recht vorbehalte, im Kampf für die ökonomische Befreiung der Arbeiterklasse, revolutionäre Massenaktionen anzuwenden" und daß sie „mit Freude die Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten begrüßte". Die alte Parteileitung trat zurück und Männer der neuen Richtung, mit Kyrre Grepp und Tranmael an der Spitze, übernahmen die Führung.

Die folgenden Landesparteikongresse von 1919, 1920 und 1921, haben diesen Sieg der neuen Richtung nur noch befestigt, und von Parteitag zu Parteitag ist die Mehrheit der neuen Richtung gewachsen. Die Politik der norwegischen Arbeiterpartei hat zur Grundlage das Rätesystem, die Diktatur des Proletariats und die revolutionäre Massenaktion. 1919 beschloß die Partei, sich der Dritten Internationale anzuschließen, und sie verharrte auf diesem Standpunkt, auch nachdem die vom 2. Kongreß der Dritten Internationale 1920 beschlossenen 21 Punkte veröffentlicht worden waren und zu einer tiefgehenden Bewegung und Aussprache innerhalb der Bewegung geführt hatten.

Nach der Niederlage von 1918 mochten die alten Führer immerhin noch auf einen Rückschlag zu ihren Gunsten hoffen.

Angesichts der tatsächlichen Entwicklung jedoch blieb ihnen — wollten sie nicht überhaupt vollständig aus dem politischen Leben verschwinden — nichts anderes übrig, als an die Begründung einer neuen rechtssozialistischen Partei zu schreiten. Willkommenen Anlaß gaben die 21 Moskauer Thesen und die durch sie hervorgerufene gewaltige Hetze gegen die neuen Führer der Arbeiterpartei. Anfang 1921 war denn auch die neue Parteibildung eine vollzogene Tatsache. Einen Maßstab zur Beurteilung der relativen Stärke der beiden Parteien bieten die Reichstagswahlen vom Herbst 1921, welche der alten — kommunistischen — Partei ca. 192000 Stimmen brachten, während diese neue, rechtssozialistische Partei nur rund 80000 zählte [1]).

Man sieht, die norwegische und die schwedische Arbeiterpartei haben beide im Laufe der letzten 7 Jahre eine wirklich bewegte innere Geschichte gehabt. Dagegen läßt sich gleiches von der dänischen nicht sagen. Die dänische Sozialdemokratie hat die ganze Zeit über eine konsequente, und im ganzen auch sehr tüchtige, reformistische und opportunistische Politik geführt, in enger Verbindung mit den bürgerlichen Radikalen [2]). Diese letzteren, die von 1913—1920 die Macht innehatten, neigten etwas stärker nach links als die entsprechenden Parteien in Norwegen und Schweden, die Sozialdemokratie dementsprechend etwas mehr nach rechts, und der Unterschied zwischen diesen und jenen ist daher in mancher Hinsicht verhältnismäßig geringer als in Norwegen und Schweden. So ist es denn zu einer Reihe ziemlich bedeutungsvoller bürgerlicher politischer Reformen gekommen, und die radikale Opposition, die sich innerhalb der Sozialdemokratie bemerkbar machte, wurde mit harter Faust niedergehalten. Sie spaltete sich übrigens außerdem selbst in mehrere Richtungen [3]).

1) In Wirklichkeit aber sind die Rechtssozialisten bedeutend schwächer als diese Ziffern ausdrücken, da unter ihren Wählern ziemlich viele halbbürgerliche Elemente sich befinden dürften, während die Kommunisten tatsächlich eine proletarische Partei bilden. Die Wahlstatistik ist aber noch nicht so bearbeitet, daß man sich darüber mit voller Sicherheit aussprechen könnte.

2) Von September 1916 bis März 1920 saß der Führer der Sozialdemokratie, STAUNING, als Minister im bürgerlichen Kabinett ZAHLE.

3) Über die Geschichte der dänischen Sozialdemokratie während des Weltkrieges liegt eine ausführliche Darstellung in einer großen zweibändigen

Erst auf einer Konferenz in Fridericia vom 9. November 1919 ist es geglückt, diese widerstreitenden Richtungen in der „dänischen linkssozialistischen" — oder wie sie jetzt heißt — „kommunistischen Partei" zu sammeln. Vorläufig steht indessen diese neue Partei im Kampf mit syndikalistischen Bestrebungen unter den Arbeitern, und es ist ihr nicht gelungen, es zu einer wirklichen Machtstellung innerhalb der dänischen Arbeiterklasse zu bringen.

Kennzeichnend für diese während der letzten Jahre, und zweifellos bedingt durch die Schwäche der linksorientierten Elemente und den reingezüchteten Reformismus der Führer ist, daß inzwischen syndikalistische Tendenzen in der Arbeiterschaft stärker hervortreten als in Norwegen und Schweden. Besonders unruhig war das Jahr zwischen dem Frühling 1919 und 1920. Die Führer der Gewerkschaften hatten damals in hohem Maße die Herrschaft über die Arbeiter verloren, und namentlich im Baugewerbe und unter den Hafenarbeitern Kopenhagens kam es zu umfassenden Streikbewegungen syndikalistischen Charakters.

Eine wirklich fundierte historische Würdigung der während des Kriegs und seither in der ökonomischen Lage der Arbeiter eingetretenen Änderungen, läßt sich jetzt unmöglich für irgendeines der drei Länder geben. Immerhin, einige Hauptlinien liegen ganz klar vor uns. In der ersten Kriegsperiode und bis 1918 wuchs die Teuerung zweifellos bedeutend rascher als das Lohnniveau. Die ökonomische Lage der Arbeiter verschlimmerte sich daher in dieser Zeit zusehends. Von 1918 bis 1920 glückte es indessen den Arbeiterorganisationen durch energische, gewerkschaftliche und politische Aktionen, die Löhne so hinauf- und die Arbeitszeit so herunterzudrücken, daß ihre Lage im Vergleich mit der Periode unmittelbar vor dem Krieg sich bedeutend hob [1]).

Jubiläumsschrift von WIINBLAD und ALSING ANDERSEN vor (Kopenhagen 1921). Dieselbe schildert aber die Bewegung nur in ihren äußeren Umrissen, ohne geschichtliche Perspektive, und ohne sie politisch zu würdigen, wie sie denn auch nicht bloß ihren ökonomischen und sozialen Hintergrund ganz unbeachtet läßt, sondern vollständig die Existenz einer Opposition übergeht. Kurzum, sie ist lediglich eine offiziöse Parteiverherrlichung.

1) Exakte, zahlenmäßige Belege für diese Bewegung können allerdings nicht gegeben werden. Für Dänemark ist der Stoff am besten behandelt, in einer interessanten Abhandlung von Direktor JAK. R. LINDBERG: Lohnver-

Das gilt in der Hauptsache für alle drei Länder: nicht nur für Norwegen und Schweden, wo der Krieg eine gewaltige Zunahme der Nachfrage nach Arbeitskraft geschaffen hatte, sondern auch für Dänemark, wo er, wie erwähnt, Arbeitslosigkeit mit sich brachte. Man ist daher zum Schluß berechtigt, daß hierbei allgemeine politische Umstände, wie die Revolutionen in Rußland und Deutschland, mindestens ebenso wirksam waren wie direkt ökonomische.

Der Höhepunkt des Lohnniveaus wurde im Sommer 1920 erreicht. Am deutlichsten trat dies auf norwegischem Boden in einer Reihe bedeutsamer Schiedsgerichtsurteile zutage. Gerade vom Sommer 1920 an jedoch beginnt sich die weltökonomische Krise geltend zu machen und in ihrem Gefolge eine seit dem Beginn 1921 ständig wachsende Arbeitslosigkeit. Am härtesten erscheint Dänemark betroffen, am leichtesten vorläufig Norwegen, während Schweden hier, wie in andern Fällen, eine Mittelstellung einnimmt. In Dänemark berechnete man im Februar 1921 die Zahl der Arbeitslosen auf 70000, in Schweden, trotz seiner ungefähr doppelten Bevölkerung, auf 60000 und in Norwegen, dessen Bevölkerung nur um weniges geringer ist als die dänische, auf 25000. In dieser Lage gingen die Arbeitgeber zum Angriff auf die neuen Löhne der Arbeiter über: zuerst in Dänemark, dann in Schweden, und in diesen beiden Ländern fielen die Arbeiterorganisationen kampflos zurück. Als aber die Unternehmeroffensive auch in Norwegen einsetzte, wo die neue Richtung nicht allein die Partei erobert, sondern auch bedeutenden Einfluß innerhalb der Gewerkschaftsbewegung gewonnen hatte, beschloß die Gewerkschaftsleitung, sich nicht ohne weiteres zu unterwerfen. Im Juni kam es zum großen Streik. Allein das Endresultat war auch hier die Herabsetzung der Löhne, wenn sie auch hinter dem von den Arbeitgebern angestrebten Ausmaß zurückblieb.

---

schiebungen in Dänemark (Nationalökon. Zeitschrift 1921, S. 289—319). Mit vollem Recht weist LINDBERG darauf hin, daß der Gewinn, den die dänische Arbeiterklasse von 1919—1920 hatte, nicht annähernd den Verlust deckt, den sie 1914—1918 erlitten hat. Die Bewegung, die er schildert, gilt unzweifelhaft auch für Norwegen und Schweden, wenngleich natürlich die Zahlen da auch andere sind.

Die Tendenz zur Senkung der Arbeitslöhne hat sich inzwischen in den drei Ländern verstärkt, und die Arbeitgeber sind auch bereits zum Angriff auf den Achtstundentag übergegangen; ferner auf die Arbeiterurlaube und auf andere Errungenschaften in den letzten Jahren. Wir befinden uns gegenwärtig mitten in dieser Phase des Niederganges. Ihre Bedeutung oder ihre Aussichten zu würdigen kann natürlich nicht Gegenstand einer geschichtlichen Darstellung sein. Man geriete sonst aus der Geschichte in die Tagespolitik.

Londoner deutsche kommunistische Diskussionen, 1845.

Nach dem Protokollbuch des C.A.B.V.

Von

Max Nettlau (Wien).

Die Untersuchungen über die Entstehung des „Manifests der kommunistischen Partei“ [1]) führten zum Rundschreiben vom November 1846 zurück. Eigentlich geht die Frage auf die ersten Anfänge des deutschen Kommunismus zurück, da den ersten Anhängern dieser Idee, als sie sich als Bund der Gerechten neu konstituierten, naturgemäß daran lag, ihren Standpunkt richtig und wirkungsvoll formuliert zu sehen. Je weiter sich der Kommunismus von der wirklichen Gesellschaft in seinen Aspirationen entfernte und je isolierter seine Anhänger waren, denen damals über frühere und gleichzeitige ähnliche Bemühungen noch sehr wenig bekannt war [2]), desto dringender war die Klarlegung seiner Durchführungsmöglichkeiten und des Verhältnisses der Kommunisten zu verwandten, indifferenten und feindlichen Richtungen. Da sich der erste literarische Vertreter des damaligen Sozialismus, Dr. Theodor Schuster (1835), nicht weiter beteiligte, resp. dem engeren Kommunismus nicht anschloß, war man auf die eigenen ungeübten Kräfte beschränkt, und hier trat Weitling hervor, dem die erste Formulierung der Ideen anvertraut wurde. „Nachdem die deutsche republikanische Partei in Paris — erzählt

1) Vgl. Neue Zeit, XXXVII/2 (1919), 131/38; Vorwärts (Berlin), 24. VII. 1919; Die Londoner Kommunistische Zeitschrift usw., in diesem Archiv IX, 249/341 (auch als Sonderausgabe: N. F., Heft 5 der „Hauptwerke d. Sozialismus u. d. Sozialpolitik“, Leipzig 1921).

2) Weitling, der zu seinen ersten Ideen „über die Notwendigkeit der Gemeinschaft und über die Abschaffung des Geldes“ 1834 in Wien nach halbjährigem Nachdenken gelangte, schildert die Unbekanntschaft mit allem früheren Kommunismus außer dem in der Bibel, mit Babeuf und Buonarroti, mit Fourier (bis 1838) usw. (Republik der Arbeiter, Februar 1851, S. 40); er trat 1835 dem Bund der Geächteten bei (Ebda S. 18).

WEITLING[1]) — vom Jahr 1837 an aus ihrer Mitte durch mündliche und autographische Propaganda für das Prinzip der Gütergemeinschaft bearbeitet und teilweise dafür gewonnen worden war, wurde an eine Kommission derselben von mehreren Seiten das Verlangen gestellt, man möge etwas drucken lassen, das die Möglichkeit der Gütergemeinschaft beweise ... Aus obigem Verlangen der Freunde und Gegner des Prinzips der Gemeinschaft ging eine von der Kommission geprüfte und darin von WEISSENBACH und HOFFMANN warm unterstützte kleine Broschüre hervor: Die Menschheit wie sie ist und sein sollte. Sie erschien zu Ende des Jahres 1838 in Paris und wurde in 2000 Exemplaren verbreitet[2]).“ Diese Schrift ist also sozusagen das erste deutsche kommunistische Manifest.

In den folgenden Jahren entwickelten sich WEITLING und ein Teil der geistigen Führer dieses Kommunistenkreises jedenfalls etwas divergierend, indem WEITLING immer mehr zum Systemmacher wurde und sich in seinen persönlichen Ideenkreis einspann, während die erwähnten anderen, durch ihre intensivere Teilnahme an den revolutionären Bewegungen bald von Paris nach London getrieben, einen weiteren Gesichtskreis erlangten. Sie übersahen dort die modernen Verhältnisse und die allseitigen sozialistischen und Arbeiterbemühungen jener Zeit ganz anders als WEITLING, der sich in den kleinen Schweizer Städten und Vereinen utopistisch auslebte und praktisch betätigte. Zuletzt trennten ihn über 14 Monate Gefängnis und Internierung (Juni 1843—August 1844) ganz von der Bewegung, die ihn dann in London glänzend empfing[3]), aber doch bald, wenn nicht schon

1) Ebda, 21. II. 1852.

2) Ebda, 12. VII. 1851 heißt es: 1838 wurde WEITLING von der Zentralbehörde der Verbindung, der er seit kurzem angehörte, „der Auftrag: die Möglichkeit der Gütergemeinschaft durch eine Schrift zu veranschaulichen, weil die Mitglieder eine solche Schrift verlangten“; er hatte einen Mitbewerber, aber die Zentralbehörde war einstimmig für seine erwähnte Schrift. — Ich schrieb nur, (ebda, Febr. 1851, S. 40) „weil ich dazu von einer Kommission infolge meiner Ansichten aufgefordert wurde.“ — Nach weiteren Angaben WEITLINGS erschien davon eine zweite Ausgabe, durch buchhändlerischen Nachdruck, und eine weitere Ausgabe 1846, ferner 1840 eine ungarische Übersetzung.

3) Eine mir selbst nicht zugängliche Schrift hierüber ist: Account of the Rise, Progress and Present Position of German Communism, with a

längst, kritisch betrachtete. Die kleine englische kommunistische Bewegung im engsten Sinn war damals bereits erloschen[1]), aber die WEITLING begrüßende Versammlung, wie die vom 22. IX. 1845, an der er teilnahm, zeigen die Londoner Vereine (Deutsche und Franzosen) in freundlichem Kontakt mit den großen owenistischen und chartistischen Richtungen.

Wenn auch die Vereinsprotokolle von 1844 nicht bekannt sind[2]), so läßt sich doch erschließen, daß nach WEITLINGS Ankunft Auseinandersetzungen stattfanden, die schließlich durch eine Durchsprechung des ganzen das Wesen, die Verbreitungs- und Durchführungsmöglichkeiten des Kommunismus umfassenden Gegenstandes entschieden werden sollten, zu der WEITLING das Programm entwarf. Diese Diskussion liegt in den Protokollen (Februar 1845—Januar 1846) vor, wenn auch sehr ungleichmäßig berichtet und fast immer ohne Angabe der von der Versammlung schließlich angenommenen Antwort auf die Fragen. Ihr Verlauf war für WEITLING ungünstig, der für seine engeren Ansichten keine Würdigung fand. Die Diskussionen wurden zuletzt abgebrochen, nachdem WEITLING schon vorher zwei Monate fernblieb und nur in der letzten Diskussion (7. I. 46) noch einmal erschien. Ob dieser Mißerfolg ihn veranlaßte, nach Brüssel zu gehen, wo er eigentlich nichts zu suchen hatte, ist mir unbekannt; erst ein Ruf des von KRIEGE u. a. gegründeten New-Yorker Sozialreformvereins erlöste ihn von dort, gegen Ende 1846[3]).

Memoir of Wilhelm Weitling, its Founder, and a Report of the Proceedings at the Banquet given by the English Socialists, Sept. 22., 1844, to Commemorate his Escape from the Persecution of the Prussian Government. 8°. London s. a. Vgl. auch GEORG ADLER, Geschichte der ersten Arbeiterbewegung in Deutschland. Breslau 1885. S. 80 f.

1) The Prometheau; or, Communitarian Apostle, hrsg. von GOODWYN BARMBY (Januar-Juni 1842, 4 Nr., 72 S., 4°) beleuchtet diese kurze Zeit rührige Richtung, über die THOMAS FROST in „Forty Years' Recollections" (London 1880) einiges mitteilt. G. BARMBY findet man noch in „The Truthseeker and Present Age, new series", von 1849 und 1850 (London) wieder.

2) Vgl. dieses Archiv, VIII, 392 ff. über die mir bekannten Protokolle (seit dem 11. II. 1845).

3) „Die Kommunistenführer der MARXschen Schule griffen HERMANN KRIEGE seiner Gefühlsrichtung wegen an. WEITLING, welcher damals in

Führten auch diese Diskussionen zu keiner aus dem Verein selbst hervorgehenden neuen Formulierung der Grundsätze, so klärten sie doch den Grund, indem sie das Unzureichende des WEITLINGschen Systems definitiv erkennen ließen[1]). Kurz, sie zeigen, wie sich die Mentalität und die Verhältnisse vorbereiteten, die MARX und ENGELS in die Lage brachten, im Namen der ganzen Bewegung ihre Ideen in dem Manifest vorzulegen.

* * *

Frage 1. *„Was nennt der Mensch in betreff seiner selbst gut und was übel?" (Schluß der Diskussion 18. II. 45.)*[2])

Schapper: „... Die Natur ist gut und nicht schuld an den jetzt herrschenden Übeln. Alles, was die Natur hervorbringt, muß daher gut sein; folglich ist auch der Mensch gut ... Solange der Mensch dem Naturgesetz gemäß lebte, so lange herrschte Harmonie auf dieser Erde; als aber der Mensch anfieng die Natur zu meistern, als er nicht aus Schlechtigkeit, sondern aus Unwissenheit das persönliche Eigentum erfand, da verschwand das Glück der Menschheit und eine fürchterliche Disharmonie trat an seine Stelle." H. Bauer: „... Jede Abweichung vom Naturgesetz ist unrecht ..."

Antwort, die beschlossen wird: „Alles was die körperliche und geistige Entwicklung des Menschen befördert, ist gut, alles, was dieser entgegenwirkt, übel."

Frage 2. *„Was ist in der heutigen Gesellschaft schlecht eingerichtet und was könnte besser sein?" (25. II.—1. IV.)*[3])

Dengler: „... Die Natur wollte Harmonie auf dieser Erde; deshalb gab sie jedem Thier seine besonderen Eigenschaften und ließ auch den Menschen nicht hülflos; aber der Mensch ist aus seiner natürlichen Sphäre gewichen, es haben sich einige über die andern erhoben und diese waren feig genug, es zu dulden; erst jetzt tut man die Augen auf ..."

Brüssel lebte, verteidigte KRIEGE deswegen und zerfiel darum mit den Männern dieser kritischen Richtung" (Rep. d. Arbeit, Januar 1851, im Nekrolog KRIEGES). Vgl. auch MEHRING, Garantien, 1908, S. XXXVI—XL und KARL MARX, 1918, 124—5.

1) WEITLING wird direkt geringschätzend angegriffen im Rundschreiben vom Februar 1847 (Neue Zeit, XXXVII/2, 137).

2) Das erste mir bekannte Protokoll ist vom 11. II. 1845 und berichtet über die 5jährige Gründungsfeier der Gesellschaft, der SCHAPPER präsidierte. *„Der Hauptinhalt aller Reden ist: daß die Erfindung des Eigentums, die verfälschten Religionen und die Nationalität alles Unglück über die Menschheit gebracht und daß nur allein durch Aufklärung die Erde in einen Garten und die Menschheit in eine Familie verwandelt werden könne."*

3) Damals (4. III.) beantragt SCHAPPER Adressen an EUGÈNE SUE und JOHANNES RONGE, die WEITLING verfaßt und verliest (11. III.).

WEITLING, SCHAPPER, PFÄNDER, H. BAUER u. a. sprechen in der etwas uferlosen Diskussion.

Frage 3. *„Welche Abhülfsmittel wurden bisher gegen die gesellschaftlichen Übel vorgeschlagen und angewendet, den Kommunismus*[1]*) ausgenommen?“*

Eine kleine Diskussion über Vorschläge von geistlicher Seite, Organisation der Arbeit, conseils de prudhommes, WIRTHs Vorschläge [Nationalateliers] etc.

Frage 4. *„Wann, wo und in welcher Gestalt wurde der Kommunismus in früherer Zeit als Abhülfe vorgeschlagen und angewendet?“ (24. IV.—12. V. 45.)*

Die Diskussion konzentriert sich bald auf *„die praktische Einführung im kleinen“* oder allgemeine Durchführung des K., Kolonien oder Staaten, Amerika oder Europa. *Schapper: „Man soll sich nicht auf fremden Erdstrichen ansiedeln. Hier in Europa macht Propaganda — diese führt zum Ziel. Wenn wir in Gemeinschaft leben, dadurch wird für die Menschheit nichts gewonnen. Wodurch haben die ersten Christen sich so vermehrt? Dadurch, daß sie in allen Ländern ihre Lehre verbreiteten.“* Dagegen *Lehmann: „Warum einen Sumpf ausfüllen, um darauf sein Haus zu bauen? Warum nicht gleich auf festem Boden? ... Warum nicht auf solchen Landstrichen, wo die Gesetze des Landes keine Schranken bieten, wo die Menschheit noch eher zu diesem edlen Zweck reifen kann.“ Für eine Kolonie mit freier Aufnahme für alle, ohne Geldqualifikation.*

H. Bauer vertraut auf die Propaganda; jeder solle jährlich 10 Leute aufklären; nun reisen die von einem Ort zum andern und verbreiten diese Ideen; wir sehen überall schon die Früchte. — Gütergemeinschaften haben, streng genommen, noch gar nicht bestanden und was in dieser Art zu bestehen schien, musste untergehen, weil nicht auf Menschenrechte gegründet. — Schapper: Es ist zu beschwerlich, in den amerikanischen Wäldern Kolonien anzulegen; sie müssen Mangel an geistiger Nahrung leiden. Hier sind wir notwendig, denn hier wird der große Kampf beginnen, nicht in Amerika.“ — Bauer: „Es ist nicht notwendig, die Prinzipien im kleinen zu verwirklichen; auch ist es zu schwer. Nur auf dem Wege der Propaganda werden wir am schnellsten zum Ziel kommen.“

KRIEGE (der hier am 12. V. zum erstenmal erscheint und nachher von SCHAPPER und WEITLING als Mitglied vorgeschlagen wird), sagt: *„Es gibt Verhältnisse im menschlichen Leben, daß Menschen ihr ganzes Dasein hindurch verbannt sind; diese haben Hülfe notwendig; es soll nicht für ein Beispiel gelten. Wir leben besser in Gemeinschaft; der zu uns kommt, soll Aufnahme finden ...“*, wozu SCHAPPER[2]) bemerkt: *„Was Bürger Kriege sagt, ist sehr schön; als 1834 die Flüchtlinge in die Schweiz kamen, wurden sie freund-*

1) Das Wort Kommunismus ist im folgenden mit K. abgekürzt.

2) CARL SCHAPPERS Leben wird in einer von A. W. FEHLING vorbereiteten Arbeit nach deutschen Archivakten usw. erzählt werden.

schaftlich empfangen. Es wurde aber dadurch verdorben, daß ein jeder Lump, Faulenzer und Banquerotteur kam und sich für einen Flüchtling ausgab; so wird es auch einer Kolonie in Amerika gehen.“

Frage 5. *„Was mag die Ursache sein, daß trotzdem der Kommunismus nicht zur Verwirklichung gekommen ist?“ (19. V.—VII. 45.)*

... H. Bauer: „Die bis jetzt bestandenen Gemeinschaften waren daher keine kommunistischen, weil sie von einzelnen Männern errichtet und geleitet wurden ...“ Weitling „erwidert dem Bürger Bauer, lebt eine Familie nicht in Gemeinschaft? Der K. beschränkt sich nicht auf eine gewisse Zahl, er kann verschiedene Seiten haben. Er zählt noch verschiedene Gründe auf, welche bis jetzt verhinderten, das Prinzip einzuführen, und schloß damit, daß zuweilen kleine Zwistigkeiten unter den Kommunisten noch ein Grund dazu seien.“

Schapper: „Bis jetzt hat noch keine communauté bestanden, selbst die eheliche nicht; der Grund sind fehlende Kenntnisse, Mangel an Aufklärung. Erst die französische Revolution begann einen gewissen Grad von Aufklärung zu schaffen, 1830 beschleunigte den Fortschritt. Die arbeitenden Klassen waren bis jetzt von der Aufklärung abgeschlossen. Seit 1842 fingen die Philosophen an, sich für den K. auszusprechen. — Der Kommunist hängt an keinen Personen; ja wenn wir Sekten wären ...; nur durch Kampf der Meinungen wird der K. feste Wurzeln fassen.“

Weitling: „Es werde häufig gegen das Christentum gesprochen; es liegt am [l. im] alten viel gutes; ich finde, daß man sollte nicht gegen dieses sprechen ... Wir sollen alles benutzen; durch Gefühl ist möglich, was durch den Verstand bei vielen Menschen unmöglich ist. (Dies gegen Schapper's „nur durch die Wissenschaft“.)

Schapper gegen Weitling: Ist es möglich, das Prinzip auf Gefühl zu gründen, so müsse es rein menschliches sein; denn nur dadurch wird es möglich, den verschiedenen Glaubenshaß zu vertilgen und ihn in Menschenliebe zu verwandeln. H. Bauer: man soll nichts auf Gefühl gründen: nur das durch den Geist gegründete ist stark ...

Kriege: „Fort mit der Vernunft, wenn das Gefühl darunter erstickt; nur wenn der Mensch seine höchsten Bedürfnisse befriedigt hat, ist er auch fähig, rechtmäßig zu handeln.“

Pfänder: „Das Gefühlt handelt nach seiner Beschaffenheit augenblicklich; nur die Vernunft prüft das zu beginnende. Daher werden auch nur solche Staaten fortbestehen, welche auf Vernunft gegründet sind.“

Schapper: „Beides ist notwendig, Gefühl und Geist, um den Staat für die Dauer zu leiten ... Nur (dadurch), daß wir uns als Brüder suchen aufzuklären und durch Geist und Gefühl eine Vereinigung hervorrufen, wird es möglich, die Menschheit auf eine bessere Bahn zu bringen ...“

Kriege: „Ich will nicht behaupten, daß, wenn ich eine Masse sinnlicher Leidenschaften besitze, ich ihnen muß freien Lauf lassen. Wenn das Feuer, in das ich ein Glied meines Körpers stecke, brennt, so ziehe ich es zurück: wenn mich hungert, so nehme ich, wie ich kann.“

schaftlich empfangen. Es wurde aber dadurch verdorben, daß [illegible] Faulenzer und Banquerotteur kam und sich für einen [illegible] wird es auch einer Kolonie in Amerika gehen."

Frage 5. *„Was mag die Ursache sein, daß [illegible] Kommunismus nicht zur Verwirklichung gekommen [illegible] (19. V.—VII. 45.)*

... H. Bauer: „Die bis jetzt bestandenen Gemeinschaften waren [illegible] keine kommunistischen, weil sie von einzelnen Männern errichtet und [illegible] wurden ..." Weitling „erwidert dem Bürger Bauer, wie ein [illegible] nicht in Gemeinschaft? Der K. beschränkt sich nicht auf eine gewisse [illegible] er kann verschiedene Seiten haben. Er zählt noch verschiedene [illegible] welche bis jetzt verhinderten, das Prinzip einzuführen, und sich [illegible] zuweilen kleine Zwistigkeiten unter den Kommunisten noch ein[illegible]

Schapper: „Bis jetzt hat noch keine [illegible] die eheliche nicht; der Grund sind fehlende Kenntnisse [illegible] Erst die französische Revolution begann einen gewissen [illegible] zu schaffen, 1830 beschleunigte den Fortschritt [illegible] waren bis jetzt von der Aufklärung ausgeschlossen [illegible] sophen an, sich für den K. auszusprechen. — Die Kommunisten [illegible] Personen; ja wenn wir Sekten wären ... nur auf [illegible] wird der K. feste Wurzeln fassen."

Weitling: „Es werde häufig gegen [illegible] am [l. im] alten viel gutes; ich finde [illegible] sprechen ... Wir sollen alles benutzen [illegible] den Verstand bei vielen Menschen unmöglich [illegible] durch die Wissenschaft".)

Schapper gegen Weitling: [illegible] zu gründen, so müsse es [illegible] möglich, den verschiedenen Grundsätzen [illegible] zu verwandeln. H. Bauer: [illegible] durch den Geist gegründet [illegible]

Kriege: „Form [illegible] nur wenn der Mensch [illegible] fähig, rechtmäßig zu [illegible]

Pfänder: „Die [illegible] lich; nur die Vernunft [illegible] solche Staaten [illegible]

WEITLING verlangt eine Definition von **Vernunft und Gefühl**, die SCHAPPER gibt. *Kriege: „Nur dadurch, daß man die nichtbesitzenden aufklärt, wird sich das Los der Menschen ändern; der Hunger fängt an, der Stimme der Religion zu widersprechen. Es fehlt blos, der Menschheit in dieser Beziehung einen richtigen Begriff mitzuteilen; dann wird die Menschheit vorwärtsschreiten und die Ernte wird nicht fern sein.“*

Schapper: „Nicht durch Hungersnot wird die Menschheit zum Ziel kommen; dies zeigt uns hinlänglich die Weltgeschichte. Hüten wir uns vor Revolutionen; denn dadurch wird die Menschheit wieder in Knechtschaft zurückgeführt. Nur auf dem Wege der Propaganda wird es möglich sein, die Völker aus der Schmach, in der sie leben, herauszuziehen.“

Am 23. VI.[1]) *Schapper: „Der K. konnte bisher nicht verwirklicht werden, weil der Verstand nicht gehörig ausgebildet war. Gehemmt von den Fesseln des Aberglaubens wird die jetzige Generation so wenig, wie die früheren den K. verwirklichen. Unsere ganze Tätigkeit ist für kommende Geschlechter; diese mögen praktisch durchführen, was wir auf dem Wege der aufklärenden Propaganda blos theoretisch verbreiten können.“*

Weitling: „Wenn die von den Vorrednern (Schapper und C. Bauer) ausgesprochene Meinung allgemeine Unterstützung findet, so ist all unsere Arbeit für nichts. Das heißt ein ewiges Verschieben von heute auf morgen, von morger auf übermorgen; denn dasselbe, was von heute gilt, kann auch von morgen gelten. So drehen wir uns denn immer in der alten Leier und kommen zu nichts. Ich meine, alle sind reif für den K., selbst die Verbrecher; sie finden ja gerade in der jetzigen Ordnung der Gesellschaft ihre Entstehung und hören in der Gemeinschaft auf. Die Menschheit ist notwendig immer reif oder wird es nie. Letzteres ist die Redensart unserer Gegner. Wollten wir ihr folgen, so müssten wir die Hände in den Schoß legen und warten, bis uns die gebratenen Tauben in den Mund fliegen. Nein! Wir sind fähig zum K.; darum arbeiten wir ordentlich dafür; die bloße Propaganda hilft nichts.“

Schapper: „Wenn die Menschheit zum K. reif wäre, so hätte sie ihn eingeführt. Weitling will die freie Entwicklung abschneiden und die Menschheit zwingen, zu handeln, wo sie noch nicht erkannt hat. Wenn die Huren, Spitzbuben und Mörder in der Gemeinschaft Aufnahme finden, so muß ihnen erst eine Masse entgegenstehen, die sie einsperrt, verbannt, hinrichtet. Früher gab es keine Religionsfreiheit; da wurde gesteinigt, gekreuzigt, verbrannt, wer nicht einem bestimmten Glauben zugetan war. Heute existirt Religionsfreiheit und wie jene alten Märtyrer der Religionsfreiheit für uns geblutet, so müssen wir für unsere Nachkommen kämpfen. Aber zwingen dürfen wir niemanden. Die große Masse muß erst von der Wahrheit durchdrungen sein; dann macht sich das übrige von selbst.“

„Der Verstand muß erst denken, das Herz muß erst frei sein. Es hilft uns nichts, durch hinreißende Reden für die Gemeinschaft zu begeistern: die

1) Am 16. VI. Wahlen; KRIEGE, Präsident; H. BAUER, Sekretär. Die von H. BAUER geschriebenen Protokolle vom 23. VI. bis 15. VII. sind sehr ausführlich und sorgfältig redigiert.

so fortgerissene Masse müßte notwendigerweise einem desto schlimmeren Rückfall verfallen. Die nationalen und religiösen Leidenschaften würden bald die alte Verwirrung wiederherstellen. Nein, ihr Bürger, erst müssen alle Menschen sich als Menschen umfassen, dann wird der K. verwirklicht werden. Wir sind Vorkämpfer für die Freiheit des Individuums, wie unsere Vorväter es für die Religionsfreiheit waren, und wenn wir nicht praktisch durchgeführt sehen können, was wir erstreben, so trösten wir uns damit, daß das gute sich von selbst belohnt. Vorurteile machen unglücklich; das höchste Glück ist das hohe Bewußtsein der Erdbürgerschaft. Wie man einer Armee zuerst Scharfschützen vorschiebt, dann einen Vortrab, um gedeckt vorzurücken, so ist es auch mit dem K. Wir bilden die Scharfschützen, die den Kampf einleiten; hinter uns erst kommt der Vortrab und die soziale Armee und erst nach dieser der Nachtrab der Bigotten und Nationalen. Ich sage es noch einmal: unsere Generation ist noch nicht reif zum K. Man kann so gut einen Baum zum wachsen zwingen, als der Menschheit gewaltsam neue Ideen aufdrängen. Verschmähen wir die physische Gewalt; sie ist roh und die Menschheit bedarf ihrer nicht; sie setzt sich selbst durch und kämpft ohne physische Mittel. Erkennen wir uns als Blätter an dem großen Baum der Menschheit und die Nachwelt wird ernten, was wir durch unser stilles Treiben vorbereitet."

Kriege „opponirt mit Heftigkeit allem, was Schapper und [C.] Bauer gesagt und schließt sich in allem wesentlichen der Meinung Weitling's an. Er beklagt es in diesem Sinn in allem Ernst, Redensarten aussprechen zu hören, wie er sie früher nur von Polizeibeamten und Philistern gehört. In diesem einen Satz: „die Menschen sind noch nicht reif" konzentrirt sich z. B. die ganze Wirksamkeit des preußischen Kultusministers, worüber er freilich bisher nur habe lachen können. Es handle sich im K. blos darum, allen Menschen die Mittel zu ihrer geistigen und körperlichen Ernährung zu erkämpfen und er möchte es nicht auf sich nehmen, einem Proletariat mit bettelndem Magen nach einem langen humoristischen Phrasenschwall auf seine Bitte um Brot zu antworten: ‚Ja, du bist noch nicht reif zum essen; der K. ist eine große Idee, die von der ganzen Menschheit erst erkannt werden muß, ehe du an ihre Verwirklichung denken darfst.' Er möge nicht einer Hure, die in ihrer traurigen Existenz plötzlich von der Fackel der Aufklärung erleuchtet, nun mit der ganzen Wuth der Verzweiflung sich gegen die Gesellschaft wende, die sie zu dem miserablen Geschöpf gemacht, welches sie ist, er möge einer solchen Hure nicht zurufen: ‚Du bist noch nicht reif zum Kampf; du mußt erst warten, bis die ganze Menschheit sich dafür entscheidet.' Er nennt es feige, den Gegensatz, der von der reaktionären Partei durch Einsperrung und Verbannung so deutlich ausgesprochen worden, nicht in seiner ganzen Ausdehnung anzuerkennen. Er fühlt sich in seiner Überzeugung abgerissen von der ganzen jetzigen Gesellschaft, wie der Proletarier durch seine praktische Lebensstellung [es] ist. Er fühlt sich Revolutionär, Verbrecher ihr gegenüber und glaubt, jeder Kommunist müsse dasselbe tun. Er ist auch der Überzeugung, daß Schapper und [C.] Bauer ihren traurigen Satz nicht festhalten würden, wenn sie all seine Konsequenzen durchdacht hätten, und glaubt, daß eine Revo-

lution gegen die bestehende Gesellschaftsordnung vollkommen berechtigt wäre. In Bezug auf die Reformatoren spricht er die Meinung aus, daß sie bei ihren Kämpfen nicht unsere Religionsfreiheit, sondern ihre eigene Seligkeit im Auge gehabt und fordert daher mit Schapper auf, ihrem Beispiel zu folgen, d. h. nicht für unsere Nachkommen, sondern für uns selbst mit aller Macht zu erkämpfen, was wir nun einmal für unsere Zeit erkannt."

Fritz (seit 28. IV. 45 Mitglied): die Reformatoren hätten nicht für sich gekämpft, sondern für ihre Nachkommen; das bewiesen die Bauernkriege. Alle Revolutionen wirkten für die Nachkommenschaft, keine beziehe sich auf das eigene Interesse. Zum K. seien die Menschen noch zu schlecht; die Entwicklung gehe von Stufe zu Stufe ...

Pfänder: „Schapper und Bauer haben den K. ganz natürlich entwickelt. Krieges Entwicklung gleicht einer Pflanze, die beim ersten Sonnenschein aus dem Boden kommt, dafür aber nichts davonträgt als einen erfrorenen Kopf. Kriege will die Menschen zwingen, seine Ansichten anzunehmen; er sagt ihnen: erkennt das oder ich schlage euch auf den Kopf; dafür schlagen sie uns wieder und der Stärkste bleibt Sieger. Er will begeistern. Was ist Begeisterung? Alle Begeisterung ist Illusion, eine Champagnergärung ohne allen Nachhalt. Die ganze Geschichte beweist nur, daß jede rasche Entwicklung schnell verfliegt; wenn nicht das ganze Menschengeschlecht davon durchdrungen ist, kann es keinen Bestand haben."

Schapper: „Kriege's Rede ist für mich ein Spiegel. Geradeso sprach ich vor 10, 8, ja, noch vor 6 Jahren [1839]. Aber jetzt, wo so manche bitteren Erfahrungen mich abgekühlt haben, jetzt muß ich ganz einstimmen in jene Redensart der Reaktion: ‚die Menschen sind noch nicht reif'; denn wären sie reif, so ließe sich das nicht mehr sagen. Freilich wollte Luther nur für seine Seligkeit kämpfen, aber das ewige Naturgesetz wollte es anders und wir ernteten, was er gesät. Ein Baum muß nach und nach gerade gebogen werden, sonst bricht er. Ich verlange keinen Lohn für meine Arbeit als das eigene Bewußtsein meiner Pflichterfüllung. Eine Wahrheit wird nie mit Gewehrkolben in die Köpfe geschlagen. Was Kriege predigt, ist ein trauriger Gewissens- und Gesellschaftszwang. Und was will er denn? Sollen wir auswandern nach Amerika und in der gemütlichen Zurückgezogenheit einer kommunistischen Kolonie uns unseres Lebens freuen? Nein! Wir arbeiten für die Nachwelt. Die Wahrheit, die wir verbreiten, sie wird sich Luft machen; dafür sorgt das Naturgesetz. Wir dürfen uns keine Illusionen machen; von all den 1000 Millionen Menschen sind nur etwa 4—5 Millionen Kommunisten; die sind nichts gegen die ganze Menschheit. Ich bleibe dabei, eine kommunistische Revolution ist ein Unsinn; sie widerspricht total dem Prinzip des K. Die Wahrheit gebraucht keine physische Gewalt; sie ist in sich selbst stark genug; ich fühle mich vollkommen befriedigt, wenn ich hier nur in ein Herz ihren Segen gegossen. In politischer Beziehung, ja, da bleibe ich auch für die Revolution. Es war von je mein höchster Wunsch, auf dem Schlachtfeld zu sterben; doch ich muß meinen Privatwunsch unterdrücken; ich gehöre der Menschheit, und in ihrem Interesse muß ich streiten für Wahrheit, Gleich-

heit, Gerechtigkeit. Und nun, möchte Kriege wohl mit Verbrechern, Dieben, Huren und Mördern in Gesellschaft leben? Sie würden ihn bald im Stich lassen, wenn sie ihre Privatgelüste nicht mehr befriedigt sähen. Gerade wie bei dem Savoyerzug [1834] zuletzt alle revolutionären Bauern zum Teufel liefen, als sie kein Brod mehr kriegten. Nein, keine Revolution! Reißen wir der Menschheit den Schleier herunter, unermüdlich und unerschrocken; das ist alles, was wir zu tun haben.“

Weitling: „Man sprach hier viel von Wahrheit, Freiheit, Gerechtigkeit. Ihnen soll all unser Streben geweiht sein. Ein trauriges Ding, für Begriffe leben zu müssen, von denen man selbst kaum einen deutlichen Begriff zu haben scheint: wenigstens kommt man sehr in Verlegenheit, wenn man aufgefordert wird, sie genau zu bestimmen. Schapper hat sehr lang und gemütlich gesprochen; was aber von seiner ganzen Rede zu halten ist, geht daraus hervor, daß er sich zuerst gegen, dann für und dann wieder gegen die Revolution aussprach. Die Phrase der Nichtreife ist immer die nächste Waffe der Gegner jedes Fortschritts. Und dann will man hier alles nach der Mehrzahl berechnen. Das ist ganz falsch. Wir sind ja nicht einmal hier einig, woher soll dann die Einigkeit der ganzen Menschheit kommen? Selbst wenn ein einziger im Auftrag aller alle Lehrer der ganzen Menschheit einsetzte, würde der alte Kampf der Meinungsverwirrung von neuem beginnen und das so gut in der Aufklärung als jetzt. Und ferner? Wenn in der Aufklärung alles Heil liegt, wie können wir dazu gelangen, wo haben wir die Mittel einer Aufklärung, wie sie uns nötig scheint? Abgesehen von der Zensur und sonstigen Hindernissen haben Millionen und Abermillionen gar keine Zeit, uns zuzuhören. Und so stirbt eine Generation nach der andern ab, bei den Jungen muß wieder von vorn angefangen werden, ohne daß die Aufklärung allgemein wird; sie beschränkt sich immer nur auf einen kleinen Teil. Kriege und ich haben gar noch keine besondere Meinung über das, was wir wollen, aufgestellt; wir haben nur Protest eingelegt gegen das Dogma von der Nichtreife unserer Generation, wofür die Nichtexistenz des K. ebensowenig als Beweis dienen kann als alles andere. Was heute nicht geschieht, kann morgen eintreten. Die Revolutionen steigen auf wie die Gewitter, ihre Wirkungen kann niemand vorherberechnen. Endlich, selbst wenn man eine solche Überzeugung hat, wie Schapper, so ist es sehr unpolitisch, sie auszusprechen. Sie schlägt den Muth der jungen Leute danieder. Man muß den Leuten den Eifer in der Brust nicht erkalten durch solche entmutigenden Grundsätze. Woher soll uns der Eifer kommen, wenn uns die Hoffnung nicht mehr belebt?“

Am 30. VI.: Kriege „beantwortet mehrere Angriffe von Seiten Schapper's und Pfänder's und fährt fort, das erzwungene Friedlichkeitssystem gestützt auf das Dogma der Unreife zu bekämpfen. Die Geschichte, meint er, könne nichts beweisen und selbst wenn man das nicht wolle gelten lassen, so beweise sie gar nichts gegen die Revolution. So habe die französische Revolution ihren Zweck vollkommen erreicht, nämlich die Unterwerfung der ganzen Nation unter den dritten Stand, die Bourgeoisie, und ihren Gott, das Geld. In Bezug auf den Savoyerzug erwidert er: die Leute hätten ganz recht gehabt

davonzulaufen, als sie nichts mehr hätten zu fressen gekriegt; denn das habe ihrem Magen handgreiflich demonstriert, daß die Bewegung mit ihren Interessen nichts zu tun habe. Wo das Ziel der Revolution nicht zugleich das Privatinteresse der großen Masse der Bewegung sei, müsse sie notwendig in nichts zerfallen. Der K. sei aber gerade das höchste Privatinteresse des Proletariers, da er nichts wolle, als allen die Mittel zur Ernährung, Wohnung und Bekleidung geben; er könne und müsse daher im Herzen des Proletariers notwendig zur Revolution fortreißen. Bis jetzt haben wir noch keine kommunistische Revolution gehabt; deshalb sei es ganz natürlich, daß uns von den früheren Revolutionen keine fertigen Früchte zugefallen sind."

Schapper: „Zuerst muß ich dem Bürger Weitling erwidern, daß es keineswegs ein Widerspruch ist, wenn ich sage, ich sei als Individuum revolutionär, als Glied der Gesellschaft dagegen nicht. Kriege behauptet, die Geschichte beweise uns nichts; ich sage dagegen, sie beweist uns alles und gerade weil die Reaktionspartei ihre Kenntnis vor uns voraus hat, ist sie so stark gegen uns. Kommunistische Revolutionen haben wir schon seit Jahrtausenden gehabt, überall standen sich Besitzende und Besitzlose gegenüber. So in Athen und Sparta zur Zeit Solon's und Lykurg's, so in Frankreich zur Zeit der Jacquerie, in England zur Zeit Wat Tyler's. Die Bauernkriege in Deutschland wie die Bewegung in Belgien sind nichts als sociale Revolutionen. Sie gingen aber alle zugrunde wie die französische Revolution in Napoleon, Charles X. und Louis Philippe ihren Tod fand. Nach einem flüchtigen Sieg desto größeres Verderben, das ist das Schicksal aller Revolutionen und darum hüten wir uns, Grundsätze aufzustellen, die unserm Prinzip so gefährlich sind. Und dann, der Bürger Kriege will den ganzen K. auf das Materielle zurückführen, das heißt die Redensarten der Revolutionäre wahrmachen, die da sagen: die Kommunisten wollen nichts als fressen und saufen und ziehen alles in den Schlamm der Gemeinheit hinunter. Nein, das Volk soll Mensch werden, es soll besonders geistig glücklich werden. Wir kämpfen im Namen der menschlichen Freiheit, ... Gleichheit, ... Gerechtigkeit; das geht aber nicht so schnell; wir müssen erst das Volk aufklären; sonst folgt auf die äußere Vernichtung die Selbstvernichtung. Wir sehen es aus der Geschichte, wie immer alles in Anarchie und Despotie endigt; die Massen schlagen die edlen Menschen tot, so bleibt am Ende nichts übrig als das Gemeine. Nein, wir dürfen nicht auf einmal vom A auf das Z springen. Sehen wir doch in der Tagespolitik die niederträchtigste Käuflichkeit überall und Verbindungen gegen die Vernunft an allen Ecken. Da ist noch nichts mit der Gütergemeinschaft anzufangen, die bleibt kommenden Geschlechtern vorbehalten; wir können nur aufklären und immer [wieder] aufklären. Und dann, wie kann Bürger Kriege das Privatinteresse für die kommunistische Revolution zum Grundsatz machen? Wir wollen ja gerade das Privatinteresse vernichten! Wir predigen ja Aufopferung! Wollte ich z. B. meinem Privatinteresse folgen, so reichte ich eine alleruntertänigste Bittschrift ein und ließe mich königlich versorgen. Das ist eine gefährliche Idee. Nein, nur im Interesse aller finde ich meine Befriedigung, wie ich weiß, daß ich für meine Brüder

am besten sorge, wenn ich für den K. Propaganda mache. Wer mir sagt, daß er blos seinem Privatinteresse folgt, dem kann ich nicht mehr trauen; der K. verlangt Aufopferung und die zolle ich ihm gerne.“

Moll: „Wenn ich die Bürger Weitling und Kriege recht verstanden habe, so wollen sie nicht die Revolution hervorrufen, sondern blos unterstützen, wenn sie bereits im Gang ist. Aber auch da müssen wir scharf beobachten, ob es auch das Interesse des Volkes ist, was sie zum Ziele hat. Bis jetzt geschahen alle Revolutionen nur im Interesse weniger und selbst die französische Revolution war nicht einmal im Interesse der Bourgeoisie; das beweisen uns ihre zahlreichen Banquerotte. Darum halte ich es für unsere heiligste Pflicht, überall gegen alle Revolutionen zu predigen, wenn wir nicht ganz genau voraussehen, daß ihr Ende mit dem Interesse des Volkes übereinstimmen muß.“ ...

Weitling: „Ich kann hier weder zur Revolution auffordern, noch dagegen predigen. Ich bespreche, und bespreche nur, ihre Wirkung. Alle Freiheiten, deren sich die verschiedenen Nationen rühmen, erlangen sie aber einzig und allein durch Revolution. Die Aufklärung hat gar nichts für uns errungen in politischer Beziehung außer durch Revolution und immer erst nach der Revolution wirkte die Aufklärung. Alle Länder, alle ohne Ausnahme, verdanken ihre Freiheit der Revolution. Die Aufklärung auf friedlichem Wege ist eine Illusion; was erstrebt werden soll, setzt sich nur im Kampf durch. Wo soll durch Aufklärung Einigkeit kommen, wenn wir uns hier durch Aufklärung nicht einmal einigen können und wir betrachten uns doch als zum gebildeten Kern der Arbeiter gehörig. Aber die Revolution, das ist ein prächtiges Einigungs- und Aufklärungsmittel, da gibt es Sprech- und Preßfreiheit so viel man will. In der Revolution werden die Herzen von einem Mitgefühl gegen ihre Mitbrüder, ihre Leidensbrüder ergriffen, von dessen Macht sie früher keine Ahnung hatten. Da vergißt der Dieb das stehlen, die Hure das huren, der Schneider seinen feinen Rock. Alles macht da Brüderschaft, alles ist da ein Herz und eine Seele. Da bleibt dem Verstand nur eine armselige Rolle; er kann nichts ohne das Gefühl; da ist alles Gefühl und die größten Taten geschehen durch die Macht des Gefühls, die die Massen bewegt. Man kämpft gegen das Materielle an, aber ohne materiellen Grund ist alle Vernunft ein Unding. Ohne Essen und Trinken zu haben ist keine Aufklärung möglich. Dem Hungrigen von Aufklärung predigen ist Unsinn. Vor allem also muß den Darbenden die Befriedigung ihrer Bedürfnisse werden und darum müssen wir damit anfangen, dem Proletarier den Respekt vor dem Eigentum auszutreiben, ihn gegen das Geldwesen revolutionär zu machen, ihm einprägen, daß er kein Verbrecher ist, wenn er aus Notdurft eher stiehlt als bettelt oder darbt, sondern ein braver Kerl.“

Am 6. VII.: H. Bauer: „Vorliegende Frage ist schwer zu beantworten Wenn nämlich der K. gefaßt wird, wie wir ihn fassen, wonach die Bildung einzelner kommunistischer Gesellschaften keine Verwirklichung des K. genannt werden kann, sondern wo dieser die ganze Menschheit umfassen soll, so können wir freilich einerseits sagen: die Menschheit ist noch nicht reif dazu, ander-

seits aber auch, daß sie nie reif werden wird: denn wenn auch einst der K. die ganze Erde unterwirft, so muß seine Geschichte ein ähnliches Bild des Hin- und herschwankens geben, wie es jetzt die politische Völkergeschichte darstellt. Wie hier bald ein Volk emporsteigt, ein anderes untergeht, so wird einst der K. bald auftauchen, bald zugrunde gehen. Man kann die ersten Menschen natürliche Kommunisten nennen, denn sie kannten noch nicht das mein und dein, sie hatten noch keinen Begriff vom Privateigentum und dies ist es hauptsächlich, was jetzt das Hindernis gegen die Einführung des K. bildet. Die kleinen Gütergemeinschaften, wie wir sie bis jetzt haben, sind teils zu unbedeutend gegen die andere Gesellschaft, die sie erdrückt, teils haben sie noch nie gewagt, direkt gegen das Privateigentum aufzutreten. Der Einführung des K. durch die bloße friedliche Aufklärung steht auf der andern Seite als ein unübersteigbares Hindernis das Interesse der Besitzenden entgegen: sie werden sich wehren, so lange sie können. Freilich tragen sie und die sie unterstützenden Regierungen am meisten zur Annäherung der Einführung des K. bei; sie sind mit Handhabung ihrer Niederträchtigkeiten die besten Propagandisten, wie uns davon die heutige Tagespolitik ein schlagendes Beispiel brachte[1]*). Solch schnöder Druck muß einen kräftigen Gegendruck erzeugen. Das dauert so lange fort, bis am Ende die alte Gesellschaft gewaltsam auseinandergesprengt wird. Auf dem Wege der bloßen friedlichen Aufklärung ist also wenig zu hoffen. Die Besitzenden werden nie und nimmer weichen, wenn nicht ein großes physisches Ereignis sie zwingt. Weitling hat uns schon entwickelt, daß ohne Kampf nie etwas erreicht wurde; die Aufklärung bereitete immer neue Revolutionen vor; vermeiden konnte sie sie nie. Auch heute stehen wir in einer großen Vorbereitungsperiode; die Staatsgesetze, die Regierungsmaßregeln und die Fortschritte der Industrie drängen gewaltsam die soziale Frage in den Vordergrund, sie drücken und drücken, bis endlich einmal eine ganze Nation den K. in sich verarbeitet und zu kräftigem Leben gestaltet, um ohne fremdartige Gesetze, ohne einen anti-kommunistischen Staat unbehindert aus sich selbst die ganze Menscheit für ihr neues Lebensprinzip zu begeistern. So kann es dann möglich werden, daß selbst eine Zeit geschaffen wird, wo die ganze Erde für die Gemeinschaft erobert ist. Wir haben jetzt immer Eroberungs- und Industrievölker: wir haben aber auch ein humanistisches Volk, welches wie kein anderes die soziale Frage aufgenommen hat. Und dieses Volk ist das deutsche. Arbeiten wir nur tapfer, um dem K. eine immer weitere Ausbreitung zu verschaffen, so wird die Verwirklichung selber nicht in so weiter Ferne liegen, als bei der letzten Diskussion vielleicht manchem vorkommen mochte."*

Schapper: „Bei der Diskussion dieser Frage drängten sich gleich zwei

[1]) Gemeint ist, daß damals in Paris zur Bekämpfung des Streiks von 8000 Zimmerleuten die Regierung den militärischen Zimmerleuten erlaubte, um den halben Preis zu arbeiten. LEDRU ROLLIN trat für die Arbeiter ein, gegen die THIERS und GUIZOT sich die Hände reichten. Ein Koalitionsprozeß (Ende August) folgte, in welchem BERRYER für die Zimmerleute plaidierte.

wichtige Fragen in den Vordergrund: 1. ist unsere Generation zum K. reif? 2. müssen wir im Kampf für den K. revolutionär sein? Überlaufe ich nun die Statistik Europa's und sehe, daß in Europa nicht die Hälfte lesen können, so werden meine Erwartungen von der jetzigen Generation sehr herabgestimmt. Die Propaganda hat aber eine furchtbare Gewalt, wenn sie nur ordentlich betrieben wird. Nehmen wir z. B. an, in Deutschland seien 2000 Kommunisten, von denen jeder jährlich nur 3 aufklärte, so wären damit in 6 Jahren 3 Millionen gewonnen, also ziemlich die ganze deutsche Nation [?] ... So könnte schon die nachfolgende Generation für den K. reif werden, wenigstens für eine bessere Organisation der Gesellschaft; denn an einen Sprung von A auf Z kann ich nun einmal nicht glauben. Wenn nach der mündlichen Aufklärung die Presse und endlich die physische Gewalt das ihrige tun, dann kann der Zeitpunkt der Reife so eintreten, als es jetzt scheint [sic]. Wir haben schon in den letzten 5 Jahren 5—70 000 Kommunisten gewonnen; laßt uns einmal abwarten, wie weit uns andere 5 Jahre bringen werden. So wenig ich daher von der jetzigen Generation erwarte, so sehr hoffe ich auf die kommende, namentlich da uns die Literaten so tapfer helfen. Haben sie mit unserer Hülfe z. B. das Progressivsteuersystem durchgesetzt, so können wir leicht durch Bildung rein kommunistischer Gesellschaften die Bewegung weitertreiben. Was die zweite Frage anbelangt, so läßt sich allerdings voraussetzen, daß einmal eine Katastrophe eintreten wird, die dem alten Wirrwarr ein Ziel setzt; das muß uns aber keineswegs abhalten, immer und überall vor Revolutionen zu warnen. Bedenken wir wohl, daß ja gerade die Regierungen es sind, die dergleichen Ausbrüche immer hervorzurufen suchen. Wenn sie sehen, daß eine Bewegung nicht mehr aufzuhalten ist, sondern schon das ganze Volk ergriffen hat, so ist es ihr Grundsatz, nach Art des Arztes dem Kranken die Geschwüre auszuschneiden oder schleunig etwas Blut abzulassen. Sie schicken ihre Mouchards in die hitzigsten Lager ihrer Gegner, veranlassen plötzliche Ausbrüche, teilen die Patrioten in sich selbst und machen durch eine anscheinend berechtigte Reaktion gegen die Häupter der ganzen Bewegung ein Ende. So war es 1832 in Paris. In Lyon wurden die Mouchards der Regierung von ihren eigenen Soldaten totgeschossen und 1839 [Mai] habe ich selbst mit angesehen, wie in Paris ein Patriot einen hitzigen Anführer der Revolution niederschoß und darauf ihm die gelbe Karte aus der Tasche zog. Darum ist die Stellung des Père Cabet auch der Regierung so unbequem. Er predigt überall gegen die Revolution und so hat die Regierung gar keinen äußeren Grund und fuhr z. B. in Toulouse [Prozeß] vollständig ab. Ähnlich muß auch in Deutschland unsere Stellung sein, wo die Regierungen bereits anfangen, die französische Polizei nachzuahmen, wie die neueste Verschwörungsgeschichte in Schlesien [Stieber!] ganz klar beweist. Es ist unsere heiligste Pflicht, überall die Jugend zurückzuhalten. Wir müssen durch unser ruhiges Verhalten die Regierungen zwingen, revolutionär zu werden; sie müssen immer und immer angreifen; dann kommt endlich ein gewisser Punkt, wo es bricht und wo der Kampf eines fruchtbringenden Sieges nicht fehlen kann. So war es in der Julirevolution. Die Bourgeoisie wurde nie revolutionär, sie siegte blos durch Verteidigung ihrer gesetzlichen patentirten Rechte. In Deutsch-

land können wir ebenso auf gesetzlichem Wege fortschreiten und zu unserm Glück ist da auch noch die Bourgeoisie unterdrückt. Sie mag die ersten Kämpfe mit der Regierung ausfechten; dann stehen wir Proletarier im Hintergrund und machen es besser wie 1830 die Franzosen. Seien wir nur ganz ruhig, halten wir überall die Jüngeren zurück und beschränken wir alle unsere heutigen Bemühungen auf Bildung, so findet uns einst die Bourgeoisie besser vorbereitet als 1830 und wir können von ihren Siegen über die Regierung den gehörigen Nutzen ziehen.“

Weitling: „Solange eine Partei noch klein ist, muß sie alle möglichen Mittel gebrauchen, sich zu verstärken. Wir brauchen die Revolutionäre so gut wie die Aufklärer und es erfordert deshalb schon die Politik, gegen keine dieser Schattierungen unserer Partei zu raisonnieren. Man braucht das auch ganz und gar nicht. Man kann das alles recht gut mit stillem Schweigen übergehen. Unter Arbeitern ist es verzweifelt schwer, Propaganda zu machen, wenn man ihnen nicht die Möglichkeit der baldigen Verwirklichung unserer Prinzipien in Aussicht stellt. Diese aber liegt nirgends so als in der Revolution. Und dann ist ein echter Revolutionär für uns auch ein ganzer Kerl. Wer ins Feuer geht für eine Sache, tut alles dafür. Bei der Hoffnung auf baldige Ausbrüche wird das Herz mehr bewegt, aber nicht durch Friedenspredigten. Der Père Cabet ist nachgerade ein alter Mann und von den Abonnenten seines Blattes [Le Populaire] stimmt gewiß nicht die Hälfte in seinen Friedenston ein. Die ewige Friedenspropaganda stumpft den Mut und den Eifer ab und ist überhaupt höchst langweilig. Zuweilen muß so ein revolutionärer Kampf dazukommen, selbst wenn er nur Verfolgungen von Seite der Reaktion zur Folge hat; so etwas macht gerade die beste Propaganda. Die Dornenkrone des Märtyrers gewinnt mehr Herzen als alle Lorbeerkränze der Dichter und Redner zusammengenommen. Das wissen die Regierungen auch recht gut und sie scheuen darum das Märtyrertum wie die Pest. Was für eine Kraft lag z. B. im Protestantismus, solange er vom Katholizismus verfolgt wurde! Jetzt ist der Eifer darum lau geworden. Es drängt sich niemand mehr an das Luthertum, macht niemand mehr eine Wichtigkeit daraus wie vor Zeiten. So überhaupt mit dem Christentum. Ich wiederhole es nochmals: das ewige Predigen wird langweilig und vielleicht dauert es nicht mehr lang, [so] werden die Regierungen alle Stichworte unserer Propaganda zu ihrem Vorteil ausbeuten, wie 1813 der König von Preußen die Stichworte der französischen Revolution. Hüten wir uns ja, zu viel auf unsere Erfahrung zu pochen und gegen die Unvernunft der Jugend zu raisonniren. Die Jugend mit ihrer Unvernunft handelt oft viel vernünftiger als die Alten mit ihrer vermeintlichen Weisheit, und da flammen Gefühle deutlicher, richtiger als der Verstand sie aus allen Erfahrungen und Büchern zusammenstoppelt. Gar oft schon blamirte eine kühne Tat der Jugend tausend verehrte Phrasen des allzubedächtigen Alters.“

Frage 6. *„Auf welche Weise wäre sonach die Einführung des Kommunismus am möglichsten?“ [15., 22. VII. 45].*

Aus Schapper's Rede: „Im allgemeinen ist der K. in Deutschland

humanistisch, in Frankreich politisch revolutionär, in England und namentlich in Amerika durchaus antirevolutionär und praktisch konstruktiv; 50—60 Kolonien der verschiedensten Richtungen in Amerika.

Er erwähnt auch Wirth's Progressivsteuersystem und dessen Idee von „Nationalateliers"; „denn auf diese Weise würde der Staat die Konkurrenz der Bourgeoisie unterdrücken oder, was dasselbe ist, das Privateigentum würde Eigentum der Nation werden, d. h. der K. würde zur Verwirklichung kommen müssen."

Weitling: „Die Frage nach den wirksamsten Mitteln zur Einführung des K. führt uns zuerst auf eine genaue Kritik aller früher angewandten Mittel. Als die Owenisten Harmony Hall gründeten, hofften sie durch den Hebel des materiellen Gedeihens alles rund umher zum Beitritt zu bewegen und so auf dem Wege der überredenden Praxis nach und nach ganz England für den K. zu erobern. Ihre Hoffnungen schlugen fehl, und warum? Wenn eine gewisse Anzahl Menschen aus der alten Gesellschaft mit einemmal auf einen kleinen Kreis beschränkt wird, so werden sie bald nur das anziehende und nicht mehr die Übel der alten Gesellschaft sehen. Sie werden durch unnütze, bei den Haaren herbeigezogene Oppositionen die Harmonie unter sich zerstören. Ja könnten sie leicht den Platz und die Gesellschaft wechseln, ohne dem Ganzen und sich zu schaden in ihrem materiellen Interesse, könnten sie dem Gegner aus dem Weg gehen, so wäre die Harmonie gesichert. Aber das geht in so einer kleinen Kolonie weniger als eben in der heutigen Gesellschaft. Sie sind an die Scholle und einen kleinen Menschenkreis mit ihren Interessen gebunden wie das Weib an den Mann und umgekehrt. Die Freiheit ist beschränkt. Man kann den Leidenschaften und Launen nicht aus dem Weg gehen. Was Harmony Hall besonders angeht, so war schon die Anlage ganz verfehlt. Einmal mußte die Gesellschaft allein 900 £ Miete aufbringen, ehe sie daran denken konnte, für sich zu arbeiten; dann mußte sie, um die Konkurrenz auszuhalten, alle Preise der alten Gesellschaft beibehalten. So zerfielen von vornherein schon die Hauptvorteile, aber noch weit schlimmer wirkte jener erste Nachteil der Unmöglichkeit des Wechsels des Ortes und der Gesellschafts- und Arbeitszirkel.

Die Auswanderer in Amerika entbehren außerdem noch aller geistigen Nahrung, was um so schwerer auf sie drückt, je mehr sie daran gewöhnt waren. Abgesondert von der ganzen jetzigen Gesellschaft plagt sie notwendig bald die Langeweile; sie kriegen eine Art Heimweh nach dem alten Zustand und verderben sich gegenseitig das Leben. Es ist aber auch thöricht, die schönen Schöpfungen der Bourgeoisie im Stich zu lassen, um in Amerika von vorn zu schaffen, was in Europa schon alles fertig ist. Da berauben sich die Menschen auf lange Zeit ihrer Freiheit und müssen Wälder ausrotten und dergl., statt daß sie etwas besseres hier in Europa tun könnten; wenigstens könnten sie es im Interesse der Sache.

Komme ich nun auf die eigentliche Frage, so muß ich antworten: mir ist jedes Mittel recht, was zum K. führt. Wir müssen uns ja nicht durch unnütze Streitereien zersplittern, sondern durchaus alles unterstützen, was uns

in die Hände arbeitet. Hat jemand eine Lieblingsidee, mit der wir nicht übereinstimmen, so schweigen wir lieber ganz, als daß wir ihm opponieren. Wir sind eine große Partei nach einer bestimmten Richtung hin, verlieren wir unsere Zeit nicht mit Oppositionen gegen einzelne ihrer Schattierungen! Ob man mit Atheismus oder Religion, mit Kolonisation oder Revolution Propaganda macht, das muß uns gleich sein, wenn die Hauptrichtung dieselbe bleibt. Ich habe auch meine eigene Ansicht, das hält mich aber nicht ab, jede andere zu unterstützen, die für den K. wirksam ist, wenn sie sich dieselbe Toleranz zur Aufgabe stellt.“

Schapper: über die vielen Entbehrungen in den kleinen Kolonien. Über die französische Richtung; „die Franzosen wollen alles mit politischen Revolutionen durchsetzen. So meint auch Père Cabet, eine politische Revolution müsse vorausgehen und diese müsse einen Diktator gebären, der mit seinem starken Willen, seinem erleuchteten Verstand und seiner Humanität den K. vollständig einführe; so werde dann in einer fünfzigjährigen Übergangsperiode ein ganzes Volk in einen kommunistischen Staat versetzt.“

„Weitling ist jedes Mittel recht, was zum Ziel führt, mir auch. Seine Lieblingstheorie [die Verallgemeinerung des Diebstahls] scheint mir jedoch in ihrer praktischen Bedeutung auf Illusionen zu beruhen, wenn sie auch die strengste Konsequenz des heutigen Gesellschaftszustandes ist, wie das Proudhon theoretisch hinlänglich nachgewiesen. Würde der Diebstahl allgemein, so gäbe das freilich eine recht hübsche Konfusion; ich fürchte nur, statt des K. würde der schmachvollste Militärdespotismus ihr Resultat sein. Man würde ein paar tausend hängen lassen und damit kehrte die alte spitzbübische Ehrlichkeit in verschlechterter Auflage zurück. Hier in London hatten wir schon einmal recht hartnäckige Brot- und Fleischplünderungen; die hungrigen Diebe drängten sich aber vergebens in die Gefängnisse. Man war schlau genug, nur einzelne zu arretieren und sie zu langjähriger Deportation zu verurteilen und damit den andern die Lust zur Nachfolge zu benehmen. Also ich bin für alle Mittel, nur für dieses nicht, weil es mir in praktischer Beziehung totaler Unsinn zu sein scheint.“

Kriege: „stellt den Diebstahl als das treue Abbild der heutigen Gesellschaft dar und beweist seine praktische Berechtigung namentlich [dadurch], daß er ihn in Kriegsrecht übersetzt. Auch die Zweckmäßigkeit dieses Mittels wird von ihm mit vieler Wärme in Schutz genommen. Er halte es aber weniger für die Diskussion geeignet, spreche dagegen die Überzeugung aus, daß eine etwaige praktische Ausführung der Diebstahlstheorie mit ihm gewiß von jedem Mitglied in unserer Gesellschaft die offenste Verteidigung finden werde.“

Am 22. VII. 45 beginnen von GÖBEL geschriebene wesentlich kürzere Protokolle; am Schluß der vorigen Diskussion empfiehlt noch SCHAPPER KRIEGE, philosophische Werke zu lesen.

Frage 7. *„Welche Leute haben das meiste Interesse für die Einführung des Kommunismus und welche von diesen die meisten Mittel zur Beschleunigung der Einführung desselben?“ (29. VII.—19. VIII.)*

... Weitling: „Durch die Kommunistische Zeitung, die in Deutschland erscheint[1]*), fühlen sich vielleicht viele hinangezogen aus Liebe zur Freiheit, die darin gepredigt wird. Der K. gewährt auch den Ehrgeizigen und den Eroberern etwas und die Eroberungssüchtigen und Fürsten werden sich darum zum K. hinwenden. Wenn ein Fürst kränklich ist und dadurch die Lage der Kranken und Unglücklichen einsehen lernt, so wird er aus Liebe für die Armen und Kranken Kommunist werden. Denn ein Reicher im Vollgenuß seiner Gesundheit empfindet nichts für den K. Junge Leute, die tatenlustig sind, werden sich zum K. hinneigen, indem sie auch ihre Tatenlust darin befriedigen können, wenn sie etwas für den K. tun wollen. Die kommunistischen Schriften fallen auch den Frauen bei, sie kommen den Armen zugute und auch der Revolutionär findet daran Befriedigung*[2]*).“*

Lehmann spricht von Fürsten, die sich für den K. interessiren würden aus Neid gegen die großen Regentenhäuser, durch die sie zurückgesetzt wurden[3]*).*

H. Bauer: „Nein! die Arbeiter werden es tun; wenn ... [sie] aufgeklärt sind, dann wird ihr Verlangen mit Blitzesschnelle ausgeführt werden.“

Fritz: ... „Kaiser Joseph hat gezeigt, daß er eine gute Meinung für's Volk hatte. Denn wollen wir einen Stand hervorheben, so werden wir zur Sekte.“ ... „Es gibt edle Männer unter den Reichen. Wenn wir dieselben durch unsere guten Beispiele an uns gezogen haben, so werden sie uns mit ihren Mitteln unterstützen.“

Pfänder gibt Bauer recht, „daß die Mittelklasse das meiste Interesse für den K. hat. Die Armen und Nichtsbesitzenden müssen wir mit Aufklärung heranziehen. Die Gelehrten sind uns schon vorausgegangen. Sie sind von ihren Kathedern herabgestiegen und haben das Volk belehrt, damit sie wissen, was sie zu tun haben.“ ...

Weitling: „Wir können keinen Unterschied machen, welche wir zu uns heranziehen sollen. In Bezug auf Kaiser Joseph, der hat sein ganzes Vermögen an die Armen und Unglücklichen vermacht. Hätte Kaiser Joseph die Courage des alten Fritzen gehabt, so hätte er viel mehr für's Volk tun können. Aber was er getan hat, hat er hart müssen büßen. Auf die Arbeiter müssen wir hauptsächlich rechnen, auch mit Geld müssen wir wirken, wir müssen jedes Mittel zur Hand nehmen, was uns zum Ziele führen kann.

1) Die Triersche Zeitung dürfte gemeint sein.

2) Wenn auch Weitling hier durch den primitiven Protokollführer schlecht zur Geltung kommt, sind seine Ideen doch nicht entstellt, wie andere Stellen dieser Protokolle und z. B. die spätere „Republik der Arbeiter“ zeigen.

3) Damals waren Louis Bonaparte und für manche Deutsche der vertriebene Herzog von Braunschweig solche Persönlichkeiten, von denen Fäden nach allen Richtungen ausliefen. Übrigens hatten die Saint-Simonisten ihr „apostolat des princes“ und versuchten, den Sohn Louis Philippes zu gewinnen, und Robert Owen, Freund des Vaters der Königin Viktoria, bemühte sich um die heilige Allianz usw.

Rufen wir den K. hervor durch revolutionäre Mittel, so müssen wir einen Diktator haben, der über alles gebietet. Der Diktator soll darum nicht mehr haben als jeder andere; diese Stelle können wir ihm recht gern gönnen, wenn er nur wirkt für das allgemeine Wohl.“

Am 5. VIII. 45: Bauer (spricht gegen den Fürstenkommunismus): „Wir müssen uns auf diejenige Klasse beschränken, die noch etwas hat. Die niedrigste Volksklasse ist für alles abgestumpft; nur die Klasse, welche noch nicht auf die niedrigste Stufe gekommen ist, auf diese sollen wir unsere Hoffnung setzen; diese hat man zu allen Zeiten die erste die Waffen ergreifen sehen und die werden auch, wenn es wieder zum Kampf kommt, wissen, wofür sie streiten.“

Fritz: gegen Beschränkung der Propaganda auf die Arbeiter; „wir müssen auch die Reichen zu gewinnen suchen.“

Lehmann: „Lassen wir [uns] ein Beispiel an den Gelehrten nehmen [s. o.] und richten wir unser Augenmerk auf die Fabrikstädte.“

Bauer: ... „Die Bildung ist das Hauptmittel, eine bessere Zukunft hervorzurufen; vor 10 Jahren war es noch nicht so als heute; die Gelehrten und Philosophen arbeiten mit uns Hand in Hand und die Reichen werden auch suchen, mit uns eins zu werden, und wir können hoffen, ohne großen Kampf den K. eingeführt zu sehen.“

Weitling: „Ich habe schon in der vorigen Sitzung über alle Stände gesprochen. Die Reichen und Gelehrten werden dem K. huldigen; jedoch wenn der Reiche auch gut für den K. spricht, so ist es ihm doch nicht ganz recht. Die Nichtsbesitzenden haben das meiste Interesse für den K. [d. h. sind an ihm interessirt] ..., aber der 9. und 10. Teil [9/10] der Menschen wissen noch gar nicht, was K. ist. Unter den Bauern sieht es vorzüglich noch gar finster aus. Das Buch Hans Kiek in die Welt [ist] ein kommunistisches Buch [1]*; es wurde schon vor vielen Jahren geschrieben, aber man kennt es gar nicht.“*

Dann über die Londoner Propaganda des Vereins; Anregung, ein eigenes Vereinshaus zu mieten. Zeitschriftenverbreitung ... Die dann von FRITZ angeregte Gründung eines zweiten Londoner Vereins wurde 1846 durch Bildung der Eastend-Gesellschaft durchgeführt.

Am 12. VIII. weitere Diskussion über Propagandamöglichkeiten und am 19. VIII. einstimmige Annahme von WEITLINGS Beantwortung der Frage 7: *„Die sich in der heutigen Gesellschaft nicht befriedigt fühlen und ihre Befriedigung nicht zum Nachteil anderer suchen,*

1) Hans Kiekindiwelts Reisen in alle vier Weltteile und in den Mond (Leipzig und Gera, 1794, 462 S.) enthält vielerlei Sozialkritik, aber eigentlich nur in „Abenazars kleiner Republik“, S. 385 ff. eine kleine utopistische Oase, die sogar als anarchistisch-kommunistisch betrachtet werden kann. Verfasser ist G. F. REBMANN, auf den bald darauf E. WELLER in seinen „Freiheitsbestrebungen der Deutschen im 18. und 19. Jahrhundert“ (Leipzig 1847; 2. Aufl. 1849) in diesem Sinn näher aufmerksam machte. Über ihn s. NADESCHDA VON WRASKY, A. G. F. Rebmann ... (Heidelberg 1907. VIII, 166 S. Dissertation.)

die haben das meiste Interesse und diejenigen, welche die beste Einsicht haben, die haben die meisten Mittel."

Frage 8. „*Auf welche Weise können die Handwerker und die, welche mit ihnen in gleichem Verhältnisse stehen, am kräftigsten für die Einführung des Kommunismus wirken?*" *(19. VIII.—9. IX. 45).*

WEITLING und andere besprechen die Technik der mündlichen Propaganda usw. im einzelnen; die Frage wird beantwortet: „*durch brüderliche Einigkeit und Verbreitung kommunistischer Grundsätze.*"

Frage 9. „*Was ist zu tun, um die Einheit der Propaganda möglich zu machen? Nach welcher Regel muß gehandelt werden? (9., 16. IX.)*

WEITLING spricht für tolerantes, nicht zu schroffes Vorgehen. Diese Toleranz aus taktischen Gründen wird von andern, wie BAUER, nicht ganz gebilligt und BAUER, MOLL und PFÄNDER „*sind der Meinung (sagt Weitling), daß das, was geschrieben würde, erst nachgesehen oder [darüber] abgestimmt würde; das geht aber nicht. Ich bin in dem Falle gewesen, ... es fragt sich, wer soll abstimmen? Als ein Hauptmittel kann ich es nicht hinstellen; denn die Verständigung des ganzen ist sehr schwierig ... Der Bürger Bauer sagt, es sollte auf kleinen Blättern geschrieben werden*[1]*), aber man hat sich schon viel in kleinen Blättern über K. beschäftigt, kleine Blätter werden verloren oder zerrissen, was aber bei Büchern nicht der Fall ist. Kleine Blätter haben zwar ihr gutes, aber will man etwas wichtiges schreiben, so kann es nicht auf kleinen Blättern geschehen. Müßte man es auch für Verschwendung [ansehen], für etwas Geld herzugeben, was ein einzelner schrieb, stellen wir eine Kommission hin, so können wir doch ohne Ausgaben nichts ausrichten.*"

Am 16. IX., Bauer: ...„Bücher sind gewöhnlich aufgestellte Systeme und wir dürfen uns nicht vorstellen, daß solche Systeme in einer Gütergemeinschaft ausgeführt werden oder können; denn man muß sich immer nach Zeit

1) Natürlich kämpft hier WEITLING für seine eigenen Bücher, für die er keine Vereinskontrolle wünschte und die er auch nicht für ersetzbar durch Flugschriften hielt. Nach seiner Darstellung in der „Republ. d. Arbeiter", 19. VII. 51, fand er in London (seit August 1844) außer „einigen Korrespondenzen" für seine literarische Tätigkeit keinen Verleger. Er arbeitete unausgesetzt an seiner „Denk- und Sprachlehre, an einem Werk Gerechtigkeit und an einem andern größeren sozialen Werke". Später erzählt er, daß er für ein Werk (er sagt nicht welches) damals 800 Franken erhielt; aber an einer andern Stelle heißt es „die 800 Franken ..., welche mir ein reicher Kommunist aus Deutschland, um die Bedenken der Annahme derselben zu verdecken, unter der Form einer Anzahlung für ein Manuskript" geschickt hatte; 200 Fr. schickte er davon in die Schweiz als Beitrag zur 2. Auflage des Evangeliums des armen Sünders. (Diese 2. Auflage erschien 1846 in Birsfeld, Walsersche Buchdruckei. VIII, 172 S. 8°.)

und Umständen richten. Lykurg sowie auch die ersten Christen haben gar keine Bücher geschrieben ... die mündliche Propaganda hat bis jetzt das mehrste getan"; worauf noch eine Replik von Weitling erfolgt.

Frage 10. *„Welches ist der von jedem System unabhängige Kern des vollkommensten Kommunismus?" (30. IX.—14. X. 45.)*

Weitling: „Der K. ist dieses: was ich für mich tue, so muß es auch für andere gut oder möglich sein und keiner muß mehr Hindernisse finden. Im vollen Ausdruck des Wortes, was man für sich wünscht, muß auch für alle sein.

Atheismus ist ein einseitiges Prinzip und mit den verschiedenen Religionsbekennern kann es nicht geändert werden [sic]. Aufdringen solle man keinen Glauben, freilassen ist das beste. Es wird zu allen Zeiten Leute geben, die sich über Religion und Moral gern hören lassen; der Probestein muß aber immer sein: ist es auch für alle gut?

Nach einer Diskussion über Atheismus und Weibergemeinschaft (in dem von WEITLING verstandenen Sinn) wiederholt W. seinen Standpunkt: *„alles was man für sich wünscht, muß auch gut für andere sein"*, während ROSENTHAL als Kern des K. bezeichnet, *„daß sich ein jeder frei entwickeln kann und der eine nicht mehr durch den andern beherrscht wird. Was den K. zurückhält, ist die Religion. Denn solange der Mensch der Religion anhängt, läßt er sich schinden und knuten und bekümmert sich um sein wahres Wohl und seine Rechte nicht."*

SCHAPPER stimmt letzterem zu und kritisiert dann die Systeme von OWEN, CABET (das man einem Schafstall verglichen hat) und WEITLING, das *„zu soldatenmäßig"* sei. *„Wenn wir auf die menschliche Natur zurückgehen, so wird der Mensch nur in der Arbeit sein Glück finden. Arbeit und Genuß werden abwechseln und eines jeden Glück wird vollkommen werden. Kein Zwang muß sein, denn der Mensch ist nicht faul; wenn der Mensch auf einer richtigen Stufe der Bildung steht, so wird er freudig arbeiten. Was die Religion betrifft, solange die Menschen der Religion anhängen, werden sie alles ertragen und sich wenig um ihre Rechte bekümmern. Ich will nicht damit sagen, daß wir glauben sollen, es gibt keinen Gott; aber der Gott muß mit dem Sittengesetz übereinkommen. Man braucht auch den Gott nicht in unsere Sache [zu ver]wickeln. In die Staatsangelegenheiten überhaupt muß nichts Überirdisches eingemischt werden. Suchen wir einen jeden dahin zu leiten, daß der Kern des K. sein muß, sich frei entwickeln zu können."*

WEITLING, mit Bezug auf die eben gegebene Erklärung: *„aber der eine hat mehr Geist als der andere, folglich bedarf er auch mehr Befriedigung desselben. Der eine muß immer dem andern aushelfen; der weniger Kenntnisse hat, muß immer von dem nehmen, der mehr hat."*

Pfänder: „Man kann mehreres auf verschiedene Art ausdrücken. Es wurde die Freiheit besprochen; sobald sich ein jeder frei entwickeln kann, so ist es ja selbst Gleichheit. Freiheit und Gleichheit ist in der Gemeinschaft möglich. Der Bürger Weitling meint, die Natur setze dem K. Hindernisse,

aber wenn wir der Natur folgen, so sind sich die Menschen gleich und gerade wo alles in Gemeinschaft ist, da ist auch Ersparnis[1]*).“ . . .*

Am 14. X., Weitling: „Der Kern des K. ist ein Zustand, wo alles gemeinschaftlich ist; dieses aber liegt in der freien Entwicklung nicht. Gemeinschaftlich sein greift in alles hinein; es hängt alles aneinander als eine Kette. Kein besonderer Vorteil muß stattfinden; wir wollen es zum Vorteil derer haben, die von der Natur vernachlässigt sind. Aus dem Christentum hat man alles gemacht; unsere Pflicht ist es, achtzugeben, daß es mit dem K. nicht ebenso geht.“

Bauer: „Der Bürger Weitling meint, die Freiheit schließe die Gemeinschaft nicht mit ein; wenn der Mensch Freiheit besitzt, so muß er sie auch befriedigen können. Freiheit müssen die Menschen gemeinschaftlich haben, sonst können sie ihre Fähigkeiten nicht entwickeln.“

Schapper: „Im Grundsatz, den ich besprach, meint der Bürger Weitling, müsse noch ‚Gemeinschaft‘ beigefügt werden. Die Entwicklungsgrundlagen müssen für alle gemeinschaftlich sein, aber die Genüsse gemeinschaftlich, glaube ich, geht nicht. Denn das wäre gerade wie bei dem Soldaten in der Kaserne, und ich fürchte, wir würden dadurch in einen bedeutenden Kampf geraten. Ich glaube ferner, daß wir bei der freien Entwicklung alle glücklich sein können.“

Pfänder: „Die freie Entwicklung ist ohne Gemeinschaft gar nicht möglich. Indem wir uns in allen Hinsichten ausbilden können, ist es ja schon gemeinschaftlich. Sobald die freie Entwicklung stattfindet, müssen auch die Genüsse gemeinschaftlich sein. In den uns folgenden Menschengeschlechtern wird sich noch manches ändern; denn durch das gemeinschaftliche Harmonieren wird ein jeder kriegen können, was er liebt, und mit vielen Ersparnissen.“

Weitling „meint, die Diskussion käme nicht ganz mit der Frage überein und glaubt, die freie Entwicklung möchte uns auch von unsern jetzigen Häuptern der Gesellschaft zugestanden werden; dieses könnte nicht der Kern des K. sein.“

Schapper: „Ich glaube, wenn wir es den deutschen Liberalen vorlegten, so würden sie es nicht wollen [der folgende Satz ist unklar]; ein jeder muß seine völlige Freiheit haben, ohne der persönlichen Freiheit [anderer oder aller] zuwider zu sein.“ . . .

Frage 11. *„Prüfung der verschiedenen modernen und alten Systeme an dem Kern des Kommunismus.“ (21. X.—11. XI. 45.)*

Weitling spricht über Owens System, das für das beste von allen gelte; alles solle durch gesellschaftliche Vereinigung geschehen und der größte Wert werde auf die Erziehung gelegt, durch die man aus dem Menschen alles machen könne. — In Cabets System fände er gar keinen Widerspruch. — Dann über Fourier.

---

1) Es ist schade, daß gerade diese seltene Diskussion über Freiheit so unvollkommen überliefert ist. Für die instinktive Freiheitsscheu Weitlings ist auch das vorliegende hinreichend charakteristisch.

Schapper: „Es gab eine Zeit der Systeme; für mich gibt es jetzt keine mehr. In den Systemen sieht man immer nur ein Kasernenleben; nie hat man in das Innere des Menschen dabei gesehen. Owen meint, das Arbeiten sei eine Last und die schwere Arbeit gehöre für Leute von jungen Jahren und das Alter regiere am besten. Aber von 25 bis 35 sind die Menschen am stärksten und können auch folglich die schwerste Arbeit tun. Das System von Fourier ist in mancher Beziehung scheußlich und lächerlich. All diese Leute suchen nur, auf welche Weise sie die schlechteste [schwerste] Arbeit können getan kriegen. Ein jeder Mensch hat eine besondere Neigung und keiner befindet sich wohl, wenn ihm etwas aufgedrungen wird. . . . Gehen wir auf die menschliche Natur zurück und wir werden sehen, daß alles ordentlich wird und nach zwei Generationen wird alles in der besten Harmonie sein.“ (Am 28. X.): CABETS Regime möchte er einen Monat mitmachen, aber nicht länger. *„Es ist da so ruhig und bei der übergroßen Ruhe wird die Menschheit wieder zu Sklaven gemacht. Es muß immer ein Kampf sein; aber dieser Kampf muß auf das Geistige hingetrieben werden; man macht jetzt schon den Kommunisten den Vorwurf, daß es im kommunistischen Zustand keinen Trieb mehr gebe für etwas besseres; aber wehe den Menschen, deren Streben nicht auf etwas besseres zielt. — Gegen Owen's patriarchalisches System, die Herrschaft der Alten . . .“*

Weitling: . . . Gemeinschaftliche Arbeit und gemeinschaftliche Genüsse sind möglich und was die Fähigsten tun können, muß dem Schwächeren zugute kommen. „Nach der Prüfung der verschiedenen Systeme ist das von Cabet das beste.“ . . .

Schapper: . . . „weder Owen noch Cabet sind auf die menschliche Natur zurückgegangen. Es waren Anfangssysteme und es wird durch die Zeit anders und besser werden.“

Die Diskussion verweilt noch auf Cabet, den manche in Schutz nehmen oder entschuldigen, ohne ihm ganz beizustimmen.

Frage 11. *„Was verlangt im allgemeinen die Freiheitsliebe des Einzelnen und was gewährt derselben im allgemeinen die heutige Gesellschaftsordnung?“ (11. und 18. XI. 45.)*[1])

Frage 12. *„Welche Vorteile gewährt der heutigen Gesellschaft der Trieb nach Freiheit und Unabhängigkeit?“ (18. XI.)*[1])

Frage 13. *„Inwiefern sind diese Vorteile in den bekannten Systemen garantirt?“ (25. XI.)*

Schapper: . . . „In dem System von Weitling gibt es für Freiheit auch keine Garantie. Ich glaube, ein wirkliches System wird sich bilden von unsern neuen deutschen Philosophen. Wenn wir dieses durchgemacht haben [die Diskussion der Weitling'schen Fragenserie], so werden wir wohl tun,

---

1) Diese Diskussion habe ich nicht exzerpiert oder kopiert, woraus ich wohl folgern kann, daß sie mir bei der Durchsicht nichts von Bedeutung zu enthalten schien, da mich sonst gerade dieser Gegenstand interessiert hätte. WEITLING erscheint bis zum 7. I. 46 nicht mehr als Redner.

die neuere deutsche Philosophie durchzumachen, und wir werden unsern Ideen näherkommen[1]*."*

Frage 14. *„Durch welche Anordnungen können in einem kommunistischen Staate die persönlichen Freiheiten dargestellt und mit den Bedürfnissen desselben in Harmonie gebracht werden?" (25. XI.)*

Schapper spricht darüber und sagt nichts wesentlich Freiheitliches.

Frage 15. *„Welches ist der richtigste Maßstab für die menschlichen Kräfte? Welches ist das beste Tauschsystem?" (2. XII. 45.)*

... Schapper: „[Ein] Tauschsystem kann in der Gütergemeinschaft nicht stattfinden, so wie es in Weitling's Systeme angegeben ist. Weil wir aber dieses verworfen haben, so kann auch davon keine Rede mehr sein." ... „Auch die Kommerzstunden würden Übel herbeiführen, indem dadurch immer der eine seine Bedürfnisse besser befriedigen könnte als der andere. Ohne die Kommerzstunden in Anspruch zu nehmen, werden die Menschen immer so viel hervorbringen als sie bedürfen." ...

Frage 16. *„Welche Vorteile gewährt die Trennung der Verwaltung des angenehmen und der des unangenehmen, die Weitling als Grundlage seines Systems aufstellt? Was wird unter Kommerzstunden verstanden und in welcher Ausdehnung sind sie möglich oder nicht?" (9. XII.)*

Diese von WEITLING für die unangenehme Arbeit für notwendig gehaltenen Kommerzstunden werden verworfen.

Frage 17. *„Auf was muß in der Übergangsperiode mehr gesehen werden, auf den Kern des Prinzips oder auf die persönliche Freiheit?" (23. XII. 45.)*[2]

Frage 18. *„Welche Vor- und Nachteile haben monarchische, konstitutionelle und republikanische Regierungen dem Volk ihrem Wesen nach zu bieten?" (7. I. 46.)*

---

1) Die erste Andeutung des baldigen Abbruchs der Diskussionen. WEITLING erschien vom 4. XI.—7. I. 46 nicht mehr und dann zum letztenmal. Am 4. XI. hatte er mitgeteilt, daß die Schweizer eine Kasse für Druckkosten errichtet haben und fragt, ob sich die Gesellschaft dieser Kasse anschließen will, nämlich freiwillige Beiträge geben. Dafür kann sie bestimmen, was sie gedruckt zu haben wünscht oder auch es in die schon bestehenden Schweizer Blätter einrücken lassen. Beschlossen wurde „vorerst 5 oder 10 Blätter aus der Schweiz kommen zu lassen, um zu sehen, ob sie den Ideen der Gesellschaft entsprechen." Dies zeigt, daß WEITLINGS Einfluß in keiner Weise vorherrschte.

2) Auch diese Diskussion, deren Einzelheiten leider heute zeitgemäß sein mögen, schien mir bei der seinerzeitigen Durchsicht nichts der Festhaltung Wertes zu enthalten. Gerade hier geht aus der Rede SCHAPPERS hervor, daß WEITLING diese Fragen aufstellte, und in welchem Sinn läßt ja der Wortlaut erkennen.

WEITLING [seine letzte Rede[1])]: *„Die monarchischen Regierungen haben den Vorteil der Einheit, indem da nur nach dem Worte eines einzelnen gehandelt wird, wo sie viel kräftiger wirken können als eine republikanische Regierung. In [letzterer] wird durch Wahlen gehandelt, wo durchaus die Einheit nicht hervorgebracht werden kann, wie in einer monarchischen Regierung, wo der eine das, der andere das will, wodurch allerdings nur Unordnung sein kann. Überhaupt im Kriege ist es nicht gut, weil durch die Wahlen viel verraten werden kann, jedoch durch ihre Freiheiten hat allerdings die Republik viele Vorteile: überhaupt sollte man die Sache einem übergeben wie Napoleon" [sic.].*

. . . „Die französische Republik hat allerdings viel gutes hervorgebracht; so konnte auch durch sie die Freiheit hervorgebracht werden; es fehlte aber an der Einigkeit und durch dieses zerfiel das ganze. Napoleon habe die Regierung gerettet durch Einigkeit. Napoleon verband die neue Konstitution und verknüpfte damit die Einheit; nur allein sein Ehrgeiz stürzte ihn. Ebenso kann auch eine Republik den Kommunismus einführen, wenn ein Prinzip festgestellt ist."

Die weiteren Fragen sind unbekannt, denn am 14. I. 1846 wurde beantragt und angenommen *„1. die noch folgenden Fragen nicht weiter zu diskutiren, da selbige schon oft genug besprochen sind; 2. an dessen Stelle die ‚Religion der Zukunft" und wissenschaftliche Fragen zu diskutiren, welche jeder Bürger einreichen [vorlegen] kann."* Die am 25. XI. (s. o. Frage 13) gemachte Bemerkung SCHAPPERS zeigt, daß dieses Vorgehen dessen Intentionen entsprach oder entsprang. WEITLING, der vom August 1844 an 17 Monate in London war (er selbst, Republ. d. Arb., 19. VII. 1851) reiste also im Januar 1846 ab, nach Brüssel und von dort gegen Ende des Jahres nach New York[2]).

FRIEDRICH FEUERBACHS Religion der Zukunft (Zürich und Winterthur 1843) wurde tatsächlich vom 8. II. 46 ab beständig sehr ausführlich diskutiert; am 29. XII. war § 14 erreicht. Daneben wurden 1846 folgende Gegenstände behandelt, deren Titel ich meist abkürze: Folgen der Aufhebung der Bordelle in Berlin (17. II., 24. III.); „Welches ist die beste Erziehungsmethode für einen

1) Leider von dem primitivsten der Sekretäre, der WÖPPEL hieß, überliefert.

2) Zur Ergänzung der Fragenserie mag die lange Abhandlung Die Sozialreform in sieben Fragen, beantwortet von Sozialreformern Rep. d. Arb., 27. Sept. 1851 bis gegen Ende 1852, beachtet werden, die FOURIERS, OWENS, CABETS und WEITLINGS Ansichten nebeneinanderstellt (von WEITLING); „1. Wie soll die Arbeit organisiert werden? 2. Wodurch werden die Menschen zur Arbeit angeregt werden? 3. Wie sollen die Arbeiter geleitet werden und durch wen? 4. Welches ist das beste Tauschsystem? 5. Wie wird die Erziehung geleitet werden? 6. In welchen Verhältnissen wird das Weib leben? 7. Welche Übergangsperioden sind möglich?" — Sollte dies etwa die von WEITLING in Brüssel 1846 abgeschlossene Übersetzungs- und Systemarbeit sein? (Vgl. MEHRING, Garantien. 1908. S. XXXVII—VIII.)

kommunistischen Staat?" (SCHAPPER, 14. IV., 12. V.); „Was hat mehr Nutzen für die Menschheit hervorgebracht, die Reformation des 16. Jahrhunderts oder die französische Revolution von 1789?" (BAUER, 28. VII.—15. IX.); Nutzen oder Schaden der heute so wütenden Konkurrenz für den sozialen Fortschritt (DÖPEL, 22. IX.); „Welchen Einfluß kann der letzte Sieg der Proletarier in Genf auf die ganze soziale Reform haben?" (20. IX.); „Welchen Einfluß hatte CLEOPATRA auf das Schicksal Roms?" (3. XI.); Vortrag von ERNEST JONES „über den gegenwärtigen Stand der Arbeiter in England" (17. XI.); „Wir Menschen sind alle Brüder. Wie kann der Bruderbund in unserer Mitte eingeführt werden?" (24. XI., 8., 22. XII.)[1]).

Hierzu kommen die Vorträge usw. in der „Sonntagsabteilung" [2]), deren Protokolle vom 26. Juli 1846 ab vorlagen. Über die deutsch-katholische Religion (SCHAPPER, 26. VII., 2. VIII.); „Welchen Einfluß hat die französische Regierung durch die Eroberung Algiers ausgeübt?" (9. VIII.; Beseitigung der unruhigen Köpfe, Ausbildung einer Armee gegen das Volk in Frankreich . . .); Kann der Arbeiter in der heutigen Gesellschaft seine Existenz sichern? (16., 23. VIII.); Die Reformation (PFÄNDER, 30. VIII.); „Alle Menschen sind Brüder, welches sind die Gründe?" (ROSENTHAL, 6., 27. IX., 4. X.); „Offener Brief der Deutschen in London an ihre Landsleute in Schleswig und Holstein, ausgehend von der Lesegesellschaft; Adresse des Bildungsvereins in London an die deutschen Proletarier" (von SIEVERS früher deutscher Gymnasiallehrer, 13. IX., wird gedruckt); Vortrag SCHAPPERS „über Gott, Religion der Gegenwart und Religion der Zukunft" (20. IX.); „Worin besteht der Unterschied zwischen nationaler und rein menschlicher Bildung und welche sollen wir vorziehen?" (SCHAPPER, um den in den dänischen Angelegenheiten sich zeigenden nationalen Gefühlen entgegenzutreten, 4., 11., 25. X.); Der Dreißigjährige Krieg (PFÄNDER, 18. X.); SCHAPPER über allgemeine Weltgeschichte (1. XI.); „Ist Christus aufgetreten die heutige Religion zu stiften oder das Wohl der Menschen zu verbessern?" (1., 8. XI.); „Was ist der Mensch und was wird aus ihm werden?" (ROSENTHAL, 15. XI.); „Sind die Maschinen zum Vorteil oder Nachteil der Arbeiterklassen?" (SCHAPPER, 22. XI., 6. XII.); „Welches ist die beste Erziehungsweise, die dem Wohl der Menschheit näherführt?" (KOCH, 20., 27. XII. 46).

Diese Tätigkeit des Vereins im Jahr 1846 zeigt also weder ein Nachwirken WEITLINGS noch ein Vorwirken von MARX, sondern ist reinster SCHAPPER. Dieser pflegt mit rührender Geduld das Studium FRIEDRICH

1) Alle Menschen sind Brüder, das Motto des geheimen Bundes, 1847 durch: Proletarier aller Länder, vereinigt euch ersetzt, worüber mir am 31. X. 1905 F. LESSNER mitteilte, ENGELS habe letzteres Motto von MARX kommend in London eingeführt; MARX habe gesagt, es gebe eine Menge Menschen, denen er nichts weniger als Bruder sein wolle. Nach der K. Ztschr. erschien es auch auf den metallographierten Bundesstatuten vom 8. XII. 1847 (s. WERMUTH-STIEBER, II, S 3).

2) Die „Sonntagsgesellschaft" wurde am 18. III. 1845 als Zweig des Bildungsvereins anerkannt (Antrag SCHAPPER).

FEUERBACHS, er steuert den Verein an der nationalen Strömung vorüber und tritt auch gelegentlich dem Treiben des berüchtigten CHERVAL gegenüber, der 1846 seine Tätigkeit als Provokateur auf eine Weise begann, die eigentlich ein Blick auf seine in den Protokollen erhaltenen Redereien sofort erkennen oder vermuten lassen muß. Fraglich ist mir nur, ob die „Bruderbund"diskussionen seit Ende November 1846 eine zu dem geheimen Bund führende Agitation bedeuten und wer dies veranlaßte, vermutlich die neue Bundesleitung, die ja neues Leben in die Bewegung bringen wollte.

Den eigentlichen maßgebenden Kern der Gesellschaft findet man aber in ruhigen, intelligenten Leuten wie H. BAUER, J. MOLL, PFÄNDER u. a., denen WEITLING nicht imponierte und die ihren SCHAPPER kannten. Diese standen längst dem eigentlichen Arbeiterstandpunkt nahe und man begreift, daß sie einer präzisen Fassung und Vertretung dieses Standpunkts nachstrebten. Sie ließen ein Jahr WEITLING (1845) und ein Jahr Religionsphilosophie (1846) über sich ergehen, weil sie dem Kommunismus vollständig ergeben und vor der deutschen radikalen Philosophie Hochachtung empfanden. Dann aber sahen sie jedenfalls, daß das alles, besonders angesichts der sich vorbereitenden bürgerlichen Bewegungen, keine Handhabe zu praktischem Vorgehen bilde. In diesem Sinn urgierten sie die Besprechung solcher Fragen in dem Rundschreiben von Ende 1846 und setzten sich dann 1847 mit MARX und ENGELS in Verbindung. Ein Teil des Terrains war durch die WEITLINGschen Diskussionen geklärt, die das Prekäre aller Systeme gezeigt hatten. MARX nun lenkte ihren Blick ab von der Natur, die sie bisher geliebt, als einzigen Maßstab betrachtet und wiederzuerreichen gesucht hatten, und fesselte ihren Geist an die Betrachtung der Produktionsverhältnisse, der unmittelbaren ökonomischen Entwicklung, die nach ihm zum Kommunismus führen muß. Ob das richtig ist, wissen wir heute noch nicht; desto mehr war dieses kühne Versprechen, diese anscheinend so einfache Lösung für diese Leute damals, die bis dahin keinen Ausweg gefunden hatten, eine sie faszinierende Überraschung und so entstanden die ersten gläubigen Marxisten. Die neue Lehre gab durch ihren ökonomischen Fatalismus eine feste Grundlage für den Glauben an den schließlichen Sieg der Sache; sie war in praktischer Beziehung ungemein elastisch und ermöglichte, jeden beliebigen Standpunkt von der Reform zur Revolution oder zum Dogmatismus einzunehmen; das Verantwortlichkeitsgefühl, die Initiative wurden unnötig, ein Superioritätsgefühl entstand, das MARX selbst den „Kommunistenstolz der Unfehlbarkeit" nannte. Wie immer die Erkenntnis späterer Zeiten über MARX' Ideen entscheiden mag, so wenigstens wirkten sie 1847, wie mir scheint, auf diese ruhigen und klugen Leute, deren Mentalität ich aus ihrem fast wöchentlichen Auftreten in den Jahren 1845 und 46 doch etwas zu beobachten Gelegenheit hatte; sie waren den WEITLING, KRIEGE, SCHAPPER u. a. gewachsen, aber MARX warf sie geistig über den Haufen und sie und ihre Nachfolger gewannen ihre geistige Freiheit wohl bis heute nicht wieder.

WEITLINGS Ruf nach einem Diktator (s. o. Frage 7) führt uns an

die Quellen dieser Idee zurück, damals als man die Sache noch nicht durch allgemeine Ausdrücke, Diktatur des Proletariats, verschleierte. Sein Napoleonkult (s. o. Frage 17) und daß er dem Kaiser JOSEPH die Courage des alten FRITZ wünschte (s. o. Frage 7) zeigen die eine Wurzel dieser Idee, die fortlaufende Wirkung des „aufgeklärten Despotismus" des 18. Jahrhunderts und den Eindruck, den ein so ungemein erfolgreicher Mann wie NAPOLEON machte. Der nächste Schritt war, daß er sich zu dem Verfasser der „Extinction du Panpérisme", NAPOLEON III., hingezogen fühlte, durch den sich die „Republik der Arbeiter", 29. X. 1853, S. 346 sogar die „Initiative des Kommunismus" vorstellt. Wenn dies auch wahrscheinlich von WEITLINGS damaligem Vertreter, L. ALBERTI, geschrieben wurde, so schreibt doch WEITLING selbst (ebda 17. III. 1855):

„Ich bin durch zwanzigjährige Erfahrung und Nachdenken fest überzeugt, daß wir einst eine solche Zentralgewalt bekommen werden, glaube aber nicht, daß dieselbe eine demokratische sein kann. Ich glaube vielmehr, daß ein Alleinherrscher die erste Zentralgewalt sein wird, welche nach Abschaffung des Privatgrundbesitzes und Privathandels die Völker nach den Rechten und Pflichten der Arbeit regiert. Ich glaube dies so fest, daß ich jedem zugebe, all meine Lehren für Irrtümer zu halten, wenn dieses ein Irrtum ist.

Zur Herstellung einer solchen wichtigen Reform gehört die strengste Einheit und diese ist nur unter der unumschränktesten Alleinherrschaft möglich. Wenn diese Reform aber erst Gewohnheit geworden ist, wenn junge Generationen darin auferzogen wurden, dann werden sie die Regierungsform demokratisieren und dann auch kann und muß eine demokratische Regierungsform ihr folgen, aber keine des Mehrheitsdusels, sondern eine sich selbst wählende, eine der Fähigkeiten [1]), wie ich solches in den ‚Garantien' angedeutet habe. Vielleicht wird dieselbe lange noch ein erbliches Oberhaupt zum Schein über sich haben, ähnlich der englischen Verfassung in betreff der Regierungsform, welche Regierungsform mit der sozialen Reform verbunden mir jetzt die dem Wohl der Menschheit entsprechendste scheint. Sie erlaubt dann die durch Fähigkeiten berechtigte Freiheit des Dranges zu den höchsten Stellen, indem sie zugleich die allerhöchste — jedoch dann unwichtigste und unschädlichste — dem Ehrgeize fernhält und dadurch das ganze vor vernichtenden Erschütterungen sichert."

---

1) W. erzählt (R. d. A., 12. II. 1853), daß er 1838 das Prinzip der Fähigkeitswahlen aufstellte und 1841 in ein System brachte, daneben das „Törichte und Zweckwidrige der bisher gelehrten und praktizierten Mehrheitswahlen beleuchtete"; 1849 traten PROUDHON und E. DE GIRARDIN dafür auf, jetzt St. P. ANDREWS in seiner „Science of Society": ...„Was hat also die Gesellschaft zu tun? Sie hat alle Hindernisse dieser universalen Selbstwahl jedes Individuums zu dem Amte, für welches derselbe sich fähig und tüchtig hält, zu beseitigen" ... Das „Oneida Circular" behauptet, daß ein solches Herausfinden der Befähigten ohne Mehrheitswahl seit jeher in ihrer Assoziation stattfinde.

Und am 18. IV. 1855, mit voller Sympathie für NAPOLEON III.[1]): Schritt für Schritt werde in Frankreich die Lage der arbeitenden Klassen verbessert. *„Auch der Kaiser von Österreich tritt in diese Reformbahn. ... Das ist aber erst der Anfang des Anfangs. Die Mächtigen haben aus der Agitation der Sozialisten und Kommunisten die Leidenschaften (lies Leiden?) des Volks und die Möglichkeit ihrer Abhülfe kennengelernt und der praktische Überblick hat sie überzeugt, daß solche Reformen auch unter der Monarchie möglich sind und zwar möglicher als unter der Demokratie. Diese und hundert andere von den neuen Monarchen unternommenen Erleichterungen und Verbesserungen mögen manchen noch unbedeutend, noch nichtssagend, seicht und als Köder erscheinen, um die arbeitenden Klassen damit zu fangen. Ich beurteile sie indessen nicht allein von dieser Ursache ausgehend. Es liegt unverkennbar darin der Wille, Gutes zu tun. Ich führe aber diesen Zweiflern ein anderes durch wiederholte Nachrichten seit 6 Monaten mehrfach bestätigtes Bild vor, den Kommunismus in China.*

Der an der Spitze der Rebellen stehende Kaiser" ... etc. (die Christuslehre der Missionäre habe die Rebellen auf diese Idee gebracht und wenn sie siegen, würden 400 Millionen das Beispiel [des Kommunismus] geben ...

Aber auch in Bezug auf die winzige Kolonie Communia in Amerika, mit der er so viel Ärger hatte, sagt WEITLING schließlich: *„Ich spreche frei heraus und sage offen: wir können ohne eine auf Beschluß einer gesetzmäßigen Mehrheit gegründete Einheitlichkeit der Verwaltung oder sogenannte Diktatorherrschaft für unsere Zwecke nie etwas erreichen."* (Rep. d. Arb., 14. VIII. 1852.)

So war WEITLING im kleinsten wie im größten für die Diktatur (des Diktators) und erträumte auch den stets versprochenen aber noch nie gesehenen „Abbau" der Diktatur[2]). Dagegen war es ihm nicht gegeben, die Verschleierung dieses Verhältnisses durch den Ausdruck „Diktatur des Proletariats" zu erfinden. Kaiser JOSEPH, der alte FRITZ und die beiden NAPOLEON waren die Quellen seiner Diktaturideen, während andere diese Ideen der Herrschaft der Pariser comités von 1793 und 94 entnahmen, neben welchen ja in den Sektionen auch ein Urbild des Sovietismus bestand; die Puritanerarmee, die zu CROMWELLS Diktatur hinüberleitete war ein früheres Beispiel, vor welchem wieder bekannte Erscheinungen aus der Zeit des spätrömischen und des orientalischen Despotismus liegen.

1) S. auch die in Garantien, 1908, S. XLIV—V angeführte Stelle.

2) Einen klassischen Ausdruck findet diese Fiktion früh in der Publikation der Londoner blanquistischen Kommuneflüchtlinge „Internationale et Révolution..." (Londres 1872, 16 S. 8°) z. B. in den Worten: *„Cette dictature du prolétariat [nach der „période de dictature révolutionnaire"] cessera comme étant sans objet, l'abolition de toute classe faisant disparaître de soi le gouvernement d'une classe. Alors les groupes comme les individus seront autonomes, alors sera réalisée cette Fédération, résultat et non moyen de la victoire, cette anarchie que la victoire produira et qui pendant la lutte est désorganisation et défaillance, quand elle n'est pas trahison ou sottise."*

Es war jedenfalls ein Verdienst der geistig führenden Mitglieder des Londoner Vereins und des mit ihnen identischen „Bundes", daß sie WEITLING und alle andern, sich selbst auch, als unzureichend empfanden und sich dauernd weiter bemühten, die Stellung des Kommunismus der radikalen, indifferenten und feindlichen Mitwelt gegenüber aufzuklären. Der letzte hierzu Ende 1846 genommene Anlauf führte dann endlich ununterbrochen weiter zur Produktion des so blendenden „Manifests der kommunistischen Partei", das freilich durch seinen Glanz diese geistige Entwickung jäh abbrach, was unter keinen Umständen gut sein konnte.

Ein Aufruf Julius Vahlteichs aus dem Jahre 1863.

Mitgeteilt von **Ernst Drahn** (Berlin).

Die Entwicklung der deutschen Arbeiterbildungsvereine zu selbständigen politischen Parteien ist ein wenig bekanntes Kapitel aus der deutschen Arbeiterbewegung. Im Jahre 1903 erzählten BEBEL, VAHLTEICH und MEHRING Näheres darüber[1]) und auch die hier mitgeteilte Urkunde selbst enthält interessante Angaben hierüber. Daher sei hier nur kurz in Erinnerung gebracht, daß die Arbeiterbildungsvereine seit dem Jahre 1860 vom „Nationalverein" ins Leben gerufen worden waren und, als kleinste Gruppe, neben den evangelischen Jünglingsvereinen und katholischen Gesellenvereinen, der KOLPINGgründung, wirkten. Den Anstoß zu ihrer selbständigen politischen Entwicklung hatte der Nationalverein selbst gegeben, indem er durch die Maßnahme der vollen Beitragszahlung für ein Jahr die Einzelmitgliedschaft der Arbeiter in der Praxis aus seinen Reihen ausschloß. Seine Stellung zur Arbeiterschaft sollte nach der Meinung seiner Führer die der wohlwollenden Patronage sein und im Genossenschaftswesen nach den Ideen eines SCHULZE-DELITZSCH sollte das Allheilmittel zur Heilung aller wirtschaftlichen Nöte des vierten Standes liegen. Gegen diese Auffassung aber entstand in den Bildungsvereinen eine, zuerst recht zahme, Opposition, die zu selbständigem Vorgehen der Arbeiter führte. Auf einem Kongreß wollte man sich über verschiedene Forderungen: Gewerbefreiheit und Freizügigkeit durch ganz Deutschland, Assoziationen und Invalidenkassen etc. beraten. Als nun selbst diese geringe selbständige Tätigkeit der Bildungsvereine, deren Führung die Leipziger Organisation durch ein Komitee in die Hand genommen hatte, von den Zeitungen freisinniger Richtung übel vermerkt

1) Die Gründung der Deutschen Sozialdemokratie. Eine Festschrift der Leipziger Arbeiter zum 23. Mai 1903. Leipzig o. J. 64 S.

wurde, sahen sich die Leipziger veranlaßt, intellektuelle Hilfe in Anspruch zu nehmen, und kamen durch einen Zufall mit FERDINAND LASSALLE in nähere Verbindung. Aus der dieser Entwicklungsphase unmittelbar vorausgehenden Zeit nun stammt der nachfolgende Aufruf VAHLTEICHS:

Arbeitsgenossen und Freunde! Wenn wir zum zweiten Male einen Ruf bezüglich des beabsichtigten Arbeitertags an euch ergehen lassen, so geschieht es nicht deshalb, weil unser erster Aufruf wirkungslos verhallt wäre, denn von allen Orten unseres teuren Vaterlandes ist uns seine begeisterte Aufnahme gemeldet worden, aber doch nicht überall ist er richtig verstanden, nicht überall ist er richtig befolgt worden, und der Zweck dieses erneuten Zurufs an euch ist, durch klare Darlegung der Mittel und Ziele der Arbeiterbewegung euch, Arbeitsgenossen, mit Begeisterung für dieses große Unternehmen zu erfüllen, eure Tatkraft anzufeuern, alle Hindernisse zu beseitigen, und die richtigen Mittel und Wege zu erfassen, um rühmlich zum Ziele zu gelangen.

Erlaubt uns zunächst, Freunde, daß wir kurzen Bericht erstatten über den bisherigen Verlauf der Angelegenheiten. In unserer Zeit der allgemeinen Bewegung der Geister drängte es auch die Arbeiter, Zeugnis davon abzulegen, daß die Bestrebungen der Zeit ein Echo auch in ihren Herzen fanden. Es bildete sich zuerst in Berlin ein Comité, welches einen Aufruf erliess, um auch unter den Arbeitern Sammlungen für die preußische Flotte einzuleiten; allein trotz des allgemeinen Flottentaumels scheint kein besonderes Resultat erzielt worden zu sein, die Arbeiter zeigten keine Lust, für die preußische Flotte zu steuern. Die Zünfte tagten inzwischen in Weimar und wähnten mit ihren Beschlüssen die Welt auf den Kopf stellen und den Fortschritt auf volkswirtschaftlichem Gebiet hemmen zu können. Nächstdem erschienen in den Zeitungen Aufrufe zu Arbeiterkongressen, zunächst von Nürnberg zum 1. November und von Berlin aus zum 25. November, beide so gehalten, daß sie für Demonstrationen gegen den Handwerkertag in Weimar gelten konnten. Der Nürnberger Aufruf hatte einen speciell bayrischen Arbeitertag zur Folge und in Folge des Berliner Aufrufes kam eine Einigung zwischen Nürnberg, Berlin und Leipzig zu Stande, nach welcher letzteres als Congreßort gewählt, dem hiesigen Lokalcomité die Hauptleitung übertragen und der Congreß selbst vertagt wurde. Das Mißtrauen, welches die Fortschrittspartei gegen die Arbeiterbewegung zeigte, wurde beseitigt, und wir erwarben uns an ihr einen Bundesgenossen. Das hiesige Centralcomité erließ den Aufruf vom November, welcher der Bewegung Form und Gliederung geben sollte; es wählte, in richtigem Verständnis seiner schweren Aufgabe und der großen Verantwortung, welche seine Stellung mit sich bringt, die Herren Prof. Roßmäßler und Adv. Winter und Dr. Albrecht zu Vertrauensmänner(n), um durch den Rat dieser erfahrenen Männer im Innern Kraft und nach außen, durch den Klang ihrer Namen Vertrauen zu erwerben.

Unsere bisherige Wirksamkeit hat uns nun Gelegenheit gegeben, vielerlei Unklarheiten und Zweifel bei hiesigen und auswärtigen Freunden zu bemerken, welche zu beseitigen sind; es sind die verschiedensten Fragen und Wünsche an uns ergangen, welche erledigt werden müssen; und das ist der Zweck dieser kleinen Schrift. Wir wollen darin den Freunden klar den Standpunkt zeigen, welches(n) das Centralcomité einnimmt, wie es seine Aufgabe auffaßt, und welche Mittel es anzuwenden gedenkt, um das Gemeinziel zu erreichen.

Wir haben zunächst Gelegenheit gehabt, zu bemerken, daß man die Arbeitervereine als die Knotenpunkte der Bewegung angesehen hat, wir sind aber der Meinung, solche Vereine müßten wohl die Arbeiterbewegung dadurch unterstützen, daß sie Wissen und Bildung verbreiten, dürften aber niemals officielle Organe derselben sein, einmal, weil von der Arbeiterbewegung alle unsere Genossen erfaßt werden sollen und nicht nur die Angehörigen in sich abgeschlossener Vereine, zum andern, weil durch ein Gesetz des Bundestages, welches für die meisten deutschen Länder Geltung hat, der Verkehr der einzelnen Vereine untereinander verboten ist. Wir bitten Euch deshalb zu beherzigen: Die Organe der Arbeiterbewegung sind einzig und allein die von freien Arbeiterversammlungen gemachten Comités, welche die Aufgabe haben, die Arbeiterbewegung an den einzelnen Orten zu leiten, indem sie durch Vorträge und Schriften die Arbeiter über den Zweck des Congresses und die Fragen, welche denselben beschäftigen sollen, aufklären. Sie haben auch die Kassen zu verwalten, welche zur Deckung der nächsten Aufgaben (s. unsern Aufruf) dienen sollen und fortwährend mit dem Centralcomité in schriftlichem Verkehr zu stehen.

Wir sind gefragt worden, wen wir denn eigentlich mit dem Namen Arbeiter bezeichneten und an wen wir unsern Aufruf gerichtet hätten?

Darauf haben wir geantwortet: Wir, die Mitglieder des Centralcomités, sind zum größten Teile unselbständige Arbeiter, d. h. solche, welche sich mit ihrer Arbeitsleistung nicht an das große Publikum, sondern an den einzelnen Arbeitgeber wenden und zum kleinen Teil solche, welche den ersteren in vieler Beziehung nahe stehen, und wir haben unsern Aufruf deshalb und aus Gründen, die wir unten vorführen, auch zunächst an unsere Genossen gerichtet. Man hat uns weiter gefragt, was wir denn eigentlich mit einem Arbeitertag erreichen wollen, welcher auf Grund des Berliner Programms einberufen ward, welches hauptsächlich die Fragen über Gewerbefreiheit, Freizügigkeit, Associationen, Altersversorgungs- und Invalidenkassen enthalte, vorzüglich für die Arbeiter der Länder, wo alles dies schon vorhanden und freigegeben wäre?

Unsere Meinung darüber ist folgende: Zunächst glauben wir ein Recht zu haben, uns über Fragen zu äußern, deren Realisierung in so hohem Grade Lebensbedingung für uns ist, und wir halten es um so mehr für unsere Pflicht, dieses Recht zu wahren, je weniger man bis jetzt nach unserm Urteil gefragt hat; um so mehr wollen wir unsere Mündigkeit beweisen, je weniger die Welt an dieselbe(n) glaubt.

Uns leiten bei diesem großen Unternehmen nicht kleinliche Rücksichten, wir wollen nicht eine Demonstration gegen die Zünftler in Weimar, denn wir haben mit halbtoten Gegnern nichts zu schaffen; was wir wollen, das ist in der Hauptsache Hebung unseres Standes nach innen und außen.

Wir wollen unsere Meinung austauschen, ob wir mit der Gewerbefreiheit, mit der Freizügigkeit, welche uns gegeben ist, zufrieden sein können; wir wollen erfahren, in wie weit die Arbeiter reif sind für das Genossenschaftswesen, und wollen diese Reife beschleunigen. Wir wollen durch den Congreß die irrigen Meinungen vernichten, die Arbeiter wären glücklich und zufrieden oder dumm und gleichgültig, weil sie bis jetzt geschwiegen haben.

Wir kennen das geistige und materielle Elend unserer Genossen, und wir haben ein Herz für sie: wir wollen, Freunde, daß ihr endlich einmal erklärt, wie sehr euch dieses Elend drückt, und der Congreß soll euer Mund sein. Er soll beweisen, daß der deutsche Arbeiterstand mündig geworden ist, und daß er sich berufen fühlt, die Lösung der hochwichtigen sozialen Frage, wenn auch nicht zu vollenden, so doch anzuregen und zu befördern, weil er Klarheit des Verstandes, Reichtum des Gefühls, Besonnenheit und Beharrlichkeit des Handelns in sich vereinigt, weil er dem geldmachenden Materialismus des Engländers ebenso fremd ist, als dem systemschaffenden Idealismus des Franzosen, weil er geeignet und Willens ist, auf den gegebenen Verhältnissen ruhig fortbauend, die geistige und materielle Emanzipation seiner selbst mühsam zu erringen.

Der Nutzen des Congresses scheint uns demnach klar am Tage zu liegen, wenn wir auch nicht wähnen, unsere auf dem Congreß gefaßten Manifestationen sofort ins Leben treten zu sehen, so wird der sittliche Druck dieser Erklärungen seine Wirkung umsomehr äußern, wenn sich Kraft und Mäßigung in ihnen vereinigt. Man wird von keiner Seite dem Arbeiterstand Achtung und Anerkennung versagen können, der trotz seiner nach allen Richtungen gedrückten Stellung mit Ruhe und Besonnenheit seine Lage verbessern will. Das und nichts anderes soll uns der Congreß nützen.

Es ist auch gezweifelt worden, daß wirklich eine Arbeiterbewegung vorhanden wäre und wir haben demgegenüber gesagt. Zunächst wissen wir, wie sehr die Arbeiter für die Idee des Congresses begeistert sind, wenn die Bewegung aber noch keine riesige Ausdehnung gewonnen hat, wen sollte das wundern? Auf einen Hieb fällt kein Baum, und es ist nicht zu erwarten, daß die durch langjährige, allen Gemeinsinn unterdrückende Reaktion gebeugte Menge, sich wie durch Zauberformel zu gewaltiger Tätigkeit aufrafft; aber je mehr Indifferentismus vorhanden ist, je weniger Eifer die Arbeiter zeigen, desto notwendiger ist es ja, daß durch die Arbeiterbewegung die faulenden Überreste der Reaktion des Zunftwesens mit frischem Wellenschlag hinweggespült werden. Daß das innere Bedürfnis und die innere Berechtigung zu unserm Unternehmen vorhanden ist, daran kann niemand zweifeln, und wir erwarten nun mit Zuversicht, von Euch, Arbeitsgenossen, daß ihr euren Gefühlen auch durch männliche Tat Ausdruck gebt.

Nach diesem bleibt uns nur noch die Aufgabe, unsere Ansicht über die

Mittel vorzulegen, von denen wir glauben, daß sie angewendet werden müssen, um den Congreß überhaupt zustande zu bringen und unsere Meinung darüber zu äußern, wie wir uns den Verlauf des ganzen Unternehmens denken.

Die Bildung des Comités haben wir oben schon eingehend besprochen. Der zweite Punkt und einer der wichtigsten bei der ganzen Sache ist die Bildung von Kassen, wie wir das auch schon in unserm ersten Aufruf betont haben.

Wir wollen es uns von allem Anfang klar machen, daß unser Unternehmen nur dann als gelungen zu betrachten ist, nur dann Früchte tragen kann, aber auch tragen wird, wenn sich wenigstens die Mehrzahl unserer Genossen tätig daran beteiligte. Das ist unter den jetzigen Verhältnissen eine schwierige Aufgabe, die nur mit Hilfe von bedeutenden finanziellen Mitteln gelöst werden kann, wie überhaupt ohne diese auf der Welt nichts erreicht wird.

In allen Orten, wo Comités sich gebildet haben, müssen sich die Arbeiter in jeder Werkstadt, in jeder Fabrik zu einer regelmäßigen, wöchentlichen Beisteuer verpflichten.

Mit diesem Gelde müssen Flugschriften, welche in volkstümlicher Weise die Fragen des Congresses behandeln, in tausenden von Exemplaren entweder umsonst oder zu sehr billigem Preise unter die Arbeiter verteilt werden, mit diesem Gelde müssen treue, eifrige und beredte Männer hinausgesandt werden, um auch in dem entferntesten Winkel, zwischen den verrottesten Zünftlern, Klarheit über unsere Ziele zu verbreiten, um auch den Gleichgültigsten durch die Macht der Rede Interesse für die Wichtigkeit unserer Sache einzuflößen. Jede größere Stadt müßte einen Mann, der geeignet wäre, nach allen Seiten hin zu imponieren, für ihre weitere Umgebung ausrüsten, wobei allerdings zu wünschen wäre, daß derselbe vorher mit dem Centralcomité persönlich Rücksprache genommen hätte. So groß die dabei entstehenden Unkosten auch sein würden, so sind sie bei unserer großen Masse leicht aufzubringen; in Leipzig wird schon in vielen Fabriken gesammelt, und wir bitten dringend, dieses Beispiel nachzuahmen, da ohne solche kleinen Opfer des Einzelnen das Gelingen des Ganzen unmöglich ist.

Ferner würde es geraten sein, wenn jedes Lokalcomité nach unserm Beispiel, Vertrauensmänner wählte; die Gründe, welche uns bei dieser Wahl leiteten, haben wir aber schon angeführt. Daß dabei nur an solche gedacht werden kann, die sich als treue Freunde des Arbeiterstandes bewährt haben, versteht sich von selbst.

Die Presse muß in ausgedehntester Weise benutzt werden und jeder Einzelne unermüdlich in seinen Kreisen tätig sein, dann werden wir uns selbst mit dem Congreß ein glänzend ehrenvolles Zeugnis ausstellen, und auch der materielle Erfolg wird nicht fehlen.

Kommen wir nun zu dem Congreß selbst, so ist zunächst die Frage wegen des Zeitpunktes zu erledigen. Wir haben in unserm ersten Aufruf es vermieden, bestimmte Tage zu bezeichnen, wir müssen auch jetzt wieder so handeln. Je eifriger von eurer Seite, Arbeitsgenossen, die Vorarbeiten

betrieben werden, je früher sie vollendet sind, desto eher können wir zur Einberufung des Congresses schreiten.

Was die Beschickung des Arbeitertages anbetrifft, so sind wir der Meinung, daß nur solche Personen aktiv an demselben Teil nehmen können, welche von einem Lokalcomité ein Mandat erhalten haben, das vorher schon mit dem Centralcomité in Verkehr gestanden hat; es ist das notwendig, weil sonst das Verhältnis zwischen hiesigen und auswärtigen Arbeitern ungleich und jede Controlle unmöglich sein würde. Das Centralcomité hätte zu bestimmen, bis zu welchem Zeitpunkt Anmeldungen zulässig sind und wieviel Abgeordnete jedes Comité zu schicken hätte.

Die auf dem Programm stehenden Fragen bedürfen nun schon vor dem Congreß einer eingehenden Bearbeitung. Wir meinen, daß jeder Punkt des Programms vom Centralcomité einem der verschiedenen Comités zur besonderen Durcharbeitung überwiesen werden müßte, welches sich dann als vorbereitender Ausschuß des Congresses zu betrachten hätte, um demselben fertige Vorlagen und Resolutionen zu unterbreiten. Vieles andere als: wie lange der Congreß tagen, zu welcher Zeit er beginnen solle, bis zu welcher Zeit Anträge für denselben angenommen werden können, ob eine Vorversammlung nötig und wieviel Zeit vorher dieselbe stattfinden müßte, das alles sind Fragen, die in diesem Augenblick noch nicht beantwortet werden können, die sich aber später leicht ordnen lassen.

Vor allem, Arbeitsgenossen, ist es nötig, daß ihr euch mit ganzem Herzen, mit voller männlicher Kraft der Bewegung anschließt. Bedenkt, daß es Ehrensache für jeden Einzelnen ist, zu beweisen, welch gesunden, ehrenhaften Sinn der deutsche Arbeiterstand hegt, welche Fülle von geistiger Kraft in ihm wohnt, wie sehr er bereit ist, trotz aller Unbill, die man ihm von allen Seiten zugefügt, dem gemeinsamen Wohle zu dienen. Bedenkt, daß von unserer Energie unser ganzes materielles Wohl, ja das Wohl des ganzen Volkes abhängt, das mit dem unserigen eng verwachsen ist.

* * *

Bemerkung: Dieser Aufruf ist Anfang 1863 von mir geschrieben und dem Leipziger Central-Comité vorgelegt worden. Er ist sehr charakteristisch für die damalige Lage, kam aber nicht zur Veröffentlichung, weil inzwischen der Bruch mit den bürgerlichen Elementen erfolgte und dann die Verbindung mit Lassalle angeknüpft wurde.

Chicago, 30. November 1899. *gez. J. Vahlteich.*

Ein Spitzelbericht Lassalles[1]) über sich selbst.

Mitgeteilt von

Gustav Mayer (Berlin).

Seitdem L. im Sommer 1854 den Prozessen der Gräfin HATZFELDT zu einem günstigen Ausgang verholfen hatte, bedrückte ihn die provinzielle Enge, in der er in Düsseldorf lebte. Man weiß, wieviel Energie er von da ab darauf verwandte, um sich den Weg nach der preußischen Hauptstadt zu bahnen, deren Tore jenen sich nicht leicht öffneten, die sich in der Revolution von 1848 im radikalen Sinne betätigt hatten. Man kennt sein Schreiben vom 31. V. 1855, das dem Berliner Polizeipräsidenten Herrn VON HINKELDEY die Erlaubnis zu einer Übersiedlung abringen sollte. Man erinnert sich, wie er dort zwar die wissenschaftlichen Beweggründe, die in der Tat stark mitwirkten, in den Vordergrund rückte, wie er aber auch schon das Argument vorsichtig spielen lässt, daß er auf die Arbeiterschaft in der Rheinprovinz stärksten Einfluß besitze, während in Berlin sein Name den Massen fremd sei und keine Erinnerungen wecke.

Die Wirkungen dieses Gesuchs sollte nun ein bisher unbekannt gebliebenes äußerst merkwürdiges Schriftstück unterstützen, dessen ganz von L. geschriebenes Konzept sich in seinem Nachlaß fand und das in dem gleichen Monat entstanden ist wie jene Eingabe an den Polizeipräsidenten. Es handelt sich um einen austührlichen Bericht über L.s Gesinnungen und unmittelbare praktischen Bestrebungen und Verbindungen, den er selbst verfasste, den er aber als Spitzelbericht verkleidet HINKELDEY entweder wirklich in die Hände gespielt hat oder in die Hände spielen wollte. Daß L. in jener politisch so stickigen Zeit bei seiner exponierten Stellung immer von Spähern umgeben war, beweisen uns heute die Akten des Ministeriums; wir wissen aber

1) Im folgenden in L. abgekürzt.

auch von ihm selbst, daß er sich darüber nicht im Unklaren war und wie raffinierte Mittel er öfters anwandte, um der Behörde ein Schnippchen zu schlagen. Leider ließ sich nicht feststellen, wer die Persönlichkeit war, die sich ihm in unserem Fall dazu hergab, den Polizeigewaltigen in Berlin hinters Licht zu führen. Es ist uns auch nicht bekannt, ob es glückte. Um so besser wissen wir, daß sein Wunsch damals nicht erfüllt wurde und daß sich ihm erst zwei Jahre später, nachdem der Umschwung in Preußen erfolgt war, der Weg nach Berlin öffnete.

Liest man das nachfolgende Schriftstück sogleich mit dem Bewußtsein, daß L. es verfaßt hat und zu welchem Zweck es geschrieben wurde, so genießt man wie ein Feinschmecker die abgefeimte Schlauheit und die raffinierte Verschlagenheit, die hier aufgeboten wurden. L. sagt kaum ein Wort, das seiner Meinung nicht wirklich entspräche, eigentlich macht er dem Berliner Polizeipräsidenten, für den es berechnet ist, keinen Dunst vor, er denkt nicht etwa daran, den Grad seiner revolutionären Gesinnung abzuschwächen. Aber wie er die Argumente gruppiert, wie er über sich und seine Absichten beinahe die volle Wahrheit sagt und doch alles nur darauf abstimmt, die Wirkung zu erreichen, auf die es ihm ankommt, das ist eine diplomatische Leistung, die als solche köstlich ist und Bewunderung verdient. Seine sozialistische Geschichtsauffassung, zu der er sich offen bekennt, hält ihm her, um darzutun, wie wenig er von konspirativer Tätigkeit erwarte, denn die Aktion des einzelnen könne nichts ausrichten, bevor die wirtschaftlichen Verhältnisse den nötigen Reifegrad erreicht hätten. Es war MARX' Sprache, die er da redete. Er verweist ferner auf die der Polizei wohlbekannte Rolle, die er in Düsseldorf als Führer der Arbeiter spiele, er läßt durchblicken, daß es seinem Ehrgeiz schwer fallen würde, sich eines Einflusses zu begeben, den er in Berlin nicht wiederfinden könne, weil dort die bürgerliche Demokratie herrsche, die er verachte und mit der er nichts zu tun haben wolle. Auch werde Berlin frühestens in 10 Jahren in industrieller Beziehung so entwickelt sein, wie die Rheinprovinz es schon 1848 gewesen. Um glaubhaft zu machen, weshalb er sich trotz des Einflusses, den er in Düsseldorf besaß, nach Berlin sehnte, scheut er sich keinen Augenblick, auf seinen Hang nach Genuß und nach weib-

licher Zerstreuung hinzuweisen Der Spitzel, dem er die Feder führt, darf sogar seinen ehrgeizigen und eitlen Charakter als bekannt voraussetzen.

Verfügt der Leser erst einmal über die Kenntnis der Motive, die L. zur Abfassung des Schriftstücks bestimmten, so wird es ihm bei einigem Einblick in die Zusammenhänge leicht, sich selbständig die Motive, die L. sonst hier noch ins Treffen führt, zu erklären. Nur auf einen Punkt ist noch hinzuweisen. L. betont hier mit Beflissenheit, daß er die bloß politische Demokratie, die in Berlin vegetierte, verachte und mit ihr, käme er dorthin, keine Anknüpfung suchen werde. Aber mußte ein so leidenschaftlicher und aktiver Politiker, der seine revolutionäre Gesinnung frei bekannte, nicht doch irgendwelche Verbindungen mit Gesinnungsgenossen unterhalten? Jawohl, er unterhielt sie, er gestand es! Mit wem? Mit KARL MARX in London. Wir wissen zwar heute, daß ihr brieflicher Verkehr um jene Zeit kein sehr lebendiger war, aber wie auch immer: MARX, der in London lebte, konnte es nicht im mindesten schaden, wenn Herr VON HINKELDEY erfuhr (was er ohnehin wissen mochte), daß L. mit ihm korrespondierte. Wahrscheinlich hätte MARX gelacht, wenn er erfahren hätte, wie L., um sich den Weg nach Berlin zu öffnen, die Behörde damit ins Bockshorn jagen wollte, daß er ihr drohte, er werde von Düsseldorf aus, das datür günstig liege, noch in diesem Jahre eine Reise nach London antreten, der sicherlich ein hochpolitischer Charakter innewohnen würde.

Eigentlich ist es schade, daß so viel Verschlagenheit, die niemand schadete, damals noch nicht zu dem Ziele führte, das L. sich gesetzt hatte!

* * *

Bericht über Herrn F. Lassall[1]) *in Düsseldorf.*

Ich teile meinen Bericht über dasjenige, was ich schon bisheran über Lassalle habe ermitteln können in drei Teile. A. Gesinnungen, B. Unmittelbare praktische Bestrebungen und Verbindungen desselben, C. Einzelheiten. Ich werde schließlich dem Berichte einen Plan hinzufügen, den ich ersonnen habe und durch dessen Ausführung es mir mit größter Sicherheit und in kürzester Zeit ein Leichtes werden würde, nicht nur alle bereits existieren-

1) Sic!

den Tatsachen, soweit sie Lassalle und alle solche betreffen, die etwa mit ihm in Verbindung stehen, zu erfahren, sondern auch mich in fortlaufender Wissenschaft alles dessen, selbst des Geheimsten zu erhalten, was nur irgend zwischen ihm und seinen Freunden und Konsorten in Zukunft abgekartet bezweckt und gesponnen werden sollte.

A. Gesinnungen.

Die Gesinnungen Lassalles sind durchaus demokratisch und dem bestehenden, dem Prinzip nach noch ganz ebenso entschieden feindlich, wie sie es etwa im Jahre 1848 nur irgend gewesen sein können. Sein Standpunkt und Denkungsweise, zugleich die allgemeinen Umrisse seiner Hoffnungen sind mir am Klarsten geworden aus einem scheinbar zufälligen Gespräch über die orientalische Verwicklung, welches ich vor ganz kurzem mit ihm hatte, und welches ihn dazu veranlaßte, mir seine Meinungen und Hoffnungen über die Wendungen dieses Konflikts zu offenbaren. Er sympathisiert leidenschaftlich mit jedem Erfolg der Russen, mit jeder Niederlage der Westmächte, weil er glaubt, daß bei einer für die Westmächte unglücklichen Wendung des Krieges entweder der französische Kaiser selbst zu einem Prinzipienkrieg[1] *und somit zur Entfesselung der revolutionären Nationalitäten übergehen würde, die dann nicht verfehlen würden, ihn, Napoleon (den er vor allem haßt), als eines ihrer ersten Opfer zu verschlingen, oder aber, was er weit sehnlicher wünscht, daß der Unwille des französischen Volkes über entschiedene Niederlagen und Unglücksfälle eine Insurrektion in Frankreich entzünden werde, die dann ihrerseits in eine Revolutionierung des gesamten Kontinents umschlagen müßte.*

Das Verhalten der preußischen Regierung im orientalischen Konflikt hat übrigens überraschenderweise seinen ganzen Beifall. Der machiavellistische Grund dieser auffälligen Tatsache liegt im folgenden[2]*: Er setzt voraus, daß im Volke ein lebendiger Nationalhaß, in der Bourgeoisie ein außerdem noch auf politische Gründe und zumal auf gewisse Klasseninteressen basierter, entschiedener Widerwille gegen Rußland herrsche; er nimmt nun an, daß die nach seiner Ansicht russenfreundliche Stellung der preußischen Regierung vom Volk und der Bourgeoisie als eine Hintenansetzung der nationalen Interessen, um dynastischer Tendenzen willen, aufgefaßt werde und werden würde und so zwar keinen plötzlichen Ausbruch, — an den er nicht recht glaubt — hervorrufen, aber doch mählich einen großen Teil der bis jetzt loyalen Bevölkerung der Regierung abwenden und der Umsturzpartei nach und nach in die Arme werfen würde.*

Aus denselben Gründen glaubt und hofft er, daß auch Österreich weit entfernt, sich Frankreich anzuschließen, vielmehr mehr und mehr seine angebliche Neutralität und westmächtliche Sympathie als ein verkapptes Einverständnis mit Rußland offenbaren werde, damit auch dort dieselbe Strömung des National-Unwillens eintrete, Frankreich in entschiedenen Konflikt zu

1) Ursprünglich hatte L. geschrieben: zu einer revolutionären Kriegsführung. 2) Ähnlich schreibt L. an MARX am 27. I. 1855.

Österreich trete, und so, wie er es zu nennen liebt, eine „reinliche Gruppierung der Gegensätze" erzeugt werde.

B. Unmittelbare praktische Bestrebungen und Verbindungen.

Über die Frage: ob Lassalle eine unmittelbare praktische Agitation und Verbindung zu Umsturzzwecken unterhalte, — über diesen schwierigsten und interessantesten Punkt meiner übrigens erst seit so kurzem angestellten Beobachtungen — bin ich noch zu keiner entschiedenen Ansicht gelangt.

Einerseits fällt es schwer zu glauben, daß Lassalle bei seiner ganzen Stellung in der demokratischen Partei derartige Zwecke nicht verfolgen sollte; andererseits kann ich nicht leugnen, daß viele seiner Anschauungen wieder eine solche Annahme in nicht geringem Grade unwahrscheinlich machen. Nach seinen bei gelegentlichen Gesprächen unverhohlen geäußerten Ansichten denkt er nämlich höchst geringschätzend von dem, was Einzelne zur Herbeiführung von Revolutions- und Völkerkrisen überhaupt zu tun vermögen; erwartet er — was allerdings mit seiner philosophischen Bildung und gesamten Anschauungsweise eng zusammenzuhängen scheint, den von ihm gehofften Umschwung der Dinge lediglich von der allgemeinen geschichtlichen Entwicklung und scheint, nach dieser Seite hin, vorläufig doch mehr zu den nur doktrinären oder theoretischen Revolutionärs zu gehören, welche jede praktische Betätigung ihrer Gesinnungen für diejenige Zeit aufsparen, in welcher bereits die politischen Verhältnisse mehr oder weniger ihren Ansichten entsprechend geändert sein würden. So äußerte er sich in einem neulich bei Gelegenheit der Verlesung eines Berichts aus der Neuen Preußischen Zeitung — auf die er abonniert ist — über die Mazzinisten von meiner Seite wie zufällig angeregten Gespräche mit vieler Wärme und Entschlossenheit dahin, daß er alle conspiratorischen Umtriebe lediglich für albernes und kindisches Getreibe subalterner und bornierter Geister betrachte, die sich allem geschichtlichen Verständnis fremd, durch törichtes Komplottieren nur eine Wichtigkeit in ihren eigenen Augen zu geben suchten und stellte dabei den Grundsatz auf, daß jede Propaganda zum Umsturz insoweit sie nicht aus sozialen Verhältnissen sich von selbst entwickle, lediglich von den Regierungen ausgehen könne, eine Propaganda, die, wie er mit vieler Ironie und einem gewissen ans Unverschämte grenzenden Applomb hinzufügte, „von allen Regierungen nach Kräften und mit solcher Verblendung geübt werde, daß daneben die Demokraten nichts Besseres zu tun hätten, als ruhig zusehend die Hände in den Schoß zu legen."

Trotz alledem läßt sich bei einem so versteckten Charakter nicht mit Gewißheit sagen, ob diese Anschauungen nicht vielmehr mehr weniger [sic!] bloß erkünstelt sind und ob nicht mindestens eine gewisse vorbereitende Tätigkeit mit denselben sich noch wohl vertragen dürfte.

Manches scheint hierauf hinzudeuten; so besonders ein neulich zwischen Lassalle und der Gräfin stattgehabtes Gespräch, von welchem ich, dazukommend und anfangs unbemerkt, noch einen Teil mitanzuhören bekam. Das Wesentlichste, was sich mir aus demselben ergab, ist folgendes: Lassalle,

der sich in Düsseldorf zu ennuyieren scheint, ist sehr[1]) *dafür eingenommen, nach Berlin überzusiedeln und geht damit um, dieses Projekt im Herbst zu verwirklichen. Diesen Entschluß muß nun Lassalle den Arbeitern*[2]) *bereits mitgeteilt haben, diese aber, welche Lassalle quasi als ihren Chef zu betrachten und in dem Verlassen der Rheinprovinz seitens desselben ein Unrecht gegen sie und sein Verhältnis zu ihnen zu erblicken scheinen, haben zwar nicht mit ihm gebrochen, aber wie aus dem Gespräch hervorgeht, in sehr energischem Ausdruck ihm einen Bruch mit ihm angedroht, falls er wirklich sein Projekt ausführe und nach Berlin versöge. Auf Lassalle hat diese Ankündigung nicht geringen Eindruck und ihn in seinem Entschlusse sehr wankend gemacht. Die Gräfin aber — die wegen ihres sehr leidenden körperlichen Zustandes jetzt allen politischen Agitationen und Bestrebungen der Aufregungen wegen, die sie mit sich bringen, aufrichtig feind geworden ist*[3]), *und aus diesem Grunde ihren Einfluß auf ihn in politischer Hinsicht jetzt wirklich in heilsamer Weise dahin anzuwenden sucht, ihn möglichst von aller politischen Tätigkeit fernzuhalten und abzulenken — hat sichtlich gerade wegen dieses von den Arbeitern angekündigten Bruches ihn in seinem alten Entschluß, nach Berlin zu ziehen, zu bestärken gesucht, indem sie ihm einerseits vorstellte, daß es ihm im Interesse seiner eigenen Sicherheit nur erwünscht sein könne, daß er mit seinem Fortziehen nach Berlin zugleich alle Beziehungen abbreche*[4]), *die er hier doch nicht los werden könne, die ihm nur einst verderbliche Konflikte bringen könnten. Andererseits suchte sie gegen jenen Protest der Arbeiter als gegen einen Übergriff und eine Verletzung*[5]) *seiner Person*[6]) *seine Empfindlichkeit aufzureizen.*

Jedenfalls muß doch aber aus diesem Sachverhalt, zumal aus jenem Arbeiterprotest [gegen] dies beabsichtigte [Fortziehen und dem][7]) *dieserhalb angedrohten Bruch, sich der Verdacht ergeben, daß bisheran eine mehrweniger enges und sie hierzu berechtigendes Verhältnis [Verbindung]*[8]) *zwischen Lassalle und den Arbeitern bestanden haben muß, das doch bei seiner offenbar jahrelangen Dauer kein so ganz und gar unbestimmtes gewesen und geblieben sein kann.*

Hierzu kommt noch anderes.

Als ich mich neulich in der Bibliothek Lassalles, die er gern bewundern läßt[9]), *unter großen Lobeserhebungen derselben, die ihm sehr zu schmeicheln schienen, näher umsah, entdeckte ich die Neue Rheinische Zeitung von 1848/49 vollständig gesammelt und gebunden*[10]). *Sofort benutzte ich die*

1) Ursprünglich stand: leidenschaftlich. 2) Durchgestrichen ist: den Düsseldorfern resp. rheinischen Arbeitern. 3) Ursprünglich stand: zu sein scheint. 4) Durchgestrichen ist: Verbindungen los würde. 5) Ursprünglich stand: Beleidigung. 6) Das Wort ist nicht ganz deutlich zu lesen. 7) Die eingeklammerten Worte sind im Orginal durchgestrichen. 8) Im Orginal ist dies Wort nicht durchgestrichen. 9) Ursprünglich: auf die er große Stücke hält. 10) Das Exemplar hat sich bei der Auffindung der Bibliothek, die Fürst HATZFELDT-WILDENBURG kürzlich der Stadt Breslau schenkte, nicht mehr gefunden.

Gelegenheit, um den Band vorzunehmen, einige frivole Artikel in demselben zu lesen, und, nachdem ich mich bemüht hatte, in großen Enthusiasmus über den Witz und Geist derselben auszubrechen, fragte ich, gleichwie aus einem durch diese Artikel für deren Urheber in mir erregtem Interesse: was denn aus den damaligen Redakteuren der Neuen Rheinischen Zeitung geworden wäre! Ich fingierte anzunehmen, daß sie nach Amerika ausgewandert seien, Lassalle aber belehrte mich, daß sie in London lebten und war offenbar über die Lebensverhältnisse derselben genau unterrichtet. Von einem derselben, Marx, mit dem er besonders befreundet zu sein scheint, wußte er mir sogar anzugeben, daß ihm ganz vor kurzem ein Söhnchen gestorben sei[1]).

Es geht hieraus also mit vollständiger Gewißheit hervor, daß Lassalle mit diesen Leuten in London, jedenfalls mit Marx, in ununterbrochner Korrespondenz stehen muß. Und steht dies erst fest, so liegt doch auch mindestens der Verdacht sehr nahe, daß diese Korrespondenz nicht bloß freundschaftliche und persönliche Verhältnisse, sondern wohl auch andere Zwecke und Interessen betreffen wird.

Dagegen steht fest, daß die Verbindungen, die er haben könnte, sich höchstens auf das Rheinland und London erstrecken und er jedenfalls mit Berlin nicht in der geringsten Verbindung steht. Ich habe mehrfache Gespräche mit ihm über Berlin gehabt. Die Veranlassung dazu bot mir teils mein eignes Leben in Berlin, teils sein offen geäußerter Wunsch, dorthin zu ziehn. Es hat sich mir aus denselben aber stets mit großer Gewißheit ergeben, daß er auch nicht eine der dortigen der demokratischen Partei angehörigen Persönlichkeiten kennt oder irgend etwas mit ihnen zu schaffen hat. (Der einzige, ihm in Berlin bekannte Mann, dessen Namen hin und wieder in Verbindung mit Demokratie von den Zeitungen genannt worden ist, ist ein gewisser Anwalt Dorn als Demokratenverteidiger bekannt. Aber auch diese Bekanntschaft scheint nur einen in den früheren Prozessen Lassalles begründeten Ursprung zu haben.)

Zuerst war mir diese gänzliche Unbekanntschaft und Zusammenhangslosigkeit mit den Berliner Demokraten in hohem Grade auffällig, unwahrscheinlich und verdächtig. Ich überzeugte mich aber später nicht nur von der Richtigkeit der Tatsachen, sondern entdeckte auch sehr bald den Grund derselben. Lassalle gehört nämlich, wie er kein Hehl hat, nicht zu der reinen Demokratie, sondern zu der sogenannten Fraktion der sozialen Demokratie, während die Berliner Demokratie und zwar ohne alle Ausnahme zur bloß politischen Demokratie zu gehören scheint. Auf diese bloß politische Demokratie wird nun von seiten Lassalles und der ganzen sozialen Fraktion, zu der er gehört, mit einer ganz unbeschreiblichen Verachtung und Geringschätzung hinuntergeblickt. Ja, es besteht zwischen diesen beiden Fraktionen, wie mir aus manchen Äußerungen klar wurde, ein solcher Haß und Gegensatz, daß ich glaube, Vertreter derselben würden nicht zwei

---

1) Der kleine EDGAR, MARX, einziger Sohn, starb 6. IV. 1855.

Stunden in einem und demselben Zimmer aushalten können, ohne sich bei den Haaren zu fassen. Der stehende Lieblingsausdruck, mit welchem Lassalle die Berliner Demokraten belegt, ist: „borniertes Gesindel". Ich nahm mich scheinbar der Berliner Demokraten an und behauptete, um ihn in diesem Punkt zu sondieren, daß es doch mindestens dort einige Ausnahmen, wenn auch noch so wenige gebe. „Keine, keine, keine einzige", schrie er mit großer Wärme, „es ist dort schlechterdings nichts als ganz nichtsnutzige, gottverlassen-bornierte, kleinbürgerliche Bierhausdemokratie". Dies sind seine eigenen Worte, zu deren Erklärung ich bemerken muß, daß ihm die Worte kleinbürgerliche Bierhausdemokratie und rein politische Demokratie (mit Ausschluß des sozialen Elements) indentische Ausdrücke sind.

Auf meine Frage, woher das denn aber käme, daß unter der Berliner Demokratie solche Geistesarmut herrschen solle, wurde er ruhiger und entwickelte mir nun, daß dies seiner Ansicht nach nicht nur so sei, sondern auch gar nicht anders sein könne.

Die alten Provinzen und zumal auch Berlin seien nämlich in industrieller Hinsicht noch lange nicht hinreichend entwickelt. Die moderne Großindustrie sei doch noch zu jung, um bereits ihre Produkte: „Abschaffung des Handwerkerstandes, Verwandlung des Handwerks in Fabrikbetrieb, Vertilgung der Mittelklasse, Zerlegung der Gesellschaft in den einen großen Gegensatz von Millionären und Fabrikproletariat" in hinreichendem Maße haben schaffen zu können. Der Mittelstand dort sei noch zu groß und behäbig, der Handwerksbetrieb noch zu ausgedehnt und infolgedessen noch ein zu zahlreicher selbständiger Handwerkerstand vorhanden. Die Erkenntnis und Anschauung sei aber immer nur ein Produkt der materiellen Verhältnisse. In einer kleinbürgerlichen Gesellschaft, wie die von Berlin sei, könne auch nur eine kleinbürgerliche Anschauung, d. h. ein Drängen nach bloß politischen Reformen vorhanden sein.

Dies alles sind fast ganz und gar seine eigenen Worte und seine eigensten Worte sind die folgenden, mit denen er seine Bemerkungen schloß: „Es braucht noch 10 Jahre großer Maschinenindustrie, um in Berlin nur eine solche soziale Fraktion zu erzeugen, wie sie im Rheinland schon 1848 vorhanden war".

Bei diesem innern leidenschaftlichen Gegensatz mit der Berliner Demokratie kann auch die gänzliche Unbekanntschaft und Zusammenhangslosigkeit mit den einzelnen Gliedern derselben nicht wunder nehmen.

Mit dieser Anschauung, welche das Rheinland als das Eldorado der revolutionären Zustände Deutschlands betrachtet, verträgt sich nun andererseits sehr schlecht der Wunsch Lassalles, nach Berlin überzuziehen [sic!].

Wie sich beides nun dennoch zusammenreimt, darüber kann ich vorläufig nur Kombinationen äußern, die mir jedoch nach allem, was ich gehört, einen hohen Grad von Wahrscheinlichkeit haben. Sein Hauptgrund, der ihn zu jenem Umzug treibt, ist die ihm unerträglich gewordene Einförmigkeit des Düsseldorfer Lebens. Hierzu kommt ein gewisser, trotz seiner großen Arbeitsliebe und Arbeitsausdauer (ich habe ihn diese Woche 7 Stunden

en suite schreiben sehen) in seinem Naturell nicht minder stark ausgedrückte Hang nach Genuß und zumal weiblichen Zerstreuungen, ein Hang, den er in Düsseldorf nicht befriedigen kann, dem er in Berlin aber die reichste Nahrung geben zu können hofft. Endlich aber, scheint mir [aber][1]) auch noch ein Motiv, das er sich zwar selbst nicht eingesetzt, dabei mitzuwirken. Wenn ich nämlich aus gewissen abgerissenen Äußerungen recht kombiniere, so erfüllt Lassalle seine Allbekanntheit in der Rheinprovinz und die hervorragende politische Stellung, die er daselbst einnimmt, so sehr sie auch seinem Ehrgeiz und seiner Eitelkeit schmeichelt, andererseits doch auch mit einer gewissen Besorgnis über die Konflikte und Situationen, in welche ihn dieselbe früher oder später bringen könnte. Solange er hier bleibt, glaubt er, aus einer gewissen, mit seinem Charakter eng verbundenen eisernen Konsequenz und durch das, was er für politisches Ehrgefühl hält, bewogen, sich keiner der angeblichen Pflichten entziehen zu dürfen, die seine Stellung ihm in seinen Augen auferlegt, und würde sich denselben auch gewiß in keinem vorkommenden Falle entziehen. Aber eben deswegen erfüllt ihn seine hiesige Stellung mit einiger Unruhe. Er fühlt sich zu sehr exponiert, zu sehr en brèche. Mit seinem Umzug nach Berlin aber hält er sich für gleichsam ins Privatleben zurückgetreten und glaubt, daß es dann, unbeschadet aller seiner Ansichten von politischem Charakter und politischem Ehrgefühl rein in seiner Freiheit stände, ob und wann er wieder aus dem Privatleben heraustreten wolle.

Dies ist das Motiv, welches ihn, obwohl in unklarer und sich selbst nicht eingestandner Weise mit zu dem Domizilwechsel mitantreibt, während es bei der Gräfin mit vollständiger Bewußtheit und bei ihr in erster Linie und hauptsächlich wirkt. Lassalle dagegen ist in dieser Hinsicht in einem innern Zwiespalt befangen. Denn dasselbe Motiv verleidet ihm auch wieder den Umzug, da er bei seinem im hohen Grade ehrgeizigen und eiteln Charakter seine hiesige Stellung wieder nur mit großem Bedauern aufgeben würde, so daß es auch nur[2]) des schon oben berichteten, von den Arbeitern in Aussicht gestellten Bruches bedürfte, um ihn fast zum Aufgeben seines Planes zu bestimmen.

Er würde sich bei diesem innern Zwiespalt vielleicht jahrelang mit der Idee seines Umzugs tragen, aber nie dazu kommen, dieselbe zu realisieren, wenn nicht einerseits der Einfluß der Gräfin, andererseits hauptsächlich der schon geschilderte große Hang nach Genuß und sinnlicher Zerstreuung und die ihm unerträgliche Monotomie seines Düsseldorfer Lebens den Ausschlag gäbe. —

Die nächsten Bewegungen Lassalles anlangend kann ich folgendes berichten. Die ganze Zeit bereits war zwischen ihm und der Gräfin die Rede von einer Erholungsreise, für die aber weder Zeit noch Ort bereits festgesetzt war, sondern sich noch in der Debatte befand. Am[3]) Mai erhielt

---

1) Im Original nicht eingeklammert. 2) Das Wort ist nicht deutlich lesbar. 3) Das Datum hat L. ausgelassen.

Lassalle einen Brief von seinem Schwager Friedland[1]) *in Prag, welchen er mittags der Gräfin in meiner Gegenwart vorlas und in welchem ihm sein Schwager meldete, daß er mit seiner Frau (Lassalles Schwester) Anfang Juni zur Industrieausstellung nach Paris reisen würde. Zugleich forderte ihn der Schwager auf, diese Reise mitzumachen und erbot sich dieserhalb mit seiner Frau über Düsseldorf zu kommen und Lassalle abzuholen. Lassalle schien sehr bereit, auf dieses Projekt einzugehen und wird dasselbe auch wohl verwirklicht werden*[2]). *Einen politischen Zweck hat diese Reise übrigens wohl durchaus nicht, wie unter anderem eben auch daraus erhellt, daß die Anregung dazu von dem Schwager ausging, den mir Lassalle selbst als einen „schauerlichen Reaktionär" (er ist Direktor der Gasbeleuchtungsanstalt in Prag) bezeichnet.*

Wenn diese Reise aber keine politische Motive zu haben scheint, so läßt sich wahrscheinlich nicht dasselbe von einer anderen Reise sagen, die Lassalle für den August etwa zu beabsichtigen scheint und über deren Zweck und Bestimmungsort ich mich leider noch garnicht genau habe unterrichten können, wie ich denn auch nicht einmal sagen kann, ob sie schon von ihm gewiß beschlossen ist.

Nach einer abgerissenen Äußerung, die ich auffing, scheint es nämlich, als wolle Lassalle etwa im August und unabhängig von jener Pariser Reise (zu der er erst später durch den Brief des Schwagers angeregt wurde) eine Reise und zwar gleichfalls ins Ausland antreten. Das einzige, was ich näheres darüber sagen kann, ist, daß die Gräfin gegen diese zweite Reise aus irgend welchem Grunde lebhaft eingenommen zu sein schien. Ich vermute vorläufig, daß diese Reise vielleicht nach London gerichtet sein dürfte.

Jedenfalls werde ich in wohl nicht zu langer Zeit mir sichern Aufschluß über Zweck und Motiv dieser Reise verschafft haben.

C. Einzelheiten.

Unter dieser Rubrik habe ich einiges einzelne Detail nachzutragen, was ich teils unter A. und B. noch übersehen oder wofür sich daselbst keine passende Stelle finden ließ.

a) Ich lenkte neulich das Gespräch auf Bohnstädt, indem ich, um Lassalle besser auszuholen, äußerte, daß Bohnstädt eine sehr große politische Stellung in Köln einnehme. Lassalle lachte mir laut ins Gesicht und behauptete, daß Bohnstädt nicht nur ein ganz unbedeutender, einfältiger, sondern auch ein im physischen Sinne des Worts halb verrückter Mensch sei, der bei niemandem in der ganzen Demokratischen Partei das geringste Ansehen besitze. Er sei zwar auf diverse Weise gemaßregelt worden und dies zeige allerdings, daß die Polizei ihm wohl einen gewissen Einfluß und Gefährlichkeit supponieren müsse; aber dies seien „Polizeiphantasien", wie er sich ausdrückte.

1) Ferdinand Friedland, der Gatte seiner einzigen Schwester Friederike. 2) L. reiste damals tatsächlich mit dem Friedlandschen Ehepaar nach Paris zum Besuch der Industrieausstellung.

b) Ich habe sub. B. bereits erwähnt, daß Lassalle mit London, jedenfalls mit Marx in Korrespondenz stehen muß. Ich muß hinzufügen, daß er, wie mir aus einer Äußerung wahrscheinlich geworden ist, diese Briefe unter fremden unverdächtigen Adressen zu beziehen scheint. Als nämlich früh der Postbote mit Briefen kam, sagte ich, während Lassalle die Briefe eröffnete, wie zufällig: „Werden denn nun Briefe, die an Ihre Adresse kommen, nie von der Post eröffnet".

„O", sagte Lassalle geringschätzig lächelnd, „alle Briefe, die unter meiner Adresse kommen, erlaube ich der Post recht gern zu öffnen". Das „meine Adresse" war leise und vielleicht unwillkürlich aber doch hörbar betont, und aus dieser Betonung wie aus dem ganzen Sinne des Satzes ergibt sich doch nur die eine mögliche Deutung, daß er direkt unter seiner Adresse nur Briefe unschuldigen Inhalts, Briefe andrer Art aber unter andern wohlgewählten Adressen beziehe.

c) Neulich kam eine Arbeiterfrau namens Kleinfall zu Lassalle. Ich hörte das Gespräch aus dem Nebenzimmer mit an, was sich mir aus demselben, sowie nachher aus einigen geschickt hingeworfenen Orientierungsfragen ergab, ist folgendes:

Die Kleinfall muß einen Sohn im Zuchthaus zu Werden haben, der wegen der Insurrektion in der Mainacht zu Düsseldorf 1849 dorthin gekommen. Dieser hatte 5 oder 6 Jahre zu verbüßen, wurde nun verrückt und infolgedessen auf 1 Jahr ins Irrenhaus zu Siegburg, dann zurück nach Werden gebracht. Seine Strafzeit war in diesem Monat um, falls man ihm die in Siegburg überstandene Zeit als Strafzeit berechnete. Dessen weigerte sich aber der Direktor des Werdener Zuchthauses. Die Mutter Kleinfall wandte sich nun (vor mehren[1]) Monaten) an Lassalle. Dieser verfaßte ihr eine Eingabe an die Staatsanwaltschaft, in welcher er nachwies, daß nach den gesetzlichen Bestimmungen die in Siegburg verbrachte Zeit als Strafzeit berechnet werden müßte. Die Bescheidung der Staatsanwaltschaft scheint lange auf sich haben warten gelassen zu haben.

Neulich kam nun eben die Frau Kleinfall mit dem eben erhaltenen amtlichen Bescheide des Staatsanwalts, daß dies zu Siegburg verbrachte Jahr allerdings als Strafzeit berechnet und ihr Sohn infolgedessen noch in diesem Monat freigegeben werden müßte.

Die Frau war hoch erfreut und voll überströmenden Dankes für Lassalle, der ihr noch eine blaue Hose für ihren Sohn schenkte.

In dieser Weise scheint sich Lassalle als den natürlichen Anwalt und Schützer[2]) sämtlicher Arbeiter zu betrachten und von ihnen ebenso betrachtet zu werden, ein Grund, der wohl viel mit dazu beiträgt, die Arbeiter so sehr gegen das Projekt Lassalles, nach Berlin zu ziehen, aufzubringen.

D. Mein Plan.

Was ich bisheran ermittelt habe, ist das Resultat eines achttägigen Wohnens bei Lassalle, während welchen Zeitraums ich mir es gleichwohl weit

1) L. schreibt stets mehren statt mehreren. 2) Erst stand Vertrauter.

weniger habe angelegen sein lassen, schon jetzt einzelne Facta zu erfahren, als mir vielmehr sein Vertrauen und seine Zuneigung zu erwerben, was mir, wie ich wohl sagen kann, in hohem Grade gelungen ist.

Da ich Lassalle für einen der geistig hervorragendsten und mit seltener Energie begabten Vertreter der Demokratie halte, so bin ich, von der unmaßgeblichen Meinung ausgehend, daß vor allem dieser so höchst gefährliche Mann nicht genau genug beobachtet werden kann, zu einem Plane gekommen, dessen Ausführung ihn und seinen ganzen Anhang unrettbar in die Hände der Behörde liefern muß. Lassalle entläßt, wie ich beiläufig erfahren habe, seinen bisherigen Sekretär im Monat Juni, da derselbe, der sich nur zur Leitung des Prozeßbüros qualifizierte, jetzt nach Beendigung der Prozesse[1] *ohne Beschäftigung ist. Bisheran ist Lassalle unentschlossen, ob er sich dann einen andern Sekretär engagieren soll. Einerseits wünscht er es, um denselben zu Abschriften für wissenschaftliche Arbeiten, mit denen er teils schon beschäftigt ist, teils sich fortan beschäftigen will, zu benutzen, ihn vorkommende Briefe kopieren, mundieren etc. zu lassen — andererseits scheut er die nicht unbedeutende Gehaltsausgabe.*

Nach Vorausschickung dieser Umstände muß ich noch anführen, daß Lassalle von einer wirklich auffallend großen Gutmütigkeit ist, zumal wo er, wie gegen mich, wohlwollend empfindet. Wenn ich nach alledem etwa im Monat Juni oder Juli etwa zu Lassalle komme, ihm sage, daß mir alle und jede Existenzmittel abgeschnitten sind und ihn bitte[2]*, daß er mich als seinen Sekretär engagiere*[3]*, so ist mir nichts sichrer, als daß ich diese Stelle bei ihm erhalte.*

Habe ich sie erhalten, so liegt nichts mehr auf der Hand, als daß kein Brief ankommen und abgehen wird, ohne daß ich von Adresse und Inhalt zuvor vollständige Kenntnis und Kopie genommen habe; daß keiner seiner Schritte und Tritte, keine seiner Verbindungen, keiner seiner Pläne meiner Kenntnis entgehen wird. Ich besitze sein Wohlwollen bereits in nicht geringem Grade. Ich habe mir dasselbe erworben teils durch ein feines Benutzen seiner Eitelkeit, teils durch einige gesellige Talente, z. B. Vorlesen und Deklamieren, wofür er leidenschaftlich eingenommen ist, teils durch eine gewisse Gabe, ihn angenehm zu unterhalten.

Kurze Zeit in der Stellung seines Sekretärs und ich würde mich nicht nur zum Vertrauten seiner geheimsten Gedanken, sondern auch ihm vollständig unentbehrlich gemacht haben. Ich würde ihn auf allen seinen Reisen z. B. auch auf der Augustreise, als deren Ziel ich London vermute, begleiten, alles was zwischen ihm und andern vorfällt, besprochen und korrespondiert und verabredet wird um so sichrer erfassen, als es mir mit der Zeit gelingen müßte, selbst von Lassalle zu seinen politischen Zwecken ge-

1) Die Prozesse der Gräfin HATZFELDT hatten bekanntlich durch einen Vergleich mit dem Grafen 1854 ein siegreiches Ende genommen. 2) Ursprünglich stand: mit Thränen im Auge beschwöre. 3) Hier stand noch: wenn ich nicht untergehen soll.

braucht zu werden; ich würde, durch meine Stelle bei Lassalle und seine Freundschaft legitimiert, keine Schwierigkeit haben, auch allen andern mehr oder weniger hervorragenden Gliedern der Demokratie intim bekannt zu werden und ihre Angelegenheiten von Grund aus zu erforschen; ich würde somit ihn und Konsorten, mit einem Worte den Behörden so in die Hände liefern, daß es nur von dem eigenen Ermessen derselben abhängen würde, zu jeder beliebigen Stunde diese unverbesserlichen Parteigänger des Umsturzes zu vernichten.

Ein Brief von Moses Hess an Berthold Auerbach über Karl Marx.

Mitgeteilt von
Theodor Zlocisti (Telaviv).

Der nachfolgende Brief spricht für sich selbst. Er enthält die erste, große Würdigung von MARX. Wie kaum einer der Zeitgenossen und frühzeitiger als sonst einer unter ihnen hat HESS die überzeitliche Bedeutung MARXens erkannt und ihn als den „DARWIN der ökonomischen Wissenschaft" verkündet — trotz aller Abweichung in aktuellpolitischen Fragen, trotz der heftigsten Anrempelungen, die er von MARX erfuhr, trotz der Streitigkeiten in den ersten Generalversammlungen der Aktionäre der im Herbst 1841 ins Leben gerufenen Rheinischen Zeitung, die mit der Ausschaltung HESSens von der ursprünglich für ihn in Aussicht genommenen Stellung eines Geranten des Blattes endeten[1]).

* * *

Lieber Auerbach! Du läßt lange auf Dich warten. Es vergeht eine Woche nach der anderen, ohne daß Dein Versprechen und meine Hoffnung in Erfüllung ginge. Unterdessen war der Herr Cohen[2]*) aus Karlsruhe hier, ein fader Mensch, von dem ich mich jedoch, Deiner bleistiftigen Empfehlung zuliebe, 1½ Tag ennuyieren ließ. Solltest Du auch diese Woche, die nun beinah' zu Ende ist, nicht kommen, so komme ja anfangs der andern Woche, nämlich Sonntags mit dem Dampfer, da an diesem Tage mein Vater verreist (acht Tage ausbleibt) und Du ganz bequem eine Woche bei mir leben kannst, ohne für Logis etc. Geld ausgeben zu müssen. Wir wohnen jetzt in einem neuen Haus, worin mehrere schön eingerichtete Zimmer zu Deiner Disposition stehen werden. Mit den Aktienzeichnungen geht es langsam, aber sicher*[3]*). Braun-*

1) Vgl. THEODOR ZLOCISTI, Moses Hess ... Eine Biographie. II. Aufl. Berlin 1921. I, 64 ff. — 2) M. COHEN, aus Karlsruhe, gab unter dem Namen HONEK 1842–1846 das vielgelesene Jahrbuch „Buch für Winterabende" heraus und stand dem Kreise der Rheinischen Zeitung nahe. Er lebte zeitweilig in Köln und veröffentlichte wiederholte Feuilletons in der Kölnischen Zeitung. (Vgl. HANSEN, Rhein. Briefe I, 687.) Später wird er in den Londoner Emigrantenkreisen von STIEBERS Trabanten bespitzelt. — 3) Gemeint ist die Aktienzeichnung für die Rheinische Zeitung.

fels[1]) *wird Dir das bisherige Resultat mitgeteilt haben; es wäre allerdings sehr gut, wenn von dort und Frankfurt auch einige Zeichnungen kämen; mindestens wird das Unternehmen jedenfalls, wenn auch etwas später, als wir es erwarteten, und zwar so, wie ich es wünsche, zu Stande kommen. Inzwischen werbe ich auch tüchtige Mitarbeiter und Korrespondenten.*

Du wirst Dich freuen, hier einen Mann kennen zu lernen, der jetzt auch zu unsern Freunden gehört, obgleich er in Bonn lebt, wo er bald dozieren wird. Sollte Dir Braunfels schon etwas von ihm gesagt haben, so ist hierauf nicht das mindeste Gewicht zu legen, da B. über Männer und Bestrebungen, wie der vorliegende Fall bietet, noch weniger Urteil als ein Kind hat, so sehr liegen diese Dinge über dessen Horizont.

Es ist dies eine Erscheinung, die auf mich, obgleich ich gerade in demselben Felde mich bewege, einen imposanten Eindruck machte; kurz, Du kannst Dich darauf gefaßt machen, den größten, vielleicht den einzigen jetzt lebenden eigentlichen Philosophen kennen zu lernen, der nächstens, wo er öffentlich auftreten wird (in Schriften sowohl als auf dem Katheder), die Augen Deutschlands auf sich ziehen wird. Er geht, sowohl seiner Tendenz, als seiner philosophischen Geistesbildung nach, nicht nur über Strauß, sondern auch über Feuerbach heraus, und letzteres will viel heißen! — Könnte ich in Bonn sein, wenn er Logik liest, ich würde sein fleißigster Zuhörer sein. Einen solchen Mann habe ich mir immer als Lehrer in der Philosophie gewünscht. Jetzt fühle ich erst, welch' ein Stümper ich in der eigentlichen Philosophie bin. Aber Geduld! ich werde jetzt auch noch etwas lernen!

Dr. Marx, so heißt mein Abgott, ist noch ein ganz junger Mann (etwa 24 Jahre höchstens alt), der der mittelalterlichen Religion und Politik den letzten Stoß versetzen wird, er verbindet mit dem tiefsten philos. Ernst den schneidensten Witz; denke Dir Rousseau, Voltaire, Holbach, Lessing, Heine und Hegel in einer Person vereinigt; ich sage vereinigt, nicht zusammengeschmissen — so hast Du Dr. Marx.

Cöln, d. 2. Sept. 1841. *Dein Hess.*

---

1) LUDWIG BRAUNFELS, 1810 (1809?) in Frankfurt geboren, Schüler des jüdischen Philanthropins daselbst, später zum Christentum übergetreten. Er studierte in Heidelberg Philologie und Philosophie, war 1834—1838 Redakteur der Coblenzer Rhein- und Moselzeitung und nahm nach deren Unterdrückung in Bonn seine Studien wieder auf. Er war auch Mitarbeiter von BROCKHAUS Leipziger Allgemeiner Zeitung und hatte Beziehungen zur Augsburger. Auch die Begründer der Rheinischen Zeitung rechneten, wie sich aus dem Briefwechsel zwischen HESS und AUERBACH ergibt, anfänglich mit seiner Mitarbeit. 1840 (?) ließ er sich in Frankfurt als Advokat nieder, wirkte dort bei Zeitungsprojekten mit und gewann später entscheidenden Einfluß auf die Frankfurter Zeitung. Sein Name ist für immer mit der DON QUIJOTE-Forschung verknüpft. (Vgl. über ihn: Allg. Deutsche Biogr. XLVII, 209; KARL GLOSSY, Literarische Geheimberichte aus dem Vormärz. Wien 1912. II, 86, 88; F. MÖNCKMEIER, Die Rhein- und Moselzeitung. Bonn 1912.)

Ein Brief von Engels an Marx.

Mitgeteilt von
Friedrich Adler (Wien).

Gelegentlich einer Durchsicht jenes Teils der Korrespondenz von FRIEDRICH ENGELS, der sich im Archiv der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands befindet, stieß ich auf einen Brief von ENGELS an MARX, der bisher der Forschung entgangen ist. Offenbar ist er schon zu ENGELS' Lebzeiten in andere Konvolute geraten und daher den Herausgebern des Briefwechsels zwischen MARX und ENGELS verborgen geblieben. Der Brief gehört chronologisch in den letzten Teil dieses Briefwechsels und ist nach der Nr. 1306 in den vierten Band der BEBEL-BERNSTEINschen Ausgabe[1]) einzureihen. Er wird vorläufig an dieser Stelle wiedergegeben, bis er bei einer Neuauflage des Briefwechsels, bei der hoffentlich auch alle die bisher vorgenommenen Kürzungen unterlassen werden, an der entsprechenden Stelle aufgenommen werden kann.

* * *

2 AdGds[2]) Ramsgate, 25. Aug. 77.

Lieber Mohr! Durch Schorl.[3]) wirst Du bereits vorgestern oder spätestens gestern Nachricht von Longuets, Laf's[4]) & uns erhalten haben[5]); seitdem

1) Der Briefwechsel zwischen FRIEDRICH ENGELS und KARL MARX 1844–1883. Hrsg. v. A. BEBEL u. ED. BERNSTEIN. 4 Bde. Stuttgart 1913. — 2) Abkürzung von Adelaide Gardens. Vgl. z. B. den Brief von ENGELS vom 31. VII. 1877 (Briefwechsel IV, 403), wo die Adresse ausgeschrieben ist. — 3) SCHORLEMMER. (Nebenbei sei hier angemerkt, daß ENGELS am 1. VII. 1892, dem Tage des Begräbnisses seines Freundes SCHORLEMMER, einen Nachruf auf ihn schrieb, der u. a. auch in der Wiener Arbeiterzeitung vom 15. VII. 1892 erschien.) — 4) LAFARGUES. — 5) Im Brief vom 8. VIII. 1877 an ENGELS (Briefwechsel IV, 407) klagt MARX: „Immer noch keine Nachricht von den Longuets ...", und am 17. VIII. 1877 (ebenda, 409) schreibt er an ENGELS: „Schorlemmer hatte versprochen herzukommen, bisher aber nichts von ihm vernommen', wie Richard Wagner das ausdrückt."

auch von Jenny direkt wegen Krankheit des Kleinen, bei der sie sich etwas zu sehr erschreckt hat, glücklicher Weise ist der Junge, wie sie heute schreibt, außer Gefahr.

Wir gehn Dienstag von hier weg, nach siebenwöchentlichem Aufenthalt, der mir sehr gut, der Lizzie aber noch lange nicht nach Wunsch bekommen ist. Ich werde sie, weather permitting, wohl noch einer stärkeren Luftveränderung aussetzen müssen.

Zur kurierten Leber gratuliere ich. Auf die Höhen des Schwarzwaldes mußt Du ja gehn, ich habe Sch.[1] *gesagt, er solle Dir die Karte von Baden, die mir 1849 gedient hat, mitbringen, hoffentlich hat ers gethan. Sie wird Dir dienen können, gerade das Gebirge ist für den Maßstab recht gut gezeichnet.*

Das Wetter wird sich bei Euch endlich wohl gebessert haben. Wir haben es hier famos getroffen. Während es überall regnete, hatten wir es hier nur bewölkt. In 7 Wochen 2 regnige Nachmittage & heute den ersten wirklichen Regentag — doch auch mit längeren Unterbrechungen — damit kann man schon zufrieden sein. Was an Regen fiel, kam meist Nachts.

Die Bewegungslosigkeit der Türken liegt wesentlich in dem Mangel an Train. Eine Armee nicht blos zum Schlagen, sondern auch zur freien Bewegung zu befähigen, scheint allen Barbaren & Halbbarbaren unmöglich zu sein: ihre mit Mühe & Noth annähernd modern (zum Schlagen) organisierte Armee soll sich bewegen mit den appliances einer alten barbarischen Armee. Man führt moderne Waffen ein, aber die dazu gehörige Munition muß selber sehn wie sie mitkommt. Man organisiert Brigaden, Divisionen, Armeekorps & konzentrirt sie nach den Regeln moderner Strategie, vergißt aber, daß sie dann nicht ihren Unterhalt selbstsuchen können, wie ein Janitscharen-, Spahi- oder Nomadenschwarm. Das zeigt sich schon bei den Russen, noch mehr bei den Türken & daher sind bei solchen Armeen alle Berechnungen falsch, die den Armeekörpern westeuropäische Beweglichkeit zuschreiben.

Die Böcke, die die Türken jetzt schießen, beruhen alle auf der Angst, die Gurkos Vorstoß in Konstant. erweckt hat. Statt den Suleiman sich direkt — durch die von Russen unbesetzten Pässe — entweder an Osman oder an Mehemet Ali anschließen zu lassen, soll er sich den Russen direkt vorlegen, Konst. d i r e k t decken. Daher die nutzlose Blutvergeudung im Schipkapas, Theil einer, mit den andern beiden Armeen verabredeten kombinirten & wie gewöhnlich nicht gleichzeitig ausgeführten, also gescheiterten Operation. Indes hat das Alles nicht viel zu sagen & wird schon wieder ins Gleiche kommen.

Der Collapse der russ. Armeeorganisation ist komplet. Sie geben einen Verlust von 15 000 M. in Gefechten (in Europa) zu, ihr Verlust durch Krankheiten muß das Doppelte oder mehr betragen. Transport komplet broken down. Straßen nirgends gebaut. Lagerpolizei existirt nicht, Dreck & Kadaverfäule hätten auch ohne das Klima hingereicht, die Massenkrankheiten zu erzeugen. Sechs russ. Armeekorps, jetzt acht stehn in Bulgarien & sind durch eine Schlacht auf die passivste Defensive zurück geworfen. Von 50 russ. Infanteriedivisionen stehen 16 an der Donau, 9 im Kaukasus & Asien, min-

1) SCHORLEMMER.

destens 5 sind im Anmarsch, 6 decken die Küste am schwarzen Meer & der Ostsee, Summe 36, bleiben 14, wovon 2 in den Ostseeprov. unabkömmlich, also 12 Inf.Divis. = höchstens 120 000 M. oder mit Kavalerie & Artillerie 150 000 Kombatanten für alle Eventualitäten frei! Und das gegen den „kranken Mann!“ Dazu sind Neuformationen schon wegen Offiziersmangel unmöglich oder werthlos. Kurz, es ist schlimmer als im Krimkrieg. Und dabei dieselbe Dummheit: aus Wuth über die Niederlage von Plewna müssen gleich kolossale Verstärkungen in Bewegung gesetzt werden, obwohl sie höchstens einen Monat werden operieren können, während welcher Zeit sie nutzlos sind und sehn können, wo sie was zu fressen finden. Und spätestens Ende Oktober gehts wieder rückwärts, rückwärts stolzer Cid in die ausgefressene Walachei, die Brücken verschwinden von der Donau & wenn alles gut geht, fängt man Ende Mai 1878 genau da an wo man Ende Mai 1877 angefangen hatte.

Beste Grüße an Euch alle *Dein F. E.*

Übrigens können die Türken noch einige schwere Keile vor dem Winter besehen, was aber nichts ausmacht, wenn man sich dadurch in Konst. nicht einschüchtern läßt.

Literaturbericht.

HEINRICH CUNOW, Die Marxsche Geschichts-, Gesellschafts- und Staatstheorie. Grundzüge der Marxschen Soziologie. 2 Bde. Berlin, Buchhandlung Vorwärts, 1920/21. 8°. 346 u. 352 S. (160 M.)

Die Ansichten von MARX über Geschichte, Gesellschaft und Staat werden von CUNOW nicht in dieser auf dem Titelblatt angegebenen, sondern in umgekehrter Reihenfolge, mit dem Staat beginnend und mit der Geschichte abschließend, dargestellt und besprochen. Freilich wird bereits beim Thema „Staat" der Gesellschaftsbegriff herangezogen und wird so der nachfolgenden, meritorischen, Erörterung der „Gesellschaftstheorie" vorgegriffen. Dies geschieht aus dem Grunde, weil nach C. die MARXsche Auffassung vom Staat vor allem dadurch gekennzeichnet ist, daß sie auf einer scharfen Trennung zwischen Gesellschaft und Staat beruht — einer Trennung, die, sofern sie sich nicht bereits bei einigen Engländern und Franzosen des 18. Jahrhunderts in nuce vorfinde, auf HEGEL zurückgehe. Aber schon in der Abgrenzung der beiden Gebiete gegeneinander weiche MARX nicht unwesentlich von HEGEL ab. C. ist z. B. der Meinung, daß es dem MARXschen Standpunkt entspreche, neben der Rechtsschöpfung (als Gesetzgebung) auch den Rechtsschutz (als Tätigkeit der Gerichte und bestimmter Verwaltungsbehörden) der Staatssphäre zuzuweisen, während HEGEL die Rechtsprechung und die Polizei ausdrücklich und nach C.'s Ansicht in ganz unzutreffender Weise der Gesellschaftssphäre zugerechnet hat.

Bei weitem schwerer falle es ins Gewicht, daß erst MARX den Staat in ein bestimmtes Abhängigkeitsverhältnis zur Gesellschaft, zum „bürgerlichen Leben", gebracht hat und dementsprechend den Staat als den „tätigen, selbstbewußten und offiziellen Ausdruck" der Gesellschaft definieren konnte. Jedoch nicht hieraus erklärt sich nach C. die für MARX charakteristische Staatsfeindlichkeit, durch die er in einen direkten Gegensatz zu HEGEL tritt. Im Gegenteil: ist der Staat nichts anderes als eine „Einrichtung der Gesellschaft", so gebühre ihm zwar nicht die ihm von HEGEL vindizierte erhabene Rolle, aber er könne in diesem Falle auch nicht aus eigener Kraft irgendwelche Übel über die Menschheit heraufbeschwören. Nicht durch folgerichtige Deduktionen aus seiner ursprünglichen Staatsidee, sondern durch politische Leidenschaft sei denn auch MARX dazu getrieben worden, im Staate einen bösartigen Widersacher zu sehen und ihm den Untergang weiszusagen (I, 308). In den späteren politischen Schriften von MARX und ENGELS erscheine der Staat „vielfach als eine selbständige Herrschaftseinrichtung, der allein die Schuld an allen Mißständen des öffentlichen Leben zugeschoben

wird". Nirgends bei MARX werde der Staat „als ethnischer Entwicklungs-, Kultur- und Machtfaktor im menschlichen Entwicklungsgange gewertet" (I, 310). „Damit soll nicht gesagt sein — bemerkt C. im unmittelbaren Anschluß hieran —, daß nicht tatsächlich der Staat, vor allem in seiner früheren Gestaltung, eine Herrschaftsorganisation darstellt, noch soll bestritten werden, daß gegenüber dem Staatskultus, wie er bei HEGEL und noch mehr bei einzelnen seiner Schüler hervortritt, die MARXsche Hervorhebung der politischen (sic!) Differenz zwischen dem HEGELschen Staatsideal und dem historischen Staat ein kritisches Verdienst war; aber deshalb ist nicht minder richtig, daß MARX von seinem politischen Standpunkt aus immer nur eine Seite des Staates gesehen hat. Man kann, wenn man dialektisch-hegelianisch sprechen will, mit Recht sagen, daß MARX, ausgehend von HEGEL, zwar richtig einen Teil der HEGELschen Staatsidee negiert hat; daß er aber in der ersten Negation steckengeblieben und nie zur Negation der Negation, zur Aufhebung seiner gegensätzlichen Auffassung in einer höheren Einheit gelangt ist, zu einer Staatsidee, die die Betrachtung des Staates als einer Herrschaftsorganisation mit seiner Bedeutung als einer großen ethnischen Lebensgemeinschaft verbindet."

Dieser Staatsauffassung, die C. der MARXschen entgegensetzt, und die er sich zu eigen macht, entspreche auch, meint er, die in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts einsetzende „Entwicklung des Obrigkeitsstaates zum Verwaltungsstaat", die MARX und ENGELS nur deshalb übersehen hätten, weil sie ganz und gar in ihrer Theorie von der Auflösung des Staates und dem Übergang der Staatsfunktionen an die Gesellschaft befangen gewesen wären (I, 314). In Wirklichkeit nehme man im Gegenteil eine Vermehrung und zugleich eine Verschiebung der Staatsfunktionen wahr, indem nämlich der Staat je länger je mehr mit der Wirtschaft verwachse, die man früher, „soweit nicht der Steuerertrag in Betracht kam, als etwas ansah, das außerhalb der Regierungssphäre lag". „Der Staat — bemerkt C. — wird gewissermaßen zu einem großen, das wirtschaftliche Zusammenwirken der Staatsmitglieder umspannenden Lebensrahmen, in dem sich jeder eingegliedert und mit vorwärtsgeschoben findet." Hand in Hand damit vollziehe sich „eine fortschreitende Überwindung des alten Prinzips der Gewaltentrennung, der formalen Absonderung der Exekutive von der Legislative". Das Parlament entwickle sich immer mehr zum „oberen staatlichen Wirtschaftsdirigenten, der die wirtschaftlichen Verwaltungszweige kontrolliert und in sie, wenn nötig, eingreift". Die Folge sei dann, daß sich auch das seelische Verhalten des einzelnen zum Staat verändert. „An die Stelle des einstigen dynastischen Machtwortes: ‚Der Staat bin ich!' tritt nun in einem sich mehr und mehr erweiternden Staatsbürgerkreise das erstarkende Bewußtsein: ‚Der Staat sind wir' (I, 317—319)."

ÉMILE VANDERVELDE hat einmal gesagt, daß die Antithese von „Staat als Verwaltung" (l'État-administration) und „Staat als Regierung" (l'État-gouvernement) im Grunde genommen nichts anderes zum Ausdruck bringe als den Gegensatz einer „industriellen" zu einer „militärischen" Struktur

der Gesellschaft[1]). Ob das auf die „großen Theoretiker des Sozialismus, von dem Anarchisten PROUDHON an bis zu seinen feindlichen Brüdern der MARXistischen Schule, von den SAINT-SIMONisten an bis zu den Jüngern FOURIERS", die sämtlich, wie VANDERVELDE (a. a. O. S. 185) bemerkt, auf dem Boden jener Antithese fußen, zutreffe, möchte man schon um des unüberbrückbaren Abstandes willen, der sie alle von HERBERT SPENCER trennt, nicht gern unbedingt bejahen. Richtig ist es aber, daß man es hier mit Schlagworten zu tun hat, in welche ein sehr verschiedener — nicht notwendig sozialistischer! — Sinn hineingelegt werden kann (vgl. KELSEN in diesem Archiv IX, 54—56, 67). In dieser Beziehung sind gerade die vorhin kurz wiedergegebenen Ausführungen C.s über Obrigkeits- und Verwaltungsstaat charakteristisch. Sie bewegen sich politisch durchaus in den Bahnen des demokratischen Liberalismus — hiervon macht auch das von C. über die Trennung der Gewalten Gesagte keine Ausnahme (s. KELSEN, ebda. S. 117 bis 118) —, wirtschafts- und sozialpolitisch aber in denen des Staatssozialismus, und wenn C. es unterläßt, auf die Bundesgenossenschaft ADOLPH WAGNERS hinzuweisen, so dürfte sich dies nur durch die Abneigung erklären, die er von Partei wegen der akademischen Nationalökonomie entgegenbringt.

So radikal aber auch C.s Ansichten vom Wesen und Schicksal des modernen Staates von der MARXschen Staatstheorie abweichen, so weiß er dieser nichtsdestoweniger eine, wie er meint, rein wissenschaftlich betrachtet, überaus wertvolle Seite abzugewinnen. Das ist die bereits eingangs hervorgehobene Unterscheidung zwischen Staat und Gesellschaft. Um zu zeigen, worin das Bedeutsame dieser Unterscheidung liegt, sieht sich C. jedoch veranlaßt — zur Überraschung seiner Leser — eine Anleihe bei der „bürgerlichen Wissenschaft", nämlich bei F. TÖNNIES, zu machen. Das von letzterem konstruierte Begriffspaar „Gemeinschaft" und „Gesellschaft" wird von C. rezipiert und gleichsam als allgemeinere Fassung des MARXschen Begriffspaares „Staat" und „Gesellschaft" hingestellt. C. (I, 258—259) zitiert einen längeren Passus aus TÖNNIES' „Gemeinschaft und Gesellschaft" (S. 16—17), der von Verwandtschaft, Nachbarschaft und Freundschaft als den Grundlagen der Gemeinschaft handelt und mit dem Satze schließt: „Eine solche Gemeinschaft ist auch der Staat, errichtet zu dem Zweck, Freiheit und Eigentum seiner Objekte (sic) zu schützen." Wer nur eine dunkle Erinnerung an das Werk von TÖNNIES hat, muß ob dieses letzten Satzes stutzig werden. Denn etwas, was zu einem bestimmten Zweck „errichtet" worden ist, somit ein Artefakt, kann doch niemals „Gemeinschaft" im Sinne von TÖNNIES sein. Dieser letzte Satz erweist sich denn auch als eine Beigabe C.s, als Erzeugnis seiner Feder, in welches einige aus dem Zusammenhang herausgerissene TÖNNIESsche Worte frei hineingefügt worden sind. Auf S. 264—266 von „Gemeinschaft und Gesellschaft" (II. Aufl. S. 278—280) ist nämlich zu lesen: „Der *Staat* hat einen zwieschlächtigen Charakter. Er ist *zuerst* die allgemeine gesellschaftliche Verbindung, bestehend und *gleichsam errichtet* zu dem Zwecke, Freiheit und Eigentum seiner Subjekte zu beschützen, mit-

1) Le collectivisme et l'évolution industrielle, Paris 1904, S. 184.

hin das auf der Gültigkeit von Kontrakten beruhende natürliche Recht auszudrücken und durchzuführen. Er ist also, gleich jedem anderen konstituierten Vereine, eine fingierte oder künstliche Person und steht als solche in der Rechtsordnung allen übrigen Personen gleich und gegenüber ... Aber der Staat ist zweitens die Gesellschaft selber oder die soziale Vernunft, welche mit dem Begriffe des einzelnen vernünftigen gesellschaftlichen Subjektes gegeben ist; die Gesellschaft in ihrer Einheit, nicht als besondere Person außer und neben die übrigen Personen gesetzt, sondern als die absolute Person, in bezug auf welche die übrigen Personen allein ihre Existenz haben; in diesem Sinne gibt es kein Recht gegen sein Recht, das Recht der Politik ist das Recht der Natur" [1]). TÖNNIES ist also weit davon entfernt, im Staate eine Unterart der Gemeinschaft zu sehen und ihn der Gesellschaft entgegenzusetzen; dies ist aber das mindeste, welches man verlangen könnte als Rechtfertigung, wenn nicht des falschen Zitierens, so doch des Versuchs, die MARXsche Trennung von Staat und Gesellschaft zu der TÖNNIESschen Unterscheidung zwischen Gemeinschaft und Gesellschaft in nähere Beziehung zu bringen. Hiervon abgesehen, entzieht sich die in Frage stehende MARXsche Konstruktion schlechterdings einer Umdeutung ins allgemein-soziologische, weil sie auf die besonderen modernen westeuropäischen und nordamerikanischen Verhältnisse zugeschnitten ist und im Grunde genommen nichts anderes will, als dem für diese Verhältnisse charakteristischen Kontrast zwischen politischer Gleichheit und Freiheit und ökonomischer Ungleichheit und Abhängigkeit einen prägnanten Ausdruck verleihen. Es wirkt geradezu grotesk, wenn C. die angeblich marxistischen Kategorien „Gemeinschaft" und „Gesellschaft" als Waffen im Kampf gegen K. KAUTSKY verwendet. Letzterer wird immer wieder als Vertreter des „Vulgärmarxismus" gebrandmarkt, und zwar nicht zuletzt gerade deshalb, weil er diese beiden Kategorien miteinander verwechsle. „Wie wenig KAUTSKY die einfachsten Grundelemente der MARXschen Gesellschaftslehre begriffen hat," gehe daraus hervor, daß er keinen Anstand nehme, gewisse primitive soziale Gruppen als „Gesellschaften" statt als „Gemeinschaften" anzusprechen (I, 263; vgl. II, 17). Wie steht es aber in dieser Beziehung um ENGELS? Nach Dutzenden zählen in seiner Schrift „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats" — und zwar auch in den späteren, nach TÖNNIES' „Gemeinschaft und Gesellschaft" erschienenen Auflagen — die Fälle, in denen von den Ausdrücken „Gesellschaft" und „gesellschaftlich" der von C. gerügte Gebrauch gemacht wird. Also „Vulgärmarxismus" auch hier?!

Gleichsam auf der Grenzscheide zwischen der Staatstheorie und der Gesellschaftstheorie bewegen sich C.s Ausführungen über den Begriff der Nation und über Nationalitätenfragen. Hier war aus MARX und ENGELS kaum etwas herauszuholen, was wissenschaftlich ins Gewicht fiele. Dazu haben die beiden über die einschlägigen Probleme nicht prinzipiell und konsequent genug ge-

1) Man vergl. das Schema auf S. 289 (2. Aufl. S. 304), wo der Staat ausdrücklich nicht unter „Gemeinschaft", sondern unter „Gesellschaft" rubriziert wird.

dacht und geurteilt. Die Kriterien, von denen sie die Anerkennung einer ethnischen Gruppe als Nation im Sinne politischer Selbständigkeit abhängig machten, sind sehr verschiedener Art: da wird bald an die Ethik, bald an das Kulturinteresse, bald an die Rassenzugehörigkeit, bald einfach an den nicht aufzuhaltenden Gang der historischen Entwicklung appelliert; überragt werden aber alle diese nicht immer leicht miteinander in Einklang zu bringenden Kriterien von dem revolutionären Nützlichkeitsstandpunkt, demzufolge — wie MASARYK sagt (Grundlagen S. 444) — MARX, und das trifft auch auf ENGELS zu, „die Völker nach dem Grad ihres Revolutionismus taxierte"; genauer: nach den Diensten, die jedes von ihnen der Sache der proletarischen Revolution zu leisten versprach. Daher auch die mit dem Wandel der politischen Konstellationen schwankenden und sich manchmal widersprechenden Ansichten auf diesem Gebiete, denen man in den Schriften von MARX und ENGELS begegnet. Wenn C. demgegenüber behauptet, daß nach MARXscher Auffassung für die „Berechtigung der staatlichen Zusammenfassung" in letzter Instanz stets der „kulturelle Fortschritt" maßgebend sei (II, 36), so wird damit der Standpunkt von MARX in eine etwas einseitige Beleuchtung gerückt. Auch der Bedeutung, welche MARX der Internationalität der proletarischen Bewegung beimaß, wird C. kaum gerecht, wenn er den Ruf „Proletarier aller Länder vereinigt euch!" mit der Aufforderung: „Journalisten, Ärzte, Philologen etc. schließt euch zur Durchsetzung euerer Aufgaben zu internationalen Verbänden zusammen!" in eine Reihe stellen zu dürfen glaubt (II, 29).

Recht eigentlich in das Gebiet der Gesellschaftstheorie im Sinne C.s fallen seine Darlegungen über die primitiven sozialen Zustände, insbesondere über die Entwicklung der Ehe und der Familie. Auf diesem Gebiete tritt uns der Verf. als anerkannte Autorität entgegen; er befindet sich hier in der glücklichen Lage, auf Grund teils eigener, teils fremder, aber durch eigenen Kennerblick durchleuchteter Forschungen zusammenfassend die Entwicklung in ihren Hauptzügen schildern zu können. Getragen wird diese Schilderung von dem Bestreben, dem Naturmenschen ja nicht Gedanken und Gefühle zu unterschieben, welche eine gewisse Kulturhöhe voraussetzen. C. wendet sich im einzelnen gegen die beiden in der einschlägigen Literatur mannigfach vertretenen Auffassungen, als ob wegen der Augenfälligkeit des Geburtsvorganges (im Vergleich zur Verborgenheit des Zeugungsvorganges) stets die Mutterfolge und niemals die Vaterfolge die ältere Einrichtung wäre (II, 121) und als ob die Exogamie, sei es in einer dem Menschen angeborenen Abneigung gegen den Geschlechtsverkehr mit Personen, mit denen man aufgewachsen ist, sei es in der Beobachtung, daß aus Heiraten zwischen Blutsverwandten kränkliche nnd idiotische Kinder hervorgehen, ihren Ursprung hätte (II, 117). Möge auch C. mit einer gänzlichen Ablehnung dieser Gesichtspunkte vielleicht etwas zu weit gehen, so hat er im allgemeinen sicherlich recht, wenn er davor warnt, primitive Verhältnisse „durch die Kulturbrille zu betrachten". Er selbst scheint aber, wenigstens in einem Fall, der Gefahr einer solchen Betrachtungsweise nicht entgangen zu sein. Dieser Fall betrifft die Entstehung der Totemnamen, die sich C. eingeführt denkt zu dem Zwecke,

um das Einhalten gewisser Eheverbote zu ermöglichen (II, 123—124, 135). Der Totemismus gleichsam zu der Rolle von Standesamtsregistern degradiert — das dürfte denn doch eine allzu rationalistische Hypothese sein[1]). Im übrigen legt C. den stärksten Nachdruck auf die engen Zusammenhänge, welche zwischen den Formen der Ehe und Familie und auch der Stellung der Frau einerseits und den wirtschaftlichen Verhältnissen andererseits bestehen. Er weist auch darauf hin, daß manche Nichtmarxisten diese Zusammenhänge zu erkennen und zu würdigen wüßten, während ENGELS in dieser Beziehung versagt hätte (II, 125, 128—129). Er bezichtigt ihn einer „kritiklosen Übernahme der MORGANschen Gruppenehe- und Urfamilienkonstruktionen", bezeichnet seine hierher gehörenden Darlegungen als „den schwächsten Teil der marxistischen Gesellschaftslehre" (II, 107) und erblickt sein einziges Verdienst um dieses Forschungsgebiet darin, daß „er erst durch sein kleines Buch über den Ursprung der Familie den zunächst wenig beachteten MORGANschen Untersuchungsresultaten einen größeren Verbreitungskreis geschaffen und in der deutschen Sozialdemokratie die Beschäftigung mit Urgeschichtsproblemen angeregt hat" (II, 137).

Ungleich weniger kritisch als zur Staats- und Gesellschaftstheorie von MARX und ENGELS verhält sich C. zu ihrer Geschichtstheorie. Er sucht letztere vor allem gegen die vorherrschende Auslegung zu verteidigen, wonach die Technik der primäre „Bewegungsfaktor" wäre. Nicht sowohl auf die Technik, als vielmehr auf die „Produktionsweise" komme es an. Dabei umspanne der Begriff der Produktion bei MARX ein viel weiteres Gebiet als in der üblichen ökonomischen Terminologie. „Gewöhnlich — meint C. — versteht man unter Produktion die Erzeugung von Waren, oft gar nur Gegenständen des individuellen Gebrauchs, von Lebens- und Genußmitteln, Kleidung, Schuhen, seltener die (sic) in den Herstellungsprozeß eingehenden Mittel konsumtiver Produktion, wie z. B. Arbeitswerkzeuge, Maschinen, Fabrikgebäude, Speicher, Transportmittel usw." (II, 148.) Für MARX hingegen bedeute Produktion soviel wie „Befriedigung des gesamten materiellen Lebensbedarfs der Gesellschaft in ständiger Wiederholung", so daß z. B. „die stetige Wiedererzeugung von Unterrichtsanstalten, Museen usw. nebst den für diese erforderlichen Einrichtungen, Lehr- und Arbeitskräften, Lehrmitteln usw.", sowie z. B. auch die Erneuerung und Erhaltung eines bestimmten Standes des mathematischen Wissens (wegen dessen Bedeutung für die Produktionsgestaltung mit dazu gehören. Nicht minder umfasse der MARXsche Begriff der Produktion die Prozesse des Güteraustausches und der Güterverteilung (II, 152).

Zu diesen Ausführungen über den Begriff der Produktion wäre zuvörderst zu bemerken, daß die Behauptung C.s, man verstünde in der Nationalökonomie unter Produktion oft nur die Herstellung von Gütern des unmittelbaren Bedarfs, völlig aus der Luft gegriffen ist. In Wirklichkeit wird da

1) Vergl. A. VAN GENNEP u. R. PETRUCCI im „Bulletin mensuel" des „Institut de Sociologie" Nr. 1, Brüssel 1910, wo es u. a. heißt: „On peut se demander . . . , si, loin d'être né d'un système matrimonial, le totémisme n'en a pas été le créateur".

zwischen Gütern verschiedener Ordnung kein Unterschied gemacht, und insbesondere wird die Errichtung von Gebäuden jeder Art, somit auch von Museen und Schulen, einhellig zur Produktion gerechnet. Uneinig sind sich die Theoretiker nur darüber, ob der Begriff der Produktion auf die persönlichen Dienste, wie z. B. die Unterrichtserteilung, ausgedehnt werden dürfe. C. glaubt diese Frage vom MARXschen Standpunkte aus bejahen zu müssen, wenigstens insofern, als der betreffende Unterrichtsstoff zur materiellen Produktion in engerer Beziehung steht, was z. B. bei der Mathematik der Fall sein kann. Nebenbei bemerkt, fühlt sich C. in puncto Mathematik ausnahmsweise mit KAUTSKY solidarisch, jedoch mit Unrecht, denn es ist lange nicht ein und dasselbe, ob man, wie es KAUTSKY tut, die angewandte Mathematik für „einen integrierenden Bestandteil der Technik" erklärt und dementsprechend den jeweiligen Stand der Mathematik den „ökonomischen Bedingungen der bestehenden Gesellschaft" zuzählt (übrigens keine glückliche Formulierung!), oder aber mit C. die Erteilung mathematischen Unterrichts unter den Begriff der Produktion subsumiert. MARX selbst gehört freilich nicht zu denjenigen Theoretikern, welche lehren, daß die persönlichen Dienste als solche niemals „produktive Arbeit" sein können. Aber das Kriterium, das über den produktiven Charakter der persönlichen Dienste entscheidet, besteht nach MARX darin, ob sie einem Kapitalisten zur Erzielung eines arbeitslosen Einkommens verhelfen oder nicht. „Ein Schriftsteller — bemerkt MARX — ist ein produktiver Arbeiter, nicht insofern er Ideen produziert, sondern insofern er den Buchhändler bereichert, der den Verlag seiner Schriften betreibt, oder insofern er Lohnarbeiter eines Kapitalisten ist" (Theorien über den Mehrwert I, 260). Jedoch hat dieser Gesichtspunkt mit den Gründen, welche C. zugunsten der in Frage stehenden Erweiterung des Produktionsbegriffs geltend macht, nichts zu schaffen, da diese Gründe auf keine bestimmte Gesellschaftsordnung, sondern auf das bei jeder Gesellschaftsordnung in die Erscheinung tretende Ineinandergreifen der ökonomischen Vorgänge Bezug nehmen, aus denen gemeinhin ein Teil ausgeschieden und mit dem Namen „Produktion" belegt wird. Daß MARX dieses Ineinandergreifen wiederholt betont hat, trifft zu; aber das hat ihn nicht daran gehindert, im allgemeinen an dem althergebrachten Sinn des Ausdrucks „Produktion" festzuhalten und der Produktion die Zirkulation, die Distribution und die Konsumtion entgegenzusetzen (z. B. Neue Zeit XXI, 714). Es verschlägt nichts, daß MARX gelegentlich die verba „produzieren", „reproduzieren" und die substantiva „Produktion", „Reproduktion" in einem weiteren oder übertragenen Sinne verwendet, so z. B. wenn er sagt, daß die kapitalistische Produktionsweise nicht nur die materiellen Produkte, sondern auch die Produktionsverhältnisse, worin jene produziert werden, und damit auch die entsprechenden Verteilungsverhältnisse beständig reproduziert. Keinesfalls darf dieser bildliche Sprachgebrauch einer Erörterung darüber zugrunde gelegt werden, wieso und weshalb der materialistischen Geschichtsauffassung zufolge die Produktion oder genauer: ein bestimmtes Charakteristikum der Produktion, zur Triebkraft der Entwicklung wird. In diesem Zusammenhang kann Produktion nur Herstellung materieller Güter bedeuten. C. führt übrigens die — nach seiner Meinung

Marxsche — Auffassung, daß unter Produktion alle Äußerungen des menschlichen Lebens zu verstehen seien, welche direkt oder indirekt zur Befriedigung der materiellen Bedürfnisse dienen, nicht konsequent durch: nimmt er doch davon Abstand, in die so verstandene „Produktion" z. B. die Konsumtion oder die Fortpflanzung des Menschengeschlechts einzubegreifen. Was letztere anlangt, so wendet er sich eigens gegen die von Engels vorgenommene Gleichsetzung der „Erzeugung von Lebensmitteln" mit der „Erzeugung von Menschen" (II, 140—141). Hieß es aber nicht bei C., daß die „Wiedererzeugung von Lehr- und Arbeitskräften", die in Unterrichtsanstalten und Museen benötigt werden, mit unter den Produktionsbegriff falle, und muß nicht der Mensch erst geboren werden, bevor er eine entsprechende Ausbildung erhält? Soviel über den angeblich für Marx charakteristischen Produktionsbegriff.

Fragt man alsdann nach demjenigen Charakteristikum der Produktion, welches C. zufolge bei genauer Auslegung der Marxschen Geschichtstheorie als eigentliche Triebkraft erscheint, so möchte man zunächst annehmen, es sei die Produktionsweise, weil diese, worauf bereits hingewiesen worden ist, von C. der Technik gegenübergestellt wird, von welcher, nach seiner Meinung mit Unrecht, vielfach behauptet wird, daß sie im Sinne von Marx den Gang der Entwicklung primär beherrsche. Dementsprechend resümiert C. in seinem Schlußkapitel (II, 308) den Marxschen Standpunkt dahin, daß eben die Produktionsweise der „Grundfaktor" sei, „auf dem das ganze gesellschaftliche Leben als seinem Fundament ruht". Damit setzt sich aber C. über die Terminologie von Marx selbst unzweifelhaft hinweg. Denn bei Marx schließt der Begriff der Produktionsweise bereits gewisse Elemente des rechtlichen und politischen „Überbaus" in sich, worauf C. selbst an anderer Stelle (II, 224) hinweist. Es sei nur an die bei Marx wiederholt vorkommende Wortverbindung „feudale Produktionsweise" erinnert. So bleibt denn auch C. dort, wo er des näheren auseinandersetzt, was es eigentlich an der Produktion sei, worauf sich die historische Entwicklung als auf ihre primäre Ursache zurückführen läßt, bei der „Produktionsweise" nicht stehen. Da heißt es, daß letztere „eng damit verbunden ist", „welche Naturkräfte, menschliche und tierische Arbeitskräfte sowie Maschinerien in der Produktion angewandt werden" (II, 162). Das seien die drei auseinanderzuhaltenden und gewissermaßen gleichberechtigten „konstitutiven Elemente des gesellschaftlichen Produktionsprozesses", von denen letzten Endes alle Wirkungen ausgehen. C. bringt diese „trinitäre Formel" — um hierauf einen Ausdruck anzuwenden, den Marx (Kapital III, 48. Kap.) in einem anderen Sinne gebraucht — mit den Darlegungen in Zusammenhang, die im „Kapital" der Lösung des Mehrwertproblems unmittelbar vorausgehen (I, 3. Aufl., S. 155—163) und dazu dienen sollen, den Arbeitsprozeß ganz ohne Rücksicht auf irgendwelche bestimmte Gesellschaftsform, ja sogar ohne Bezugnahme auf die Tatsache des Zusammenwirkens der Menschen bei der Arbeit, somit durchaus asozial, „in seinen einfachen und abstrakten Momenten", verständlich zu machen. Solche Momente sind nach Marx: die Arbeit selbst, ihr Gegenstand und ihr Mittel. Dreizahl hier wie dort. Aber die Marxschen „Momente" stimmen mit den

C.schen „Elementen“ nicht ganz überein: Arbeit ist nicht dasselbe wie menschliche, geschweige denn tierische Arbeitskraft; Arbeitsgegenstand kann höchstens Naturstoff, niemals aber Naturkraft sein; und unter Arbeitsmittel versteht MARX nicht bloß Maschinen (und Werkzeuge), sondern auch „die Erde selbst“, sowie Arbeitsgebäude, Kanäle, Straßen usw. Von diesen Diskrepanzen abgesehen, läßt sich aus den drei MARXschen Momenten der, wie vorhin bemerkt worden ist, asozial oder rein technisch gedachte Arbeitsprozeß, nicht aber C.s „gesellschaftlicher Produktionsprozeß“ zusammenzimmern. Als gleichbedeutend mit der zitierten Formel „Naturkräfte, menschliche und tierische Arbeitskräfte, Maschinerien“ findet sich bei C. die Zusammenstellung: „Arbeitskraft, Natur, Technik“, die sich ebensowenig mit der MARXschen Unterscheidung zwischen Arbeit, Arbeitsgegenstand und Arbeitsmittel deckt, dafür aber um so eher an SCHMOLLERS „Land, Leute und Technik“ erinnert (Grundriß I, 7.—10. Tausend, 126). „Natur“ bei C. und „Land“ bei SCHMOLLER sind nämlich nichts anderes als summarische Bezeichnungen für den Inbegriff der klimatischen, orographischen, geologischen und sonstigen natürlichen Verhältnisse, die ihren Einfluß auf die Lebensweise eines Volkes ausüben, und die beiden Ausdrücke „Arbeitskraft“ und „Leute“ nehmen (sofern man von den tierischen Arbeitskräften absieht) in durchaus übereinstimmender Weise auf Quantität und Qualität der Bevölkerung Bezug.

Nun können aber die Naturbedingungen ihrer (relativen) Konstanz wegen unmöglich als bewegende Faktoren der sozialen Entwicklung angesehen werden, und C.'s Behauptung, daß die anthropogeographische Auffassung RATZELS geradenwegs zur MARXschen Gesellschafts- und Geschichtsauffassung führe (II, 166), versetzt den Leser in nicht geringes Erstaunen. Was alsdann die Bevölkerungsverhältnisse anlangt, so fehlt es allerdings nicht an Autoren, die, sei es auf die Größe, insbesondere das Wachstum, der Bevölkerung, sei es auf ihre Eigenschaften (Rasse!), insbesondere auf die im Laufe der Jahrhunderte vor sich gehenden Wandlungen dieser Eigenschaften (Degeneration!), den Nachdruck legen, wo es gilt, gewisse Entwicklungstendenzen kausal zu erklären. Mit diesen Autoren hat aber gerade MARX recht wenig gemein. Es verbliebe somit das dritte „konstitutive Element des Produktionsprozesses“: die Technik, und man möchte da eine Annäherung C.s an den Standpunkt derjenigen MARXinterpreten konstatieren, welche das Wesen des ökonomischen Materialismus darin erblicken, daß ihm zufolge der jeweilige Stand der Technik die entscheidende Triebkraft der Entwicklung sei. Dieses eben will aber C., wie bereits bemerkt worden ist, nicht gelten lassen. Er wendet sich namentlich gegen SOMBART, der auf der Ersten Tagung der Deutschen Gesellschaft für Soziologie gesagt hat, daß die materialistische Geschichtsauffassung sich in den beiden Sätzen: „Die Wirtschaft ist eine Funktion der Technik“ und „Die übrige Kultur ist eine Funktion der Wirtschaft“ zusammenfassen lasse (Verhandlungen 76). C. bemerkt hierzu, daß die Technik von selbst gar nicht funktioniere; sie müsse „zur Produktion angewandt werden“, wozu Arbeitskraft und ein Arbeitsgegenstand nötig seien. SOMBART hätte aber willkürlich MARX die Ansicht „unterschoben“, „daß die Technik von selbst — ohne Arbeitskraft — funktioniert“ und darauf seine Stellung zur materialistischen

Geschichtsauffassung gegründet. „Das seltsamste ist — meint C., — daß unter den Zuhörern auf dem Soziologentage kein einziger aufstand und dem Professor SOMBART offen erklärte: ‚Sie haben die Ausführungen von MARX über den Produktionsprozeß gar nicht verstanden' (II, 176)." Seltsam ist hierbei in Wirklichkeit etwas anderes: daß nämlich C. den Sinn des Ausdrucks „Funktion" bei SOMBART so völlig mißverstehen konnte. Es ist C. offenbar entgangen, daß dieser Ausdruck nicht nur im biologischen und soziologischen Sinne (für Tätigkeit), sondern auch im mathematischen bezw. der Mathematik entlehnten Sinne (für abhängige Größe bezw. Erscheinung) gebraucht wird. SOMBART hat selbstverständlich nichts anderes ausdrücken wollen, als daß die Wirtschaft nach MARX-ENGELS von der Technik abhängt, durch letztere bedingt sei (vgl. auch „Technik und Kultur" i. Archiv f. Soz.-Wiss. u. Soz.-Pol. XXXIII, 315 fg., wo der Ausdruck „Funktion" immer die nämliche Bedeutung hat), und so erweist sich C.s Versuch, diese Behauptung mit dem Hinweis auf die Darlegungen von MARX über die drei Momente im Arbeitsprozeß (Arbeit, Arbeitsgegenstand und Arbeitsmittel) zu widerlegen, als gänzlich verfehlt.

Es liegen wohl andere Äußerungen von MARX und namentlich von ENGELS vor, die sich mit der These, daß die Technik stets das Bestimmende sei, nicht vertragen. Das wissen aber die Autoren, denen gegenüber C. derartige Äußerungen vorbringt, ebensogut wie er selbst, und wenn sie trotzdem bei Formulierung der Quintessenz der materialistischen Geschichtsauffassung immer wieder auf die Technik zurückkommen und von anderen Faktoren absehen. so geschieht es aus der Absicht heraus, die in Frage stehende Auffassung auf einen unzweideutigen und widerspruchsfreien Ausdruck zu bringen. (Um so schlimmer für den historischen Materialismus, wenn er diese Prozedur nicht verträgt.) Daß die geschichtsphilosophische Konstruktion von MARX und ENGELS sonst zerfließt und ihre Originalität einbüßt, ersieht man sehr gut gerade auch aus C.s mehr ins einzelne gehenden positiven Ausführungen. So findet er z. B. in der bloßen „Tatsache, daß bei den verschiedensten nicht miteinander zusammenhängenden Völkern auf gewisser Wirtschaftsstufe gleichartige Zinsverbote auftreten und diese mit der Entwicklung der Geldwirtschaft in ganz gleicher Richtung Umgestaltungen erfahren", einen Beweis für die Richtigkeit der materialistischen Geschichtsauffassung (II, 240—245). C. weist in diesem Zusammenhang insbesondere darauf hin, daß als im 12. und 13. Jahrhundert die Geldwirtschaft in Italien, Spanien und Mitteleuropa immer mehr an Boden gewann, das Zinsverbot nicht einfach abgeschafft, sondern zunächst durch neue Zinsinterpretationen für bestimmte Fälle unwirksam gemacht wurde. So konstruierte man beim Produktivkredit den Zins als Ersatz des Schadens, der dem Gläubiger aus der Hingabe einer im eignen Geschäft gewinnbringend verwendbaren Geldsumme erwächst. Entspricht es nun etwa dem MARXschen Standpunkte, zu sagen, daß, als schließlich das Zinsverbot fiel, ein Produktionsverhältnis durch gesteigerte Produktivkräfte umgestürzt worden sei? Mit nichten! Erstens weil das Vordringen der Geldwirtschaft an sich noch keine Veränderung der Produktivkräfte bedeutet, und zweitens weil das betreffende Produktionsverhältnis, d. h. das

Verhältnis zwischen einem Gläubiger und einem Schuldner, der das dargeliehene Geld in der Produktion anlegt, ökonomisch das alte blieb und nur juristisch eine Neugestaltung im Sinne einer ausdrücklichen Anerkennung des in Frage stehenden wirtschaftlichen Sachverhalts durch das Recht erfuhr, was mit der Sprengung eines Produktionsverhältnisses, wie sie sich Marx vorstellt, nichts zu tun hat, wohl aber die weitverbreitete, mit dem Marxismus nicht enger liierte Auffassung bestätigt, daß sich die Rechtsnormen früher oder später den „Anforderungen des Lebens" anpassen — eine Auffassung übrigens, die man sich zu eigen machen kann, ohne dadurch in Abrede stellen zu wollen, daß es auch Fälle gibt, in denen das (geschriebene) Recht selbtsändig in das soziale Geschehen eingreift. Auch in den Erfahrungen des Weltkrieges sucht C. eine Stütze für die materialistische Geschichtstheorie. Hier „änderten sich — meint er — mit der Änderung des Produktionsprozesses (infolge der Verringerung der Produktionskräfte — der für die Produktion zur Verfügung stehenden Menschen-, Tier- und Maschinenkraft — sowie der veränderten Produktionsrichtung usw.) auch die Produktionsverhältnisse (d. h. die Lohn-, Profit-, Zins-, Absatz-, Einkommensverhältnisse usw.) und damit auch die Eigentumsverhältnisse, denn im juristischen Sinne sind die genannten Produktionsverhältnisse eben nichts anderes als Eigentumsverhältnisse" (II, 230). Es hätte sich also in diesem Fall die Marxsche Lehre bewahrheitet, wonach Konflikte zwischen den Produktivkräften und den Produktionsverhältnissen schließlich in einer Umgestaltung der letzteren ihren Ausgleich finden müssen. Wie man sieht, betrachtet C. schon jede Änderung in der verfügbaren Menge eines Produktionsmittels als eine Änderung der Produktivkräfte und jede Änderung in der Höhe des Arbeitslohnes, des Preises oder des Zinsfußes als eine Änderung des entsprechenden Produktionsverhältnisses. In Wirklichkeit handelt es sich aber in der maßgebenden Stelle aus Marx (Vorwort zur „Kritik") bei den Produktivkräften nicht sowohl um temporäre Schwankungen der betreffenden Mengen, als vielmehr um verschiedene „Entwicklungsstufen" und bei den Produktionsverhältnissen nicht um quantitative, sondern um qualitative Unterschiede, wie etwa um den Unterschied zwischen dem Verhältnis des Leibeignen zum Grundherrn und dem Verhältnis des Taglöhners zum Gutsbesitzer. Auf diese wahre Bedeutung der von Marx gemeinten Veränderungen der Produktionsverhältnisse macht in einem anderen Zuusammenhang auch Paul Barth aufmerksam, indem er den „Tatsachen" die (hier einzig und allein in Betracht kommenden) „Prinzipien" der Einkommens- und Vermögensverteilung entgegenstellt. Dagegen lehnt sich C. vergebens auf (II, 230—231).

Allzu weitherzig, um nicht zu sagen verkehrt, ist auch die Auslegung, die C. der in die materialistische Geschichtstheorie hineinspielenden dialektischen Methode zuteil werden läßt. Ihm zufolge sei es schon „Dialektik", wenn „die Entwicklung nicht in gerader Linie erfolgt, sondern gewissermaßen in einer Zickzack- oder Kurvenlinie vor sich geht, also . . . nicht immer die einmal eingeschlagene Richtung einhält, sondern bald nach dieser, bald nach jener Seite ausbiegt, um dann vielleicht im weiteren Verlauf wieder in die alte Richtung einzulenken", und es sei geradezu für Marx kennzeichnend,

daß er sich den Gang der Geschichte nach diesem Schema vorstelle (II, 344). Dann wären ja alle diejenigen, welche mit der Möglichkeit von Rückschlägen bei einem historischen Entwicklungsprozeß rechnen — und wer tut das nicht? — samt und sonders Adepten der dialektischen Betrachtungsweise und pro tanto Marxisten. Zudem ist es nicht richtig, daß für MARX eine historische Bewegung qua Zickzackbewegung dialektisch sei. C. verweist hierzu auf das Vorwort zur II. Auflage des „Kapital" I, wo MARX aus der bekannten anonymen russischen Besprechung seines Werkes (von HILARION KAUFFMANN, seit 1893 Professor der Statistik an der Petersburger Universität, † 1915) eine, wie MARX selbst bemerkt, „treffende" Schilderung der ihm eigentümlichen Betrachtungsweise wiedergibt. Da steht aber von Richtungsänderungen der Bewegung kein Wort. Es ist vielmehr von einem ununterbrochenen Aufsteigen des gesellschaftlichen Organismus zu immer höheren Formen die Rede. Und es befindet sich damit durchaus im Einklang, wenn ENGELS die dialektische Entwicklung einmal als den „ursächlichen Zusammenhang des durch alle Zickzackbewegungen und momentanen Rückschritte hindurch sich durchsetzenden Fortschreitens vom Niederen zum Höheren" definiert (CUNOW II, 344). Als dialektisch bezeichnet ENGELS eine Bewegung nicht wegen, sondern trotz des unvermeidbaren Zickzackkurses! Ein anderes Beispiel für C.s Neigung, das Konto der Dialektik über Gebühr zu belasten, bietet seine kaum glaubhafte Behauptung, daß die Eliminierung störender Einflüsse bei Auffindung ökonomischer Gesetze ein Verfahren sei, das nur derjenige begreifen und würdigen könne, der dialektisch zu denken vermöge. So sei es auch z. B. verständlich, daß PETER VON STRUVE „als Kantianer" in dieser Beziehung versage (II, 327—330).

Der HEGELianismus, den C. zur Schau trägt, reimt sich schlecht mit seiner im Grunde genommen durchaus positivistischen Sinnesart. Ein Verzicht auf die HEGELschen Denkmotive und Formulierungen käme ihm aber wohl wie ein Verrat an MARX vor. Und er fühlt sich vor allem als Hüter und Verteidiger des MARXschen Erbes. Daher seine stets wiederkehrenden Belehrungen an die Adresse der MARXgegner und der für Marxisten sich haltenden Autoren. Bald bezeichnet er sie als Nichtwisser, bald stellt er sie als bornierte Geister hin, welche die einfachsten Dinge nicht zu begreifen vermögen. Es hagelt nur so auf sie Zensuren wie: „total irrig", „komisch", „kurios", „absurd", „Unsinn", „leeres Gerede", „grobe Verständnislosigkeit" und dgl. mehr. Diese Polemik, von der man, wenn man sie als Ganzes betrachtet, in freier Abwandlung einer alten Redensart beinahe sagen möchte: fortiter in modo, debiliter in re, nimmt leider in C.s Werk einen so breiten Raum ein, daß sie das Wertvolle, was der Verf. darüber hinaus bietet und worin seine eigentliche Stärke besteht — ist er doch in erster Linie deskriptiver Soziologe — zu verdecken droht. Freilich wird der Leser dadurch, daß C. ältere und neuere, philosophisch und ökonomisch orientierte, bürgerliche und sozialistische Schriftsteller in den Kreis seiner kritischen Betrachtungen einbezieht und dabei mit Exzerpten aus deren Schriften nicht kargt, insofern gefördert, als er auf diese Weise über die verschiedenen Richtungen der MARX-Forschung unterrichtet wird. Ähnliche informative Dienste leistet die historische Skizze,

welche die politischen Theorien im Wandel der Jahrhunderte zum Gegenstand hat und die ersten zwei Drittel des 1. Bandes des C.schen Werkes ausfüllt.

L. v. Bortkiewicz (Berlin-Halensee).

Heinrich Eildermann, Urkommunismus und Urreligion. Geschichtsmaterialistisch beleuchtet. Berlin, A. Seehof & Co. 1921. Gr. 8°. 296 S.

Ein seltsames Buch, das auf bloßen Voraussetzungen die gewagtesten Hypothesen und Konstruktionen aufbaut und dadurch auf ethnologischem wie wirtschaftsgeschichtlichem Gebiet zu Behauptungen gelangt, denen jede wissenschaftliche Grundlage fehlt.

Wie mir scheint, bin ich mit dem bekannten Soziologen Felix Somló in gewisser Hinsicht schuld daran, daß sich E. zur Abfassung seiner Schrift bewogen gefühlt hat. Ihm sind Somlós vom Solvayschen Institut de Sociologie herausgegebenes Buch „Der Güterverkehr in der Urgesellschaft", sowie meine beiden Schriften „Die Verwandtschaftsorganisationen der Australneger" und „Zur Urgeschichte der Ehe und Familie" in die Hände gefallen, und da in diesen Schriften mehrfach erklärt wird, daß die Ursache der geschilderten Entwicklungsformen sich mit Sicherheit nicht feststellen lasse und weitere Nachforschungen abgewartet werden müßten, haben sie E. wenig befriedigt. Ihm erscheint solche Vorsicht, bezw. Abgeneigtheit zur Fabrikation gewagter Hypothesen als Halbheit. Die Marxsche materialistische Geschichtsauffassung besagt nach seiner Ansicht, daß aller Entwicklung ökonomische Motive — unter welchen er lediglich wirtschaftliche Interessenmotive versteht — zugrunde liegen, folglich hat man, will man die Ursache der Entwicklungsvorgänge kennenlernen, nur nötig, solchen Motiven nachzuforschen und, wenn man keine findet, sie zu konstruieren.

So ist E. dazu gelangt, das, was er die Marxsche Forschungsmethode nennt, auf die Probleme der urkommunistischen Wirtschaftsgestaltung, der primitiven verwandtschaftlichen Organisationsformen und der Entstehung der Urreligion anzuwenden — und alle damit zusammenhängenden Fragen endlich gründlich zu lösen. „Die vorliegende Arbeit will — sagt er selbst im Vorwort zu seinem Buch — im Grunde nur die Anwendung der Marxschen Methode auf die neuen Forschungsgebiete demonstrieren und erwartet mit Recht, daß die Deutung und Angliederung eines weiteren theologischen und prähistorischen Materials, sowie der mythologischen und volkskundlichen Stoffe in der hier eingeschlagenen Richtung den Ausbau der modernen sozialistischen Geschichtsauffassung und Weltanschauung in ganz besonderem Maße fördern wird."

Sicherlich ist die Absicht E.s. recht schön. Aber eine genaue Erforschung der Wirtschafts- und Organisationsformen der niedrigstehenden heutigen Naturvölker ist eine recht schwierige Sache; denn eindringende Studien sind auf diesem Gebiet sehr spärlich. Zudem darf eine solche Untersuchung, will sie nicht ein sehr einseitiges Resultat ergeben, sich nicht auf ein Lokal-

gebiet beschränken, denn gerade auf den untersten Stufen des Wirtschaftslebens, auf denen noch keine eigentliche Güterproduktion in unserem Sinne, sondern meist nur eine bloße Aneignung der von der Natur dargebotenen Gaben stattfindet, hängt die Wirtschaftsweise wie auch die Werkzeug- und Waffentechnik fast völlig von den Natureigenheiten des bewohnten Gebiets ab. Ferner genügt es in den meisten Fällen nicht, daß der Forscher sich lediglich auf irgendwelche gelegentlichen Angaben von Reisenden und Ansiedlern über die Organisationsformen verläßt; er muß zu erfahren suchen, wie die betreffenden Völker ihre organisatorischen Einrichtungen, ihre Gemeinschaftsverbände und verwandtschaftlichen Beziehungen benennen und welche etymologische Bedeutung diese Benennungen haben kurz, er muß eindringende Sprachstudien treiben. Und drittens muß er die Fähigkeit haben, sich in die Anschauungswelt und Lebensweise der sog. Wilden hineinzuversetzen, aus ihren Lebensbedingungen heraus urteilen zu können, d. h. er muß die hohlgeschliffene Kulturbrille ablegen können, mit der jeder in bestimmten kulturellen Anschauungen aufgewachsene Kulturmensch ganz natürlicherweise primitive Lebensverhältnisse zunächst betrachtet. Ist es schon für einen Psychologen schwer, die Anschauungen eines fremden Kulturvolks oder einer anderen Klassenschicht seines eigenen Volks zu begreifen, so ist es noch weit schwerer, die Auffassungen primitiver Völker zu verstehen, von denen wir durch lange Entwicklungsperioden getrennt sind.

Diese Schwierigkeiten erklären auch, wie wenig wir über die Wirtschaftsentwicklung primitiver Völker, vornehmlich der untersten Stufen, wissen und wie geringen Anspruch im ganzen die bisherigen Untersuchungen primitiver Wirtschaftsformen auf wissenschaftliche Zuverlässigkeit haben. Herrn E. fehlen für solche Untersuchungen alle Vorbedingungen. Er sieht nicht nur das Leben der Eingeborenen des australischen Festlandes, auf welche sich fast ausschließlich seine Ausführungen beschränken, durch eine dicke konvexe Kulturbrille, er hat auch keine umfassenden ethnologischen Kenntnisse und damit keinerlei Vergleichsmöglichkeiten. Selbst die auf die Australier bezüglichen ethnologischen Schriften kennt er nur zum allerkleinsten Teil, und die wenigen, die er kennt, hat er zum größten Teil nicht selbst gelesen, sondern nur irgendwo — meist in Somlós schon erwähnter Schrift — zitiert gefunden. So beruft er sich mehrfach auf des australischen Ethnologen A. W. Howitts Angaben, selbst gelesen aber hat er weder dessen „Native Tribes of South-East Australia", noch dessen gemeinschaftlich mit L. Fison verfaßtes Werk „Kamilaroi and Kurnai", noch dessen verschiedene im „Journal of the Anthropological Institute of Great Britain and Irland" erschienene Abhandlungen, d. h. er hat eigentlich gar nichts von Howitt gelesen. Und noch schlimmer steht es mit manchen anderen von ihm benutzten Schilderungen, z. B. mit Samuel Gasons wertvoller Schrift über „Manners and Customs of the Dieyerie Tribe". Was er davon weiß, hat er größtenteils Somló entlehnt; aber was dieser berichtet, hat er ebenfalls nicht direkt Gasons Schrift entnommen, sondern aus zweiter, dritter Hand. Von der Sprache der australischen Eingeborenen hat E. natürlich erst recht keine Ahnung.

Eine solche Unkenntnis der Eingeborenenverhältnisse ist sicherlich eine recht schlechte Rüstung für eine so schwierige Untersuchung, wie sie E. vornimmt; doch er weiß sich zu helfen: er unterstellt einfach als völkerkundliche Tatsache, was seinen Beweiszwecken entspricht. Gleich zu Beginn seines Buches unterstellt er z. B., daß die australische Horde, die, wie er sagt, im ganzen „höchstens 50 Köpfe" zählt, in eine Reihe Jagdgefährtenschaften geteilt ist, und zwar stellten diese Gefährtenschaften feste Verbindungen, „Produktionsgruppen", wie er sagt, dar, „deren jede in der Lieferung von bestimmter Nahrung, namentlich dem Fleisch bestimmter Tierarten, groß war". Die Jagdgefährtenschaft beruht also „auf dem Zusammenschluß von Produzenten gleicher Art". Es gibt demnach auch, wie E. weiter ausführt, besondere Känguruh-, Wombat-, Opossum-, Emu-Jagdgesellschaften usw., ja gewöhnlich erzieht sogar (S. 35) ein Mann seine Söhne wieder für seine eigene Jagdart, ein Wombatjäger beispielweise wieder für die Wombatjagd, so daß also Jagdberuf und Jagdgefährtenschaft sich in den einzelnen Familien forterben.

Woher E. dieses Jagdgefährtenschema hat, ist nicht recht ersichtlich, Beweise für seine Unterstellung führt er nicht an; er behauptet nur. Es würde ihm auch schwer fallen, solche Beweise beizubringen; denn, soweit die australischen Ethnologen und Forschungsreisenden in ihren Schriften auf die Jagdmethoden der australischen Eingeborenen eingehen, berichten sie das Gegenteil. So schreibt zum Beispiel Erhard Eylmann, ein sehr scharfer Beobachter, der das australische Festland von Port Philipp an der Basstraße bis Port Darwin an der Harafura-See durchquert hat: „Zur Ausbildung einer besonderen Waffe für jedes Hauptwild konnte es schon deshalb nicht kommen, weil der Jäger selten in der Absicht den Lagerplatz verläßt, nur auf eine ganz bestimmte Tierart Jagd zu machen. Die Waffen, welche er mit sich nimmt, gehören daher in der Regel zwei Formen an, von denen die eine sich besonders zur Erlegung der größeren und die andere der der kleinen Tiere eignet." (Die Eingeborenen der Kolonie Südaustralien. S. 326).

Wohl jagen, da ihre Hauptjagdmethode infolge der geringen Tragweite ihrer Wurfspeere und Wurfkeulen (Bumerangs sind im Urwald meist gar nicht anwendbar) im Umschleichen und Umstellen des Wildes besteht, oft mehrere Männer zusammen; aber sie vereinigen sich nach Belieben zu diesem Zweck und jagen das Wild, das ihnen in den Weg kommt. Selbst wenn E. das nicht weiß, sollte ihm ein wenig Nachdenken sagen, daß seine Annahme nicht richtig sein kann. Nehmen wir an, eine Horde zähle tatsächlich 50 Personen, so kommen auf die erwachsenen Männer ungefähr 12—15, von denen aber 4—5 schon zu alt zum Jagen sind. Bleiben vielleicht 10 Jagdfähige — und diese zehn sollen nun eine Reihe geschlossener Jagdgefährtenschaften bilden. Das ist gar nicht möglich, wenn man nicht annehmen will, gewöhnlich bestände eine solche Jagdgefährtenschaft nur aus einer Person.

Dennoch ist die Jagdgefährtenschaft für E. diejenige Gruppe, von der

nach seiner Behauptung alle anderen Gruppenbildungen und Organisationen der Australier ausgehen, z. B. die Totemgenossenschaft. Sie entsteht nämlich nach ihm dadurch, daß die Hauptjagdgefährtenschaft darauf drängt und durchsetzt, daß die Horde sich nach dem von ihr gejagten Tier benennt — also die Benennung nach dem Hordengebiet, ihren Eigenschaften oder ihrer Lebensweise aufgibt. Wie E. S. 69 behauptet, sei ursprünglich die Totemgruppe eine „Produktionsgemeinschaft, die sich nach ihrem Totemobjekt, in der Regel einem Nahrungstier, benennt". Nachgewiesen ist auch dieser Vorgang nirgends in Australien; er ist ebenfalls eine bloße, Annahme, und zwar eine völlig grundlose. Erstens wird von den Totemgruppen das Tier, nach dem sie sich benennen, vielfach gar nicht gejagt oder, falls es gejagt wird, doch nicht gegessen. Welchen Zweck verfolgt denn eine Jagdgefährtenschaft damit, ein Tier zum Totemtier der Horde erwählt zu sehen, das sie gar nicht jagen, oder zum wenigsten nicht essen darf? Ferner finden wir nicht nur Vierfüßler, sondern auch Raupen, Käfer, Ameisen, ferner Bäume (besonders den australischen Teebaum) und Kräuter, ja auch den Regen und den Mond als Totembenennungen. Gibt es denn auch Gefährtenschaften, die speziell Raupen, Käfer oder Teebäume jagen, oder im Mond ihr besonderes Nahrungstier sehen?

Auch die Exogamie (die Heirat außerhalb der eigenen Horde, Totemgruppe oder Geschlechtsgenossenschaft) weiß E. mit kühner Hinwegsetzung über alle festgestellten Tatsachen sehr einfach aus der von ihm erfundenen Jagdgefährtenschaft abzuleiten. Gehört nämlich ein Mann zu einer bestimmten Jagdgefährtenschaft, z. B. zur Wombat- oder zur Wallaby-Jagdgefährtenschaft, so muß ihm nach E.s Ansicht daran liegen, daß sein Schwiegersohn nicht auch zu solcher Gefährtenschaft gehört, sondern zu einer ganz anderen, damit dieser ihm anderes Wildbret zu liefern vermag. Folglich gab ein Mann seine Tochter nicht einem Mitglied seiner eigenen Jagdgefährtenschaft, sondern einer solchen, nach deren Fleischprodukten er Verlangen hatte. So entstand die Exogamie.

Damit der Leser nicht denkt, ich mache faule Witze, will ich die betreffenden Ausführungen E.s wörtlich zitieren:

„Als aber die Jagdwerkzeuge sich mehr differensierten und die in derselben Jagdart Geschicktesten sich zu dieser Gefährtenschaft, andere zu jener, zusammenschlossen, als man sich einigte darüber, von welcher Nahrung der eine und von welcher der andere der Jäger herbeischaffen sollte, damit bei der Verteilung von allem genügend vorhanden war, begann der Vater der heiratsfähigen Tochter zu überlegen. Nicht wahllos gab er sie mehr fort, um einen beliebigen Jäger als Schwiegersohn und Versorger an sich zu fesseln, sondern er sagte etwa folgendes zu sich selbst: ‚Ich gehöre, und darum auch mein Sohn, den ich erzogen, zu den Wombatjägern und bin aus dieser Ursache um Wombatfleisch nicht verlegen; da möchte ich doch meinen Schwiegersohn aus der Känguruhbrüderschaft nehmen. Kommt nun ein Wombatmann, so werde ich ihn fortschicken; denn er kann mir nichts anderes bieten, als was ich von meinem Sohne jetzt schon erhalte.'"

E. setzt also voraus, daß die Heiraten in Australien in derselben Weise geschlossen werden, wie bei uns in sog. gutbürgerlichen Kreisen. Der zukünftige Ehemann fragt seine Angebetete, ob sie ihn heiraten will, und sie sagt schüchtern: „Fragen Sie meinen Papa!“ Der Heiratskandidat begibt sich nun zum zukünftigen Schwiegerpapa und hält um die Hand von dessen Tochter an. Der Herr Schwiegerpapa überlegt, welchen Vorteil er in ökonomischer oder vielmehr kulinarischer Hinsicht aus dem Heiratslustigen ziehen kann und trifft danach seine Entscheidung.

Sehr schön, nur sind in den meisten Fällen in Australien die schwarzen Heiratslustigen so sittenlos, daß sie ihre zukünftigen Schwiegerpapas gar nicht fragen, sondern sich ihre Weiber ohne Zustimmung der Väter rauben, stehlen oder entführen. Nur bei wenigen Stämmen findet daneben ein Weiberaustausch zwischen den Horden statt, und in noch wenigeren hat sich schon die Sitte des Weiberkaufs, d. h. des Eintausches der Frau gegen Geschenke, durchgesetzt. Zudem aber ist in den meisten australischen Stämmen der Schwiegervater gar nicht imstande, von den Jagdergebnissen seines Schwiegersohnes zu profitieren, da der Mann sich seine Frau aus einer andern Horde holt, Schwiegervater und Schwiegersohn also in verschiedenen Horden leben und das Hinüberschaffen des Fleisches von dem Lagerplatz des einen zu dem des anderen ziemlich beschwerlich ist, zumal die Horden fast ständig ihre Lagerplätze ändern und sich oft das sogenannte Camp des Schwiegervaters ein Dutzend oder auch zwei Dutzend Meilen von dem seines Schwiegersohnes entfernt befindet.

E. fehlt, das zeigen seine Ausführungen immer wieder aufs neue, eine genaue Kenntnis der verschiedenen Hordenorganisationen und der Einteilung der Eingeborenen in Altersklassen, Heiratsklassen, Totemgruppen und Geschlechtsbrüderschaften (phratriarchalische Verbände) sowie der Zusammenhänge dieser Gruppen. Er verwechselt immer wieder die Lokalgruppen (Horde) mit den auf weiblicher Abstammungsfolge beruhenden, über eine Reihe von Hordengebieten zerstreuten Totemgruppen. Und doch hätte er sich darüber bei GEORGE GREY, A. L. P. CAMERON und vor allem A. W. HOWITT sehr genau unterrichten können. Letzterer behandelt — abgesehen von anderen Abhandlungen — im zweiten und dritten Kapitel seines Werkes über „The Native Tribes of South-East Australia“ die Horden und sog. sozialen Organisationen der südaustralischen Eingeborenen recht ausführlich. Und sollte, wie nur allzu wahrscheinlich ist, E. keines dieser Werke jemals gesehen haben, so hätte er doch durch die Darlegungen S. 119 ff und 138 ff über die lokalen und verwandtschaftlichen Organisationen in meiner Schrift: „Die Verwandtschaftsorganisationen der Australneger“ darauf kommen müssen, welche Unterschiede und Gegensätze zwischen diesen verschiedenen Gruppenbildungen bestehen. Doch E.s Konstruktionssucht gilt solche Untersuchung der australischen Verwandtschaftsverhältnisse für überflüssig, in seinen Jagdgefährtenschaften hat er ja das Gebilde gefunden, von dem er alle weiteren Organisationsformen mit Leichtigkeit abzuleiten vermag.

Mit welcher Sorgfalt er dabei verfährt, zeigt, daß er anknüpfend an FRIEDRICH ENGELS' Ausspruch: „Nach der materialistischen Auffassung ist

das in letzter Instanz bestimmende Moment in der Geschichte: die Produktion und Reproduktion des unmittelbaren Lebens. Diese ist aber selbst wieder doppelter Art: einerseits die Erzeugung von Lebensmitteln, von Gegenständen der Nahrung, Kleidung und den dazu erforderlichen Werkzeugen, andererseits die Erzeugung von Menschen selbst, die Fortpflanzung der Gattung", S. 8 seiner Schrift, sagt: „ENGELS sowohl wie CUNOW irrten in dem Punkte, daß sie die Erzeugung von Menschen als ein die Geschichte in letzter Instanz bestimmendes Moment betrachteten."

Tatsächlich bin ich der erste gewesen, der sich energisch gegen diese Erläuterung der MARXschen materialistischen Geschichtsauffassung gewendet und schon 1897 erklärt hat (Neue Zeit XVI/I, S. 108):

„Die Gleichsetzung der Lebensmittel mit der Menschenproduktion ist eine rein formale, die sich lediglich auf Wortähnlichkeit der beiden Ausdrücke gründet. Eine Entwicklung der Menschenerzeugung, die der Entwicklung der Lebensmittelproduktion entspricht, gibt es nicht. Während sich im Laufe der letzteren nicht nur die Produktionsmittel und der Produktionsprozess, sondern auch die Produkte selbst immer wieder geändert haben, vollzieht sich die Fortpflanzung der Menschengattung, die Zeugung, Empfängnis, Fötalbildung usw. noch heute nach denselben uralten Gesetzen. Was sich geändert hat, ist nicht die Erzeugung, sondern das gesellige Zusammenleben der Geschlechter, die Art der Heiratsschliessung, die rechtliche Stellung der Ehegatten zueinander, die Erziehung der Kinder usw. kurz, die Familienordnung; und deren Entwicklung geht nicht selbständig neben der wirtschaftlichen einher, sie ist von ihr abhängig."

Auf weitere Ausführungen E.s näher einzugehen, lohnt sich kaum der Mühe. Er bietet nichts als bloße Hypothesen, unfundierte Konstruktionen und selbstgefällige Bewunderungen des eigenen Scharfsinns. So nützlich eine Anwendung der sich aus der MARXschen materialistischen Geschichtauffassung ergebenden ökonomischen Betrachtungsweise auf die Urgeschichtsforschung auch sein mag, wäre doch das Buch des Herrn E. besser ungeschrieben geblieben; denn die Gegner der materialistischen Geschichtstheorie werden die Phantasien E.s nicht der Unzulänglichkeit seiner ethnologisch-soziologischen Kenntnisse zur Last legen, sondern sie als Beweise der Ungenügendheit der MARXschen Methode für exakte historische Forschungen betrachten.

HEINRICH CUNOW (Berlin).

HANS STEIN, Der Kölner Arbeiterverein (1848—1849). Ein Beitrag zur Frühgeschichte des rheinischen Sozialismus. Köln, Gilsbach & Co. 1921. 112 S.

Es ist erfreulich, daß die Doktoranden sich in neuerer Zeit den Quellenstudien auf dem Gebiet zuzuwenden beginnen, das diese Zeitschrift besonders kultiviert. Schon als ich meine ENGELSbiographie schrieb, empfand ich es als eine bedauernswerte Lücke in der sonst so mustergültigen lokalgeschichtlichen Forschung unserer rheinischen Wissenschaft, daß die zahlreichen kölnischen Arbeiterblätter aus den Jahren 1848 und 49 noch nicht gründlich unter

den Gesichtspunkten durchgearbeitet worden waren, die für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung bedeutsam sind. Daß die vorliegende hübsche Dissertation sich dieser Aufgabe mit Sorgfalt unterzieht, verdient Anerkennung. Sie vermehrt unser allgemeines Wissen über die Vorgänge am Brennpunkt der rheinischen sozialistischen Bewegung während des Revolutionsjahrs, sie rückt die bisher in ziemlichem Dunkel verbliebene Gestalt ANDREAS GOTTSCHALKS, des eigentlichen Führers des Kölner Proletariats während der ersten Monate der Revolution, stärker ins Licht, sie klärt aber auch deutlicher als es bisher möglich war, über die praktische Politik auf, die der Kreis der Neuen Rheinischen Zeitung, namentlich MARX selbst, im Rahmen der lokalen Verhältnisse getrieben hat.

MARX war 1848 bekanntlich überzeugt, daß eine selbständige Arbeiterpolitik noch nicht Aussicht auf Erfolg böte, und hielt deshalb ein taktisches Zusammengehen mit der bürgerlichen Demokratie für unvermeidlich. In GOTTSCHALK stand ihm der Antipode gegenüber, der nicht durch eine feste ökonomische Geschichtskonzeption über die Möglichkeiten des Augenblicks aufgeklärt wurde, der deshalb den „kühlen Evolutionismus" des anderen ablehnte und den Gedanken verabscheute, daß man sich erst „in das Fegfeuer einer dekrepiden Kapitalherrschaft stürzen" müsse, um von dort „in den nebelhaften Himmel" eines kommunistischen Glaubensbekenntnisses zu gelangen. Bekanntlich sahen MARX und sein Kreis es noch im Februar 1849 für notwendig an, daß alle Elemente der Demokratie gegen die wiedererstarkte Reaktion eine gemeinsame Front bildeten, im April aber war er mit SCHAPPER, WILHELM WOLFF und den anderen Freunden aus dem Rheinischen Ausschuß der demokratischen Vereine geschieden und versuchte nun, in zu später Stunde, die rheinischen Arbeitervereine selbständig zu organisieren. Der Verf. betont neben den allgemeinen Ursachen, die diese taktische Wendung bewirkten, mit Recht stärker, als es bisher geschah, die örtlichen Triebkräfte. War doch GOTTSCHALK, der sich seit Anfang Juli in Untersuchungshaft befunden hatte, Ende Dezember frei gesprochen worden und versuchte nun, obgleich er sich zunächst ins Ausland wandte, seine frühere Stellung im Kölner Arbeiterverein zurückzuerobern. Daß GOTTSCHALK tatsächlich den gegen MARX gerichteten Artikel der Zeitung „Freiheit, Arbeit" vom 25. II. geschrieben hat, schließt ST. aus den nur stilistischen Anhaltspunkten die ihm vorlagen, ganz richtig. Ich vermag auf einen ungedruckten Brief GOTTSCHALKS hinzuweisen, in dem er sich als Verfasser bekennt. Dieser Brief wurde am 22. III. 1849 nach GOTTSCHALKS Rückkehr aus Paris aus Endenich bei Bonn an MOSES HESS geschrieben und betonte die „gewaltige Sensation", die ein solcher Zwist im eigenen Lager hervorriefe. Aus dem Brief spricht eine unverhohlene Animosität gegen MARX, mit dem GOTTSCHALK schon vor der Revolution gut bekannt gewesen war, von dem er sich aber nun beleidigt glaubte. Wie weit persönliche, wie weit sachliche Gegensätze den Konflikt nährten, hat ST. nicht entgültig aufgeklärt. GOTTSCHALK hatte im März 1848 MARX und ENGELS geraten, sich in ihren Heimatstädten um Mandate für die Nationalversammlung zu bewerben. Statt dessen waren

jene nach Köln gekommen, wo bis dahin er der unbestrittene und populäre Führer der niederen Volksklassen war, und sie hatten die Neue Rheinische Zeitung ins Leben gerufen, deren Aktionäre der bürgerlichen Demokratie angehörten. Während GOTTSCHALK sich dann vom 8. VII. ab in Untersuchungshaft befand, hatte MARX den Arbeiterverein fest in seine Hand gebracht. „Nach dem Erscheinen des Artikels gegen MARX", berichtet GOTTSCHALK an HESS, „begab dieser sich zu meinem Bruder ... und sagte, er wisse wohl, ich sei der Verfasser des fraglichen Artikels — er würde aber nicht antworten, denn ich sei falsch berichtet worden!" — Dafür, daß sich um diese Zeit eine tiefe persönliche Feindschaft zwischen beiden Männern herausgebildet hatte, liegen gedruckte Beweise vor, die St. nicht herangezogen hat. Es ist das um so bedauerlicher, als es ihm nun auch nicht gelingt, von GOTTSCHALKS Wesen und Standpunkt ein vollständiges und überzeugendes Bild beizubringen. Noch im Mai 1851 schrieb ENGELS an MARX: „Die einzigen Leute, die uns in Deutschland gefährlich werden könnten, wären Meuchelmörder, und seit der GOTTSCHALK tot ist, hat keiner in „Deutschland die Courage, uns dergleichen Leute auf den Hals zu schicken." Weitere Aufschlüsse erbringen Briefe, die GOTTSCHALK am 22. III. und 1. V. 1849 an GEORG HERWEGH richtete, mit dem er sich kurz zuvor in Paris innig angefreundet hatte. Auch diese berücksichtigt der Verf. nicht, obgleich HERWEGHS Sohn sie schon 1896 in seiner bekannten Zusammenstellung des Briefwechsels seines Vaters während der Revolutionszeit abgedruckt hat. Hier tut GOTTSCHALK MARX und seinen Kreis als „die Thersites der Revolution" ab, denen HERWEGH nicht den Gefallen erweisen möge, sie durch seine Polemik zu etwas zu machen. Bekanntlich ist GOTTSCHALK schon im September 1849 bei Ausübung seines ärztlichen Berufs der Cholera zum Opfer gefallen. In schmerzbewegten Worten gibt HERWEGH seiner Frau von dem Ereignis Kunde und rühmt den Toten als eine der edelsten und energischsten Naturen, denen er begegnet sei.

Auch über die Abwandlung der politischen Stellungnahme GOTTSCHALKS während des Revolutionsjahres wäre bei noch sorgfältigerer Durchprüfung der vorhandenen Literatur wohl noch einiges herbeizuschaffen gewesen. Kannte der Verf. die Rede, die GOTTSCHALK am 20. III. 1849 in Bonn hielt, wo er sich auf BLANQUI, PROUDHON und RASPAIL berief, und die teilweise in der HERWEGHschen Sammlung abgedruckt ist? In meiner ENGELSbiographie habe ich, MEHRING folgend, einen Brief, den GOTTSCHALK schon am 26. III. 1848 an MOSES HESS geschrieben hatte, irrtümlich GEORG JUNG zugeschrieben. Vergleicht man die Ansichten, die GOTTSCCALK hier entwickelt, mit dem Standpunkt, den er in späteren Phasen der Revolution einnahm, so ergibt sich daraus, daß er in kurzer Zeit beträchtliche Wandlungen durchgemacht hat. Hier erwartet er die Verwirklichung der kommunistischen Prinzipien noch am ehesten von den gesetzgebenden Versammlungen, die Einigung der deutschen Stämme von einer konstitutionellen Monarchie auf chartistischer Grundlage; er widerstrebt auch, der Schwäche des Proletariats sich bewußt, den Versuchen, die Republik, die später kommen werde, mit

Gewalt schon jetzt zu verwirklichen. Derselbe, der kurz darauf den Arbeitern von der Beteiligung an den Wahlen, weil sie indirekte seien, abrät, hofft hier noch, daß man ihn in Köln wählen werde. (Liegt eigentlich hinreichendes Material dafür vor, um, wie St. es tut, auch in der deutschen Frage den „Föderalisten" Gottschalk mit dem „Zentralisten" Marx in schroffen Gegensatz zu stellen?) Weshalb Gottschalk nach seiner Freilassung sich zuerst selbst exilierte, ist nicht restlos aufgeklärt. Scheute er sich anfangs, im Lager der Arbeiterpartei dadurch Zwiespalt zu wecken, daß er an Ort und Stelle der demokratischen Sammelpolitik der Neuen Rheinischen Zeitung Widerstand leistete? Daß er es von Paris aus dennoch tat, bezeugt ein ungedruckter Brief Dronkes an Engels vom März 1849, der berichtet, daß Gottschalk gegen das Marxsche Blatt stark „heule" und sich darüber moquiere, daß dieses Männer wie Hagen, Schneider und Kyll als demokratische Kandidaten empfehle. „Überhaupt — schreibt Dronke — scheint hier eine ganze Bande von Kerlen, die mit Herwegh in Verbindung stehen, organisierte Intriguen gegen die Zeitung zu spinnen."

Der Verf., der für die wirtschaftspolitische Seite seines Themas das Material sorgfältig gesammelt hat, kündigt im Vorwort an, daß er eine Geschichte der rheinischen Arbeiterbewegung zu schreiben gedenke, die zwischen dem wirtschaftlichen und politischen Geschehen die Verbindungslinien ziehen solle. Damit stellt er sich eine große Aufgabe, die zu bewältigen ihm gelingen möge! Er ist sich sicherlich bewußt, daß sie sich nur lösen läßt auf Grund langen, sorgfältigen und mühseligen Sammelns, wobei neben dem gedruckten Stoff, der aus Zeitungen, Zeitschriften, Statistiken, Jahresberichten, Broschüren und Büchern herauszuholen ist, auch weitschichtige und umfangreiche Aktenbestände zu durchforschen sein werden.

Gustav Mayer (Berlin).

1. N. Lenin und G. Sinowjew, Gegen den Strom. Aufsätze aus den Jahren 1914—1916. Verlag der Kommunistischen Internationale. Auslieferungsstelle für Deutschland: Carl Hagen Nachf. Louis Cahnbley 1921. Hamburg. gr. 8°. XV u 536 S.
2. Jugend-Internationale. Die elf historischen Nummern der Kriegsausgabe 1915—1918. Neudruck. Hrsg. v. Exekutivkomitee der Kommunistischen Jugendinternationale. Berlin-Schöneberg, Internat. Jugendverlag o. J. (Mai 1921). 4°.
3. Spartakus-Briefe. Neudruck. Hrsg. v. d. Kommunist. Partei Deutschlands (Spartakusbund). Berlin, 1920. 8°. IV u. 194 S.
4. Dasselbe. 2. Bd. Berlin, Vereinigung d. Internat. Verlagsanstalten G. m. b. H. (Frankes Verlag), 1921. X u. 162 S.
5. Karl Liebknecht. Briefe aus dem Felde, aus der Untersuchungshaft und aus dem Zuchthaus. Berlin-Wilmersdorf, Verlag der Wochenschrift „Die Aktion" (Franz Pfemfert), 1920. 8°. 138 S.
6. Derselbe, Das Zuchthausurteil. Wörtliche Wiedergabe der Prozeßakten, Urteile und der Eingaben Karl Liebknechts. Ebenda 1919. 8°. 166 S.

7. Derselbe, Klassenkampf gegen den Krieg. Anhang: I. Betrachtungen u. Erinnerungen aus „großer Zeit" geschrieben von Karl Liebknecht im Berliner Untersuchungsgefängnis (Moabit 1916); II. Karl Liebknecht zum Gedächtnis von KARL RADEK. Berlin, A. Hoffmanns Verlag (1919). 8°. 109 S.
8. Derselbe, Militarismus und Antimilitarismus unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Jugendbewegung. Mit einem Nachwort von M. J. BRAUN. Ebenda 1919. 8°. 130 S.
9. FRIEDRICH ADLER, Die Erneuerung der Internationale. Aufsätze aus der Kriegszeit. Vorwort von KARL KAUTSKY. Wien, Volksbuchhandlung Brand & Co., 1918. 8°. XVI u. 215 S.
10. Derselbe, Nach zwei Jahren. Reden, gehalten im November 1918. Mit einem Anhang: Ein Manifest aus dem Jahre 1915. Ebenda 1918. 32 S.

Die ersten Wochen des Weltkriegs verliefen — von ganz geringen Ausnahmen abgesehen — überall im Zeichen vollständigen „Burgfriedens", „heiliger Einigkeit": nicht nur der durch den staatlich-militaristischen Machtapparat positiv und negativ erzwungenen, sondern der freiwillig eingehaltenen. Überall gesellte sich „im Interesse der Landesverteidigung gegen Überfall von außen her" auch die politisch und gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft der bürgerlichen Klasse, mit dem mehr oder weniger ausgesprochenen Vorbehalte allerdings, den Kampf gegen die bestehende Gesellschaftsordnung, gegen Kapitalismus, Imperialismus, Militarismus nach errungenem Siege, nach geglückter Abwehr der äußeren Feinde, nach Erreichung eines Friedens, der Sicherheit vor künftigem Krieg und Entschädigung für die gebrachten Opfer an Gut und Blut zu seiner Erlangung brächte, rücksichtslos dort wieder aufzunehmen, wo er in den letzten Juli- und in den ersten Augusttagen des Jahres 1914 hatte abgebrochen werden müssen. Aber auch schon in den ersten Kriegswochen fehlte es nicht an Einzelnen und an kleinen Gruppen, die — einerseits revolutionärer und revolutionär gesinnt und anderseits historisch und psychologisch besser geschult — anders dachten und vor allem das spätere Wieder-in-die-Löwenhautschlüpfen der sozialistischen Landesverteidiger, vorab der sozialistischen Führer für schwer und unmöglich hielten, daher denn auch jenen „rücksichtslosen Kampf" gleich geführt und nicht vertagt wissen wollten. Aus den wenigen wurden nach und nach mehrere und viele. Die Opposition gegen den „Sozialpatriotismus" wuchs in allen kriegführenden Ländern, wenngleich nicht überall in gleichem Tempo, und begann bald auch an die Oberfläche zu treten.

Die Veröffentlichungen, die über diese Entwicklung urkundliche Auskunft geben, mehren sich in erfreulicher Weise. Daß sie so gut wie fast ausschließlich aus den Reihen derjenigen kommen, die den Krieg schon während des Kriegs bekämpft und die revolutionären Umwälzungen seit 1917, vorab in Rußland und in Deutschland angebahnt haben, ist leicht verständlich: Die Aufklärung über ihre Haltung während der Zeit von 1914 bis zum Zusammenbruch ist ihnen zugleich ein Mittel weiterer Agitation in der Gegenwart und zur Zukunft hin. So sind diese Publikationen, auf deren einige

vorstehend aufmerksam gemacht wird, nicht nur für den Historiker wichtig, sondern zugleich auch von größtem tagespolitischen Interesse.

Auf ihren Inhalt näher einzugehen oder gar denselben auszuschöpfen, ist an dieser Stelle unmöglich. Kurze Hinweise müssen genügen.

Die an erster Stelle genannten Aufsätze LENINS und SINOWJEWS sind in ihrem dokumentarischen Wert nicht leicht zu überschätzen. Eine pragmatisch-quellenmäßige Entwicklungsgeschichte des russischen Sozialismus besitzen wir noch nicht — und natürlich noch viel weniger eine solche seiner letzten Phase vom Ausbruch des Krieges bis zum Sturz des Zarismus und dem Sieg des Bolschewismus. Gerade diese letzte Phase wird auch noch lange des Geschichtsschreibers harren. Es mangelt noch durchaus an Distanz zu ihr; jeder der Mitlebenden ist, unmittelbar oder mittelbar, zu sehr an ihren Geschehnissen sowie an deren Reflexwirkungen beteiligt; niemand verfügt aber auch über das nötige Quellenmaterial. Auch in Rußland nicht. Denn dieses Material ist ungeheuer umfangreich, über Rußland und die Fremde, wohin sich unter dem alten Regime gerade die hervorragendsten sozialistischen Führer hatten exilieren müssen, verstreut, zu gutem Teil übrigens Nichtslawen auch sprachlich verschlossen. Über Ansätze zu einer Darstellung der Haltung der verschiedenen Fraktionen innerhalb der russischen Arbeiterbewegung, der Führer wie der Massen selbst, zum Weltkrieg, d. h. also auch zum Problem revolutionären Eingreifens der Arbeiterklasse in denselben, sowie über das organische Werden der bolschewistischen Machtergreifung und der proletarischen Diktatur werden die Gegenwart und die nächste Zukunft kaum hinauszugelangen vermögen. Als ein solcher Ansatz stellt sich z. B. auch die TSCHUDNOWSKYsche Abhandlung in diesem Archiv (VII, 60/94; IX, 356/412) dar. Sie bietet und will auch, in ihrem zeitlichen Rahmen vom Sommer 1914 bis zum Herbst 1916, nur bieten einzelne Momentphotographien, keineswegs jedoch eine den Gegenstand erschöpfende Bilderreihe. Ja, ein nicht geringer Teil ihres Wertes besteht eben darin, daß sie mitten im Fluß der Bewegung von einem an ihr mit Herz und Kopf Beteiligten geschrieben worden ist. Versuch einer Übersicht über — TSCHUDNOWSKY zugänglich gewesenen — Quellenstoff, kommt ihr mittelbar in gewissem Sinne selbst Quellencharakter zu. Von unendlich größerer Bedeutung sind jedoch solbstverständlich die Originalquellen selbst. Jede Erschließung von solchen für weitere Kreise ist daher dankbarst zu begrüßen. In ganz besonderem Maße gilt das von der deutschen Ausgabe des LENIN-SINOWJEWschen Sammelbandes. Er bringt — in der ursprünglichen Fassung — Aufsätze und Kundgebungen der beiden Verfasser aus ihrer Schweizer Emigrantenzeit (September 1914 bis Februar 1917). Sie entstammen, mit einigen wenigen Ausnahmen, dem damaligen Zentralorgan der Partei, dem „Sozialdemokrat", der Rest dem „Sammelbuch des Sozialdemokrat" sowie der 1916 erschienenen einzigen Nummer des „Kommunist" und behandeln insgesamt die beiden Problemgruppen: „der Beurteilung des Krieges und der sich daraus ergebenden Einschätzung der politischen Aufgaben" einerseits und anderseits der Verhältnisse innerhalb der Partei und des Kampfes zwischen den entschieden

Revolutionären und den Moderaten. Wie immer man sich zu diesen Problemen, die ja nicht aufgehört haben auch Probleme der Gegenwart zu sein, stellen mag: die Art, wie die Geschichte sie bisher beantwortet hat, ist ohne Kenntnis der L.-S.schen Auffassungen vor dem Oktober 1917 nicht zu verstehen.

Gleich wichtig für die Einsicht in das Werden der deutschen Revolution sind die unter 2—8 angeführten Werke.

Eines derselben, LIEBKNECHTS aus einem Referat auf der Mannheimer Jugendkonferenz vom November 1906 herausgewachsenes Buch gegen den Militarismus (8) ist erstmals über sieben Jahre vor dem Ausbruch des Weltkrieges erschienen, hat aber auch in diesem im Verein mit der von LIEBKNECHT im Reichstag und außerhalb desselben entfalteten revolutionären Tätigkeit und Propaganda, über welche die unter 5—7 angeführten Schriften im einzelnen unterrichten, seine Wirkung geübt. Auf sie alle wird noch die Besprechung einer Reihe von biographischen Arbeiten über KARL LIEBKNECHT im nächsten Heft näher eingehen.

Was vor allem die Jugend-Internationale (2) anbelangt, so ist sie eine der ältesten publizistischen Gestaltungen des Oppositionsgeistes gegen den Burgfrieden. Sie wurde zufolge einem Beschlusse der Internationalen sozialistischen Jugendkonferenz von Bern im September 1915 ins Leben gerufen — als erste proletarisch-internationalistische Jugendzeitung nicht nur, sondern als erste sozialistisch-internationale Zeitung überhaupt, wenn man von dem Bulletin des Brüsseler Internationalen sozialistischen Bureaus absieht, von dem vor 1914 in längeren Zwischenräumen und eigentlich mit der Bestimmung bloß für Parteiführer und -funktionäre eine Reihe von Nummern zur Veröffentlichung gelangt waren. — Die elf Hefte des Organs der Jugend-Internationale, die unter Leitung des Sekretärs derselben, WILLY MÜNZENBERG, dem auch die Veranstaltung des vorliegenden Neudrucks zu verdanken ist, vom 1. IX. 1915 bis zum 1. V. 1918 erschienen, waren vom ersten Tage an ein ebenso entschiedenes wie wirkungsvolles Mittel revolutionärer Propaganda im allgemeinen und internationalistisch-revolutionär orientierten Kampfes gegen den Krieg mit all dessen kultur- und wirtschaftsverwüstenden Begleiterscheinungen insbesondere; daher auch des Kampfes gegen den „Scheinradikalismus sozialistisch-pazifistischer und rein parlamentarisch-kritisierender Politik". Unter ihren Mitarbeitern begegnen wir vor allem den Wortführern der damaligen russischen Emigration in der Schweiz: LENIN, TROTZKI, SINOWJEW, RADEK (STRUTHANN); ferner FRIEDRICH ADLER, ANGELIKA BALABANOFF, ROBERT DANNEBERG, Z. HÖGLUND, HENRIETTE ROLAND-HOLST, CHARLES RAPPOPORT u. a. — Daß die Zeitschrift überall Gegenstand behördlicher Verfolgungen wurde und daß sie schließlich, nach der Nummer vom 1. X. 1917, auch vom Schweizerischen Bundesrate verboten wurde, ist leicht erklärlich. Diese Verfolgungen sowie deren Energie waren eine Folge ihrer Wirksamkeit und bieten zugleich einen Maßstab ihrer wachsenden Bedeutung. Dank ihnen sind die elf Nummern äußerst selten geworden. Der Neudruck erst macht sie wieder allgemein und der Forschung zugänglich.

Die Spartakus-Briefe (3 und 4) werden es überhaupt erst durch die beiden vorliegenden Neuausgaben. Sie erschienen seit dem Januar 1916 in unregelmäßiger Folge, illegal, und ursprünglich bloß in wenigen hundert Exemplaren in Maschinenschrift vervielfältigt, nach dem August d. J. aber bereits in hohen Auflagen gedruckt. — Sie waren das Organ der Gruppe Internationale, die unter Führung von LIEBKNECHT, ROSA LUXEMBURG, FRANZ MEHRING und KLARA ZETKIN sich von der — anfänglich äußerlich einigen und auch noch auf dem ersten Zimmerwalder Kongreß vom September 1915 als Einheitsgruppe auftretenden — Opposition gegen die Politik der deutschen Sozialdemokratie vom 4. VIII. 1914 und seit demselben abgetrennt, am Neujahrstage 1916 ihre erste selbständige Reichskonferenz abgehalten und auf dieser eigene, von ROSA LUXEMBURG formulierte Leitsätze für ihre weitere Tätigkeit beschlossen hatte. Die ältere der beiden angezeigten Ausgaben (3) enthält lediglich die zwölf gedruckten Spartakusbriefe, von 20. IX. 1916 bis X. 1918, welche — nachdem im Laufe des ersten Halbjahrs 1916 fast alle führenden Persönlichkeiten der Internationale gefänglich eingezogen worden waren — LEO JOGICHES bis zu seiner eigenen Verhaftung im Frühjahr 1918 redigiert hat; die jüngere (4) ist vollständig.

Weit weniger reichlich als über die deutsche Sozialdemokratie während der Kriegsjahre ist das bisher veröffentlichte Material über die österreichische oder auch nur über die deutsch-österreichische. Zu den bedeutsamsten Beiträgen in dieser Beziehung gehören die beiden unter 9 und 10 angezeigten Schriften von FRIEDRICH ADLER.

Einen 4. August, d. h. ein ausdrückliches Bekenntnis zum Grundsatz der Landesverteidigung durch parlamentarische Zustimmung zur ersten Kriegskreditforderung, hat es in Österreich-Ungarn nicht gegeben. In Ungarn nicht, weil im dortigen Abgeordnetenhause kein einziger Sozialdemokrat Sitz und Stimme hatte; in Österreich aber nicht, weil hier die Krone und die Regierung aus eigener Machtvollkommenheit den Krieg vorbereiteten, ihn erklärten und alle, auch die finanzpolitischen, Maßnahmen zu dessen Führung trafen, ohne erst nach dem Einverständnis der Völker und der Volksvertretung zu fragen. Daß aber auch die österreichische Sozialdemokratie, wenn bei Kriegsbeginn vor die gleiche Frage gestellt wie die deutsche, sich nicht anders verhalten hätte wie diese, lehrt jener vielberufene Artikel ihres Zentralorgans, der Wiener Arbeiterzeitung vom 5. VIII. 1914: „Der Tag der deutschen Nation“ [1]), sowie ihre Gesamthaltung in der Folge. Allerdings regte sich auch hier eine — zahlenmäßig freilich sehr schwache — Opposition. Ihr Führer war von allem Anfang an und seit dem ersten Kriegstage schon FRIEDRICH ADLER. Sofort und noch bevor er sich zum Kriegsproblem publizistisch hatte äußern können dadurch mundtot gemacht, daß die von ihm redigierte Zweiwochenschrift Das Volk wegen „notorischen Antimilitarismus“ unterdrückt wurde, begann ADLER bereits anfang Oktober zumeist im wissenschaftlichen Organ der Partei, dem Kampf, sich mit dem Problem

1) Vgl. GRÜNBERG, Die Internationale und der Weltkrieg. I. Bd. Leipzig 1916. Nr. 73.

einer Erneuerung der durch den Krieg zersprengten Internationale, also auch mit dem Kriegs- und Friedensproblem auseinanderzusetzen. Der Gedanke, der ihn hierbei beherrschte, den er freilich bei all seiner Formbeherrschung infolge des Zensurdrucks nur verhüllt herausarbeiten konnte, war: daß es, solle von einer Wiederherstellung der internationalen proletarischen Einheitsfront die Rede sein, nicht darauf ankäme, die Gegensätze zwischen den nationalen Einzelparteien zu vertuschen — wie das nur zu oft durch die Zweite Internationale geschehen war —, sondern sie in ihrer Ursächlichkeit zu erkennen, sie auszusprechen und ihrer so Herr zu werden. Daneben entfaltete ADLER eine gleichgerichtete Tätigkeit auch innerhalb der Partei, speziell im Verein Karl Marx, bis er nach der Tötung des österreichischen Ministerpräsidenten Grafen STÜRGKH am 21. X. 1916 aus der Öffentlichkeit entschwand, der er erst durch den Umsturz im November 1918 wiedergegeben wurde. — Die vorliegende Sammlung seiner Kriegsaufsätze, denen anhangsweise auch eine Reihe von solchen aus der Friedenszeit (S. 147/215) beigegeben wurde, ist noch im Herbst 1917, mitten im Kriege, von ROBERT DANNEBERG herausgegeben worden. Was sie bringt, ist demnach unvollständig, weil nur in der durch die Zensur verstümmelten Form wiedergegeben. Anderes fehlt ganz. So vor allem das am 3. XII. 1915 gleichzeitig im Züricher Volksrecht, der Berner Tagwacht, dem Mailänder Avanti und TROTZKYS Pariser Nasche Slowo erschienene Manifest: „Die Internationalen in Osterreich an die Internationalen aller Länder", das in Österreich erstmals im November 1918, in der zweiten hier angezeigten Schrift ADLERS (10) veröffentlich werden konnte. Diese enthält auch, ebenso wie die Prozeßberichte über die Verhandlungen gegen ADLER vor dem Wiener Ausnahmegericht vom 18. und 19. V. 1917, mannigfaches ergänzendes Material über die Vorgänge innerhalb der österreichischen Sozialdemokratie von 1914 bis 1918. Die Vervollständigung der ADLERschen Artikelsammlung wäre höchst wünschenswert. Es ist zu hoffen, daß eine dem Vernehmen nach in Vorbereitung befindliche zweite Auflage sie bringen, recht bald bringen wird.

CARL GRÜNBERG (Wien).

1. EDGAR SALIN, Platon und die griechische Utopie. München und Leipzig, Duncker & Humblot 1921. 8°. VIII u. 287 S.
2. RUDOLF BLÜHER, Moderne Utopien. Ein Beitrag zur Geschichte des Sozialismus. (Bücherei d. Kultur u. Geschichte hrsg. v. SEB. HAUSMANN IX.) Bonn und Leipzig, Kurt Schroeder 1920. 8°. VI u. 117 S.
3. MICHAEL TUGAN-BARANOWSKY, Die kommunistischen Gemeinwesen der Neuzeit. Aus d. Russ. v. Dr. ELIAS HURWICZ, Gotha, Perthes 1921. 8°. V u. 70 S.
4. ROBERT LIEFMANN, Die kommunistischen Gemeinden in Nordamerika. Jena, Fischer 1922. 8°. II u. 95 S.

FRIEDRICH ENGELS hat in seiner Schrift „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft" nur die Grenzen anzugeben versucht,

welche die Utopie vom wissenschaftlichen Sozialismus trennen. Eine Theorie der sozialen Utopie hat er nicht gegeben und auch nach ihm ist dieses Thema — trotz der Unzahl von Schriften über einzelne Staatsromane und Utopien — nie behandelt worden.

Nun kündigt der Verf. der an erster Stelle genannten Untersuchung ein demnächst erscheinendes Buch über den Gegenstand an. Besser wäre es m. E. wohl gewesen, er hätte seine Absicht schon jetzt im Rahmen der vorliegenden Arbeit ausgeführt. Er hätte sich dann überzeugt, daß „Harmonie" nichts spezifisch Platonisches ist, sondern ein wesentliches Merkmal jeder Utopie; und zwar um so mehr, da S. die Grenzen zwischen Staatsroman und Utopie zu ziehen versucht (J. 188—9). Beide sind für ihn nicht identische Begriffe. Er umschreibt den Unterschied zwischen ihnen so, daß er als „Staatsroman nur Werke bezeichnet, die wirklich Roman sind, d. h.: zur Gattung Literatur gehören, als Utopie dagegen weiterhin alle Staatswerke der Dichtung und der Philosophie". Staatsromane behandeln, „von einem Erzähler um der Erzählung willen geschrieben, einen staatlichen Stoff", Utopien „gestalten, von einem Dichter oder Weisen erschaut, von einem Forscher oder Systematiker erdacht, in Absicht oder Erwartung politischer Wirkung ein Staats-Bild" (S. 189). M. a. W. Die Form und die Verfasser sind für S. das Kriterium. Es bedarf aber kaum eindringlichen Beweises, daß diese Einteilung ganz hinfällig und unzulänglich ist. Ob wir die Verfasser von Staatsromanen oder Utopien Erzähler oder Dichter nennen, ist schließlich Geschmacksache. Hauptsache bleibt der Inhalt. Dieser aber muß immer nach der Realität und Durchführbarkeit des entworfenen Reformplans beurteilt werden. Utopie und Staatsroman sind nur Doppelnamen für dieselbe Sache. Beider Wesen ist Harmonie und Statik, und darin eben liegt das Utopische — denn die Wirklichkeit, das Leben kennen weder Harmonie noch Statik, sie sind disharmonisch, dynamisch.

Der größere Teil des S.schen Buches ist PLATO gewidmet (S. 1—162,. Außerdem aber behandelt es auch noch ARISTOTELES, ZENON, XENOPHON, THEOPOMP, HEKATAIOS, EPHEMEROS, JAMBOLOS und CICERO.

So viel bereits über PLATON geschrieben worden ist, eine Synthese ist der Forschung noch immer nicht gelungen. Sehen die einen in PLATONS politischen Schriften eine Stellungnahme gegen die athenische Demokratie, so erklären wieder andere die Politeia und die Nomoi nur als soziale Reformwerke, als Protest gegen die wirtschaftlichen Zustände Athens im 4. Jahrhundert. Dabei hat es selbstverständlich nicht an Übertreibungen gefehlt und vielen ist der Blick dadurch getrübt worden, daß sie PLATON durch die Brillen des 19. Jahrhunderts schauten. Ganz andere Wege hat S. eingeschlagen. Ihm ist PLATON weder Sozialist noch Kommunist, sondern Dichter und Prophet und seine Werke ein Kulturproblem. Alle große Kultur ist ihm ein Ringen mit dem in ihr beschlossenen Chaos. Die Entstehungszeit der Politeia ist keine „Dekadenz infolge geschwundener Aktivität, sondern eine Auflösung infolge selbstherrlichen, um keine Grenze sich kümmernden Fürsichstrebens der ehedem gebundenen Kräfte" (S. 3) und „die Politeia ein Versuch, die andrängenden Kräfte des hellenischen Chaos zu

bannen durch Neuverleibung der hellenischen Gestalt" (S. 190). Auf dieser Grundlage will S. die platonischen Werke verstehen und erklären. Die Politeia ist nicht sozialreformerisch, sondern dichterisch, prophetisch, kultisch. Ihr Wesen ist Harmonie im Kosmos-Polis-Mensch als Reaktion gegen das Chaos und zerstörende Kräfte. Diese Harmonie zu erzielen ist die Aufgabe der Herrscher des Staates (Erziehung). Aber die Harmonie macht nur eine Seite der Politeia aus. Ihr zweites Charakteristikon ist die Statik. Und wie wird diese erreicht? „Ist aber einmal die Herrschaft geistig verankert, ist die Hierarchie eingerichtet und anerkannt, ist das Leben des Reichs, der Kreislauf der Erziehung in richtige Bahn und gleichmäßige Bewegung gelenkt, ist das letzte Geheimnis als Besitz und Vorrecht der Weisen geehrt und als höchstes Ziel von allen Edlen erstrebt, so steht das Reich in ehern runder Unantastbarkeit und mit der Aussicht unbegrenzter Dauer." (S. 41.)

War die Politeia als ein Gott-Staat gedacht, so haben die Nomoi einen weltlichen Staat im Auge. Jener ist theokratisch, dieser nomokratisch. Unter Nomos versteht der Verf. nicht nur Gesetz, sondern auch Herkommen und Sitte. „War die Politeia gebildet um die Mitte des Herrscher-Weisen, der das Reich verkörpert und dauernd erneut, so sind die Nomoi, da der Glaube an dem wissenden Täter zunichte ward, der grossartige Versuch, selbst — alle dort unwichtige — Einzelregelung zu treffen und in dem Nomos Brücke und Ehe von Nus und staatlich-menschlichem Bedürfnis zu schaffen." (S. 71.)

S. hat sein Programm konsequent bis zu Ende durchgeführt. Er behandelt nur den Dichter und Propheten PLATON. Den Sozialpolitiker hat er ganz vernachlässigt. Diese Einseitigkeit hat zu einer Verherrlichung PLATONS — und einer oft sehr ungerechten Beurteilung anderer Schriftsteller — geführt. Den bleibenden Wert des S.Buches bildet seine Problemstellung.

Die zweitangezeigte Schrift B.s ist eine populäre Darstellung von BELLAMYS „Rückblick" und MORRIS' „Nachrichten von Nirgendwo". Außerdem werden noch PLATON, ZENON, MORUS, CAMPANELLA und RABELAIS herangezogen und kurz behandelt. Denn der Verf. will aus jeder Epoche je einen Vertreter des staatlichen und anarchistischen Prinzips vorführen. Wissenschaftlichen Wert hat diese Schrift nicht. Dagegen eignet sie sich ganz gut als Einführung.

Die beiden letztgenannten Arbeiten schildern kommunistische Gemeinden, die in den letzten Jahrhunderten entstanden sind. T.-B. beschreibt die Experimente OWENS, FOURIERS, und CABETS, die kommunistischen Gemeinden in Nordamerika und die russische Kolonie „Krimea" am Schwarzen Meer im Kaukasus. L. wieder befaßt sich nur mit den kommunistischen Gemeinden Nordamerikas. Seine Schrift ist nur die Wiedergabe seines u. d. T. „Die heutigen kommunistischen Gemeinden in Nordamerika" vor fast einem halben Menschenalter in den Jahrbüchern für Nat.Oek. u. Statist. (III. F. 36 Bd., S. 29/58 u. 145/166) erschienenen Artikels.

Die Geschichten kommunistischer Gemeinwesen sind nicht allein Beiträge zur Wirtschaftsgeschichte. Mit Recht betont vielmehr T.-B.: „Für uns bilden diese Versuche eine sehr wichtige und hochbedeutsame Seite nicht in

der Wirtschaftsgeschichte der Menschheit, sondern in der Geschichte ihres sittlichen Strebens." (S. 66.) Ich möchte noch weiter gehen und behaupten, daß die Geschichte kommunistischer Gemeinwesen uns sehr wichtige Aufklärungen über das Problem der Kopf- und Handarbeit bietet. Denn dieses Problem wird bei fortschreitender Differenzierung eines kommunistischen Gemeinwesens sehr aktuell. Bisher freilich hat keines dieser Gemeinwesen es zu lösen vermocht und daran sind fast alle zugrunde gegangen oder haben wenigstens ihr Gefüge sich lockern gesehen.

JAKOB RAPPAPORT (Wien).

CARL SCHMITT-DOROTIĆ, Die Diktatur von den Anfängen des modernen Souveränitätsgedankens bis zum proletarischen Klassenkampf. München. Duncker & Humblot 1921. 8°. XV — 211 S.

In den „Vorbemerkungen" wird zunächst ausgeführt: Das Wort „Diktatur" ist ein vielgebrauchtes Schlagwort. Dennoch lassen sich gewisse wesentliche Momente im politischen Sprachgebrauch feststellen. Es bedeutet in der bürgerlichen Literatur persönliche Herrschaft eines einzelnen, gestützt auf die Zustimmung des Volkes und unter Benützung des zentralisierten Regierungsapparats; für diese Auffassung bildet NAPOLEON I. das Prototyp. In der sozialistischen Literatur bedeutet die „Diktatur des Proletariats" die Vorherrschaft der Arbeiterklasse, mag sie die Minderheit oder die Mehrheit im Volke darstellen, unter Ablehnung der demokratischen Einrichtungen, dies alles freilich nur gedacht als Übergangsstadium, als technisches Mittel zur Herbeiführung des Kommunismus.

Im Rechtssinne ist Diktatur ein Ausnahmszustand; es wird eine Reihe von Verfassungsbestimmungen aufgehoben. Es kann sich dabei um die Suspendiernng demokratischer Einrichtungen oder um Außerkraftsetzung von rechtsstaatlichen Garantien handeln. Im geschichtsphilosophischen Sinne bedeutet Diktatur die Förderung eines angestrebten gesellschaftlichen Zustandes durch Wegräumung von Hindernissen: das positive Recht wird ignoriert, um eine höhere Norm zu verwirklichen. So bietet schon der schillernde Begriff der Diktatur manche Schwierigkeit; dazu kommt, daß das geschichtliche und rechtswissenschaftliche Material erst gesammelt werden mußte.

Sch.-D. gruppiert den Stoff in 6 Kapiteln. Im Mittelpunkte steht die Unterscheidung zwischen der kommissarischen und der souveränen Diktatur, wobei jedesmal der theoretischen Erörterung aus der Geschichte der Staatslehre eine geschichtliche Darstellung der Praxis angeschlossen wird. Dementsprechend handelt das I. Kapitel von der kommissarischen Diktatur in der Staatslehre, insbesondere bei BODIN; das II. schildert die Praxis der fürstlichen Kommissare des 16. und 17. Jahrhunderts mit einem besonderen Exkurs über WALLENSTEIN als Diktator. Das III. Kapitel bringt den Übergang zur souveränen Diktatur in der Staatslehre des 18. Jahrhunderts, das IV. den Begriff der souveränen Diktatur zur Darstellung. Das V. Kapitel berichtet über die

Praxis der Volkskommissare während der französischen Revolution, das VI. erörtert die Diktatur in der bestehenden rechtsstaatlichen Ordnung (Ausnahmszustand). Der Unterschied der beiden Typen wird vom Verf. dahin gekennzeichnet, daß der kommissarische Diktator der unbedingte Aktionskommissar eines pouvoir constitué, die souveräne Diktatur die unbedingte Aktionskommission eines pouvoir constituant sei (S. 146), d. h. durch sie soll eine Verfassung erst geschaffen werden, während der kommissarische Diktator von der bestehenden Staatsgewalt mit außerordentlichen Vollmachten ausgestattet erscheint. Ob sich aber diese begrifflich korrekte Unterscheidung gegenüber der Fülle der geschichtlichen Erscheinungen vollkommen aufrechterhalten, ob sich jeder konkrete Fall von Diktatur ohne Zwang in eine jener Typen unterbringen läßt, erscheint mir doch zweifelhaft. Der hohe Wert des Buches von Sch.-D. wird aber durch diesen Zweifel nicht beeinträchtigt.

Sein Wert liegt vor allem in einer Reihe wichtiger Beiträge zur Geschichte der Staatslehre. Ausgehend von MACCHIAVELLI, dessen Staatsauffassung er durchaus zutreffend als „Technizität" bezeichnet, verfolgt er die Geschichte der Diktatur in der Theorie des 16. und 17. Jahrhunderts, wobei namentlich JEAN BODIN und sein Souveränitätsbegriff eine neue Beleuchtung erfahren. Von den Staatsphilosophen des 18. Jahrh. werden besonders MONTESQUIEU und ROUSSEAU behandelt, vom ersteren seine Lehre von der „Balancierung der Gewalten", wie sie der Verf. nennt, von dem letzteren die volonté générale, der législateur und dictateur. Besonders ausführlich wird das Wesen des pouvoir constituant in der Zeit der französischen Revolution untersucht; diese Ausführungen des Verf. bilden eine wichtige Ergänzung des bekannten, verdienstvollen Werkes von EGON ZWEIG. Rechnet man dazu das überaus reiche, mit bewunderungswürdigem Fleiße gesammelte historische Material aus der Praxis der fürstlichen Kommissare — ein besonderer Exkurs behandelt WALLENSTEIN — sowie aus der Praxis der Volkskommissare während der französischen Revolution, so erscheint das Urteil gerechtfertigt, daß wir es mit einer höchst wertvollen, viele Belehrung und Anregung gewährenden Schrift zu tun haben.

AD. MENZEL (Wien).

KARL NÖTZEL, Das Verbrechen als soziale Erscheinung. Eine Einführung in die Aufgaben der unaufschiebbaren Strafreform (Sozialistische Bücherei II). Jena, Verlag E. Lichtenstein 1919. 91 S.

Die Schrift gehört zu den jetzt häufiger werdenden, die das Strafrecht verneinen, und zu der Untergruppe, die das der Sache, aber nicht dem Namen nach anstreben. Das Strafrecht, das sich nach dem Verf. auf die Verachtung des Verbrechers gründet, ist unvereinbar mit der als absolut hingestellten sittlichen Forderung nach Gleichachtung aller Menschen. Es ist auf der Annahme persönlicher Schuld und der Möglichkeit der Schulderkenntnis aufgebaut. Der Verf. leugnet nicht das Schulderlebnis als eine psychologische Tatsache, ja er nimmt sogar an, daß es in bestimmten Fällen tatsächlich möglich gewesen wäre, der Verbrecher hätte anders gehandelt, aber kein

Mensch ist dazu imstande, das festzustellen, kein Mensch darf Richter über den anderen sein, weil er nicht wissen kann, ob er nicht in derselben Lage ebenso gehandelt hätte. Der folgende breite Hinweis auf die soziale Bedingtheit der Verbrechen führt zu dem Ergebnis, daß die Verbrecher als sozial Kranke zu betrachten seien und die Behandlung, die sie heute erfahren, nur den Erfolg habe, sie noch kränker zu machen. Das wird durch eine Kritik der herrschenden gesellschaftlichen Auffassung, der Strafrechtstheorien der Vergeltung und der Abschreckung und der Einrichtungen des Vollzugs der Freiheitsstrafen (besonders in Bayern) weiter zu erhärten versucht. Leider ist viel von dem hier Gesagten richtig, hingegen ein heftiger Angriff gegen die Tätigkeit der psychiatrischen Kliniken in Strafsachen ganz ungerechtfertigt.

In den ungleich kürzeren aufbauenden Betrachtungen werden nur zwei Aufgaben dem Verbrechen gegenüber anerkannt: Schutz der Gesellschaft und Erziehung des zum Verbrecher Gewordenen oder Heilung des sozial Kranken. Was der Verf. über die heilpädagogische Methode sagt, die anzuwenden wäre, liest sich hübsch. Hervorheben möchte ich die verschiedentlichen Hinweise auf die Wechselwirkungen, die zwischen der gesellschaftlichen Einstellung gegenüber den Verbrechern und der Entwicklung der Kriminalität bestehen, wenn auch der Verf. nur die Lichtseiten der Veränderung sieht, die er anstrebt, und nicht den Schatten. Was wir aber in der Schrift ganz vermissen, sind Ausführungen darüber, wie der Schutz der Gesellschaft zu gestalten sei. Diese Lücke ist um so empfindlicher, als N. selbst wiederholt die Notwendigkeit eines — von ihm noch immer so genannten — Strafgesetzes betont und auch von der Einseitigkeit frei ist, anzunehmen, es würde das Verbrechen mit der Verwirklichung der sozialistischen Ordnung aufhören. Einzelne Irrtümer wiegen weniger schwer; so die Behauptung, die Abschreckungstheorie habe immer eine bescheidene Rolle gespielt (S. 49), oder man habe es bisher mit der Erziehung der Verbrecher noch nie im großen versucht (amerikanisches Reformatory-System!).

Die vorliegende Schrift unterscheidet sich von manchen ähnlicher Richtung durch ziemliche Vorurteilsfreiheit, Gefühlswärme und einen Idealismus, der freilich so weit geht, das er den Verf. der Wirklichkeit entführt. Auch das Strafgesetz der Zukunft muß nach der Welt gestaltet werden, wie sie ist. In ihr kann der Schutz der Gesellschaft nicht lediglich in einer Erziehung der — erziehungsfähigen! — Verbrecher sich erschöpfen, der sie sich freiwillig unterwerfen. Wie der Schutz im übrigen zu gestalten sei, das ist das Problem der Erneuerung des Strafrechts, an dem die Schrift leider — im Widerspruch zu ihrem Untertitel — vorbeigeht.

Wenzel Gleispach (Wien).

Friedrich Lenz, Staat und Marxismus. Stuttgart und Berlin, Cotta. 1921. XXIV u. 175 S.

Die Schrift nennt sich eine „Grundlegung und Kritik der Marxistischen Gesellschaftslehre", ist jedoch wesentlich nur eine kritische Auseinander-

setzung mit der politischen Theorie des Marxismus und der Gegenwartspolitik der deutschen Sozialdemokratie. Eine Inhaltsangabe ist nicht leicht. Denn die Arbeit entbehrt völlig übersichtlicher Gedankenführung, wie klarer Systematik, und ist überdies in einer Sprache geschrieben, die durch prätentiösen Ausdruck das Verständnis erschwert.

Aus den verschiedenen Motiven, die in der „Einführung" angeschlagen werden, heben sich zwei besonders hervor, die auch später immer wiederkehren: die politische Tendenz, die alle Schriften von MARX bestimmt, auch dort, wo sie naturwissenschaftliche Gesetze des sozialen Geschehens aufzudecken glauben, und die Negation des HEGELschen Staatsgedankens durch MARX. L. sieht mit Recht in der Beziehung zum Staat das Kernproblem aller sozialen Theorie und Praxis. Er stellt fest, daß MARX sich mit der Abkehr von HEGELS Idee des Staates als Verwirklichung der sittlichen Idee auf den Boden der individualistischen, durch ROUSSEAUsche Gedanken bestimmten, englisch-französischen Sozialphilosophie begab, deren „Gesellschaft" nun für ihn zu einem Zentralbegriff wurde, demgegenüber der des Staates alle Dignität verlor. MARX lehrt den Primat der Gesellschaft gegenüber dem Staat. Nicht im Unrecht ist L., wenn er MARXens Kampf gegen die Idee des Staates psychologisch mit der Oppositionsstellung in Zusammenhang bringt, in die MARX zum preußisch-deutschen Staat gedrängt wurde. Auch daß der Primat der „Gesellschaft" gegenüber dem „Staat" zugleich den Vorrang der „Wirtschaft" vor der „Macht" in der Bestimmung des sozialen Geschehens bedeutet, ist richtig gesehen. L. selbst steht — an RANKEsche Anschauungen anknüpfend — auf dem entgegengesetzten Standpunkt: der Staat, die politische Macht bestimmt die Wirtschaft und nicht umgekehrt. „Wirtschaftsstufen und Wirtschaftstheorien mögen einander ablösen . . ., stets wird doch aller gesellschaftliche Inhalt, in staatliche Formen gegossen, deren Wachstum und Zerbrechen teilen." Indem L. die Fülle des weltwirtschaftlichen Stoffs „unter dem staatlichen Gesichtspunkt zu ordnen" versucht, nimmt er an, „daß die richtunggebenden Beziehungen der Macht zur Wirtschaft sich überallhin durchsetzen". Während des letzten Drittels des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts hätten sich zwar „die Grenzen des staatlichen und des wirtschaftlichen Geschehens" gegeneinander verschoben. Die Abhängigkeit des einen vom andern sei nur latent vorhanden gewesen. Durch den Wandel der Konstellation, der zum Versailler Frieden leitete, sei jedoch diese latente Abhängigkeit der Weltwirtschaft wieder akut geworden, „und der Schwerpunkt gänzlich in das staatliche Geschehen verlegt worden. Solange diese akute Politisierung der Weltverkehrsgesellschaft währt, kann daher kein bloß wirtschaftlicher Anstoß jenen Schwerpunkt aus den siegreichen Nationen fortverlegen. Zu mächtig bestimmt von neuem staatlicher Machtwandel das gesellschaftliche Schicksal." So unrichtig und einseitig es ist, das gesamte gesellschaftliche Geschehen auf die „Wirtschaft" als die primäre, ja ausschließliche Dominante zurückzuführen, so fehlerhaft ist es auch, wenn L. die „Macht" oder den — mit ihr bezeichnenderweise identifizierten — „Staat" die gleiche Rolle spielen läßt, die der von ihm bekämpfte Marxismus der „Wirtschaft" zuspricht. Der Schluß, den L. aus

seiner Theorie vom Primat des Staates zieht: daß nur „stark außenpolitische Antriebe in Zukunft dem ökonomischen Geschehen eine andere Richtung geben können", ist mehr als gewagt. Ist die durch den Zusammenbruch Deutschlands und Rußlands verursachte Arbeitslosigkeit, die damit verbundene schwere Wirtschaftskrise in England und Amerika keine mögliche Ursache zu einer völligen Änderung der außen- und innenpolitischen Situation des ganzen europäischen Staatensystems? Dazu kommt, daß „Macht" oder „Staat" für kausalwissenschaftliche Erkenntnis ebenso unbrauchbare Hypostasierungen sind, wie die „Wirtschaft" oder die „Produktionsverhältnisse", weil beide in Wahrheit nur die üblichen Verkleidungen verschiedener Postulate sind, von denen das eine die Organisation der Arbeiterklasse und den Klassenkampf, das andere die militärische Organisation und den nationalen Kampf fordert. Das kann hinter seiner kausalwissenschaftlichen Terminologie der Marxismus nicht besser verbergen als hinter seiner historischen Theorie L.

Abgesehen davon ist der mit besonderem Nachdruck vorgebrachten Feststellung zuzustimmen, daß die außenpolitische Lage die Politik der deutschen Sozialdemokratie zwingend beeinflußte. Daß ein Teil der deutschen sozialdemokratischen Partei nach siegreicher Revolution sich an der Regierung beteiligte und nunmehr — angesichts der Übermacht der siegreichen kapitalistischen Staaten — auf den internationalen Klassenkampf vorläufig als ein aussichtsloses Unternehmen verzichten mußte, daß sich diese „Realpolitik" treibende Gruppe der deutschen Sozialdemokratie praktisch auf die Erhaltung der demokratischen Republik beschränkte, in deren Rahmen sie von einem revolutionären Kampf gegen den Kapitalismus bis auf weiteres absehen mußte, all das kann gewiß nicht bestritten werden. Nur ist nicht einzusehen, wie diese Fakten als Argumente gegen den Marxismus gegen die marxistische Gesellschaftstheorie geltend gemacht werden können. Daß der Sieg der kapitalistischen Staaten ein Sieg des Kapitalismus ist, das scheint eher eine Bestätigung als eine Widerlegung des Marxismus zu sein. Daß sich aber ein Teil der deutschen sozialdemokratischen Partei, unter den gegebenen, nicht wegzuleugnenden, durch den Sieg des Kapitalismus erzeugten Umständen auf die Behauptung jener Position beschränkt, die vom Standpunkt des Proletariats in seinem Kampfe gegen den Kapitalismus die augenblicklich allein erreichbare ist, nämlich die Erhaltung der demokratischen Republik, das kann als ein Widerspruch zur Marxistischen Theorie wohl kaum gedeutet werden, solange zugegeben werden muß, daß die demokratische Republik für das Proletariat vorteilhafter als die Restauration, und ein notwendiger Durchgangspunkt zum Endziel des Sozialismus ist. Ob es taktisch richtig ist, d. h. für die Ausbreitung der sozialistischen Bewegung günstig ist, solche „Realpolitik" zu machen, ist eine andere Frage. Auch darf nicht übersehen werden, daß auf dem Standpunkt dieser Taktik nur ein Teil der deutschen Sozialdemokratie steht, daß die „Unabhängigen" und Kommunisten als Oppositionsparteien an der revolutionären Taktik unentwegt festhalten. L. meint: „Der Marxismus empfängt, so sehen wir, gleich jeder anderen gesellschaftlichen Bewegung, von der Staatenlage das Gesetz seines Handelns. Anstatt — zur Macht gelangt — den „internationalen, revolutio-

nären, volksbefreienden" Kampfruf seiner Parteitage und Programme aufzunehmen, bekennt er sich zum Erbe seines Staates." Der Marxismus? Doch wohl nur die Mehrheitspartei! Und auch deren Politik als Regierungspartei kann man — wie gezeigt — anders deuten. Auf solche mehr oder weniger willkürliche Deutungsversuche läuft aber die ganze Darstellung LENZ' hinaus.

Soweit diese über eine Kritik der politischen Praxis der sozialdemokratischen Partei hinaus die Theorie des Marxismus zu erfassen sucht, liefert sie nichts wesentliches Neues. Bemerkenswert ist nur, daß L. unter den Quellen, aus denen die MARXsche Lehre entsprungen ist, den Einfluß ROUSSEAUscher Gedanken und damit den individualistischen Grundzug des Marxismus stärker betonen zu sollen glaubt, als dies bisher geschehen ist. Was freilich darauf zurückzuführen ist, daß L. von seinem eigenen universalistischen Standpunkt aus das von ihm als feindlich empfundene System MARXens als individualistisch nachweisen muß, um es grundsätzlich ablehnen zu können. Womit jedoch durchaus nicht die Richtigkeit der L.schen Feststellung bezweifelt werden soll.

Seine Schrift ist im Grunde nur eine politische Streitschrift gegen die Sozialdemokratie. Sie tritt zwar — wie das L. selbst treffend an dem sogen. wissenschaftlichen Sozialismus hervorhebt — im Gewande objektiver historisch-soziologischer Theorie auf. Immer wieder aber bricht die politische Tendenz durch. Am deutlichsten zum Schlusse, wo der Gedanke ausgesprochen wird, daß die Niederlage Deutschlands im Weltkriege durch den Marxismus verschuldet sei. Das ist die wissenschaftliche Form der Legende vom „Dolchstoß in den Rücken". Eine Auseinandersetzung mit ihr scheint mir gänzlich überflüssig.

HANS KELSEN (Wien).

KURT ZIELENZIEGER, Die alten deutschen Kameralisten. Ein Beitrag z. Geschichte d. Nationalökonomie u. z. Problem d. Merkantilismus. (Beiträge z. Gesch. d. Nationalök., hrsg. v. KARL DIEHL II.) Jena, Fischer 1914. XLII u. 648 S.

Z.s Schrift bildet das erste Stück einer wertvollen, großangelegten Arbeit, in der Z. den Kameralismus als erstes Stadium deutscher nationalökonomischer Forschung dogmengeschichtlich darstellen will. In ihrem einleitenden Teile werden Entstehung und Wesen des ökonomisch-soziologischen Ideenkomplexes behandelt, den man als Merkantilismus zu bezeichnen pflegt; der zweite, größere, ist quellenmäßiger Wiedergabe der alten Kameralisten gewidmet. Diese zunächst literargeschichtliche Behandlung soll dann in einem zweiten Bande durch systematische Gruppierung des Quellenstoffs nach Problemen Ergänzung finden. Beide Methoden also, die chronologische wie die systematische, will Z. nacheinander anwenden. Aber schon der vorliegende Band zeigt durch die Zitatenauswahl, was dem Verf. als Problem erscheint, und deutlich treten bereits die beiden merkantilistischen Kardinalfragen hervor: das Geld- und das Handelsbilanzproblem.

Was hier schon Beachtung verdient, ist die Systematisierung der dargestellten Schriftsteller im Sinne der Abgrenzung des Stoffgebietes. Die bisherige Literatur über den Kameralismus zeigt zwei Darstellungsmethoden. ROSCHER gruppiert mehrere Autoren unter sachlichen oder territorialen Gesichtspunkten und gemeinsamer Marke. Diese Methode aber ist notwendig gewaltsam. Sie reiht z. B. einen PUFENDORFF oder LEIBNITZ mit einem BESOLD oder BORNITZ zusammen und drängt das für die Geistesgeschichte der Epoche entscheidend wichtige Moment der Auffassung vom Staat zugunsten der ökonomischen Auslegung ganz zurück. Mit ihr ist daher neuestens zugunsten des Strebens nach Fixierung leitender Gesichtspunkte in der Anordnung gebrochen worden, was wieder eine tendenziös gefärbte Betonung gewisser Gedankenreihen auf Kosten anderer nach sich zieht. So GUSTAV MARCHET, der in der Bahn LORENZ VON STEINS in seinen Studien über die Entwicklung der Verwaltungslehre in Deutschland von der II. Hälfte des 17. bis zum Ende des 18. Jahrhunderts den „Verwaltungsgedanken" des Wohlfahrtstaates heller zu beleuchten und so die Verwaltungslehre geschichtlich zu fundamentieren sucht. Z. spricht daher zu Unrecht (S. 109) von einem *juristischen* Problem in MARCHETS Darstellung. Diesem handelt es sich nicht um Verwaltungs*recht*, sondern um Verwaltungs*lehre*, d. h. um das System staatlicher Eingriffsmöglichkeiten in das Leben der Gesellschaft, weshalb er auch in keiner Art die naturrechtlichen Stimmen jener Zeit würdigt. ALBION W. SMALL (The cameralists, 1909) und AXEL NIELSEN (Die Entstehung der deutschen Kameralwirtschaft im 18. Jahrhundert) wieder sehen in den Kameralisten die ersten Vertreter einer zusammenhängenden *politischen Theorie*. NIELSEN speziell spürt dem römischen und griechischen Einfluß vor allem ARISTOTELES' auf die Staatsauffassung der Kameralisten nach und BODIN fungiert ihm als Bindeglied zwischen ARISTOTELES und dem Kameralismus. Bei ihnen tritt also, anders als bei ROSCHER, die ökonomische Betrachtungsweise ganz zurück.

Z. nun steht in der Mitte, zwischen beiden Richtungen. Er beschränkt sich nicht auf die Bloßlegung einer einzigen Wurzel der kameralistischen Gedankengänge, sondern will diese möglichst allseitig fassen. Er sucht zuerst nach einem begrifflichen Kriterium der Kameralisten und als wichtigstes erscheint ihre Zugehörigkeit *zum Beamtenstand*, weshalb er auch BESOLD als Gelehrten und BORNITZ als Juristen und Steuertheoretiker nicht dem Kameralismus zuzählt. Seine Darstellung beginnt mit den drei sächsischen Münzschriften; dann folgen OSSA und OBRECHT; im Mittelpunkt aber stehen ihm die österreichischen Kameralisten BECHER, HORNIGK und SCHRÖDER. Ihnen folgt SECKENDORFF, dessen — allgemein anerkannte — Zugehörigkeit zum Kameralismus mir aus mannigfachen Gründen strittig erscheint, da seinem Gedanken staatlicher Bevormundung der ökonomische Einschlag fehlt und er auch noch ganz auf dem Boden der mittelalterlich-kanonistischen Ethik steht. Z. schließt mit ein L. LAU, auf dessen Bedeutung er erstmals nachdrücklich hinweist, während ROSCHER und SRBIK ihn nur nebenher erwähnen. M. E. hätte mit gleichem Recht wie LAU auch MARPERGER gewürdigt werden sollen.

Den hervorragendsten Platz in Z.s Buch nimmt naturgemäß BECHER ein, von dem er auch den „Moral Diskurs" (Frankfurt 1669) heranzieht. Er beansprucht in bezug auf diesen ein Entdeckerrecht, mit der Begründung, daß weder ERDBERG noch BUCHER die Schrift erwähnen. (Vgl. auch seinen Aufsatz „Ein neuentdecktes Buch BECHERS" i. Arch. f. Sozialwiss. 37/II [1913], 578 ff.) Der Titel des „Moral Diskurs" figuriert jedoch in allen Verzeichnissen der Werke BECHERS und BUCHER analysiert ihn sogar sehr eingehend. Ist ja der ganze letzte Teil von dessen Schrift (1722), der als einer der ältesten Monographien über BECHER das literarhistorische Interesse gesichert ist, auf dem „Moral Diskurs" aufgebaut.

Im Gegensatz zum II. Teil des Z.schen Buches bildet der I. bereits ein abgeschlossenes Ganzes. Mit Recht betont Z., daß eine einwandfreie Begriffsabgrenzung zwischen Kameralismus und Merkantilismus bisher noch nicht vorliegt. Zum Zweck einer solchen bringt er daher zuerst eine etwas breite Übersicht sämtlicher bisheriger Erklärungen beider, um dann seine eigene vorzuführen.

Die Darstellung der Literatur über den Merkantilismus nimmt naturgemäß von ADAM SMITH ihren Ausgang. SMITH identifiziert den Merkantilismus mit der merkantilistischen Zollpolitik, während doch diese in Wahrheit bloß symptomatisch ist für eine spezifische Staatsauffassung und, mehr noch, die Reflexwirkung einer bestimmten weltanschauungsmäßigen Vorstellung vom Ablaufe des sozialökonomischen Prozesses ist. Einen Gegensatz zwischen SMITH und dem merkantilistischen System, den zwischen Nationalismus und Kosmopolitismus, hebt auch Z. hervor. Mit diesem Begriffspaar ist aber stets noch ein zweites verbunden: eine spezifische Vorstellungsweise von der Gestaltung des sozialen Geschehens. Z. aber unterläßt den Hinweis darauf, daß SMITH den Merkantilismus auch ablehnen mußte, weil er an der prästabilierten Harmonie des Weltgeschehens festhielt, an der Annahme einer Spontaneität im Ablauf des sozialen Lebens, das sich der Regelung durch menschlichen Willen völlig entziehe, doch stets im Sinne menschlichen Wünschens erfolge, während das merkantilistische System durchaus von der Überzeugung der Notwendigkeit menschlichen Eingreifens und der Möglichkeit restloser Rationalisierung des sozialökonomischen Prozesses getragen ist. Diese mechanistische Anschauungsweise wurzelte in der voluntaristisch orientierten, rationalistischen Aufklärungsphilosophie. Sie findet auf dem Rechtsgebiet in der Vertragstheorie den denknotwendigen Schlüssel des Geschehens und beherrscht auch den wirtschaftsphilosophischen Vorstellungskreis. Daher eine vom Glauben an die Staatsallmacht durchtränkte Wirtschaftspolitik.

Die Beurteilung des Merkantilismus durch SMITHS Nachfolger ist ganz durch diesen, also parteipolitisch bestimmt, weshalb es unmöglich ist, die nachsmithschen Ansichten nach historisch-objektiven Gesichtspunkten zu gruppieren. Z. gliedert sie deshalb in „Gegner" und „Verteidiger". Die Gegnerschaft dauert so lang, als der Smithianismus herrscht. Die Reaktion gegen SMITH und damit auch die Rehabilitierung merkantilistischer Forde-

rungen setzt auf deutschem Boden mit LIST ein, d. h. mit dem stärkeren Hervortreten des Nationalbewußtseins, das rückschauend sich an die ebenfalls dem Nationalismus entstammenden Systeme anlehnte. Wie man aufhörte, im Merkantilismus einen „Irrtum" zu sehen, und ihm relative Berechtigung zusprach, begann man seine eigentliche Zwecksetzung, also auch den Wahrheitsgehalt von SMITHS Thesen über ihn zu prüfen. Gegen jene von SMITH dem Merkantilismus imputierte Identifizierung von Geld und Reichtum wendete sich entschieden HELD; BIEDERMANN wieder erklärte die merkantilistische Hochschätzung des Geldes unter richtiger Erkenntnis der Notwendigkeit metallischer Umlaufsmittel; HEYKING hebt dann als integrierenden Bestandteil die Handelsbilanz hervor. Bei der Wiedergabe von HEYKINGS Ansichten übersieht Z., daß H. am schärfsten den nationalen Faktor, das Moment der Staats- und zugleich der Volkswirtschaftsbildung hervorhebt — ebenso wie SCHMOLLER, BÜCHER, SRBIK.

Bei der Präzisierung seiner eigenen Stellung betont Z. zunächst: der Merkantilismus wurzle in all den Faktoren, die die Neuzeit hervorgerufen hätten. Er teilt sie in „innere" und „äußere". Geschichtspsychologisch durchaus schief! Der Protestantismus z. B. wurzelt nach Z. in der „Innerlichkeit", er zeitigt aber in den Religionskriegen sehr „äußerliche" Konsequenzen; die Entdeckung der Neuen Welt wieder ist gewiß ein „äußerer" Faktor, hat aber durch Erweiterung und Differenzierung der Bedürfnisskala die ganze menschliche Psyche umbilden helfen. Als „äußere" Ursachen nun nennt Z.: die geographischen Entdeckungen mit den ökonomischen und politischen Verschiebungen in ihrem Gefolge, die Erfindung der Buchdruckerkunst, den politischen Konsolidierungsprozeß, der allenthalben zur Schaffung von Einheitsstaaten führte; unter den „inneren" Ereignissen aber wird an erster Stelle die Beseitigung des mittelalterlichen Universalismus auf politischem, religiösem und kulturellem Gebiet hervorgehoben.

Deutschland speziell erlebte keine Einheitsstaatsbildung. Nicht national-, sondern territorial-staatliche Entwicklung war hier die Signatur. Grundlegend aber für die politische und wirtschaftliche Zusammenfassung des Territorialstaates war eine gute Verwaltung. Daher die Verwaltungsreorganisation in Österreich seit MAXIMILIAN II. und nach dessen Vorbild auch anderwärts. Ihr Leitmotiv war Zentralisation. Daher die Rezeption des römischen Rechts und die Schaffung eines neuen Behördentypus, der Kammer, sowie Hand in Hand damit eines vom Fürsten völlig abhängigen Beamtenstandes. Der Beamte war der eigentliche Träger der volkswirtschaftlichen und politischen Bildung in Deutschland. Er hatte sich mit Verwaltungsproblemen zu befassen und sie im Geist der neuen Zeit, im merkantilistischen also, zu lösen. Betätigten sich die Beamten literarisch, so taten sie es als Fiskalisten und bildeten sich so zum kameralistischen Typus. Doch sind Kameralismus und deutscher Merkantilismus nicht schlechthin zu identifizieren, wie dies unter SMALLS Einfluß in der englischen dogmengeschichtlichen Literatur geschieht. Die Kameralisten sind nicht nur merkantilistische Volkswirte, sie kennzeichnet auch eine bestimmte Stellung zum Fürsten. Die

großen englischen Volkswirte im Elisabethinischen Zeitalter, die Mun oder Child, wären keineswegs als Kameralisten zu bezeichnen. Ihnen fehlte die Beziehung zur fürstlichen Kammer. Nach Ausscheidung alles dessen, was nicht zum Begriff des Kameralismus gehört, gelangt Z. zu der schon erwähnten Umschreibung des Kameralismus, die den Beamtenstand als dessen Abgrenzungsprinzip dem Merkantilismus gegenüber hervorhebt.

Der methodologische Wert von Definitionen darf nicht überschätzt werden. Immerhin sind sie arbeitstechnisch von Wert; und so ist auch der Kameralismus als Denkbehelf ein klassifikatorischer Begriff, der es gestattet, je nach seiner Erweiterung oder Verengung mehr oder weniger Individuen in die Betrachtung einzubeziehen.

Die realgeschichtlichen Entstehungsursachen des Merkantilismus schildert Z. mit großer Schärfe. Den Charakter eines wissenschaftlichen Systems spricht er ihm ab. Es mangelten ihm in allen seinen Phasen Geschlossenheit und Einheitlichkeit; er sei bloß eine Zeitströmung, die, weil mannigfach von anderen durchkreuzt, ebensowenig wie der Humanismus oder der Kapitalismus als ein System gelten könne.

Vor allem nun fordern die Gleichsetzung von Merkantilismus und Nationalismus, sowie die Auffassung jenes als einer Zeitströmung, die zwingend zur Umwertung des Bestehenden führe, die Kritik heraus. Die Verlebendigung der merkantilistischen Ideale können nach Z. nur auf dem Wege einer konsequenten Politik erreicht werden. Wem ist nun der Wille zu einer solchen zuzurechnen? Offenbar setzt Z., der stark von Sombart beeinflußt ist, eine immanente staatsbildende Tendenz voraus und sieht in der merkantilistischen Politik ihr Mittel. Das gemahnt an die Auffassung der Volkswirtschaft als eines Organismus, eine Auffassung, die mit den vagen Begriffen „Volksgeist" oder „Nationalbewußtsein" operiert und so mit einem sinnfälligen Anthropomorphismus auch einer Zeitströmung einen Willen zuschreibt.

Der Merkantilismus nimmt seinen Ausgang von der Expansionspolitik der regierenden Klasse, deren Zwecke nur durch wirtschaftliches Gedeihen des Bürgerstandes verwirklicht werden konnten. Die Vorbedingung für dieses Gedeihen wieder war die Vereinheitlichung der Staaten. In ihrer wirtschaftlichen Ohnmacht appellierte die Bevölkerung an eine höhere Macht und so erwuchs die Vorstellung von den Staatsaufgaben. Die Mittel zu deren Durchführung gewährte die Geldsteuer. Galt es doch Beamte und Soldaten zu besolden und den stets wachsenden Sachbedarf zu decken. Daher die Forcierung des Übergangs von der Natural- zur Geldwirtschaft; die Erziehung des Volks zur Hochhaltung des Erwerbsprinzips und zur Intensivierung der Wirtschaft; die stetige Erweiterung der staatlichen Kompetenzen im Wirtschaftsleben und das Streben nach Befreiung des Individuums von korporativer Gebundenheit, um es in unmittelbare Beziehung zum Staat zu bringen. So bedingen sich Wirtschaftspolitik und Zentralisationsbestrebungen gegenseitig und die merkantilistische Politik ist zugleich Voraussetzung und Existenzbedingung für den absolutistischen Einheitsstaat und dessen Endzweck. Z. irrt daher mit seiner einseitigen Konstruktion eines Kausalverhältnisses,

in dem die staatlichen Zentralisations„strömungen" als Ursache, die merkantilistische Politik hingegen als Wirkung erscheint.

Existierte aber außerhalb der merkantilistischen Wirtschaftspolitik auch eine zusammenhängende merkantilistische Lehre, der Systemcharakter zukommt? Gewiß, die in den Schriften der Merkantilisten niedergelegten Abstraktionen bilden das literarische Widerspiel der jeweiligen, in Zeit und Raum durchaus nicht gleichen Wirtschaftspraxis. Sie haben keinen gemeinsamen Ausgangspunkt, es ist zwischen ihnen kein lückenloser geistiger Zusammenhang herzustellen, sie gelangen nicht zu einheitlichen Ergebnissen. Unsere Frage scheint also mit Z. verneint werden zu müssen. Trotzdem wäre das m. E. unrichtig. Steht denn der Begriff des wissenschaftlichen Systems und der Theorie im logischen Sinne ein für allemal fest? Die Anschauungen über das, was formal als dogmatischer Kern eines Systems, als Wesen der Theorie anzusehen ist, sind dem geschichtlichen Wandel ebenso unterworfen, wie der Inhalt der Theoriensysteme. Es gibt keine solchen schlechthin gültigen formalen Kriterien, und die in der Gegenwart angewendeten dürfen nicht ohne weiteres auch für die Vergangenheit verwendet werden. Auch ist der dogmatische Gehalt nicht erst in einer ausgebauten Theorie zu suchen, er ist schon in deren Bausteinen zu finden. Auch bei der Herstellung von solchen handelt es sich um eine Vereinfachung von Mannigfaltigkeiten, um ein Hervorheben von Wesentlichem gegenüber Unwesentlichem, kurz um Werturteile, die sich nach einer richtunggebenden Norm orientieren. In diesem Sinne ist m. E. auch den merkantilistisch-wirtschaftspolitischen Erörterungen systematischer Charakter zuzuerkennen.

Louise Sommer (Basel).

Emanuel Hugo Vogel, Die Theorie des volkswirtschaftlichen Entwicklungsprozesses und das Krisenproblem, mit besonderer Berücksichtigung der englischen Wirtschaftsentwicklung bis zum Ausbruch des Weltkrieges im Jahre 1914. Wien und Leipzig, Alfred Hölder 1917. 400 S.

Die vorliegende Schrift ist wieder einmal einer jener Versuche, in einem kühnen Wurf aufs Ganze zu gehen. Der Verf. will ins innere Wesen des Ablaufprozesses der modernen Gesellschaftswirtschaft eindringen, um sodann, aus der Erkenntnis von seinem Grundcharakter heraus, an die Lösung spezieller Probleme heranzutreten, im konkreten Fall an das Problem der Wirtschaftskrisen. Dieser sein Charakter allein läßt es in gewissem Sinne verdienstlich erscheinen. Gerade in den letzten Jahren ist die nationalökonomische Theorie ja wieder in verstärktem Maße zur Erkenntnis gelangt, von der die Klassiker unserer Wissenschaft ausgegangen sind, daß alle Einzelforschung erst dann wirklich fruchtbar wird, wenn sie von einer Gesamtansicht des tieferen Wesens und der fundamentalen Triebkräfte unseres ganzen wirtschaftlichen Organismus ausgeht.

Die Frage erhebt sich allerdings sogleich, welcher Art dieser Grundcharakter unserer Gesellschaftswirtschaft sei? Bekanntlich stehen sich da,

seit neuerer Zeit, zwei Grundauffassungen scharf gegenüber. Die eine sieht die Basis aller relevanten nationalökonomischen Einzelerkenntnisse in einer statischen, die andere in einer dynamischen Theorie der Volkswirtschaft. Es ist vielleicht gerade ein Hauptverdienst der neuesten Entwicklung der nationalökonomischen Theorie, auf das hier sich offenbarende grundsätzlich wichtige Problem erst hingewiesen und es in seiner ganzen Bedeutung aufgerollt zu haben. Die Anregung zu dieser neuen Problemstellung kam der Nationalökonomik wohl von seiten der Soziologie, von AUGUSTE COMTE. CLARK hat den ersten durchgreifenden Versuch gemacht, speziell die Volkswirtschaft nach diesem Begriffsgegensatz neu zu orientieren, und SCHUMPETER hat dann sein wertvolles nationalökonomisches System, unter Anerkennung der grundsätzlichen Bedeutung dieser Unterscheidung, mit besonderem Nachdruck auf die statische Betrachtung der volkswirtschaftlichen Phänomene zu begründen unternommen. In seinem neuesten theoretischen Werk „Wert und Kapitalprofit" schloß sich ihm in dieser Hinsicht OPPENHEIMER an, der darin ebenfalls mit besonderer Betonung auf die Wichtigkeit der Unterscheidung von Statik und Dynamik hinweist (jedenfalls noch viel entschiedener, als er das bereits in seinem früher erschienenen Lehrbuch der „Theorie" getan hatte), ja geradezu heraus sagt: „Alle gute Theorie ist bisher essentiell statisch gewesen." — Allerdings standen auch bereits die Klassiker zur Hauptsache auf dem Boden der statischen Betrachtung, ohne jedoch diesen Umstand als etwas besonders Problematisches empfunden zu haben. V. glaubt das immerhin bestreiten oder einschränken zu müssen (S. 361 Anm.). — Im Gegensatz zu dieser Ideenrichtung haben dann bekanntlich vor allem die historische Schule (nach VOGEL, Die historisch-ethische Schule) einerseits und die Sozialisten zum andern (abgesehen jedoch von RODBERTUS!) mehr zur „Behandlung des Entwicklungsproblems und der dynamischen Erscheinungen" geneigt (VOGEL, S. 163).

VOGEL erachtet es nun als wichtig und geboten, ehe er auf seine eigentlichen Probleme, eben das der „Komplexerscheinung des Wirtschaftsprozesses" und das „Krisenproblem" eingeht, sich ebenfalls vorerst mit diesem Problem der erkenntnistheoretischen Priorität der statischen oder der dynamischen Betrachtung, das für jeden weiteren theoretischen Aufbau grundlegend ist, zu befassen. Er stellt — m. E. nach nicht ganz richtig — die Frage folgendermaßen: „Soll Beharrungsvermögen oder Bewegung, Statik oder Dynamik die eigentlich entscheidende, für die Erklärung aller Einzelerscheinungen richtunggebende Grundtatsache der theoretischen Wirtschaftslehre sein?" (S. 5, vgl. ferner S. 165 ff.). VOGEL sieht sich um so eher veranlaßt, wuchtig in die Diskussion dieser bedeutsamen Frage einzugreifen, als er sich mit aller Entschiedenheit gegen die statische und zugunsten der dynamischen Betrachtung der Wirtschaftsphänomene einsetzen zu müssen glaubt. Wie schon aus dem Titel seines Werks ersichtlich, ist es VOGEL in erster Linie um eine „Theorie des volkswirtschaftlichen Entwicklungsprozesses" zu tun. (Von der Frage des Verhältnisses von Dynamik und Entwicklung wollen wir vorerst absehen.) So spricht er auf S. 235 beispielsweise gerade heraus von der „Entwicklung als dem Grundproblem der Volks-

wirtschaft". Nachdem er dann in einem gründlich durchgearbeiteten dogmenhistorischen Kapitel das in dieses Gebiet fallende „Problem des Gleichgewichtes und seiner Störungen in der theoretischen Nationalökonomie" vielseitig beleuchtet hat, setzt er sich, in dieser Absicht der Bekämpfung der statischen Auffassung der Wirtschaft, ausführlich mit SCHUMPETER auseinander (auf 67 Seiten). Sonderbarerweise nur mit SCHUMPETER und nicht auch mit andern Anhängern der vorwiegend statischen Wirtschaftsbetrachtung. VOGEL erwähnt selbst AMONN als einen der neuen Vertreter dieser Ansicht, und in dem zuvor erwähnten Werk von OPPENHEIMER finden sich ebenfalls sehr sorgfältige Betrachtungen zu diesem Problem, an denen unser Autor nicht hätte vorbeigehen dürfen, wenn er seine Ansichten über die sich gestellte Frage bestmöglich kritisch sichern wollte. Diese Auseinandersetzung mit andern Vertretern der statischen Theorie wäre um so gebotener gewesen, als bekanntlich SCHUMPETER, im Gegensatz zu andern „Statikern", wichtige wirtschaftliche Erscheinungen, wie den Kapitalzins, als dynamischer Natur erachtet. Bei solcher Auffassung läßt sich begreiflicherweise viel leichter verstehen, wenn man sich von der statischen zugunsten der dynamischen Betrachtung der Gesellschaftswirtschaft abbringen läßt. VOGEL sagt es selbst, mit direktem Bezug auf diese besondere Ansicht SCHUMPETERS vom Wesen des Zinses, gerade heraus: „Was für die ‚statische Wirtschaft' überbleibt, ist überhaupt keine Wirtschaft in einem theoretisch interessanten Sinne mehr" (S. 209). — Im übrigen kann es nun nicht unsere Aufgabe sein, den weitausholenden, vielfach sehr interessanten Ausführungen VOGELS, besonders hier, wo er sich rein kritisch verhält, nachzugehen. Hervorheben möchten wir nur noch, daß VOGEL, aus nicht ganz klar ersichtlichen Gründen, die Berechtigung der Unterscheidung von Statik und Dynamik überhaupt bestreiten zu dürfen glaubt (S. 189).

Schon beim ersten Durchblättern des Buches wird es einem augenscheinlich, daß VOGEL eben mit allem Nachdruck für eine ganz bestimmte Auffassung dessen, was seiner Meinung nach die Grundaufgabe aller nationalökonomisch-theoretischen Forschung sein soll, plädiert. Ihm ist in erster Linie daran gelegen, der Ansicht Geltung zu verschaffen, daß der Wirtschaftstheoretiker sich ausschließlich, oder doch vorwiegend, mit den Problemen des Ablaufprozesses der Volkswirtschaft befassen soll, oder, wie er sagt, mit dem volkswirtschaftlichen Entwicklungsprozeß. Wir möchten uns gleich hier die Bemerkung gestatten, daß das immerhin nicht ein und dasselbe ist, denn nicht jeder Ablauf ist eine Entwicklung! VOGEL sagt selbst, daß er unter „Entwicklung" „Aufwärtsbewegung, Fortschreiten in extensiver und intensiver Beziehung" versteht (S. 311 u. passim). Schon aus rein logischen Gründen müßte demnach immerhin auch die Eventualität einer „Abwärtsbewegung" und eines „Rückschritts" in Erwägung gezogen werden. Soviel wir sehen, spricht VOGEL nur in einer Fußnote von „wirtschaftlich rückläufigen Staaten" (S. 177 NF. 13), ohne den Gedanken eines möglichen Rückschritts für seine Theorie weiterzuverwerten. Die Soziologen, die sich vor allem mit dem Problem des „sozialen Fortschritts" befaßt haben, lassen ihrerseits, zum Teil wenigstens, auch einen „sozialen Rückschritt" gelten

(vgl. hierzu PAUL BARTH, „Philosophie der Geschichte als Soziologie" 2. Aufl.). Das erwähnt VOGEL nirgends, wie er sich überhaupt, obschon ihm das nahe gelegen hätte, nur sehr summarisch mit den soziologischen Theorien befaßt. Mit all dem soll natürlich nicht behauptet werden, daß nicht auch eine spezielle Theorie der sozialen oder wirtschaftlichen Entwicklung ihre volle Existenzberechtigung habe.

Da VOGEL den Beweis für seine Arbeit, daß die statische Auffassung der Gesellschaftswirtschaft im wesentlichen fruchtlos sei, nicht mit genügender Stringenz geliefert hat, wie uns dünkt, so gelangt er etwas unvermittelt zu seiner gewichtigen Behauptung, daß die Entwicklung das Grundproblem der Volkswirtschaft sei. Das ist immerhin das erste Grundmotiv des dogmatischen Teils der ganzen Arbeit; die Behandlung der Entwicklungsfrage nimmt darin den weitaus größten Platz ein. In einem ersten ausführlichen Kapitel entwickelt VOGEL eine eigentliche „Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung". Er geht dabei in einer erfrischenden, selbstsicher-aufbauenden Weise zu Werk. Systematisch vorgehend gelangt er zur Aufstellung einer Reihe grundlegender „Entwicklungstatsachen". Er unterscheidet da beispielsweise „wirtschaftliche" und „außerwirtschaftliche" Entwicklungstatsachen; ferner, nach einem andern Gesichtspunkte, „innenwirkende (organische)" und „außenwirkende" Entwicklungstatsachen, und unter den „wirtschaftlichen" wiederum „individualwirtschaftliche" und „gesellschaftswirtschaftliche" Entwicklungstatsachen. Ich möchte mich nicht anheischig machen, ohne weiteres über die innere Begründetheit oder Zweckmäßigkeit all dieser Einteilungen ein Urteil zu fällen, jedenfalls bedeuten sie einen anerkennenswert kühnen Versuch, diese ganze schwierige Materie behufs weiterer Problemlösungen rein begrifflich zu meistern. Hierbei gewinnt VOGEL dann Kontakt mit verschiedenerlei fundamentalen soziologischen Problemen, wie demjenigen der „Entwicklung der Bedürfnisse", ferner dem der Milieu- oder anderweitigen Determiniertheit des menschlichen Tuns. Dabei stößt er ferner auf mancherlei Fragen von ziemlich konkretem Interesse, wie dem der Bedeutung von wirtschaftlichen Organisationen (Unternehmerverbände, Gewerkschaften etc.) für die wirtschaftliche Entwicklung, sowie der modernen Kredit- und Notenbanken, der Beteiligungs- und Finanzierungsgesellschaften; ferner auf die Fragen der vergleichsweisen Rolle der gebundenen (staatlichen, kollektivistischen) gegenüber der freien Wirtschaft, und dann auch auf das Problem der Bedeutung der „Naturtatsachen" (Grund und Boden, geographische Lage), und der „Bevölkerungsvermehrung" für die Wirtschaftsentwicklung usf. Bei der raschen Abfolge all dieser Fragen kann man sich nun allerdings des Gefühls nicht erwehren, daß der Autor die Fülle des Stoffs nicht recht zu bemeistern vermochte.

In einem zweiten Kapitel dieses Teils des Buches unternimmt VOGEL dann eine grundsätzlichere Auseinandersetzung mit dem „Entwicklungsbegriff" und eine Darlegung der hauptsächlichen „Entwicklungstheorien". An dieser Stelle versucht er beispielsweise das Verhältnis von „Dynamik" und „Entwicklung" klarzustellen, indem er u. a. sagt: „Dynamik und Entwicklung sind nicht identisch.

Dynamik bedeutet nur Veränderung, Bewegung, Entwicklung dagegen Aufwärtsbewegung, Fortschreiten ... Dynamik, bezw. der ‚dynamische' Charakter der Volkswirtschaft ist Voraussetzung dafür, daß in ihrem Rahmen Entwicklung herrschen kann" (S. 311). Als eine relativ besonders fruchtbare Unterscheidung erscheint uns die der „speziellen" und der „allgemeinen" Entwicklung (einer Volkswirtschaft). In diesem Abschnitt vermissen wir aber besonders, daß der Autor nicht auch auf den gewaltigen Unterschied, der zwischen biologischer und wirtschaftlicher Entwicklung besteht, hingewiesen hat. Das wäre um so wichtiger gewesen, als man weiß, welch heillose Verwirrung die mangelhafte Unterscheidung dieser beiden Arten von „Entwicklung" in der nationalökonomischen Theorie bisher angerichtet hat. Man denke nur an MALTHUS! — Es interessiert vielleicht zu erfahren, daß VOGEL in diesem Kapitel ebenfalls die in die Begründung einer Theorie der Politik überleitende Frage der „bewußten Setzung von Entwicklungstatsachen" streift, ferner auch die, damit in Beziehung stehende Frage der „heuristischen Geschichtsauffassung" in bezug auf die Wirtschaft

Ebenso nun, wie die Auseinandersetzungen über Statik und Dynamik VOGEL zu einer „Entwicklungstheorie" führten, in analoger Weise soll diese den Ausgangspunkt für seine Krisenlehre bilden. Wir müssen Krisenlehre sagen, statt Krisentheorie, weil VOGEL ausdrücklich erklärt, keine neue Krisentheorie ins Leben setzen zu wollen (S. 2). Wenn auch nicht notwendigerweise eine neue, so hätte man von dem Buch doch immerhin das ausdrückliche Bekenntnis zu irgendeiner der vielen bestehenden Krisentheorien erwarten dürfen (siehe später). — Zur Überführung seiner allgemeinen Entwicklungstheorie in seine Lehre von den Kriesen dient VOGEL ein besonderes Kapitel über den „Entwicklungsverlauf". Dessen Grundgedanke ist, daß der volkswirtschaftliche Entwicklungsprozeß in Phasen verlaufe, daß er sich „in einer Reihe mehr oder minder stark ausgeprägte Phasen auflöst" (S. 346), und zwar umfaßt deren jede „eine Aufwärtsbewegung, eine Kulmination und eine Abwärtsbewegung" (ebenda). Zu dieser Erkenntnis vom Phasenverlauf des volkswirtschaftlichen Entwicklungsganges gelangt VOGEL auf empirisch-induktivem Wege, nämlich eben auf Grund seiner Beobachtung der englischen Wirtschaftsgeschichte während einer längeren Zeitspanne. In den ersten Kapiteln des Buches hat VOGEL zu diesem Zweck eine Menge Tatsachenmaterial zusammengetragen. Der Bewegungsverlauf dieser Beobachtungsperiode „zeigt so die Form einer Kurve, die anscheinend um eine, den Durchschnitt anzeigende Grundlinie oszilliert" (S. 346).

Das eigentliche engere Problem, das sich VOGEL in seinem Werke gestellt hat, ist nun die Erklärung dieses Phasenverlaufs der Volkswirtschaft. Freilich tritt diese Fragestellung bei unserm Autor nicht ganz rein hervor, da er sich immer wieder veranlaßt sieht, zwischenhinein mit den Theoretikern der statischen Wirtschaft zu polemisieren, bezüglich gegen sie. VOGEL sagt: „Im Zentrum des zu lösenden Problems steht (also) überhaupt nicht mehr die Frage des Gleichtgewichtszustandes

der Volkswirtschaft, sondern jene der Gleichmäßigkeit oder Ungleichmäßigkeit des volkswirtschaftlichen Bewegungs- und Entwicklungsprozesses (der ganze Satz von VOGEL gesperrt) und die Erforschung der inneren Gründe hierfür" (S. 354). Wir meinen, daß man ja ohne weiteres zugeben kann, daß das Krisenproblem letzten Endes nicht durch die statische Betrachtung der Gesellschaftswirtschaft zu lösen ist, daß damit aber noch lange nicht gesagt ist, daß diese nicht ebenfalls ihre Berechtigung, oder sogar ihre vorzügliche Berechtigung vor der dynamischen Betrachtung hat. Doch das nebenbei. — „Der allgemeinste und hauptsächlichste Grund (des Phasenverlaufs der volkswirtschaftlichen Entwicklung) ist (nun) in der privatwirtschaftlichen Organisation der Volkswirtschaft selbst zu suchen, d. h. in dem Mangel einer einheitlich ordnenden Gewalt in den wichtigsten wirtschaftlichen Relationen ..." (S. 356). Damit hat VOGEL ein prinzipiell wichtiges Bekenntnis von seiner Ansicht über den inneren Wesensgehalt der menschlichen Gesellschaftswirtschaft abgelegt, denn damit sagt er nichts weniger, als dass er die, dem „freien Spiel der Kräfte" überlassene Wirtschaft, um mit den Klassikern zu reden, für absolut unfähig hält, „eine dauernde Gleichmäßigkeit des volkswirtschaftlichen Prozesses" herbeizuführen. Sozialphilosophisch stellt sich damit unser Autor, wenn nicht explizite, so doch implizite letzten Endes auf den Boden der Kollektivisten, die eben eine äußerlich geregelte Wirtschaft anstreben. Weitere Ausführungen VOGELS bestätigen denn auch diese Ansicht (vgl. etwa den gesperrten Satz S. 359 und weiter). — Auf seinem Wege der Erforschung des Phasenverlaufs unserer Gesellschaftswirtschaft gelangt VOGEL dann zu konkreteren (VOGEL sagt: „objektiven") Ursachen für denselben. Als eine der wichtigsten hebt er besonders die Kapitalakkumulation hervor (S. 357). Mit dieser Ansicht steht er der Auffassung der Krisentheoretiker der „Überkapitalisation" nahe, sofern er nicht überhaupt im Grunde zu ihnen gezählt werden muß.

In einem Schlußkapitel, das sich nun wieder speziell und ausdrücklich mit dem Krisenphänomen befaßt, gelangt VOGEL dann auch zur präziseren Bestimmung vom Wesen der Wirtschaftskrise als einem „akzidentiellen Bewegungsphänomen einer evolutionären Volkswirtschaft" (S. 377). Zu dieser These müssen wir vorerst nochmals beiläufig bemerken, daß wir nicht recht einsehen, weshalb Krisen nur in einer evolutionären, und nicht auch in einer sich auf die Dauer statisch gleichmäßig fortbewegenden, oder gar in einer devolutionären, rückschreitenden Gesellschaftswirtschaft vorkommen sollen; es ist uns unklar, weshalb das Krisenphänomen speziell ein Entwicklungsproblem darstellen soll, und weshalb es nicht einfach als ein dynamisches Problem schlechtweg bezeichnet wird. Es hat jedoch nicht den Anschein, daß VOGEL auf diesen Punkt allzuviel Gewicht legt. Was ihm besonders am Herzen liegt, ist die Behauptung, daß bisher von den Wirtschafts(Krisen-)theoretikern das ganze Problem insofern falsch gestellt worden sei, als sie speziell die Krisenerscheinung in den Brennpunkt ihres Interesses stellten, während doch „die Erklärung jener Komplexerscheinung des Wirtschaftsprozesses (dessen Phasenverlauf etc.), die unter Umständen bis zum

allgemeinen oder partiellen, Zusammenbruche ihrer eigenen Voraussetzungen, d. i. zur Krise, führen kann, die Hauptaufgabe der wissenschaftlichen Erörterung" sei (S. 377).

In dieser wichtigen, seine ganze Abhandlung krönenden Behauptung darf man wohl VOGEL im großen ganzen beipflichten. Um sich paradox auszudrücken: nicht jede Krise — Störung des dynamischen Gleichgewichts — führt wirklich zu einer Krise: d. h. zu einer „raschen und gewaltsamen Zurückführung eines im Entwicklungsverlauf entstandenen Mißverhältnisses zwischen dem Entwicklungsdrange der produktiven Anlagen und der Aufnahmsfähigkeit des Marktes ..." (S. 381). Als wichtiges Ergebnis von VOGELS Untersuchungen über das Krisenphänomen im speziellen bleibt somit jedenfalls die Erkenntnis, daß man bisher vielleicht das Wesen der Wirtschaftskrise noch zu wenig genau umschrieben hat, denn von der Art, in der man den Krisenbegriff bestimmt, wird es abhängen, ob man VOGELS Forderung der Verschiebung des Gesichtspunktes für die Problemstellung zustimmen wird oder nicht.

Damit ist das Wichtigste über das, gewiß in mannigfacher Hinsicht anregende Werk von VOGEL gesagt und wir wollen verzichten, noch auf VOGELS Ansichten von der Zukunft der Wirtschaftskrisen, die er auf den letzten Seiten des Buches entwickelt, einzutreten.

HANS HONEGGER (Bern).

E. WIINBLAD og ALSING ANDERSEN, Det danske Socialdemokratis Historie fra 1871 til 1921. København, Socialdemokratisk Forlag „Fremad" 1921. 2 Bde. 4°. 352 u. 365 S.

Im Jahre 1921 hat die dänische Sozialdemokratie das 50jährige Jubiläum ihres Bestandes gefeiert. Aus diesem Anlaß hat sie das angezeigte Werk herausgegeben, dessen Ausarbeitung dem früheren langjährigen Redakteur des „Social Demokraten", dem Reichstagsabgeordneten E. WIINBLAD, übertragen wurde, dem hierbei der junge Sekretär der Partei ALSING ANDERSEN zur Seite stand.

Die schöne und stattliche zweibändige Schrift bezeichnet sich als Festschrift. Mit Recht auch. Werden freilich die Runen einer Partei von Männern geschrieben, die in der Parteibewegung tätig mitwirken, und aus einem Anlaß, der den Sinn zu Feierlichkeit und Stolz stimmt, so bleibt dies auf die Art der Stoffbehandlung nicht ohne Einfluß. Natürlich obwaltet dann auch die Gefahr, daß die historische Korrektheit einigermaßen leidet, daß manches in schiefem Licht erscheint oder gar in schiefes Licht gerückt wird, daß nicht immer zwischen Wesentlichem und Unwesentlichem streng unterschieden wird, daß durch Mitaufnahme von Nebensächlichem die Stoffmenge so sehr anschwillt, daß man oft bezweifeln möchte, ob es sich noch um eine verarbeitende Darstellung oder um eine bloße Materialsammlung handelt. Solche Fehler sind bei Festschriften unvermeidlich und auch der vorliegenden haften sie zu nicht geringem Teile an.

Das Hauptgewicht wird in ihr auf die Schilderung der Entwicklung der Partei nach dem Jahrhundertwechsel gelegt, da über die frühere Zeit JENSENS und BORGJERGS „Socialdemokratiets Aarhundrede“ (1904) hinreichend Auskunft bietet. W. und A. geben aber auch ihrerseits ein Resümee über die Entwicklung der Partei von dem Stiftungsjahr 1871 an bis zur Jahrhundertwende und dieser Abschnitt, in dem die Bahnbrecher LOUIS PIO, HARALD BRIX und POUL GELEFF charakterisiert werden, gehört ohne Zweifel zum Besten des Buches. Deutlich verspürt man in ihm W.s gewandte und zuverlässige Feder.

Der zweite Parteikongreß, von 1877, hatte in Aussicht genommen: 1. die Schaffung eines Versammlungshauses; 2. die Errichtung einer sozialistischen Schule; 3. die Aufrechthaltung und Weiterentwicklung der sozialdemokratischen Presse; 4. die Verstärkung der Agitation, besonders auf dem Lande; 5. die Organisierung der Arbeiter in Gewerkschaften; 6. die Aufstellung von Kandidaten bei politischen und kommunalen Wahlen. Sehr geschickt nun haben die Verf. jedes dieser 6 Probleme zum Ausgangspunkt für die Gliederung ihrer Schilderung der Parteitätigkeit gemacht und zeigen die großen Erfolge der letzteren auf. Statt *eines* Versammlungsgebäudes in Kopenhagen gibt es deren jetzt hier allein *vier*, und auch in vielen Provinzstädten verfügen die Arbeiter über eigene Parteigebäude. Als Mittelpunkt für eine umfassende Bildungsarbeit sind Parteischulen ins Leben gerufen worden. Verfügte die Partei im Jahre 1877 nur über die Tageszeitung „Socialisten“, so hat sich jetzt die sozialdemokratische Presse über das ganze Land hin stark vermehrt und das Zentralorgan, der hauptstädtische „Social Demokraten“, hat eine größere Auflage als irgendeine der bürgerlichen Zeitungen. Selbstverständlich sind solche Erfolge nur durch eine höchst intensive Agitationsarbeit zu erklären. Und in der Tat hat es an einer solchen ebensowenig gefehlt wie an zielbewußter Sammlung der Arbeiter in gewerkschaftlichen Organisationen: diese vereinigen gegenwärtig über 360 000 Mitglieder. Gleich erfolggekrönt schließlich war das Streben der Partei nach der Gewinnung einer Vertretung im Parlament und in den kommunalen Vertretungskörpern. Ihre Repräsentanten in den letzteren — in Stadt und Land — zählen nach Hunderten, in vielen Fällen verfügt sie über die Mehrheit und über sozialdemokratische Bürgermeister an der Spitze der Gemeindeverwaltungen; im Reichstag aber sind die Sozialdemokraten die zweitgrößte Partei, besitzen 48 von den 149 Folketingsmandaten und musterten bei der letzten Wahl 389 653 Stimmen = 32,7 % der sämtlichen abgegebenen Stimmen.

Von Kämpfen und Siegen, mitunter freilich auch von Niederlagen erzählen W. und A. Andere Kapitel beschreiben die stark entwickelte Kooperativbewegung, die Jugendbewegung, die Entwicklung von Arbeitersang und Arbeitersport. Besonders ausführlich, ja man kann schon sagen etwas zu weitschweifig, werden die Erfolge der Kopenhagener Gemeindeverwaltung, deren Leitung in den Händen der Sozialdemokratie liegt, geschildert. Auch an Mitteilungen über die sozialdemokratische Bewegung auf der fernen dänischen Provinz Färöerne und auf dem mit Dänemark verbundenen Island,

sowie über die dänischen sozialistischen Organisationen in Amerika fehlt es nicht. Von besonderem Interesse ist der Bericht über die Friedensbestrebungen der neutralen Sozialdemokraten während des Krieges, namentlich während des Stockholmer Kongresses.

Kurzum die Festschrift ist eine Fundgrube wichtigsten Materials auch. Sie verdient es, gründlich gelesen zu werden und wird — trotz einiger Mängel — ihren Platz unter den historischen Werken der internationalen Arbeiterparteien behaupten. Noch sei einer ihrer vornehmlichsten Vorzüge erwähnt. Im Gegensatz namentlich zu deutschen sozialdemokratischen Parteigeschichten (mit Ausnahme jedoch von Bernsteins Geschichte der Berlinerbewegung) ist sie ebenso reich wie geschmackvoll illustriert. Sie bringt eine Fülle vorzüglich ausgeführter Porträts der bekanntesten Männer und Frauen der Partei, Bilder von bemerkenswerten Situationen, Photographien von verschiedenen teils kommunalen, teils Arbeiterinstitutionen, vor allem auch von kooperativen Unternehmungen. Solche Bilder haben nicht nur reis historisch Bedeutung: sie werden sicherlich auch dazu beitragen, selbst die schlichtesten Arbeiter zur Lektüre der wertvollen Schrift anzuregen.

Peder Nörgaard (Kopenhagen).

1. Ludwig Brügel, Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie. I. Bd. Vom Vormärz bis zum Wiener Hochverratsprozeß Juli 1870. Mit einem Anhang: Dokumente der Reaktion. Wien, Verlag d. Wiener Volksbuchhandlung 1922. 8°. 355 u. 126 S.
2. Derselbe, Soziale Gesetzgebung in Österreich von 1848 bis 1918. Eine geschichtliche Darstellung. Mit einem Geleitworte des Staatssekretärs für soziale Verwaltung Ferdinand Hanusch. Wien und Leipzig, Franz Deuticke 1919. 8°. XI u. 254 S.

Die beiden vorstehend angezeigten Schriften ergänzen einander: zeigen sie doch die gleiche Erscheinung unter verschiedenen Gesichtspunkten, einmal dem politischen und das andere Mal dem sozialpolitischen. Beide sind äußerst nützlich; das an erster Stelle genannte noch mehr als das zweitangezeigte. Niemand, der der Entwicklungsgeschichte der Arbeiterbewegung im alten Österreich nachgeht, wird es fortan missen wollen, niemand es entbehren können. Insofern hat B. einen unzweifelhaften Anspruch auf die Dankbarkeit der Geschichtsforschung. Weniger schon werden bei der Lektüre der beiden Schriften die Politiker auf ihre Rechnung kommen, die sich rasch über den Werdeprozeß der sozialen Fragen sowie seiner politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Reflexwirkungen in der früheren Monarchie informieren wollen; und am wenigsten die Leser aus Arbeiterkreisen, die suggestiv-genetische Aufklärung über den Aufstieg ihrer Klasse in den drei letzten Vierteljahrhunderten erwarten und brauchen. Denn die beiden B.schen Werke sind genau besehen fast nur Materialsammlungen und jedenfalls viel mehr Materialsammlungen als geschichtliche Darstellungen im üblichen Sinne des Wortes. Und wenn ich kürzlich erst, bei der Besprechung

einiger Arbeiten von JULIUS BUNZEL (in diesem Archiv X, 117 ff.) festzustellen hatte, daß „eine Geschichte der gesamtösterreichischen Arbeiterbewegung oder auch nur der deutschen in Österreich nicht existiert", so hat dieses Urteil auch heute noch seine volle Geltung. Nur daß durch BRÜGEL nunmehr die Fundamente zu einer solchen Geschichte viel fester gelegt erscheinen und in viel größerer Ausdehnung als bisher.

Zu ausgedehnt sogar! Gewiß knüpft die moderne, sozialistisch orientierte, Arbeiterbewegung allüberall und auch in Österreich an die bürgerliche Revolution an, entwickelt sich die soziale aus der reinen bürgerlichen Demokratie. Hinweise auf diesen Zusammenhang sind daher durchaus gerechtfertigt und auch Nachweise dieses Zusammenhanges werden interessieren. Nur dürfen sie nicht so sehr überwuchern und so stark in den Vordergrund treten, daß hierdurch die Verschiedenheit und die Gegensätzlichkeit zwischen bürgerlicher und sozialer Demokratie verwischt, ja sogar der Schwerpunkt von dieser weg zu jener hinverschoben wird. Das ist aber in beiden B.schen Schriften der Fall; und noch mehr in der „Geschichte" als in der „Sozialen Gesetzgebung". Auch wer ganz B.s Auffassung zustimmt, daß „eine Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie nicht bloße Parteigeschichte sein kann", sondern „naturgemäß politische und soziale Geschichte der früheren Reichshälfte und ein Stück Universalgeschichte sein muß", wird es kaum anders denn als Raumverschwendung bezeichnen, daß volle 110 Seiten ausführlicher Wiedergabe der Akten über die Prozesse gewidmet sind, die nach dem Falle Wiens im Spätherbst 1848 gegen ROBERT BLUM, JULIUS FRÖBEL, ALFRED JULIUS BECHER, HERMANN JELLINEK, WENZEL MESSENHAUSER abgeführt wurden, und daß sie auch noch durch eine umfangreiche Abhandlung des Wiener Kriminalisten GEORG LELEWER über „Das österreichische Militärstrafverfahren im Jahre 1848" ergänzt wurde. Prozeßakten und Abhandlung fallen gleichermaßen aus dem Rahmen einer Geschichte der Arbeiterbewegung heraus und sind zudem herzlich langweilig. Der Raum für beide hätte dem vorbehalten bleiben sollen, was der Verf. selbst, mit Recht, als unentbehrlichen Hintergrund zur Parteigeschichte ebensowohl wie zur Entwicklungsgeschichte jeder und auch der Sozialreform in Österreich bezeichnet: einer Skizze der ökonomischen Struktur und ihrer Wandlungen, sowie der sozialen, allgemeinkulturellen und politischen Verhältnisse während des Vormärz und nachher. Auch ein bürgerlicher Historiker hätte es an ihr nicht fehlen lassen dürfen; wie erst ein marxistisch orientierter — bei der Schilderung von Entstehung und Entwicklung einer marxistisch gerichteten Partei.

Vergeblich aber wird man in den B.schen Büchern nach einem solchen Unterbau suchen, trotzdem seine Aufführung auch nur aus gedrucktem Material keinen besonderen Schwierigkeiten begegnet wäre. Infolgedessen schwebt der Überbau vollständig in der Luft. Niemand wird durch B.s Geschichte zum Verständnis gelangen: vom eigentlichen Inhalt der 1848er Revolution und der, selbstverständlich, durchaus unbeträchtlichen Rolle der industriellen Arbeiterschaft in ihr; von der zwangsläufigen Rückkehr des

Absolutismus, nachdem erst einmal die damals allein brennende soziale Frage positive Beantwortung gefunden hatte, der Grund und Boden entlastet und das grundherrlich-bäuerliche Verhältnis befriedigt worden war; von der allmählichen Abbröckelung der Reaktion und der Anbahnung politisch-freierer Zustände zugleich mit dem siegreichen Vordringen des ökonomischen Liberalismus; von der parallel zum industriellen Aufstieg stetig wachsenden wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und zuletzt auch politischen Bedeutung der Arbeiterklasse; von der durch ihr Gewicht und die inneren Bedürfnisse des Industrialismus selbst erzwungenen sozialreformerischen Strömung und deren Niederschlag in Gesetzgebung und Verwaltung. Niemand, sage ich, wird zum Verständnis von all dem durch B. gelangen. Denn was er bietet, sind eben nur Annalen, in Form immer wieder von Akten, Auszügen aus Zeitungen, Zitaten aus Büchern. Die Akten dazu in einer ängstlich-minutiösen Vollständigkeit, wie sie niemand sich begehrt und wie sie höchstens in ganz wenigen einzelnen Fällen einen Sinn hat. Was sich durch sie dem Leser gestalten kann, ist denn auch lediglich eine Vorstellung von dem äußeren Ablauf der Ereignisse, nicht aber auch von ihrer Genesis, ihrem Zusammenhang, ihrer ursächlichen Verknüpfung, kurzum von ihrem wahren Wesen.

B. ist sich übrigens all dessen selbst voll bewußt. Seine Absicht, erklärt er im Vorwort zur „Geschichte", sei von vornherein nicht gewesen, „eine pragmatische Geschichte in schulmäßigem Sinne" zu schreiben, sondern „vor allem Tatsachen anzuführen und Dokumente beizubringen, die für die geschichtliche Beurteilung des Sozialismus in Österreich von hoher Bedeutung sind", auf die Gefahr hin sogar, es möchte darum sein Buch „manchem nur als Stückwerk erscheinen". Wenn ich trotzdem meine kritischen Vorbehalte so scharf formuliert habe, so aus mehrfachen Gründen. Erstens aus dem Bedauern heraus, daß der Verf. der Verlockung, rasch nach dem Umsturz der österreichischen Arbeiterschaft ihre Geschichte in die Hand zu geben, nicht widerstanden und mit der Veröffentlichung gewartet hat, bis er mehr und Vollkommeneres bieten konnte; sodann, weil sich gewiß bald die Notwendigkeit einer neuen Auflage herausstellen dürfte, die dann gründlicher Umarbeitung unterzogen werden könnte und sollte; endlich, weil ja der zweite Band noch aussteht und die Erwartung ausgesprochen werden muß, er werde in Anlage und Durchführung die Fehler des ersten Bandes vermeiden.

Carl Grünberg (Wien).

Heinrich Herkner, Die Arbeiterfrage. Eine Einführung. VII. erweit. u. umgearb. Aufl. 2 Bände. (I. Arbeiterfrage und Sozialreform; II. Soziale Theorien und Parteien.) Berlin u. Leipzig, Vereinigung wissenschaftlicher Verleger 1921. 8°. XVI—584; XIV—624 S.

Bedürfte es noch eines Beweises für den inneren Wert und die Beliebtheit des angezeigten Werkes, es wäre sinnfälligst durch die Tatsache erbracht, daß im Verlauf von knapp fünf Jahren eine neue, die siebente Auflage notwendig geworden ist. Es bildet das eigentliche Lebenswerk Hs.: sie sind

beide mit und durch einander gewachsen. Das tritt auch darin zutage, daß aus dem ursprünglichen schmächtigen Bande von 1894, der mit Recht sich als „Einführung" in die Arbeiterfrage bezeichnete, allmählich ein Kompendium der Sozialpolitik geworden ist, in dem der Studierende kaum vergeblich nach Aufklärung über irgendein wesentliches Detail suchen wird. Hatte H. seinerzeit bewußt darauf verzichtet, „einen Überblick über die sozialen Zustände unserer Arbeiterbevölkerung" zu bieten, weil das damals zu Gebote stehende deskriptive Material für eine systematische Aufarbeitung noch nicht ausreichte, so ist es seither anders geworden; und in demselben Maße hat sich auch die Darstellung der sozialen Theorien und Parteien verbreitert und vertieft. Die Wandlungen des H.schen Werkes veranschaulichen so zugleich die Wandlung in der Wichtigkeit der Arbeiterklasse innerhalb des Gesellschaftsganzen, sowie in der Erkenntnis dieser Wichtigkeit gegenüber der Zeit vor einem Menschenalter, in der namentlich auch im akademischen Unterricht die Anschauung wenig lebendig war, wie sie H. in der ersten Auflage mit Goethes Worten kennzeichnete, daß es gelte: „umzuschaffen das Geschaffne, damit sich's nicht zum Starren waffne", und daß „alles muß in nichts zerfallen, wenn es im Sein beharren will."

Daß es anders geworden, ist sicherlich nicht zum wenigsten mit ein Verdienst H.s. So kenne ich denn auch kein deutsch geschriebenes Buch, das ich — trotz meiner abweichenden Grundauffassung und natürlich auch zahlreichen Meinungsverschiedenheiten im einzelnen — meinen Schülern lieber zu empfehlen wüßte, um sie mit den sozialpolitischen Problemen vertraut zu machen. Zweierlei nur möchte ich — gerade im Hinblick auf die Bedeutung der „Arbeiterfrage" als Lehr- und Lesebuch — nicht verschweigen. Es scheint mir bereits zu umfangreich und daher in Gefahr, seinen eigenen Rahmen zu sprengen. Die VII. Auflage weist im Vergleich mit der VI. neuerdings eine Vermehrung um fast 200 Seiten auf. Nun ist allerdings der zu verarbeitende Stoff seit 1916 außerordentlich gewachsen: immerhin hätte jedoch m. E. durch straffere Zusammenfassung des alten und des neuen sich größere Kürze erzielen lassen. So nützlich ferner eine Fortführung der Darstellung bis in den Tag hinein ist, so ist sie doch auch nicht unbedenklich, weil tagespolitisch zu sehr beeinflußt und weil geeignet, zum Prophezeien zu verleiten. Das hat sich auch schon in der VI. Auflage, speziell im Abschnitt „Die sozialistische Arbeiterbewegung im Weltkriege" (II, 487/525) gezeigt.

CARL GRÜNBERG (Wien).

Verlag C. L. Hirschfeld, Leipzig, Täubchenweg 21.

Zum Abonnement empfehlen wir bestens:

Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung

in Verbindung mit einer Reihe namhafter Fachmänner aller Länder herausgegeben von

Professor Dr. **Carl Grünberg**
in Wien

Jährlich erscheinen drei Hefte zum Preise von Mark 60.— pro Jahrgang

Längere historische und theoretische Abhandlungen, urkundliches Material zur Geschichte des Sozialismus, eine alljährliche Chronik der für die Entwicklung des Sozialismus wichtigsten Ereignisse und eine Uebersicht über die wichtigsten Erscheinungen der einschlägigen Literatur bilden den Inhalt dieser Zeitschrift.

Mit dem 1. Februar 1922 liegen neun komplette Bände vor.

Ausführlicher Prospekt auf Wunsch gratis und franko.

Die Internationale und der Weltkrieg.

Materialien

gesammelt von Professor Dr. **Carl Grünberg** in Wien.

1. Abteilung:

Vor dem Kriege und während der ersten Kriegswochen.

Sonderdruck aus Archiv für Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung.

Preis Mk. 30.—.

Die Sammlung will in erster Reihe die offiziellen Kundgebungen der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen aller Länder wiedergeben, die geeignet sind, deren Haltung zum Kriege vor und nach dessen Ausbruch zu charakterisieren, daneben aber auch gleichgeartete besonders wichtige Artikel aus der Arbeiterpresse, Aeusserungen von Führern und Flugblättern bringen.

——— Weitere Teile werden folgen. ———

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen.

UNIVERSITY OF MICHIGAN
3 9015 03475 1647